

Nils Abraham  
Thomas Wegener Friis  
Helmut Müller-Enbergs  
Mogens Rostgaard Nissen  
(Hrsg.)



# Spionage im Grenzland

Nachrichtendienste in  
Schleswig-Holstein und Süddänemark

BeBra Wissenschaft Verlag

# Spionage im Grenzland



Nils Abraham · Thomas Wegener Friis ·  
Helmut Müller-Enbergs · Mogens Rostgaard Nissen (Hrsg.)

# Spionage im Grenzland

Nachrichtendienste in  
Schleswig-Holstein und Süddänemark

BeBra Wissenschaft Verlag



# Inhalt

|  |     |
|--|-----|
| <i>Karin Prien</i><br>Vorwort .....  | 7   |
| <i>Nils Abraham · Thomas Wegener Friis · Helmut Müller-Enbergs ·<br/>Mogens Rostgaard Nissen</i><br><b>Spionage im Grenzland</b> .....         | 9   |
| Nachrichtendienste in Schleswig-Holstein und Süddänemark   |     |
| <i>Kristian Bruhn</i><br><b>Aktivitäten ausländischer Militäргеheimdienste in Schleswig-Holstein<br/>vor dem und im Ersten Weltkrieg</b> ..... | 20  |
| <i>Jon Thulstrup</i><br><b>Die deutsche Minderheit im Dienst des SD und der Gestapo</b> .....  | 36  |
| <i>Martin Göllnitz · Henrik Lundtofte</i><br><b>Grenzland-Experten an der »Schlagsahnefront«?</b> .....  | 50  |
| Schleswig-Holsteinische Polizei- und SD-Führer im besetzten Dänemark 1940–45   |     |
| <i>Anne Rheder Andersen</i><br><b>Do not quote!</b> .....  | 67  |
| Amerikanische Open Source Intelligence im Zweiten Weltkrieg  |     |
| <i>Dieter Bacher</i><br><b>»Intelligence« und Besatzung</b> .....  | 78  |
| Britische Geheim- und Nachrichtendienste im besetzten Deutschland 1945–1955 mit<br>besonderer Berücksichtigung Schleswig-Holsteins             |     |
| <i>Mogens Rostgaard Nissen</i><br><b>Streng vertraulich!</b> .....   | 92  |
| Die geheimen Berichte aus Südschleswig   |     |
| <i>Anne Heckmann · Thomas Wegener Friis</i><br><b>H. M. Lunding</b> .....  | 117 |
| Ein schleswigscher Nachrichtendienstler in offiziellem Auftrag   |     |

|   |     |
|---|-----|
| <i>Helmut Müller-Enbergs</i>  |     |
| <b>Nationalsozialisten in Diensten der DDR-Spionage</b> .....   | 131 |
| Das Beispiel Gustav Hanelt  |     |
| <i>Bodo V. Hechelhammer</i>   |     |
| <b>Nazispion, Geheimagent und Stasispitzel</b> .....  | 168 |
| Die klandestinen Karrieren des Hans Sommer aus Nortorf  |     |
| <i>John Jensen</i>  |     |
| <b>Günter Toepke</b> .....  | 189 |
| Der Stay-behind-Chef von Mölln  |     |
| <i>Carsten Müller-Boysen</i>  |     |
| <b>»Sicherung und Erhaltung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung«</b> .....   | 199 |
| Die Anfänge des Verfassungsschutzes im Land Schleswig-Holstein  |     |
| <i>Thomas Wegener Friis</i>   |     |
| <b>Die dänische Minderheit unter der Lupe</b> .....   | 225 |
| <i>Jon Thulstrup</i>  |     |
| <b>Nach 1945</b>  |     |
| Neustart der deutschen Minderheit in Dänemark<br>zwischen Überwachung und Akzeptanz .....   | 246 |
| <i>Helmut Müller-Enbergs</i>  |     |
| <b>DDR-Spionage in Schleswig-Holstein</b> .....   | 258 |
| <i>Władysław Bułhak</i>   |     |
| <b>Flensburg und Schleswig-Holstein in den Beständen polnischer Archive<br/>im Hinblick auf die Sicherheit der Grenzregion</b> .....                            | 296 |
| <i>Nils Abraham · Thomas Wegener Friis</i>  |     |
| <b>»In dubio pro reo«</b>   |     |
| Zur Rolle des sozialen Kapitals und der Geschlechterungleichheit<br>im Gerichtsverfahren 1982/83 gegen den dänischen Dreifachagenten<br>Flemming Sørensen ..... | 313 |
| <b>Die Autorinnen und Autoren</b> .....   | 333 |

# Vorwort

Der vorliegende Sammelband der Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig e. V. leistet einen bedeutenden Beitrag zur Aufarbeitung unserer gemeinsamen Grenz- und Nachkriegsgeschichte. Dafür bin ich den Herausgebern sehr dankbar.

Unsere gemeinsame Geschichte zeigt: Das friedliche Zusammenleben der Minderheiten auf beiden Seiten der Grenze und der gegenseitige Respekt, die heute selbstverständlich erscheinen, waren nicht immer gegeben – eine Tatsache, die uns dazu anhält, die Vergangenheit wachsam zu reflektieren.

Gerade in Zeiten, in denen die Stimmung aufgeheizt ist, in denen erneut Konflikte und kriegerische Auseinandersetzungen in Europa spürbar werden und in denen die Abwehr von Spionagetätigkeiten, insbesondere im Ostseeraum, wieder verstärkt in den Fokus rückt, ist es von unschätzbarem Wert, sich der historischen Entwicklungen bewusst zu sein. Nur so können wir die Grundlagen von Freiheit und Frieden bewahren und zukünftige Gefährdungen frühzeitig erkennen.

In diesem Kontext begrüße ich ausdrücklich das von der Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig e. V. initiierte Projekt »Grenzland und Minderheiten im Fadenkreuz der Geheimdienste«. Ziel des Projektes war es, die nachrichtendienstlichen Aktivitäten in Schleswig-Holstein und Süddänemark aufzuarbeiten und damit einen zentralen Beitrag zur historischen Aufklärung zu leisten.

Im Mittelpunkt der Untersuchungen stand die Frage, in welchem Umfang und über welchen Zeitraum die beiden nationalen Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzland von deutscher Seite aus nachrichtendienstlich überwacht wurden. Gleichzeitig wurde der Prozess der Annäherung und Verständigung zwischen Deutschland und Dänemark nach den Bonn-Kopenhagener-Erklärungen beleuchtet.

Dabei wurde auch deutlich, welchen Einfluss die Stärkung von Minderheitenrechten, der Zuwachs an Vertrauen durch regelmäßige grenzübergreifende Kontakte und die Anfänge einer partizipativen Minderheitenpolitik auf diesen Annäherungsprozess hatten.

Es ist aus minderheitenpolitischer Sicht überaus erfreulich, dass diese bislang wenig erforschten Aspekte der europäischen Nachkriegsgeschichte nun eingehend beleuchtet und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Der vorliegende Sammelband stellt damit nicht nur ein wichtiges historisches Dokument dar, sondern auch eine wertvolle Grundlage für weitere wissenschaftliche Forschung – sei es in Doktorandenprogrammen oder in Kooperationen mit Hochschulen und anderen Institutionen.

Auch deshalb hat das Land Schleswig-Holstein dieses Projekt über zwei Jahre hinweg finanziell unterstützt.



Ich danke allen Beteiligten für ihr außerordentliches Engagement und ihre hervorragenden Beiträge, die es ermöglichen, die Geschichte unseres Grenzlandes und unserer Minderheiten neu zu beleuchten. Möge dieser Sammelband dazu anregen, den Dialog und das gegenseitige Verständnis auch in Zukunft weiter zu stärken.

*Karin Prien*  
*Ministerin für Allgemeine und Berufliche Bildung,*  
*Wissenschaft, Forschung und Kultur*  
*Schleswig-Holstein*



**Schleswig-Holstein**  
Ministerium für Allgemeine und  
Berufliche Bildung, Wissenschaft,  
Forschung und Kultur

## Spionage im Grenzland

### Nachrichtendienste in Schleswig-Holstein und Süddänemark

Denkt man an Nachrichtendienste, flackern mitunter faszinierende Assoziationen auf. Da sind Fiktionen wie die des britischen Schriftstellers Ian Fleming (1908–1964) mit seinem Helden James Bond oder die von Graham Greene (1904–1991), der – gleichfalls britischer Autor – mit »Unser Mann in Havanna« 1958 ebenso Weltruhm generierte. Andere mögen an die US-amerikanischen Dienste CIA und NSA denken, manch einer an den sowjetischen Dienst KGB oder an das berufliche Vorleben des heutigen Präsidenten der Russischen Föderation, Wladimir W. Putin (\*1952), oder an den früheren Direktor des amerikanischen Federal Bureau of Investigation, John E. Hoover (1895–1972). Der Blick geht meist in die Ferne, mindestens bis nach Moskau oder Washington oder zu anderen Metropolen dieser Welt. Wer denkt da noch zuerst an das Bundesland Schleswig-Holstein oder an die Region Süddänemark? Eindeutig eine Region fernab von Kriegen und Konfliktherden. Die Nachbarn grüßen freundlich mit »Moin«, das Verhältnis zwischen Minderheiten und Mehrheiten ist gediegen und ein sichtbares Zeichen der Behaglichkeit: Drei der erhaltenswerten Natur- und Kulturdenkmäler der UNESCO befinden sich in Schleswig-Holstein – das Weltnaturerbe Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer, überwiegend die Altstadt von Lübeck sowie der Archäologische Grenzkomplex Haithabu und Danewerk.

Die Idylle täuscht. Der unsichtbare Krieg der Nachrichtendienste verschonte in der Vergangenheit und in der Gegenwart auch Schleswig-Holstein nicht. Der dänische Nachrichtendienst PET warnt heute beispielsweise mit Plakaten die Forschenden an der Süddänischen Universität (SDU) in Sønderborg, Kolding, Esbjerg und Odense davor, »Mitarbeiter des Jahres beim russischen Nachrichtendienst« zu werden,<sup>1</sup> während das schleswig-holsteinische Landesamt für Verfassungsschutz in seinem Jahresbericht kleinere und mittelständische Unternehmen sensibilisiert, ihre Positionen als innovationsfreudige »Hidden Champions« könnten attraktive Ziele ausländischer Nachrichtendienste werden.<sup>2</sup>

Wirklich überraschend sind diese Hinweise nicht. Schon immer waren Menschen daran interessiert, durch Informationsvorsprünge Vorteile zu erlangen. Moderne

1 Jette Elbæk Maressa: PET advarer om spionage og misbrug på de danske universiteter, in: Jyllandsposten, 15.2.2025.

2 Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2023 Schleswig-Holstein, Kiel 2024, S. 270.

Staaten haben dieses Grundbedürfnis systematisiert und professionalisiert. Überall und somit auch in Schleswig-Holstein und Süddänemark konzentrieren sich Nachrichtendienste auf drei Aufgaben. Erstens sollten sie dazu beitragen, die territoriale Integrität und Souveränität eines Staates zu sichern und dafür zu sorgen, militärischen oder terroristischen Überraschungen vorzubeugen. Zweitens schützen sie die politische Grundordnung ihres Staates, bei uns die freiheitliche demokratische Grundordnung in einem parlamentarisch-demokratischen System. Und drittens qualifizieren und stärken Nachrichtendienste durch das Beschaffen und Analysieren von (geheimen) Informationen militärische, außenpolitische oder wirtschaftliche Entscheidungen ihrer Regierung, Streitkräfte und Verwaltung. Diese Ziele werden von allen Staaten, unabhängig von ihrer inneren Ordnung, ob nun Demokratien oder Diktaturen, verfolgt. Während die ersten beiden Ziele, Territorium und politisches System zu verteidigen, eher defensiven Charakter haben und daher eine Aufgabe deutscher und dänischer Nachrichtendienste sind, kann die letzte Aufgabe durchaus offensiv auf fremdem Territorium ausgetragen werden. Historisch waren die erweiterten Grenzregionen neben den lokalen Akteuren auch ein Tummelplatz für eine Reihe internationaler Akteure aus Frankreich, Großbritannien, den USA oder der Sowjetunion, aus der DDR, Polen oder Norwegen.

Die politischen Rahmenbedingungen haben einen wesentlichen Einfluss auf die Nachfrage nach nachrichtendienstlichen Leistungen. Deshalb spiegelt die Entwicklung der Nachrichtendienste im deutsch-dänischen Grenzland im 20. Jahrhundert auch die Konjunkturen der Weltlage wider. Ein besonderes Merkmal, das die Region prägte, waren die Grenzen, vor allem natürlich die Grenze zwischen Deutschland und Dänemark, aber für fast ein halbes Jahrhundert auch die Grenze zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Grenzen und vor allem umstrittene Grenzen stärken das Bedürfnis nach Informationen, nicht zuletzt militärischer Art, über den jeweiligen Nachbarn. Schließlich sichern gerade diese Informationen gegen feindliche Einflussnahme sowie gegen militärische Überraschungen – was als Frühwarnung oder »Early Warning« bezeichnet wird. Das Wissen um die möglichen ersten aktiven Schritte eines potentiellen Gegners bereitet die eigenen Streitkräfte vor. Die klassische militärische Aufklärung spielte an der deutsch-dänischen Grenze im Zuge der schleswigschen Kriege im 19. Jahrhundert sowie während der beiden Weltkriege eine Rolle. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts versöhnten sich die Bundesrepublik und Dänemark und folglich auch ihre Nachrichtendienste. Gemeinsam richteten sie ihre Aufmerksamkeit auf neue Konfliktlinien in der Region und die Grenze zwischen Ost und West im Südosten von Schleswig-Holstein.

Spannungen im deutsch-dänischen Grenzland waren nicht nur historisch von militärischer Natur, sondern sind auch durch nationale Teilungen im ehemaligen Herzogtum Schleswig geprägt. Auch wenn die 1920 festgelegte Grenze durch ein internationales Referendum legitimiert war, blieb sie lange strittig. Die Mehrheit der Gesellschaft entschied, dass Nordschleswig zu Dänemark gehören sollte, während Mittel- und Südschleswig im Deutschen Reich verbleiben sollten. Nationale Minder-

heiten verblieben auf beiden Seiten der Grenze und gerade Minderheiten sind verlockende Ziele für Nachrichtendienste. Schließlich könnte allein ihre Existenz die territoriale Integrität eines Staates prinzipiell in Frage stellen. Weiterhin bleibt ihre Loyalität in den Augen der Behörden des jeweiligen Staates oft zweifelhaft. Deshalb sind ihre Vertreter nicht selten ein beliebtes Ziel der Sicherheitsbehörden. In dieser Hinsicht stellt das deutsch-dänische Grenzland keine Ausnahme dar, denn auf beiden Seiten der Grenze wurden die Minderheiten als Problem für die nationale Sicherheit betrachtet. Erst verzögert ließen sich diese nationalen Konfliktlinien und die damit verbundenen Überwachungsmuster abbauen, und trotz Bekundungen der nationalen Versöhnung wie der Loyalitätserklärung der deutschen Minderheit in Nordschleswig, der Kieler Erklärung 1949 und der Kopenhagen-Bonner Erklärungen von 1955 setzten sich traditionelle Feindbilder fort und ließen sich praktisch erst in den 1950er und 1960er Jahren abbauen.

## Forschungsstand

Mit der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Geschichte der Nachrichtendienste wird einerseits eine alltägliche Tätigkeit von Staaten in den Fokus genommen. Andererseits bestehen Belange, soweit erforderlich, Geheimnisse zu schützen. Dieses Spannungsfeld bildet sich in der Forschung ab und bedeutet, dass Nachrichtendienstgeschichte bisher wissenschaftlich kaum beachtet wurde. Sie kann gerade einmal auf eine Forschergeneration zurückblicken. Das Grundproblem für die Forschung stellt die Quellenlage dar, da Quellen traditionell sehr zurückhaltend freigegeben werden. War der Aktenzugang früher oft nahezu unmöglich, sind es heute andere Herausforderungen.

In Europa ebneten das Ende des Kalten Krieges und der Zerfall der kommunistischen Staaten den Weg für die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Geschichte der Nachrichtendienste. Erstmals wurde ein geregelter Zugang zu nachrichtendienstlichen Archivquellen ermöglicht; man kann sagen, es gab eine Archivrevolution in Zentral- und Osteuropa.<sup>3</sup> Schrittweise werden auch westeuropäische Archive zu Fragen des Nachrichtendienstkrieges für die Forschung zugänglich. Dies ist selbstverständlich kein gradliniger Prozess. So experimentierte Dänemark Anfang der 2000er Jahre mit einem liberaleren Aktenzugang, aber schon bald gab es Rückschläge. So verweigert beispielsweise der dänische PET bislang die Herausgabe von Akten über die Bekämpfung der kommunistischen Partei, etwa zu dem Wirken des späteren Ministers für Staatssicherheit, Ernst Wollweber (1898–1967), in den 1930er Jahren aus Rücksichtnahme auf seine Partnerdienste.<sup>4</sup> Dabei sind selbstredend die

3 Vgl. Wladyslaw Bulhak/Thomas Wegener Friis: Shaping the European school of intelligence, in: *The International Journal for Intelligence, Security, and Public Affairs*, 22 (2020), H. 3, S. 139–158.

4 Rigsarkivet: Rapport om praksis på Tilgængelighedsrådet I 2022, Kopenhagen 2023, S. 38.

»Partnerdienste« jener Zeit nicht die nationalsozialistischen Nachrichtendienste, deren Schutzwürdigkeit nicht zu erkennen ist. Gleichwohl zeigt das, wie schwierig die Öffnung von historischen Akten sich selbst in demokratischen Gesellschaften gestaltet.

In Deutschland hat sich die Bereitschaft zur Archivöffnung von Ost nach West bewegt. Während in den 1990er Jahren die Stasi-Akten teilweise zugänglich gemacht wurden, gab es im vergangenen Jahrzehnt richtungsweisende Projekte zur Frühgeschichte des Bundesnachrichtendienstes (BND), des Bundesamtes für Verfassungsschutz sowie zum Militärischen Abschirmdienst (MAD).<sup>5</sup> Dabei stand vor allem die personelle Kontinuität aus der NS-Zeit im Mittelpunkt. Das nördlichste Bundesland taucht mitunter am Rande auf, stellte jedoch keinen Schwerpunkt dar. In Schleswig-Holstein war das kein Thema für die historische Forschung, freilich mit punktuellen Ausnahmen.

Auch wenn die Geschichte der Nachrichtendienste in der deutsch-dänischen Region weithin ein Forschungsdesiderat bildet, haben sich einzelne Historiker mit der Thematik oder mit einzelnen Aspekten beschäftigt. Hervorzuheben ist der emeritierte Flensburger Geschichtsprofessor Gerhard Paul (\*1951). Besonders seine Quellenedition »Flensburg meldet ...!« ist als Pionierarbeit anzusehen, ebenso sein Beitrag zu den »Meldungen aus dem Reich«. Diese Quelleneditionen sind zwar ein Beitrag zur NS-Geschichte, dennoch geben die ausgewählten Quellen wichtige Einblicke in den Nachrichten- und Unterdrückungsapparat im Norden und es sind Analysen sowohl zu linken politischen Gruppen als auch zu den Minderheiten südlich und nördlich der Grenze enthalten.<sup>6</sup> Zu nennen sind in diesem Zusammenhang biografische Studien zum Chef der Gestapo und späteren dänischen Agenten Hans Hermannsen (1891–1952).<sup>7</sup>

Die Flensburger Historikerin Merete Bo Thomsen lieferte wichtige Erkenntnisse zur Nachrichtendienstgeschichte in Schleswig-Holstein. Ihre Dissertation zu den nationalen Praktiken der dänisch gesinnten Südschleswiger auf dem Land in den Jahren 1919 bis 1933 ist freilich kein Beitrag zur Intelligence-History; allerdings verweist sie auf den nachrichtendienstlich geführten Grenzkampf. Die Informanten waren in der Regel traditionelle Quellen eines jeden Nachrichtendienstes im Landesinneren,

5 Zum BND ist nicht zuletzt die Reihe der unabhängige Historikerkommission zur Geschichte des BND (UHK) erschienen; zum BfV ist das wesentlichste Werk: Constantin Goschler/Michael Wala: »Keine Neue Gestapo«. Das Bundesamt für Verfassungsschutz und die NS-Vergangenheit, Hamburg 2015; zum MAD: Helmut R. Hammerich: »Stets am Feind!«, Der Militärischen Abschirmdienst (MAD) 1956–1990, Göttingen 2019.

6 Gerhard Paul: »Flensburg meldet: ...!«. Flensburg und das deutsch-dänische Grenzgebiet im Spiegel der Berichterstattung der Geheimen Staatspolizei und des Sicherheitsdienstes (SD) des Reichsführers-SS, Flensburg 1997, S. 17.

7 Gerhard Paul: Hans Hermannsen – Flensburgs Gestapo-Chef, in: Broder Schwensen u. a. (Hrsg.): Verführt, verfolgt, verschleppt, Flensburg, 1996, S. 101–127; Gerhard Paul: Landunter. Schleswig-Holstein und das Hakenkreuz, Münster 2001.

nämlich Amtspersonen wie Landesjäger oder Polizeibeamte und vielleicht auch Pastoren und Lehrer, die von Amts wegen eine relative Reichweite in der Gesellschaft hatten und für Behörden leicht ansprechbar waren.<sup>8</sup>

Für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg ist auffallend wenig über Nachrichtendienste in Schleswig-Holstein geforscht worden. Lediglich der Polizei- und Kirchenhistoriker Stephan Linck deutet in seinem Werk über die Flensburger Polizei an, dass unmittelbar nach dem Krieg die nachrichtendienstliche Arbeit wieder aufgenommen wurde.<sup>9</sup> Selbst das vierbändige Standardwerk zur politischen Geschichte der dänischen Minderheit in Südschleswig von Johan Peter Noack (1943–2021) lässt trotz einer umfangreichen Quellenbasis aus Dänemark, Deutschland und Großbritannien die Rolle der jeweiligen Nachrichtendienste außer Acht.

Auf dänischer Seite des Grenzzaunes liegen einige, jedoch nicht viele, Beiträge vor, die Aspekte der nachrichtendienstlichen Tätigkeit im Raum Schleswig berühren. Die umfassende Trilogie des Militärhistorikers Michael H. Clemmesen (\*1944) zur militärischen Planung in und um Dänemark in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts behandelt auch nachrichtendienstliche Aktivitäten, jedoch in der Regel als Teil der generellen Sicherheitslage.<sup>10</sup> Die neue Grenzziehung 1920 hatte zwar nationale dänische Wünsche erfüllt, aber die deutsche Minderheit stellte Dänemark vor neue Sicherheitsfragen. Der dänische Staat und seine Sicherheitsorgane konnten nicht sicher sein, wie sich diese Bürger verhalten würden, besonders in einer Konfliktsituation mit dem Deutschen Reich.<sup>11</sup> In Clemmesens Analyse zum Fall Harry Lembourn, der 1928 in Berlin wegen Spionageverdachts verhaftet wurde, wird auch ersichtlich, dass nachrichtendienstliche Operationen im Grenzkampf nicht nur dänischen Stellen überlassen wurden, sondern dass auch französische und nationalistische Netzwerke im Grenzland durchaus eine Rolle spielten.<sup>12</sup> Zu nennen ist auch der Fall des deutschen Marineoffiziers Horst von Pflugk-Harttung (1889–1967), bei dem der Kopenhagener Abwehr-Resident umfassend spioniert und die Fäden in der deutschen Minderheit geführt hat.<sup>13</sup>

Dass auch in der dänischen Minderheit phasenweise spioniert wurde, zeigt Klaus Tolstrup Pedersen in seiner Biographie zu den nachrichtendienstlichen Aktivitäten

8 Merete Bo Thomsen: *Danskhed under Pres. Dansksindede sydslesvigere 1919–1933*, Odense 2021, S. 364.

9 Stephan Linck: *Die Ordnung verpflichtet: Deutsch Polizei 1933–1949. Der Fall Flensburg*, Paderborn 2000, S. 232.

10 Michael H. Clemmesen: *Den lange vej mod 9. April. Historien om de fyrré år før den tyske operation mod Norge og Danmark i 1940*, Odense 2010; Michael H. Clemmesen: *Det lille land før den store krig. De danske farvande, stormagtsstrategier, efterretninger og forsvarsforberedelser omkring kriserne 1911–1913*, Odense 2012; Michael H. Clemmesen: *Sønderjyllands forsvar og Lembourns spionage: om skiftet i 1928–29 tilbage til tyskerkursen fra småflirt med fransk alliance*, Odense 2019.

11 Michael H. Clemmesen, *Sønderjyllands forsvar og Lembourns spionage: om skiftet i 1928–29 tilbage til tyskerkursen fra småflirt med fransk alliance*, Odense 2019, S. 171.

12 Ebenda, S. 456.

13 Vgl. Trine Engholm Michelsen: *En spion tæt på regeringen: Horst von Pflugk-Harttungs arbejde for Abwehr og Gestapo i 1930'ernes Danmark*, in: *Fra Krig og Fred*, 10 (2022), H. 1, S. 49–83.

des Mitgliedes des Preußischen Abgeordnetenhauses Gustav Johannsen (1840–1901).<sup>14</sup> Auch dem Wegbereiter der Volksabstimmung 1920 und Reichstagsmitglied H. P. Hanssen (1872–1953) wurde eine Zusammenarbeit mit dem dänischen militärischen Nachrichtendienst nachgesagt, was jedoch vom Kopenhagener Historiker Kristian Bruhn widerlegt werden konnte.<sup>15</sup> Gerade Bruhn hat in den letzten Jahren wichtige Beiträge zur Geschichte der Nachrichtendienste in der Grenzregion im 19. und frühen 20. Jahrhundert vorgelegt.<sup>16</sup>

Die Überwachung der deutschen Minderheit in der Zwischenkriegszeit ist bisher allenfalls rudimentär beschrieben worden. Nordschleswig spielt beispielsweise nur gelegentlich eine Rolle im Hauptwerk zur dänischen Polizei und zum Nachrichtendienst der Jahre von 1938 bis 1947, die der Kopenhagener Historiker Henrik Stevnsborg untersucht hat.<sup>17</sup> Die Nachkriegszeit ist dagegen von der Historikerin Geese Friis als Mitarbeiterin der staatlichen Kommission zur Aufarbeitung des Nachrichtendienstes der dänischen Polizei (PET-Kommissionen) in ihrer Arbeit zur Überwachung der extremen Rechten behandelt worden, was einen wichtigen ersten Schritt zur Aufarbeitung darstellt.<sup>18</sup> Diese Arbeit wurde in den letzten Jahren vom Nordschleswigschen Historiker Jon Thulstrup fortgesetzt.<sup>19</sup>

Die Geschichte der Auslandsspionage in der Grenzregion ist eher von dänischen als von deutschen Wissenschaftlern thematisiert worden. Dies spiegelt die asymmetrischen deutsch-dänischen Beziehungen ab, denn die Befriedung der nachbarschaftlichen Beziehungen war für Dänemark im späten 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine Überlebensfrage, während hingegen die deutsch-dänische Grenze für Deutschland eine von mehreren Grenzen war. Der erwähnte Pflugk-Hartung-Fall von 1938 belegt selbstverständlich, dass es durchaus deutsche Spionageziele und Netzwerke in Dänemark gab, doch das Interesse vor allem norddeutscher Histo-

14 Klaus Tolstrup Petersen: *Gustav Johannesen – og modernisering af danskheden i Sønderjylland*, Odense 2017, S. 60–62.

15 Michael H. Clemmesen: *H. P. Hanssen – den danske generalstabs stjerneagent 'Z' i Berlin*«, in: *Sønderjysk Månedsskrift*, 2, 2012, S. 114–121; Kristian Bruhn: *H. P. Hanssen og Agent Z*, in: *Sønderjydsk Månedsskrift*, 5, 2018, S. 171–177.

16 Vgl. Kristian Bruhn: *Den hemmelige stat. Rets- og administrationshistoriske studier i den danske efterretningstjeneste fra de slesvigske krige til tiden omkring 1. Verdenskrig*, Dissertation Universität Kopenhagen 2017; Kristian Bruhn: *Der Nachrichtendienst des dänischen Heeres im Ersten Schleswigschen Krieg 1848–1851*, in: *Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte*, 148 (2023), S. 29–64; Kristian Bruhn: *Nachrichtendienste und Spione im Deutsch-Dänischen Krieg von 1864*, in: *Militärgeschichtliche Zeitschrift*, 82 (2023), H. 1, S. 7–35; Kristian Bruhn./Jan René Westh: *Les préparatifs militaires secrets d'une alliance entre la France et le Danemark en 1870*, in: *Revue Historique des Armées*, 315 (2024), H. 5, S. 35–50.

17 Vgl. Henrik Stevnsborg: *Politiet 1938–1947. Bekæmpelse af spionage, sabotage og nedbrydende virksomhed*, Kopenhagen 1992.

18 PET-Kommissionens beretning Bd. 11. *PET's Overvågning af den yderste højrefløj 1945–1989*, Kopenhagen 2009.

19 Vgl. Jon Thulstrup: *Die Minderheit aus Sicht von drei Generationen*. Dissertation am Department of Language, Culture, History and Communication University of Southern Denmark, Odense 2023, S. 34f.; Jon Thulstrup/Thomas Wegener Friis: *»Vedrørende oprettelsen af Nazipartiet I Nordslesvig«*. *Overvågningen af det tyske mindretal 1945–1961*, in: Henrik Lundtofte/Mikkel Kirkedahl Nielsen/Lulu Anne Hansen/Morgen Savso (Hrsg.): *Skabertrag. Festschrift til Flemming Just*, Ribe 2022, S. 209–224.

riker an einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung war mäßig. Allerdings entstanden wichtige Werke zur Spionage des NS-Staates sowie zu den Kontinuitäten im frühen Kalten Krieg im Norden bezeichnenderweise durch den norwegischen Wissenschaftler Tore Pryser (\*1945).<sup>20</sup> Einen wesentlichen Beitrag zu den Jahren zwischen dem Zweiten Weltkrieg und den ersten Jahren des Kalten Krieges leistete der Museumsleiter Peer Henrik Hansen mit seiner Analyse der US-amerikanischen Nachrichtendienste in den Jahren von 1943 bis 1946, die en passant auch US-amerikanische Interessen an Schleswig-Holstein belegt.<sup>21</sup>

In Dänemark erschienen 1970 die Erinnerungen des Stellvertretenden Chefs des Nachrichtendienstes der Armee, Hans Mathiesen Lunding (1899–1984). Sie geben einen Einblick in die Zwischenkriegszeit und bieten, trotz erheblicher Lücken, einen Eindruck von der Arbeit mit V-Männern im deutschen Norden vor 1940 sowie von der deutsch-dänischen Zusammenarbeit nach dem Zweiten Weltkrieg.<sup>22</sup> Das Buch kam Jahrzehnte später in der Forschung an. Die deutsch-dänische nachrichtendienstliche Zusammenarbeit während des Kalten Krieges wurde vertiefend behandelt in dem Werk »Spionage unter Freunden«, das erst 2017 die Partnerdienstbeziehungen und die nachrichtendienstliche Tätigkeit der Organisation Gehlen und des BND untersuchte.<sup>23</sup> In diesem Rahmen wurde auch der Aufbau von sogenannten Stay-behind-Netzwerken sowohl des BND als auch des dänischen militärischen Nachrichtendienstes in Schleswig-Holstein in den 1950er Jahren behandelt.<sup>24</sup>

Spionage sowie Spionageabwehr in der Region bleibt nach wie vor ein Forschungsgebiet mit großem ungenutzten Potential. Vor allem der Nachrichtendiensthistoriker Helmut Müller-Enbergs hat sich mit der Tätigkeit des ostdeutschen Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) befasst.<sup>25</sup> Eine Einordnung der Spionage des Bereichs Aufklärung der Nationalen Volksarmee der DDR in der deutsch-dänischen Region ist vom

20 Vgl. Tore Pryser: *Fra varm til kald krig, Etterretningskuppet på Lillehammer i frigjøringsdagene 1945 og et muligt mord*, Oslo, 2001; Tore Pryser: *Til nytte i den Kalde Kriegen*. Etterbruk av tyske hemmelige tjenester, in: Thomas Wegener Friis/Michael F. Scholz/Robert Bohn (Hrsg.): *Østersøområdet – fra Anden Verdenskrig til den Kolde Krig*, Middelfart 2007; Tore Pryser: *USA's hemmelige agenter. Den amerikanske etterretningstjeneste i Norden under andre verdenskrigen*, Oslo 2010; Tore Pryser: *Tyske hemmelige tjenester i Norden. Spionsaker og aktører 1930–1950*, Oslo 2012.

21 Vgl. Peer Henrik Hansen: *Da Yankeeerne kom til Danmark. Fra verdenskrig til kold krig. Den amerikanske efterretningstjeneste og Danmark 194–1946*, Kopenhagen 2008, S. 166–173; Ders.: *Second to None: US Intelligence Activities in Northern Europe 1943–1946*, Dordrecht 2011, S. 202–206.

22 H. M. Lunding/Otto Lippert: *Stemplet fortroligt. Oberst H. M. Lundings erindringer*, Kopenhagen 1970, S. 54–62.

23 Erich Schmidt-Eenboom/Christoph Franceschini/Thomas Wegener Friis: *Spionage unter Freunden. Partnerdienstbeziehungen und Westaufklärung der Organisation Gehlen und des BND*, Berlin 2017, S. 189–237; Erich Schmidt-Eenboom/Thomas Wegener Friis: *En mærkelig forbindelse? Det tidlige vesttysk-danske efterretningsamarbejde*, in: *Fra Krig og Fred*, 2023, S. 39–53.

24 Siehe auch Erich Schmidt-Eenboom/Ulrich Stoll: *Die Partisanen der NATO. Stay-Behind-Organisationen in Deutschland 1946–1991*, Berlin 2015, S. 144.

25 Davon ist bisher lediglich die Spionage der DDR wissenschaftlich untersucht worden: Helmut Müller-Enbergs: *Stasi in Schleswig-Holstein*, in: Aaron Jessen/Elmar Mollenhauer/Karsten Biermann (Hrsg.): *Grenzen überwinden. Schleswig-Holstein, Dänemark & die DDR*, Husum 2016, S.133–152; Helmut Müller-Enbergs/Thomas Wegener Friis, *Grenzlandpolitiker als Stasi-Spione. Analyse und Hintergrund eines Aufsehens erregenden Fälschung*, in: *Grenzfriedenhefte*: 1, 2008, S. 21–36.



dänischen Historiker Thomas Wegener Friis vorgenommen worden, charakteristischerweise mit dem Schwerpunkt auf Dänemark.<sup>26</sup>

Einzelne Fälle ostdeutscher Agententätigkeit aus der Region sind bereits beschrieben worden, so die ehemalige Objektquelle »Bernhard« der Hauptverwaltung A des MfS, bei der es sich um den Pressesprecher der SPD im Kieler Landtag handelte.<sup>27</sup> Ein anderer schleswig-holsteinischer SPD-Politiker, der sich dem Verdacht der Agententätigkeit ausgesetzt sah, war Ministerpräsident Björn Engholm (\*1939).<sup>28</sup> Die dänische Forschung thematisierte einen Agenten des militärischen Nachrichtendienstes der DDR, der über Kopenhagen eingeschleust wurde.<sup>29</sup> Zuletzt wurde der in Flensburg lebende dänische Journalist und Dreifachagent Flemming Sørensen (1930–2016) diskutiert, der vom Düsseldorfer Oberlandesgericht in einem Spionageprozess 1983 freigesprochen wurde.<sup>30</sup>

Die beiden dänischen Regierungskommissionen zum Kalten Krieg, die in den Jahren von 2005 bis 2009 die Grenzregion schlaglichtartig beleuchtet haben, widmeten sich auch der dänischen Abwehrarbeit in Südschleswig gegen konspirative Netzwerke, die schon in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg festgestellt wurden. Die dänischen Dienste ermittelten gegen ein umfassendes, von sowjetischen Stellen in Schwerin und Berlin kontrolliertes Netzwerk, das sich über Schweden, Dänemark und Schleswig-Holstein erstrecken sollte.<sup>31</sup> Auch wurden darin dänische Ermittlungen zu sowjetischen nachrichtendienstlichen Interessen in Nordschleswig in den 1960er Jahren angesprochen.<sup>32</sup> Auch die polnischen nachrichtendienstlichen Aktivitäten in der Region wurden in den Regierungskommissionen beschrieben, wobei die dänisch-deutsche Seite gegen einen Doppelagenten in der Bundesrepublik ermittelte, der durch tote Briefkästen im nordschleswigschen Sønderborg seine Verbindung zum

26 Thomas Wegener Friis: Den usynlige front. DDR's militærspionage mod Danmark under den Kolde Krig, Kopenhagen 2005; Thomas Wegener Friis: Die Militærspionage der DDR, in: Horch und Guck, 15 (2006), H. 55, S. 16–22.

27 Vgl. Bernd Michels: Spionage auf Deutsch. Wie ich über Nacht zum Top-Agenten wurde, Düsseldorf 1992. Vgl. hierzu den Beitrag von Helmut Müller-Enbergs zur DDR-Spionage in Schleswig-Holstein in diesem Band.

28 Stasi-Vorwürfe: Engholm gewinnt gegen »Focus«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.9.2003.

29 Vgl. Thomas Wegener Friis: H.C. Andersen gør et drømmende forsovet indtryk. In: Arbejderhistorie Tidsskrift for Historie, kultur og politik, 11 (2005), H. 1, S. 1–17.

30 Ole Sønnichsen/Jesper Clemmensen: Farlig mand – Historien om en dansk dobbeltagent og Stasi-spion, Kopenhagen 2024; Thomas Wegener Friis/Nils Abraham, Can a privileged man be a spy? The case of the triple agent Flemming Sørensen, in: (Bulhak/Przemyslaw Gaszold/Thomas Wegener Friis (Hrsg.): Need to Know (in Druck), Warschau 2025. Siehe auch den Beitrag von Nils Abraham und Thomas Wegener Friis in diesem Band.

31 PET-Kommissionens beretning Bd. 6. PET's Overvågning af Danmark Kommunistiske Parti 1945–1989. PET, de danske kommunister og østlig efterretningsaktivitet, Kopenhagen 2009, S. 115–119.

32 PET-Kommissionens beretning Bd. 7. PET's Overvågning af politiske partier 1945–1989 og østlig efterretningsaktivitet, Kopenhagen 2009, S. 191.

polnischen Nachrichtendienst aufrechterhalten hatte.<sup>33</sup> Erkennbar ist, was bislang fehlte: eine gezielte und umfassende Auseinandersetzung mit diesem Thema in der deutsch-dänischen Grenzregion.

## Zu den Beiträgen

Die Idee zu diesem Projekt gab es bereits im Jahre 2020. Sein Ziel ist es, auf die unsichtbare beziehungsweise versteckte Geschichte im Grenzland aufmerksam zu machen: die Spionage der Nachrichtendienste in Schleswig-Holstein und Süddänemark. Dieses relativ neue Feld der Grundlagenforschung ist noch wenig beschrritten, Lücken überwiegen. Aus diesem Grund setzten sich Forschende aus Deutschland, Dänemark, Polen und Österreich in einem ersten Workshop in Flensburg zusammen und diskutierten Impulse für dieses Forschungsfeld. Die Beiträge dieses Bandes sind im Ergebnis dieses Diskussionsprozesses entstanden. Die Absicht ist es, die Landschaft nachrichtendienstlicher Aktivitäten in der Region bis zum Ende des Kalten Krieges zu beschreiben.

Dieser Band verknüpft drei Dimensionen in einem Handlungsraum: dem Grenzland zwischen Dänemark und Deutschland. In zeitlicher Hinsicht handelt es sich um die Aktivitäten von Nachrichtendiensten vor dem und während des Ersten Weltkrieges, in der Zeit während des Nationalsozialismus und schließlich in den Jahrzehnten nach 1945, was die erste Dimension ausmacht. Die zweite Dimension bildet das Wechseln der Perspektiven: aus dänischer und deutscher Sicht bzw. dänischer Perspektive aus Deutschland sowie umgekehrt aus deutscher Perspektive in Dänemark. Die dritte Dimension besteht in der Wahrnehmung durch dritte Parteien wie Großbritannien, die USA, Polen und die DDR (1949–1989). Mit Blick auf den gegenwärtigen Forschungsstand überwiegen in diesem Panorama die Fehlstellen, die jedoch durch die Beiträge in diesem Band gemindert werden.

Kristian Bruhn konzentriert sich in seinem Beitrag auf die militärischen Nachrichtendienste, die wie so oft in Zeiten des Krieges an Stellenwert gewinnen. So auch in den Schleswigschen Kriegen im 19. Jahrhundert und in den Jahren vor dem und während des Ersten Weltkrieges, wo er die diversen Aktivitäten nachzeichnet. Das nationalsozialistische Deutschland suchte staatliche Bündnispartner im Ausland, bediente sich aber auch deutscher Minderheiten. Jon Thulstrup rekonstruiert in seinem Beitrag die Rolle der deutschen Minderheiten in Dänemark für den Sicherheitsdienst und die Geheime Staatspolizei während der deutschen Besatzung. Nach diesem generellen Überblick konzentrieren sich Martin Göllnitz und Henrik Lundtofte auf die Eliten der schleswig-holsteinischen Polizei und des Sicherheitsdienstes in Dänemark

33 Danmark under den Kolde Krig, Bd. 2, Kopenhagen 2005, S. 651; Danmark under den Kolde Krig, Bd. 4, Kopenhagen 2005, S. 119–121; zur Einordnung des polnischen Nachrichtendienstes in der Region siehe Przemyslaw Gaszold: Polish military intelligence in Denmark. Structures and main goals, in: Wladyslaw Bulhak/Thomas Wegener Friis (Hrsg.): A centenary of Polish-Danish relations, Stuttgart 2023, S. 134–144.

in Zeiten der Besatzung bis 1945. Anne Rheder Andersen untersucht in ihrem Beitrag kreative Formen der nachrichtendienstlichen Informationsbeschaffung durch US-amerikanische Dienste während des Zweiten Weltkrieges mit einem regionalen Fokus auf Schleswig-Holstein.

Den zeitlichen Schwerpunkt dieses Bandes machen die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg aus. Dieter Bacher eröffnet ihn mit seiner Analyse der britischen Nachrichtendienstarbeit im besetzten Deutschland mit besonderer Berücksichtigung Schleswig-Holsteins. Mogens Rostgaard Nissen beschreibt die Informationen einer wichtigen nachrichtendienstlichen Quelle in Südschleswig, die das Interesse dänischer Stellen an den Stimmungen und Auffassungen südlich der Grenze belegen. Davon ist es thematisch nicht weit bis zum Wirken des in Schleswig eingesetzten dänischen Nachrichtendienstlers H. M. Lunding, das von Anne Heckmann und Thomas Wegener Friis nachgezeichnet wird. Dass ehemalige, teils nach dem Zweiten Weltkrieg weiterhin bekennende Nationalsozialisten wie Gustav Hanelt mit Blick auf ihre Vernetzung auch in Schleswig-Holsteins Landtag eine relevante Ressource für den ostdeutschen Nachrichtendienst waren, beschreibt Helmut Müller-Enbergs. Bodo V. Hechelhammer stellt mit Hans Sommer einen Mitarbeiter der Organisation Gehlen vor, der auch für das Ministerium für Staatssicherheit der DDR in Schleswig-Holstein spionierte hat. Der Kalte Krieg war immer auch eine Art Vorabend zu einem heißen Krieg, worin Stay-behind-Netze in Schleswig-Holstein eine Rolle spielten, die John Jensen am Beispiel Günther Toepke untersucht. In Schleswig-Holstein entstand wie in jedem westdeutschen Bundesland ein dem Innenministerium unterstellter Verfassungsschutz, dessen erste Jahre Carsten Müller-Boysen rekonstruiert. Nicht nur vor, sondern auch nach 1945 hatte die dänische Minderheit in Schleswig-Holstein für die Nachrichtendienste eine besondere Bedeutung, was Thomas Wegener Friis herausarbeitet. Das analysiert spiegelbildlich Jon Thulstrup für die deutsche Minderheit in Dänemark in den ersten Nachkriegsjahren.

Es tummelten sich nicht allein westdeutsche und dänische Nachrichtendienste oder Dienste der westlichen Besatzungsmächte in der Grenzregion, sondern auch der ostdeutsche Nachrichtendienst in Schleswig-Holstein. Die operative Lage beschreibt Helmut Müller-Enbergs in einem weiteren Beitrag. Den Band komplettiert diesbezüglich Wladyslaw Bulhak mit der polnischen Perspektive. Er gibt in seinem Beitrag einen ersten Überblick über die polnischen Archivbestände im Hinblick auf Material zur Stadt Flensburg und zu Schleswig-Holstein. Einen besonderen Fall stellt der dänische Mehrfach-Agent Flemming Sorensen dar, der eng in der dänischen Minderheit vernetzt und Gegenstand eines spektakulären Gerichtsverfahrens 1982/83 war. Er wird von Nils Abraham und Thomas Wegener Friis auch aus einer gesellschaftskritischen Perspektive dargelegt.

Dieser Band ist geprägt durch die Beiträge seiner Autorinnen und Autoren, ihnen gilt zunächst unser ganz besonderer Dank. Aber ohne die finanzielle Unterstützung aus dem Schleswig-Holsteinischen Landtag und den Einsatz des Fraktionsvorsitzenden des SSW, Christian Dirschauer (MdL), hätte er nicht das Licht der Welt erblickt.

Für diese Unterstützung sind wir sehr dankbar. Auch unserem Kollegen Professor Dr. Martin Krieger vom Historischen Seminar der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel gebührt ein herzlicher Dank für seine wichtigen Impulse für Forschungen zur Spionage in Schleswig-Holstein. Stellvertretend für die vielen Archive im In- und Ausland möchten wir an dieser Stelle auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landesarchivs Schleswig-Holstein sehr danken, ohne deren Mittun es unmöglich gewesen wäre, diesen historischen Aktenschatz zum Sprechen zu bringen. Einen Dank möchten wir auch an die Dänische Zentralbibliothek für Südschleswig in Flensburg für das Ausrichten der Workshops und die freundliche Bereitstellung von Abbildungen für den Sammelband richten. Unseren Dank möchten wir auch an Karin Prien (MdL), Ministerin für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein, für das freundliche Vorwort dieses Sammelbands richten. Schließlich ist dem BeBra Wissenschaft Verlag für die gute Zusammenarbeit zu danken, dessen bewundernswertes Lektorat es vollbrachte, die diversen Sprach- und Schreibkulturen zu einem Guss zu vereinen.

## **Aktivitäten ausländischer Militärgesheimdienste in Schleswig-Holstein vor dem und im Ersten Weltkrieg**

Noch vor zehn Jahren gab es nur spärliche Forschung zu den Aktivitäten militärischer Geheimdienste in Schleswig-Holstein in der langen Phase zwischen den Schleswigschen Kriegen im 19. Jahrhundert und dem Ersten Weltkrieg. Primär erklärt sich die Abwesenheit der Nachrichtendienste in der Geschichtsschreibung zu Schleswig-Holstein dadurch, dass schriftliche Belege über die damaligen Aktivitäten schwierig zu beschaffen sind – und das aus mehreren Gründen.

Erstens haben Nachrichtendienste schon immer laufend schriftliches Material aufgrund von Sicherheitsbedenken vernichtet. Zweitens verschwanden während des Zweiten Weltkrieges zwei der größten und relevantesten Archive für diese Thematik. Am Tag des Einmarsches der Wehrmacht in Dänemark, in den frühen Morgenstunden des 9. April 1940, verbrannte der Nachrichtendienst des dänischen Generalstabs sein Archiv vollständig, wobei alle Unterlagen aus der Zeit zwischen 1866 und 1940 mit nur wenigen Ausnahmen verloren gingen. Der Großteil der Aufzeichnungen des Nachrichtendienstes des deutschen Heeres aus derselben Periode ging verloren, als die Royal Air Force das Heeresarchiv in Potsdam am 14. April 1945 bombardierte. Somit unterliegt die dänische und deutsche Geheimdienstforschung gewissen Einschränkungen, weshalb sich kein vollständiges Bild der nachrichtendienstlichen Tätigkeiten innerhalb des Militärs in Schleswig-Holstein vor dem Zweiten Weltkrieg zeichnen lassen wird. Die übergeordneten Entwicklungen können jedoch mithilfe des vorhandenen Materials rekonstruiert werden, von den Schleswigschen Kriegen als Ausgangspunkt bis zum Ersten Weltkrieg.

### **Die Schleswigschen Kriege**

Als der Erste Schleswigsche Krieg im März 1848 ausbrach, besaß das dänische Heer keinen Geheimdienst. Informationen über den Feind wurden mithilfe von Aufklärungen, Vernehmungen von Zivilisten und einigen wenigen Versuchen, Soldaten in Zivil spionieren zu lassen, gesammelt. Das Ergebnis war nicht zufriedenstellend, doch gelang es dem Heer innerhalb weniger Monate, ein auf geheimen Informanten in Schleswig basierendes Spionagewesen aufzubauen. Trotz massiver Schwierigkeiten im Frühjahr 1848 funktionierte die geheimdienstliche Arbeit 1849 und 1850 mit Informanten in sowohl Schleswig als auch Holstein zufriedenstellend. Nach dem Ende



*Die Witwe Doris Esselbach besaß während des Ersten Schleswigschen Kriegs das Hotel Stadt Hamburg auf dem Lollfuß am Eingang zur Stadt Schleswig. Es diente als Poststation und Halt für die Postkutsche und als Aufenthaltsort für zunächst dänische und später deutsche Offiziere. Sie wird sowohl in deutsch- als auch in deutschsprachigen Offizierserinnerungen lobend für ihr herzliches Entgegenkommen, die behagliche Atmosphäre des Hotels und Ihre Gastfreundschaft gegenüber beiden Konfliktparteien erwähnt obwohl sie nur Deutsch sprach. Tatsächlich war sie eine hochgeschätzte dänische Spionin und ihr Doppelspiel wurde nie enttarnt. Ihr Kurier war der Postbote Blatt, der als Fahrer im Postwesen tätig war und persönlich ausgewählt wurde, um als Bindeglied zwischen Esselbach und dem Geheimdienst zu operieren (Holst/Larsen 1888).*

der Kriegshandlungen wurde der Nachrichtendienst im März 1851 aufgelöst und der frühere Spionagechef übernahm die neu geschaffene Stelle des Leiters der Schleswigschen Gendarmerie.<sup>1</sup>

Beim Ausbruch des Zweiten Schleswigschen Krieges war das dänische Heer etwas besser vorbereitet. Der Korsører Bürgermeister wurde am 16. Januar 1864 vom Kriegsministerium als »Leiter des Nachrichtendienstes des Heeres« vorläufig eingestellt, wobei man ihm einige Kopenhagener Polizeibeamte zur Seite stellte, um unter falschen Namen in Schleswig als Spione zu arbeiten und über verschiedene Tarnadressen zu kommunizieren. Die kleine Einheit erreichte Ende Januar das Hauptquartier des Feldheeres in Schleswig, jedoch wurden ihre Spione bald verhaftet, sodass die Organisation bereits im Februar dem Zusammenbruch nahe war. Gleichzeitig versuchte das Oberkommando des Heeres mithilfe der lokalen Beamten, in Südschleswig Agenten zu rekrutieren, doch auch dies missglückte. Erneut dauerte es einige Monate, bis die komplizierte Maschinerie funktionierte. Dennoch gelang es dem dänischen Heer im Laufe des Krieges, etwa 100 Personen anzuwerben und auszubilden, die dann gegen Bezahlung Informationen über die preußischen und österreichischen

<sup>1</sup> Kristian Bruhn: Der Nachrichtendienst des dänischen Heeres im Ersten Schleswigschen Krieg 1848–1851, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, vol. 148 (2023), S. 29–64.

Truppen lieferten. Diese geheimdienstliche Tätigkeit bezog sich auf das Gebiet zwischen Flensburg und Aalborg im Norden Jütlands.

Der Umfang und Charakter des Nachrichtendienstes des dänischen Heeres 1864 kann dank eines intakten Archivs mit großer Präzision bestimmt werden. Das preußische sowie das österreichische Heer rekrutierten Spione sowohl in Schleswig als auch in Dänemark, aber scheinbar in deutlich geringerem Maße. Unser Wissen über die Spionage und Spionageabwehr des preußischen und des österreichischen Heeres ist jedoch mit großer Unsicherheit verbunden, da keine entsprechende Überlieferung existiert.<sup>2</sup>

Ähnlich dem Verfahren 1851 wurde der dänische Nachrichtendienst im Herbst 1864 nach dem Ende des Krieges aufgelöst. Dass das dänische Kriegsministerium zu Friedenszeiten einen Nachrichtendienst aufrechterhalten sollte, stand nach dem Wiener Frieden erstmal nicht zur Debatte; und dennoch wurde er im April 1866 neu gegründet. In mehreren Städten zwischen Hamburg und Hadersleben wurden Agenten rekrutiert, die das Kriegsministerium über die militärischen Verhältnisse in Schleswig und Holstein unterrichteten. Der Wiederaufbau des Dienstes erfolgte zeitgleich mit dem dänischen Angebot an Preußen über eine Militärallianz gegen Österreich, sollte jedoch nicht als Vorbereitung eines Bündnisses verstanden werden, sondern vielmehr als Ausdruck der Angst vor einer preußischen Invasion in Jütland und einem Angriff auf Kopenhagen.

## Vorbereitungen einer dänisch-französischen Allianz

Die Rekrutierung von Agenten in Schleswig und Holstein war zwar als eine vorübergehende Aufgabe angedacht, die 1866 beendet wurde. Der geheime Nachrichtendienst an sich wurde jedoch ab 1867 permanent. Das war das erste Mal, dass Dänemark einen militärischen Nachrichtendienst in Friedenszeiten weiter unterhielt. Diese entscheidende nachrichtendienstliche Zeitenwende kann auf verschiedene Art erklärt werden.

Eine Erklärung ist, dass die Erfahrungen der Schleswigschen Kriege bei den dänischen Offizieren einen Lernprozess auslösten. Die militärischen Niederlagen sollten analysiert werden, um die Kriegsführung im Falle eines dritten Schleswigschen Krieges zu verbessern. Die dänischen Generalstabsoffiziere konnten auf der Erfahrung aufbauen, dass es im Ersten Schleswigschen Krieg ein Jahr gedauert hatte, einen effektiven Nachrichtendienst aufzubauen, und dass es im Zweiten Schleswigschen Krieg erst gelang, als der Krieg fast vorbei war. Der in Holstein geborene dänische Offizier Heinrich Ahlmann kam 1868 zu der Schlussfolgerung, dass »der Nachrich-

2 Kristian Bruhn: Nachrichtendienste und Spione im Deutsch-Dänischen Krieg von 1864, in: Militärgeschichtliche Zeitschrift, 82 (2023), H. 1, S. 7–35.

tendienst zu den Dingen gehört, denen man im Krieg die größte Bedeutung zuschreibt, die jedoch in Friedenszeiten beiseitegelegt werden, sehr zu Unrecht«. <sup>3</sup>

Ein weiterer Teil der Erklärung ist, dass nach dem Krieg 1864 eine neue sicherheitspolitische Lage entstand, die von einer veränderten Bedrohungswahrnehmung und einem deutlich größeren Bedarf an nachrichtendienstlichen Informationen begleitet wurde. Die militärische Führung Dänemarks befand sich zwischen 1865 und 1870 in einem permanenten Wechsel zwischen Revanchehoffnung und Untergangsangst. <sup>4</sup> Obwohl Preußen mühelos den Krieg gegen Österreich 1866 gewonnen hatte und Schleswig und Holstein Preußen einverleibt worden waren, gab es in großen Teilen Nordschleswigs und Dänemarks den Glauben daran, dass die Niederlage von 1864 nur eine vorübergehende sei. Diese Hoffnung war an die Vorstellung eines französischen Sieges über Preußen in einem von vielen erwarteten Kriegen geknüpft.

Bekanntermaßen schlug Napoleon III. im Sommer 1864 eine Teilung Schleswigs nach dem Nationalitätsprinzip vor und ließ im Prager Frieden von 1866 den in Dänemark berühmten Paragraphen 5 hinzufügen. Dieser beinhaltete die Maßgabe einer Vereinigung der nördlichen Gebiete Schleswigs mit Dänemark, wenn die Bevölkerung dieser Gebiete in einer freien Abstimmung diesen Wunsch äußern sollte. Ebenfalls ist bekannt, dass Dänemark in der Hoffnung, dass § 5 eingelöst werden würde, gegenüber Preußen eine vorsichtige Außenpolitik führte. <sup>5</sup> Weniger bekannt hingegen ist, dass zwischen dem Frühling 1867 und dem Sommer 1870 eine äußerst geheime dänisch-französische Kooperation stattfand, die Spionage in Schleswig-Holstein einschloss.

Die Agenten hatten die Aufgabe, quantitativ die militärische Dislozierung der preußischen Streitkräfte im Gebiet zwischen Hamburg und der dänischen Grenze festzustellen. Qualitativ sollten die preußischen Entwicklungsprojekte beobachtet werden, beispielsweise der Ausbau der Festungswerke bei Sonderburg und Düppel sowie der Ausbau Kiels als Flottenstützpunkt. Die geheime dänisch-französische Zusammenarbeit wurde so gehandhabt, dass die Aufzeichnungen der Agenten laufend zusammengeführt und dem französischen Konsul in Kiel, Alfred de Valois, übermittelt wurden. Dieser schickte die Erkenntnisse vermutlich zusammen mit Kurierpost an das Marineministerium in Paris, damit die nachrichtendienstlichen Berichte nicht in die Hände der preußischen Post gerieten. Es war der einzige absolut gesicherte Kommunikationsweg. Die Agenten in Schleswig-Holstein wurden über ein geheimes Konto vom dänischen Kriegsministerium entlohnt. Darüber hinaus wurden in den Jahren 1867–1870 drei französische Marineoffiziere und drei Heeres-

3 Rigsarkivet (RA), Generalstabens krigsføringsdepot, Sagsakter, Fach 28, Capitain Ahlmann Denkschrift über den Geheimdienst der Armee, o.D. [1868].

4 Vgl. Johannes Nielsen: *Genrejsningshåb og undergangsangst. Dansk forsvarspolitik mellem 1864 og 1870 og folkestyrets første forsvarsordning*, Odense 1979.

5 Das Hauptwerk zu dieser Zeit ist weiterhin Aage Friis: *Den danske Regering og Nordslesvigs Genforening med Danmark*, Bd. 1–3, Kopenhagen 1921–1948.





Im Archiv des französischen Marineministeriums sind Planungsunterlagen für eine Landung von Truppen in Norddeutschland erhalten. Sie enthalten diese Skizze von Befestigungsanlagen bei Sonderburg und Düppel, wie sie vom französischen Rittmeister Fays in dessen Rapport vom 7. Dezember 1869 nach einer Aufklärungsreise nach Schleswig geschildert wurden. Die ursprüngliche Zeichnung ist nach aller Wahrscheinlichkeit ein Produkt der geheimen dänisch-französischen nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit und stammt von den lokalen Kontakten des dänischen Geheimdienstes (Service Historique de la Défense).

offiziere zu Aufklärungszwecken an die schleswig-holsteinische Nordsee- und Ostseeküste sowie an Teile der übrigen norddeutschen Ostseeküste geschickt.<sup>6</sup>

Ausgewählte dänische Offiziere waren in das Unternehmen eingeweiht, angeleitet durch den dänischen Marineminister (1866–67) Carl Edvard von Dockum und Kriegsminister (1866–70) Waldemar Raasløff. Über einen deutschen Spion in Paris erhielt das Nachrichten-Bureau des Großen Generalstabes in Berlin jedoch 1873 Kenntnis von den geheimen nachrichtendienstlichen Berichten, die 1867–1870 aus Schleswig-Holstein an das Marineministerium geschickt worden waren. Laut Oberstleutnant Krause, dem Leiter der 3. Abteilung, bezog der französische Konsul in Kiel seine Informationen vorzugsweise »aus den Kreisen der politischen Gegner Preußens in Schleswig-Holstein und Dänemark, sowie durch bezahlte Agenten namentlich auch von der französischen Sache ergebenden Offizieren der dänischen Marine«.<sup>7</sup> Die preußischen Untertanen in dem Unternehmen waren im Material durchgehend ano-

6 Kristian Bruhn/Jan René Westh: Les préparatifs militaires secrets d'une alliance entre la France et le Danemark en 1870, in: *Revue Historique des Armées*, 315 (2024), H. 5, S. 35–50.

7 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA), RZ 201 19800, Oberstleutnant Krause, Pro Memoria 31. August 1873 (in Abschrift).

nymisiert; und 1873 wurde keine der erwähnten deutschen Personen von der Justiz belangt. Die Meldungen aus Schleswig-Holstein bewiesen im Übrigen, dass »sie ihre Auftraggeber sehr gut bedienten. Über die Armierung, Besatzung, Verpflegung pp von Sonderburg, Düppel z. B. liegt ein sehr genauer und vollständig orientierender Bericht vor. Ebenso war die Torpedosperre des Kieler Hafens durch einen Agenten des Consuls de Valois bis ins Detail beobachtet und rapportiert.«<sup>8</sup>

Als der Deutsch-Französische Krieg im Sommer 1870 ausbrach, fuhr ein französisches Geschwader wie geplant in die Ostsee. Weil der dänische Nachrichtendienst in Schleswig-Holstein sehr aktiv war, führte das zu mehreren Hausdurchsuchungen und Verhaftungen. Das französische Expeditionskorps, das das Geschwader hätte begleiten sollen, stach jedoch niemals in See, und eine geplante Truppenlandung fand nie statt. Das Kriegsministerium in Kopenhagen arbeitete einen Bündnisvertrag aus, Dänemark blieb aber neutral und das Traktat wurde nicht unterzeichnet. Wo die französischen Truppen hätten landen sollten, wurde nie festgelegt. Die französischen Offiziere bevorzugten klar die Bucht von Neustadt als Ausgangspunkt für einen Angriff auf Kiel und Hamburg. Die dänischen Offiziere hingegen hätten eine gemeinsame dänisch-französische Eroberung von Düppel und Sonderburg bevorzugt.<sup>9</sup>

## Dänische Aktivitäten 1871–1914

Nach dem Deutsch-Französischen Krieg endete das französische Interesse an Schleswig-Holstein. Das dänische Kriegsministerium behielt jedoch den Kontakt zu den angeworbenen Agenten, allerdings wurden ihre Aktivitäten fast vollständig eingestellt und ihre Aufgabe wurde rein defensiv. Die dänische (und französische) Kriegsplanung gegen Preußen wurde ebenso eingestellt und in den folgenden Jahrzehnten waren die dänischen Agenten in Schleswig-Holstein ausschließlich eine Warnorganisation, die nach Kopenhagen melden sollte, falls es Anzeichen dafür gab, dass ein Angriff gegen Dänemark vorbereitet wurde. Solche Anzeichen konnten beispielsweise Truppentransporte, die Lagerung von Material, die Vorbereitung von Schiffen zur Truppeneinschiffung, die Sperrung der Grenze, die Einführung militärischer Zensur oder die Unterbrechung von Kommunikationslinien nach Dänemark sein. Kopenhagen erwartete, dass ohne vorhergehende Kriegserklärung und unmittelbar vor dem Ausbruch eines europäischen Großkrieges ein deutscher Angriff auf Dänemark erfolgen könnte. Da die dänische Verteidigungsstrategie darauf abzielte, die jütischen und fünischen Wehrpflichtigen nach Seeland zu verlegen und dort eine seeländische Küstenverteidigung mit so vielen Ressourcen wie möglich zu etablieren, war es essentiell

8 Ebenda.

9 Vgl. Kristian Bruhn: Rigets overlevelse. Efterretningstjenesten og statens sikkerhed. Erster Band, 1848–1870, Odense 2025, Kap. 5.

notwendig, dass das Heer so früh wie möglich gewarnt wurde, damit Truppen verlagert werden konnten, bevor die Verbindung zwischen den Landesteilen von der überlegenen preußischen Flotte im Großen Belt abgeschnitten werden konnte. Deswegen spielten die wenigen Agenten in Schleswig-Holstein für die dänische Überlebensstrategie in der Zeit von 1866 bis zum Ersten Weltkrieg eine zentrale Rolle.

In den Jahrzehnten nach dem Deutsch-Französischen Krieg unterhielt das dänische Heer nur zwischen zehn und zwanzig Agenten südlich der Grenze. Laut dem Leiter des Nachrichtendienstes im Jahr 1893 waren die zwei wichtigsten Agenten der vergangenen Jahrzehnte der Metzgermeister in Sonderborg, Jacob Peter Reimers, und der Chefredakteur von »Flensborg Avis«, Gustav Johannsen. Letzterer war viele Jahre lang auch Mitglied des deutschen Reichstages sowie des preußischen Landtages. Den Agenten wurde 1873 eine Anleitung dazu ausgehändigt, wie sie kodierte Nachrichten nach Dänemark übermitteln konnten, versteckt in Telegrammen oder in Annoncen, die in den deutschen Lokalzeitungen abgedruckt wurden.<sup>10</sup>

Im Laufe der Jahre, und da der gefürchtete Angriff auf Dänemark ausblieb, verkümmerte der Geheimdienst, und in den 1890er Jahren wurde er in eine ruhende Organisation ohne laufende Aktivitäten oder Pflege umgewandelt. Der dänische Generalstabsoffizier Arnold Kühnel wünschte um 1900, dass der Nachrichtendienst sowohl in Dänemark als auch südlich der Grenze priorisiert und ausgebaut würde, erhielt jedoch in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts nicht die dafür nötigen Mittel. Erst im März 1906 reiste Oberleutnant Erik With nach Schleswig-Holstein und Hamburg, um das frühere Nachrichtenwesen in Deutschland wieder zu beleben. Hierzu nahm er Kontakt zu Reimers in Sonderburg auf, der erneut dabei behilflich war, geeignete Personen sowohl in Nordschleswig als auch aus der dänischen Minderheit im übrigen Norddeutschland zu finden. Der Plan von 1906 zielte darauf ab, die Organisationsstruktur des Inlandsnachrichtendienstes zu kopieren, einem im Jahre 1900 etablierten Netzwerk aus Informanten in Dänemark. In Deutschland sollte eine Gruppe in Schleswig, eine in Holstein sowie eine in Hamburg aufgebaut werden. Weiterhin sollte eine Reihe selbstständiger Agenten in den Hafenstädten entlang der Ostsee operieren.

Die Hamburger Gruppe sollte sich zusammensetzen aus einem Gruppenleiter, dem Agenten entlang der Elbe in Cuxhaven, Brunsbüttel, Glückstadt, Altona und Hamburg unterstellt waren. Im März 1906 warb With drei Agenten an, die in Hamburg wohnten und den Gruppenleiter kannten: den dänischen Kapitän der Reserve H. F. Kauffmann. Die Gruppe hatte das Ziel, von der Hamburger Börse Informationen über wirtschaftliche Indikationen für Kriegsvorbereitungen zu beschaffen, sowie zu beobachten, ob zivile Transportschiffe durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal von der

10 Kristian Bruhn: Den hemmelige stat. Rets- og administrationshistoriske studier i den danske efterretningstjeneste fra de slesvigske krige til tiden omkring 1. Verdenskrig, Dissertation Universität Kopenhagen 2017, S. 231–251 (künftig zitiert: Bruhn, Den hemmelige stat).



*Oberleutnant Erik With als Diensthabender im Nachrichtenbüro des Generalstabs, Januar 1905. Im folgenden Jahr reiste With nach Schleswig-Holstein und rekrutierte die ersten Personen für das geplante Nachrichtennetzwerk, das von der deutsch-dänischen Grenze bis Hamburg reichen sollte. In Deutschland war er verkleidet und mit falschem Pass unterwegs. 1911 bis 1918 war er Leiter des Nachrichtendienstes, und während des gesamten Ersten Weltkriegs unterstützte er heimlich die alliierten Nachrichtendienste in der Hoffnung auf einen alliierten Sieg und eine deutsche Gebietsabtretung an Dänemark. Während des Grenzkampfes 1918-1920 war er der eigentliche Leiter des Kreises, der als Dannevirke-Bewegung bekannt wurde, die eine Grenzziehung an der Schlei forderte (Rigsarkivet).*

Nord- zur Ostsee oder in den Hamburger Hafen überführt wurden, um dem Militär zur Verfügung gestellt zu werden.

Die holsteinische Gruppe sollte aus Personen in Neumünster, Kiel, Holtenau und Rendsburg bestehen, aber bis 1906 war noch kein geeigneter Gruppenleiter gefunden worden. Das Ziel dieser Gruppe war einerseits, die militärischen Vorgänge in Rendsburg zu verfolgen und die nach Norden führende Eisenbahnlinie auf Hinweise auf einen Angriff gegen die dänische Grenze hin zu beobachten; andererseits sollten die Schifffahrt auf dem Kaiser-Wilhelm-Kanal und militärische Aktivitäten in Kiel bezüglich eventueller gegen Seeland gerichteter Angriffe überwacht werden.

Der Gruppenleiter der schleswigschen Gruppe wurde auf Empfehlung von Reimers der Apenrader Tabakfabrikant Mathias Andresen, der seit 1897 die Tabakfabrik in Apenrade leitete und von 1900 bis zu seinem Tod 1916 Vorsitzender des dänischen Sprachvereins war. Andresen unterstehen sollten mehrere Gebietsleiter mit jeweils einigen Agenten. Die Gruppe wurde in die Gebiete Apenrade, Hadersleben, Tondern, Sonderburg, Flensburg und Schleswig Stadt eingeteilt. Ihr übergeordnetes Ziel war es, Anzeichen eines bevorstehenden Vormarsches zur Grenze zu beobachten, weshalb Agenten entlang der Grenze, bei der Eisenbahn und in den Telegrafstationen angeworben werden sollten. In Sonderburg sollte außerdem über die maritimen Bedingungen (Verlegung von Minen, Küstenbewachung usw.) bei Alsen berichtet werden. In Flensburg sollte hauptsächlich über die Aktivitäten der Torpedostation in Mürwik berichtet werden und in der Stadt Schleswig sollte das kasernierte Husaren-

regiment beobachtet werden. Die Gebietsleiter von Hadersleben und Tondern waren der Bankdirektor Jes Hansen Schmidt aus Vojensgaard bei Hadersleben und der Kaufmann Lorenz Filskov aus Mögeltondern. Die Nachrichtendienstler in der schleswigschen Gruppe sind nicht bekannt; Flensburger Gebietsleiter war der Chefredakteur von »Flensborg Avis«, Ernst Christiansen, und in Sonderburg war es der Besitzer der Düppeler Meierei, Jørgen Zachariassen.<sup>11</sup>

Diese dänisch gesinnten Schleswiger waren von 1906/07 bis 1918 die tragenden Kräfte in der schleswigschen Gruppe – doch mit einer Ausnahme: Der Kaufmann Filskov zog seine Unterstützung 1914, noch vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges, zurück. Laut den Nachrichtendienstoffizieren geschah dies »mit gutem Grund. Er bekleidete in der Region Tondern eine herausragende Position als der führende Mann der jungen Südjüten [die Jugendorganisation der dänischen Minderheit]. Die preußischen Gendarmen hatten es hart auf ihn abgesehen, und in seinem Zuhause fanden mehrfach Hausdurchsuchungen statt, so dass er die geheimen Anweisungen des Generalstabes bei seiner alten Mutter deponieren musste.«<sup>12</sup>

Den selbstständigen Agenten in den Ostseehafenstädten wurden dieselben Aufgaben zugeteilt, welche bereits die früheren Nachrichtendienstler im 19. Jahrhundert hatten: Anzeichen einer auf Seeland abzielenden Landungsexpedition zu melden. Der Plan war, die gesamte Ostseeküste abzudecken, es gelang jedoch nur in Kiel, Lübeck und Stettin, geeignete Kandidaten zu finden. 1911 bestand der Auslandsnachrichtendienst weiterhin aus zwölf Männern – fünf Südjüten, dreien aus der Hamburg-Gruppe, dreien in Kiel, Lübeck und Stettin sowie einem in Berlin.

Ein Leipziger Gerichtsverfahren 1910<sup>13</sup> gegen den englischen Spion Kapitän Trench erhielt in Deutschland viel Aufmerksamkeit und führte bei vielen der dänischen Agenten dazu, »die Folgen einer eventuellen Hausdurchsuchung und des Fundes kompromittierender Papiere (Absprachen, Codes etc.)« zu hinterfragen.<sup>14</sup> Die Papiere des Generalstabes mit Kommunikationscodes wurden daher überarbeitet, indem man sie mithilfe von Lexika verschlüsselte. Die Codes, die der Generalstab ausarbeitete, ermöglichten das Versenden von bis zu 30 verschiedenen Meldungen über militärische Zustände, getarnt als Familien- oder Handelskorrespondenz. Die Agenten unterschrieben die Telegramme mit verschiedenen Namen, sodass der Generalstab wusste, welcher Schlüssel angewendet werden sollte, um die Nachricht zu entziffern. Der Generalstab vereinbarte mit dem Direktor der Store Nordiske Telegrafelskab (Große Nordische Telegraphengesellschaft), dass die Telegramme der Geheimdienstler bei Empfang an den Stationen des Unternehmens beiseitegelegt und stattdessen an

11 Ebenda, S. 264–271, 320–323.

12 RA, Generalstaben, Klassificeret arkiv, Fach K-4, Sektion C til Generalstabens Taktiske Afdeling 27. November 1918.

13 Donald Bittner: Royal Marine Spy 1910–1913. Captain Bernard Frederic Trench, Virginia 1993, S. 27–31.

14 RA, Krigsministeriets Mobiliseringskontor, Skrivelser, Fach 50, Der Generalstab an das Krigsministerium, 5. April 1911.

eine neue Adresse in Dänemark umgeleitet wurden. 1912–13 gelang es Erik With, weitere vier Agenten in Sonderburg, Danzig, Königsberg und Berlin zu rekrutieren, die ebenso mit Kodes versorgt wurden.<sup>15</sup>

## Verhaftungen und Hausdurchsuchungen 1914

Überall in Europa folgte dem Ausbruch des Krieges im Sommer 1914 eine angespannte Stimmung, die oft zu wilden Gerüchten über Spionage, Denunziation und Selbstjustiz führte. In Nordschleswig gingen die Wellen jedoch nicht ganz so hoch wie in den größeren Städten, wo viele Ausländer wohnten.<sup>16</sup> Am 31. Juli 1914 wurde im deutschen Kaiserreich der Kriegszustand ausgerufen. In den folgenden Tagen ergriffen die Behörden eine lange Reihe von Maßnahmen gegenüber nationalen Minderheiten (auch in Schleswig), führten präventive Festnahmen und Hausdurchsuchungen durch und verhängten Verbote.

Die Festnahmen waren lange vorbereitet worden – mindestens seit 1906, als der Admiralstab den Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein darum bat, Listen mit Namen von Küstenkundigen in Nordschleswig auszuarbeiten, die im Falle eines Krieges vom Feind als Navigatoren mit Ortskenntnis benutzt werden könnten. Diejenigen, denen man nicht trauen konnte, sollten bei Kriegsausbruch augenblicklich aus der Küstenregion entfernt werden. Die Listen wurden von den Landräten erstellt und laufend aktualisiert. Trotz vieler Jahre gründlicher Planung entschied sich die deutsche Regierung am 25. Juli 1914 um: Anstelle von umfassenden vorbeugenden Maßnahmen sollten Presse und Parteien der nationalen Minderheit lediglich unter Überwachung gestellt werden. Entgegen den Absichten der Regierung wurden dennoch sechs Tage später die geplanten Festnahmen und Verbote durch die lokale schleswig-holsteinische Verwaltung durchgeführt. Zwischen dem 31. Juli und dem 7. August wurden 290 Küstenkundige und sogenannte »Unzuverlässige« aus der dänischen Minderheit verhaftet.

Der namhafte führende Minderheitenpolitiker und Reichstagsabgeordnete Hans Peter (H. P.) Hanssen wurde am Tag nach seiner Festnahme freigelassen; die meisten anderen wurden nach einigen Wochen freigelassen, wohingegen Graf Otto Didrik Schack fast vier Monate lang interniert blieb. Um Beweismaterial für eventuelle Spionage-Gerichtsverhandlungen zu beschaffen, wurden zusammen mit vielen Festnahmen auch Hausdurchsuchungen durchgeführt. Das beschlagnahmte Material führte zu drei Beschuldigungen. Henrik und Peter Lassen in Südschleswig wurden der Spionage für Dänemark bezichtigt; das Reichsgericht in Leipzig verzichtete im Oktober

15 Bruhn, *Den hemmelige stat*, S. 323f.

16 Siehe z. B. Hans Michael Kloth: »Wieder einer, wieder einer!« Die Furcht vor Spitzeln und Spionen löste auf allen Seiten Massenhysterie aus, in: Steohan Burgdorff/Klaus Wiegrefe (Hrsg.): *Der Erste Weltkrieg. Die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts*, München 2004, S. 162–166; Lars N. Henningsen: »Guldbiler« og spioner i august 1914, in: *Sønderjysk Månedsskrift* 81 (1995), H. 1/2, S. 3–5.

1914 jedoch auf eine Anklage. Graf Schack wurde der Spionage verdächtigt, die Anklage beschränkte sich jedoch auf Landesverrat, was auf einigen beschlagnahmten Manuskripten von in Dänemark gehaltenen Reden beruhte, in denen er über das Losreißen Nordschleswigs von Deutschland und die Vereinigung mit Dänemark sprach. Die Staatsanwaltschaft beim Reichsgericht verzichtete im November auf die Anklage. Niemand wurde verurteilt, und somit waren alle 290 Verhafteten unschuldig.<sup>17</sup>

Die Festnahmen blieben jahrzehntelang eine weitbekannte Geschichte in Sønderjylland (die dänische Bezeichnung für das nördliche Schleswig), und über die Internierungszeit wurden viele Erinnerungen veröffentlicht. Grundsätzlich ist die Geschichte in allen Erzählungen die gleiche – die Festnahmen waren ein unsinniger und unnötiger Übergriff, für den vor allem den lokalen Landräten die Schuld gegeben wurde. Die Grunderzählung leidet indessen aber an zwei Problemen:

Zum einen waren die Festnahmen keine lokale Initiative. Die zivilen Behörden wurden zu Kriegsbeginn dem militärischen Oberkommando unterstellt. Danach konnte der Oberbefehlshaber des IX. Armeekorps in Altona Hausdurchsuchungen und Festnahmen in Nordschleswig anordnen. Die Festnahmen wurden von den Landräten, Amtsvorständen oder von Gendarmen in enger Zusammenarbeit mit dem Generalkommando in Altona durchgeführt, das Festnahmen und Freilassungen anordnete.<sup>18</sup>

Ab 1907 und bis zum Ausbruch des Krieges wurden im deutschen Kaiserreich 1056 Anzeigen wegen Spionage erhoben. Die Ermittlungen fanden in Zusammenarbeit von örtlicher Polizei, dem Berliner Polizeipräsidium und dem Militärgeheimdienst (Sektion III.b des Großen Generalstabes), der ein Büro für Gegenspionage hatte, statt. Es waren die Büros in Berlin, die alle Informationen bündelten und ein Namensregister zu allen vermuteten Spionen führten. Wenn die Offiziere in Altona Anordnungen an die Landräte telefonisch weitergaben, erfolgte dies aufgrund der Sektion III.b.<sup>19</sup>

Zum anderen ist bekannt, dass sich unter den Festgenommenen tatsächlich Spione befanden. Es lässt sich nachweisen, dass einige der Agenten des dänischen Nachrichtendienstes südlich der Grenze unter den Internierten waren, und dass sie ihre Tätigkeiten trotz der feierlichen Erklärungen, die sie bei ihrer Entlassung unterzeichnet hatten, fortsetzten.<sup>20</sup> Beispielsweise weiß man, dass der Leiter des dänischen Geheimdienstes nach dem Krieg in einer vertraulichen Aufzeichnung Ernst Christiansen

17 René Rasmussen: »Forstokket dansker«. En spionagesag fra Første Verdenskrig, in: Kim Furdal/Anne Blond (Hrsg.): Forundringsparat. Festskrift til Inge Adriansen, Sønderborg 2014, S. 105–116; Mogens Rostgaard Nissen: De danske civilfanger under Første Verdenskrig, Sønderjyske Årbøger, 126 (2014), S. 123–168 (künftig zitiert: Nissen, De danske civilfanger).

18 Nissen, De danske civilfanger, S. 127.

19 Florian Altenhöner: Total War – Total Control? Military Intelligence on the Home Front 1914–1918, in: Journal of Intelligence History 5 (2005), H. 2, S. 56–69; Jürgen W. Schmidt: Gegen Russland und Frankreich. Der deutsche militärische Geheimdienst 1890–1914, Ludwigsfelde 2006, S. 245–292.

20 Die Erklärung lautete wörtlich: »... dass ich insbesondere keine Nachrichten über politische oder militärische Vorgänge verbreiten werde, namentlich nicht über die Landesgrenze hinaus«. Eine der unterschriebenen Erklärungen ist abgedruckt in den Sønderjyske Årbøger 35 (1923), S. 316f.

und Jørgen Zachariassen dafür lobte, dass sie auch nach ihrer Freilassung »unter sehr gefährlichen Bedingungen« und trotz »großem persönlichen Risiko« weiter als geheime Informanten arbeiteten.<sup>21</sup>

## Spionage in Dänemark und Schleswig-Holstein

Vor dem 2. August 1914 galt das dänische Strafrecht mit Bezug auf Spionage nur zu Kriegszeiten. Danach konnten sowohl dänische als auch ausländische Staatsbürger dafür, dass sie fremde militärische Nachrichtendienste unterstützten, zu bis zu zwei Jahren Haft verurteilt werden. Jedoch behandelte die Regierung Spionageangelegenheiten auf möglichst unauffällige Weise. Ausländische Nachrichtenoffiziere und Spione wurden daher lediglich des Landes verwiesen. Die Rechtslage sowohl vor dem als auch im Krieg bewirkte, dass die britischen und russischen Nachrichtendienste – soweit möglich – dänisches Territorium dazu benutzten, Informationen über die deutsche Flotte zu sammeln. Nur wenn es unbedingt notwendig war, wurden geheime Aktivitäten in Schleswig-Holstein oder dem übrigen Norddeutschland durchgeführt. Der britische Fokus lag auf maritimen Informationen aus Kiel und Wilhelmshaven, nicht zuletzt auf dem laufenden Schiffbau.

Am 31. Juli 1914 brach die dänische Regierung den Telefonkontakt zu Deutschland ab; die Telegrafverbindung jedoch blieb, über ein Landkabel zwischen Hamburg und Fredericia, während der gesamten Dauer des Krieges bestehen. Darüber hinaus war die deutsch-dänische Grenze eine der am wenigsten bewachten Grenzen in ganz Europa. Es gab viele Grenzübergänge mit lebhaftem Personen- und Warenverkehr, sowohl legal als auch illegal. Dänemark wurde deshalb zur Operationsbasis für die ausländischen Nachrichtendienste, die an Informationen aus Schleswig-Holstein interessiert waren.

Im Jahrzehnt vor Ausbruch des Krieges arbeiteten das britische War Office und das Admiralty an der Möglichkeit, im Falle eines Krieges gegen Deutschland durch die dänischen Meerengen in die Ostsee vorzudringen und die verwundbare Ostseeküste zu bedrohen. Zugleich sollte dänisches Territorium als Stützpunkt für die Royal Navy benutzt werden. Kopenhagen war vor und im Krieg als primäre Plattform zum Sammeln von Informationen aus Deutschland vorgesehen. Dänemarks Lage war optimal, um Informationen zur deutschen Flotte, zu den deutschen Küsten, Häfen, Werften usw. zu sammeln. Die bisherige Erfahrung hatte gezeigt, dass »Dänen in vielerlei Hinsicht die besten verfügbaren Geheimagenten sind« (»Danes in many ways make the best S.S. agents for employment«).<sup>22</sup>

21 RA, Generalstab, Klassificeret arkiv, Fach K-4, Sektion C til die Taktische Abteilung des Generalstabs, 27. November 1918.

22 Keith Jeffery: MI6. The History of the Secret Intelligence Service 1909–1949, London 2010, S. 23.



Im Jahr 1902 wurden britische Konsuln in fremden Häfen darum gebeten, das Admiralty's Naval Intelligence Department (NID) über die Bewegungen fremder Kriegsschiffe zu informieren. In Deutschland jedoch gab es nur den Generalkonsul in Hamburg, der diese Arbeit ausführte, da die übrigen Konsuln deutsche Staatsbürger waren. 1906 bat der britische Marineattaché in Berlin darum, dass auch in Emden, Bremerhaven, Cuxhaven, Brunsbüttel und Tönning englische Konsuln angestellt und entsandt würden. Man hoffte, dass diese heimlich für das NID arbeiten würden und maritime nachrichtendienstliche Informationen zur Unterstützung der britischen Kriegsplanung gegen Deutschland sammeln würden. Das System wurde im Laufe des Jahres 1907 eingerichtet, trotz Widerstands des Foreign Office aufgrund des Risikos einer diplomatischen Krise, sollte die Spionagetätigkeit der Konsuln auffliegen. Daher wurden nur britische Konsuln mit geheimen Aufgaben für das NID nach Kopenhagen, Fredericia, Nyborg und Lolland sowie nach Hamburg, Bremerhaven und Emden entsandt. Außerdem wurde sowohl in Kiel als auch in Rendsburg je ein Geheimagent angestellt. In den Jahren vor Kriegsausbruch berichteten sie laufend über Kriegsschiffe, Schiffswerften, die Verhältnisse in den Häfen, Wassertiefen und besonders über die deutsche Küstenverteidigung.<sup>23</sup>

Die Pläne einer Nahblockade und von Angriffen auf die norddeutschen Küsten wurden zwischenzeitlich durch vorsichtigere Fernblockaden im Englischen Kanal sowie zwischen Schottland und Norwegen ersetzt. Norddeutschland verlor damit zugunsten der nachrichtendienstlichen Aktivitäten in den Niederlanden und Belgien an Bedeutung. Die britische Admiralität priorisierte Dänemark während des Ersten Weltkrieges fortgesetzt stärker als jedes andere Land – nicht aus Interesse an Dänemark, sondern wegen des Zugangs zu marinemilitärischen Nachrichten besonders aus Schleswig-Holstein.<sup>24</sup>

Der französische militärische Nachrichtendienst war während des gesamten Krieges auch in Dänemark mit eigenen Agenten vertreten, um in Deutschland zu spionieren. Die Kundschaftertätigkeit wurde von der französischen Botschaft in Kopenhagen in enger Zusammenarbeit mit britischen und russischen Botschaften geleitet. Ab 1917 wurden auch amerikanische Nachrichtendienstler Teil dieser Zusammenarbeit.

Die 2 500 Soldaten aus Nordschleswig, die während des Krieges desertiert und über die Grenze nach Dänemark geflohen waren, bildeten eine ausgezeichnete Quelle. Sie wurden systematisch zu allem befragt, was sie zu erzählen bereit waren. Einige bezahlte man für die Informationen, andere nicht. Einige wurden darüber aufgeklärt, dass der »Interviewer« für die Entente arbeitete, andere wurden in Ungewissheit gelassen. Der Schleswiger Oluf Wolf war eine der führenden Personen in dieser

23 Richard Dunley: »Not intended to Act as Spies«: The Consular Intelligence Service. Denmark and Germany 1906–1914, *The International History Review* 37 (2015), H.3, S. 1–22. Vgl. Lukas Grawe: Albion an Holsteins Küsten? Der preußische Generalstab und die Furcht vor einer britischen Landung in Norddeutschland und Dänemark, 1905–1914, in: *Militär-geschichtliche Zeitschrift* 79 (2020), H. 1, S. 26–64.

24 Vgl. »The Consett-Hall Correspondence«, in: *Naval Historical Branch*, Portsmouth.

Arbeit, was ihm 1919 über ein Jahr Haft im Moabiter Gefängnis einbrachte. Im Gegenzug erhielt er später ein französisches Ritterkreuz.<sup>25</sup>

Auf dänischem Boden gelang es, dänische und deutsche Staatsbürger in hohem Maße als »legale Reisende« zu rekrutieren. Vor der Reise nach Deutschland wurden sie instruiert, worauf sie achten sollten. Später verhörte man sie oder sie erstatteten schriftlich Bericht. Die wesentlichsten und wertvollsten Informationen – und die am gefährlichsten zu beschaffenden – kamen von den deutschen Staatsbürgern, die bereit waren, Verrat zu begehen und dem Feind systematisch beizustehen, um vertrauliche Informationen über Schwachstellen in der deutschen Verteidigung weiterzugeben. Die folgenden zwei Beispiele geben einen kleinen Eindruck davon, nach welchen Informationen die Nachrichtendienstler suchten und welche sie auch erfolgreich bereitstellten. Das erste Beispiel ist ein Auszug aus einem Bericht über den Kaiser-Wilhelm-Kanal, der von einem in Kopenhagen stationierten Marineattaché ausgearbeitet wurde und auf einem Bericht des Agenten »Z« beruht.

»Die Bewachung des ganzen Kanals erfolgte durch vertrauenswürdige Landsturm-Truppen, die für Zweimannpatrouillen alle 500 Meter sorgten. Die Bewachung ist in der Nähe von Brücken verstärkt. An jeder Brücke gibt es Abwehr durch Stacheldraht und einen Wachtposten mit 15 Soldaten [...]. Die schwachen Punkte sind die Schleusen in Holtenau und Brunsbüttel, denn wenn eines der Tore dieser Schleusen bricht, wird der Wasserstand im Kanal rapide so weit fallen, dass große Schiffe nicht mehr fahren können [...]. Auf der Brunsbütteler Seite wird jeden Abend vor den Schleusentoren ein Torpedonetz angebracht. Auf jeder der Schleusenmolen stehen zwei 88-Millimeter-Geschütze, um auf Flugzeuge zu schießen, sowohl bei Holtenau als auch bei Brunsbüttel.«<sup>26</sup>

Das zweite Beispiel ist ein Auszug aus einem Bericht über die Zeppelinbasis bei Tondern, der vom französischen Marineattaché in Kopenhagen ausgearbeitet wurde. Scheinbar gelang es seinem Agenten 1917, in die Zeppelinbasis einzudringen, um offensichtliche Bombenziele zu markieren. Im Jahr 1916 hatte die britische Luftwaffe versucht, die Basis zu bombardieren, doch konnten die britischen Piloten diese nicht finden, und die Operation misslang. Erst am 19. Juli 1918 glückte das Unternehmen. Berichte wie der folgende konnten für einen Luftschlag den entscheidenden Unterschied bedeuten: »Entlang der Straße TONDERN/SCHERREBEK, in Höhe des 38. Telegrafmastes, gerechnet von der TONDERN/TINGLEFF-Linie, beginnen die Umgebungen der Zeppelin-Hallen. Westlich der Hauptstraße kommen zuerst die Gebäude, in denen Maschinen stehen, die der Erzeugung von Gasen dienen. Nahe dieser Gebäude befindet sich ein großer Turm mit einer Höhe von 12 bis 15 Metern, der an ein Zementhaus grenzt (Höhe 2 Meter, Länge 12 Meter, Breite 4 Meter). Der

25 Morten Andersen: Oluf Wolf og den franske forbindelse. En sønderjysk spionagesag under 1. verdenskrig. Sønderjyske Årbøger 122 (2010), S. 33-68.

26 Service Historique de la Defence (SHD), MV SS X h 1, No. 138, Le Capitaine de vaisseau de Faramond à Monsieur le Ministre de la Marine, 10. Januar 1917.

Feldweibel, der den Informanten führte, sagte, dass dieses Haus die Anlage zur Stromproduktion enthalte, [und ...] fügte hinzu, dass es im Falle seiner Zerstörung (durch eine beliebige Granate) zu einer enormen Explosion kommen würde.«<sup>27</sup>

Nach dem Krieg und besonders im Oktober 1921 tobte in Südjütland eine bösartige Debatte, worin die Spione der Kriegszeit beschuldigt wurden, Mörder zu sein – mit dem Argument, dass sie die Ursache dafür gewesen sein sollten, dass die schleswigschen Regimenter besonders hohe Verluste erlitten hätten, weil vertrauliche Informationen über dieselben dem französischen Geheimdienst zugespielt worden seien. Einige der Spione reagierten darauf und verteidigten ihre Handlungen. Hofbesitzer Theodor Kylling aus Frörup argumentierte beispielsweise: »Gesetzt den Fall, dass wir zur Aufbringung oder Unschädlichmachung eines einzigen Unterseeboots beigetragen haben, oder dass wir im Stande gewesen sind, einen bevorstehenden Luftangriff über Englands offenen Städten vorherzusagen, wie bekanntermaßen die Angriffe von Tondern stets ein paar Tage im Voraus, so haben wir sicher bei der Rettung vieler Unschuldiger geholfen.«<sup>28</sup>

## Der deutsche Nachrichtendienst

Sektion III.b des Großen Generalstabes und die Nachrichtenabteilung des Admiralstabes der Marine (»N«) benutzten auch die einfachen Möglichkeiten des Grenzübertretts nach Dänemark und die günstigen operativen Verhältnisse dort. »N« baute in Dänemark ein Frühwarnsystem auf, das dem südlich der Grenze weitgehend glich. Bei Hinweisen darauf, dass die Royal Navy versuchte, in die Ostsee einzudringen, sollten die Agenten ein zuvor abgesprochenes Telegramm an eine Adresse in Deutschland senden, so dass die Kieler Flottenbasis schnellstmöglich informiert werden konnte. »N« gebrauchte dänisches Territorium weitgehend, um Informationen über den Schiffsverkehr in der Nordsee zu erlangen. Das wichtigste Ziel war, die U-Boote mit Nachrichten aus dänischen Häfen über die Ablegezeiten und Fahrtrouten von Schiffen zu versorgen. Zu diesem Zweck wurde viel für H. 10 in Esbjerg, H. 67 in Aarhus und die anderen Agenten ausgegeben. Die deutsche Küstenverteidigung wurde vom Oberkommando Küste in Hamburg koordiniert. Der leitende Nachrichtenoffizier »N.O. Küste« richtete zwei Unterabteilungen in Schleswig, Nachrichtenstelle Flensburg ein (wieder eingestellt Dezember 1915) und Nachrichtenstelle Hadersleben, jeweils geleitet von den Hauptleuten Frahne und Erichsen.<sup>29</sup>

27 SHD, MV SS X h 1, No. 311, Le Caitaine de vaisseau de Faramond à Monsieur le Ministre de la Marine, 17. Juli 197.

28 Die haderslebener Zeitung Danskeren, 12. Oktober 1921.

29 Bundesarchiv (BArch), Abteilung Militärarchiv, RW5/47 Friedrich Grempp: Geheimer Nachrichtendienst und Spionageabwehr des Heeres, vol. VII, S. 116–118.

Im November 1914 bat Sektion III.b des Großen Generalstabes die lokalen Polizeiverwaltungen in Schleswig-Holstein, weitere Kriminalkommissare zu benennen, die der skandinavischen Sprachen mächtig und die dazu geeignet waren, mit der Spionageabwehr zu arbeiten, nachdem sie nach einer Regelung von 1911 einen Kursus «Spionageüberwachungsdienst» durchlaufen hatten. Der Krieg und die umfassende Mobilisierung erschwerten es jedoch den lokalen Polizeikreisen, das gewünschte Personal zu Verfügung zu stellen. Die gewählten Kriminalkommissare übernahmen die polizeiliche Ermittlung von Spionage in Schleswig-Holstein, die Überwachung von Briefen und Telegrammen von und nach Dänemark sowie die geheimen Nachforschungen auf dänischem Territorium, wobei sie von den deutschen Konsulaten unterstützt wurden. In Zusammenarbeit mit Sektion III.b und »N« erforschten sie zudem die deutschfeindliche Spionage in Jütland und hatten unter anderem Zivilangestellte entlang der Grenze in den jütischen Bahnstationen zwischen Esbjerg und Kolding stationiert. Die praktischen Übergänge zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark wurden somit von allen Parteien und während des gesamten Krieges ausgenutzt.<sup>30</sup>

## Schlussbetrachtung

Die Aktivitäten der militärischen Nachrichtendienste in Schleswig-Holstein während des Ersten Weltkrieges zu rekonstruieren ist mühsam, da auf diesem Gebiet keine gesammelten Berichte oder Statistiken existieren und weil alle Archive unvollständig sind. Insgesamt haben sich jedoch vielerorts in Europa und in Washington, D.C., verblüffend viele anonymisierte Spionageberichte über die Aktivitäten in Schleswig-Holstein erhalten. Es sind Berichte über geheime Informanten, über Verrat und über verschiedene Informationen, deren militärischer Wert als ausreichend dafür angesehen wurde, an die Regierungsbüros weitergesandt zu werden. Das sich abzeichnende Gesamtbild ist, dass in den Kriegsjahren 1848–1851 und fast ununterbrochen in der Zeit zwischen 1864 und 1920 in Schleswig-Holstein militärische Nachrichtendienste tätig waren, wobei der Umfang ihrer Tätigkeit im Jahre 1918 kulminierte.

30 Ebenda, S. 135-140; Landesarchiv Schleswig-Holstein (LASH), Abteilung 309, Nr. 22925, Spionage auf Helgoland und in Kiel, Überwachung allgemein.

## Die deutsche Minderheit im Dienst des SD und der Gestapo

Die deutsche Minderheit in Dänemark während der NS-Zeit ist mittlerweile ein gut beleuchtetes Forschungsgebiet, nicht zuletzt in Anbetracht der Tatsache, dass es sich um eine Gruppe handelt, die in der damaligen Zeit aus maximal 50 000 Personen bestand. Insbesondere in den vergangenen 20 Jahren sind mehrere Werke erschienen, die sich – wenn nicht ganz, dann zumindest teilweise – mit der Rolle der Minderheit in der Zeit von 1933 bis 1945 beschäftigen. Dabei lagen die Schwerpunkte der Forschung auf den vielen Kriegsdienstfreiwilligen der Minderheit auf der Seite Hitlerdeutschlands sowie auf deren Verbrechen an der Front und in den deutschen Konzentrationslagern. Hier sind die beiden Werke »Straffelejren« und »Gerningsmænd eller ofre« von Henrik Skov Kristensens als Grundlage für weitere Forschungen zu nennen.<sup>1</sup> Ein Aspekt der Kollaboration der deutschen Minderheit während des Zweiten Weltkrieges, dem bisher wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden ist, ist die Rolle einzelner Angehöriger der Minderheit für die Nachrichtendienste und den Sicherheitsapparat des Dritten Reiches.

Von dänischer Seite ist die übergeordnete Arbeit der Gestapo und des Sicherheitsdienstes des Reichsführers SS (SD) insbesondere im zweibändigen Werk »På førerens ordre« der beiden Herausgeber John T. Lauridsen und Henrik Lundtofte beschrieben worden.<sup>2</sup> Die Minderheit als eigenständiges Forschungsobjekt wird hier jedoch wenig beachtet. Von deutscher Seite ist die Lage der Volksdeutschen im deutsch-dänischen Grenzgebiet 1933–1945 von Gerhard Paul untersucht worden.<sup>3</sup>

Über 80 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges existiert jedoch ein wichtiges Desiderat. Dabei handelt es sich um die Kooperation der Minderheit mit der Besatzungsmacht und deren Nachrichtendiensten. Schon vor dem Zweiten Weltkrieg wurde bekannt, dass Personen aus der Minderheit für die Abwehr, also die Auslandsespionage der Wehrmacht, tätig waren. Der Fokus dieses Beitrags liegt hingegen auf der Zusammenarbeit der Minderheit mit dem SD und der Gestapo – insbesondere in

- 1 Henrik Skov Kristensens: *Straffelejren: Fårhus, landssvigerne og Retsopgøret*, Kopenhagen 2012; Henrik Skov Kristensens: *Gerningsmænd eller ofre? Erindringer i det tyske mindretal i Sønderjylland om nazismen, verdenskrigen og retsopgøret i komparativ belysning*, Aabenraa 2019.
- 2 John T. Lauridsen und Henrik Lundtofte (Hrsg.): *På Førerens ordre – Hitlers mænd i Danmark 1933–1945*, Aarhus 2024.
- 3 Gerhard Paul (Hrsg.): *Flensburg meldet: ...! Flensburg und das deutsch-dänische Grenzgebiet im Spiegel der Berichterstattung der Geheimen Staatspolizei und des Sicherheits-Dienstes (SD) des Reichsführers-SS (1933–1945)*, Flensburg 1997. (künftig zitiert als Paul, Gerhard: *Flensburg meldet*.)

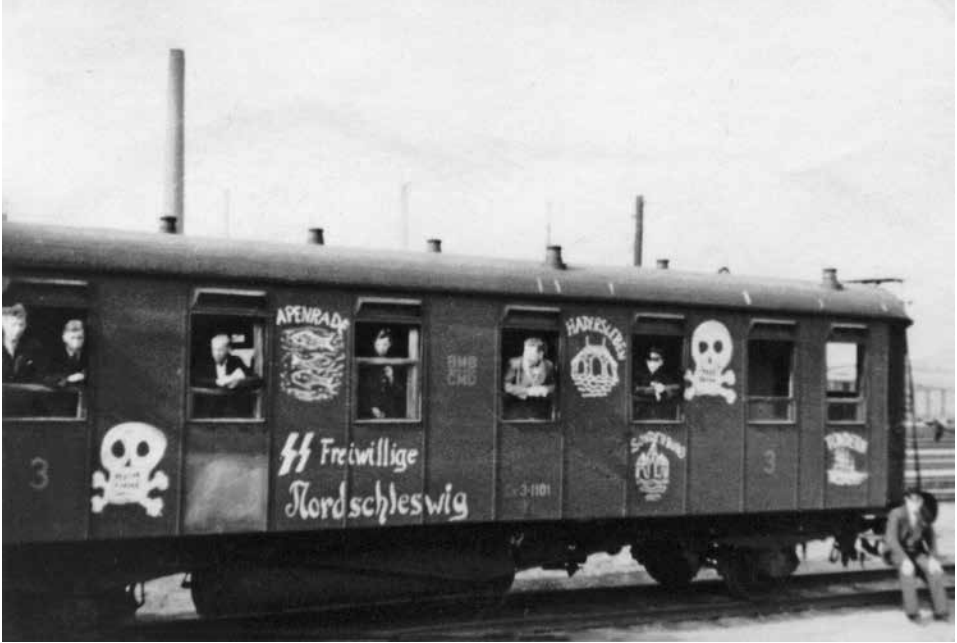
der Zeit von 1943 bis zum Kriegsende. Der Grund hierfür ist zum einen, dass die Minderheitenrolle im Zusammenhang mit diesen Institutionen des NS-Regimes in der aktuellen Forschung noch nicht berücksichtigt worden ist, und zum anderen der Zugang zu neuen Archivalien, die gerade diese Rolle bestätigen.

In Pauls Werk »Flensburg meldet« wird die Lage der deutschen Minderheit von 1940 bis 1943 beschrieben. Doch gerade die Jahre von 1943 bis zum Kriegsende sind der für den vorliegenden Artikel entscheidende Zeitraum. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, inwiefern die deutsche Minderheit in Nordschleswig mit den Sicherheits- und Nachrichtendiensten der Besatzungsmacht kooperiert hat.

Die Besetzung Dänemarks durch deutsche Truppen am 9. April 1940 vermag in der Geschichte des Zweiten Weltkrieges lediglich einen kleinen Platz einzunehmen. Für die Menschen in Dänemark ist diese Zeit ein schwarzes Kapitel in der langen Geschichte des Landes gewesen. Lange hatten die verantwortlichen Politiker für eine neutrale Haltung Dänemarks und einen Nichtangriffspakt mit Hitler gearbeitet – doch am frühen Morgen des 9. Aprils 1940 zeigte sich, dass diese Arbeit vergeblich gewesen war. Im Zuge der Operation Weserübung wurde Dänemark regelrecht von der deutschen Wehrmacht überrollt. Eine schnelle Kapitulation der dänischen Regierung verhinderte höchstwahrscheinlich schlimmere Auseinandersetzungen zwischen deutschen und dänischen Soldaten sowie ein Zerbomben dänischer Städte. Zudem sorgte eine Politik der Zusammenarbeit Dänemarks mit der Besatzungsmacht, verglichen mit anderen besetzten Gebieten der Deutschen, für ein weiterhin weitgehend normales Leben in Dänemark – bis zum Augustaufstand im Jahre 1943 und dem damit verbundenen Ende der Zusammenarbeitspolitik zwischen der dänischen Regierung und der deutschen Besatzungsmacht. Ab diesem Zeitpunkt waren die deutschen Besatzer auch verstärkt im Alltag der dänischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger präsent – zum Leid dieser.

Anders war das bei der deutschen Minderheit in Nordschleswig. Offiziell als Minderheit seit der Volksabstimmung im Jahre 1920 und der damit verbundenen Grenzziehung und Teilung Schlesiens anerkannt, arbeitete diese seit diesem Zeitpunkt für eine Grenzrevision. Die Vertreter der Minderheit fühlten sich weiterhin fest mit ihrem Vaterland südlich der Grenze verbunden und sahen sich auch als Deutsche. Daher verfolgte die Minderheit auch akribisch die Entwicklungen in Deutschland im Laufe der Weimarer Republik – insbesondere nach der Machtübernahme Adolf Hitlers und im Hinblick auf seine radikale Außenpolitik. Diese erweckte eine Hoffnung in der Minderheit, dass Nordschleswig wieder zu Deutschland zurückkehren würde. Zum Ausdruck kam diese Hoffnung unter anderem in der »Heim-ins-Reich-Kampagne« der Minderheit im Zuge der Parlamentswahl in Dänemark 1939. Auch als deutsche Truppen am 9. April 1940 in Dänemark einmarschierten, zeigten Minderheitenangehörige ihre Begeisterung und begrüßten diese am Straßenrand mit dem Hitlergruß.

Doch die Hoffnung auf eine Wiedervereinigung Nordschlesiens mit Deutschland fand ihr jähes Ende, als Adolf Hitler eine solche Einverleibung ablehnte. Nichtsdes-



*Ein Zugwaggon mit SS-Freiwilligen aus Nordschleswig, vermutlich am Bahnhof in Tinglev/Tingleff. Insgesamt haben sich rund 2.100 junge Männer aus der deutschen Minderheit in Nordschleswig für den Kriegsdienst im Zweiten Weltkrieg auf deutscher Seite gemeldet (Deutsches Museum Nordschleswig).*

totrotz unterstützte die Minderheit nach der Besetzung Dänemarks Hitler bzw. das nationalsozialistische Deutschland mit jungen Männern für seine Truppen. Rekrutiert wurde vor allem für die Waffen-SS, aber auch nach 1943 vor allem für die Zeitfreiwilligen.<sup>4</sup> Somit waren über 5 000 Personen<sup>5</sup> aus den Reihen der Minderheit in irgendeiner Form aktiv an der Kriegsarbeit beteiligt.

## Verwendete Quellen

Gerade im Bereich der Nachrichtendienste ist die Quellenlage eine besondere Herausforderung. Im Falle des vorliegenden Artikels stellte sich jedoch überraschenderweise heraus, dass vieles bewahrt wurde. Nicht alle Dokumente wurden in den hektischen Tagen kurz vor der Kapitulation Deutschlands verbrannt. Dank einer schnell agierenden dänischen Polizei, die mit Hausdurchsuchungen und einer intensiven Ermittlungsarbeit viele Originaldokumente sicherstellen konnte, ist die Quellenlage zur Tätigkeit des Sicherheitsdienstes in Nordschleswig als relativ gut einzuschätzen.

4 Eine Heimwehr in Nordschleswig, die im Falle einer Alliierten Invasion der Wehrmacht beistehen sollte, Anm.

5 Die Jugendlichen weinten, wenn sie nicht in den Krieg durften, in: Der Nordschleswiger, 28. Mai 2019.

Auch die vielen Zeugenaussagen von Opfern sowie Tätern bei der Polizei vermitteln ein gutes Bild der Arbeit des SD und der Gestapo und wurden in einem umfassenden Bericht, dem »SD-Rapport« der Polizei, gesammelt. Dieser diente als Grundlage der Polizei für das damals bevorstehende rechtliche Vorgehen der dänischen Justiz gegen die deutschen Besatzer und ihre dänischen Kollaborateure. Gerade das Beweismaterial und die vielen Berichte bilden das Quellenmaterial für den vorliegenden Artikel. Doch auch Dokumente aus dem sogenannten Stockholm-Archiv des dänischen militärischen Geheimdienstes werden berücksichtigt. Diese waren aufgrund des dänischen Archivgesetzes bis vor kurzem noch für die Öffentlichkeit verschlossen. Wie der Name sagt, stammen viele dieser Dokumente aus Stockholm. Aus einer Zeit, in der der Geheimdienst nach dem Ausnahmezustand in Dänemark im August 1943 und dem damit verbundenen Ende der Zusammenarbeitspolitik zwischen der dänischen Regierung und der deutschen Besatzungsmacht nach Stockholm umziehen musste – seine Arbeit aber von dort aus fortsetzte und den britischen Nachrichtendienst sowie den Sabotagedienst Special Operations Executive (SOE) mit Informationen belieferte.<sup>6</sup> Demnach wurde auch eine umfassende Personenkartei über Denunzianten und Kollaborateure in Dänemark mit der Besatzungsmacht zusammengestellt. Ob die Informationen des Generalstabens Eferrettingssektion auch bei der rechtlichen Aufarbeitung verwendet wurden, ist fraglich. Viele der notierten Sachverhalte zu Personen aus Nordschleswig fanden keine Erwähnung in der Urteilsverkündung der Rechtsabrechnung.

## Der SD in Dänemark

Der Sicherheitsdienst des Reichsführers SS war ein Geheimdienst, der, wie die Bezeichnung schon sagt, der SS unterstellt war. Organisatorisch war der SD seit 1939 dem Reichssicherheitshauptamt (RSHA) unterstellt, in dem auch die Gestapo beheimatet war. So stand die Organisation in enger Beziehung mit den Polizeieinheiten, wie der Gestapo und der Kriminalpolizei. Laut der bisherigen Forschung soll sich der SD schon seit 1935 mit Dänemark beschäftigt haben.<sup>7</sup> Im Fokus des SD standen gerade die Minderheiten in und um Deutschland, weshalb die deutsche Minderheit in Dänemark auch zum Arbeitsbereich des Sicherheitsdienstes gehörte.<sup>8</sup> Nach der Besetzung Dänemarks wurden zügig ein Netzwerk des SD mit Hauptverwaltung im Dagmarhus in Kopenhagen sowie kleinere Abteilungen in den größeren Städten in der Provinz gebildet. Informationen wurden in den wöchentlichen »Meldungen aus

6 Danmarks Nationalleksion: »Generalstabens Eferrettingssektion«. [https://lex.dk/Generalstabens\\_Eferrettingssektion](https://lex.dk/Generalstabens_Eferrettingssektion).

7 Matthias Bath: »Der SD in Dänemark 1940–1945. Heydrichs Elite und der »Gegenterror«, Berlin 2015, S. 23ff.

8 Paul, Gerhard: Flensburg meldet. S. 61.



Dänemark« zusammengestellt und beinhalteten Analysen über Wirtschaft, Kultur und Politik. Die Arbeitsweise folgte oft demselben Prinzip: Informationen wurden von V-Männern (Vertrauensmännern) geliefert. Dies wird im Laufe des Artikels am Beispiel des Leiters der SD-Außenstelle in Apenrade, Georg Köhnert, gezeigt. Dieser erhielt seine Informationen von seinen vertrauten Quellen. Die Leiter der einzelnen Außen- und Nebenstellen haben diese dann nach Kopenhagen weitergeleitet – wo sie dann zu den eigentlichen Meldungen aus Dänemark zusammengetragen und nach Berlin geschickt wurden.<sup>9</sup>

## Anfänge der Zusammenarbeit mit dem SD

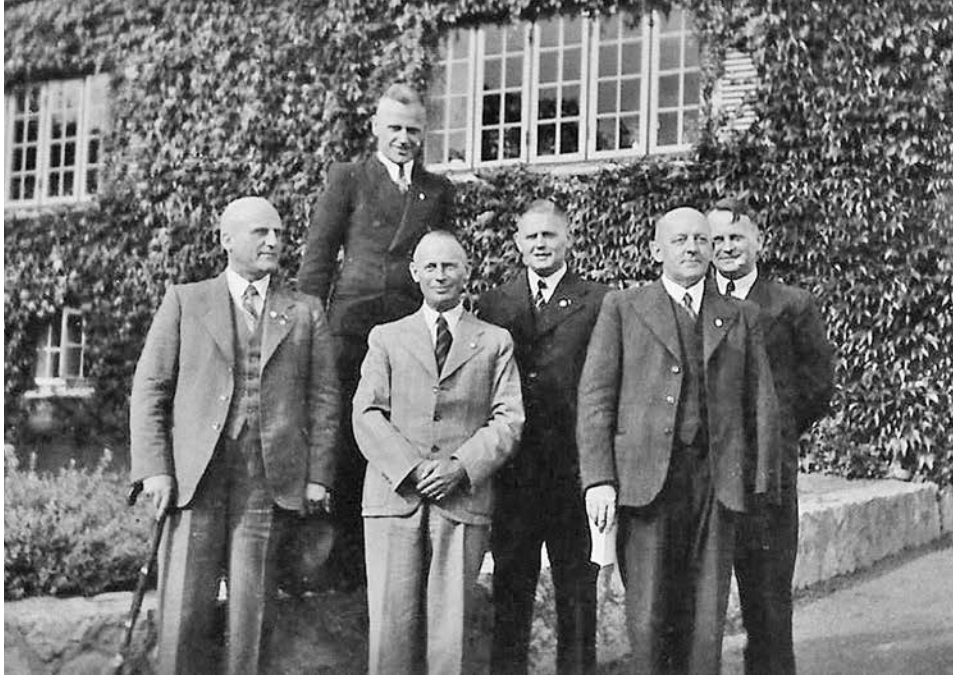
Laut der aktuellen Quellenlage hat die direkte Zusammenarbeit der Minderheit mit dem Sicherheitsdienst ihre Anfänge im Jahr 1943. Es war der Wunsch der Minderheit, eine Nebendienststelle der Außenstelle Kolding in Apenrade zu errichten. Der Leiter des Organisationsamtes der NSDAP-N, Peter Larsen, hatte dafür schon ein Büro in der Parteizentrale, dem Dibbernhaus in Apenrade, freigeräumt. Diese Pläne wurden jedoch durch den Volksgruppenführer Jens Möller durchkreuzt. Dieser sah es nicht als vorteilhaft für die Minderheit an, einen Nachrichtendienst der Besatzungsmacht in der Parteizentrale unterzubringen – gerade in Bezug auf das Verhältnis zur Mehrheitsbevölkerung. Georg Köhnert, der Leiter der Nebenstelle in Apenrade, zog daraufhin stattdessen in ein Büro am Tøndervej 64 in Apenrade. Laut dem Bericht der Polizei hatte er keine Einwände dagegen, unter dem gleichen Dach mit der Minderheit zu arbeiten. Von seinen Kollegen in Kopenhagen war er zuvor gewarnt worden, sich zu intensiv mit der Minderheit einzulassen.<sup>10</sup> Die Gründe dafür, dass die Minderheit regelrecht darum gebeten hatte, eine Nebendienststelle des SD in Apenrade einzurichten, werden in den vorhandenen Quellen nicht direkt erwähnt. Der Zeitpunkt der Bildung dieser Dienststelle in Apenrade im Herbst 1943 lässt aber vermuten, dass der Ausnahmezustand und die Beendigung der Zusammenarbeitspolitik der dänischen Behörden und Regierung mit der Besatzungsmacht sowie das Erwachen der Widerstandsbewegung in Dänemark dazu geführt haben, dass die Minderheit aus Angst vor Vergeltung durch dänische Nachbarn den Wunsch nach mehr Kontrolle und Überwachung geäußert hat.<sup>11</sup>

Laut Köhnerts Aussagen im Verhörprotokoll der Polizei wollte er schnellstmöglich Dänisch lernen, weshalb er Peter Larsen um Rat bat. Der wiederum empfahl ihm einen der Lehrer an den Schulen der Minderheit, Rolf Bargfeldt. Dieser unterrichtete ihn sowie seine beiden Mitarbeitenden, den SS-Untersturmführer Anton Kirchmayr und die Sekretärin Müller, daraufhin regelmäßig bis zum Kriegsende. Anfangs noch bei

9 Henrik Lundtofte: »På førerens ordre. Hitlers mænd i Danmark 1933-1945«. Bind II. S. 1051.

10 RA, Politiets Efterretningstjeneste, Rapporter vedr. Det tyske mindretals forhold 1946–1946, AD VII SD.

11 RA, Politikommandøren for Sydjylland. E-Journalsager 1945–1947. Nr. 37. Verhør Georg Köhnert S. 3–4.



*Einige Vertreter der NS-Minderheitenführung: von links NSDAP-N-Parteiführer Jens Möller, Leiter des Amtes für Presse und Propaganda der NSDAP-N, Peter Rudolf Stehr, Chefredakteur der Nordschleswigschen Zeitung, Harboe Kardel, Leiter des Schatzamtes der Minderheit, Peter Petersen, Leiter des Organisationsamtes der NSDAP-N, Peter Larsen und der Beauftragte für Kultur der NSDAP-N, Peter Callesen (Deutsches Museum Nordschleswig).*

Rolf Bargfeldt zu Hause, später dann in der Dienststelle des SD im Tøndervej. Dies ist ein Beispiel der fruchtbaren Zusammenarbeit des SD mit der Minderheit in den Jahren der Besatzungszeit, die jedoch keinen militärischen oder politischen Nutzen hatte.

Der SD und die Gestapo waren auf Informationen aus der Bevölkerung angewiesen. Aus diesem Grund baute auch Köhnert sich ein Netz aus sogenannten Vertrauensmännern (V-Männern) sowie Informanten und weiteren Kooperationspartnern in seinem Einsatzgebiet Nordschleswig auf. Aus dem dänischen Polizeibericht zum SD in Nordschleswig geht insbesondere die Zusammenarbeit mit dem V-Mann Alfred Huth und dem SD-Mitarbeiter Julius Kähler hervor. Aus Sicht der Minderheit waren diese beiden keine unbekanntenen Persönlichkeiten. Huth war als Organist und Chorleiter in Hadersleben tätig, während Kähler vor seiner Einstellung beim SD der erste Chefredakteur der Nordschleswigschen Zeitung (NZ) von 1929 bis zu seiner Ablösung durch Harboe Kardel Mitte der 1930er Jahre war. Huth lieferte als V-Mann für Köhnert viele Informationen an den SD. Aufgrund dieser Tätigkeiten wurde er auch in der sogenannten Stockholm-Datei des dänischen Militärnachrichtendienstes erwähnt, der wie bereits erwähnt ab 1943 seine Arbeit aus Stockholm weiterführte – daher die Bezeichnung Stockholm-Datei. Auf einer im April 1945 erstellten Liste von rund 3000 der Kollaboration verdächtigten Personen tauchte auch Alfred Huth auf. Über ihn heißt es unter anderem:

»Huth, Alfred. Organist. Marienlystvej 1, Hadersleben. Ortsgruppenleiter und Hoheitsträger der NSDAP, Auslandsorganisation Ortsgruppe Hadersleben. Berechtigt zum Tragen von Waffen. Leiter der Wehrmachtsbetreuung. Vor dem 9. April 1940 deutscher Spion. Beherbergte seinerzeit Major Meyer Quade. Hat eine eigene Telefonleitung nach Flensburg. Führte am 19. September 1944 eine Gruppe deutscher Soldaten durch die Wohnungen dänischer Polizisten. Einer der fanatischsten Frontkämpfer des deutschen Nationalsozialismus in Nordschleswig und fanatisch in seiner Einstellung zum Dänentum.«<sup>12</sup>

Seine Beziehungen und seine Arbeit für den SD wurden in diesen Akten zwar nicht erwähnt. Die vielen von der Polizei gesammelten Dokumente in der Vorbereitungsphase der rechtlichen Aufarbeitung stellen diese Verbindung mit Huth jedoch in keinster Weise infrage. Im Gegenteil: Nicht nur Informationen über dänische Staatsbürger wurden weitervermittelt, sondern auch das »unwürdige« Verhalten eines deutschen Wehrmachtsoffiziers in Dänemark wurde an den SD gemeldet.

Köhnert verwies im Verhör mit dänischen Kriminalbeamten auf den Umstand, dass er viel Wert darauf gelegt habe, in jedem der vier Kreisstädte in Nordschleswig einen Mann zu haben, an den er sich direkt wenden konnte. Laut seinen Aussagen brauchte er »Kenner«, die zudem in ihrem Kreis gut vernetzt waren. Darüber hinaus hatte er Julius Kähler als Dolmetscher. Zudem war dieser für die Pressearbeit verantwortlich, das heißt, er sollte sämtliche dänische Lokalzeitungen lesen und nützliche Artikel ins Deutsche übersetzen. Ferner hatte er hauptamtlich einen I. M. Jensen aus Apenrade, einen Werkstattbesitzer, eingestellt. Dieser sollte vor allem Stimmungsberichte aus der Bevölkerung liefern.

Laut Informationen Köhnerts soll er ein Netz von insgesamt fünf V-Männern gehabt haben. Hinzu kommen sechs weitere »Zubringer« und elf »gelegentliche Mitteilern«, die nahezu allesamt aus der Minderheit stammten und geografisch in Nordschleswig gut verteilt waren – jeder Bezirk war vertreten.<sup>13</sup> Neben den Informanten waren zudem sechs Personen hauptamtlich in der Dienststelle am Tøndervej 64 in Apenrade tätig. Hierzu gehören Sekretärinnen, die an der operativen Arbeit nicht mitwirkten, aber auch ein Buchhalter, Adolf Carl Dietrich, der bei Verhaftungen usw. tatkräftig unterstützte.<sup>14</sup>

Auch bei der »benachbarten« Gestapo-Abteilung in der Forstallé in Apenrade hatte Köhnert den Eindruck erweckt, dass er sehr intensiv auf sein Netzwerk von V-Männern zurückgriff und auch vertraute. Das zeigen die Verhörprotokolle der dänischen Polizei von ehemaligen Gestapo-Beamten in Apenrade, darunter Rudolf Erich Doneck im Februar 1946. Darin erklärte er: »Köhnert hingegen hat in hohem Maße von V-Männern Gebrauch gemacht, was er durch die ihm von Köhnert erhaltenen

12 RA, Politikommandøren for Sydjylland. Generalstabens Efterretningssektion. Rigspolitiets efterlysninger. Nr. 290.

13 RA, Politikommandøren for Sydjylland. E-Journalsager 1945–1947. Nr. 37. »Die SD-Aussenstelle Apenrade, ihre Entwicklung und ihre Arbeit«. S. 8.

14 RA, Politikommandøren for Sydjylland. E-Journalsager 1945–1947. Nr. 39.

Schriftstücke kontrollieren konnte. Köhnert war überhaupt sehr aktiv, um so seine Unentbehrlichkeit in Aabenraa zu beweisen. So machte er die Fälle immer sehr groß und schickte fast alles nach Kopenhagen, von wo es an das SP in Kolding weitergeleitet wurde, der es an den Dienstoff in Aabenraa zur Untersuchung weiterleitete.«<sup>15</sup> Manche Vorgänge auf Grundlage von Informationen von V-Männern, von denen einige aus der Minderheit stammten und ihren Weg über Kopenhagen und Kolding nach Apenrade machten, wurden laut Doneck von der Gestapo in Apenrade kritisiert. Köhnert wurde dazu aufgefordert, kleinere Sachen direkt der Stelle in Apenrade zu melden, anstatt Kopenhagen und Kolding einzuschalten.

Demnach musste auf Meldungen stets reagiert und entsprechende Berichte mussten an die Stellen in Kolding und Kopenhagen geschickt werden.<sup>16</sup> Zudem wird in einem Verhör mit dem Unterrottenführer der Gestapo in Apenrade, Robert Ferdinand Kussmaul, die enge Zusammenarbeit zwischen Gestapo, SD und Minderheit beschrieben: »Er kann daher mitteilen, dass die Gestapo-Leute, wann immer sie Informationen über eine Person oder ein Ereignis benötigten, sich an den örtlichen Ortsgruppenleiter der NSDAP-Ns wandten, und er sagt, dass sehr häufig von der Gestapo bei Oberleutnant Larsen angerufen wurde, um nach diesem oder jenem zu fragen.«<sup>17</sup> Dies unterstreicht die Zusammenarbeit auf höchster Ebene der Minderheit mit den deutschen Nachrichtendiensten. Diese Zusammenarbeit erstreckte sich auch auf die »lokale« Ebene der Minderheit. Nach einer eingetroffenen Meldung über eine Person wurde der Arbeitsauftrag der Gestapo wie folgt geschildert:

»Doneck bemerkt auch, dass, wenn man sich an eine der auf der Liste angegebenen Personen wandte, dies in der Regel so geschah, dass man die betreffende Person nach ihrem möglichen Wissen über die verdächtige Person befragte, und falls sie nichts Genaueres sagen konnte, bat man sie, die betreffende Person zu »beschatten« und bei Kontaktaufnahme mit anderen Personen neue Informationen zu beschaffen, die man dann 8–14 Tage später abholen würde. In der Regel haben die Personen, an die man sich wegen Informationen gewandt hat, darauf hingewiesen, dass sie Volksdeutsche waren und es äußerst schwierig für sie war, Informationen zu beschaffen, aber sie haben nie abgelehnt und erklärt, bereit zu sein, Kontakt zu anderen Personen aufzunehmen, die leichter in der Lage waren, die gewünschten Informationen für die Gestapo zu beschaffen.«<sup>18</sup>

Neben der Zusammenarbeit der Minderheit mit der Gestapo zeigt diese Aussage auch die Bereitwilligkeit, Informationen über ihre »dänischen Nachbarn« zu liefern. Dies bedeutet, dass die Zusammenarbeit der Minderheit mit der Besatzungsmacht nicht ausschließlich auf der Führungsetage geschehen ist, sondern auch im hohen Maße von der Basis mitgetragen wurde.

15 RA, Politikkommandøren for Sydjylland. E-Journalsager 1945–1947. Nr. 42. »Rudolf Erich Doneck«.

16 Ebenda. S. 5.

17 Ebenda: »Robert Ferdinand Kussmaul«. S. 1.

18 Ebenda: »Rudolf Erich Doneck«. S. 5.

Neben dem SD hatte auch die Gestapo ihr eigenes Netz aus V-Männern. Dieses war jedoch laut der Polizei (Stand Juli 1946) nicht so dicht wie das von Köhnert – dennoch tauchte im Verzeichnis abermals der Name Peter Larsen, der Leiter des Organisationsamtes der deutschen Volksgruppe, auf. Er steht somit nicht nur für die Zusammenarbeit mit dem SD, sondern auch für die enge Zusammenarbeit mit der Gestapo.<sup>19</sup>

## Informationen aus der Minderheit

Anhand der gesichteten Dokumente ist die enge Zusammenarbeit zwischen Minderheit und Sicherheitsdienst unbestreitbar. Dies zeigt die Art der Informationen, die an eine eigentliche nachrichtendienstliche Arbeit erinnert: zum einen die schon erwähnten Anfragen Köhnerts an Peter Larsen und die Bitte nach Informationen über Personen und/oder Betriebe, zum anderen eine Aufforderung der NSDAP-N an die einzelnen Ortsgruppenleiter, verdächtige »Elemente« in ihrem Kreis zu melden. Die Aufforderung hatte die Polizei im Zuge ihrer Ermittlungsarbeit im Rahmen einer Hausdurchsuchung bei Jep Schmidt gefunden. Diese besagte unter anderem:

»1. Einberufung des politischen Arbeitsausschusses der Ortsgruppe mit dem Ziel, eine Überholung [Durchleuchtung; d. Verf.] des Ortes vorzunehmen. Es muss in diesem Kreis besprochen werden, wo irgendwelche verdächtigen Elemente vorhanden sind, die bei Sabotagehandlungen mitwirken könnten, bzw. den Saboteuren Vorschub leisten und diese decken würden. 2. Laufende Überwachung der verdächtigen Kreise und sofortige Meldung an die mit der Sabotageabwehr betreuten Dienststellen, wenn irgendwie Anlass zu besonderer Vorsicht geboten erscheint. (...) Da die genannte Aufgabe eine der wichtigsten der kommenden Zeit ist, bitte ich um sofortige Einleitung der notwendigen Maßnahmen. Auch auf dem Lande ist die Überwachung notwendig, da auch schon Sabotage gegen die Ernte verübt wurde.«<sup>20</sup>

Dieser Ausschnitt der Aufforderung des Organisationsamtes der NSDAP-N vom 6. September 1943, unterzeichnet durch Peter Larsen, unterstreicht die Aufforderung zur nachrichtendienstlichen Arbeit der Ortsgruppen- und Kreisleiter und die damit verbundene Unterstützung der Arbeit der Nachrichtendienste der Besatzungsmacht – und dies wurde von oberster Stelle verordnet. Inwiefern sich die einzelnen Ortsgruppen- und Kreisleiter an die Aufforderung gehalten haben, ist unterschiedlich. Nicht überraschend, haben nahezu alle in den Verhören mit der dänischen Polizei nach der Kapitulation abgestritten, dass sie Lageberichte aus ihren Kreisen angefertigt und weitergeleitet hätten. Trotzdem ist es durch die Arbeit der Polizei gelungen, einige dieser Lageberichte in der SD-Außenstelle in Apenrade zu beschlagnahmen. Darunter war auch eine Einschätzung über den dänischen Polizeimeister Axel Bjerre in

19 RA, Politikommandøren for Sydjylland. E-Journalsager 1945–1947. Nr. 39

20 RA, Politikommandøren for Sydjylland. E-Journalsager 1945–1947. Nr. 27



Der Leiter des SD in Apenrade, Georg Friedrich Köhnert hier in den Fahndungsakten der dänischen Polizei (Rigsarkivet).

Gravenstein, der zwar als »englandfreundlich« galt, sich aber gegenüber der Volksgruppe »stets in seinem Verhalten nicht nur korrekt, sondern auch freundlich gezeigt« habe.<sup>21</sup> Die Meldungen, gerade aus Gravenstein, konnten jedoch auch einen anderen Charakter haben. Eine Meldung vom 16. Februar 1945 von Robert Usinger, dem Ortsgruppenleiter in Gravenstein, legte unter anderem dar, wie der Schlachtereidirektor Skensved der Gravensteiner Schlachtereier den Export von Schweinefleisch nach Deutschland behindere. Zudem, so die Meldung, soll es im Alnor Krug eine Abstimmungsfeier gegeben haben. »Pastor Beyer hat geredet, und zwar am meisten über die Abstimmung. Er hat alle, die damals dänisch gestimmt hätten, aufgefordert, in die Hände zu klatschen. Es hat dann aber die ganze Gesellschaft geklatscht. Der Lehrer Gorrsen war auch bei der Feier zugegen. Aber mit dem Fest ist der Krieg ja auch nicht gewonnen.«<sup>22</sup> Dies sind Meldungen aus dem Alltäglichen und können als Lageberichte gesehen werden und demnach als nachrichtendienstliche Arbeit eingeschätzt werden, die den Charakter einer Überwachung übernahm. Usinger hatte in den Kreisen der Mehrheitsbevölkerung keinen guten Ruf, weshalb er höchstwahrscheinlich auch eine Erwähnung in den Stockholm-Dateien fand. Darin steht unter anderem: »Deutscher Lehrer, deutscher Nationalsozialist. Leiter des deutschen Büros für SK und Heimwehr in Gravenstein und Umgebung. Ortsgruppenleiter der NSDAP. Ge-

21 RA, Politikommandøren for Sydjylland. Sicherheitsdienst 1939–1945. Originale Bilag fundet på S.D.s kontor i Aabenraa. Nr. 305

22 Ebenda: Meldung vom 16.2.1945

fährlicher Mann. /T. A. Wird als der meistgehasste Deutsche in Gravenstein bezeichnet. Schnüffelt überall herum. Seine Ehefrau ist Mitglied im Frauenverein. /HSM«<sup>23</sup> Dies sind eindeutige Informationen über Usinger als Informant der Besatzungsmacht. Interessant sind auch die Hinweise darauf, wer die Meldungen an den dänischen Nachrichtendienst weitergeleitet hat. Zum einen sind die Initialen T. A. angegeben, die auf den ehemaligen Polizeibeamten Thorkild Andersen aus Sonderburg zurückgeführt werden können. In der gesamten Stockholm-Datei hat er viele Informationen über Personen aus der Minderheit geliefert. Die Aussage, Usinger sei die meistgehasste deutsche Person in Gravenstein und einer, der gerne im Lokalgebiet spioniert/untersucht, stammt aus der Datei der Widerstandsbewegung über Denunzianten – Hjemmefrontens Stikkermeddelelser.

### »Volksdeutsche« im Visier des SD

Auch Personen aus den »eigenen« Reihen der Minderheit oder auch Volksdeutsche wurden dem SD gemeldet. Interessant sind hier Meldungen zu Personen des später bekanntgewordenen Haderslebener Kreises – unter anderem zum Kreditbank-Direktor Danielsen, Großkaufmann Peter Frees und Pastor Friedrich Prahl.<sup>24</sup> Dieser Kreis aus Minderheitenangehörigen hatte schon im November 1943 im Geheimen eine erste Fassung einer Loyalitätserklärung gegenüber dem dänischen Staat verfasst. In einem Schreiben vom 7. April 1945 heißt es über die drei Personen unter anderem:

»Frees ist Aufsichtsrat der Haderslebener Kreditbank, in der der berühmte Bankdirektor Danielsen sitzt. Danielsen ist englandfreundlich und hasst das 3. Reich wie die Pest. Er steckt mit den Kopenhagener Bankjuden unter einer Decke. Ein weiterer Intimus des Danielsen ist der Hochgradfreimaurer Vogelsang. Das Kleeblatt Frees-Danielsen-Vogelsang gehört zu den übelsten Erscheinungen des Deutschtums in Hadersleben.«<sup>25</sup>

Der Verfasser des Berichtes ist nicht bekannt. Möglich ist jedoch, dass der Bericht aus der Feder eines Minderheitenangehörigen stammt, da die Wortwahl auf einen fanatischen Anhänger der nationalsozialistischen Ideologie und der Minderheit hinweist. Über Frees gab es zudem die folgende Meldung:

»Frees ist ein übler Vertreter des Deutschtums und hat sich in der letzten Zeit immer schlechter entwickelt. So wohnt jetzt ein Hauptmann der hiesigen Fahnenjunkerschule bei ihm, der mir heute sagte, er wolle da schnellstens weg und lieber irgend-

23 RA, Politikkommandøren for Sydjylland. Generalstabens Efterretningssektion. Rigspolitiets efterlysninger. Nr. 290.

24 Dieser Kreis aus Minderheitenangehörigen hatte schon im November 1943 im Geheimen eine erste Fassung einer Loyalitätserklärung gegenüber dem dänischen Staat verfasst – die sogenannte Haderslebener Erklärung

25 RA, Politikkommandøren for Sydjylland. Sicherheitsdienst 1939–1945. Originale Bilag fundet på S.D.s kontor i Aabenraa. Nr. 305.

wo im Keller liegen als bei Fr. zu sein. Fr. sei anglo- und russenfreundlich. Die Russen wären gar nicht so schlecht, wie man sie immer mache, wenn die jetzt die europäische Kultur sähen, würden sie sich ändern, da sie ein hochbegabtes Volk seien.«<sup>26</sup>

Pastor Friedrich Prahl erscheint auch in anderem Zusammenhang in den Akten des SD. In einer Meldung vom 12. März 1945 hätten sich deutsche Flüchtlinge, die dem Gottesdienst Prahls beiwohnten, darüber beschwert, dass Prahl in seiner Predigt den Satz »liebet eure Feinde« erwähnt haben soll. Weiter heißt es: »Prahl hat ebenfalls vor einem halben Jahr in der deutschen Kirche in Hadersleben öffentlich für die armen verfolgten Juden gebetet. (...) Wer Pastor Prahl mit seiner dem 3. Reich gegenüber feindlicher Haltung kennt, weiß was mit Konjunkturrittern gemeint sind.«<sup>27</sup> Diese Informationen zeigen, dass auch der kleinste »Widerstand« vom SD beobachtet und notiert wurde. Zugleich ist das auch ein Beweis dafür, dass nicht die gesamte Minderheit von der nationalsozialistischen Ideologie überzeugt war und dass einige Minderheitenangehörige im »Stillen« Widerstand leisteten. Am Beispiel von Prahl, Danielsen und Frees fanden allein drei der fünf Mitglieder des Haderslebener Kreises und Verfasser der Haderslebener Erklärung in den Akten des Sicherheitsdienstes Erwähnung.

Doch nicht nur die Anhänger des Haderslebener Kreises<sup>28</sup> waren aus den Reihen der Minderheit im Fadenkreuz des SD. Fanatische Mitglieder der Minderheit nutzten anscheinend jede Gelegenheit, um potenzielle »Andersdenkende« ausfindig zu machen. Ein Beispiel ist unter anderem ein Bericht über den Lokalschriftleiter der Nord-schleswigschen Zeitung, Viggo Jürgensen, der es »verstanden habe, sich um den Frontdienst herumzudrücken.«<sup>29</sup> Diese Meldung ist höchstwahrscheinlich von einem der vielen Orts- oder Kreisleiter der Minderheit beim SD in Apenrade eingereicht worden.

Unter anderem ist Peter Larsen gebeten worden, Einschätzungen zu Personen der Minderheit und ihrem Umfeld abzugeben. Hier ein Beispiel vom 23. Februar 1945, unterschrieben von Köhnert: »Betreff: Lehrer Bendsen Deutsches Gymnasium Apenrade. Ich bitte Sie um eine politische und charakterliche Beurteilung des dänischen Lehrers Bendsen am deutschen Gymnasium in Apenrade.«<sup>30</sup> Dieser Auftrag erging wahrscheinlich, um zu überprüfen, welche Arbeitskräfte von außen in die Minderheitenarbeit integriert wurden. Viele Lehrer an den deutschen Schulen hatten sich freiwillig zum Kriegsdienst gemeldet. Um den Unterricht aufrechtzuerhalten, musste für Ersatz gesorgt werden. Ein weiteres Beispiel ist die aus der Minderheit stammende

26 Ebenda: Meldung vom 21.3.1945

27 Politikommandøren for Sydjylland. Mindretalsprocessen 1945–1948. Kopier af rapporter vedr. Abwehr og Sicherheitsdienst. Nr. 227.

28 Zum damaligen Zeitpunkt hatten sie die Haderslebener Erklärung im Geheimen schon verfasst, waren jedoch nicht in der Öffentlichkeit als »Kreis« bekannt.

29 Politikommandøren for Sydjylland. Sicherheitsdienst 1939–1945. Originale Bilag fundet på S.D.s kontor i Aabenraa. Nr. 305.

30 Ebenda.



Familie Engel, die eine Konfektionsfabrik besaß. In den Akten des SD aus Apenrade befand sich unter anderem eine Einschätzung des Ortsgruppenleiters Georg Kley über die Familie und die Fabrik, die laut dieser in »sozialer Beziehung nichts zu wünschen übrig lässt; bei den Sammlungen für deutsche Zwecke sind sie immer gebefreudigt«. Lediglich der eine Sohn, Carl Engel, habe sich vom deutschen Volkstum entfremdet.<sup>31</sup>

Auch interne Streitigkeiten der Minderheit sind in Berichten des SD erwähnt worden. Insbesondere, weil daran die »Parteiarbeit krankt«<sup>32</sup> wie bei der Auseinandersetzung zwischen dem Kreisleiter Dr. Clausen und dem Ortsgruppenleiter Georg Kley. Laut dem Bericht vom 16. Februar 1945 soll es seit Oktober 1944 keinen Ortsgruppenabend gegeben haben. Im Bericht wird zudem die Haltung Dr. Clausens und von anderen hochrangigen Mitgliedern der Partei näher beschrieben. Er soll sein Parteiabzeichen abgelegt haben. »Dr. Clausen ist ein Feigling, der schon seit Monaten sein Parteiabzeichen abgelegt hat. Wie überhaupt die Haltung mancher Volksdeutschen in führender Stelle mehr als schlapp ist.«<sup>33</sup> Die hier erwähnten Beispiele zeigen, dass auch umfassende Informationen über Angehörige der Minderheit vom SD gesammelt wurden – teilweise wurden diese sogar aus den eigenen Reihen weitergegeben.

## Zusammenfassung

Dass die deutsche Minderheit die Arbeit des SD und der Gestapo unterstützt hat, ist aufgrund der hier angeführten Quellen nicht von der Hand zu weisen. Der Leiter der SD-Nebenstelle in Apenrade verfügte durch das Organisationsamt der Minderheit über ein ausgeklügeltes Netzwerk an Informanten. Der Grad, in dem die einzelnen Orts- und Kreisleiter der Aufforderung der Partei nachgekommen sind, ist unterschiedlich. Die angeführten Beispiele offenbaren jedoch Informationen unterschiedlicher Art, die beim Leiter der SD-Nebenstelle eingegangen sind. Demzufolge kann hier nicht von einer geringeren Kooperation der Minderheit mit der Besatzungsmacht gesprochen werden. Der allgemein bestehende Eindruck außerhalb von Forschungskreisen, die deutsche Minderheit hätte sich aus Verbundenheit mit dem südlich gelegenen Vaterland nazifiziert und lediglich Soldaten für den Krieg gestellt, die zudem hauptsächlich gegen den neuen ideologischen Feind im Osten gekämpft hätten, ist nicht zutreffend. Die Minderheitenorganisation, insbesondere Personen in höheren lokalen Ämtern, war an einem denunziatorischen Kampf gegen ihre eigenen Landsleute/Nachbarn beteiligt – das unterstreicht auch der Wunsch der Minderheit, eine SD-Außenstelle in Apenrade einzurichten. Doch wie der vorliegende Artikel

31 RA, Politikommandøren for Sydjylland, Mindretalsprocessen 1945–1948. Kopier af rapporter vedr. Abwehr og Sicherheitsdienst I, Nr. 233.

32 Ebenda: Bericht vom 16.2.1945 von Hans Hellmuth. S. 1.

33 Ebenda.

auch zeigt, waren der SD und die Gestapo nicht ausschließlich ein Werkzeug zur Überwachung dänischer Mitbürger. Sie wurden auch dazu genutzt, um die eigenen nicht linientreuen Mitglieder der Minderheit zu desavouieren, und hier im Besonderen Personen aus dem später bekanntgewordenen Haderslebener Kreis.

Darüber hinaus belegen die Quellen, dass die Minderheit nicht nur eine passive Rolle spielte, sondern aktiv eine Zusammenarbeit mit den deutschen Nachrichtendiensten suchte, um ihre Position zu festigen und potenzielle Bedrohungen durch Widerstandshandlungen oder ideologische Abweichler zu minimieren. Dabei wurde auch die Mehrheitsbevölkerung gezielt ins Visier genommen, was das ohnehin angespannte Verhältnis zwischen der deutschen Minderheit und der dänischen Bevölkerung weiter verschärfte.

Die Einbindung der Minderheit in das Netz des SD und der Gestapo verdeutlicht, wie politische und ideologische Überzeugungen sowie pragmatische Erwägungen eine enge Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht begünstigten. Diese Kooperation hinterließ nicht nur tiefe Spuren in der Beziehung zwischen der Minderheit und der Mehrheitsgesellschaft, sondern führte auch nach Kriegsende zu einer intensiven juristischen und gesellschaftlichen Aufarbeitung, die das Ansehen der Minderheit nachhaltig belastete.

## Grenzland-Experten an der »Schlagsahnefront«?

Schleswig-Holsteinische Polizei- und SD-Führer im besetzten Dänemark  
1940–45

Der in Hadersleben geborene Jurist Eberhard Freiherr Löw von und zu Steinfurth (1909–1993) galt während des Zweiten Weltkrieges als *der* Dänemark-Experte beim Sicherheitsdienst im Berliner Reichssicherheitshauptamt (RSHA), wo er ab April 1940 für das Referat »Besetzte germanische Länder« verantwortlich zeichnete. Die Etablierung dieses Referates war mit der deutschen Besetzung Dänemarks und Norwegens notwendig geworden – und Löw widmete sich dieser Aufgabe laut einem Beurteilungsschreiben aus dem Jahr 1942 mit »unermüdlichem Fleiß«.<sup>1</sup> Bereits seit 1935 gehörte Löw dem Sicherheitsdienst (SD) als hauptamtlicher Mitarbeiter an und war als Referent für den SD-Unterabschnitt Schleswig-Holstein zuständig. Dem Schreiben lässt sich außerdem zwischen den Zeilen entnehmen, dass es dem RSHA an Skandinavien-Experten mangelte. Geeignete Personen, die über ausreichende Sprachkenntnisse verfügten und mit der Kultur und Politik der skandinavischen Länder vertraut waren, bildeten im Funktionärskorps des RSHA eine Minorität. Vor allem das kleine Dänemark rangierte auf der Liste nationalsozialistischer Prioritäten und Überlegungen nicht gerade auf einer Spitzenposition.

Der vorliegende Beitrag widmet sich daher der Frage, welche Personalpolitik das NS-Regime ab April 1940 im nunmehr von deutschen Truppen besetzten Dänemark verfolgte: Griff die zentrale Sicherheitsbehörde des NS-Herrschaftssystems verstärkt auf solche Polizei-, Gestapo- und SD-Führer zurück, die aufgrund ihrer Sozialisation in Schleswig-Holstein als vermeintliche Experten für Dänemark, zumindest aber für das deutsch-dänische Grenzland galten? Und wenn ja, welche zentralen Ämter und Führungspositionen innerhalb des deutschen Besatzungsregimes wurden mit schleswig-holsteinischen (Un-)Sicherheitsakteuren besetzt?

### Sonderfall Dänemark

Während des Zweiten Weltkrieges stellte Dänemark einen Sonderfall in dem vom NS-Herrschaftssystem besetzten Europa dar. Im Gegensatz zu Norwegen hatte die

1 Rigsarkivet (RA), Håndskriftsamlingen, AA, 443a, Kopie der SS-Personalakte, Beförderungsschreiben 7.9.1942; Henning Poulsen: *Besættelsesmagten og de danske nazister*, Kopenhagen 1970, S. 43, 69, 107–114, 121ff., 172–185; Matthias Bath: *Der SD in Dänemark 1940–1945*, Berlin 2015, S. 25–26, 31–33.

dänische Regierung unter Thorvald Stauning (1873–1942) noch am Tag des deutschen Einmarsches den Widerstand gegen die Wehrmacht eingestellt und unter Protest einer »friedlichen Besetzung« zugestimmt.<sup>2</sup> Vor allem in den ersten Jahren der Besetzung profitierte der dänische Staat von seiner einmaligen Situation: Die dänische Regierung war weiterhin für die Staatsgeschäfte verantwortlich und unterhielt eine diplomatische Vertretung in Berlin; wechselseitige Beziehungen mit dem Deutschen Reich wurden zudem über das Auswärtige Amt und dessen Gesandten in Kopenhagen, Cécil von Renthe-Fink (1885–1964), gepflegt.

In der Anfangsphase der Okkupation beschränkten sich die Eingriffe der NS-Besatzer vornehmlich auf wirtschaftliche und einzelne politische Fragen, wohingegen die Kultur und Gesellschaft Dänemarks von nationalsozialistischen Interventionen weitgehend verschont blieben. Insbesondere für die jüdische Bevölkerung des Landes wirkte sich dies zunächst vorteilhaft aus, da sie die bis zum Oktober 1943 nicht ins Visier der Besatzungsmacht geriet. Auch für die »Widerstandsbekämpfung« in all ihren Facetten (Spionage, Sabotage etc.) zeichneten zunächst die dänischen Polizei- und Justizbehörden verantwortlich, weshalb der nationalsozialistische Sicherheitsapparat in Form von SD und Sicherheitspolizei (Sipo) bis zum Sommer des Jahres 1943 nur schwach ausgeprägt war. Dies änderte sich erst, als die vielfältigen Aktivitäten der dänischen Widerstandsgruppen ab 1942/43 spürbar zunahmen. Nun wurden die deutschen Sicherheitsbehörden im besetzten Dänemark in einem erheblichen Umfang ausgebaut.<sup>3</sup>

## Quantitativer Blick

Bis zu diesem Zeitpunkt bestand das deutsche Sicherheitspersonal aus lediglich 62 Personen, zu denen neben den Beamten der Sicherheitspolizei, bei denen es sich in der Regel um erfahrene Kriminalisten handelte, auch Sekretärinnen und Stenotypistinnen zählten. In der Sicherheitspolizei waren die Angehörigen der Kriminalpolizei (Kripo) und der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) seit 1936 zusammengefasst.<sup>4</sup> Zusätzlich befand sich noch ein Bataillon der Ordnungspolizei in Dänemark. Von den 62 Angestellten der Sicherheitsbehörden waren acht Beamte aus Kiel abkommandiert

2 Zur deutschen Besatzungsherrschaft in Dänemark siehe neuerdings Martin Göllnitz/Henrik Lundtofte: Vom »Paradepferd« zum Sorgenkind. Dänemark unter deutscher Besatzungsherrschaft 1940–45, in: Martin Göllnitz/Nils Abraham/Thomas W. Friis/Mogens R. Nissen (Hrsg.): Grenzgänger zwischen Deutschland und Dänemark. Geschichte und Gegenwart anerkannter Minderheiten, Bielefeld 2025, S. 157–194.

3 Für einen Überblick zur deutschen Polizei in Dänemark vgl. Henrik Lundtofte: Det tyske politi, in: John T. Lauridsen/Henrik Lundtofte (Hrsg.): På Førerens ordre Bd. 2, Aarhus 2024 (künftig zitiert: På Førerens ordre Bd. 2), S. 891–912.

4 Vgl. hierzu Ruth Bettina Birn: Die höheren SS- und Polizeiführer. Himmlers Vertreter im Reich und in den besetzten Gebieten, Düsseldorf 1986; George C. Browder: Foundations of the Nazi Police State. The Formation of Sipo and SD, Lexington 1990; Jens Banach: Heydrichs Elite. Das Führerkorps der Sicherheitspolizei und des SD 1936–1945, Paderborn 1998.

worden, wo sie entweder bei der Schutzpolizei (Schupo) oder der Gestapo gearbeitet hatten. Vier Beamte kamen von der Kripo-Leitstelle in Hamburg und einer von der dortigen Gestapo-Leitstelle. Sechs weitere Beamte hatten zuvor ihren Dienst in Stettin und Schwerin versehen. Sie waren wahrscheinlich deshalb ausgewählt worden, weil beide Städte Grenzpolizeidienststellen besaßen, die sich auch mit den Zug- und Fährverbindungen nach Dänemark polizeilich befassten. Die mit Abstand meisten Beamten stammten aus Berlin. Insgesamt 14 Personen lassen sich der Berliner Gestapo oder dem RSHA zuordnen.<sup>5</sup> Es fällt auf, dass der Anteil an Personen, die in Schleswig-Holstein für die unterschiedlichen Polizeibehörden arbeiteten, bis zum Herbst 1943 nur eine Minorität ausmachte. Schon deshalb stellt sich die Frage, ob mit der Errichtung einer deutschen Polizeiexekutive in Dänemark gezielt Sicherheitspolizisten und hauptamtliche SD-Mitarbeiter abkommandiert wurden, die entweder aus Schleswig-Holstein stammten oder dort hauptberuflich arbeiteten. Mit der Etablierung der Behörde des Höheren SS- und Polizeiführers (HSSPF) sowie der Dienststelle des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes (BdS/SD) im Herbst 1943 wuchs in dem kleinen skandinavischen Land unweigerlich der Bedarf an erfahrenem Personal. Um die immer häufiger auftretenden Proteste und Unruhen sowie die Aktivitäten des Widerstandes adäquat bearbeiten zu können, waren nicht nur polizeiliche Expertisen notwendig, sondern auch zumindest rudimentäre Kenntnisse der dänischen Sprache und Kultur.<sup>6</sup>

Etwa 200 Mitarbeiter der Sipu und des SD meldeten sich im Herbst 1943 zu ihrem Dienst in Dänemark, wobei sie mehrheitlich der Gestapo angehörten. Im Verlauf des Jahres 1944 wurde vor allem die Dienststelle des BdS/SD personell stetig aufgestockt. Unter der Leitung Otto Bovensiepens (1905–1979) arbeiteten im Januar 1945 knapp 1 300 Männer und Frauen in der Dienststelle: darunter Gestapo-Beamte und Kriminalisten, Sekretärinnen und Stenotypistinnen, Wachmänner und dänische Dolmetscher, aber auch die vom NS-Unsicherheitsregime legitimierten Sabotagespezialisten und Auftragsmörder des »Sonderkommandos Dänemark«.<sup>7</sup> Ein nicht unbedeutender Teil dieses Personals stammte aus Norddeutschland, vor allem aus Hamburg.<sup>8</sup> Deshalb ist es schwierig, jenen Anteil von Personen auszumachen, der in Schleswig-Holstein geboren wurde und/oder dort aufwuchs beziehungsweise der für die schleswig-holsteinischen Sicherheitsbehörden des NS-Staates tätig war. Wenn man hingegen auf die Führungsebene blickt, ergibt sich ein deutlich klareres Bild.

5 Personalverzeichnis 1.8.1943, abgedruckt in John T. Lauridsen: Werner Bests korrespondance med Auswärtiges Amt og andre tyske akter vedrørende besættelsen af Danmark 1942–1945, Bd.10, Kopenhagen 2012, S. 172–174, Tillæg 6A.

6 Vgl. dazu auch Martin Göllnitz/Henrik Lundtofte: Unsicherheiten und Repressalien: Zur Dynamik und Radikalisierung der deutschen Politik in Dänemark, 1943–1945, in: Totalitarismus und Demokratie, 21 (2024), H. 1, S. 109–130.

7 Lundtofte, Det tyske politi, S. 905–906.

8 Gertrud Meyer: Nacht über Hamburg, Frankfurt a. M. 1971, S. 74; Henrik Lundtofte: Gestapo! Tysk politi og terror i Danmark 1940–45, Kopenhagen 2003, S. 80.

## Attentäter in Kiel, SS-Führer in Flensburg, Höherer SS- und Polizeiführer in Dänemark

Als Schlüsselfiguren der deutschen Polizeiexekutive in Dänemark fungierten der HSSPF Günther Pancke (1899–1973) sowie die beiden BdS/SD Rudolf Mildner (geb. 1902) und Otto Bovensiepen. Sowohl Mildner als auch Bovensiepen hatten sich vor ihrem Dienstantritt in Dänemark an den Repressionen und Gewaltverbrechen des NS-Regimes beteiligt; jedoch besaßen sie keinerlei biographische oder berufliche Bezüge zur preußischen Provinz Schleswig-Holstein. Während der in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie geborene Mildner die Karriereleiter bei der Gestapo in Bayern und Österreich erklommen hatte, bevor er im März 1941 zum Chef der Staatspolizeileitstelle in Katowice ernannt wurde und im September 1943 schließlich nach Dänemark kam, hatte dessen Nachfolger Otto Bovensiepen, der den Posten schon im Januar 1944 antrat, seine polizeilichen Meriten vor allem in Mitteldeutschland, unter anderem in Magdeburg und Halle (Saale), aber auch in Österreich erworben. Ab März 1941 stand der in Duisburg geborene Bovensiepen dann der größten Gestapostelle im »Altreich«, der Staatspolizeileitstelle Berlin, vor. Aufgrund einer Korruptionsaffäre wurde er im April 1943 aber versetzt (jedoch nicht bestraft). Bis zu seinem Dienstantritt in Kopenhagen war er Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD für den Wehrkreis IX in Kassel.<sup>9</sup>

Dem im preußischen Gnesen (heute Gniezno, Polen) geborenen HSSPF Pancke war die norddeutsche Provinz Schleswig-Holstein hingegen nicht fremd. Der kriegsgeschädigte Weltkriegsteilnehmer hatte im Rang eines Leutnants 1917/18 sowohl an der West- als auch an der Ostfront gekämpft. Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges verkehrte Pancke zunehmend im rechtsnationalen Milieu der Freikorpsbewegung: Zunächst beteiligte er sich als Angehöriger der »Eisernen Division« an den Kämpfen im Baltikum, anschließend engagierte er sich im ostpreußischen Grenzschutz. 1920 wanderte er nach Südamerika aus, wo er seinen Lebensunterhalt als Landarbeiter und Viehzüchter bestritt.

Sechs Jahre später kehrte Pancke schließlich nach Europa zurück und ließ sich als Laborassistent in Kiel nieder. Ab wann er in den nationalsozialistischen Kreisen der Fördestadt verkehrte, lässt sich nicht mehr feststellen. 1930 trat er aber schließlich der NSDAP bei, ein Jahr später wurde er in die Schutzstaffel (SS) aufgenommen. Hier fand Pancke sowohl eine völkisch-ideologische Heimat als auch eine handlungs- und gewaltorientierte Gemeinschaft. Es erstaunt daher nicht, dass Pancke sich unter jenen Kieler Nationalsozialisten befand, die am 4. Juli 1931 einen Tränengasanschlag gegen eine vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold organisierte Vorführung des Films »Im Westen nichts Neues« verübten. Auch andernorts kam es zu wütenden Protesten gegen die US-amerikanische Verfilmung des gleichnamigen Romans von Erich

9 Henrik Lundtofte: Mysteriet Mildner, in: På Førerens ordre Bd. 2, 2024, S. 962–980; Henrik Lundtofte: Der Chef. Otto Bovensiepen, in: På Førerens ordre Bd. 2, S. 981–1019.

Maria Remarque (1898–1970). Der Kieler Vorfall sollte jedoch Konsequenzen nach sich ziehen, denn der Polizei gelang es, die vier beteiligten SS-Männer sowie sechs weitere NSDAP-Funktionäre zu verhaften. Pancke wurde wegen Beihilfe zur Körperverletzung und unerlaubten Waffenbesitzes zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt, woraufhin ihm seine Firma fristlos kündigte.<sup>10</sup>

Pancke setzte nun alles auf eine Karte, wie er später in einem Lebenslauf notierte: »Nach Verlust meiner Stellung widmete ich mich ganz der SS.«<sup>11</sup> Vor den veränderten politischen Bedingungen des Jahres 1933 ging dieses Kalkül auf und der überzeugte Nationalsozialist machte in den 1930er Jahren eine steile Karriere als Führer diverser norddeutscher SS-Formationen. Im Rang eines SS-Obersturmbannführers war Pancke unter anderem im Jahr 1933 für die Verlegung der 50. SS-Standarte von Mitteldeutschland nach Flensburg verantwortlich. Ein SS-Dienstleistungszeugnis bescheinigte ihm ein vorbildliches und zähes Auftreten, auch hatte er es offenbar verstanden, aus seiner Flensburger Standarte »eine Formation zu machen, die zu den besten des SS-Oberabschnittes gehört[e].«<sup>12</sup>

Nachdem er bereits am 1. Juli 1938 die Führung des Rasse- und Siedlungshauptamtes (RuSHA) vertretungsweise übernommen hatte, wurde er am 11. September des Jahres formell mit dessen Leitung beauftragt. Zu einem zentralen Arbeitsfeld Panckes avancierte in den beiden kommenden Jahren eine großräumig angelegte Siedlungspolitik, die er zunächst im Sudetenland erprobte und dann als »Germanisierungspolitik« im Reichsprotektorat Böhmen und Mähren sowie in Polen weiter konkretisierte. Anfang Juli 1940 endete Panckes Tätigkeit als Chef des RuSHA, als er zum HSSPF des SS-Oberabschnitts Mitte in Braunschweig ernannt wurde. Diese Position hatte er bis zum September 1943 inne. Obwohl seine Karriere in diesen Jahren ernsthafte Kratzer erlitt, stand er weiterhin in der Gunst Heinrich Himmlers (1900–1945). Am 6. Oktober 1943 wurde er schließlich von Adolf Hitler (1889–1945) zum Höheren SS- und Polizeiführer in Dänemark ernannt. In dieser Funktion war er fortan Himmlers Mann in dem skandinavischen Staat: Dem Reichsführer SS direkt unterstellt, sollte er dessen Machtsphäre in Dänemark ausbauen und die Gesamtverantwortung für alle SS- und Polizeikräfte in dem besetzten Land tragen.

Der zum Zeitpunkt seiner Abordnung nach Dänemark 44 Jahre alte SS-Gruppenführer Pancke muss als typischer HSSPF gelten. Während sich das Funktionärskorps der Gestapo aus zumeist jungen Juristen mit Universitätsabschluss rekrutierte, verfügten Pancke und seine Kollegen häufig über keine höhere Hochschulbildung. Stattdessen hatten sie in der Regel am Ersten Weltkrieg teilgenommen, waren vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten der NSDAP beigetreten und hatten sich in

10 Martin Göllnitz/Henrik Lundtofte: Ein Polizeigeneral auf der Anklagebank. Günther Pancke im Großen Kopenhagener Kriegsverbrecherprozess, in: Archiv für Polizeigeschichte, 20 (2023), H. 1, S. 3–4.

11 RA, Händskriftsamlingen, AA, 443a, Kopie der SS-Personalakte, Lebenslauf von Pancke 1932.

12 RA, Händskriftsamlingen, AA, 443a, Kopie der SS-Personalakte, SS-Dienstleistungszeugnis 18.12.1933.



*Der Höhere SS- und Polizeiführer in Dänemark, Günther Pancke (rechts), und der Reichsbevollmächtigte Werner Best in Kopenhagen, undatiert (Fotoarchiv des Frihedsmuseet).*

der SS-Hierarchie hochgearbeitet. Sie verdankten Himmler ihre Karriere und ihren Zugang zu Macht, Geld und Prestige.

Es ist nicht gesichert, ob Pancke wegen seiner Erfahrungen, die er als Parteiaktivist und SS-Führer in Schleswig-Holstein gemacht hatte, zum HSSPF Dänemark ernannt wurde. Als Experte für das skandinavische Land konnte Pancke wohl kaum gelten, hatte er das Land doch nur zweimal kurz besucht: Kopenhagen im Jahr 1932 und Nordschleswig im Jahr 1938. Auch beherrschte er die dänische Sprache nicht. In seiner Funktion als HSSPF war Pancke aber neben dem Reichsbevollmächtigten Werner Best (1903–1989) und dem Oberbefehlshaber der Wehrmacht in Dänemark, Hermann von Hanneken (1890–1981), einer der zentralen Akteure der deutschen Besatzungsmacht. Obwohl er die von Hitler befohlenen Sühnemaßnahmen, mit denen der dänische Widerstand bekämpft werden sollte, anfänglich ablehnte, muss Pancke als einer der maßgeblichen Entscheidungsträger betrachtet werden, die einer Verschärfung und Radikalisierung des sogenannten »Gegenterrors« mithilfe von Befehlen Vorschub leisteten.<sup>13</sup>

In diesem Kontext ist auch sein Vorgehen gegen die dänische Polizei im September 1944 zu verorten, das in einem Fiasko endete. Anstatt mit seiner Aktion die Polizeiverbände des Landes in einer neuen, von ihm geleiteten Organisation zusammenzuführen, erreichte er damit das genaue Gegenteil: Die dänische Polizei löste sich auf, zahlreiche Angehörige gingen sogar in den Untergrund. Pancke sah sich daher gezwungen, mehrere umfängliche Maßnahmen einzuleiten, mithilfe derer die negati-

<sup>13</sup> Über den Gegenterror siehe Göllnitz/Lundtofte, *Unsicherheiten und Repressalien*, S. 109–132.



ven Auswirkungen der Aktion abgefedert respektive behoben werden sollten: So konstituierte er schon am 20. September 1944 eine provisorische Hilfspolizei, die schnell einen dauerhaften Status erhielt und sich vor allem aus dänischen Nationalsozialisten rekrutierte. In der Bevölkerung waren die abfällig als »Hipos« bezeichneten Hilfspolizisten wegen ihrer Brutalität sowie ihrer Affinität zu terroristischen Aktionen und Foltermethoden enorm verhasst. Darüber hinaus versuchten Pancke und der BdS/SD Bovensiepen mithilfe von Razzien gegen sogenannte Asoziale und Gewohnheitsverbrecher in Kopenhagen und den größeren Provinzstädten die rasche Zunahme der Kriminalität einzudämmen, die das Fehlen der Polizei unmittelbar verursacht hatte. Letztlich blieben diese und andere Aktionen zur Kriminalitätsbekämpfung aber ebenso wirkungslos wie Panckes Versuch, mithilfe einer HSSPF-Presseagentur Einfluss auf die Stimmung der dänischen Bevölkerung zu nehmen. Alles in allem belegen derlei Initiativen seine völlige Unkenntnis der Kultur und Politik Dänemarks.<sup>14</sup>

## Ein Flensburger Referatsleiter beim Kopenhagener Gestapo-Hauptquartier

Die bereits erwähnte Dienststelle des Kopenhagener BdS/SD, die ihren Sitz zunächst im Dagmarhus und später im Shellhuset hatte, stellte eine Miniaturversion des RSHA dar. Unter den sechs Ämtern war die Gestapo eindeutig die größte und wichtigste Abteilung. Ihre Leitung hatte ab 1943 der aus dem Rheinland stammende Jurist Karl Heinz Hoffmann (1912–1975) inne, der schon ein Jahr zuvor im Auftrag des RSHA nach Dänemark gekommen war. In der Berliner Prinz-Albrecht-Straße 8, wo sich die Zentrale der Gestapo befand, gehörte die Gegnerbekämpfung in Nord- und Westeuropa zu seinen Aufgabenfeldern – weitergehende dänische Kenntnisse besaß er jedoch nicht.<sup>15</sup> Auf der nächsten Ebene des Terrorapparats der Gestapo, und damit Hoffmann direkt unterstellt, befanden sich die Referats- und Regionalleiter, von denen einige mit der dänischen Kultur, Sprache und Politik erheblich besser vertraut waren als ihr Chef. Insbesondere der erfahrene Flensburger Gestapo-Beamte Hans Hermannsen (1891–1952) besaß umfangreiche Erfahrungen und Expertisen in Bezug auf Dänemark. Seit den 1920er Jahren hatte er mehrfach mit den dänischen Polizeibehörden zusammengearbeitet, beispielsweise bei der Überwachung von kommunistischen Gruppierungen und der Verfolgung von grenzüberschreitenden Widerstandsnetzwerken – er besaß mithin das technische wie ideologische Rüstzeug, das die Gestapo in Dänemark dringend benötigte.<sup>16</sup>

14 Generell zu Pancke siehe Birn: Die Höheren SS- und Polizeiführer, S. 288–295; Henrik Lundtofte: Himmellers mand i Danmark. Højere SS-og Politifører Günther Pancke, in: På Førerens ordre Bd. 2, S. 913–961.

15 Henrik Lundtofte: Gestapocheffens ansigter. Karl Heinz Hoffmann, in: På Førerens ordre Bd. 2, S. 1020–1056.

16 Gerhard Paul: Hans Hermannsen – Flensburgs Gestapo-Chef, in: Broder Schwensen u. a. (Hrsg.): Verführt, verfolgt, verschleppt, Flensburg 1996, S. 101–127; Henrik Lundtofte: Onkel Hans og ulven – Hans Hermannsen og Erich Bunke, in: På Førerens ordre Bd. 2, S. 1057–1080.

Der in Flensburg geborene Hermannsen strebte zunächst keine polizeiliche Karriere an. Nach seiner Teilnahme am Ersten Weltkrieg eröffnete er im Flensburger Werftarbeiterviertel ein Lebensmittelgeschäft, das er aber aufgrund der Inflation Anfang der 1920er Jahre wieder aufgeben musste. Mit der Umstrukturierung und Neuorganisation des deutschen Polizeiwesens unter dem preußischen Innenminister Carl Severing (1875–1952) eröffneten sich für den Sozialdemokraten Hermannsen aber bald neue berufliche Perspektiven. 1922 begann er seine Laufbahn bei der regulären Schutzpolizei in Flensburg. Aufgrund seiner Betätigung im Rahmen der Volksabstimmung des Jahres 1920, seines Engagements im deutsch-dänischen Grenzkampf und seiner Kenntnisse der dänischen Sprache und Kultur – er hatte zwei dänisch gesinnte Großväter und eine teilweise dänische Schwiegerfamilie – schien sein Wechsel zur Politischen Polizei nach nur wenigen Monaten folgerichtig. Dort war er fortan für die polizeiliche Bearbeitung der dänischen Minderheit und der Kommunisten zuständig. Dies ist nicht überraschend, weil Hermannsen trotz der familiären Verbindungen zu Dänemark für einen Verbleib Nordschleswigs im Deutschen Reich gestimmt und auch im propagandistisch geprägten Grenzkampf für die deutschen Interessen Partei ergriffen hatte.

Obwohl sozialdemokratisch geprägt, gelang ihm nach 1933 die erfolgreiche Anpassung an die neuen politischen Bedingungen. Da er als effizienter Beamter galt und seine Kompetenzen bei der Gestapo dringend gefragt waren, avancierte er nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten zum Chef des Grenzpolizeikommissariats Flensburg, das heißt zum Gestapo-Chef. Um seine Karriere weiter voranzutreiben, wurde er 1935 Mitglied der NSDAP und 1938 auch der SS. 1940 erfolgte dann seine Beförderung zum Kriminalkommissar. Zu seinen Aufgabenbereichen gehörte unter anderem die präventive Erfassung und Verfolgung von Exilkommunisten in der deutsch-dänischen Grenzregion. Eine ganze Reihe von Razzien gegen kommunistische Zellen gehen auf das Konto von Hermannsen, dem es auch gelang, zusammen mit einem Gestapo-Kollegen ein Netzwerk zu infiltrieren, dessen Fäden bis ins kommunistische Exilmilieu in Kopenhagen reichten. Auf diese Weise konnten die Beamten eine Kurierverbindung sowie Lücken in der deutschen Grenzüberwachung aufdecken. Die Informationen, die der Ermittlung zum Erfolg verhalfen, hatten sie bei einem Besuch in Kopenhagen 1936 von einem Informanten der dänischen Polizei erhalten. Darüber hinaus war Hermannsen auch für die polizeiliche Überwachung der dänischen Minderheit zuständig – allerdings agierte er hierbei in der Regel sehr viel pragmatischer und milder, zeitweise half er dieser sogar.<sup>17</sup>

Seine Erfahrungen und Erfolge blieben dem RSHA freilich nicht verborgen, weshalb sie ihn noch im April 1940, zwei Wochen nach dem Einmarsch der Wehrmacht in Dänemark, nach Kopenhagen versetzten, wo die kleine Sicherheitsbehörde der deutschen Gesandtschaft jemanden mit Hermannsens Expertise und Kenntnissen benötigte. In der kleinen Behörde nahm der Flensburger Gestapo-Chef rasch eine

17 Gerhard Paul: Landunter. Schleswig-Holstein und das Hakenkreuz, Münster 2001, S. 71.

zentrale Funktion ein: In seinen äußerst umfangreichen Aufgabenbereich fielen sowohl die polizeiliche Bearbeitung der vom NS-Regime definierten Feindgruppen (Emigranten, Juden, Freimaurer und Kommunisten) als auch die Zentralkartei, Abwehrangelegenheiten, militärische Sicherheitsfragen und die Kontrolle von Ausländern. Dass Hermannsen die dänische Sprache selbst nur sehr gebrochen beherrschte, hinderte ihn nicht daran, mit den Sicherheitsakteuren Dänemarks wie dem Polizeikommissar Jens Peter Odmar (1896–1978) zusammenzuarbeiten – beide tauschten regelmäßig Informationen miteinander aus. Kooperationen wie diese waren für den reibungslosen Ablauf der »friedlichen Besatzung« von entscheidender Bedeutung. Seine Netzwerke spielten ferner eine nicht unbedeutende Rolle bei den Razzien gegen dänische Kommunisten, die die dänische Polizei ab dem Sommer 1941 auf Wunsch der Besatzungsmacht durchführte.<sup>18</sup>

Im Zuge der Etablierung der deutschen Polizeiexekutive in Dänemark wurde SS-Hauptsturmführer und Kriminalrat Hans Hermannsen im September 1943 zum Leiter des Gestapo-Referats IV 1 A ernannt. Zu seinen Aufgaben gehörten die Überwachung und die Bekämpfung von Gewerkschaften, linken Bewegungen, deutschen Emigranten, illegalen Schriften und insbesondere von Kommunisten. Außerdem führte er die Haftkartei der Gestapo und fungierte als Stellvertreter Hoffmans. Im Oktober 1943 setzte Hermannsen den spontanen Beschluss des BdS/SD Rudolf Mildner zur Deportation von 150 Kommunisten im Zusammenhang mit der Aktion gegen die dänischen Juden um – vermutlich, um die fehlgeschlagene »Judenaktion« zu kaschieren. Auch an den Razzien gegen sogenannte Asoziale war Hermannsen beteiligt. Überdies gehörten Drohungen und Gewaltanwendungen gegen Gefangene zum Arbeitsalltag des Gestapo-Referats IV 1 A. Obwohl Hermannsen die Informationen nutzte, die seine Beamten und Dolmetscher durch die Anwendung von Folter erhalten hatten, förderte er eine Radikalisierung nicht. So war er zum Jahreswechsel 1943/44 zwar an den Planungen der ersten »Gegenterror«-Morde beteiligt, doch schloss ihn Mildners Nachfolger Otto Bovensiepen schon im Frühjahr 1944 aus den internen Besprechungen seiner Dienststelle, bei denen die Sühnmaßnahmen geplant wurden, aus.<sup>19</sup>

Zu diesem Zeitpunkt – vor allem aber ab dem Sommer 1944 – begann Hermannsen auch damit, die Politik des RSHA immer häufiger zu hinterfragen. Allmählich entwickelte er sich sogar zu einem echten Doppelspieler, der mithilfe seiner dänischen Verbindungen vermehrt jenen Personen half, die von der Gestapo inhaftiert worden waren. So soll er 122 Gefangene aus den deutschen Gefängnissen und Gefangenenlagern in Dänemark sowie neun Häftlinge aus dem KZ Neuengamme freigelassen haben. Als Leiter der Haftkartei war es ihm darüber hinaus möglich, die Deportation von 67 inhaftierten Dänen zu verhindern. Sein doppeltes Spiel rechtfertigte er nach dem Zweiten Weltkrieg mit einer zunehmenden inneren Distanz gegenüber dem National-

18 Paul, Landunter, S. 73–77.

19 Paul, Landunter, S. 78.

sozialismus und vor allem dem Fanatismus seiner jüngeren Gestapo-Kollegen.<sup>20</sup> Ausschlaggebend dafür seien seine dänisch gesinnten familiären Bindungen und Freundschaften, aber auch sein Selbstbild als alter Berufsbeamter gewesen. An dieser Stelle bleibt aber zu betonen, dass Hermannsen mehr war als nur ein typischer Opportunist, der den Antikommunismus der NS-Weltanschauung teilte. Immerhin stellte er sich von 1933 bis 1945 in den Dienst des NS-Regimes und nahm die Deportation von Häftlingen in die deutschen Konzentrations- und Gefangenenlager bewusst in Kauf; als höherer Gestapo-Beamter war ihm zudem bekannt, welches Schicksal die von ihm Inhaftierten dort erwartete. Möglicherweise veranlasste genau dieses Wissen sein Doppelspiel – der Fall Hermannsen ist somit in hohem Maße kompliziert.<sup>21</sup>

Von den übrigen Führungspersonen der Kopenhagener Gestapo-Referate besaß zunächst niemand besondere Kenntnisse der dänischen Sprache, Kultur, Wirtschaft und Politik oder wies zumindest schleswig-holsteinische Bezüge auf. Dem aus Magdeburg stammenden Kriminalrat Erich Bunke (geb. 1907), der als Leiter des Referats IV 2 A für die Bekämpfung von Sabotageaktionen und Liquidierungen zuständig war, oder dem in Lingen geborenen Kriminalkommissar Caspar Elpert (geb. 1907), der sowohl das Referat Spionageabwehr als auch das Referat zur Bekämpfung der nationalen Widerstandsbewegung (IV 1 B) leitete, waren Land und Kultur weitgehend fremd.<sup>22</sup> Da Elpert über die enorme Arbeitsbelastung klagte, wurde er 1944 von der Leitung des Referats IV 1 B befreit. Im November 1944 übernahm mit Kriminalrat Hans Nicolai Jessen (geb. 1895), der aus Østerby im Kreis Südtondern stammte, schließlich ein Schleswiger das Referat IV 1 B.

Der Sohn eines Landwirtes besuchte die Oberrealschule in Flensburg und diente anschließend als Soldat im Ersten Weltkrieg. 1920 begann er ein Studium der Rechtswissenschaften, welches er jedoch schon 1924 aus finanziellen Gründen aufgeben musste. Nach dem Studienabbruch bewarb er sich erfolgreich bei der Polizei. Während des Zweiten Weltkrieges diente Jessen, der 1933 in die NSDAP eingetreten war, in den Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD erst in Polen und dann in Frankreich – bis er 1944 nach Dänemark abkommandiert wurde und dort bereits nach kurzer Zeit die Leitung des Referats IV 1 B übernahm. Auf seinen Befehl hin kam es 1944/45 wiederholt zu Misshandlungen von dänischen Widerstandskämpfern. Nach dem Krieg erklärte Jessen im Rahmen der dänischen Rechtsabrechnung, dass er vor seiner Ankunft in Kopenhagen keinerlei Kenntnisse über Dänemark oder die Widerstandsbewegung besessen habe. Jessen war kein belesener Dänemark-Experte und unter den Kollegen galt er als ein reiner »Bauerntyp«. Und obwohl seine

20 Auch nach 1945 stand Hermannsen mit dem dänischen Militärnachrichtendienst in Verbindung und arbeitete mit diesem zusammen, vgl. Christoph Franceschini/Thomas Wegener Friis/Erich Schmidt-Eenboom: Spionage unter Freunden. Partnerdienstbeziehungen und Westaufklärung der Organisation Gehlen und des BND, Berlin 2017, S. 203.

21 Paul, Hans Hermannsen, S. 101–127; Lundtofte, Onkel Hans, S. 1057–1080.

22 Zu Bunke vgl. Lundtofte, Onkel Hans, S. 1057–1080; RA, Rigsadvokaten, Krigsforbrydersag 249, Elpert, Urteilsbuch; RA, Justitsministeriets Psykiatriske Undersøgelsesklínik, F-32.

Sprachkompetenzen ungewiss sind, kann doch angenommen werden, dass der Sohn eines Landwirtes, der nur 16 Kilometer von Flensburg entfernt und in unmittelbarer Nähe zur deutsch-dänischen Grenze aufgewachsen ist, zumindest ein grundlegendes Sach- und Erfahrungswissen über das Nachbarland besaß – zumal Jessen in Flensburg zur Schule ging und immerhin vier Jahre studierte.<sup>23</sup>

Abschließend gilt es, auch jene Personenkreise in der Dienststelle des BdS/SD in den Blick zu nehmen, die nicht der Führungsebene angehörten. Hier gibt ein Organisations- und Personalplan der deutschen Sicherheitspolizei in Kopenhagen, den die dänische Polizei unmittelbar nach Kriegsende erstellte, Aufschluss – so lückenhaft er auch sein mag. Von den etwa 20 deutschen Gestapo-Angestellten, die in Hermannsens Referat IV 1 A arbeiteten, waren anscheinend nur zwei Kriminalsekretäre mit Schleswig-Holstein verbunden: der auf Sylt geborene Herbert Christiansen (1904–1945), der bei einem Luftangriff der Royal Air Force auf das Shellhuset am 21. März 1945 getötet wurde, und der aus Nübbel stammende Heinrich Holling (geb. 1898). Hermannsens engste Mitarbeiter waren hingegen keine Schleswig-Holsteiner: Während der am 27. August 1944 in Kopenhagen erschossene Kriminalobersekretär Walter Rohde aus Mecklenburg-Vorpommern kam und vor seiner Zeit in Dänemark für die Schweriner Kriminalpolizei gearbeitet hatte, stammte der Kriminalsekretär Friedrich Jaensch, der schon seit dem Sommer 1942 zu Hermannsens Stab zählte, aus Berlin, wo er bis zu seiner Abkommandierung nach Kopenhagen bei der Kriminalpolizei tätig war.<sup>24</sup>

## Ein Gestapo-Außendienststellenleiter und sein Personal

Neben dem Hauptquartier in Kopenhagen unterhielt die Sicherheitspolizei auch sieben regionale Außendienststellen in Dänemark, von denen fünf ab September 1943 in Aarhus, Aalborg, Kolding, Esbjerg (wegen Invasionsgefahr ab 1944 nur noch eine Nebenstelle) und Odense existierten. 1944 wurden zwei weitere Außendienststellen in Apenrade und auf Bornholm eingerichtet. De facto handelte es sich dabei um regionale Gestapo-Büros. Lediglich drei Außendienststellenleiter besaßen familiäre Wurzeln in Schleswig-Holstein oder hatten in der preußischen Provinz berufliche Erfahrungen gesammelt.<sup>25</sup>

23 RA, Rigsadvokaten krigsforbrydersag 132, Jessen, Urteilsbuch; RA, Justitsministeriets Psykiatriske Undersøgelsesklínik, F-32.

24 Historisk Samling fra Besættelsestiden (HSB), 26A, Rigspolitichefens efterretningsafdeling, Det tyske politi i København, 1946; Personalverzeichnis 1.8.1943, abgedruckt in John T. Lauridsen: Werner Bests korrespondance med Auswärtiges Amt Bd. 10, Kopenhagen 2012, S. 172–174, Tillæg 6A; Paul, Hans Hermannsen, S. 119, behauptet, dass Rohde von der Kieler Gestapo abgeordnet war, was das Personalverzeichnis allerdings widerlegt.

25 Lundtofte, Det tyske politi, S. 904–905.

*Thees Burfeind kontrollierte von seinem Büro in der Koldinger Außendienststelle die Aktivitäten der Gestapo in Südjütland und Nordschleswig. Das Foto entstand im Rahmen der juristischen Aufarbeitung der Besatzungszeit in Dänemark 1945 (Stadtarchiv Kolding).*



So stammte der erste Leiter der Außendienststelle in Kolding, Kriminalobersekretär August Naujock (geb. 1896), aus Ratzbek in Holstein, unweit von Lübeck. Nach seinem Frontdienst im Ersten Weltkrieg war Naujock zehn Jahre lang bei der Hamburger Ordnungspolizei angestellt, bevor er 1933 zur Gestapo wechselte, für die er in Bergedorf und Prag arbeitete. Ab September 1943 leitete er die Außendienststelle in Kolding. Naujock galt als ein eher primitiver, grobschlächtiger Typ. Im Sommer 1944 wurde er durch Thees Burfeind (geb. 1904) ersetzt und zum Leiter der Nebenstelle in Esbjerg ernannt.<sup>26</sup>

Auch der Außendienststellenleiter in Odense stammte aus Schleswig-Holstein. Geboren in Elmshorn, absolvierte Friedrich Dohse (1913–1995) seine Laufbahn bei der Gestapo in Kiel. Ab 1941 diente er in Frankreich, wo er sich als Gestapoleiter in Bordeaux aufgrund seiner äußerst brutalen Politik einen Namen machte. Im Dezember 1944 wurde er nach Odense beordert und übernahm dort schon nach kurzer Zeit die Leitung der Außendienststelle.<sup>27</sup>

Ein weiterer Außendienststellenleiter hatte zumindest zeitweilig in Schleswig-Holstein gearbeitet: Der aus Granstedt (Selsing) stammende Thees Burfeind absolvierte nach dem Besuch der Realschule zunächst eine Bankausbildung, orientierte sich dann aber neu und ging 1925 zur Hamburger Schutzpolizei. 1932 erfolgte sein Übertritt zur Kriminalpolizei. Da Burfeind als ehrgeizig und anpassungsfähig galt, erstaunt es nicht, dass er nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler der NSDAP beitrat und zur Hamburger Gestapo wechselte. Auch seine Aufnahme in die SS im Jahr 1934 passt in dieses Bild. Seinem politischen Engagement und seiner berufli-

26 Henrik Lundtofte: Staldgården i Kolding – Skolegade i Esbjerg. Thees Burfeind og August Naujock, Gestapochef i Sydjylland, in: På Førerenes ordre Bd. 2, S. 1119–1139.

27 Andreas Skov: Friedrich Dohse. Den anden Gestapochef på Fyn, in: På Førerenes ordre Bd. 2, S. 1149–1155.

chen Expertise verdankte er 1939 wohl auch die Beförderung zum Leiter einer Gestapo-Regionalstelle in der Tschechoslowakei. 1942 wurde er als Abteilungsleiter zur Gestapo in Kiel abkommandiert, um in Schleswig-Holstein den Kommunismus zu bekämpfen. An der Förde befasste sich die Gestapo zudem intensiv mit den grenzüberschreitenden kommunistischen Netzwerken nach Dänemark, weshalb Burfeind sicherlich besser über die dänischen Angelegenheiten Bescheid wusste, als er in einem 52-seitigen Nachkriegsbericht behauptete.<sup>28</sup>

Im Sommer 1943 avancierte er kurzzeitig zum Leiter der Gestapo-Grenzstelle in Lübeck, doch wurde er nur wenige Wochen später bereits nach Esbjerg befohlen, um in der dänischen Hafenstadt eine Außendienststelle einzurichten und zu führen. Es kann angenommen werden, dass die grenznahen Außendienststellen gezielt mit Führungspersonen (Burfeind in Esbjerg, Naujock in Kolding) besetzt worden sind, die einen Bezug zu Schleswig-Holstein besaßen. Ab Juni 1944 fungierte Burfeind, der den Dienstgrad eines Kriminalrats innehatte, als Gestapo-Leiter Südjütlands und Nordschleswigs mit Sitz in Kolding – Naujock wurde, wie bereits erwähnt, als Nebenstellenleiter nach Esbjerg versetzt. Karl Heinz Hoffmann, der Gestapo-Chef in der Kopenhagener Dienststelle des BDS/SD, bezeichnete Burfeind als einen sachlichen und energischen Führer und als den »geschicktesten Kriminalisten« unter den Führern der Außendienststellen.<sup>29</sup>

Unter Burfeinds Leitung gelang es der Gestapo sowohl im Frühsommer als auch im Herbst 1944, größere Angriffe auf die Führung der südjütländischen Widerstandsbewegung zu verüben. Es waren in erster Linie seine allgemeinen Fähigkeiten, weniger seine spezifischen Kenntnisse über Dänemark oder irgendwelche Netzwerke aus der schleswig-holsteinischen Gestapo-Arbeit, die zu Ergebnissen führten. Er scheute auch nicht vor der Anwendung von Folter oder sogar noch radikaleren Methoden zur Bekämpfung des Widerstands zurück, was seine Beteiligung an den Sühnemaßnahmen des NS-Besatzungsregimes im Rahmen des »Gegenterrors« belegt. Doch obwohl die Gestapo ihre Methoden zunehmend verschärfte und zu immer brutaleren Mitteln griff, nahmen die Aktionen des Widerstands in Südjütland, der auch personell wuchs, zwischen 1943 und 1945 zu.

Burfeind standen dagegen nur wenige ausgebildete Beamte zur Verfügung. Während seiner Zeit in Esbjerg verfügte er über lediglich 17 Angestellte (Stand: Herbst 1943), nicht einmal die Hälfte von ihnen gehörte der Gestapo an. Vier dieser Polizisten kamen von der Gestapo-Leitstelle in Hamburg, kein einziger aus Schleswig-Holstein. Unter den dänischen Dolmetschern befanden sich zudem der berühmte Niels Riis sowie Hans Julius von der deutschen Minderheit in Nordschleswig.<sup>30</sup>

28 HSB, 50, Aage Trommers forskningsarkiv, Nachkriegsbericht Burfeinds 1948; zu Burfeind siehe generell Lundtofte, Staldgården, S. 1119–1139.

29 Lundtofte, Staldgården, S. 1128.

30 Lundtofte, Staldgården, S. 1119–1239.

## Hans Pahl – SD-Führer aus Kiel

Als Leiter des SD in Dänemark fungierte von 1940 bis 1943 und wieder ab 1944 bis Kriegsende der in Kiel geborene SS-Sturmbannführer Hans Pahl (geb. 1911). Nach dem Erhalt des Abiturs absolvierte er in der Firma seines Vaters die Ausbildung zum Schiffsmakler und arbeitete anschließend ein halbes Jahr in Schweden, um die schwedische Sprache zu erlernen. Zurück in Deutschland trat er 1931 der NSDAP und wiederum ein Jahr später der SS bei. Ab 1934 war er beim SD beschäftigt und arbeitete unter anderem als Referent für dänische Angelegenheiten im Berliner Hauptquartier des Sicherheitsdienstes. Im April 1940 schickte ihn Eberhard Löw mit dem Auftrag nach Kopenhagen, in der Gesandtschaft eine kleine, verdeckte SD-Organisation aufzubauen. In nur kurzer Zeit etablierte Pahl ein Netzwerk an Informanten, die ihm über die Stimmung der dänischen Bevölkerung, das kulturelle Leben sowie die wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen berichteten. Darüber hinaus mischte sich Pahl auf Anregung Löws in die dänische Politik ein. So stellte er für Löw den Kontakt zu den dänischen Nationalsozialisten her und unterstützte den DNSAP-Führer Frits Clausen (1893–1947).<sup>31</sup>

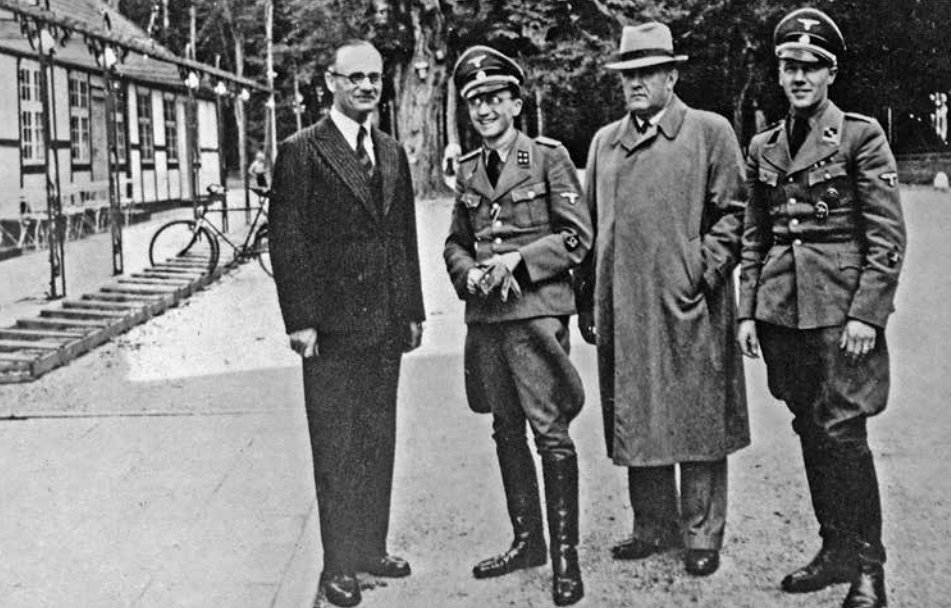
Ab 1943 büßte der SD, vor allem unter der Führung des mit der dänischen Kultur nicht vertrauten SS-Sturmbannführers Georg Scherdin (1904–1975), gegenüber der Gestapo in hohem Maße an Bedeutung und Einfluss ein. Nachdem Scherdin 1944 wegen Führungsschwäche versetzt worden war, übernahm erneut Pahl die Leitung des SD in Dänemark.

Ihm unterstanden lediglich 20 bis 40 Personen, womit er über weniger Mitarbeiter verfügte als die meisten Gestapo-Referate. Doch im Gegensatz zur Gestapo konnte Pahl auf mehrere SD-Männer zurückgreifen, die zum einen Dänisch beherrschten und zum anderen in Schleswig-Holstein nachrichtendienstliche Erfahrungen erworben hatten: unter anderem auf den früheren Leiter der SD-Außenstelle Flensburg, Obersturmführer Heinrich Lönnecker (1909–1944). Ab Mai 1944 leitete dieser die SD-Außenstelle in Aarhus; allerdings kam er schon am 31. Oktober desselben Jahres bei einem Luftangriff der Royal Air Force ums Leben. Ein weiterer SD-Mitarbeiter war Wolfgang Söhnlein (geb. 1913). Er war noch neu beim SD, als er im Frühjahr 1939 auf Anordnung Löws zunächst zum SD in Kiel und einige Monate später, im September des Jahres, zur SD-Dienststelle in Flensburg versetzt wurde. Während der Besatzungszeit leitete er ab 1940 die kleineren SD-Büros in Haderslev, Aarhus, Esbjerg und Odense. Für kurze Zeit wurde Söhnlein auch in die Planungen des deutschen »Gegenterrors« einbezogen, unter anderem war er an der Ermordung des Priesters und Dichters Kaj Munk (1898–1944) beteiligt.<sup>32</sup>

31 Poulsen, Besættelsesmagten og de danske nazister, S. 66f., 89, 143f., 172–185, 269f., 354, 365, 377.

32 Zum Mord an Munk siehe Martin Göllnitz: Gegenterror und politische Gewalt im »Musterprojektor« Dänemark: Die Petergruppe als hochmobiles Gewaltunternehmen (1943–1945), in: Adrian Hänni/Daniel Rickenbacher/Thomas Schmutz (Hrsg.): Über Grenzen hinweg. Transnationale politische Gewalt im





*Hofjägermeister Jørgen Sehested (links) posiert vor seinem Gut Broholm auf Fünen gemeinsam mit dem SD-Führer Eberhard Freiherr Löw von und zu Steinfurth (zweiter von links), dessen engem Mitarbeiter Hans Pahl (ganz rechts) und dem deutschen Bauernführer Wippert (Fotoarchiv des Frihedsmuseet).*

An dieser Stelle ist auch der in Barmen geborene ehemalige Physik- und Mathematiklehrer Hans Wäsche (1903–1979) zu nennen, der ebenfalls zu einem zentralen Mitarbeiter des SD in Dänemark avancierte. Unter den SD-Männern galt er als Experte für Fragen zur dänischen Kultur, schließlich hatte er von 1931 bis 1935 an der deutschen Sankt Petri Schule in Kopenhagen und anschließend als Gymnasiallehrer in Schleswig und Lübeck gearbeitet. In seiner Funktion als Verbindungsmann zwischen dem NS-Lehrerbund und der »Nordischen Gesellschaft« hatte er sein Wissen ab 1935 sogar noch weiter vertieft. Nur ein Jahr später begann er damit, nebenberuflich für den SD als Informant zu arbeiten. Ab 1941 war Wäsche dann hauptberuflich beim SD in Kopenhagen angestellt, um ein neugegründetes Referat zur Beobachtung des dänischen Kulturlebens zu leiten. Noch stärker als sein Vorgesetzter Hans Pahl beteiligte sich Wäsche außerdem an der Aufdeckung und Bekämpfung der allmählich wachsenden Widerstandsbewegung. Für Otto Bovensiepen stellte Wäsche eine wichtige Vertrauensperson bei der Planung und Auswahl von »Gegenterror«-Zielen dar, galt er laut Eberhard Löw doch als »einer der feinsten, wenn nicht der beste Dänemark-Kenner in Kopenhagen«.<sup>33</sup>

20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 2020, S. 159f.; für die SD-Mitarbeiter Pahl, Lönnecker, Söhnlein und Wäsche vgl. Henrik Lundtofte: Kaffeklubbens fineste Danmarkskenner. Hans Wäsche og SD, in: På Førers ordre Bd. 2, S. 1041–1056; Lundtofte, Det tyske politi, S. 896, 902; siehe auch Bath, Der SD in Dänemark, S. 33–34, 59–61, 38–42, 45–47, 55, 118.

33 Lundtofte, Kaffeklubbens, S. 1041-1056 (Zitat: S. 1041).

## Bedeutung und Bilanz

Wie der Hamburger Historiker Stephan Linck herausgearbeitet hat, wurde eine Reihe von schleswig-holsteinischen Polizisten im April 1940 nach Norwegen abkommandiert.<sup>34</sup> Es war gewiss kein Zufall, dass norddeutsche Kriminalisten, Gestapo-Beamte oder SD-Mitarbeiter für eine Tätigkeit in Skandinavien in Betracht gezogen wurden, wohingegen ihre Kollegen aus Österreich vor allem in Mitteleuropa Verwendung fanden. Mit Blick auf die hier skizzierten Personalverhältnisse in Dänemark unterschieden sich die Rekrutierungsmuster der NS-Behörden jedoch zum Teil erheblich voneinander.

Aufgrund der Friedensbesetzung erschien es den verantwortlichen NS-Akteuren anfänglich nicht notwendig, eine deutsche Polizeiexekutive in Dänemark zu etablieren. Im Maschinenraum der Besatzungspolitik, besonders bei der konkreten Zusammenarbeit mit dänischen Polizeibehörden, nahm der frühere Flensburger Gestapo-Chef Hans Hermannsen eine zentrale Rolle ein, wohingegen die Kontakte des SD-Führers Hans Pahl zu Dänemarks rechtsradikalen Politikreisen keine spürbaren Folgen hatten – auch sonst trat er nicht als wichtiger Akteur in Erscheinung.

Mit der Übernahme und sukzessiven Intensivierung der Widerstandsbekämpfung durch die deutschen Sicherheitsorgane im Herbst des Jahres 1943 kamen nunmehr auch neue Gestapo- und SD-Angehörige nach Dänemark, die zum Teil aus Schleswig-Holstein stammten oder dort gearbeitet hatten. Der relative Anteil von Schleswig-Holsteinern im Führungskorps der Sicherheitspolizei und des SD blieb aber weiterhin marginal und stieg bis zum Kriegsende 1945 auch nicht mehr an. Auf der höchsten Ebene des nationalsozialistischen Sicherheitsapparates besaß lediglich der HSSPF Günther Pancke ein spezielles Erfahrungswissen in Bezug auf die deutsch-dänische Grenzregion. Oder anders gesagt: Er hätte ein solches Wissen zumindest besitzen können. Denn der frühere Flensburger SS-Führer demonstrierte mit seinen Befehlen und Aktionen vor allem eine enorme Unkenntnis der kulturellen, politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse Dänemarks.

Auf der mittleren Führungsebene der Gestapo lässt sich dagegen eine Handvoll Schleswig-Holsteiner ausmachen, die eine durchaus wichtige Rolle spielten. Doch weder die Referatsleiter Hermannsen und Jessen noch die Außenstellenleiter Burfeind und Dohse waren in der Lage, die Strategie der Gestapo wegweisend zu prägen. Es kann daher angenommen werden, dass spezielles schleswig-holsteinisches Erfahrungswissen, unabhängig davon, wie dieses erworben wurde, im Alltag der Gestapo- und SD-Arbeit nur eine geringe Bedeutung besessen hat – wenn überhaupt. Hermannsens Erfolge bei der Überwachung und Verhaftung von Kommunisten lassen sich wohl in erster Linie darauf zurückführen, dass er ein ausgesprochen guter Netzwerker war, der sich seiner Umgebung hervorragend anzupassen vermochte

34 Stephan Linck: Der Ordnung verpflichtet. Deutsche Polizei 1933-1949. Der Fall Flensburg, Paderborn 2000, S. 74–77.

und der auf langjährige polizeiliche Expertisen zurückgreifen konnte. Der SD-Leiter Hans Pahl besaß zwar umfassende Kenntnisse über die dänische Kultur, Politik und Wirtschaft, entwickelte sich aber trotz seines Wissens nie zu einer Schlüsselfigur bei der Planung und Ausgestaltung des »Gegenterrors«. Und Burfeinds geschicktes wie effizientes Vorgehen als Außendienststellenleiter, der der süddänischen Widerstandsbewegung gleich zweimal erfolgreich einen erheblichen Rückschlag verpasste, stand mit seiner früheren Gestapo-Tätigkeit in Schleswig-Holstein in keinem erkennbaren Zusammenhang.

Mit Blick auf die Arbeit der nationalsozialistischen Sicherheitsbehörden an »der Schlagsahnefront«, wie Hermannsen Dänemark in seinem Fotoalbum bezeichnete,<sup>35</sup> ist eine spezifisch schleswig-holsteinische Prägung nicht zu erkennen, weder in Bezug auf die besonderen Verhältnisse der Besatzungsherrschaft noch hinsichtlich ihrer zunehmenden Radikalisierung ab dem Jahr 1943.

35 Paul, Hans Hermannsen, S. 117.

## Do not quote!

### Amerikanische Open Source Intelligence im Zweiten Weltkrieg

Eine erste Assoziation zum Thema Nachrichtendienste sind Agenten und Geheimüberwachung. Ein weniger offensichtlicher, aber großer und wichtiger Teil der nachrichtendienstlichen Tätigkeit besteht jedoch aus dem systematischen Einsammeln von öffentlich zugänglichen Informationen. Warum sollte man einen Agenten vor Ort für die Informationsbeschaffung anwerben, wenn man diese Informationen ohnehin in Zeitungen nachlesen kann? Schlussendlich ist der Weg zum Zeitungskiosk kostengünstiger und weniger riskant. Diese Form der nachrichtendienstlichen Tätigkeit nennt sich Open Source Intelligence (OSINT) und wird in der Forschung als »das methodische Sammeln und die Auswertung öffentlich zugänglicher Quellen, um nachrichtendienstliche Zielsetzungen umzusetzen« definiert.<sup>1</sup> Das Einsammeln ist damit kein Ziel an sich, sondern die Möglichkeit, diese Informationen zu einem nachrichtendienstlichen Zweck zu benutzen. Dabei ist es erforderlich, dass das Einsammeln einem bestimmten, methodologischen Muster folgt.<sup>2</sup>

Das Format der Open Source Intelligence ist an sich interessant, weil selbst scheinbar unauffällige Informationen wichtige Hinweise zur Analyse komplexer Sachverhalte liefern können.<sup>3</sup> Ein weiterer Aspekt sind die Umstände, unter denen die Informationen gesammelt werden. Im konkreten Beispiel arbeitete der amerikanische Nachrichtendienst im Zweiten Weltkrieg unter äußerst schwierigen Bedingungen. Aufgrund des Kriegszustands zwischen dem Dritten Reich und den Vereinigten Staaten von Amerika wurde selbst das Beschaffen von alltäglichen Informationen, wie etwa zur Stimmungslage oder Versorgungssituation der Bevölkerung, zu einer Herausforderung und die Informationen mussten auf konspirativem Wege aus der deutschen Diktatur beschafft werden. Die Nutzung von Erzeugnissen deutscher Medien wurde durch die Zensur äußerst erschwert. Daher stellt sich die Frage: Welche Informationen konnte der amerikanische Nachrichtendienst Office for Strategic Services (OSS) über Schleswig-Holstein aus deutschen Zeitungen gewinnen? Der Untersuchungszeitraum ist auf die Jahre von 1943 bis zum Kriegsende begrenzt, da der OSS

1 «The methodical collection and exploitation of information from publicly available sources to fulfil an intelligence requirement». Ludo Block: *The Long History of OSINT*. (künftig zitiert: Block, *The Long History*), in: *Journal of Intelligence History*, 23 (2023), H. 2, S. 95–109, hier S. 97.

2 Block, *The Long History*, S. 97.

3 Tore Pedersen/Pia Therese Jansen: *Seduced by secrecy – perplexed by complexity: effects of secret vs open-source on intelligence credibility and analytic confidence*, in: *Intelligence and National Security*, Vol. 34 (2019), No. 6, S. 881–898, hier S. 882–883.

erst 1942 gegründet und aufgebaut wurde, was sich in den überlieferten Quellen aus dem US-amerikanischen Nationalarchiv (National Archives and Record Administration, NARA) widerspiegelt.<sup>4</sup> Die Untersuchung bezieht sich zudem auf einen konkreten, geografisch eingegrenzten Raum, die preußische Provinz und den nationalsozialistischen Mustergau Schleswig-Holstein, zu welchem mehrere bis jetzt unerforschte Akten des OSS zugänglich sind.<sup>5</sup>

## Do not quote

Aus dem Bestand des OSS im US-amerikanischen Nationalarchiv liegt eine nach Regionen und Städten sortierte Schnipselsammlung vor. Für Schleswig-Holstein und zum Teil für Hamburg sind fast 200 Digests und eine kleinere Anzahl an Zeitungsausschnitten aus den Jahren 1943–1945 überliefert, hauptsächlich von regionalen Zeitungen wie der »Flensburger Zeitung«, »Hamburger Zeitung«, »Schleswig-Holsteinischen Tageszeitung«, »Kieler Zeitung«, dem »Wochenblatt der Landesbauernschaft Schleswig-Holstein« und dem »Hamburger Fremdenblatt«. Vereinzelt liegen Digests von überregionalen oder ausländischen Zeitungen vor, z. B. aus »Der Bund«, »Sorø Amtstidende« und »Svenska Morgonbladet«.<sup>6</sup> Auch wenn diese Zeitungen natürlich als öffentlich zugängliches Material galten, war das Beschaffen von regionalen Zeitungen aus dem Deutschen Reich nicht leicht. Schließlich war ein amerikanisches Abonnement während des Krieges keine Selbstverständlichkeit. Zeitungen mussten erst einmal für die Auswertung aus Deutschland bzw. aus den besetzten Ländern über den Öresund zur OSS-Station in Stockholm gelangen. Der dänische Pressehistoriker Erik Lund hat in seinen Untersuchungen der illegalen Presse belegt, dass über eine tägliche, illegale Verbindung ein systematischer Informationsverkehr in das neutrale Schweden durch den dänischen Widerstand gewährleistet wurde.<sup>7</sup> Da auch der US-amerikanische Nachrichtendienst seine Beziehungen zu diesem Milieu als Einfallstor nicht nur nach Dänemark, sondern auch nach Norddeutschland nutzte, ist dieser Informationskanal naheliegend.<sup>8</sup>

4 Rhodri Jeffreys-Jones: *The Rise and Fall of the CIA*, in: Loch K. Johnson (Hrsg.): *The Oxford Handbook of National Security Intelligence*, New York 2010, S. 122-137, hier S. 124.

5 Robert Bohn: *Geschichte Schleswig-Holsteins*, München 2015, S. 107–108.

6 US National Archive (NARA), RG 0226 Office of Strategic Services, Entry# A1 145: Research and Analysis Branch Chief Files, Container# 63. Betr.: Sorø Amtstidende vom 12.7.1943, ND 1189 – NARA, RG 0226 Office of Strategic Services, Entry# A1 145: Research and Analysis Branch Chief Files, Container# 63. Betr.: Der Bund vom 9.8.1943, ND 1212 – NARA, RG 0226 Office of Strategic Services, Entry# A1 145: Research and Analysis Branch Chief Files, Container# 63. Betr.: Svenska Morgonbladet vom 12.8.1943, ND 1212.

7 Erik Lund: *Fire millioner frie ord. Det illegale nyhedsbureau «Information» august 1943 – maj 1945*, Insitut for Presseforskning og Samtidshistorie 1970, S. 290–291.

8 Peer Henrik Hansen: *Second to none. US Intelligence Activities in Northern Europe 1943–1942*, Dordrecht 2011, S. 24.

Dass das Sammeln und die Weiterbeförderung der Zeitungen auf diesem illegalen Wege nicht unproblematisch waren, wird durch einen in sämtlichen Digests vorkommenden Vermerk betont: »(do not quote)«. Die Geheimhaltung bezog sich nicht auf den Inhalt der Zeitungen, sondern auf den Fakt, dass der amerikanische Nachrichtendienst Zugang zu diesen Informationen hatte. Wäre dies ans Licht gekommen, hätte die Gefahr bestanden, dass diese Kanäle versiegt wären.

Mit der Analyse dieser überlieferten Digests und Ausschnitte sind einige Herausforderungen verbunden, weil die Kriterien für die Auswahl dessen, was aufbewahrt wurde, unklar sind. Vieles spricht dafür, dass hier eher ein Prinzip des Zufalls waltete. Es ist also naheliegend, dass die ursprüngliche Sammlung weitaus mehr Digests beinhaltete. Wenn der Archivordner zur Stadt Neumünster heute lediglich ein Digest beinhaltet, bedeutet dies nicht notwendigerweise, dass kein weiteres Material vorhanden gewesen ist.<sup>9</sup> Berücksichtigt man die Größe der Stadt sowie ihre Bedeutung als Verkehrsknotenpunkt, so ist durchaus zu vermuten, dass dies nicht das vollständige Ausmaß des vom US-amerikanischen Nachrichtendienst eingesammelten Zeitungsmaterials ist. Weiterhin wird Neumünster in einigen anderen Ausschnitten, die im Archiv anderen Örtlichkeiten zugeordnet waren, erwähnt.<sup>10</sup>

## Von Flensburg über Wesselburen bis Hamburg

Die Digests erstrecken sich über die Gauen Schleswig-Holstein und Hamburg. Einige Digests umfassen ganz Schleswig-Holstein, während andere sich auf konkrete Orte konzentrieren. Bei näherer Analyse zeigt sich folgendes Muster: Der größte Teil der Digests behandelt Informationen aus Holstein und nur in begrenztem Maß aus Schleswig. Noch konkreter stammen diese Digests entweder aus kleineren Städten entlang der Westküste in Schleswig-Holstein, wie zum Beispiel Wilster, Heide und Husum,<sup>11</sup> oder aus den größeren Städten im eher östlichen Teil Schleswig-Holsteins, nämlich Kiel und Rendsburg.<sup>12</sup> Diese geografische Bandbreite ist jedoch nicht überraschend. Wenn die thematischen Inhalte in die Betrachtung miteinbezogen werden,

9 NARA, RG 0226 Office of Strategic Services, Entry# A1 145: Research and Analysis Branch Chief Files, Container# 63. Betr.: Kieler Zeitung vom 31.10.1944, ND 1602.

10 Vgl. NARA, RG 0226 Office of Strategic Services, Entry# A1 145: Research and Analysis Branch Chief Files, Container# 63. Betr.: Kieler Zeitung vom 9.12.1944, ND 1638.

11 Vgl. NARA, RG 0226 Office of Strategic Services, Entry# A1 145: Research and Analysis Branch Chief Files, Container# 63. Betr.: Schleswig-Holsteinische Tageszeitung vom 14.7.1944, ND 1509; NARA, RG 0226 Office of Strategic Services, Entry# A1 145: Research and Analysis Branch Chief Files, Container# 63. Betr.: Schleswig-Holsteinische Tageszeitung vom 22.8.1943, ND 1230 – NARA, RG 0226 Office of Strategic Services, Entry# A1 145: Research and Analysis Branch Chief Files, Container# 63. Betr.: Schleswig-Holsteinische Tageszeitung vom 9.9.1943, ND 1245.

12 Vgl. NARA, RG 0226 Office of Strategic Services, Entry# A1 145: Research and Analysis Branch Chief Files, Container# 63. Betr.: Kieler Zeitung vom 20.5.1943, ND 1146 - NARA, RG 0226 Office of Strategic Services, Entry# A1 145: Research and Analysis Branch Chief Files, Container# 63. Betr.: Schleswig-Holsteinische Tageszeitung vom 29.8.1943, ND 1241.



*Während des Zweiten Weltkrieges wurde Kiel von mehreren Luftangriffen getroffen. Hier ein Bild aus der zerbombten Stadt im Mai 1945 (Fotoarchiv des Frihedsmuseet).*

kann grundlegend zwischen drei Themen unterschieden werden: Versorgungssituation, Luftangriffe und Flüchtlinge. Die Versorgungssituation betraf die Lebensmittelproduktion sowie die Wasser- und Energieversorgung. In Dithmarschen befanden sich große landwirtschaftlich genutzte Flächen, somit eine wichtige Grundlage für die Lebensmittelproduktion, während vor allem die Städte Kiel und Hamburg von Luftangriffen betroffen waren. Flüchtlinge aufgrund dieser Luftangriffe sowie aus den östlichen Teilen des Dritten Reiches wurden in provisorischen Unterkünften in den größeren Städten untergebracht.

In den nächsten Abschnitten wird konkretisiert, um welche Informationen es sich handelte und warum der US-amerikanische Nachrichtendienst OSS sich für diese Informationen interessierte.

## **Wasserknappheit, Kohllieferungen und Lebensmittelmarken – die Versorgungssituation in Schleswig-Holstein**

In Kriegszeiten ist die Versorgungssituation aus mehreren Gründen von zentraler Bedeutung: An der Front und in der Zivilbevölkerung an der »Heimatfront« sind Lebensmittel und der Zugang zu Gütern des täglichen Bedarfs entscheidend für die Kriegsmoral. Das zeigen auch die Erfahrungen aus dem Ersten Weltkrieg, in dem Hunger zum Alltag gehörte, was zu einer steigenden Kriegsmüdigkeit und Unzufriedenheit führte. Die Aufrechterhaltung der Lebensmittelproduktion war deswegen genauso wichtig wie der Kriegsdienst.<sup>13</sup> Auch in strategischer Hinsicht ist dies

<sup>13</sup> Gesine Gerhard: *Nazi Hunger Politics. A History of Food in the Third Reich*. Lanham 2015, S. 19–20 – Hans

von zentraler Bedeutung: Angriffe gegen die Versorgungslinien verringern die Versorgungssicherheit wesentlich, ohne aber in direkter Auseinandersetzung im Krieg an der Front zu sein. Mit seinen großen landwirtschaftlichen Flächen spielte Schleswig-Holstein in diesem Zusammenhang eine besondere Rolle. Eine verringerte Lebensmittelproduktion in diesem Gau hätte nicht nur Konsequenzen für die Region gehabt, sondern auch für das gesamte Deutsche Reich wegen Schleswig-Holsteins Überschuss in der Landwirtschaft.<sup>14</sup>

Der US-amerikanische Nachrichtendienst OSS interessierte sich deswegen für alle Informationen, die einen Hinweis darauf geben konnten, wie die Versorgungslinien aussahen: Im Hinblick auf einen Artikel aus der »Kieler Zeitung« vom 22. Juli 1943 wurde vom OSS hervorgehoben, dass Lebensmittellieferungen, insbesondere Kohllieferungen, sich im Anstieg befanden.<sup>15</sup> Am 20. November 1944 seien mehrere Kohllieferungen aus Dithmarschen per Zug über Heide abtransportiert worden.<sup>16</sup> Ein paar Monate später, am 14. Februar 1945, wurde wieder über Kohllieferungen aus Dithmarschen berichtet, wobei zusätzlich angemerkt wurde, dass Eierlieferungen nach Dithmarschen ständig zunähmen.<sup>17</sup>

Mit diesen Informationen bekam der US-amerikanische Nachrichtendienst einen Eindruck, inwiefern die Produktion von beziehungsweise das Angebot an Lebensmitteln einen ausreichenden Umfang erreichte, um diese auch in andere Teile des Deutschen Reiches liefern zu können.

Schwachstellen oder Einbrüche in der Produktion hätten somit überregionale Konsequenzen mit sich gebracht. Vom OSS wurde dies festgestellt. So wurden auch naturbedingte Herausforderungen wie das Wetter und die Ausbreitung von Krankheiten verfolgt.<sup>18</sup> Ferner interessierte sich der US-amerikanische Nachrichtendienst auch für Verzögerungen bei der Inventur in der Tierhaltung. So wurde u. a. bemerkt, dass der Bürgermeister in Husum am 9. September 1943 in der »Schleswig-Holsteinischen Tageszeitung« mitteilen musste, dass die Inventur des Viehbestands erst am nächsten Tag stattfinden würde und nicht wie ursprünglich geplant am 3. Septem-

Joachim Braun: *The Germany Economy in the Twentieth Century. The German Reich and the Federal Republic.* London 1990, S. 125-126.

- 14 Nils Cramer: *Erbhof und Reichsnährstand. Landwirtschaft in Schleswig-Holstein 1933-1945,* Husum 2013, S. 120. – NARA, RG 0226 Office of Strategic Services, Entry# A1 145: Research and Analysis Branch Chief Files, Container# 63. Betr.: Lübecker Zeitung vom 12.5.1944, ND 1456.
- 15 NARA, RG 0226 Office of Strategic Services, Entry# A1 145: Research and Analysis Branch Chief Files, Container# 63. Betr.: Kieler Zeitung vom 22.7.1943, ND 1207.
- 16 NARA, RG 0226 Office of Strategic Services, Entry# A1 145: Research and Analysis Branch Chief Files, Container# 63. Betr.: Schleswig-Holsteinische Tageszeitung vom 20.11.1944, ND 1622.
- 17 NARA, RG 0226 Office of Strategic Services, Entry# A1 145: Research and Analysis Branch Chief Files, Container# 63. Betr.: Schleswig-Holsteinische Tageszeitung vom 14.2.1945.
- 18 NARA, RG 0226 Office of Strategic Services, Entry# A1 145: Research and Analysis Branch Chief Files, Container# 63. Betr.: Hamburger Fremdenblatt vom 6.6.44, ND 1470 – NARA, RG 0226 Office of Strategic Services, Entry# A1 145: Research and Analysis Branch Chief Files, Container# 63. Betr.: Schleswig-Holsteinische Tageszeitung vom 21.5.1943.



ber.<sup>19</sup> Auch knapp zwei Jahre später, am 3. März 1945, hat der OSS einen Vermerk gemacht, dass noch einmal in der »Schleswig-Holsteinischen Tageszeitung« mitgeteilt wurde, dass die Inventur des Schweine- und Geflügelbestands wegen technischer Probleme verschoben worden sei.<sup>20</sup> Andere Verzögerungen oder verspätete Lieferungen wie das Fehlen von Körnerfutter aufgrund von Transportschwierigkeiten sowie um vier Monate verspätete Lieferungen von Dünger im Jahr 1944 wurden ebenfalls vermerkt. Für solche Verspätungen können kriegsbedingte Einflüsse wie zum Beispiel Lieferungsengpässe oder gezielte Angriffe auf die Infrastruktur ursächlich gewesen sein.

Auch an der Situation der Wasser- und Energieversorgung in Schleswig-Holstein war der OSS interessiert. Er bekam hierzu relativ viele Informationen, weil die Zeitungen dazu genutzt wurden, die Bevölkerung über Gas- und Stromausfälle sowie über Wasserknappheit zu informieren. Für den US-amerikanischen Nachrichtendienst war dies eine einzigartige Möglichkeit, Wissen über potenzielle Wirkungen von Bombenangriffen zu erhalten.

Im Winter 1944/1945 wurde innerhalb von wenigen Tagen Folgendes über die Verhältnisse in Holstein geschrieben: Am 11. November 1944 hatte der Oberpräsident von Schleswig-Holstein in der »Kieler Zeitung« ein Elektrizitätsverbot zwischen 16 und 20 Uhr mitgeteilt.<sup>21</sup> Am 9. Dezember 1944 hatte der Bürgermeister in Neumünster in derselben Zeitung gasfreie Tage introduziert.<sup>22</sup> Ein paar Tage zuvor hatte der Bürgermeister in Elmshorn ein Gasverbot zwischen 8 und 11 Uhr sowie zwischen 14 und 18 Uhr angekündigt, mit der Erwartung von strenger Disziplin bei der Einhaltung des Verbots und einer Warnung vor Strafe.<sup>23</sup> Ein Verbot, das später ausgeweitet wurde: Ab dem 2. Februar 1945 stand den Einwohnern von Elmshorn dann zwischen 8 und 10 Uhr sowie zwischen 12 und 18 Uhr kein Gas mehr zur Verfügung.<sup>24</sup> Was aber noch interessanter für den US-amerikanischen Nachrichtendienst erschien, war die Information darüber, dass die Bevölkerung nicht den Restriktionen folgte: Unter der Überschrift »Missachtung von Elektrizitätsbeschränkungen« wurde zu Informationen aus den »Flensburger Nachrichten« zum Beispiel vermerkt, dass die Elektrizitätsrestriktionen in Schleswig-Holstein – laut den Behörden – nicht den gewünschten

19 NARA, RG 0226 Office of Strategic Services, Entry# A1 145: Research and Analysis Branch Chief Files, Container# 63. Betr.: Schleswig-Holsteinische Tageszeitung vom 9.9.1943, ND 1245.

20 NARA, RG 0226 Office of Strategic Services, Entry# A1 145: Research and Analysis Branch Chief Files, Container# 63. Betr.: Schleswig-Holsteinische Tageszeitung vom 3.3.1945, ND 1714.

21 NARA, RG 0226 Office of Strategic Services, Entry# A1 145: Research and Analysis Branch Chief Files, Container# 63. Betr.: Kieler Zeitung vom 11.11.1944, ND 1614.

22 NARA, RG 0226 Office of Strategic Services, Entry# A1 145: Research and Analysis Branch Chief Files, Container# 63. Betr.: Kieler Zeitung vom 9.12.1945, ND 1638.

23 NARA, RG 0226 Office of Strategic Services, Entry# A1 145: Research and Analysis Branch Chief Files, Container# 63. Betr.: Schleswig-Holsteinische Tageszeitung vom 7.11.1944, ND 1608.

24 NARA, RG 0226 Office of Strategic Services, Entry# A1 145: Research and Analysis Branch Chief Files, Container# 63. Betr.: Schleswig-Holsteinische Tageszeitung vom 2.2.1945, ND 1687.



Collage aus verschiedenen  
Lebensmittelmarken aus dem  
Zweiten Weltkrieg und den Jah-  
ren danach (Archiv der Dansk  
Centralbibliotek for Sydslesvig).

Effekt hatten.<sup>25</sup> Für den OSS war dies interessant. Die Informationen über diese Res-  
triktionen vermittelten nämlich nicht nur einen Eindruck vom Ausmaß eventueller  
Bombenangriffe, sondern ermöglichten auch Rückschlüsse auf den Zustand der Mor-  
al in der Bevölkerung. Dies waren wichtige Informationen für die psychologische  
Kriegsführung.

Im Zusammenhang mit dem moralischen Zustand der Bevölkerung notierte sich  
der OSS Informationen über Lebensmittelmarken. Rationierungen sind an sich näm-  
lich ein Zeichen von Lebensmittelknappheit.<sup>26</sup> Was der US-amerikanische Nachrich-  
tendienst darüber hinaus hervorhob, war die wiederholte Betonung der Konsequen-  
zen des Betrugs mit Lebensmittelmarken in der Berichterstattung der Presse: Zum  
Beispiel wurde am 21. Juli 1944 in der »Schleswig-Holsteinischen Tageszeitung« das  
Verbot des Empfangs loser Rationierungsmarken von den Landräten von Itzehoe,  
Pinneberg, Meldorf, Heide und Rendsburg vom OSS unterstrichen,<sup>27</sup> während aus  
dem »Hamburger Fremdenblatt« vom 12. November 1943 die Information gewon-  
nen wurde, dass es Probleme in Bezug auf das direkte Einkassieren der Lebensmit-  
telmarken für Kartoffeln bei der Auslieferung gäbe. Danach folgte die Aufforderung:

- 25 «Disregard of Electricity Restrictions»; NARA, RG 0226 Office of Strategic Services, Entry# A1 145: Research and Analysis Branch Chief Files, Container# 63. Betr.: Flensburger Nachrichten vom 29.12.1944, ND 1654.
- 26 Tatjana Tönsmeier: Supply Situations. National Socialist Policies of Exploitation and Economies of Shortage in Occupied Societies During World War II, in: Tatjana Tönsmeier u. a. (Hrsg.): Coping with Hunger and Shortage under German Occupation in World War II, Cham 2018, S. 8.
- 27 NARA, RG 0226 Office of Strategic Services, Entry# A1 145: Research and Analysis Branch Chief Files, Container# 63. Betr.: Schleswig-Holsteinische Tageszeitung vom 8.9.1944, ND 1561.

»Aber es ist die Pflicht der Verbraucher die Marken sofort und unaufgefordert beim Produzenten abzugeben. Ein doppelter Kauf von Kartoffeln wird schwer bestraft«.<sup>28</sup> In seltenen Fällen gelang es dem US-amerikanischen Nachrichtendienst, Informationen über gezielte Aktionen mit gefälschten Lebensmittelmarken aus den zensierten Zeitungen zu gewinnen:

»[...] der Feind warf große Mengen an Butter-, Käse- und Fleischmarken für Reisende in den Kreisen Steinburg und Pinneberg ab. Diese müssen sofort abgegeben werden. Jeder, der diese in Umlauf bringt oder sich verschafft, wird mit den schwersten Strafen bestraft, sogar dem Tod. Jeder, der diese aufbewahrt, weitergibt oder erhält, macht sich ebenfalls strafbar. Die gefälschten Marken sind leicht zu erkennen«.<sup>29</sup>

Für den OSS waren diese Informationen von hohem Wert; einerseits, weil sich so die Auswirkungen von solchen Aktionen einschätzen ließen, andererseits, weil die Androhung von schweren Strafen und die ständige Wiederholung der Verbote ein Bild von einem eher instabilen, geschwächten moralischen Zustand der Bevölkerung vermittelten.

## Durch Feindeinwirkung – Informationen über Luftangriffe

Wie im obigen Fall bei den gefälschten Lebensmittelmarken waren Informationen aus Zeitungen eine Methode für den US-amerikanischen Nachrichtendienst, die Effektivität von Luftangriffen einschätzen zu können. Deswegen waren Zeitungen in ihrer Berichterstattung vorsichtig und vermieden, zu konkret zu werden. Aber das Thema Luftangriffe konnte in der Berichterstattung nicht gänzlich ausgespart werden, weil die ganze Bevölkerung von diesen Bombenangriffen betroffen war.

In den Zeitungen befanden sich somit Berichte über die Anzahl der Toten und Verletzten nach den Luftangriffen sowie über die materiellen Schäden. So wurde zum Bericht aus dem »Hamburger Fremdenblatt« am 2. Oktober 1944 über den Luftangriff der Alliierten auf Hamburg am 30. September 1944 vom OSS angemerkt, dass 90 Tote und mehrere Verletzte und Vermisste gemeldet worden waren.<sup>30</sup> Am 26. Oktober 1944 kam eine Meldung über den Luftangriff am vorigen Tag:

28 »But it is the duty of consumers to deliver these vouchers immediately without being asked by the producer. A double purchase of potatoes is subject to severe punishment«. NARA, RG 0226 Office of Strategic Services, Entry# A1 145: Research and Analysis Branch Chief Files, Container# 63. Betr.: Hamburger Fremdenblatt vom 12.11.1943, ND 1293.

29 »[...] the enemy dropped large quantities of forged butter, cheese and meat travellers' cards in the Kreise Steinburg and Pinneberg. They must be surrendered immediately. Anyone who circulates or procures them is liable to the heaviest penalties, even death. Anyone who retains, passes or receives them is also liable to the above penalties. The forged cards are easily distinguishable«. NARA, RG 0226 Office of Strategic Services, Entry# A1 145: Research and Analysis Branch Chief Files, Container# 63. Betr.: Schleswig-Holsteinische Zeitung vom 8.8.1944, ND 1513.

30 NARA, RG 0226 Office of Strategic Services, Entry# A1 145: Research and Analysis Branch Chief Files, Container# 63. Betr.: Hamburger Fremdenblatt vom 2.10.1944, ND 1571.

»Der Angriff am Mittag hat bisher 147 Todesopfer gefordert, aber da mehrere Personen noch vermisst werden, wird eine leichte Erhöhung dieser Zahl erwartet. Große Schäden wurden in mehreren Wohngebieten angerichtet, und mehrere öffentliche Gebäude, darunter Krankenhäuser, wurden ebenfalls schwer beschädigt.«<sup>31</sup>

Ähnliche Informationen konnten aus den dem OSS vorliegenden Berichten zu den Luftangriffen in Hamburg am 21. November 1944, 31. Dezember 1944, 24. Februar 1945, 8. März 1945, 20. März 1945 und am 22. März 1945 sowie in Kiel am 14. Mai 1943 und am 13. Juni 1943 gezogen werden, jedoch legten die Zeitungen nicht immer die materiellen Schäden dar.<sup>32</sup>

Ein anderer eher ungewöhnlicher, aber raffinierter Weg, um in einem Land mit strikter Pressezensur die Anzahl an Todesopfern infolge von Bombenangriffen zu ermitteln, war die Auswertung von Todesanzeigen: Nicht der konkrete Inhalt der einzelnen Todesanzeigen wurde vom amerikanischen Nachrichtendienst festgehalten, sondern nur die Anzahl der Todesanzeigen sowie das Datum des Luftangriffs: »Kieler Zeitung enthält 120 private Nekrologe von Opfern des Angriffs am 14. Mai, fast alle enthalten die Worte ›durch Feindeinwirkung‹.«<sup>33</sup>

Im Gegensatz zu den Todesanzeigen wurde bei Augenzeugenberichten vom OSS alles notiert. Obwohl die Informationen aus der Perspektive einer einzelnen Person stammten, konnte der US-amerikanische Nachrichtendienst dadurch konkrete Einblicke in den Zustand der Städte nach den Luftangriffen gewinnen. Solche Berichte waren allerdings selten in den zensurierten Zeitungen, nichtsdestotrotz wurden solche Darlegungen ab und zu in ausländischen Zeitungen veröffentlicht. Ein ungarischer Korrespondent berichtete nach den schweren Luftangriffen im Juli und August 1943 auf Hamburg, die auch unter dem Namen »Operation Gomorrha« bekannt sind: »die

31 »The midday attack [...] has so far caused 147 fatal casualties but as several persons are still missing a slight increase in this figure is expected. Great damage was caused in several residential districts and several public buildings, including to hospitals, were also badly damaged«. NARA, RG 0226 Office of Strategic Services, Entry# A1 145: Research and Analysis Branch Chief Files, Container# 63. Betr.: Hamburger Fremdenblatt vom 26.10.1944, ND 1592.

32 NARA, RG 0226 Office of Strategic Services, Entry# A1 145: Research and Analysis Branch Chief Files, Container# 63. Betr.: Hamburger Fremdenblatt vom 21.11.1944, ND 1615 - NARA, RG 0226 Office of Strategic Services, Entry# A1 145: Research and Analysis Branch Chief Files, Container# 63. Betr.: Hamburger Fremdenblatt vom 2.1.1945, ND 1657; NARA, RG 0226 Office of Strategic Services, Entry# A1 145: Research and Analysis Branch Chief Files, Container# 63. Betr.: Hamburger Fremdenblatt vom 9.3.1945, ND 1714; NARA, RG 0226 Office of Strategic Services, Entry# A1 145: Research and Analysis Branch Chief Files, Container# 63. Betr.: Hamburger Fremdenblatt vom 21.3.1945, ND 1722 - NARA, RG 0226 Office of Strategic Services, Entry# A1 145: Research and Analysis Branch Chief Files, Container# 63. Betr.: Hamburger Fremdenblatt vom 22.3.1945, ND 1722; NARA, RG 0226 Office of Strategic Services, Entry# A1 145: Research and Analysis Branch Chief Files, Container# 63. Betr.: Kieler Zeitung vom 28.5.1943, ND 1151); NARA, RG 0226 Office of Strategic Services, Entry# A1 145: Research and Analysis Branch Chief Files, Container# 63. Betr.: Kieler Zeitung vom 17.5.1943, ND 1144.

33 Kieler Zeitung [...] contains 120 private obituary notices of victims of the raid of May 14th, almost all containing the words 'durch Feindeinwirkung'. NARA, RG 0226 Office of Strategic Services, Entry# A1 145: Research and Analysis Branch Chief Files, Container# 63. Betr.: Kieler Zeitung vom 18.5.1943; NARA, RG 0226 Office of Strategic Services, Entry# A1 145: Research and Analysis Branch Chief Files, Container# 63. Betr.: Kieler Zeitung vom 20.6.1943, ND 1169.

ganze Stadt war ein Flammenmeer. Menschen, deren Kleidung von Phosphorbomben angezündet worden war, flüchteten in Telefonzellen, fünf, sechs, sieben oder sogar acht in jeder, wo sie dann verbrannten. Die allgemeine Meinung in Deutschland ist, dass der Phosphorkrieg schwerwiegende Konsequenzen haben wird.«<sup>34</sup>

## Flüchtlinge

Infolge der schweren Luftangriffe auf Hamburg gab es viele Flüchtlinge, die Zuflucht und Unterkunft im benachbarten Schleswig-Holstein fanden.

Aus den »Flensburger Nachrichten« notierte sich der OSS zum Beispiel einen am 3. August 1943 herausgegebenen Appell an die Hamburger Bürger: »Hamburger, die in Schleswig-Holstein eine Unterkunft gefunden haben und aus irgendeinem Grund nach Hamburg zurückkehren wollen, müssen daran denken, dass solche Aktionen die ganze Organisation sowie die Evakuierung von Personen, die immer noch in Hamburg sind, durcheinanderbringt.«<sup>35</sup>

Im späteren Kriegsverlauf standen dann selbstverständlich die Flüchtlinge aus den Ostgebieten im Fokus. Der OSS hatte Zugang zu Presseerzeugnissen aus diesen Gebieten wie zum Beispiel zu den Zeitungen »Der Danziger Vorposten« und »Deutsche Zeitung« im sogenannten Ostland. Hier deutete sich die verschärfende Kriegslage schon im Frühling 1944 an, als Informationen über die Mobilisation der militärischen Kräfte notiert wurden. In der »Deutschen Zeitung« im Ostland wurde am 11. März 1944 der Befehl an die Jahrgänge 1907–1922 veröffentlicht, sich zum militärischen Dienst zu melden. Ähnliches wurde am 25. Februar 1944, am 26. Februar 1944 und am 14. März 1944 aus den Pressemeldungen notiert. Durch einige Artikel wurden Informationen zur Situation in diesem Gebiet geliefert, sowie zu der intendierten Handhabung. Aus dem »Danziger Vorposten« wurden am 13. Juli 1944 Informationen zum Umgang mit der Bedrohung durch die vorrückenden sowjetischen Kräfte, die sich den baltischen Ländern näherten, gezogen: »[...] die deutschen Führungskräfte tun alles, um die gegenwärtige sowjetische Offensive so schnell wie möglich zu beenden. Wo immer die Bevölkerung vorübergehend in Gefahr ist, wird dafür gesorgt, sie rechtzeitig in sichere Gebiete zu bringen.«<sup>36</sup> Dies sei – so wurde es

34 »The whole town was one sea of flames. People whose clothes were set on fire by phosphorus bombs took refuge in telephone booths, five, six, seven or eight together in each booth, where they were burnt to death. The general opinion in Germany is that phosphorus warfare will have serious consequences«. NARA, RG 0226 Office of Strategic Services, Entry# A1 145: Research and Analysis Branch Chief Files, Container# 63. Betr.: Magyarság vom 13.8.1943, ND 1218.

35 »Hamburgers who have found accommodation in Schleswig-Holstein and who for any reason intend to return to Hamburg must remember that such actions upset the whole organization of supply to and evacuation of people who are still in Hamburg«. NARA, RG 0226 Office of Strategic Services, Entry# A1 145: Research and Analysis Branch Chief Files, Container# 63. Betr.: Flensburger Nachrichten vom 3.8.1943, ND 1207.

36 »[...] the German Leaders will do their utmost to halt the present Soviet offensive as quickly as possible. Wherever the population is temporarily in danger, it will be taken to places of greater safety in good time«.

vom OSS notiert – ein Signal an die dortige Bevölkerung, da die sowjetischen Truppen in diesen Monaten immer näher kamen.<sup>37</sup> Der US-amerikanische Nachrichtendienst interessierte sich für diese Informationen aus zwei Gründen: Einerseits gaben diese Auskunft über die Situation in den jeweiligen Orten, aus denen die Flüchtlinge kamen. Spezifisch für Hamburg war dies ein zusätzliches Instrument zur Einschätzung der Effektivität der Luftangriffe. Je mehr Flüchtlinge kamen, desto größer war der verursachte Schaden. Andererseits konnte anhand von diesen Informationen eingeschätzt werden, welche grundlegenden Herausforderungen in Schleswig-Holstein bestanden, vor allem in Bezug auf die Wohnsituation und den dadurch bedingten Druck auf die Zivilbevölkerung.

## Zusammenfassung

Für den US-amerikanischen Nachrichtendienst Office for Strategic Services war das Beschaffen von Informationen über Schleswig-Holstein aus deutschen Zeitungen nicht einfach. Das Erlangen von deutschen Presseerzeugnissen wurde unter anderem durch die rigide Zensur erschwert, aber auch dadurch, dass ein amerikanisches Abonnement einer deutschen Zeitung während des Krieges nicht denkbar war. Nichtsdestotrotz gelang es dem Nachrichtendienst, Informationen über die Versorgungssituation, die Auswirkungen alliierter Luftangriffe und die Flüchtlingssituation in Norddeutschland zu erhalten. Informationen aus Zeitungen, die unscheinbar wirkten, wie zum Beispiel Berichte über Kohllieferungen, Verspätungen bei der Inventur in der Tierhaltung oder Todesanzeigen, gaben dem US-amerikanischen Geheimdienst ein Bild von komplexeren Sachverhalten wie der Stimmungs- und Versorgungslage der Bevölkerung und der Effektivität der alliierten Luftangriffe auf Schleswig-Holstein.

NARA, RG 0226 Office of Strategic Services, Entry# A1 145: Research and Analysis Branch Chief Files, Container# 63. Betr.: Danziger Vorposten vom 13.7.44.

37 Aage Trommer: Den store alliance, in: Hans Kirchoff u.a. (Hrsg.): Den 2. Verdenskrig 1939–45. Kopenhagen 2003, S. 551–554.

## »Intelligence« und Besatzung

### Britische Geheim- und Nachrichtendienste im besetzten Deutschland 1945–1955 mit besonderer Berücksichtigung Schleswig-Holsteins

Als der Zweite Weltkrieg im Mai 1945 zu Ende ging, waren mit dem Militär der alliierten Mächte auch ihre Geheim- und Nachrichtendienste bereits in das Gebiet des heutigen Deutschlands und Österreichs gekommen.<sup>1</sup> Die Dienste waren sich schon zuvor einiger ihrer Aufgaben in der Nachkriegsordnung bewusst gewesen: nachrichtendienstliche Absicherung der eigenen Truppenteile, Bekämpfung erwarteter Partisanenaktivitäten, vor allem durch NS-»Werwolf«-Einheiten, Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, Suche nach und Ermittlungen gegen NS-Kriegsverbrecher und Funktionäre des zerfallenen NS-Regimes, Überwachung von Migrationsbewegungen und Unterstützung alliierter Planungen durch das Sammeln und die Analyse von relevanten Informationen. Ihnen würde eine nicht unwesentliche Rolle dabei zukommen, die Nachkriegsordnung Deutschlands und den Aufbau eines demokratischen Systems mitzugestalten.

Bald nach Kriegsende wurde allerdings eine weitere Herausforderung absehbar, die bis zum Ende der 1940er Jahre die zuvor priorisierten Aufgaben mehr und mehr verdrängte: der sich verschärfende Konflikt mit der Sowjetunion und der heraufdämmernde »Kalte Krieg«. Hatten die Dienste der Westmächte beim Umgang mit dem »schweren Erbe« des NS-Regimes bereits eine wichtige Funktion innegehabt, kam ihnen in diesem Konflikt eine Schlüsselrolle zu.

Einerseits im Bereich der »positive intelligence« – und hier war ihre Ausgangslage nicht sonderlich günstig. So konstatierte etwa Sir Douglas Evill, der während des Krieges Offizier in der Royal Air Force gewesen war und nach dem Krieg unter anderem auch als Berater für die britischen Nachrichtendienste tätig war, noch im November 1947: »Our knowledge of Russia, geographical, economic, industrial and military, is seriously lacking or out of date.«<sup>2</sup> Die Briten erkannten genauso wie ihre US-amerikanischen Kollegen sehr bald, dass sie sich während des Krieges in ihrer In-

1 Dieser Beitrag entstand in Kooperation mit dem FWF-Projekt *Activities of Czechoslovak intelligence services in Austria in the Central European context 1948–1960. Networks – Operations – Impact* (P 33220) unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. Barbara Stelzl-Marx, durchgeführt am Ludwig Boltzmann Institut für Kriegsfolgenforschung in Kooperation mit dem Institut für Geschichte der Universität Graz.

2 The National Archives (TNA), Ministry of Defence (DEFE) 5/6, CoS (47) 231(0), *Review of Intelligence Organisations*. 8.11.1947, zitiert nach: Huw Dylan: *Defence Intelligence and the Cold War. Britain's Joint Intelligence Bureau 1945-1964*, Oxford 2014, S. 41 (künftig zitiert: Dylan, *Defence Intelligence and the Cold War*).

formationsbeschaffung vor allem auf die Kriegsgegner konzentriert hatten und nun vor dem Problem standen, über ihren neuen Gegner kaum etwas zu wissen – ein nicht zu unterschätzender Nachteil. Gerade aktuelle geografische Informationen über die Sowjetunion und ihre »Satellitenstaaten« in Osteuropa waren laut Evill vor allem eines: »woefully lacking«.<sup>3</sup> Diese Defizite müssten so rasch wie möglich kompensiert werden. Das Hauptproblem dabei war, dass weder britische noch US-amerikanische Dienste über die dafür notwendigen Netzwerke und Zugänge in den genannten Staaten verfügten und sich diese, auch aufgrund der Staatssicherheitsorgane der kommunistischen Systeme, nun nur sehr schwierig würden aufbauen lassen. Zudem würde dies, wenn es gelingen würde, Jahre in Anspruch nehmen – so lange würde man nicht warten können. Auch Evill erkannte dieses Problem – und kam zu folgender Antwort: »we [die britischen Nachrichtendienste, Anm. d. Verf.] have already obtained a great deal of valuable information on Russia from occupied territories and there is still more to be obtained.«<sup>4</sup> Die besetzten Gebiete in Deutschland und Österreich sowie in Norditalien hatten sich als gute Orte zur Gewinnung solcher Informationen erwiesen, zudem waren solche Operationen hier mit geringerem Aufwand und Risiko verbunden. Die Dienste ergriffen diese Chance – was ein Grund dafür war, dass Deutschland und Österreich zu »Hotspots« geheim- und nachrichtendienstlicher Aktivitäten im frühen Kalten Krieg wurden.

Andererseits würden die westlichen Dienste hier auch im Bereich der »counterintelligence« entsprechend aktiv sein müssen. Es wurde erwartet, dass die Dienste der Sowjetunion und ihrer »Satellitenstaaten« die besetzten Gebiete als »Tor zum Westen« nutzen würden. In Österreich gingen etwa britische Dienste Anfang der 1950er Jahre davon aus, dass tschechoslowakische Dienste über das Staatsgebiet Aktivitäten in Norditalien organisieren würden.<sup>5</sup> Ein »think red«-Szenario, das inzwischen durch Erkenntnisse zu sowjetischen Einschätzungen untermauert werden kann. Sowjetische Dienste waren sich dieser Möglichkeiten ganz offenbar ebenfalls bewusst. So hielt etwa Vitalij Nikol'skij, der ab den späten 1940er Jahren in der nachrichtendienstlichen Abteilung des Generalstabes der sowjetischen Armee (»Glavnoe razvedyvatel'noe Upravlenie«, GRU) in Österreich eingesetzt war, in seinen publizierten Memoiren fest, dass die GRU von Österreich aus Operationen in Westdeutschland, Italien und sogar Frankreich organisierte. Die zentrale Lage des Staates und die guten Kontakte zu westlichen Ländern würden dies von hier aus möglich machen.<sup>6</sup> Im Falle Deutschlands ist von einer ähnlichen Rolle auszugehen.

3 Dylan, *Defence Intelligence and the Cold War*, S. 11.

4 Ebenda, S. 41.

5 Vgl. TNA, DEFE 21/33, report on Intelligence Organisation Allied Commission for Austria (British Element) by Sir Philip Vickery, 15.11.1950; auch Kevin Riehle; *Counterspies helping spies: Counterintelligence contributions to the Strategic Intelligence Picture*. Online paper, [https://www.academia.edu/9731551/Counterspies\\_Helping\\_Spies\\_Counterintelligence\\_Contributions\\_to\\_the\\_Strategic\\_Intelligence\\_Picture](https://www.academia.edu/9731551/Counterspies_Helping_Spies_Counterintelligence_Contributions_to_the_Strategic_Intelligence_Picture) (1.12.2024), S. 47f.

6 Vitalij Nikol'skij: *GRU v gody Velikoj otečestvennoj vojny. Geroj nevidimogo fronta*, Moskau 2005, S. 286.



Unter diesen Bedingungen versuchten nun nach dem Kriegsende 1945 Dienste beider Seiten des Kalten Krieges in Deutschland Fuß zu fassen und Deutschland als Operationsgebiet für die eigenen Interessen und Aktivitäten zu sichern. Die Besatzungsmächte verfolgten dabei einfach gesagt zwei Strategien: Sie setzten zum einen darauf, ihre bestehenden Dienste ins Land zu bringen und Strukturen bilden zu lassen, und zum anderen schufen sie eigene nachrichtendienstliche Behörden und Stellen, die die Arbeit vor Ort koordinieren sollten.

Dieser Beitrag analysiert, wie die zivilen und militärischen Nachrichtendienste der britischen Besatzungsmacht in Deutschland mit dieser Situation umzugehen versuchten. Mit welchen Strukturen und Aktivitäten reagierten sie auf die Bedingungen? Welche Zielsetzungen verfolgten sie hier? Und welche Rolle spielten sie für die Entwicklungen des Kalten Krieges?

## Die britischen Dienste im Deutschland des frühen Kalten Krieges in der Forschung

Die Geschichte der britischen Geheim- und Nachrichtendienste in Deutschland ist bislang nur in einigen wenigen Studien behandelt worden. Erste Erkenntnisse dazu finden sich in den Studien des britischen Intelligence-Historikers Richard J. Aldrich, der sich in seiner Forschung zu US-amerikanischen und britischen Diensten im frühen Kalten Krieg auch mit der Situation im besetzten Deutschland befasste.<sup>7</sup> Später griff Paul Maddrell die Rolle der britischen Dienste im besetzten Deutschland abermals auf und widmete sich ihrer Struktur und operativen Tätigkeit, vor allem allerdings in Bezug auf technical und scientific intelligence.<sup>8</sup> Publikationen zur Geschichte britischer Dienste gehen wenn, dann nur peripher auf die Präsenz britischer Dienste im besetzten Deutschland ein. Keith Jeffereys Geschichte des SIS/MI6 enthält einige Verweise auf die Rolle des SIS im Deutschland des frühen Kalten Krieges, betrachtet diese jedoch verständlicherweise vor allem im Hinblick auf die Aktivitäten des jeweiligen Dienstes, ohne auf die in Deutschland geschaffenen Organisationen einzugehen.<sup>9</sup> Die offizielle Geschichte des MI5 von Christopher Andrew enthält praktisch keine Vermerke zu Deutschland bis 1955.<sup>10</sup> Huw Dylans Studie zur Arbeit des eher unbekannteren britischen »Joint Intelligence Bureau« (JIB), des ab 1945 für Spionage und Spionageabwehr gegen die Sowjetunion hauptverantwortlichen Dienst-

7 Richard J. Aldrich: *The Hidden Hand. Britain, America, and Cold War Secret Intelligence*, London 2001, zur britischen ID insbesondere S. 181–183.

8 Paul Maddrell: *Spying on Science. Western Intelligence in Divided Germany 1945–1961*, Oxford 2006 (künftig zitiert: Maddrell, *Spying on Science*).

9 Keith Jefferey: *MI6. The history of the Secret Intelligence Service, 1910-1949*, London 2010 (künftig zitiert: Jefferey, *MI6*).

10 Christopher Andrew, *The Defence of the Realm. The Authorized History of MI5*, London 2009 (künftig zitiert: Andrew, *The Defence of the Realm*).

tes, ist hier erheblich ergiebiger und vermag einige Einblicke in die Rolle der besetzten Gebiete und Deutschlands zu geben, geht aber ebenfalls kaum über das JIB selbst hinaus.<sup>11</sup>

Ausführlicher trägt die Publikation »Sharing the Secret« von Nick van der Bijl zu dieser Frage bei. Er widmet der britischen Besatzung in Deutschland mehrere Teile des Buches.<sup>12</sup> Seine Darstellung konzentriert sich zwar vor allem auf Zielsetzungen und Aktivitäten der eingesetzten Sektionen der »Field Security« (FSS) und des »Intelligence Corps« der britischen Armee insgesamt, er geht aber auch auf die Strukturen und die Organisation britischer militärischer Dienste im besetzten Deutschland ein. Seine Angaben werden ergänzt durch andere, weniger umfassende Darstellungen zur Tätigkeit der FSS, etwa von Robin Austin »Bob« Steers.<sup>13</sup>

Die wichtigste und umfassendste Arbeit zu diesem Thema wurde erst 2023 von Luke Daly-Groves vorgelegt. Sie widmet sich vor allem auf Basis US-amerikanischer und ergänzender britischer Unterlagen den Strukturen und Organisationen der Nachrichtendienste dieser beiden Besatzungsmächte in Deutschland.<sup>14</sup> Daly-Groves greift diese Lücke in zuvor publizierten Studien auf und gibt hier erstmals einen Überblick nicht nur über die zahlreichen britischen Stellen und Dienste, die sich im besetzten Deutschland Intelligence-Aufgaben widmeten, sondern auch über ihre Zielsetzungen und die Kooperation zwischen britischen und US-amerikanischen Stellen.

Die mangelnde Zahl freigegebener britischer Aktenunterlagen ist wohl der Hauptgrund für die geringe Anzahl an Forschungen zu diesem Thema. So merkten etwa Maddrell und Daly-Groves völlig zu Recht an, dass viele relevante britische Unterlagen bislang nicht freigegeben sind. Dies ist in der Tat eine Herausforderung, wenn man sich mit den britischen Diensten im frühen Kalten Krieg wie etwa der Auslandsaufklärung des SIS/MI6 oder der Spionage des JIB gegen die Sowjetunion auseinandersetzen möchte. Von diesen Diensten selbst liegen keine beziehungsweise nur sehr fragmentarische Dokumentationen vor, die zu ihrer Rolle im besetzten Deutschland kaum Informationen enthalten. Maddrell gewann seine Erkenntnisse daher vor allem aus Aktendokumentationen des ostdeutschen Ministeriums für Staatssicherheit (MfS).<sup>15</sup> Daly-Groves stützte sich bei seinen Arbeiten vor allem auf Korrespondenzmaterialien britischer Dienste mit US-Stellen. Er konnte zwar bestimmte Bestände in den Akten des britischen »Foreign Office« (FO), die hier aussagekräftiger sind, identifizieren, diese können allerdings auch kein umfassendes Bild liefern – wie etwa die Akten der Record Group 319 – »records of army staff« – in der National Archives and

11 Dylan, *Defence Intelligence and the Cold War*.

12 Nick van der Bijl: *Sharing the Secret. A history of the Intelligence Corps 1940-2010*, Barnsley 2013, S. 162–177, 201–208 und 217–220 (künftig zitiert: Bijl, *Sharing the Secret*).

13 Bob Steers: *FSS: Field Security Section*, Heathfield 1996.

14 Luke Daly-Groves: *The British and American Intelligence Divisions in Occupied Germany, 1945–1955. A Secret System of Rule*, Cham 2023 (künftig zitiert: Daly-Groves, *The British and American Intelligence*).

15 Maddrell, *Spying on Science*, S. 6–9.

Records Administration (NARA) in College Park (NARA II), die unter anderem umfangreiche Informationen zur Arbeit des »Counterintelligence Corps« (CIC) und zu dessen Kooperation mit britischen Stellen enthalten.<sup>16</sup>

## Die Entwicklung der britischen »Intelligence Division« in Deutschland

Bereits während des Zweiten Weltkrieges war den US-amerikanischen und britischen Diensten bewusst, dass sie sich auf die »Zeit danach« vorbereiten mussten. Mit dem zunehmenden Vorrücken ihrer Militäreinheiten in das Gebiet des späteren Deutschlands sahen sie sich neben ihren »klassischen« militärischen Aufgaben wie Vorfeldaufklärung, militärischer Spionageabwehr oder Beobachtung gegnerischer Militärbewegungen zunehmend mit Aufgaben wie der Suche nach und Verhaftung von NS-deutschen Funktionären und Kriegsverbrechern, dem Umgang mit Flüchtlingen und Vertriebenen und dem Sichern und Sammeln von scientific und technical intelligence sowie Dokumenten von NS-Behörden und der Deutschen Wehrmacht konfrontiert. Später verschoben sich die Schwerpunkte wegen des sich verschärfenden Konfliktes mit der Sowjetunion auf Bereiche wie Politik, Wirtschaft und Technik/Wissenschaft in Westdeutschland und Osteuropa.<sup>17</sup>

Auf britischer Seite wurden diese Aufgaben zuerst vor allem durch das britische Intelligence Corps, in erster Linie durch die zu ihm gehörenden Sektionen der »Field Security« (FS), wahrgenommen, das heißt, sie lagen in der Hand von ausschließlich militärischem Personal. Unmittelbar zum Kriegsende spielte das Kommando der 21. Army Group, stationiert in Brüssel, in koordinierender Funktion eine wichtige Rolle. Zusätzlich bezogen mehrere Sektionen der »Field Security« (FS) Stellung in den britisch besetzten Gebieten. Nach der Kapitulation NS-Deutschlands wurde das Kommando der 21. nach Bad Oeynhausen in Nordrhein-Westfalen verlegt, um die auf deutschem Gebiet stationierten britischen Truppen zu koordinieren. Das Hauptquartier des Intelligence Corps (Field) zog in die Parkstraße 30.<sup>18</sup> Welche Sektionen der FS in Deutschland und in Schleswig-Holstein im Speziellen während der Besatzungszeit stationiert waren, ist bis dato nicht erforscht worden – es gibt keine vollständige Aufstellung, der dies entnommen werden könnte. Insgesamt verfügte das Hauptquartier des Intelligence Corps (Field) in Deutschland Ende 1945 über ein Personal von rund 1 500 Personen, aufgeteilt in 83 Sektionen der FS, 20 »interrogation units« (die etwa in DP-Lagern und Internierungslagern Befragungen durchführten), ein eigenes »Refugee Interrogation Team«, ein »Counterintelligence Bureau and Laboratory«, 16 »Area

16 Daly-Groves, *The British and American Intelligence*, S. 25–29.

17 Bijl, *Sharing the Secret*, S. 201.

18 Ebenda, S. 162-169.

Security Officers« (ASOs), die unter anderem zuständig für die öffentliche Sicherheit in den besetzten Gebieten waren, und eine »Dutch Security Liaison Mission«.<sup>19</sup>

Für die 1940er Jahre gibt es Hinweise zur Sektion 136 FSS, die zu Kriegsende in Hamburg stationiert war, zu der 317 FSS in Wismar in Mecklenburg-Vorpommern, der 65 FSS (genaue Stationierung nicht bekannt) sowie zu den Sektionen 346 bis 350 FSS, die aus Truppen des 10. (Inter-Allied) Commandos aus Italien hervorgegangen und nach Deutschland verlegt worden waren.<sup>20</sup> Des Weiteren ist die Sektion 273 FSS in Berlin belegt.<sup>21</sup> In Schleswig-Holstein befanden sich die 39 FSS in Bad Oldesloe und die 275 FSS.<sup>22</sup> 1952, als die britische »Intelligence Division« (ID) zur »British Intelligence Organisation (Germany)« wurde, wurden acht Sektionen der FS beim Kommando in Herford zusammengefasst und die Zahl der Field Security Sections (FSS) im besetzten Deutschland stark reduziert: Es blieben die Sektionen 1 (Osna-brück), 72 (Hameln), 93 (Lüneburg), 100 (Düsseldorf), 273 (Bunde), 309 (Berlin), 902 (Hamburg) und 905 (Krefeld).<sup>23</sup>

Bereits früh fassten die Briten dabei den Beschluss, aus den vorhandenen Einheiten heraus eine eigene, neue Stelle für diese Aufgaben zu schaffen, die »Intelligenc Group« (IG).<sup>24</sup> Bis zu ihrer Auflösung im Juli 1945 agierte diese Stelle in enger Abstimmung und Koordination mit den alliierten »Supreme Headquarters of the Allied Expeditionary Forces« (SHAEF), besonders in Bezug auf Spionageabwehr und technical intelligence. Danach koordinierten sich die britische IG und die US G-2 Division »United States Forces European Theatre« (USFET) direkt.<sup>25</sup>

Bis 1946 stieg der Anteil zivilen Personals in der IG, und ihre Aufgaben wurden zunehmend zentralisiert. Ihr Hauptquartier schlug die IG in der ehemaligen Stobbe-Kaserne, umbenannt in »Wentworth-Kaserne«, in Herford, Nordrhein-Westfalen, auf und sie wurde in »Intelligence Division« (ID) umbenannt.<sup>26</sup> Im Juli 1946 wurde das HQ Intelligence Corps (Field) aufgelöst und seine bisherigen Aufgaben wurden an die ID übertragen.<sup>27</sup> Das Hauptquartier der ID verblieb bis 1951 in Herford und übersiedelte danach nach Wahnerheide.<sup>28</sup> Hier wurde sie 1952 in die »British Intelligence Organisation (Germany)« umbenannt. 1954 wurde das Hauptquartier nach München-Gladbach, das heutige Mönchengladbach, verlegt und die Organisation in »British Services Security Organisation (Germany)« (BSSA Germany) umbenannt.<sup>29</sup>

19 Ebenda, S. 175.

20 Ebenda, S. 168–170.

21 Ebenda, S. 201.

22 Ebenda, S. 175 und 202.

23 Ebenda, S. 218.

24 Daly-Groves, *The British and American Intelligence*, S. 39.

25 Ebenda, S. 40f.

26 Ebenda, S. 42f.

27 Bijl, *Sharing the Secret*, S. 201.

28 Daly-Groves, *The British and American Intelligence*, S. 42f.

29 Ebenda, S. 42f und S. 45.

Der Zusatz »Germany« ist hier wichtig, da es im besetzten Österreich ab den späten 1940er Jahren eine ähnliche britische nachrichtendienstliche Struktur gab, die »Intelligence Organisation Austria« (Intorg Austria), die direkt beim britischen Teil der Alliierten Kommission für Österreich angesiedelt war.<sup>30</sup>

Auf regionaler Ebene verfügte die britische ID im besetzten Deutschland über ein Netz von fünf »Regional Intelligence Offices« (RIOs).<sup>31</sup> Jedes RIO wiederum kam seinen Aufgaben über einzelne »Area Intelligence Offices« (AIOs) nach. Die AIOs sammelten mittels eigener Teams, die in der Regel die Bezeichnung »Intel Team« mit einer bis zu dreistelligen Nummer trugen, Informationen zu für die britische Seite relevanten Entwicklungen und Situationen. Diese Teams bestanden in der Regel aus sechs Personen. Die von den Teams verfassten Berichte gingen an das jeweils zuständige RIO und wurden dort verarbeitet, überprüft und ergänzt, bevor sie an die ID in Herford weitergeleitet wurden. Oft verfügten die AIOs auch über »district censorship stations«. Diese Struktur ermöglichte es der britischen Besatzungsmacht, auch auf regionaler Ebene präsent zu sein und relevante Entwicklungen oder Gefahrenszenarios rasch zu erkennen.

Eines dieser RIOs, RIO Nr. 16, war in Hamburg stationiert und für Schleswig-Holstein zuständig.<sup>32</sup> Es war strukturell eines der kleineren RIOs, mit vier Sub-AIOs in Kiel, Lübeck, Itzehoe und Flensburg. Dem AIO in Flensburg waren mehrere Intel Teams unterstellt, mit den Nummern 100 bis 118 und 164 bis 167.<sup>33</sup>

Diese Präsenz erforderte aber entsprechende Ressourcen und vor allem Personal – die britische ID in Deutschland dürfte von personeller Seite größer gewesen sein als etwa der MI5 oder der SIS/MI6 zu dieser Zeit. Zu Beginn des Jahres 1947 etwa dürfte die ID aus 3 883 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bestanden haben, von denen 487 in der Zentrale in Herford tätig waren.<sup>34</sup> Die ID war eine Organisation mit sowohl zivilem als auch militärischem Personal, wobei sie mit der Zeit mehr und mehr »zivil« wurde. 1946 waren erst rund 40 Prozent der Angehörigen der ID Zivilisten, 1950 waren sie bereits in der Mehrheit. Die militärischen Kader stammten aus den Reihen der Royal Air Force, Navy und Army, wobei die Army den größten Anteil hatte. Dies hängt auch damit zusammen, dass die ID eine große Zahl von Offizieren aus den FSS beschäftigte, höhere Offiziere der ID hatten oftmals auch einen Hintergrund in anderen Diensten wie dem MI5.<sup>35</sup>

30 Siehe dazu u. a. Dieter Bacher: Zwischen »Spielball« und Machtfaktor – Einschätzungen britischer Nachrichtendienste zur österreichischen Polizei im frühen Kalten Krieg, in: Richard Wallenstorfer (Hrsg.): Exekutive. Sondereinheiten – Sonderermittlungen – Sondereinsätze (=Iura Historia, Bd. 2), Wien 2024, S. 81–99; Dieter Bacher: Refugees as Informants – »WRINGER« and Hungarian Refugees in Austria, in: Magdolna Barath – Dieter Bacher (Hrsg.): A frontline of espionage. Studies on Hungarian Cold War intelligence in Austria. Budapest 2021, S. 57–69.

31 Daly-Groves, *The British and American Intelligence*, S. 43.

32 Bijl, *Sharing the Secret*, S. 201.

33 Daly-Groves, *The British and American Intelligence*, S. 48.

34 Ebenda, S. 43.

35 Ebenda, S. 72f.



*Zusammenkunft britischer Entscheidungsträger im Norden im Juni 1946. Von links der Regional Commissioner in Schleswig-Holstein, Hugh Vivian Champion de Crespigny, der britische Botschafter in Kopenhagen, Alec W. G. Randall, und der stellvertretende Regional Commissioner, Oberst Gail Patrick Henderson (Archiv der Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig).*

Neben innerer Sicherheit, Spionageabwehr und political intelligence spielte gerade der Bereich der scientific und technical intelligence für die ID von Beginn an eine wichtige Rolle. Sie hatte dafür in Deutschland eine eigene Abteilung – den »Scientific and Technical Intelligence Branch« (STIB). Der STIB verfügte über ein kleines Team, das auf die Befragung von vor allem DPs und heimkehrenden Kriegsgefangenen spezialisiert war und auf diese Weise versuchte, an Informationen zum wissenschaftlichen und technischen Stand der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten zu kommen. Parallel sammelten die »Field Information Agency, Technical« (FIAT), der SHAEF und die Technical Section der ID Informationen zu dieser Zielsetzung. 1954, als die ID zur »BSSA Germany« umstrukturiert wurde, gingen diese Agenden an den SIS/MI6 und sie blieben über die Besatzungszeit hinaus eine wichtige britische Zielsetzung in Deutschland.<sup>36</sup>

Obwohl der ID also ein relativ großer Personalpool zur Verfügung stand, hatte sie wiederholt mit Personalknappheit zu kämpfen – insbesondere, wenn es um Personal ging, das über entsprechende Sprachkenntnisse verfügte. Ein Problem, mit dem auch die britische »Intelligence Organisation Austria« (Intorg Austria) des britischen Teils der Alliierten Kommission für Österreich (ACA/BE) zu kämpfen hatte. Die britischen Dienste in Deutschland versuchten dies ähnlich zu lösen wie ihre Kollegen in Österreich – durch Rekrutierungen unter der örtlichen Bevölkerung: Bereits 1946 ar-

<sup>36</sup> Zur britischen Scientific and Technical Intelligence in Deutschland siehe vor allem Paul Maddrell, *Spying on Science. Western Intelligence in Divided Germany 1945–1961*. Oxford 2007, hier S. 7.

beiteten etwa für den Censorship Branch der ID 1 200 Belgier, 600 Holländer und 600 Dänen. Auch ehemalige Offiziere der polnischen Armee wurden rekrutiert.<sup>37</sup>

Die alliierte Kontrollkommission für Deutschland (»Control Commission Germany«, CCG) hatte ihre eigene nachrichtendienstliche Abteilung, das »British Joint Intelligence Committee (CCG)«, kurz »JIC (CCG)«. Dieses ist mit der britischen »Intorg Austria« vergleichbar. Später in »JIC Germany« umbenannt, diente das JIC (CCG) zum Austausch von Vertretern aller in Deutschland vertretenen britischen Dienste – quasi eine kleinere, »lokale« Version des JIC in London. Diese beiden Strukturen waren aber eng miteinander verbunden, allein durch ihre Leitung: Der Kommandant oder »Chief« der ID und ihrer Nachfolgeorganisationen war zugleich auch der Vorsitzende des JIC (CCG) beziehungsweise des JIC Germany.<sup>38</sup> Das deutsche JIC diente neben dem Austausch zu aktuellen Zielsetzungen und Aufgaben auch der Beratung darüber, welche Informationen mit den Partnerdiensten, vor allem den US-amerikanischen und französischen, geteilt werden und in welchen Bereichen man mit diesen kooperieren sollte. Für die Kooperation, insbesondere für die Entgegennahme und Herausgabe von Anfragen und Informationen, war ein eigens von der ID abgestellter »British Liaison Officer« (BLO) mit seinem Büro zuständig.<sup>39</sup>

## Weitere britische Dienste im Nachkriegsdeutschland

Die britische IG beziehungsweise ID kann als Basisstruktur für britische Intelligence-Aktivitäten vor Ort im besetzten Deutschland gesehen werden. Andere, bereits länger bestehende britische Dienste waren ebenfalls in Deutschland vertreten, kooperierten mit dieser Struktur oder waren über einzelne Abteilungen auch direkt in diese eingebunden.

In Kooperation mit der britischen IG beziehungsweise ID spielte das »Secret Intelligence Service« (SIS), besser bekannt unter der Bezeichnung »Military Intelligence – Section 6« (MI6) als britische Auslandsaufklärung eine wichtige Rolle. Die ersten Angehörigen des SIS waren bereits während des Krieges mit dem britischen Militär auf deutsches Gebiet gekommen. Im Juni 1945 wurden die mit positive intelligence befassen Einheiten in der »Civil Control Unit« (CCU) Nr. 5 und die Einheiten für Spionageabwehr in der CCU Nr. 7 zusammengefasst. Beide hatten zu diesem Zeitpunkt die Möglichkeit, angeworbene »Assets« im besetzten Deutschland zu führen.<sup>40</sup> Bereits Ende 1945/Anfang 1946 wurden diese SIS-Einheiten als die bereits genannte »Technical Section« in die bereits bestehende ID überführt und später im Jahr 1946 in der »No. 1 Planning and Evaluation Unit« der ID zusammengefasst. Im November

37 Daly-Groves, *The British and American Intelligence*, S. 76f.

38 Ebenda, S. 51.

39 Ebenda, S. 68f.

40 Jefferey, *MI6*, S. 663.

1947 umfasste diese Unit 38 Officers und 33 Bedienstete für Verwaltungszwecke.<sup>41</sup> Im Februar 1948 wurde diese Unit in »Analysis Division« innerhalb der ID umbenannt. In dieser arbeiteten mehr als 100 Officers und rund 200 in der Administration Beschäftigte für den SIS – und bildeten damit dessen größte Residentur in Kontinentaleuropa zu dieser Zeit.<sup>42</sup> Parallel verfügte der SIS über eine Station in Bad Salzuflen nahe Bielefeld, die mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Mai 1949 an die britische Botschaft in Bonn übersiedelte.<sup>43</sup>

Die Zielsetzungen des SIS im besetzten Deutschland deckten, wie auch die der ID, mit der er in Bereichen kooperierte, zahlreiche Bereiche ab und waren einem beständigen Wandel unterzogen. Neben Gegenspionage und Informationsgewinnung zu vermuteten Untergrundaktivitäten seitens verbliebener NS-Gruppierungen sollten politische, wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Informationen (etwa zu technologischen Entwicklungen des späten NS-Regimes) gesammelt werden.<sup>44</sup> Diese Zielsetzungen gingen unmittelbar nach Kriegsende auch Hand in Hand mit den Bemühungen zur Denazifizierung. Besonders die »Reste« der Geheim- und Nachrichtendienste des NS-Regimes und ihre Angehörigen sollten aufgespürt und aufgelöst beziehungsweise verhaftet werden. Wie es Keith Jefferey in seiner Geschichte des SIS/MI6 formulierte: Ein »never again« sollte so ein Faktum werden und keine fromme Hoffnung bleiben.<sup>45</sup> Aber auch der SIS hatte hier bald eine Doppelrolle zu spielen: Angehörige dieser Dienste sollten nicht nur gefunden, verhaftet und befragt werden – im sich abzeichnenden Kalten Krieg war ihr Wissen über den sowjetischen Gegner auch beim SIS sehr gefragt, gerade das aus dem Bereich der NS-deutschen Spionageabwehr.

Auch wenn das britische Foreign Office noch bis in die späten 1940er Jahre direkte SIS-Aktivitäten gegen sowjetische Ziele kategorisch ablehnte, zeigten Situation und operative Realität bald deren Notwendigkeit. Dies führte den SIS zwar zurück auf »familiar territory« aus Vorkriegszeiten, offenbarte aber auch hier den Mangel an zuverlässigen und gut platzierten Quellen – die meisten davon waren während der Kriegszeit verloren gegangen. Der SIS stand damit vor der Herausforderung, die Erfahrungen aus der Kriegszeit zu nutzen, um Infiltrationen der kommunistischen Staaten vorzubereiten und (beziehungsweise oder) zuverlässige und produktive Informantennetze in den besetzten Teilen Europas zu etablieren – wobei zweiteres einen geringeren Aufwand und ein geringeres Risiko bei höheren Erfolgsaussichten

41 Ebenda, S. 665, siehe auch Daly-Groves, *The British and American Intelligence Divisions in Occupied Germany*, S. 55f.

42 Jefferey, *MI6*, S. 668f.

43 Paul Maddrell: *British Intelligence through the Eyes of the Stasi. What the Stasi's Records Show about the Operations of British Intelligence in Cold War Germany*, in: *Intelligence and National Security*, 27 (2012), H. 1, S. 46–74, hier S. 51.

44 Ebenda, S. 51f.

45 Jefferey, *MI6*, S. 653.



versprach.<sup>46</sup> Dementsprechend war das besetzte Deutschland auch für den SIS ein interessantes Operationsgebiet.

Eine wichtige Rolle kam hier Geflüchteten aus osteuropäischen Staaten zu, die auch ein Hauptaufgabenbereich der SIS-Einheiten in Deutschland waren.<sup>47</sup> Daneben zählten auch SIGINT-Operationen gegen die sowjetische Seite zum Repertoire – die bekannteste ist vermutlich die »Operation Gold« in Berlin, die zwischen 1954 und 1956 durchgeführt wurde. Der SIS ließ in Kooperation mit US-Diensten einen rund 500 m langen Tunnel aus dem späteren Westberlin in den sowjetischen Sektor anlegen, um unterirdisch verlaufende Fernmeldekabel der sowjetischen Kommandantur in Karlshorst anzuzapfen. Die Operation erbrachte rund 50 000 Magnetbänder mit abgefangener sowjetischer Kommunikation und wurde vom KGB im April 1956 enttarnt, da die Aktion nach heutigem Wissensstand vom sowjetischen Informanten George Blake verraten wurde. Hinweise auf eine sowjetische Desinformationsaktion davor gibt es nicht.<sup>48</sup>

Ein für die Betrachtung Nachkriegsdeutschlands ebenfalls sehr wichtiger britischer Dienst war das eher unbekanntes »Joint Intelligence Bureau« (JIB). Offiziell 1946 gegründet, war die Schaffung des JIB vor allem ein Resultat zweier Prozesse: der Schlüsse der britischen intelligence community aus den Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg und der Anforderungen des aufkommenden, sich verschärfenden Kalten Krieges. Das JIB sollte auf britischer Seite vor allem die nachrichtendienstlichen Aktivitäten gegen die Sowjetunion und ihre Satellitenstaaten bündeln, um das Informationsdefizit zum ehemaligen Kriegsverbündeten zu beheben. Dementsprechend fielen die Tätigkeitsfelder des JIB aus – der Dienst war vor allem in den Bereichen topographic, economic, industrial, scientific und später auch atomic intelligence tätig.<sup>49</sup>

Gerade im Bereich der topographic intelligence zu Osteuropa spielten das besetzte Deutschland und Österreich eine wichtige Rolle für das JIB; ein großer Teil der zur Sowjetunion verfügbaren Informationen wurde in Deutschland gesammelt.<sup>50</sup> Auch für wirtschaftliche und technologische Informationen zur UdSSR war Deutschland ein gutes Operationsgebiet. So wurden etwa im Zuge der Operation »Dragon Return« aus der UdSSR heimkehrende deutsche Techniker und Wissenschaftler gesucht, kontaktiert, befragt und bei Interesse für eigene Forschungsvorhaben angeworben.<sup>51</sup> Auch heimkehrende deutsche Kriegsgefangene erwiesen sich als interessant – sie waren während ihrer Kriegsgefangenschaft zur Arbeit in Industriebetrieben oder auch

46 Ebenda, S. 654-656.

47 Ebenda, S. 666f.

48 Christopher Andrew: *The Defence of the Realm. The Authorized History of MI5*, London 2009, S. 490; zur Operation Gold in Berlin siehe auch Steve Vogel: *Betrayal in Berlin. The True Story of the Cold War's Most Audacious Espionage Operation*, New York 2019.

49 Dylan, *Defence Intelligence and the Cold War*, S. 1-4.

50 Ebenda, S. 42.

51 Siehe dazu vor allem auch Maddrell, *Spying on Science*.

großen Infrastrukturprojekten herangezogen worden und konnten daher Angaben zu diesen machen – Informationen, die ansonsten nur über eigene Informantennetzwerke in der Sowjetunion hätten beschafft werden können, über die die Briten nicht verfügten. Heimkehrer erwiesen sich als eine ergiebige Quelle, die in großem Umfang vorhanden war und mit relativ geringem Aufwand und Risiko angezapft werden konnte. Grund genug für die britische Seite, die Operation »Wringer« ins Leben zu rufen, die sich diesem Zugang widmete.<sup>52</sup> Zuerst führten die ID und der »Scientific and Technical Intelligence Branch« (STIB) die Befragungen und Erhebungen durch und wurden dabei auch von Einheiten der FSS unterstützt, später wurde auch das JIB hinzugezogen.<sup>53</sup>

Das JIB spielte im besetzten Deutschland also durchaus eine Rolle, auch wenn es gerade zu Beginn so schien, dass diese Aktivitäten keinen Schwerpunkt bildeten. So hielt etwa der Direktor des JIB, Martin Watson, im März 1946 in einem Schreiben fest, dass Deutschland und Österreich für das JIB nur geringe Priorität besäßen und es besser sei, wenn die britische ID diese Aufgaben übernehmen würde. Dies erwies sich aber wenig später als Fehleinschätzung – der ID fehlten die Kapazitäten dafür und Johan S. Lethbridge, Kommandant der ID, regte an, eine eigene »JIB German Section« einzurichten, auch mit Perspektive auf ein einmal eintretendes Ende der Besatzungszeit.<sup>54</sup> Dieser Vorschlag fand Anklang im britischen JIC, und 1947 wurde diese eingerichtet. Das JIB verfügte von nun an über eigenes Personal in Herford – 1954 etwa umfasste der Personalstand 55 Personen.<sup>55</sup> Eigene lokale »JIB center«, wie sie etwa im Rahmen der »Intorg Austria« in der britischen Besatzungszone in Österreich in Graz für zum Beispiel Befragungen von Heimkehrern und »displaced persons« (DPs) eingerichtet wurden,<sup>56</sup> sind für Deutschland bislang nicht belegt. Neben »Wringer« und »Dragon Return« konzentrierte sich das JIB in Deutschland später auch auf das Finden von Personen und Unterlagen NS-deutscher militärischer Nachrichtendienste und »open source intelligence« (OSINT), etwa in Form von Beschaffung sowjetischer Publikationen zu Wissenschaft und Technologie.<sup>57</sup>

Zur Rolle der britischen Spionageabwehr »Security Service« (beziehungsweise »Military Intelligence Section 5«, MI5) im besetzten Deutschland gibt es bislang kaum Informationen. Der MI5 war unter anderem indirekt mit der »Operation Gold« befasst, etwa mit der Überwachung Blakes. Inwiefern der MI5 an den in der ID in-

52 Zur Operation »Wringer« siehe Horst Boog: The WRINGER Project: German Ex-POWs as Intelligence Sources on the Soviet Union, in: Heike Bungert/Jan G. Heitmann/Michael Wala (Hrsg.): Secret Intelligence in the Twentieth Century. London/Portland 2003, S. 83-91; Dieter Bacher: Collecting the shreds. Former Austrian POWs in the Soviet Union as a source of information for British secret services in early Cold War Austria, in: Frank Jacob/Stefan Karner (Hrsg.): War and Veterans. Treatment and Reintegration of Soldiers in Post-War Societies(=War (Hi)stories, Bd. 9), Paderborn 2020, S. 185–201, DOI:10.30965/9783657703333\_009.

53 Dylan, Defence Intelligence and the Cold War, S. 43.

54 Ebenda

55 Ebenda, S. 44.

56 Bacher, Collecting the shreds.

57 Dylan, Defence Intelligence and the Cold War, S. 44f.

tegrierten Spionageabwehrkapazitäten beteiligt war, wurde bislang nicht erforscht.<sup>58</sup> Ähnliches gilt für die Rolle des jungen »Government Communications Headquarter« (GCHQ). Die an der Peripherie des Westens liegende britische Besatzungszone Deutschlands war natürlich auch für signals intelligence interessant, aber auch dazu gibt es bislang in der Forschung nur ein paar wenige Ansätze und noch keine tiefergehenden Forschungen.<sup>59</sup>

## Schlussbemerkungen

Die Rolle britischer Geheim- und Nachrichtendienste im besetzten Deutschland hat viele Facetten – ihre bislang bekannten Aktivitäten deckten ein sehr breites Spektrum ab. Sie wirkten zum einen an der Beseitigung der »letzten Reste« des NS-Regimes mit, unterstützten die Entwicklung eines demokratischen Nachkriegsdeutschlands und spielten eine Rolle bei der Kontrolle von Migrationsbewegungen und der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, bevor diese Funktionen von deutschen Behörden übernommen werden konnten. Zum anderen bereiteten sie sich hier auch auf den kommenden Kalten Krieg – und damit auf einen eventuellen weiteren bewaffneten Konflikt – vor, indem sie das Staatsgebiet zur Informationsgewinnung und Abwehr osteuropäischer nachrichtendienstlicher Aktivitäten nutzten. Deutschland wurde für sie, genauso wie Österreich, im nachrichtendienstlichen Sinne sowohl zu einem Vorposten als auch zu einer ersten Verteidigungslinie eines neuen Konfliktes. Und die Erforschung dieser Aktivitäten erweist sich nicht nur für die »intelligence history« allein als interessant – ermöglichen die von den Diensten gesammelten Informationen und Aktivitäten doch auch Einblicke in zahlreiche andere Bereiche der Zeitgeschichte wie etwa Diplomatie, Innen- und Außenpolitik, Wirtschaft, Migration, Gesellschaftsgeschichte oder auch Wissenschaftsgeschichte. »Intelligence« fand nie im »luftleeren Raum« statt – und kann daher auch als interessante Quelle für andere Fachbereiche der Zeitgeschichtsforschung dienen. Auch regionalhistorische Ansätze sind hier keine Ausnahme – weshalb »intelligence studies« auch zu regionalen Studien wie zu Schleswig-Holstein etwas beitragen können. Allein die bekannten Informationen zu den britischen Diensten im Nachkriegsdeutschland zeigen dies deutlich.

Bleibt ein Wermutstropfen: Obwohl das besetzte Deutschland für britische Dienste also aus mehreren Gründen ein interessantes Operationsgebiet war und viele von ihnen bald nach dem Mai 1945 hier ihre Aktivitäten entwickelten, existieren in der Forschung zu diesem Thema noch erhebliche Lücken. Diese sind zum einen durch ei-

58 Andrew, *The Defence of the Realm*.

59 John Ferris: *Behind the Enigma. the Authorized History of GCHQ. Britain's Secret Cyber-Intelligence Agency*, London 2020; ein kurzer Vermerk zur Rolle des GCHQ an der »Peripherie des Westens« findet sich auch bei Richard J. Aldrich: *GCHQ and Sigint in the Early Cold War 1945-70*, in: Matthew M. Aid/Cees Wiebes (Hrsg.): *Secrets of Signals Intelligence during the Cold War and Beyond*. London/Portland 2001, S. 67–96, hier S. 74f.

nen unzureichenden Zugang zu relevanten Unterlagen erklärbar. Diese Begründung allein reicht allerdings nicht aus, um die Desiderata zu rechtfertigen – da auf Basis nicht britischer Unterlagen Erkenntnisse durchaus möglich sind, wie Maddrell oder Daly-Groves bewiesen haben. Diese Ansätze, gepaart mit den zu erhoffenden Freigaben weiterer Dokumentationen, können hoffentlich in Zukunft noch weitere Einblicke in diesen Aspekt der »intelligence history« des frühen Kalten Krieges in Zentraleuropa liefern.

## Streng vertraulich!

### Die geheimen Berichte aus Südschleswig

Nach der deutschen Kapitulation im Mai 1945 schickte der dänisch gesinnte Südschleswiger Hans Ronald Jørgensen (1905–2002) über mehrere Jahre hinweg vertrauliche Berichte über Ereignisse in Südschleswig nach Dänemark. Die Berichte gingen an ausgewählte hochrangige dänische Politiker, Meinungsbildner, Offiziere und Mitarbeiter von Nachrichtendiensten.<sup>1</sup>

Die Berichte waren tendenziös und es war hauptsächlich die Sichtweise von Jørgensen, die in ihnen zum Ausdruck kam. Die Inhalte waren dennoch nicht aus der Luft gegriffen. Wenn man die Berichte liest, erhält man einen Eindruck davon, was sich in Südschleswig ereignete, und man erlangt einen Einblick, wie er – und andere, die der dänischen Minderheit angehörten – die Entwicklung in den Jahren nach dem Ende des Krieges auffassten. Sie entstanden in den Jahren, in denen sowohl Deutschlands als auch Südschleswigs Zukunft noch offen waren. Verschiedene Nachrichtendienste und private Akteure in der Grauzone zwischen Politik und Nachrichtendiensten engagierten sich in der unübersichtlichen Lage und traten als politische Mitspieler und Nachrichtenbeschaffer verschiedener Couleur in Erscheinung.<sup>2</sup> Jørgensen kann man der letzteren Kategorie zurechnen. Sein Ziel war nicht – wie bei deutschnationalen Akteuren – die persönliche Vorteilsnahme, sondern eine spezifisch südschleswigsche Agenda, die er in seine Berichterstattung einfließen ließ.

Jørgensens Berichte müssen als Versuch verstanden werden, insbesondere politische Unterstützung in Dänemark zu erlangen. Er war bestrebt, bei den Lesern der Berichte ein Verständnis dafür zu wecken, dass der gewaltige Zulauf bei den dänisch gesinnten Organisationen in Südschleswig in der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht wegen kurzfristiger materieller Vorteile erfolgte, sondern Ausdruck eines echten Sinneswandels in einem großen Teil der einheimischen schleswigschen Bevölkerung war. Es war ein Sinneswandel von Dauer und daher gab es von Seiten des Königreichs Dänemark keinen Grund, diese vielen neuen dänisch gesinnten Südschleswiger zu fürchten, wenn Südschleswig ein Teil Dänemarks würde.

1 Bezüglich Hans Ronald Jørgensen, siehe Grænsevagten, Birkerød 1954, S. 293-95. Hans Ronald Jørgensens umfangreiches Privatarchiv Nr. P131 befindet sich im Archiv der Dänischen Zentralbibliothek für Südschleswig (ADCB).

2 Helmut Müller-Enbergs, Armin Wagner (Hrsg.): Spione und Nachrichtenhändler. Geheimdienst-Karrieren im Deutschland 1939–1989, Berlin 2016, S. 11; Siehe auch den Beitrag von Helmut Müller-Enbergs in diesem Band.



*Hans Ronald Jørgensen im Jahr 1945.  
(Archiv der Dansk Centralbibliotek for  
Sydslesvig)*

In den Berichten nahm Hans Ronald Jørgensen insbesondere zu fünf übergeordneten Themen Stellung, die eng miteinander verbunden waren. Das erste Thema betraf die britische Besatzungsbehörde in Schleswig-Holstein und die politische Linie, welcher die Briten im Verhältnis zur dänischen und zur friesischen Minderheit folgten, aber auch gegenüber der gesamten einheimischen Bevölkerung. Das zweite Thema war die politische Unterstützung aus Dänemark und hier insbesondere die Unterstützung von Seiten der dänischen Regierung und des Parlaments. Bei dem dritten Thema handelte es sich um die Art und Weise, wie die deutschen Behörden die dänische Bevölkerungsgruppe behandelten, während das vierte Thema die vertriebenen deutschen Flüchtlinge betraf, die insbesondere aus Ostpreußen und Pommern stammten und sich nach der Kapitulation in Südschleswig aufhielten. Das fünfte und letzte Thema war die Entwicklung innerhalb der dänischen Minderheit – organisatorisch, politisch, hinsichtlich der Mitgliederzahlen und der geografischen Ausbreitung der Minderheit sowie der Zahl der Schüler und neuer Minderheitsschulen. Das Augenmerk dieses Aufsatzes gilt dem ersten Thema: der Auffassung der britischen Besatzungsbehörde selbst.

In diesem Aufsatz sind Berichte vom 7. August 1945 bis zum 1. August 1948 verwendet worden. In diesen Jahren war der Südschleswigsche Verein (SSF) gegründet worden. Jørgensen hatte erkannt, dass es nicht möglich wäre, eine neue Volksabstimmung mit darauffolgender Grenzänderung durchzuführen, da es an der politischen Unterstützung aus Dänemark fehlte. Im Jahr 1920 fand in Schleswig eine Volksab-

stimmung über den Verlauf der dänisch-deutschen Grenze statt, die im Wesentlichen die Grenze zwischen den Ländern festlegte. Jørgensen und andere in Südschleswig forderten nach der deutschen Kapitulation im Mai 1945 die Abhaltung einer neuen Volksabstimmung auf der Grundlage der Erwartung einer dänischen Mehrheit in ganz Südschleswig oder Teilen davon. Er glaubte auch nicht an die Möglichkeit, die vertriebenen Flüchtlinge aus Südschleswig fortzuschicken oder Südschleswig von Holstein zu trennen.

Dieser Aufsatz beruht hauptsächlich auf Hans Ronald Jørgensens vertraulichen Berichten, die im Archiv der Dänischen Zentralbibliothek für Südschleswig (ADCB) liegen.<sup>3</sup> Im Archiv liegen Kopien der verschickten Berichte sowie Kopien oder Abschriften der beigefügten Anlagen. Bis zum Sommer 1946 ist vermerkt, an wen die Berichte geschickt wurden: Dies waren von Beginn an die Leitung der Grenzorganisationen Grænseforeningen und Sydslesvigsk Udvalg af 5. maj 1945 sowie Arne Sørensen (1917–1977) und die Partei Dansk Samling. Drei Exemplare gingen an Hauptmann Jacobsen und ein Exemplar ging an Hauptmann Ole Hald (1908–?). Der Name Knud Kristensen (1880–1962) ist auch vermerkt, aber er erhielt die ersten Berichte wahrscheinlich etwas später, da Arne Sørensen am 2. Oktober 1945 empfahl, die Berichte auch an Knud Kristensen zu schicken. Ab dem 21. September 1945, als der fünfte vertrauliche Bericht verschickt wurde, ist vermerkt, dass dieser auch an den Polizeichef in Apenrade, Ernst Brix<sup>4</sup> (1902–1980), ging.

Knud Kristensen war Vorsitzender der liberalen Landwirtschaftspartei Venstre und von Oktober 1945 bis Oktober 1947 Dänemarks Ministerpräsident, als er zum Rücktritt gezwungen war, bevor im Parlament aufgrund seiner Südschleswig-Politik ein Misstrauensvotum gegen ihn gestellt wurde. Er war Anhänger einer neuen Volksabstimmung in Südschleswig, konnte aber hierfür keine Mehrheit im dänischen Parlament erlangen. Daher befand er sich in einer unmöglichen Lage, in der er als Ministerpräsident eine Ansicht vertrat und als Privatperson eine andere Ansicht hatte.<sup>5</sup>

Ernst Brix war Polizeichef in Apenrade und wurde 1950 der erste Leiter des dänischen Inlandsnachrichtendienstes, PET. Während der deutschen Besatzung gehörte er der Widerstandsbewegung in der Region III an, die Südjylland und Nordschleswig umfasste. Nach der Kapitulation war die Überwachung der deutschen Minderheit in

3 Arkivet ved Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig (ADCB), P131, Archivboxen 1 bis 4. Jørgensens Archiv ist sehr umfangreich und umfasst insgesamt 57 Archivpakete. In den Jahren 1945 bis 1947 verfasste er mehrere Geheimberichte pro Woche, während die Häufigkeit der Berichte in den darauffolgenden Jahren bis 1964 deutlich geringer war.

4 ADCB, P131-1.

5 Bezüglich Knud Kristensen und Südschleswig siehe z. B. Mogens Rostgaard Nissen: »Knud Kristensen – Sydslesvig genvundet, det er Kampens Maal«, in: Siden Saxo, 31 (2013), H. 4, S. 28-39 (künftig zitiert: Nissen, Knud Kristensen; Tage Kaarsted: De danske ministerier, S. 315–375; Søren Mørk: 24 Statsministre. 24 fortællinger om magten i Danmark i det tyvende århundrede og en kort forklaring på, hvor den 25. er blevet af. København 2000, S. 219–231.

Dänemark und der dänischen Minderheit in Südschleswig eine wichtige Tätigkeit für ihn.<sup>6</sup>

Grænseforeningen war und ist die in Dänemark wichtigste Grenzorganisation, die in den Jahren 1945 bis 1948 sowohl die wirtschaftliche und politische als auch die volksseitige Unterstützung für die dänische Minderheit gewährleistete. Der Verein hatte in Dänemark großen politischen Einfluss, insbesondere unter den Politikern der bürgerlichen Parteien, Venstre und Konservative.<sup>7</sup> Sydslesvigsk Udvalg af 5. maj 1945 war eine aktive dänische Grenzorganisation, die sich in Dänemark für die Unterstützung der Durchführung einer neuen Volksabstimmung in Südschleswig stark machte, damit das Gebiet ein Teil Dänemarks werden konnte.<sup>8</sup> Dansk Samling war eine politische Partei, deren Leiter in den 1930er und 1940er Jahren der Schriftsteller Arne Sørensen war. Während der deutschen Besatzung Dänemarks kritisierte er früh die Kooperation der dänischen Regierung mit der Besatzungsmacht und nach der Befreiung war eine Änderung des Grenzverlaufs das Hauptanliegen Sørensens und seiner Partei. In der Befreiungsregierung – eine Regierung aus Ministern der politischen Parteien und der Widerstandsbewegung, mit dem Sozialdemokraten Wilhelm Buhl als Ministerpräsidenten – von Mai bis Oktober 1945 war Arne Sørensen Kirchenminister.<sup>9</sup>

Ole Hald war Polizeiobermeister bei der Sicherheitspolizei in Sonderburg und Leutnant der Reserve mit Verbindung zum militärischen Nachrichtendienst. Er war in der Widerstandsbewegung in der Region III aktiv und saß von September 1944 bis zur Kapitulation 1945 im Internierungslager Frøslev ein. Nach der Kapitulation hatte er weiterhin Kontakt sowohl zur Sicherheitspolizei als auch zum militärischen Nachrichtendienst.<sup>10</sup> Bei Hauptmann Jacobsen handelt es sich vermutlich um Jacob Frederik Jacobsen (1901–1975), der eine Führungsposition in der Dansk Samling in Apenrade hatte; er leitete seit Anfang 1944 den Aufbau der Widerstandsbewegung in Region III, bis er im Mai 1944 nach Schweden floh. Ab Herbst desselben Jahres gehörte er dem britischen Nachrichtendienst für Spezialeinsätze (Special Operation Executive, SOE) an, wo er als Berater in schleswig-holsteinischen Angelegenheiten aktiv war, und er kehrte als britischer Hauptmann des SOE nach Hause zurück. Jacobsen kam über Flemming Juncker (1904–2002) mit dem SOE in Kontakt, der ab 1942 hinter dem

6 Bezüglich Ernst Brix siehe die Widerstandsdatenbank des Freiheitsmuseums auf <https://modstand.natmus.dk/Person.aspx?65629> sowie Hans Davidsen-Nielsen: *En højere sags tjeneste. PET under den kolde krig*, Kopenhagen 2006, S. 27–49.

7 Bezüglich Grænseforeningen siehe Axel Johnsen: *Grænsen, folket og staten. Grænseforeningens historie 1920–2020*, Kopenhagen 2019.

8 Bezüglich Sydslesvigsk Udvalg af 5. maj 1945, siehe: *Instruktion for Sydslesvigsk Udvalgs Tillidsmænd*, Kopenhagen 1946.

9 Bezüglich Dansk Samling und Arne Sørensen siehe Henrik Lundbaks Biographie über Arne Sørensen in *Gads Leksikon: Hvem var Hvem 1940-1945*, Kopenhagen 2005.

10 Bezüglich Ole Hald siehe Henrik Skov Kristensen und Inge Adriansen: *Als og Sundeved 1940–45, Sonderburg 1995*, S. 94–95 und S. 105 sowie die Widerstandsdatenbank des Freiheitsmuseums auf <https://modstand.natmus.dk/Person.aspx?30130>.



Aufbau der Widerstandsbewegung in Jütland stand und ab April 1944 in London ein hochrangiges Mitglied der Führung des dänischen SOE-Abschnitts war.<sup>11</sup>

Bis Juni 1947 waren Hans Ronald Jørgensens Berichte auf Dänisch verfasst, aber ab der Nummer 56 vom 18. Juni 1947 begann er aus unbekanntem Gründen, einige in deutscher Sprache abzufassen, was darauf hindeutet, dass die Leser zu diesem Zeitpunkt überwiegend deutschsprachig gewesen sein müssen.<sup>12</sup>

Die dänische Minderheit der unmittelbaren Nachkriegszeit und die Besatzungspolitik der britischen Militärbehörden in Schleswig-Holstein waren wiederholt Gegenstand wissenschaftlicher Forschung.<sup>13</sup>

## Der Verfasser hinter den geheimen Berichten

Hans Ronald Jørgensen wurde 1915 geboren und wuchs in Flensburg auf. Er besuchte die Duburg-Schule und war in den 1930er Jahren in dänischen Organisationen aktiv, besonders als Pfadfinder und in Jugendvereinen. Er war Lehrling bei der Union Bank,

11 Siehe Niels Wium Olesens Beschreibung in Gads Leksikon: Hvem var Hvem 1940-1945, Kopenhagen 2005, S. 178.

12 ADCB, P131-1-3, Vertraulicher Bericht Nr. 56, datiert vom 18.6.1947.

13 Die Verhältnisse für die dänische Minderheit in Südschleswig in der unmittelbaren Nachkriegszeit wurden insbesondere von Johan Peter Noack beschrieben, der eine sehr gründliche politische Analyse durchgeführt hat: Johan Peter Noack: Det sydslesvigske grænsespørgsmål 1945-1947 Band 1 und 2, Apenrade 1991 (künftig zitiert: Noack: Det sydslesvigske).

Noacks Arbeit in insgesamt sechs Bänden ist das Hauptwerk über die politische Geschichte der Minderheit im Zeitraum 1920-1955 und zeichnet sich unter anderem dadurch aus, viele verschiedene Arten von Quellen aus dänischen, deutschen und britischen Archiven verwendet zu haben. Martin Klatt hat in seiner Dissertation von 2001 die Bedeutung der deutschen Flüchtlinge in Südschleswig für die dänische Bewegung in den Jahren nach Kriegsende analysiert, aber er hat in diesem Zusammenhang kaum zur Rolle der britischen Besatzungsbehörden Stellung genommen. Martin Klatt: Flygtningene og Sydslesvigs danske bevægelser 1945-1955 (=Studieafdelingens udgivelse, Bd. 44). Flensburg, 2001.

Der Historiker Kurt Jürgensen beschäftigte sich über viele Jahre mit der Entwicklung in Schleswig-Holstein in den Jahren nach 1945. Kurt Jürgensen: Die Briten in Schleswig-Holstein 1945-1949, Kiel 1989 (künftig zitiert: Jürgensen, Die Briten); Kurt Jürgensen: Die Gründung des Landes Schleswig-Holstein, Kiel 1998. Im erstgenannten kurzen Buch kommt insbesondere das umfassende Bildmaterial zur Geltung, während im letztgenannten das Augenmerk besonders auf der Bedeutung der deutschen Behörden und der deutschen Politiker liegt, wobei er in geringerem Maße die Politik der britischen Besatzungsbehörden bei der Bildung Schleswig-Holsteins als Bundesland analysiert hat.

Die Flensburger Stadtarchivarin Jessica von Seggern hat in ihrer Dissertation aus 2005 den Demokratisierungsprozess in Schleswig-Holstein in den ersten Nachkriegsjahren analysiert, aber sie hat auch nur geringem Maße die Politik der britischen Besatzungsbehörden einbezogen. Jessica von Seggern: Alte und neue Demokraten in Schleswig-Holstein. Demokratisierung und Neubildung einer politischen Elite auf Kreis- und Landesebene 1945 bis 1950 (=Historische Mitteilungen im Auftrage der Ranke-Gesellschaft, Bd. 61), Stuttgart 2005.

Der Kopenhagener Historiker Rasmus Mariager hat in seiner Dissertation aus 2006 die dänisch-britischen Beziehungen in den ersten Nachkriegsjahren analysiert. Seine Schlussfolgerung lautet, dass der Kontakt zu Großbritannien von großer Bedeutung dafür war, dass Dänemark Teil der westeuropäischen Zusammenarbeit wurde, hierunter insbesondere das NATO-Bündnis von 1949. Südschleswig und die Grenzfrage waren in diesem Prozess ein Problem. Rasmus Mariager: I tillid og varm sympati. Dansk-britiske forbindelser og USA under den tidlige kolde krig, Kopenhagen 2006.

der Bank der Minderheit, und studierte später Politikwissenschaften an den Universitäten in Kopenhagen und Berlin. Als deutscher Staatsangehöriger wurde er zum Reichsarbeitsdienst und später zur Wehrmacht eingezogen.<sup>14</sup> Nach der Kapitulation kehrte er nach Südschleswig zurück und trat bereits im August 1945 eine Stelle beim dänischen Generalsekretariat in Flensburg an. Als Frands Thygesen im Herbst 1945 von Grænseforeningerne zum Leiter des dänischen Generalsekretariats, des Sekretariats der Minderheit, ernannt wurde und seine Stelle übernahm, gab es für Jørgensen keinen Platz mehr, auch geriet er in Opposition zur Leitung der Minderheit im Südschleswigschen Verein, SSF.<sup>15</sup> Ab dem 1. Februar 1946 war er in Schleswig tätig. Dort wurde er zum Sekretär des SSF im Kreis Gottorf ernannt, später zusätzlich in den Kreisen Eckernförde und Rendsburg. Dies geschah infolge eines Beschlusses des Kreisvorstandes im Kreis Gottorf und nicht durch den Hauptvorstand des SSF. Anfang der 1950er Jahre kehrte er zum dänischen Generalsekretariat in Flensburg zurück, bevor er im Jahr 1956 zum neuen Generalsekretär nach Frands Thygesen ernannt wurde.

Während seiner Zeit als Kreissekretär hatte er eine entscheidende Bedeutung für den rasanten Anstieg der Mitgliederzahl im SSF sowie für die Gründung einer Vielzahl neuer Ortsvereine des SSF in den drei Kreisen, in denen er Sekretär war, aber auch an der Westküste in den Kreisen Südtondern und Husum.<sup>16</sup> Gleichzeitig war er sehr aktivistisch und trat zusammen mit anderen aus den SSF-Verbänden außerhalb Flensburgs als starker Kritiker gegenüber der Leitung der Minderheit in Flensburg auf, die er als »alte Monopolisten« bezeichnete, während er selbst einer Gruppe »junger Aktivisten« angehörte.<sup>17</sup> Jørgensen verfügte in Südschleswig über sehr viele Verbindungen sowohl innerhalb der dänischen als auch der friesischen Minderheit, aber auch zu Beamten und Politikern in den Gemeinden und Kreisen und auf Landesebene. Zur selben Zeit hatte er viele Kontakte zu britischen Offizieren und Beamten der britischen Besatzungsbehörden. Schließlich verfügte er über ein bedeutendes Netz wichtiger Verbindungen in Dänemark, insbesondere in bürgerlichen Kreisen, und er hatte engen Kontakt zu der Führung der beiden Grenzorganisationen Grænseforeningerne und Sydslesvigsk Udvalg af 5. maj 1945 sowie zur Partei Dansk Samling.

## Die Sicht auf die britischen Besatzungsbehörden

Schleswig-Holstein war in den Jahren nach der deutschen Kapitulation im Jahr 1945 Teil der britischen Besatzungszone. Daher hatte letztlich die britische Besatzungsmacht die Entscheidungsgewalt. Auf örtlicher und regionaler Ebene wurden schnell

14 Bezüglich Hans Ronald Jørgensen, siehe Grænsevagten 1954, »Månedens portræt« S. 293–295 und Sydslesvigsk Årbog 2002, »Hans Ronald Jørgensen«, S. 199–203.

15 Eigentlich lautete der Name des Vereins bis Oktober/November 1946 Der schleswigsche Verein, der dann zu Südschleswiger Verein, SSF, geändert wurde. In diesem Artikel wird der Verein SSF genannt.

16 Noack: Det sydslesvigske, S. 170–73.

17 Vgl. ADCB, P131-1, vertraulicher Bericht Nr. 6, datiert vom 1.10.1946.

deutsche Beamte und Politiker eingesetzt und etliche dänisch Gesinnte wurden zu Bürgermeister oder Beamten berufen; die bekanntesten sind der Oberbürgermeister von Flensburg, I. C. Møller, und der Bürgermeister von Schleswig, Hermann Clausen. I. C. Møller gehörte seit 1920 zur Leitung der Minderheit, während Hermann Clausen sozialdemokratischer Leiter in Schleswig und in der Zeit nach der deutschen Kapitulation der Hauptverantwortliche beim nationalen Wechsel der schleswigschen Sozialdemokraten war. Er selbst wechselte zum Südschleswigschen Wählerverband (SSW) und war in den Jahren 1949 bis 1953 Mitglied des Deutschen Bundestages als Vertreter der dänischen Minderheit. Daher bestanden große Erwartungen gegenüber der Besatzungsmacht, dass sie einer dänisch-freundlichen Linie in Südschleswig folgen würde, weil Dänemark ein Alliiertes Großbritanniens war. Es war jedoch anders.

Die britischen Militärbehörden in Schleswig-Holstein hatten eine schwierige Aufgabe mit dem Ziel, eine friedliche Entwicklung zu schaffen. Schleswig-Holstein war zwar weniger stark vom Krieg betroffen als andere Teile Deutschlands, doch herrschte auch hier eine große Knappheit insbesondere bei Lebensmitteln und Brennstoffen. Das lag an dem Umstand, dass sich rund eine Million Flüchtlinge aus Ostpreußen und Pommern in Schleswig-Holstein befanden, und in manchen Gebieten Südschleswigs war die Bevölkerungszahl gegenüber den Vorkriegsjahren verdoppelt.<sup>18</sup>

Daher war der Wohnraum knapp und die Besatzungsmacht zwang die einheimische Bevölkerung zur Unterbringung von Flüchtlingen; vielerorts wurden provisorische Barackensiedlungen für die Flüchtlinge errichtet. Die hohe Anzahl an Flüchtlingen und die schwierigen Wohnverhältnisse waren ein wesentlicher Grund für den starken Anstieg der Unterstützung für die dänischen Organisationen bis Anfang 1948. Zu diesem Zeitpunkt zählte der SSF 75.000 Mitglieder, während die Zahl der Schulen und Kindergärten auf 58 gestiegen war. Gleichzeitig waren bei den Besatzungsbehörden Anträge zum Bau von mehr als 100 weiteren Schulen eingegangen. Die Zahl der SSF-Mitglieder stieg im Laufe der ersten beiden Nachkriegsjahre um das 25-Fache und die Anzahl der Kinder in den dänischen Kindergärten und Schulen um das 30-Fache.<sup>19</sup>

Eine Hauptforderung der dänisch Gesinnten in Südschleswig war die Durchführung einer neuen Volksabstimmung, sodass Flensburg und Südschleswig wieder ein Teil Dänemarks werden könnten. Diese Forderung wurde dadurch erschwert, dass die dänische Regierung und eine Mehrzahl im dänischen Parlament eine neue Volksabstimmung ablehnten und erklärten, dass die deutsch-dänische Grenze von 1920 festläge.<sup>20</sup> Die aktivistischen, dänisch gesinnten Südschleswiger kämpften aber weiter für eine Grenzrevision und argumentierten für eine Trennung Schleswigs von Hol-

18 Hans Ronald Jørgensen gab in vielen der Berichte Zahlen an, wie viele Flüchtlinge sich in Südschleswig aufhielten, hierunter auch die Anzahl der Flüchtlinge in den verschiedenen Städten und wie viele seit den letzten Aufstellungen hinzugekommen waren.

19 Vgl. Lars N. Henningsen (Hrsg.): *Sydslesvigs danske historie*, Flensburg 2013, S. 177–212. In den Berichten äußerte Jørgensen sich fortlaufend zu diesen Umständen.

20 Ebenda.

stein und dafür, dass die deutschen Flüchtlinge Schleswig verlassen sollten, damit eine Volksabstimmung stattfinden könnte.

Hans Ronald Jørgensen akzeptierte, dass die Briten mit den deutschen Beamten zusammenarbeiteten und »Deutsche oder geflüchtete Balten als Dolmetscher einsetzen« mussten, doch meinte, dass die Briten an der Nase herumgeführt wurden.<sup>21</sup> »Die deutschen Beamten, die Flüchtlinge und die völlige Unwissenheit und das Desinteresse der Briten an der Situation, das sie zu einer leichten Beute für ihre deutschen Dolmetscher und Beamten macht, ist derzeit das Gefährlichste für unsere Arbeit.« Dies schrieb er in seinem ersten Bericht vom 7. August 1945 und er glaubte, bereits zu jenem Zeitpunkt feststellen zu können: »Das Dänentum in Südschleswig hat bisher gegen eine deutsche Front kämpfen müssen. Es ist entmutigend, dass nun an drei Fronten gekämpft werden muss: einer deutschen, einer englischen und einer dänischen.« Er sah somit früh die Besatzungsmacht als einen Gegner der in Südschleswig stattfindenden Entwicklung. Er argumentierte, dass die Briten versuchten, mit Unterstützung des dänischen Parlaments, das von einer Grenzänderung nichts wissen wollte, dieser Entwicklung entgegenzuwirken.

Ein wichtiger Kritikpunkt für Jørgensen war, dass die Briten den Südschleswischen Verein (SSF) über lange Zeit nicht anerkennen wollten, wodurch die Minderheit nicht als geschlossene Partei bei den örtlichen Wahlen und Kreistagswahlen antreten konnte. Als der SSF im Herbst 1946 endlich anerkannt wurde, geschah dies nach so vielen britischen Forderungen, dass der dänischen Bewegung die Zähne gezogen worden waren. Es war lange Zeit über die Satzung verhandelt worden und im Juni 1946 legten die Briten einen Entwurf vor. Die Regeln dafür, wer Mitglied im SSF werden konnte, waren so strikt, dass bei einer entsprechenden Umsetzung viele wieder austreten müssten, gleichermaßen durfte kein SSF-Mitglied vorher Mitglied der nationalsozialistischen Partei oder einer NS-Organisation gewesen sein. Er hielt es für ungerecht, dass Menschen, die vorher gezwungen waren, in nationalsozialistischen Organisationen wie der Deutschen Arbeitsfront, der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt oder der Hitler-Jugend Mitglied zu werden, nicht SSF-Mitglieder werden konnten, während die Briten selbst sogenannte »große Nazis« beschäftigten und die deutschen Parteien SPD, CDU und KPD [sic!] jeden unbesehen seiner nationalsozialistischen Vergangenheit aufnahmen. Alle Haupt- und Kreisvorstandssitzungen sollten öffentlich sein, unter anderem für Journalisten, und das »würde unsere Arbeit zu einer Parodie machen.« Ohne besondere Genehmigung durften keine neuen Vereinigungen gegründet werden und im Entwurf zur Zusammensetzung des Hauptvorstandes waren »die Vertreter der Friesen herausgerutscht«, was nach Jørgensen vermutlich beabsichtigt war. Die Schlussfolgerung lautete, dass »diese neuen Bestimmungen insgesamt unsere Arbeit vollständig lähmen werden.«<sup>22</sup>

21 ADCB, P131-1-2, Bericht Nr. 1, verfasst zusammen mit Lars Schubert am 7.8.45.

22 ADCB, P131-1-2, Bericht Nr. 28, datiert vom 14.6.1946.

Im Laufe des Sommers 1946 setzten sich die Verhandlungen über die Satzung des SSF fort und Mitte Juli wurde der Leitung der Minderheit diktiert, den britischen Satzungsentwurf anzunehmen – anderenfalls würde er ohnehin umgesetzt. Daraufhin äußerte Jørgensen: »dies ist der planmäßige Versuch, die dänische Bewegung niederzuschlagen.« Danach gab er an, dass die Mitglieder des SSF-Vorstandes in Rendsburg »einzeln bezüglich der Organisation und ihrer Ziele streng verhört wurden«, ebenso wie der Vorsitzende in Eckernförde vom britischen Kommandeur, Oberstleutnant Ormsby, verhört worden war.<sup>23</sup>

Die Verhandlungen über die Satzung des SSF erfolgten danach direkt zwischen der dänischen und der britischen Regierung.<sup>24</sup> Sie zogen sich in die Länge und die britische Besatzungsbehörde übergab die Satzung des SSF erst im September 1946.<sup>25</sup> Es war ein nicht verhandelbares Diktat und das Ergebnis der Verhandlungen mit der dänischen Regierung. Die Satzung muss im Zusammenhang mit einer öffentlichen britischen Erklärung gesehen werden – der sogenannten »British Note« – in der die dänische Regierung aufgefordert wurde, sich deutlich dahingehend zu äußern, was sie in Bezug auf die Grenze von 1920 und Südschleswig wünschte.<sup>26</sup> Hiermit verlangte man Dänemark eine Erklärung ab, dass man die deutsch-dänische Grenze von 1920 als dauerhaft ansah und dass man nicht den Wunsch hatte, dass ganz Südschleswig oder Teile davon zu Dänemark gehörten.

Hans Ronald Jørgensen war mit dem Entwurf der von der Besatzungsbehörde vorgelegten SSF-Satzung zufrieden, da er Schlimmeres befürchtet hatte.<sup>27</sup> Von der Leitung der Minderheit hatte die dänische Regierung zum Inhalt der Satzung auch Argumente erhalten, die teilweise berücksichtigt wurden. Jørgensen konnte gut verstehen, dass die Briten von der dänischen Regierung eine Klarstellung forderten, und stellte daraufhin fest: »Die Forderung aus Südschleswig ist ganz klar: Man wünscht nichts weiter als eine faire Chance, d. h. Freiheit jetzt und eine Abstimmung nach einer angemessenen Zeit.« Er war also weiterhin der Meinung, dass das Ziel eine neue Volksabstimmung nach einer gewissen Zeit war, in der die dänische Bewegung die Freiheit hatte, eine Kampagne zu führen, die von den deutschen Parteien bereits geführt wurde. Satzungsgemäß stand fest, dass alle – abgesehen von früheren Nationalsozialisten –, die aus der Region bis hinab zum »alten Verlauf der Eider« kamen, in den SSF eintreten konnten. Das würde allerdings bedeuten, dass »ein großer Teil der Stadt Rendsburg abgeschrieben werden müsste« und dass etwa 2 000 Mitglieder von dort deshalb den SSF verlassen müssten. Es war weiterhin unklar, ob das Verbot gegen ehemalige Nationalsozialisten auch Personen umfasste, die in NS-Organisa-

23 ADCB, P131-1-2, Bericht Nr. 33, datiert vom 12.7.1946. Bezüglich der britischen Besatzung in Eckernförde siehe: Ilse Rahjen-Couscherung: Eckernförde unter britischer Besatzung. Eine schleswig-holsteinische Stadt 1945–1955. Kiel 2008.

24 ADCB, P131-1-2, Bericht Nr. 35, datiert vom 1.8.1946 und Nr. 38, datiert vom 23.8.1946.

25 ADCB, P131-1-2, Bericht Nr. 41, datiert vom 13.9.1946.

26 Bezüglich »The British Note« siehe z. B. Nissen, Knud Kristensen, S. 28-39.

27 ADCB, P131-1-2, Bericht Nr. 41, datiert vom 13.9.1946.

tionen »hineingezwungen« worden waren, aber Jørgensen erwartete nicht, dass dies in der Praxis größere Probleme aufwerfen würde. In der Satzung war auch festgelegt, dass die Haupt- und Kreisvorstandssitzungen des SSF öffentlich sein sollten, was bedeuten würde, dass die Entscheidungen auf andere Weise und an anderen Orten als in diesen öffentlichen Sitzungen getroffen würden. Ein Hauptproblem der Satzung bestand darin, dass der SSF einzig das Ziel hatte, die kulturellen Interessen zu fördern, das dänische geistige Leben zu stärken und eine lebendige Verbindung mit Dänemark aufrechtzuerhalten, aber nicht politisch aktiv sein durfte. Es war dem SSF zwar gestattet, Vereinsmitglieder für die örtlichen Räte zu nominieren, aber eben nicht, eine eigentliche politische Partei zu sein.<sup>28</sup>

Die britische Besatzungsbehörde war somit – nach Hans Ronald Jørgensens Auffassung – für die dänische Bevölkerungsgruppe ein großes Problem, auch nachdem der SSF offiziell gegründet und von ihr zugelassen worden war. Man hatte weiterhin keine selbstständige Partei und keine deutschsprachige Zeitung. Daher gab es von dänischer Seite keine Möglichkeit, sich gegen die Angriffe von deutschen Zeitungen sowie von deutschen Politikern und Beamten zu verteidigen. Dies war ein wichtiger Grund dafür, dass Jørgensen schon ab dem Herbst 1945 zusammen mit anderen Südschleswigern versuchte, Kontrolle über die örtlichen und regionalen Zeitungen zu erlangen.<sup>29</sup>

## Eine deutschsprachige Zeitung in Südschleswig?

Bereits im Mai 1945 setzte sich Hans Ronald Jørgensen dafür ein, die Kontrolle über die Zeitungen in Südschleswig zu erlangen. Dies geschah in enger Zusammenarbeit mit Henri Prien (1904–1983) und Hans Peter Jacobsen (1893–1952), aber auch zusammen mit dem Journalisten und Redakteur Jacob Kronika (1897–1982). In den Jahren nach Kriegsende waren sie eng verbunden. Nach der deutschen Kapitulation war Prien in Südschleswig aktiv.<sup>30</sup> Zu Pfingsten 1946 zog er nach Bov direkt nördlich der Grenze, angeblich auf britischen Druck, und von dort veröffentlichte er verschiedene Schriften über die Verhältnisse in Südschleswig. Er kam mit der sozialdemokratischen dänischen Regierung in Konflikt und wurde Anfang 1948 aus Dänemark ausgewiesen.

Hans Peter Jacobsen war auch ein aktiver Autor, aber blieb in Südschleswig, wo er im Jahr 1948 der erste Redakteur der legalen deutschsprachigen Zeitung *Südschleswigsche Heimatzeitung* wurde.<sup>31</sup>

28 Ebenda. Hier aus einer dänischsprachigen Ausgabe von »Foreningslove for Sydslesvigsk Forening«.

29 ADCB, P131-1-1-3, Das geht aus zahlreichen Berichten von sowohl 1946 als auch 1947 hervor.

30 Bezüglich Henri Prien, siehe: Henri Prien: Er det frihed?, 1947 Kopenhagen und Henri Prien: Er det demokrati?, 1948 Hadersleben, über seinen Einsatz in den Jahren nach dem Krieg.

31 Grænsevagten 1953, »Hans Peter Jacobsen«, S. 56.

Jacob Kronika war Südschleswiger und von 1932 bis 1945 Berlin-Korrespondent der in Dänemark erscheinenden *Nationaltidende*. Nach der Kapitulation kehrte er nach Flensburg zurück und war im Sommer 1946 in Stellung gebracht worden, Vorsitzender des SSF zu werden, aber er zog sich aufgrund eines schlechten Verhältnisses zur britischen Besatzungsbehörde zurück. Von 1960 bis 1963 war Kronika der Chefredakteur der *Flensborg Avis*.<sup>32</sup>

Bereits am 2. September 1945 informierte Jørgensen darüber, dass mit dem Besitzer der *Landeszeitung* in Rendsburg, dem Verlag Heinrich Möller, darüber verhandelt wurde, ob die Zeitung wieder als demokratisches Organ der Bauern in Schleswig-Holstein »mit klarer Ausrichtung gen Norden« erscheinen könnte. Henri Prien sollte der Redakteur der Zeitung werden.<sup>33</sup> Drei Wochen später berichtete er begeistert, dass, nachdem es »als geglückt betrachtet werden kann, die *Landeszeitung* in Rendsburg mit einer Auflage von 25.–30.000 auf unsere Linie auszurichten, es nun auch gelungen ist, die Zeitung in Husum mit einer Auflage von 2.500 zu gewinnen.«<sup>34</sup> Prien und Jørgensen hatten die Verhandlungen geführt.

Im Oktober 1945 berichtete Jørgensen, dass Pläne, die südschleswigschen Zeitungen in einem Pressebüro mit »einer klaren, schleswigschen Linie« zusammenzuführen, auf Probleme mit den Verlegern gestoßen waren.<sup>35</sup> Es war weiterhin geplant, in Flensburg ein Pressebüro mit »einer klar demokratischen, liberalen und antipreußischen Linie« mit Henri Prien als Leiter sowie Hans Peter Jacobsen und Hans Ronald Jørgensen als Mitarbeiter zu gründen. Für die *Husumer Nachrichten* sollten zukünftig Hans Peter Jacobsen und Hans Ronald Jørgensen als Redakteure tätig sein. Einige Wochen später berichtete er, dass die zehn führenden schleswigschen und holsteinschen Zeitungen einem gemeinsamen Pressebüro in Flensburg unter Priens Leitung zugestimmt hätten und »sofern die Engländer die Genehmigung zur Ausgabe der Zeitungen und zur Gründung des Pressebüros erteilen, ist damit der dänische Einfluss in der gesamten Presse gesichert.«

Im selben Bericht vom 10. Oktober wurde mitgeteilt, dass die Umstände für die *Flensburger Nachrichten* vollkommen ungeklärt waren, da die Zeitung von den nationalsozialistischen Behörden übernommen worden war, weshalb Ungewissheit darüber bestand, wer die neuen Eigentümer sein würden.<sup>36</sup> Dennoch meinte Jørgensen zu wissen, dass »es als sicher anzusehen ist, dass Kronika zum geeigneten Zeitpunkt Chefredakteur wird«, und dass Hans Peter Jacobsen Verlagsleiter und Feuilletonist werden würde. Jørgensen nannte hierzu nicht seine Quelle, aber Kronika hatte auch

32 Bezüglich Jacob Kronika wird verwiesen auf Mogens Rostgaard Nissen: »De kalder mig en Nazi-Spion«. Jacob Kronika: Forsvar mod britiske spionanklage, in: *Sønderjyske Årbøger* 134 (2022), S. 90-119.

33 ADCB, P131-1-1, Bericht Nr. 3, datiert vom 2.9.1945.

34 ADCB, P131-1-1, Bericht Nr. 5, datiert vom 21.9.1945.

35 ADCB, P131-1-1, Bericht Nr. 7, datiert vom 10.10.1945 und Nr. 8, datiert vom 1.11.1945.

36 Ebenda.

selbst in einigen handgeschriebenen und nicht datierten Redenotizen aus dem August 1946 erwähnt, dass er für den Posten im Gespräch war.<sup>37</sup>

Ende 1945 war Jørgensen daher zuversichtlich, dass Prien, Jacobsen, Kronika und er selbst großen Einfluss auf die Zeitungen im Landesteil Schleswig erlangen würden. Am 24. November hatten Prien und er ein Gespräch mit Theodor Steltzer (1885–1967) geführt, dem von den Briten neu ernannten Oberpräsidenten in Schleswig-Holstein, der den Zeitungsplänen dem Vernehmen nach positiv gegenüberstand.<sup>38</sup> Jørgensen hatte einen guten Eindruck von Steltzer, der früher als Landrat in Rendsburg ein fähiger und aufrechter Beamter und gleichzeitig ein erklärter Gegner des Nationalsozialismus war. Die Enttäuschung war um so größer, als Steltzer sich – in Jørgensens Augen – als »Schleswig-Holsteiner in Reinkultur« zeigte.<sup>39</sup> Steltzer hatte auf Heinrich Möller, den Eigentümer der *Landeszeitung* in Rendsburg, Druck ausgeübt, bei Zulassung der Zeitung eine schleswig-holsteinische Linie zugrunde zu legen. Ebenso hatte Steltzer angeblich den Wunsch, dass die zwei Zeitungen in Kiel und Flensburg bei Zulassung an die CDU übertragen werden sollten. Jørgensens und Priens groß angelegtem Plan, die Presse in Südschleswig unter dänisch gesinnter Leitung zusammenzuführen, wurde so die Grundlage entzogen.

Anfang März hatte Jørgensen die Zeichen der Zeit erkannt. Mehrere Zeitungen in der britischen Besatzungszone waren genehmigt und an eine der drei zugelassenen deutschen Parteien, SPD, CDU oder KPD, übertragen worden. Jørgensen sah voraus, dass dies auch in Schleswig-Holstein geschehen würde, wo die genehmigten Zeitungen an die Parteien übertragen würden, entsprechend »müssen wir damit rechnen, dass nahezu die gesamte Presse gegen uns sein wird.«<sup>40</sup>

Diese Erwartung wurde dann auch bestätigt und am 1. April 1946 konnte er mitteilen, dass die Briten Lizenzen an eine Reihe von Zeitungen in Schleswig-Holstein vergeben hatten, die alle an die drei deutschen Parteien übertragen wurden. In Kiel gehörten die *Kieler Nachrichten* zur CDU; die *Schleswig-Holsteinische Volkszeitung* ging an die SPD und das *Norddeutsche Echo* lag in Händen der KPD. Eine kleine Kuriosität bestand übrigens darin, dass die vom *Echo* zu benutzende Druckerei sich eigentlich im Besitz eines dänisch gesinnten Südschleswigers befand und von der britischen Behörde beschlagnahmt und an die KPD weitergegeben wurde.<sup>41</sup>

Im April 1946 war noch ungeklärt, was mit den *Flensburger Nachrichten* geschehen sollte, bei denen Kronika lange Zeit als Favorit für den Posten als Chefredakteur galt. Es kamen jedoch Meldungen, dass die früheren Besitzer aus der *Zeit* vor dem nationalsozialistischen Regime die Zeitung wieder übernehmen würden.<sup>42</sup> Diese Besit-

37 ADCB, P29-14-4. Redenotiz vom August 1946 im Deutsches Haus in Flensburg.

38 ADCB, P131-1-1, Bericht Nr. 11, datiert vom 25.11.1945

39 ADCB, P131-1-2, Bericht Nr. 17, datiert vom 25.1.1946.

40 ADCB, P131-1-2, Bericht Nr. 19, datiert vom 1.3.1946.

41 ADCB, P131-1-2, Bericht Nr. 22, datiert vom 1.4.1946.

42 ADCB, P131-1-2, Bericht Nr. 18, datiert vom 1.2.1946.



zer gehörten zur Flensburger Bürgerschaft und waren »ein äußerst schleswig-holsteinerischer und reaktionärer Klüngel«. Sie hatten sich mit einer Gruppe stärker dänisch gesinnter Männer verbündet, hierunter der führende Sozialdemokrat Hans Harloff (1896–1974). Als die Zeitungslizenz Ende März 1946 vergeben wurde, war Jørgensen recht zuversichtlich, da die beiden CDU-Funktionäre Friedrich-Wilhelm Lübke (1887–1954) – Landrat im Kreis Flensburg und von 1951 bis 1954 Ministerpräsident von Schleswig-Holstein – und Thomas Andresen (1897–1972) zusammen mit Harloff die Lizenz erhielten; die Zeitung bekam Anfang April den Namen *Flensburger Tageblatt*.<sup>43</sup> Die Briten hatten weiterhin das Besitzrecht und angeblich waren sie es, die für die Ernennung des CDU-Funktionärs Hanno Schmidt (1893–1972) zum Chefredakteur sorgten.<sup>44</sup> Ende Mai und Anfang Juni 1946 berichtete Jørgensen, dass es zuverlässige Gerüchte dazu gab, dass die Briten durch einen hochstehenden Offizier das *Tageblatt* aufgefordert hatten, eine »antidänische« Linie zu verfolgen.<sup>45</sup> Die neuen Eigentümer waren davon anscheinend nicht angetan, da man befürchtete, Menschen aus der einheimischen Bevölkerung zu verlieren.

Dessen ungeachtet wurde das *Flensburger Tageblatt* der schärfste Gegner der dänischen Minderheit, was Jørgensen am 17. August 1946<sup>46</sup> mit längeren Auszügen aus der Zeitung belegte. In einem Artikel wurde mitgeteilt, dass die britische Besatzungsbehörde die Mitglieder des SSF überprüfen würde, um zu gewährleisten, dass sich unter ihnen keine früheren Nationalsozialisten befanden, und das *Tageblatt* erwartete, dass dies zu einem großen Problem für die Minderheit werden würde, weil gemäß der Zeitung viele frühere Nationalsozialisten in die dänischen Organisationen eingetreten waren. Im Leitartikel wurde auch die rhetorische Frage gestellt, ob es nicht an der Zeit sei, dem Dänentum den Rücken zu kehren und zu der deutschen Nationalität zurückzukehren.

Die Situation bei den Medien brachte die dänische Bewegung in eine schwierige Lage. Der SSF war nicht als politische Partei zugelassen, da die Besatzungsbehörden Zulassungen nur an Parteizeitungen erteilten, die dänische Minderheit hatte somit keine deutschsprachige Zeitung. *Flensborg Avis* war – wie erwähnt – kaum nützlich, da der größte Teil der SSF-Mitglieder ausschließlich Deutsch sprach, und so wurde erst mit der Gründung des Südschleswigschen Wählerverbandes (SSW) im August 1948 die deutschsprachige Zeitung *Südschleswigsche Heimatzeitung* zugelassen.<sup>47</sup> Jørgensen fasste im Juli 1946 die Situation mit folgender Feststellung zusammen:

43 ADCB, P131-1-2, Bericht Nr. 22, datiert vom 1.4.1946.

44 Hanno Schmidt wurde für die CDU später Mitglied des Landtages und war 1952–54 der Vorsitzende des Schleswig-Holsteinischer Heimat-Bundes, SHHB.

45 ADCB, P131-1-2, Bericht Nr. 27, datiert vom 31.5.1946 und Bericht Nr. 28, datiert vom 14.6.1946.

46 ADCB, P131-1-2, Bericht Nr. 37, datiert vom 19.8.1946.

47 Bezüglich der Gründung des SSW und der Südschleswigschen Heimatzeitung siehe Lars N. Henningsen/Martin Klatt/Jørgen Kühl: SSW. Dansksindet politik i Sydslesvig 1945–1998 (=Studieafdelingens udgivelser, Bd. 38), Flensburg 1998, S. 57–100.

»Das entscheidende Moment in dieser Sache ist ja, dass man von dänischer Seite nichts erwidern kann. Wir können nicht in einer deutschen Zeitung schreiben, wir haben selbst keine deutschsprachige Zeitung und *Flensborg Avis*, die in ihrer Schlagkraft dadurch geschwächt ist, dass nicht alle Dänisch sprechen, ist von der Zensur gelähmt. In den dänisch gesinnten Kreisen in den kleinen Dörfern ist eine zunehmende Unruhe zu spüren – in den deutschen Zeitungen lesen sie von einem Angriff nach dem anderen auf die dänische Arbeit, es werden öffentliche Treffen veranstaltet, auf denen die dänische Arbeit angegriffen wird und sie als Landesverräter und Speckdänen bezeichnet und gescholten werden – aber von dänischer Seite wird nicht geantwortet. Dieser Zustand ist gänzlich untragbar – die Vorteile im Kampf liegen viel zu ungleich auf der einen Seite. Man muss in Betracht ziehen, dass diese Menschen alle mit andauernder Unterdrückung aufgewachsen sind. Sie müssen jetzt erst zu freien Menschen werden – aber das können sie unter diesen Bedingungen nicht.«<sup>48</sup>

Die illegalen Blätter, die ab dem Herbst 1947 erschienen und nachfolgend näher beschrieben werden, sind also – gemäß Jørgensen – unter diesem Aspekt zu betrachten.

Franz Wingender (1918–2013) veröffentlichte 1988 *Modstand i Sydslesvig – før og efter 1945* und beschrieb hier die illegale Bewegung und druckte viele der illegalen Blätter neu ab.<sup>49</sup> Er beschrieb sechs verschiedene Blätter sowie einen illegalen Radiosender und die Veröffentlichungen erfolgten hauptsächlich zwischen Juli 1947 und April 1948. Wingender hatte errechnet, dass insgesamt ungefähr 145.000 Exemplare der illegalen Blätter verteilt wurden, und er nannte außerdem die Namen der Südschleswiger, die hinter der illegalen Arbeit standen. Unter diesen gab es mehrere, die später zur höchsten Leitung der Minderheit gehörten.<sup>50</sup>

Ende Oktober 1947 berichtete Hans Ronald Jørgensen, dass in Südschleswig drei verschiedene illegale deutschsprachige Blätter veröffentlicht wurden.<sup>51</sup> Die ersten beiden – *Sydslesvig Frit* und *Südschleswiger Information* – waren vervielfältigte Flugblätter, während das dritte – *Südschleswigsche Landeszeitung* – eine vierseitige gedruckte Zeitung war, welche an die in Dänemark erscheinende Zeitung *Information* erinnerte, die im August 1943 als illegale Zeitung im von Deutschland besetzten Dänemark begann.<sup>52</sup> Die *Landeszeitung* wurde in Dänemark gedruckt und illegal über die Grenze gebracht. Jørgensen erzählte, dass die Zeitung unter dem Deckmantel, dass die Landesstelle für Heimatdienst der Absender sei, mit der Post an den Bürgermeister in Südschleswig verschickt wurde. Gleichzeitig wurde dazu aufgefordert, die Zeitungen

48 ADCB, P131-1-2, Bericht Nr. 34, datiert vom 14.6.1946.

49 Franz Wingender war in den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg Jugendsekretär der Dänische Jugendorganisationen in Südschleswig. Ab 1947 leistete er einen sehr aktiven Einsatz, um die in russischer Kriegsgefangenschaft befindlichen dänisch gesinnten Soldaten heimzubringen.

50 Franz Wingender: »Mod i Sydslesvig« – før og efter 1945 (=Studieafdelingens Udgivelser, Bd. 25), Flensburg 1988, S. 61 (künftig zitiert: Wingender, »Mod i Sydslesvig«).

51 ADCB, P131-1-3, Bericht Nr. 64, datiert vom 25.10.1947.

52 Bezüglich illegaler Blätter in Südschleswig siehe Wingender, »Mod i Sydslesvig«.

an alle Mitglieder der Gemeinde- und Stadträte zu verteilen. Jørgensen war der Ansicht, dass dies eine riskante Strategie wäre, die harte Strafen für die Hintermänner zur Folge haben könnte.

Die Landesstelle für Heimatdienst war eine Organisation, die in der Regierungserklärung vom 17. Mai 1947 erwähnt wurde, als Hermann Lüdemann in Schleswig-Holstein eine SPD-Regierung bildete. Der Finanzminister Richard Schenck (1900–1979) wurde zum Leiter der Organisation berufen, die nach verbissenem Widerstand der Minderheit und nach einer Intervention der dänischen Regierung von den Besatzungsbehörden am 16. Oktober 1947 verboten wurde.<sup>53</sup>

Laut Franz Wingender redigierten der Journalist und Redakteur Henri Prien und der Volkswirt und Redakteur Hans Peter Jacobsen die *Landeszeitung*, aber Hans Ronald Jørgensen war auch Redaktionsmitglied und zudem für den Vertrieb verantwortlich.<sup>54</sup> Es mag verwundern, dass Jørgensen beteiligt war, da er wie beschrieben den illegalen Aktivitäten sowohl kritisch als auch besorgt gegenüberstand. Doch es gibt einen guten Grund, Wingenders Angaben zu vertrauen, denn die beiden hatten viele Berührungspunkte, zu denen sie seit der unmittelbaren Nachkriegszeit bis hinein in die 1970er Jahre eine enge Zusammenarbeit pflegten.

Jørgensen war also besorgt, als die Verteilung der illegalen Blätter im Herbst 1947 und im Frühjahr 1948 begann.<sup>55</sup> Nach seinen Angaben bestand der wichtigste Grund für die Blätter darin, dass sich die Besatzungsbehörden weigerten, den dänisch Gesinnten die Ausgabe einer legalen deutschsprachigen Zeitung zu gestatten. Zur gleichen Zeit wurde die *Flensburg Avis* durch die britischen Behörden zensiert und deshalb war er nicht der Auffassung, dass die *Flensburg Avis* für die dänische Bewegung in Südschleswig von Nutzen war – eher im Gegenteil.

In einigen späteren Berichten nahm Jørgensen wieder zu den illegalen Blättern und zu den illegalen Aktivitäten in breiterem Sinne Stellung.<sup>56</sup> Im Dezember 1947 berichtete er darüber, dass der Secret Service bei einem Kassierer in einem SSF-Bezirk in Flensburg eine Hausdurchsuchung durchgeführt habe, ohne illegales Material zu finden. Er notierte außerdem, dass »die deutschen und britischen Behörden natürlich darauf aus sind, zu ermitteln, wer hinter dieser illegalen Tätigkeit steht.« Ende Januar 1948 teilte er mit, dass drei Männer – hierunter der Hausmeister des Flensborghus – von der britischen Polizei festgenommen worden seien, und die drei hätten angeblich ein illegales Blatt auf den »Maschinen des Flensborghus« gedruckt.<sup>57</sup>

53 Bezüglich Schenck und Landesstelle Vgl. Erich Hoffmann: Grundzüge des grenzpolitischen Wirkens Dr. Richard Schencks, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, 107 (1982), S. 154–289.

54 Wingender, »Mod i Sydslevig«, S. 60–61. Franz Wingender war in den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg Jugendsekretär der Dänische Jugendorganisationen in Südschleswig. Ab 1947 leistete er einen sehr aktiven Einsatz, um die in russischer Kriegsgefangenschaft befindlichen dänisch gesinnten Soldaten heimzubringen.

55 ADCB, P131-1-3, Bericht Nr. 64, datiert vom 25.10.1947.

56 ADCB, P131-1-3 und 4, Bericht Nr. 68, datiert vom 7.12.1947 und Nr. 70, datiert vom 25.1.1948.

57 ADCB, P131-1-4, Bericht Nr. 70, datiert vom 25.1.1948.



Fotografie aus dem Jahr 1924 vom Flensborghus, links im Bild. Das ehemalige Waisenhaus in der Norderstraße in Flensburg war 1920 die Zentrale des Südschleswigschen Vereins (SSF) sowie anderer Gliederungen der dänischen Minderheit (Archiv der Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig).

Im Januar 1948 gab Jørgensen außerdem an, dass die *Südschleswiger Landeszeitung* erneut erschienen war, und dieses Mal war sie mit der Absenderangabe Hanno Schmidt, dem Chefredakteur beim *Flensburger Tageblatt*, versehen.<sup>58</sup> Er fügte Kopien der *Landeszeitung* bei, ebenso schickte er die Kopie eines Plakates mit der dänischen Nationalflagge Dannebrog und dem Text »Wenn wieder die Fahne ist weiß und rot, dann ist beendet die bittere Not« zusammen mit dem Bericht. Das Plakat hing Mitte November 1947 überall in Flensburg.

Jørgensen war in seiner Auffassung über die illegale dänische Arbeit in Südschleswig recht zwiespalten. Einerseits ergötzte er sich an ihr und sah sie als eine direkte Folge der von der sozialdemokratischen Regierung in Dänemark unterstützten Politik der britischen Besatzungsbehörden gegenüber der dänischen Minderheit, andererseits war er über die möglichen Folgen besorgt. Denn: »Man muss ernsthaft befürchten, dass dieser Kampf in der kommenden Zeit härter und härter wird – nicht zum Vorteil des guten Verhältnisses zwischen Dänemark und Deutschland und zwi-

58 ADCB, P131-1-4, Bericht Nr. 70, datiert vom 25.1.1948.

schen Dänemark und England.«<sup>59</sup> Sein wesentlicher Punkt war, dass das fehlende Verständnis der britischen Besatzungsbehörden für den Wunsch der dänischen Minderheit nach einer legalen deutschsprachigen Zeitung und der mangelnde Wille zur Einhaltung der grundlegenden Minderheitsrechte – und die diesbezügliche indirekte Zustimmung der dänischen Regierung – gerade eine zunehmende Illegalität und Radikalisierung zur Folge haben könnten mit der Gefahr, ein gutes Verhältnis zwischen Dänemark und Großbritannien sowie zwischen Dänemark und dem neuen Deutschland aufs Spiel zu setzen.

Die illegalen Aktivitäten erreichten jedoch nie das Ausmaß oder wurden so radikal wie von Hans Ronald Jørgensen befürchtet. Sie ebten im Laufe des Sommers 1948 ab – vermutlich überwiegend als Folge der Gründung des SSW als Minderheitspartei Anfang August 1948 und des Erscheinens der legalen *Südschleswigschen Heimatzeitung* unmittelbar danach.

## Die britischen Besatzungstruppen und die einheimische Bevölkerung

Hans Ronald Jørgensen stand dem Auftreten der britischen Besatzungsmacht in Südschleswig sehr kritisch gegenüber. Dies betraf mehrere Bereiche und galt von oben bis unten. Er vertrat eine deutliche Minderheitenauffassung – das heißt, eine grundlegende Auffassung davon, dass die britische Besatzungsmacht die dänische Bevölkerungsgruppe in Südschleswig unterdrückte –, aber er war auch kritisch im Namen der gesamten einheimischen Bevölkerung.

Ein wichtiger Punkt in Jørgensens Kritik drehte sich darum, dass die britische Besatzungsbehörde Personen mit einer ausgeprägt nationalsozialistischen Vergangenheit als leitende Beamte in Schleswig-Holstein einsetzte. Dies galt insbesondere für Otto Hoevermann (1888–1953), der vom britischen Militärgouverneur Gail Patrick Henderson (1904–1979) am 14. Mai 1945 zum Oberpräsidenten berufen wurde, obwohl er eine bekannte und belastete Vergangenheit als hochstehender nationalsozialistischer Beamter hatte.<sup>60</sup> Es wurde überall in Schleswig-Holstein auf Landes-, Kreis- und Ortsebene eine Reihe von Beamten mit nationalsozialistischer Vergangenheit durch die Briten ernannt und Jørgensen stand dem sehr kritisch gegenüber. Er war gleichzeitig der Ansicht, dass die einheimische Bevölkerung mit dieser Vorgehensweise und der fehlenden Auseinandersetzung mit den schlimmsten Nationalsozialisten sehr unzufrieden war. Dies trug dazu bei, dass die Schleswiger sich von Holstein und Preußen abwandten und den dänischen Organisationen beitraten.<sup>61</sup>

59 Ebenda.

60 Vgl. Holger Martens: Hoevermanns Berufung war ein Fehler. Die britische Regierung korrigiert die Besetzung des Oberpräsidentenamtes, in: Demokratische Geschichte, 12 (1999), S. 191–206, hier S. 191–92.

61 Zu Kontinuitäten in Schleswig-Holstein siehe Uwe Danker/Sebastian Lehmann-Himmel, Landespolitik mit Vergangenheit Geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung der personellen und strukturellen Kontinuität in der schleswig-holsteinischen Legislative und Exekutive nach 1945, Husum 2017.

Seit einem frühen Zeitpunkt argumentierte Jørgensen, dass die britische Besatzungsbehörde die Flüchtlinge auf Kosten der einheimischen Bevölkerung bevorzugte, und dies war seiner Ansicht nach ein weiterer entscheidender Grund dafür, dass so viele Menschen in Südschleswig sich entschlossen, die dänische Bewegung zu unterstützen. Es darf nicht unerwähnt bleiben, dass Jørgensens Beschreibung der vertriebenen deutschen Flüchtlinge sehr negativ und fremdenfeindlich war, und viele schlechte Dinge konnten ihm zufolge den Flüchtlingen zugeschrieben werden. Daher war die Bevorzugung aus seiner Sicht besonders problematisch. Diese setzte sich aus mehreren Elementen zusammen, aber es wurde insbesondere als ungerecht aufgefasst, dass Flüchtlinge für verschiedene Beamtenposten den einheimischen Südschleswigern vorgezogen wurden. Er hat an mehreren Stellen die Namen dieser Flüchtlingsbeamten genannt, die insbesondere in Flensburg, Husum, Kappeln und Eckernförde eingestellt wurden. Ein anderer Umstand, der hierzu Bezug hatte, war, dass die Flüchtlinge einhellig erklärten, dass sie keine nationalsozialistische Vergangenheit hätten, während viele einheimische Südschleswiger ausgeschlossen wurden, da sie irgendeine geringfügige Verbindung zu nationalsozialistischen Organisationen gehabt hatten. Es gab auch eine ständige Kritik dahingehend, dass einheimische Südschleswiger für die Arbeit in den Zechen im Ruhrgebiet oder zum Wiederaufbau deutscher Städte, zum Beispiel Hamburg, zwangsrekrutiert wurden, während man doch stattdessen arbeitslose Flüchtlinge hätte hinschicken können. Ein wesentlicher Kritikpunkt bestand auch darin, dass die Briten Häuser und Wohnungen für ihre eigene Unterbringung zu Lasten sowohl der einheimischen Bevölkerung als auch der Flüchtlinge beschlagnahmten.

Dann stellte sich auch die zentrale, wichtige Frage, warum die Briten beschlossen, so viele Flüchtlinge nach Südschleswig zu schicken, während andere Gebiete in der britischen Besatzungszone kaum betroffen waren. Jørgensen dachte wiederholt darüber nach, weshalb die Briten Flüchtlinge vor allem nach Schleswig-Holstein schickten. Er schätzte, dass etwa 60 Prozent aller Flüchtlinge dort platziert worden waren.<sup>62</sup> Er meinte, es gäbe auch andere Regionen mit geringer Zerstörung wie Schleswig-Holstein. Jørgensen spekulierte, dass »in der Provinz offenbar hinsichtlich der Flüchtlinge eine bestimmte Politik geführt wird – sie ist so zu füllen, dass es unmöglich wird, Südschleswig auszugliedern!«<sup>63</sup> Ihm zufolge zielte diese Politik darauf ab, dass die vertriebenen deutschen Flüchtlinge eine Grenzverlegung unmöglich machen würden. Er argumentierte, dass die deutschen Flüchtlinge in Südschleswig ein Stimmrecht haben sollten, da der überwiegende Teil für die deutschen Parteien stimmen würde, und daher sank bei den Wahlen der Anteil der Minderheit an der Gesamtzahl der Stimmen. Ein Stimmrecht für die Flüchtlinge könnte auch das Gleichgewicht kippen, sodass es bei einer möglichen zukünftigen Volksabstimmung wahrscheinlich eine deutsche Mehrheit geben würde. Die Briten wollten Südschleswig angeblich

62 ADCB, P131-1-2, Bericht Nr. 34, datiert vom 14.6.1946.

63 ADCB, P131-1-2, Bericht Nr. 18, datiert vom 1.2.1946.

auch aus wirtschaftlichen Gründen behalten und sie hatten den deutlichen Wunsch, die Kontrolle über den Nord-Ostsee-Kanal zu behalten. In Fortführung dessen nahm er an, dass die Briten daran interessiert waren, die Flüchtlinge in Schleswig-Holstein unterzubringen, damit sie im Fall eines russischen Angriffs nach Westen nicht den Briten im Weg stünden, und dass sie im Fall eines Ost-West-Krieges stattdessen vermutlich weiter nach Dänemark flüchten würden.<sup>64</sup> Das Argument erscheint etwas spekulativ, aber es ist interessant, dass er bereits Mitte 1946 einen Krieg zwischen Ost und West als eine reale Möglichkeit ansah.

Bereits im ersten Bericht beschrieb Jørgensen die Probleme der britischen Linie in Südschleswig:<sup>65</sup> »Bis hinauf in die höchsten Positionen sind die Beamten mit nur wenigen Ausnahmen noch die alten. Nach außen treten sie korrekt auf, im Verborgenen versuchen sie, Nationalsozialisten oder jedenfalls Deutschnationale zu bevorzugen.« Es gab einzelne Beispiele dafür, dass frühere nationalsozialistische Beamte entfernt worden waren – aber das war eine geringe Zahl. Aus demselben Bericht geht auch hervor, dass der von den Briten eingesetzte Oberpräsident Hoevermann verfügt hatte, dass neue Beamtenposten mit Flüchtlingen zu besetzen seien, während jene Beamten, die vom nationalsozialistischen Regime entlassen worden waren, nicht wiedereingestellt werden durften. In vielen der Berichte beschrieb Jørgensen, wie Flüchtlinge Beamtenstellungen in den Städten und Kreisen bekamen, während einheimische Kandidaten nicht gewählt wurden.

In mehreren Berichten wird beschrieben, wie örtliche deutsche Beamte die dänisch Gesinnten unterdrückten. Jørgensen zufolge war es in Kappeln und Eckernförde außerordentlich schlimm und er hob hervor, dass die Unterdrückung mit stillschweigender Billigung der Briten erfolgte. In beiden Städten hatte die Minderheit bis 1945 einen schwachen Stand. In Kappeln war der örtliche Widerstand gegen eine neue dänische Schule groß und die örtlichen Behörden verweigerten hierfür die Genehmigung.<sup>66</sup> Das veranlasste die Eltern von 230 Kindern, einen Schulstreik auszurufen, bis es zu einer Lösung kam, indem »die Schulabteilung der Militärregierung in Schleswig« beschloss, dass die Stadt Kappeln Räumlichkeiten zur Verfügung stellen sollte.<sup>67</sup> In Eckernförde hatten die »Dienststellen der Kreisverwaltung« Ende Juni 1946 Schreiben an alle Beamten und Bürokräfte geschickt mit der Aufforderung, auf Treu und Glauben zu versichern, dass sie nicht Mitglieder dänischer Organisationen waren oder die Absicht hatten, dies zu werden.<sup>68</sup> Das war ein harter Anschlag auf die dänisch Gesinnten in der Stadt, die sich nicht verteidigen konnten und befürchteten, ihre Arbeit zu verlieren, und nicht durch die Besatzungsbehörden geschützt wurden.

64 ADCB, P131-1-2, Bericht Nr. 26, datiert vom 20.5.46.

65 ADCB, P131-1-2, Bericht Nr. 1, verfasst zusammen mit Lars Schubert 7.8.45.

66 ADCB, P131-1-2, Bericht Nr. 23, datiert vom 25.4.1946 und Nr. 24, datiert vom 3.5.1946.

67 Den danske Skole i Kappel, in: Flensborg Avis, 3.5.1946.

68 ADCB, P131-1-2, Bericht Nr. 32, datiert vom 3.7.1946.

Dies veranlasste die beiden dänisch gesinnten Landtagsmitglieder Willy Johannsen (1895–1970) und Victor Graf von Reventlow-Criminil (1916–1992), eine »Kleine Anfrage« an die schleswig-holsteinische Regierung dahingehend zu richten, ob sie Kenntnis von der Aktion in Eckernförde habe und was sie gegebenenfalls gedenke, hier zu tun.<sup>69</sup> In der folgenden Landtagssitzung am 30. Juli 1946 beantwortete Innenminister Hermann von Mangoldt (1895–1953) von der CDU die Frage und sein Beitrag war nichtssagend. Die Regierung wolle nichts unternehmen, da es keinerlei Beweise für die Anklagen gab.<sup>70</sup> Aus diesem Anlass hatten die Landtagsmitglieder Carl Schröter (1887–1952) von der CDU und Erich Arp (1909–1999) von der SPD – laut Jørgensen – Reventlow-Criminil gesagt, dass am 31. Juli »britische Anordnungen gegeben würden, welche die Minderheit auf die *wirklich* dänisch Gesinnten eingrenzen«.<sup>71</sup> Tatsächlich wurde dies von den Briten nicht durchgeführt und die Äußerungen der beiden Landtagsmitglieder gehen nicht aus dem offiziellen Protokoll der Landtagssitzung hervor. Das war Ausdruck der schleswig-holsteinischen Auffassung, dass es in und um Flensburg eine »wirkliche« oder »echte« dänische Minderheit gebe, während die vielen SSF-Mitglieder außerhalb Flensburgs Ausdruck einer »unechten« Minderheit seien, die in Wirklichkeit aus Deutschen und nicht aus dänisch Gesinnten bestehe. Gleichzeitig waren die Äußerungen auch ein Hinweis darauf, dass die schleswig-holsteinische Linie von der Besatzungsmacht unterstützt wurde.

Anfang 1946 berichtete Jørgensen über Beschlagnahmen der britischen Besatzungsmacht:

»Zurzeit führen englische Kommissionen überall Überprüfungen von Wohnungen durch, um Platz für weitere Flüchtlinge zu schaffen. Gleichzeitig erfolgen neue, rigore Beschlagnahmen von Möbeln und Hausrat, offenbar zur eigenen Verwendung. Es scheint so, dass man nicht einmal die dänischen Staatsbürger verschonen wolle.«<sup>72</sup>

Er befürwortete ganz gewiss nicht Beschlagnahmen zugunsten von Flüchtlingen, aber er war insbesondere unzufrieden mit den Beschlagnahmen, die zugunsten britischer Offiziere erfolgten. In Flensburg mussten Unterbringungsmöglichkeiten für 20 britische Familien mit 50 Kindern beschafft werden und es war »... eine Reihe neuer Häuser in der Mathildenstraße, die beschlagnahmt wurden. Die Häuser werden mit der gesamten Einrichtung beschlagnahmt und offenbar werden zusätzlich Möbel in anderen Wohnungen beschlagnahmt. Offensichtlich erfolgt dies zur Verwendung durch die zukünftige Zivilverwaltung.«<sup>73</sup> Gleichzeitig konnte er berichten, dass ein britischer Unteroffizier drei Zimmer bekommen sollte, ein britischer Leutnant vier Zimmer und ein Hauptmann oder Major »eine eigene Villa«.<sup>74</sup>

69 Ebenda, Wiedergabe der »Kleinen Anfrage«, 10.7.1946.

70 Schleswig-Holsteinischer Landtag Wortprotokoll. 1. Landtag, 7. Sitzung 30.7.1946; , Provinz-Landtagen i Kiel, in: Flensburg Avis, 31.7.1946.

71 ADCB, P131-1-2, Bericht Nr. 35, datiert vom 1.8.1946.

72 ADCB, P131-1-2, Bericht Nr. 17, datiert vom 25.1.1946.

73 ADCB, P131-1-2, Bericht Nr. 18, datiert vom 1.2.1946.

74 Ebenda.



Die britischen Besatzungsmethoden veranlassten Jørgensen zu der Feststellung:

»Die englischen Regierungsmethoden – Ausplünderung des Landes, Verhinderung jedweder Form des wirtschaftlichen Wiederaufbaus, Knebelung der öffentlichen Meinung, Beschlagnahme für den eigenen Bedarf, während die Bevölkerung bzw. die Flüchtlinge kein Dach über dem Kopf haben – haben nun einen starken Wandel in der öffentlichen Meinung bewirkt. Bedeutende Personen, die während des gesamten Krieges eine äußerst pro-englische Einstellung hatten, sind nun ganz deutlich gegen die Engländer und man hört die Leute nun öfter sagen: ›Hitler hatte doch Recht.«<sup>75</sup>

Insbesondere in einem vertraulichen Bericht vom 5. August 1946 äußerte Jørgensen eine lange, vernichtende Kritik an der britischen Besatzungsbehörde in Schleswig-Holstein. Diese umfasste fünf DIN-A4-Seiten.<sup>76</sup> Er begann mit der Erklärung, dass »große Teile der deutschen Bevölkerung« die britisch-amerikanischen Truppen als Befreier empfingen, aber dass sich dies vollkommen geändert hatte. Nun waren alle ohne Ausnahme – auch die dänisch gesinnten Südschleswiger – sehr enttäuscht und »verachteten die Besatzungstruppen nahezu. Dies lag einerseits an deren Verwaltungsmaßnahmen, aber im Wesentlichen an deren persönlichem Auftreten.« Die Bevölkerung hatte erwartet, dass die englischen und amerikanischen Besatzungstruppen augenblicklich damit beginnen würden, eine freie und demokratische Gesellschaft aufzubauen, und dass sie die Kriegsverbrecher bestrafen würden. Stattdessen »... führte man das System der Nationalsozialisten fort und setzte Nationalsozialisten in der Verwaltung ein.« »Harmlose kleine Nazis« waren eingesperrt worden, während belastete Nationalsozialisten in leitenden Positionen verblieben oder geradewegs Posten auf hoher Ebene erhielten. Männer, die im Baltikum eng mit der Gestapo und der SS zusammengearbeitet hatten und daher vor den Russen geflohen waren, arbeiteten jetzt als Dolmetscher oder in anderer Funktion für die Briten, während wahre deutsche Gegner des Nationalsozialismus als lästig angesehen wurden. Bei der deutschen Bevölkerung wurden keine Unterschiede gemacht, ganz gleich, ob es Menschen waren, die das nationalsozialistische Regime bekämpft hatten, oder Menschen, die stark belastete Nationalsozialisten waren: Alle Deutschen wurden von den Siegern als Besiegte behandelt.

Es wurde kritisiert, dass »bis heute keine Selbstverwaltung eingerichtet wurde«.<sup>77</sup> Alle kommunalen und sonstigen Räte unterlagen vollständig »dem Gutdünken irgendeines englischen Offiziers« und »alle Maßnahmen der Verwaltung sind bis heute von der größten Willkür geprägt«. Infolgedessen lebte die Bevölkerung in einer »Zwangsjacke«, sodass niemand die Möglichkeit hatte, etwas in Bewegung zu setzen, ohne dass es ihm wieder weggenommen wurde.

»Es ist hoffnungslos, unter diesen Bedingungen eine Produktion aufzubauen. Hat man sich Räumlichkeiten organisiert, so werden diese zu militärischen Zwecken oder

75 Ebenda.

76 ADCB, P131-1-2, Bericht Nr. 36, datiert vom 5.8.1946.

77 Ebenda.

Mitte November 1947 wurde dieses illegale Plakat laut Hans Ronald Jørgensen überall in Flensburg aufgehängt (Archiv der Dansk Centralbibliotek for Sydsvig).



für Flüchtlinge beschlagnahmt. Geschieht dies nicht, werden die Maschinen, die man auf sonderbaren Wegen endlich beschafft hatte, beschlagnahmt. Geschieht auch dies nicht, so werden die spärlichen Rohstoffe entweder beschlagnahmt oder man bekommt sie nicht zugeteilt, oder man erhält, wenn alles in Ordnung ist, keine Produktionsgenehmigung oder aber es werden einem die Arbeiter durch Zwangsrekrutierung genommen. Sind alle diese Schwierigkeiten entgegen Erwartung überwunden, dann sind die Steuern heute so hoch geworden, dass für die Arbeit, die man verrichtet, nichts mehr übrig bleibt. Die einzige Art von Geschäft, das sich noch zu betreiben lohnt, sind Schwarzmarktgeschäfte. Diese blühen denn auch.<sup>78</sup>

Hans Ronald Jørgensen meinte außerdem, dass es in der Militärverwaltung eine umfassende Korruption gab. Deshalb war die Bevölkerung mittlerweile zu der Erkenntnis gelangt, dass alle Briten und Amerikaner in Deutschland gekommen waren, um sich durch Korruption, Schwarzmarkthandel, Diebstahl oder Raub zu bereichern.

Um seinen wesentlichsten Gesichtspunkt bezüglich der Untaten der Briten zu unterstreichen, wies er auf den Leiter des Sicherheitsdienstes in Flensburg hin, Major Geoffrey Gordon-Creed (1920–2002).<sup>79</sup> Er war in den Diebstahl der »Juwelen der Prinzessin von Mecklenburg« auf Schloss Glücksburg verwickelt, so wie er auch glei-

78 Edenda.

79 Ebenda.

chenorts eine Wagenladung Cognac für sich selbst beschlagnahmt hatte.<sup>80</sup> Außerdem hatte Gordon-Creed »kostbare persische Teppiche und teure Gemälde« aus der Flensburger Villa gestohlen, die als Wohnung für ihn beschlagnahmt worden war, und über Dänemark schickte er die Gegenstände nach England.<sup>81</sup> Schließlich verkaufte er in Dänemark Zigaretten auf dem Schwarzmarkt, was auch andere leitende britische Offiziere taten – unter den genannten befanden sich der frühere Befehlshaber in Flensburg, Major Nichols, und der Chef des Secret Service in Flensburg, Leutnant Dobson.<sup>82</sup>

Wenn man diesen vertraulichen Bericht von Anfang August 1946 liest, muss man berücksichtigen, dass zu diesem Zeitpunkt die Verhandlungen zwischen der dänischen und der britischen Regierung über die Satzung des SSF stattfanden. Daher war Hans Ronald Jørgensen zu diesem Zeitpunkt gegenüber den britischen Besatzungsbehörden besonders kritisch. Der Bericht gibt zu verstehen, dass er jeglichen Respekt und jegliche Sympathie gegenüber den britischen Besatzungstruppen verloren hatte, in erster Linie aufgrund der Unterdrückungspolitik gegenüber der Minderheit, aber sicher auch aufgrund der zweifelhaften Moral der Offiziere und der Art und Weise, wie die örtliche Bevölkerung behandelt wurde.

## Schlussbetrachtung

Hans Ronald Jørgensen war in der Nachkriegszeit ein zentraler Akteur der Arbeit der dänischen Minderheit, insbesondere im Raum Schleswig, Eckernförde, Kappeln und Rendsburg, mit anderen Worten in den Teilen der Region, wo die Minderheit zwischen 1920 und 1945 schwach vertreten war. Er galt innerhalb der südschleswigschen Organisationen als aktivistisch und als ein angenehmer Zeitgenosse der älteren und traditionellen Minderheitsleitung, die er wiederum als eine verschlossene Flensburger Elite empfand. Seine Tätigkeit beschränkte sich jedoch nicht auf die Auseinandersetzungen innerhalb der Minderheit. Seine vertrauliche Berichterstattung an Persönlichkeiten aus Politik und Sicherheitsapparat in Dänemark spielte ebenso eine besondere Rolle. Diese profitierten von seinem umfassenden Wissen aus der Politik und Verwaltung in Schleswig-Holstein. Als Aktivist des südschleswigschen Kampfes

80 Im Jahr 2024 veröffentlichte der britische Historiker Mark Felton drei Dokumentationsbeiträge über diesen Juwelendiebstahl auf Schloss Glücksburg wenige Wochen nach der deutschen Kapitulation. Er benennt auch Gordon-Creed als einen Rädelsführer hinter dem Diebstahl. Die Informationen in den Beiträgen beruhen laut Fenton auf Archivalien, die vom englischen König Charles freigegeben wurden. Mark Felton: The Glücksburg Heist: SAS Robbed George VI's Royal Relatives? (Ep. 2) <https://www.youtube.com/watch?v=hons2jwbo7g> (20.3.2025).

81 ADCB, P131-1-2, Bericht Nr. 36, datiert vom 5.8.1946.

82 In seiner Dissertation von 2003 hat Claus Bundgaard Christensen beschrieben, wie britische und amerikanische Zigaretten kurz nach der Befreiung auf dem Schwarzmarkt in Dänemark verkauft wurden. Claus Bundgaard Christensen: Den sorte børs fra besættelsen til efterkrigstid, Kopenhagen 2003, S. 70–72. Es war nicht möglich, biografische Informationen über Major Nicols und Leutnant Dobson zu finden.

mit lokalen deutschen, aber auch britischen Behörden erarbeitete er sowohl Detailkenntnisse als auch eine – allerdings deutlich persönlich gefärbte – Einschätzung der Lage.

Die britische Besetzung Schleswig-Holsteins dauerte bis zum 5. Mai 1955 an, als die Bundesrepublik Deutschland wieder weithin ein selbständiger, souveräner Staat war.<sup>83</sup> Nach der Gründung der Bundesrepublik im Jahre 1949 hatten die deutschen Behörden faktisch die Macht im Bundesland übernommen, während der Einfluss der Briten eher formaler Art war.

Für die dänische Minderheit entwickelte sich das Verhältnis zu den britischen Besatzungsbehörden ungünstig. Nimmt man Hans Ronald Jørgensen als Ausdruck der Haltung der Minderheit gegenüber den Briten, so wuchs die Unzufriedenheit aufgrund vieler Dinge, aber am meisten dadurch, dass die Besatzungsbehörden die Minderheit in einer »Zwangsjacke« hielten, während sie gleichzeitig preußischen, deutschnationalen Kräften die Möglichkeit eröffneten, Parteien zu gründen, Parteizeitungen herauszugeben und altbekannte Methoden zur Unterdrückung der dänischen Bevölkerungsgruppe in Südschleswig anzuwenden.

Die Kritik basierte jedoch auf einer breiteren Grundlage und beinhaltete auch die Auffassung, dass die Besatzungsmacht die vertriebenen deutschen Ostflüchtlinge zu Lasten der einheimischen Bevölkerung Südschleswigs bevorzugte. Dies führte zu einer weit verbreiteten Unzufriedenheit, die wiederum viele dazu veranlasste, die dänische Bewegung zu unterstützen in dem Versuch, die Flüchtlinge zu vertreiben und dafür zu sorgen, dass Südschleswig zu Dänemark gehören würde. Hinzu kam, dass die Besatzungsmacht nicht die gewünschte Auseinandersetzung mit den schlimmsten Nationalsozialisten führte, sondern stattdessen viele in der Verwaltung einstellte, während gleichzeitig örtliche kleine Nationalsozialisten bestraft wurden. Das wirkte für viele in Südschleswig ungerecht und enttäuschend und trug dazu bei, dass viele die dänische Bewegung unterstützten.

Hans Ronald Jørgensen stand dem Auftreten der britischen Besatzungsbehörden in Südschleswig sehr kritisch gegenüber. Viele Soldaten und Offiziere betrieben Schwarzmarkthandel und waren an kriminellen Aktivitäten beteiligt, ebenso waren willkürliche Beschlagnahmen von Wohnungen, Möbeln und Einrichtung für Besatzungsoffiziere sehr gravierend.

Es bestehen kaum Zweifel, dass Jørgensen die Anklagen gegen die britischen Besatzungsbehörden übertrieb, um bei den Empfängern der vertraulichen Berichte Unterstützung zu erlangen, aber dies ist gleichzeitig ein Beleg dafür, dass bei vielen in Südschleswig eine breite Unzufriedenheit herrschte über die Art und Weise, wie die Briten ihre Besatzungsmacht verwalteten.

Ein besonderer Teil seiner nationalen Arbeit, die über die einfache vertrauliche Berichterstattung hinausging, waren seine frühen Pläne zur Dominanz der Presse im Landesteil Schleswig, unter anderem durch die Besetzung von Führungspositionen

83 Jørgensen, Die Briten, S. 54.

mit anderen aktivistischen Minderheitsvertretern wie Prien, Jakobsen oder Kronika. Als dies scheiterte und die Presse weitgehend in den Händen von schleswig-holsteinisch gesinnten Persönlichkeiten endete, richtete er sein Augenmerk stattdessen auf die Gründung deutschsprachiger Minderheitenzeitungen wie der späteren *Südschleswigschen Heimatzeitung*. Da sich diese Entwicklung aufgrund der Linie der Briten, lediglich parteipolitisch ausgelegte Medien zuzulassen, wiederum verzögerte, griffen Jørgensen und Kollegen zu konspirativen Mitteln und ließen illegale Blätter in Dänemark drucken und nach Südschleswig schmuggeln. Auch wenn Jørgensen seine Verantwortung bestritt, als die illegale Presse zur Radikalisierung einzelner zu führen drohte, sind gerade er und der Personenkreis um ihn als die mutmaßlichen Initiatoren anzunehmen, wie der Autor Franz Wingender später festgestellt hat.

## H. M. Lunding

### Ein schleswigscher Nachrichtendienstler in offiziellem Auftrag

Er gilt als einer der bedeutendsten dänischen Nachrichtendienstler des 20. Jahrhunderts: Hans Mathiesen Lunding. Geboren wurde er 1899 in Jels im nördlichen Schleswig, das zu diesem Zeitpunkt noch Teil des Königreiches Preußen und des Deutschen Reiches war. Seine Familie und er waren wie die Mehrheit der Landbevölkerung in Nordschleswig dänisch gesinnt. Dennoch musste er ab 1917 seinen Wehrdienst in einer für ihn fremden Armee als Ulan sowohl an der West- als auch an der Ostfront leisten, bis die Revolution »Ereignisse welthistorischer Bedeutung an mir vorbeispülte, während ich lediglich daran dachte, wie ich dem Chaos entkommen und nach Nordschleswig zurückkehren konnte«.<sup>1</sup> Lunding kehrte 1919 nach dem Krieg zurück, und zwar rechtzeitig, um die Auswirkungen der welthistorischen Ereignisse auch in Schleswig mitzerleben, indem er sich für die Internationale Kommission zur Kontrolle des Gebietes hin zur Volksabstimmung 1920 in Walsbüll und Großenwiehe im Flensburger Umland engagierte. Lundings persönliche Geschichte war somit eng mit dem Landesteil Schleswig verbunden. Es ergab daher Sinn, dass er viele Jahre später von 1946 bis 1950 nach Flensburg zurückkehrte, um im offiziellen Auftrag des dänischen Außenministeriums als Verbindungsoffizier zur britischen Besatzungsmacht zu dienen.

Dieser Beitrag zeichnet die nachrichtendienstliche Karriere Lundings nach, um zu verdeutlichen, welcher dänische Akteur im Januar 1946 seinen Dienst im sogenannten »Deutschen Haus« in Flensburg antrat. Außerdem wird die Berichterstattung von Lunding analysiert. Seine Berichte gingen zwar formal vor allem an die dänische Militärmission in Berlin (ab 1949 in Bonn), an das Außenministerium und einzelne auch direkt an den Außenminister Gustav Rasmussen. Sie sind jedoch auch für die Auseinandersetzung mit der Arbeit der Nachrichtendienste interessant, denn mit Blick auf den Verfasser geben sie zumindest indirekt einen Einblick in die Gedankenwelt eines führenden dänischen Nachrichtendienstlers seiner Zeit.

1 H. M. Lunding/Otto Lippert: Stemplett fortroligt. Oberst H. M. Lundings erindringer, Kopenhagen 1970, S. 24 (künftig zitiert: Lunding: Strengt fortroligt).



*H. M. Lunding zu Besuch beim Jahrestreffen der dänischen Minderheit in Eckernförde 1947. Neben ihm der Kreisvorsitzende des Südschleswigschen Vereins (SSF), Helmuth Vogt (Archiv der Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig).*

## Nachrichtendienstler über Jahrzehnte

Nach den neuen Grenzziehungen wurde Lunding dänischer Staatsbürger und trat kurz darauf der Kavallerie der dänischen Armee bei. Er vertrat sogar Dänemark als Dressurreiter bei den Olympischen Spielen 1936 in Berlin, bei denen er in der Disziplin Vielseitigkeitsreiten (damals »Military«) sogar eine Bronzemedaille gewann. Im Folgejahr wurde Lunding zum Rittmeister befördert und wechselte von der Linie in den Generalstab als stellvertretender Chef der Sektion Aufklärung (Generalstabens Efterretningssektion). Die Aktivitäten des Nachrichtendienstes der dänischen Armee sowie des Schwesterdienstes der Marine waren zu diesem Zeitpunkt spärlich vorhanden und ihre Kapazität im Wesentlichen auf die Analyse offener Quellen begrenzt. Aber angesichts der Spannungen im Vorfeld des Zweiten Weltkrieges wurden eine Intensivierung ihrer geheimen Aktivitäten und der Aufbau eines V-Mann-Netzwerkes angestrebt. Diese Aufgaben konzentrierten sich vor allem auf neuralgische Punkte im norddeutschen Raum (Schleswig-Holstein, Hamburg, Raum Hannover und die Ostseeküste). Weiterhin bestand Lundings Aufgabe im Aufbau einer nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit mit Polen und der Tschechoslowakei. Nach dem Aus-

bruch des Zweiten Weltkrieges bemühten sich die beiden dänischen Dienste zudem, ein V-Mann-Netz innerhalb Dänemarks aufzubauen.<sup>2</sup>

Die Stärkung der Auslandsaufklärung half den Dänen letztendlich wenig. Zwar konnte die Sektion Aufklärung allerlei Meldungen, besonders über die militärische Entwicklung im Grenzraum seit dem Kriegsbeginn, liefern, aber die verbesserte Informationslage machte keinen Unterschied, als die Wehrmacht am 9. April 1940 Dänemark nahezu kampflos im Handstreich besetzen konnte. Dem Einsatz im Inland sollte dagegen eine besondere Bedeutung zukommen. Das sonderbare Besatzungsregime in Dänemark, das auf einer Souveränitäts- und Neutralitätsfiktion bei gleichzeitiger deutscher Militärpräsenz und politischer Oberhoheit beruhte, führte zu etlichen paradoxen Erscheinungen wie etwa den regulären und teils freien Parlamentswahlen sowie dem Weiterbestehen der dänischen Streitkräfte bis August 1943. Wie eigenartig die deutsche Besatzung Dänemarks verlief, stellte Lunding in seinen Erinnerungen dar. Die Sektion Aufklärung der Armee reagierte schnell auf den deutschen Einmarsch und verbrannte gleich am frühen Morgen hinter ihrem Hauptquartier Teile ihres Archivs, Karten und nicht zuletzt empfindliche Karteien, die den Deutschen Aufschluss über dänische V-Männer hätten geben können und gerade für die Agenten in Norddeutschland lebensgefährlich gewesen wären. Diese Sicherheitsmaßnahmen wurden in der festen Erwartung getroffen, dass die Besatzungsmacht dieses Material als erstes beschlagnahmen würde. Die Inbesitznahme von Sicherheitsarchiven wäre bei einem normalen Einmarsch eine logische Maßnahme, um eine nachhaltige Kontrolle des besetzten Landes zu gewährleisten. Umso größer war die Überraschung der dänischen Nachrichtendienstler, als keine deutschen Offiziere am Tag der Invasion erschienen und sie erst am nachfolgenden Tag gewissermaßen »eine Höflichkeitsvisite« durchführten. Es folgten weder Durchsuchungen noch Beschlagnahmungen der Archive.<sup>3</sup>

Unter dem Schutzmantel des Status als Musterprotektorat setzte der dänische Nachrichtendienst seine Arbeit fort und sammelte dabei Kriegserfahrungen im nachrichtendienstlichen Bereich. Nach Lundings Erinnerungen bestand nach wenigen Wochen bereits Kontakt nach England. Britische Quellen attestierten ab Mitte 1941, dass die Dänen den britischen Auslandsgeheimdienst, Secret Intelligence Service (SIS), mit exzellentem Material belieferten.<sup>4</sup> Und ab Ende des Jahres 1941 standen die dänischen Militärnachrichtendienstler – von britischer Seite mit dem Decknamen »die Prinzen« versehen – auch in regem Kontakt mit dem britischen Nachrichtendienst für Spezialeinsätze und Sabotage, Special Operation Executive (SOE), der ab 1942 die Verantwortung für die nachrichtendienstliche Arbeit in Dänemark auf

2 Ebenda, S. 62.

3 Ebenda, S. 69.

4 Hans Christian Bjerg: Ligaen. Den danske militære efterretningstjeneste 1940-1945, Kopenhagen 1985, Bd. 1, S. 102.



britischer Seite übernahm.<sup>5</sup> Das aktivistische Profil der SOE stand zwar etwas im Gegensatz zu dem klassischen nachrichtendienstlichen Profil ihrer dänischen Partner, die eher Informationen über Sabotage priorisierten. Dafür köderte Lunding die Briten mit der Perspektive, dass die Dänen im Ernstfall bei einer britischen Invasion binnen vier Stunden eine Streitmacht von 8.000 Mann hinter den deutschen Linien mobilisieren könnten.<sup>6</sup> Während die übrigen »Prinzen« bei der Entwaffnung der dänischen Streitkräfte nach Schweden entkamen und von dort aus weiterarbeiteten, wurde Lunding bei der Entwaffnung der dänischen Streitkräfte am 29. August 1943 verhaftet.<sup>7</sup> Somit endete für ihn der Zweite Weltkrieg zuerst mit Haft im Reichssicherheitshauptamt in der Prinz-Albrecht-Straße in Berlin und anschließend im KZ Flossenbürg in Bayern. In den 1970er Jahren erinnerte sich Lunding, dass er hier sogar Zellennachbar des verhafteten Abwehr-Chefs Wilhelm Canaris war, mit dem er angeblich bis zur Nacht vor dessen Hinrichtung durch Klopfzeichen in Kontakt stand.<sup>8</sup> In einem Bericht an die britischen Behörden kurz nach dem Krieg fand der ehemalige deutsche Spionagechef jedoch keine Erwähnung.<sup>9</sup>

Nach seiner Befreiung und Heimkehr wurde Lunding zunächst wieder Teil der Sektion Aufklärung, ging aber im November 1945 zurück in den Truppendienst. Da sich zum Jahresende ein Konflikt zwischen dem bisherigen dänischen Verbindungsoffizier Oberstleutnant Frederik Emil Winning Toussieng und dem Chef der Political Division der Control Commission Germany (CCG) anbahnte, musste auf Drängen der Briten eine Ablösung gefunden werden, und die Wahl fiel auf Lunding.<sup>10</sup> Der Verbindungsoffizier war der dänischen Militärmission in Berlin formal unterstellt, die mit der deutschen Kapitulation die Funktion der Botschaft übernommen hatte. Deshalb war die in Berlin ansässige Kommission »Diplomaten in Uniform« dem dänischen Außenministerium unterstellt.<sup>11</sup> In Südschleswig war Lunding jedoch nicht als einziger mit der Vertretung dänischer Interessen betraut, sondern er war Teil eines Triumvirats dänischer Interessen. Neben ihm vertrat auch der dänische Generalkonsul in Flensburg das Außenministerium,<sup>12</sup> sowie Frants Thygesen, der Generalsekretär des Interessenverbandes der dänischen Minderheit, des Südschleswigschen Ver-

5 Knud J. V. Jespersen: Med hjælp fra England. Det Lange tilløb, Odense 1998, S. 186.

6 Jespersen, Med hjælp, S. 194.

7 Knud J. V. Jespersen: Med hjælp fra England. Den væbnede kamp 1943–1945, Odense 2000, S. 30.

8 Lunding, Strengt Fortroligt, S. 107; Canaris: »Ich kann nicht mehr mitmachen«, in: Spiegel (1976), H. 34, S. 90–98.

9 The National Archives (TNA): WO 328/2, Statement of Captain Hans Lunding, Danish General Staff, 12.5.1945.

10 Kurt Jürgensen: Außenminister Christmas Møller in Flensburg 17.–18. August 1945, in: Frank Lubowitz, Henning Unverhau, Werner Paravicini: Mare Balticum: Beiträge zur Geschichte des Ostseeraums in Mittelalter und Neuzeit. Festschrift zum 65. Geburtstag von Erich Hoffmann (=Kieler Historische Studien, Band 36), Stuttgart 1992, S. 429–450, hier S. 437.

11 Karl Christian Lammers: Hvad skal vi gøre ved tyskerne bagefter? Det dansk-tyske forhold efter 1945, København 2005, S. 45.

12 1945–1947: Paul B. Ryder; 1947–1959: Erik H. Schack.

eins (SSF), der als beurlaubter Beamter des dänischen Innenministeriums auf jeden Fall indirekt dänische Staatsinteressen vertrat. Die Dichte an dänischen staatlichen Vertretern spiegelte den hohen Stellenwert wider, den die wechselnden dänischen Regierungen – sowie die dänische Bevölkerung – den Fragen der Zukunft des Grenzlandes in den Nachkriegsjahren beimaßen.<sup>13</sup>

Lundings Zeit in Südschleswig stellte eine Art Intermezzo in seiner Karriere dar, weil er ab 1950 als Oberst und Chef der Abteilung Nachrichten des Generalstabes (Forsvarsstabens Efterretningsafdeling, FST-E), des nun vereinten Nachrichtendienstes der Armee und der Marine, der Dänemarks militärischen Auslandsnachrichtendienst bildete, ins Verteidigungsministerium zurückkehrte.<sup>14</sup> Diese Stelle behielt er bis 1963. Dass er in Südschleswig nie die Uniform auszog, verdeutlicht seine Hybridfunktion. Als enger Mitarbeiter diente sein Adjutant Leutnant Ib Bangsbo, der seinem Chef in den neuen Nachrichtendienst folgte, wo er sowohl als Chef der Internen Sicherheit als auch als stellvertretender Chef der zentralen Beschaffungsabteilung, die für die operative Arbeit des Dienstes zuständig war, diente.<sup>15</sup>

Die besondere politische Rolle des »Verbindungsoffiziers« war nicht nur durch seinen direkten Draht zum Außenminister gekennzeichnet, sondern auch dadurch, dass er bei streng vertraulichen Besprechungen der Regierungsspitze zum Thema Südschleswig hinzugezogen wurde.<sup>16</sup> Lunding war ein politisch gut vernetzter Nachrichtendienstler, der in Schleswig tätig war und dem auch eine Freundschaft zum sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Hans Hedtoft als persönliche Karriereförderung nachgesagt wurde.<sup>17</sup> Sein späterer innerdienstlicher Gegner und zugleich Stellvertreter Poul Adam Mørch beschrieb ihn gegenüber deutschen Kollegen vom Bundesnachrichtendienst (BND) zwar nicht als »einen eingefleischten Sozialdemokraten«, aber als einen Opportunisten und »daher heult er mit den Wölfen«, was in diesem Forum nicht als Lob aufgefasst wurde.<sup>18</sup>

Durch seinen Hintergrund, seine Nähe zu den dänischen Diensten sowie seinen politischen Ehrgeiz ist die Trennlinie zwischen seiner Rolle als Diplomat, als Nachrichtendienstler und als politischer Akteur nicht ganz eindeutig. Man könnte den

13 Thorsten Borring Olesen, Poul Villaume: I blotopdelingens tegn. Dansk udenrigspolitik historie 1945–1972, Kopenhagen 2005, S. 62–67.

14 Peer Henrik Hansen: Fra genfødsel til Vestens vågne vagthund mod Øst, in: FE 1967–2017 – fra militær varslingsstjeneste til udenrigsefterretningstjeneste, Kopenhagen 2017, hier S. 46.

15 Christoph Franceschini, Thomas Wegener Friis, Erich Schmidt-Eenboom: Spionage unter Freunden. Partnerdienstbeziehungen und Westaufklärung der Organisation Gehlen und des BND, Berlin 2017, S. 225 (künftig zitiert: Franceschini/Friis/Schmidt-Eenboom: Spionage unter Freunden); Wilhelm Christmas-Møller: Obersten og Kommandøren. Efterretningstjeneste, sikkerhedspolitik og socialdemokrati 1945–1955, Kopenhagen 1995, S. 204 (künftig zitiert: Christmas-Møller, Obersten og Kommandøren).

16 Rigsarkivet (RA), Udenrigsministeriets Arkiv, LA FSS, 7.Y103, Referat, 5.2.1948.

17 Christmas-Møller, Obersten og Kommandøren, S. 204.

18 Thomas Wegener Friis/Erich Schmidt-Eenboom: En mærkelig forbindelse? Det tidlige vesttysk-danske efterretningssamarbejde, in: Fra Krig og Fred, 11 (2023), H. 1, S. 39–54, hier S. 45.

Horchposten in Südschleswig womöglich als eine legale Residentur oder eine »Station« bezeichnen, wie man in amerikanischer Terminologie einen durch diplomatische Tarnung abgedeckten nachrichtendienstlichen Stützpunkt nennen würde. Dass Dänemark einen nachrichtendienstlichen Vorposten in Schleswig-Holstein brauchte, ist offensichtlich; schließlich richtete Norwegen auch eine legal abgedeckte Station in der Landeshauptstadt Kiel ein.<sup>19</sup> Dabei scheint es logisch, dass der dänische Dienst sich der bereits vorhandenen Fachkräfte bediente, anstatt ein viertes dänisches Standbein aufzubauen. In diesem Lichte erscheinen Lundings Berichte auch für die Geschichte der Nachrichtendienste der Region relevant. Dass Lunding seine Aufgabe in Südschleswig mit der Systematik eines Nachrichtendienstlers wahrnahm, demonstriert schon die umfassende Personen- und Sachkartei, die er in dieser Zeit anlegte. 1.029 Personen – ob Amtsträger (Lehrer, Ärzte, Pastoren), Aktivisten und Angestellte der dänischen Minderheit oder der dänischen Kirche im Ausland, deutsche und britische Militärleute und Polizisten, gesuchte Personen, zurückgekehrte deutsche Skandinaviem-Emigranten, schleswig-holsteinische Politiker, Mitglieder der dänischen Minderheit in Kriegsgefangenschaft, Grenzgänger und Visumsuchende, Enteignete oder sogar Zirkusartisten – alle wurden sie von ihm erfasst.<sup>20</sup>

Auch wenn Lunding vereinzelt in seinen Berichten sogenannte »diskrete Informationen« weitergab,<sup>21</sup> bleibt es eine offene Frage, auf welche operativen Tätigkeiten Lunding und Bangsbo sich einließen. Lunding war beispielsweise engagiert im Aufbau sogenannter »Stay-behind-Netzwerke« des dänischen Nachrichtendienstes, also für den Kriegsfall vorbereiteter Spionage- und Sabotage-Gruppen im holsteinischen Raum, die der ehemalige Wehrmachtsoffizier Günther Toepke nach seiner Rückkehr nach Deutschland von 1948 bis 1956 leitete.<sup>22</sup> Aber wann genau Lunding – oder »Onkel Hans«, wie ihn Toepkes Kinder nannten – den persönlichen Kontakt übernahm, ist unklar.<sup>23</sup>

## Der Blick des nationalen Dänen

Die Berichte von H.M. Lunding sind in Dänemark noch weitgehend unter Verschluss. Die Dokumente können jedoch mit Ausnahmeansuchen und unter Auflagen im dänischen Nationalarchiv eingesehen werden. Weite Teile seines Schriftverkehrs aus dem Zeitraum Juli 1948 bis September 1950 sind im Archiv der dänischen Min-

19 Olav Riste/Arnfinn Moland: »Strengt hemmelig«. Norsk etterretningstjeneste 1945–1970, Oslo 1997, S. 119, 276.

20 Rigsarkivet, Flensborg, konsulær repræsentation. 1946–1959; register til oberstløjtnant H.M. Lundings arkiv.

21 Siehe beispielsweise Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig (DCBIB), P-264, 2–1, Den Slesvig-Holstenske Jordreform, 30.12.1949.

22 Erich Schmidt-Eenboom, Ulrich Stoll: Die Partisanen der NATO. Stay-Behind-Organisationen in Deutschland 1946–1991, Berlin 2015, S. 144.

23 Siehe den Beitrag von John Jensen in diesem Band.

derheit in Südschleswig parallelüberliefert und dadurch für die Forschung unmittelbar zugänglich. Deshalb steht vor allem die Berichterstattung aus der zweiten Hälfte seiner Amtszeit im Zentrum dieser Analyse. Im Gegensatz zur offiziellen Stellenbezeichnung beschäftigte sich Lunding nur zweitrangig mit der britischen Besatzungsbehörde. Der überwiegende Fokus des Verbindungsoffiziers lag auf der Entwicklung und der Unterstützung der dänischen Minderheit. Der Ausbau des Schulwesens, die direkte Förderung der Organisationen, Schulessen, Gesundheitsvorsorge, die Regelung der Einfuhr von Materialien aus Dänemark, dänisch gesinnte Kriegsgefangene, Kulturarbeit oder Bücherausleihe – zu jedem Teilaspekt der Tätigkeit der wachsenden Minderheitenorganisationen wusste Lunding nach Kopenhagen zu berichten.

Im grenzpolitischen Bereich musste Lunding mitunter leisetreten, denn der offizielle Kurs der dänischen Regierung war, dass sie keine Grenzrevision anstrebte. Dies widersprach eindeutig der Stimmung in der Minderheit sowie in breiten Teilen der Bevölkerung im Königreich.<sup>24</sup> Auch seiner eigenen inneren Überzeugung widersprach dies, und in seinen Erinnerungen von 1970 bedauerte er, dass die Gunst der Stunde verspielt wurde.<sup>25</sup> Vis-à-vis der Regierung musste er seine nationalen Wünsche zurückstecken, aber indirekt schimmerten sie in seiner Handhabung verwandter Fragen durch. Das zeigte etwa seine Unterstützung einer Trennung von Schleswig und Holstein sowie der dänischen Förderung des Abtransportes deutscher Flüchtlinge nach Nordrhein-Westfalen oder in andere Teile Westdeutschlands, um die Veränderung der Demographie zu Ungunsten der Minderheit zu verhindern.<sup>26</sup> Damit war klar, dass auch Hardliner in der Minderheitenfrage nicht weit entfernt standen, oder wie der nationalistische Aktivist und Historiker Wilhelm La Cour über seine Begegnungen mit Lunding 1946 sagte: »Einen besseren Vertreter als Lunding hätten wir uns nicht wünschen können.«<sup>27</sup>

Die Akten von Lunding bezeugen durchaus, dass er zu einer Anlaufstation für die Wünsche und Anliegen der dänisch gesinnten Südschleswiger wurde. Beispielhaft dafür ist die Information des SSF-Generalsekretärs Thygesen an den Verbindungsoffizier darüber, wie sich 1950 die Resignation in der Bevölkerung breit machte, weil »Flüchtlinge jedes Mal an der Reihe sind, wenn ein Hof zu verkaufen ist«, wozu er weiterhin anmerkt: »die Jungen fragen sich, ob der Sinn darin besteht, dass die Südschleswiger systematisch vom schleswigischen Boden verdrängt werden sollen, zugunsten der Fremden.«<sup>28</sup> Gerade die Auseinandersetzung zwischen der örtlichen Bevölkerung und den Heimatvertriebenen bekam durch den Grenzkampf eine zusätzliche Dimension.<sup>29</sup>

24 Siehe den Beitrag von Mogens Rostgaard Nissen in diesem Band.

25 Lunding, Strengt Fortroligt, S. 140.

26 Archiv der Dänischen Zentralbibliothek für Südschleswig (ADC), 2-5, Den danske bistand af borttransport af flygtninge fra Slesvig-Holsten, 16.8.1950.

27 Vilhelm la Cour: Ved vejs. Træk fra min manddoms afsluttende kampaar, Kopenhagen 1959, S. 195.

28 ADCB, H.M. Lunding, P264, Bd. 2-1, Brief Fr. Thygesen an Oberstleutnant H.M. Lunding, 9.2.1950.

29 Vgl. Martin Klatt: Flygtninge og Sydslesvigs danske bevægelse 1945–1955, Flensburg 2001.

Ein Dokument, das die Inhalte von Lundings Position in den Flensburger Jahren im Kern wiedergibt, ist ein Bericht aus dem Juli 1948, betitelt »Kurze Einschätzung der Rahmenbedingungen des Dänentums und die Entwicklung in Südschleswig mit besonderer Rücksicht auf die Zeit 1945–1948«. Obwohl der Titel eine zeitgenössische Analyse verspricht, beginnt Lunding seine Ausführungen im 18. Jahrhundert, um eine historisch begründete Analyse der nationalen Zugehörigkeit Schlesiens zu liefern. Auch wenn er die eigentlichen nationalen Auseinandersetzungen auf das 19. Jahrhundert datiert, attestiert Lunding Südschleswig schon Mitte des 18. Jahrhunderts »eine loyale patriotische Haltung«. Dabei hebt er eine Rede des Husumer Pfarrers von 1760 als repräsentativ hervor, der die Unterschiede zwischen »dem friedliebenden Dänemark« und »dem barbarischen Deutschland« betonte.<sup>30</sup> Es handelte sich mit anderen Worten um eine klassische nationale Legitimation für Gebietsansprüche. Dass Südschleswig 1948 sowie in der Vergangenheit überwiegend deutschsprachig war, unterschlug Lunding, denn schlussendlich – so meinte er – könne Sprache nicht als nationaler Indikator in einer Region gelten, die seit dem Mittelalter sächsischer Einwanderung und deutschem Spracheinfluss unterlag.<sup>31</sup> Auch die deutsche Mehrheit bei der 1920 abgehaltenen Volksabstimmung in Südschleswig lässt sich seiner Perspektive nach dadurch erklären, dass die dänische Seite zu wenig Zeit für Überzeugungsarbeit zur Verfügung gehabt habe, pro-deutsche Wähler zugewandert und dänisch gesinnte Wähler ausgeschlossen worden seien.<sup>32</sup>

Erst nach dem historischen und nationalen Rundumschlag, der immerhin die Hälfte des Berichtes beansprucht, wendet er sich der Lage nach dem Krieg zu. Dabei betont er den starken Zulauf zur dänischen Minderheit als genuin, auch wenn er zugesteht, dass es womöglich Einzelfälle gab, bei denen neue Mitglieder sich vor allem zusätzliche Essensrationen aus dem Norden erhofften. Danach hebt er die großen Schwierigkeiten hervor, denen die dänische Minderheit begegnete, nämlich zum einen die Drangsalierung durch die örtlichen deutschen Behörden sowie zum anderen den äußeren Druck durch die vielen Flüchtlinge aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten.<sup>33</sup> Letzteres stellte laut Lunding eine Bedrohung für die Minderheit und ihre Hoffnung auf eine »Heimkehr« ins Königreich dar. Alles in allem stellt die Analyse sowohl die Hintergründe als auch die Herausforderungen für eine Grenzänderung dar, wie sie aus der Sicht eines dänischen Nationalisten gesehen wurden.

Trotz des Widerstandes der dänischen Regierung versuchte Lunding bis zum Ende seiner Amtszeit, seine Möglichkeiten zu nutzen, um sie zu beeinflussen – ohne dabei ihre Linie in der Grenzfrage unkonstruktiv abzulehnen. So empfahl er noch im Februar 1950 dem dänischen Außenminister Gustav Rasmussen, sich bei den Besat-

30 ADCB, H.M. Lunding, P264, Bd. 1-1, En Kortfattet vurdering af danskhedens vilkaar og udvikling i Sydslesvig særlig med henblik på tiden 1945–1948, Juli 1948, S. 2.

31 Ebenda, S. 3.

32 Ebenda, S. 8.

33 Ebenda, S.32.

zungsmächten für eine Trennung von Schleswig und Holstein einzusetzen.<sup>34</sup> Um diesen Empfehlungen Nachdruck zu verleihen, legte er ein Schreiben des Vorsitzenden des SSF, Niels Bøgh Andersen, bei, das die dänische Regierung über die »Volksforderung« nach einem Referendum zur Trennung des Landesteils Schleswig informierte.<sup>35</sup>

Am Ende blieben die politischen Realitäten in Kopenhagen unnachgiebig. Daher waren die Bemühungen von Lunding um eine Verbesserung der Rahmenbedingungen der Minderheit in Deutschland zukunftssträchtiger. Mit dieser Verlagerung der Schwerpunkte von der Grenzfrage zur Sicherung der Koexistenz – wenn auch gezwungenermaßen – spiegelte Lunding das generelle langfristige Umsteuern der dänischen Minderheit wider. Und gerade am Ende seiner Dienstzeit in Südschleswig zeichneten sich positive Tendenzen ab, die in seiner Berichterstattung zur Kieler Erklärung und zu ausgewählten deutschen Politikern sichtbar wurden.<sup>36</sup> Bei Letzteren wurde von Lunding besonders Bundespräsident Theodor Heuss hervorgehoben, der im Januar 1950 Flensburg besuchte. Lunding war gleichermaßen beeindruckt von der frei gehaltenen Rede des Bundespräsidenten, in der er eingehend über dänische Verhältnisse und Persönlichkeiten von Adeligen bis zur Bildungssikone des 19. Jahrhunderts, N. F. S. Grundtvig, referierte, sowie davon, wie souverän und distanziert er mit Vertretern der deutschen Minderheit in Nordschleswig – und damit symbolisch mit dem traditionellen deutschen Grenzkampf – umging. Deshalb waren sich Lunding und der dänische Generalkonsul Erik Schack einig, dass Heuss »der beste Staatsmann war, den die Deutschen seit 1864 hierhergeschickt hatten«.<sup>37</sup>

## Sicherheitsbeobachtungen

Neben seinem starken Fokus auf die Belange der dänischen Minderheit nutzte Lunding auch seinen vorgeschobenen Aussichtsposten, um die deutsche Politik sowie andere Belange zu beobachten, die durchaus auch den dänischen Nachrichten- und Außendienst in dieser Zeit interessierten. Dabei standen nicht zuletzt der sich abzeichnende Kalte Krieg sowie die Frage des Aufbaus neuer deutscher Sicherheitsstrukturen im Vordergrund, die gerade vor seinem Abschied in die Kopenhagener Nachrichtendienstzentrale Kastellet aktuell wurde. Gerade 1950 war ein Schicksalsjahr, weil in Schleswig-Holstein das Landesamt für Verfassungsschutz gegründet und die Diskussion zur Wiederbewaffnung angestoßen wurde.

34 ADCB, H.M. Lunding, P264, Bd. 2-1, H. M. Lunding an Gustav Rasmussen, 9.2.1950.

35 ADCB, H.M. Lunding, P264, Bd. 2-1, N. Bøgh-Andersen, 8.2.1950.

36 ADCB, H.M. Lunding, P264, Bd. 1-7, Overenskomst mellem de dansksidende Sydslesvigere og Landsregeringen 1949.

37 ADCB, H.M. Lunding, P264, Bd. 2-1 Den vesttyske Forbundspræsident Professor Heuss besøg i Flensburg, 19.1.1950.



*Bundespräsident Theodor Heuss bei seinem Besuch in Flensburg 1950 im Gespräch mit dem Oberbürgermeister Jacob Clausen Møller von der dänischen Minderheit, der 1945 von den Briten berufen und danach zweimal wiedergewählt wurde (Archiv der Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig).*

Besonders der Anfang des Korea-Krieges befeuerte die Diskussion über die deutsche Wiederbewaffnung, in der Konrad Adenauer die Initiative ergriff und die Westmächte deutsche Geisterdivisionen zur Verteidigung im Falle eines neuen europäischen Krieges forderten.<sup>38</sup> Auch regional vernahm Lunding die neuen Töne in einem privaten Gespräch mit dem schleswig-holsteinischen SPD-Ministerpräsidenten Bruno Diekmann, der seine Bedenken über die Ohnmacht der Bundesrepublik gegenüber ostdeutschen Spezialkadern äußerte, die darauf abzielten, Unruhen zu schüren.<sup>39</sup> Lunding berichtete außerdem direkt dem Außenminister über Gespräche zwischen ihm und dem britischen Hochkommissar für Deutschland, Ivone Kirkpatrick, sowie mit Mitarbeitern des Bundeskanzlers über die Notwendigkeit westdeutscher Streitkräfte.<sup>40</sup>

38 Vgl. Dieter Krüger: Der »Koreaschock« 1950, in: Matthias Uhl (Hrsg.): Korea der Vergessene Krieg? Der militärische Konflikt auf der koreanischen Halbinsel 1950–1953 im internationalen Kontext (=Veröffentlichung des Deutschen Historischen Instituts Moskau, Bd. 3), Berlin 2012. S. 167-176, hier S. 170.

39 ADCB, H.M. Lunding, P264, Bd. 2-5, Vesttysklands remilitarisering, 19.8.1950.

40 ADCB, H.M. Lunding, P264, Bd. 2-5, Et vesttysk politi og Tysklands remilitarisering, 31.8.1950.

Die deutschen und westlichen Überlegungen zu der Ausgestaltung der Wiederbewaffnung verliefen jedoch etwas länger. Für Dänemark war es von großer Bedeutung, schon frühzeitig zu erkennen, wer die neue westdeutsche militärische und sicherheitspolitische Elite stellen würde. Lunding deutete dabei auf den ehemaligen Panzergeneral Hasso von Manteuffel als einen zentralen Akteur.<sup>41</sup> Durch eine Kontaktperson im Umfeld des ehemaligen Generalobersts Franz Halder gelangte Lunding an Teile der Denkschrift von Manteuffel an Konrad Adenauer zur Wiederbewaffnung vom 18. November 1949.<sup>42</sup> Auch wenn Manteuffel wegen seiner Nähe zu rechtsextremen Kreisen am Ende keine Führungsposition in der Bundeswehr einnehmen sollte, befand er sich durchaus in dem eher undurchschaubaren Netzwerk von ehemaligen Militärs, die die westdeutsche Wiederbewaffnung beeinflussten. Diese Gruppe setzte sich nicht zuletzt aus Personen zusammen, die sich um die von der CIA finanzierte Organisation des ehemaligen Wehrmachtsgenerals Reinhard Gehlen scharrten. Als sogenannte Sonderverbindung zur Organisation Gehlen (Org. Gehlen) befand sich Manteuffel tatsächlich auch in diesem Orbit.<sup>43</sup> Die dänischen Nachrichtendienste bemühten sich in diesen Jahren aus verschiedenen Richtungen um den Kontakt zur Org. Gehlen. Zum einen durch Direktkontakt zu Gehlen selbst, was 1948 in einem Kooperationsvertrag mündete,<sup>44</sup> und zum anderen durch einen Geheimkanal zu dem ehemaligen Vizeadmiral und späterem Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages, Helmuth Heye (CDU), der gleichzeitig der exklusiven und von der Org. Gehlen finanzierten Gruppe »Nordlicht« angehörte. Neben ihm zählten auch der spätere erste Inspekteur der Bundesmarine, Vizeadmiral Friedrich Ruge, sowie dessen Stellvertreter, Konteradmiral Gerhard Wagner, zu den Mitgliedern dieser Gruppe.<sup>45</sup>

Während die Wiederbewaffnung noch einige Jahre auf sich warten ließ, erlebte Lunding in Schleswig-Holstein die Vorbereitungsphase des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) sowie die Gründung des Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV) mit. Weder die Ereignisse auf Bundesebene noch die im Land verleiteten ihn zu tiefgreifenden Überlegungen. Zur Gründung des LfV schickte er lediglich die Gesetzgebung nach Kopenhagen zur Kenntnisnahme, wobei er sich keine Gedanken darüber machte, welche Risiken diese Behörde für die Minderheit mit sich bringen könnte.<sup>46</sup> Zur Vorbereitung des BfV merkte er lediglich an, dass ein vorhergesehener

41 ADCB, H.M. Lunding, P264, Bd. 2-2, H.M. Lunding an Minister Hvass, 18.4.1950.

42 ADCB, H.M. Lunding, P264, Bd. 2-2, H.M. Lunding an Minister Hvass, 5.4.1950; Dorothee Hochstätter: Hasso von Manteuffel (1897-1978). Vom Panzergeneral zum Parlamentarier der FDP, in: Zeitschrift für Liberalismusforschung, 27 (2015), H. 1, S. 205-237, hier S. 215.

43 Agilof Kesselring, Die Organisation Gehlen und die Neuformierung des Militärs in der Bundesrepublik, Berlin 2017, S. 107 (künftig Kesselring, Die Organisation Gehlen).

44 RA, FOARK, P.A. Mørchs Personarkiv, Nr. 1015, Historische Aufzeichnungen über Aufnahme der Beziehungen zur Organisation Gehlen von P.A. Mørch, ohne Titel, ohne Datum, S. 7.

45 Jesper Thestrup Henriksen: Der Weg zum Einheitskommando, in: Aaron Jessen/Emar Mollenhauer/Karsten Biermann (Hrsg.): Grenzen Überwinden. Schleswig-Holstein, Dänemark & die DDR, Husum 2016, S. 48-69, hier S. 52; Kesselring, Die Organisation Gehlen, S. 78.

46 ADCB, H.M. Lunding, P264, Bd. 2-3, Slesvig-Holstensk lovforslag om oprettelse af et organ til beskyttelse



Haushalt von einer Million DM recht überschaubar sei und dass »man sich bemühe, keine neue »Gestapo« zu errichten, andererseits möchte man verhindern, dass die »Feinde des Staates« sie untergraben und zerstören«. <sup>47</sup> Nicht nur Lunding, sondern auch die dänischen Dienste zeigten im Gegensatz zur Org. Gehlen nur wenig Interesse am Verfassungsschutz. Das LfV bekam erst zögerlich 1952 Kontakt zum dänischen militärischen Nachrichtendienst, obwohl dänische Truppen in Itzehoe stationiert waren. <sup>48</sup> Auch die dänische Abwehr zeigte nur bedingt Interesse an ihren südlichen Nachbarn. Als sie erst 1953 Kontakt zum Verfassungsschutz aufnahm, entstand dieser über Hamburg und nicht über Kiel zum BfV. <sup>49</sup>

Neben den Feinden von rechts, auf die Lunding durchaus ein Auge hatte, zielten die neu gegründeten Verfassungsschutzorgane selbstverständlich vor allem auf die Hauptgegner im Kalten Krieg, die Kommunisten, ihre Sympathisanten sowie ihre Unterstützer in der DDR. Sie standen natürlich auch im Blickfeld von Lunding. In einem vertraulichen Dokument aus dem Frühling 1950 lieferte er eine umfassende Analyse der KPD in Schleswig-Holstein und in Flensburg. Zu seiner offensichtlichen Zufriedenheit befand sich der regionale Zweig der Partei im Zuge des Streits zwischen Stalin und Tito in einem internen Konflikt, den Lunding mit Hilfe der kommunistischen Presse in Norddeutschland verfolgte. Weniger erfreut war er über die Offerten zur nationalen Einheit im Anschluss an die Gründung der DDR und die sowjetische Deutschlandpolitik, die Einheit und Neutralität propagierte. Damit suchten die Kommunisten – nach Lundings Meinung – in Südschleswig Anschluss an extreme rechte Gruppen mit »gesamt- und großdeutschen« Argumenten, vorgebracht von »besonders geschulten Leuten«. <sup>50</sup> Eine Besonderheit der Flensburger KPD, die unter anderem von dem ehemaligen Schüler der Duburg-Schule (Duborg-Skolen) Karl-Heinz Lorenzen mitgeführt wurde, war eine auffallende Differenz zwischen den aktiven Mitgliedern und den Abonnenten der kommunistischen Zeitung *Norddeutsches Echo*. Lunding führte dies darauf zurück, dass die KPD ihre Mitglieder 1946 vor den Unvereinbarkeitsbeschluss stellte, der sie dazu zwang, zwischen der Mitgliedschaft in der KPD und in Organisationen der dänischen Minderheit zu wählen. Daraufhin sollen sich etwa 800 Genossen für die Minderheit entschieden haben, wobei sie »weiterhin kommunistischen Ideen huldigten, weshalb sie die Zeitung weiterhin abonnierten«. <sup>51</sup> Diese Argumentation, die kommunistische Kreise und die Minderheit sehr nahebrachte, war eher unglücklich gewählt, da sie sowohl Vorurteile vor als auch nach 1945 unter den deutschen Diensten widerspiegelte.

forfatningen, 23.5.1950; Siehe den Beitrag von Carsten Müller-Boysen in diesem Band.

47 ADCB, H. M. Lunding, P264, 2-2, H. M. Lunding an Minister Hvass, 23.3.1950.

48 Landesarchiv Schleswig-Holstein (LASH), Abt. 613, Az. 520 K2, Gedächtnisprotokoll über die Gespräche mit dem Beauftragten des dänischen Nachrichtendienstes, 8.7.1952.

49 PET-Kommissionens beretning Bd.4 .PETs virkemidler. Internationale samarbejde, kildeføring, aflytning, mv., Kopenhagen 2009, S. 35.

50 ADCB, H. M. Lunding, P264, Bd. 2-2, H. M. Lunding an Minister Hvass, 22.4.1950.

51 Ebenda.

## Am Ende und am Anfang

Im Spätsommer 1950 verließ Lunding die Bundesrepublik, um seine Führungsaufgaben in Kopenhagen beim neustrukturierten Militärischen Nachrichtendienst aufzunehmen. Dennoch endete seine Beschäftigung mit Deutschland und Schleswig-Holstein längst nicht. In Schleswig-Holstein setzte er seine Arbeit mit sogenannten Stay-behind-Netzwerken fort, die im Falle eines Krieges durch Spionage, Sabotage oder die Evakuierung von Flugzeugbesatzungen (sogenannte Evasion and Escape) aktiv werden sollten,<sup>52</sup> und baute in Zusammenarbeit mit dem Bundesnachrichtendienst im Landesteil Schleswig ein solches Netzwerk auf. Dieses Netzwerk war in den 1950er Jahren als »Thor-« oder »Janus-Netzwerk« und ab 1960 als »Dachs« oder »Isegrim« bekannt.<sup>53</sup> Über dessen Umfang, Mitglieder, Kommunikationswege und Einsatzpläne ist bisher nichts bekannt. Dafür ist bekannt, dass das Stay-behind-Netzwerk »Storch« im Kraftfahrtbundesamt (KBA) mit einem V-Mann vertreten war.<sup>54</sup>

Ohne Mitwissen der deutschen Partner betrieb Lunding zudem in Holstein ein eigenes Stay-behind-Netz, angeleitet von dem ehemaligen Wehrmachts-, Stalingrad- und Dänemark-Veteranen Günther Toepke.<sup>55</sup> Dieses Netz musste er jedoch 1956 aufgeben, da es dem LfV in Schleswig-Holstein aufgefallen war und seine Enttarnung drohte. Lunding bat daher den BND, das Netz einer deutschen Kommandobehörde zu unterstellen und womöglich Toepke eine Karriere in der Bundeswehr zu ermöglichen.<sup>56</sup> Toepke wurde bei der 3. Panzerdivision der Bundeswehr untergebracht, während die Kenntnisse über das dänische Stay-behind-Wesen in Holstein aus den Akten des LfV verschwanden.

Lundings Zusammenarbeit mit den deutschen Partnern setzte sich mit dem Übergang von der Org. Gehlen zum BND nahtlos fort. Sie entwickelte sich in den späten 1950er Jahren immer vertrauensvoller bis zu dem Punkt, dass die Dänen den Deutschen nicht nur ihre innersten Geheimnisse, sondern auch die Identität ihrer Agenten verrieten.<sup>57</sup> Und somit versöhnten sich die Nachrichtendienste beider Länder, die sich im Grenzland traditionell entgegengestanden hatten, im Windschatten des Kalten Krieges. In den Erinnerungen von Lunding werden Reinhard Gehlen und seine Mitarbeiter für ihre vorzüglichen menschlichen und demokratischen Tugenden gelobt. Wenn man auf der einen Seite Lundings Lebenslauf als ein dänisch gesinnter Nordschleswiger, ehemaliger Ulan, ehemaliger KZ-Häftling, ehemaliger Verbindungsoffizier und Nachrichtendienstler in Betracht zieht, sowie auf der anderen

52 Franceschini/Friis/Schmidt-Eenboom: Spionage unter Freunden, S. 205, 206.

53 Kesselring, Die Organisation Gehlen, S. 477, 480.

54 Ebenda, S. 327.

55 Siehe den Beitrag von John Jensen in diesem Band.

56 BND-Archiv, Akte 01292.e, Aktennotiz über Besprechung mit KAMMGARN am 8.3.1856 in Hamburg vom 13.3.1956.

57 Franceschini/Friis/Schmidt-Eenboom: Spionage unter Freunden, S. 205, 226–227.

Seite NS-Kontinuitäten unter den Fittichen von Gehlen, mag das Lob übertrieben wirken.<sup>58</sup> Dennoch zeigt die Geschichte der Zusammenarbeit, wie sowohl historische Traumata als auch Grenzkonflikte bei genügendem Willen selbst von stark national gesinnten Personen überwunden werden konnten.

58 Lunding, Strengt Fortroligt, S. 150–151.

## Nationalsozialisten in Diensten der DDR-Spionage

### Das Beispiel Gustav Hanelt

Schleswig-Holstein wirkt auf der Landkarte der DDR-Spionage unscheinbar. Zumindest auf den ersten Blick: Es war stets weit entfernt von der Bundeshauptstadt Bonn. Doch in der Geschichte der Bundesrepublik bietet dieses Land den ersten nachrichtendienstlichen Fall von Landesverrat,<sup>1</sup> der es in die überregionalen Medien geschafft hat und vom Bundesgerichtshof geurteilt wurde. Die Bühne stand dabei in Kiel und betraf den Angestellten des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Gustav Hanelt. Der Mann selbst ist in der Literatur bekannt, insbesondere wegen seines grausamen Wirkens während des Nationalsozialismus, aber seine Rolle für das Institut für wirtschaftswissenschaftliche Forschung (IWF), den Vorläufer des Auslandsnachrichtendienstes Hauptverwaltung A (HV A) des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), ist bislang wenig thematisiert.<sup>2</sup> Beim amerikanischen Nachrichtendienst wurde der Angestellte sogar irrtümlich als sowjetische Nachrichtendienst-Quelle gelistet. Im Weiteren wird in einer Skizze dem Wirken von Gustav Hanelt nachgegangen, die sich weithin auf vom CIA überlassene Vernehmungprotokolle des Bundeskriminalamtes (BKA) stützt sowie auf vorgefundene, umfassende Untersuchungen seines Wirkens in Lublin während des deutschen Faschismus und schließlich auf Medienberichten und vereinzelt überlieferten Faszikeln des Ministeriums für Staatssicherheit beruht.

- 1 Das Strafrechtsergänzungsgesetz schaffte beginnend mit dem 1. September 1951 erst die Grundlage für eine strafrechtliche Bewertung des Landesverrats. Vgl. Strafrechtsergänzungsgesetz, in: Bundesgesetzblatt Jahrgang 1951 Teil I Nr. 43, ausgegeben am 31.8.1951, S. 739. Freilich gab es zuvor bereits nachrichtendienstlich relevante Sachverhalte, nur konnten sie noch nicht gerichtlich bewertet werden.
- 2 Die bislang umfassendste Darstellung stammt aus der Feder von Henry Leide aus dem Jahre 2005: NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR, Göttingen 2005, S. 277–283 (künftig zitiert: Leide, NS-Verbrecher), in dem Gustav Hanelt zwar als Randperson lediglich an zwei Stellen erwähnt worden ist (S. 280 und 282), aber den Kontext beschreibt. Er stützt sich dabei wesentlich auf den bis dahin erschlossenen Aktenbestand des Stasi-Unterlagenarchives. Das nachrichtendienstliche Netz, in dem Hanelt eingebunden war, wurde nebst Decknamen erstmals erwähnt in: Helmut Müller-Enbergs: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 2: Anleitungen für die Arbeit mit Agenten, Kundschaftern und Spionen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1998, S. 23 (künftig zitiert: Müller-Enbergs: Inoffizielle Mitarbeiter 2). Gleichwohl hat Steffen Leide in dem Unterkapitel »Vom Judenjäger in Frankreich zur Parteiaufklärung der SED – August Moritz« eine bahnbrechende Skizze publiziert.

20 AUG 1959

TO: Mr. Ernest Thoresen  
ACS/Intelligence  
Headquarters, USAF

FROM: Deputy Director, Plans

SUBJECT: HANKELT, Gustav

DECLASSIFIED AND RELEASED BY  
CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY  
SOURCE METHODS EXEMPTION 25X29  
NAZI WAR CRIMES DISCLOSURE ACT  
DATE 2001-2008

1. Reference is made to your request dated 1 May 1959, file C-149-59, subject as above, whose name you desired checked against the files of this office. The files contain the following information concerning one Gustav Herman Heinrich HANKELT, born 21 September 1914 in Schmachthagen/Kreis Stormarn, Germany, who may or may not be identifiable with Subject.
2. According to a report dated 15 February 1956, information from the Federal High Court of Germany received through an official West German service indicated that, on 22 December 1953, Gustav HANKELT was sentenced to one year's imprisonment for intelligence activities against the Federal Republic of Germany in behalf of the Soviet Intelligence Service.
3. According to a report dated 30 June 1952, from the West German Federal Security Group, HANKELT stated that he went to a secondary school from 1925 until 1934 and then studied law and constitutional law in Berlin, Jena, Koenigsberg, and Hamburg. According to HANKELT, he passed the first government examination for the faculty of law in 1941. He was reportedly appointed "Assessor" in 1943.
4. The report further indicated that he served his military term from 1935 until 1937. At the outbreak of the war in 1939, he was drafted immediately, and was transferred to the Waffen-SS in the fall of 1940. According to HANKELT, he served at the front without interruption until the collapse, except for a few minor special missions. Allegedly he was wounded four times, and was blinded for a time. His last rank was SS-Hauptsturmfuehrer in reserve. HANKELT was interned until 20 December 1947 then later worked on his father's estate until January 1950. After that,

201 FILE OPENED ON THE  
BASIS OF THIS DOCUMENT

COORDINATION WITH

SECRET  
NO FOREIGN DISSEMINATION

USAF

[ ]

Aus der Akte Gustav Hanelts bei der Central Intelligence Agency (CIA Archiv).

## Karriere des Nationalsozialisten Hanelt

Gustav Hanelt wurde am 21. September 1914 in dem kaum 200 Einwohner zählenden Schmachthagen (Stormarn/Holstein) geboren, das seinerzeit zum Landgerichtsbezirk Lübeck gehörte. Seine Eltern waren Landwirte, heißt es zumeist, doch gelegentlich ist auch von Zieglermeister die Rede. Sein namensgleicher Vater besaß einen Hof in Strenglin (heute Gemeinde Pronstorf, Kreis Segeberg), seine Mutter Henne (sic!), geboren in Groenveld, war Hausfrau. Er besuchte die Volksschule in Steinhorst (Lauenburg) von Ostern 1921 bis Ostern 1925. Anschließend lebte er bei seinen Großel-

tern, um die Oberrealschule in Bad Oldesloe (Kreis Stormarn) von 1925 bis Ostern 1934 besuchen zu können, wo er das Abitur bestand. Noch während der Schulzeit exponierte er sich im nationalsozialistischen Milieu. Am 1. Mai 1929 trat der 14-Jährige dem Nationalsozialistischen Schülerbund (NSSB) und am 1. Mai 1931 der Hitlerjugend (HJ) bei, wo er es zum Scharführer einer Gefolgschaft brachte. Im November 1932 füllte er seinen Antrag auf Mitgliedschaft in der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) aus, der er ab 1933 angehörte. Am 9. Januar 1933 (an anderer Stelle: 9. November 1933) trat er als 18-Jähriger der SS bei. Er wollte Offizier der Reichswehr werden, konnte aber die erforderliche Kautions nicht aufbringen. Ein Studium konnten die Eltern ihrem Sohn gleichfalls nicht finanzieren. Ab März 1934 war Hanelt zunächst neben-, dann hauptamtlich bei der NSDAP beschäftigt, konkret bei der Kreisleitung in Stormann, dann bei der SS-Standarte in Altona und ab dem 7. Januar 1935 als Angestellter im Rasse- und Siedlungshauptamt (RuSHA) in Berlin.<sup>3</sup>

Mit finanzieller Unterstützung des Nationalsozialistischen Deutschen Studentebundes (NSDStB) studierte Gustav Hanelt ab dem Sommersemester 1935 in Berlin ein Semester lang Philosophie, später sprach er von den Studienfächern Geschichte und Anthropologie. Wieder bei anderer Gelegenheit äußerte er, ab dem Sommersemester 1935 Rechts- und Staatswissenschaften in Berlin studiert zu haben. Ein Studium der Anthropologie während der NS-Zeit klang auch in der jungen Bundesrepublik nicht sonderlich gut. Im Herbst 1935 meldete er sich, kaum immatrikuliert, freiwillig zum zweijährigen Wehrdienst, den er bis Oktober 1937 absolvierte. Der Wehrdienst erfolgte beim gerade aufgestellten Maschinengewehr-Bataillon 8 in Züllichau (heute Sulechów/Polen) im Wehrkreis III, ein Bataillon mit drei MG-Kompanien als Heeresgruppe, das er als Feldwebel und Offiziersanwärter verließ. Hanelt setzte sein Studium in der Zeit von 1937 bis 1939 in Jena, Königsberg und Hamburg fort. So erzählte er es bei einer polizeilichen Vernehmung am 13. Mai 1952. Doch die Wirklichkeit dürfte noch eine andere Tonfarbe enthalten: Das RuSHA schickte ihn nach Königsberg, um dort ein SS-Mannschaftshaus aufzubauen und zu leiten, während er dort dann sein Rechts- und Staatswissenschafts-Studium vom Wintersemester 1937/38 bis zum Sommersemester 1938 fortsetzte. Etwa Mitte 1938 holte SS-Sturmbannführer Kurt Ellersiek (1901–1964) Hanelt als seinen Mitarbeiter ins Berliner Hauptquartier, während er zugleich an der Universität in Hamburg Jura studierte. Ellersiek hielt am 10. Mai 1933 als »Ältester der Deutschen Studentenschaft« bei der Bücherverbrennung in München die Ansprache und wechselte im April 1935 zum RuSHA mit dem

3 Die Angaben beruhen im Folgenden weithin auf Erklärungen von Gustav Hanelt, die er gegenüber dem Bundeskriminalamt während seiner Vernehmungen gemacht hat; vgl. Bundeskriminalamt SG: Protokoll vom 13.5.1952, 17.5.1952, 20.5.1952, 21.5.1952 und 23.5.1952, in: U.S. National Archives and Records Administration (NARA), RG 263, Hanelt, Gustav [künftig zitiert: BKA: Vernehmungsprotokolle]. Einen denkbar präzisen Lebenslauf zu Gustav Handelt findet sich in Hans-Christian Harten: Weltanschauliche Schulung der SS und der Polizei im Nationalsozialismus: Zusammenstellung personenbezogener Daten, Paderborn 2017, S. 170 f.; Hanelt, Gustav Herman Heinrich RC-Box 20 RC Location 230/902/64/4; BArch, Berlin Document Center, SSO, Hanelt, Gustav.

Schwerpunkt Schulungs- und Rassenamt. Er war Mitbegründer der SS-Mannschaftshäuser, in denen eine studentische SS-Elite geschult und wehrsportlich trainiert werden sollte. Ellersiek war deren Kommandeur.<sup>4</sup>

Von Juli bis August 1939 erhielt Gustav Hanelt einen Sonderauftrag des Reichsführers SS, Heinrich Himmler (1900–1945)<sup>5</sup>. Er sollte in die Slowakei fahren, um als Verbindungsoffizier zur slowakischen Regierung beim Bau strategischer Straßen zu wirken, wobei zu den Arbeiten meist Juden unter unerträglichen Bedingungen herangezogen wurden. Das Straßennetz in der Slowakei war strategisch kriegsrelevant.<sup>6</sup>

Im September 1939 wurde Gustav Hanelt zum Maschinengewehr-Bataillon 8 in Züllichau eingezogen, im Herbst 1940 sei er, wie er bei der besagten Vernehmung behauptete, als Leutnant von der allgemeinen SS zur Waffen-SS überstellt worden. Über das SS-Führungshauptamt wurde er zum höheren SS- und Polizeiführer des Generalgouvernements nach Krakau kommandiert, wo er innerhalb der Polizei tätig war. Nach einem Jahr Wehrdienst wurde er im Oktober 1940 nach Lublin entsandt, um dort ein weiteres SS-Mannschaftshaus zu organisieren. Zugleich spielte er in jenen Tagen eine wichtige Rolle bei der Planung für SS- und Polizeistützpunkte (SSPF) im Distrikt Lublin, die wesentlich zu deren Zentralisierung beitrugen, insbesondere nach dem Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941.

Diese SSPF waren der blutige Kristallisationskern für Repression und Vernichtung von Menschen. In diesen Führungsstäben waren alle örtlich vorhandenen SS- und Polizeiorganisationen vereint wie die Ordnungspolizei, Sicherheitspolizei/SD, Grenzpolizei, Mitarbeiter in den Konzentrationslagern und örtliche Truppen der Waffen-SS. Von dort aus gingen die Befehle aus. Die Spitze der Organisation verkörperte der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei (RFSSuChdDtPol), Heinrich Himmler, dem dann die höheren SS- und Polizeiführer (HSSPF) unterstellt waren und dann – nun exemplarisch – die SS- und Polizeiführer in Lublin. Der Aufgabenbereich umfasste in Polen auch die Zuständigkeit für die Ghettos und Deportationen in Vernichtungslager. In der juristischen Bewertung unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Beteiligten für Kriegsverbrechen verantwortlich gemacht. Von den 111 SS- und Polizeiführern wurden 15 zum Tode, weitere 21 zu Haft verurteilt. Gustav Hanelt konnte dem nach dem Zweiten Weltkrieg entgehen.

4 Zur Person Kurt Ellersiek vgl. BArch NS 19/2651; NARA Ellersiek, Kurt; Matthias Uhl/Martin Holler/Jean-Luc Leleu (Hrsg.): Die Organisation des Terrors – Der Dienstkalender Heinrich Himmlers 1943–1945, München 2020; Massimiliano Afero: The 11th Waffen-SS. Freiwilligen Panzergrenadier Division Nordland, Pennsylvania 2023, S. 35; Ralf Forsbach: Die Medizinische Fakultät der Universität zu Köln in der NS-Zeit, Wien/Köln 2023, S. 289; Isabel Heinemann: Rasse, Siedlung, deutsches Blut: Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas, Göttingen 2013, S. 93.

5 Vgl. Peter Longeric: Heinrich Himmler. Biographie, München 2023.

6 Vgl. Ludovit Hallon: Die Slowakei und NS-Deutschland. Über die Rolle des Satellitenstaates für die »deutsche Großraumwirtschaft«, Hannover 2021, S. 63; Mariana Hausleitner/Souzana Hazan/Barbara Hutzelmann (Bearb.): Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945. Bd. 13: Slowakei, Rumänien und Bulgarien, Berlin 2018, S. 119–326.

In seiner Zeit in Lublin verfasste Hanelt zwei Aufsätze für den Polizeiführer und SS-Gruppenführer Odilio Globocniks (1904–1945)<sup>7</sup>, die dem Reichsführer SS vorgelegt wurden. Am 27. November 1940 verfasste er seine »Gedanken zur Wehrsiedlung« sowie in einem weiteren Aufsatz die »Planung zur Regelung der Judenfrage im Distrikt Lublin«.<sup>8</sup>

Allerdings hatte er sich in Lublin von Februar bis Mai 1941 beurlauben lassen, um sich auf seine Referendarprüfung des ersten juristischen Staatsexamens vorzubereiten, die er am 17. Mai 1941 mit dem Zeugnis »ausreichend« beim Oberlandesgericht Hamburg ablegte. Mithin war er dann Gerichtsreferendar und ab dem 30. November 1943 wurde er zum Assessor ernannt. Zu diesem Zeitpunkt war er jedoch längst wieder nach Lublin zurückgekehrt, wo er sich ab Juni 1941 aufhielt. In Globocniks Apparat leitete Hanelt jenen Stab, der für die Bereiche »Gesamtplanung der SS- und Polizeistützpunkte, Säuberung der Juden, wissenschaftlicher Auftrag im Rahmen des SS-Mannschaftshauses« zuständig war.<sup>9</sup>

Hanelt gab am 13. Mai 1952 zu seiner Tätigkeit in den Jahren von 1940 bis zum »Zusammenbruch« an: mit »Unterbrechungen im allgemeinen Frontverwendung«. Nachkriegslyrik in Zeiten der Persilscheine.

### »Allgemeine Frontverwendung«

Natürlich handelt es sich bei dieser Formulierung um einen Euphemismus. SS-Gruppenführer Odilio Globocniks Bemühungen, in Lublin ein SS-Mannschaftshaus nach dem Vorbild vieler deutscher Universitätsstädte zu gründen, begannen bereits im Herbst 1940. Von Anfang an verfolgte Globocnik das Ziel, ein eigenes Institut für Germanisierung zu gründen, das unabhängig von anderen Forschungseinrichtungen zur Osteuropa-Thematik sein sollte. Zu diesem Zweck wandte er sich an den erwähnten Kurt Ellersiek, den Kommandeur des Mannschaftshauses und Chef des Rassenamtes des RuSHA in Berlin, und veranlasste die Versetzung zweier Mitarbeiter, wobei Gustav Hanelt ebenso in Betracht kam wie der SS-Untersturmführer Dr. Claus

7 Zur Person Odilio Globocniks vgl. BArch, R 9361-III/526483; Johannes Sachslehner: »Zwei Millionen ham'na erledigt«. Odilo Globocnik. Hitlers Manager des Todes, Graz 2014; Stefano Di Giusto/Tommaso Chiussi: Globocnik's Men in Italy, 1943–1945. Abteilung R and the SS-Wachmannschaften of the Operationszone Adriatisches Küstenland, Pennsylvania 2017; Stephan Lehnstaedt: Der Kern des Holocaust. Belzec, Sobibór, Treblinka und die Aktion Reinhardt, München 2017; Bertrand Perz: The Austrian Connection. SS and Police Leader Odilo Globocnik and His Staff in the Lublin District, in: Holocaust and Genocide Studies 29. Jg. (2015), S. 400–430; Bertrand Perz: Warum Österreicher? Zum Personal der Dienststelle des SS- und Polizeiführers Odilo Globocnik in Lublin, in: Stephan Lehnstaedt, Robert Traba (Hrsg.): Die »Aktion Reinhardt«. Geschichte und Gedenken, Berlin 2019, S. 45–70.

8 Hanelt bewegte sich in »extremen deutschnationalen« Historikerkreisen. Vgl. Ingo Haar/Michael Fahlbusch: Handbuch der völkischen Wissenschaften. Personen – Institutionen – Forschungsprogramme – Stiftungen, München 2008, S. 428–432.

9 Vgl. Perz, Lublin, S. 404.



Walter Padel (1911–1943) aus Christiansfeld (Schleswig-Holstein)<sup>10</sup>. Zum ersten Mal rekrutierte Globocnik Personal aus »externen« Institutionen, deren Chefs »Zweigstellen« in Lublin wünschten. Hanelt sollte dann auch zu jenen gehören, die Globocnik in dieser Funktion 1943 nach Triest begleiteten.<sup>11</sup>

Hanelt suchte in Lublin junge SS-Hochschulabsolventen für das Mannschaftshaus. Im März 1942 bestand sein Personal aus sechs solcher Absolventen, acht Polizeisergeanten und drei polnischen Bautechnikern. Himmlers Befehl vom November 1940, SS- und Polizeistützpunkte im Distrikt Lublin zu errichten, war eng mit der Schaffung des SS-Mannschaftshauses und verschiedener Germanisierungseinrichtungen verbunden. Daher mussten sich Hanelt und Padel, die im Oktober 1940 zur Arbeit am SS-Mannschaftshaus nach Lublin geholt wurden, zumindest anfangs auch mit der Errichtung der SS- und Polizeistützpunkte befassen. Hanelt war überdies militärischer Berater des SS- und Polizeiführers von Lublin, zuständig – wie er es nannte – für die Bandenbekämpfung. Bandenbekämpfung ist ein Synonym für Massenmorde an Zivilisten und bezweckte, »den militärischen Bandenkampf des Heeres dazu auszunutzen, um die rücksichtslose Liquidierung des Judentums und anderer unerwünschter Elemente zu ermöglichen.«<sup>12</sup> In der Zeit von Juli 1942 bis Oktober 1943 wurden beinahe zwei Millionen Juden in der »Aktion Reinhardt« aus dem Generalgouvernement (darin Lublin eingeschlossen) ermordet. Das Vernichtungslager Sobibor lag im Distrikt Lublin, dessen Mitarbeiter dem Befehl von Odilo Globocnik unterstanden, dem Verantwortlichen für die Durchführung des Judenmords im Generalgouvernement.<sup>13</sup> Es liegt nahe, die Funktion Gustav Hanelts weniger als »allgemeine Frontverwendung« zu bezeichnen und ihn vielmehr mindestens als Mitwisenden, wohl eher als Beteiligten anzusehen.

Im Januar 1943 wurde Hanelt, unterdessen zum SS-Hauptsturmführer befördert, zum Regiment Deutschland in der SS-Division »Das Reich« versetzt.<sup>14</sup> Dort war er

10 Zur Person von Dr. Klaus (Claus Walter) Padel vgl. Sabine Besenfelder: »Staatsnotwendige Wissenschaft«. Die Tübinger Volkskunde in den 1930er und 1940er Jahren, Tübingen 2002, S. 291 f. und 567; Bertrand Perz: The Austrian Connection. SS and Police Leader Odilo Globocnik and His Staff in the Lublin District, in: Holocaust and Genocide Studies, 29. Jg. (2015), H. 3, S. 400–430 [künftig zitiert: Perz, Lublin]; ders.: Warum Österreicher? Zum Personal der Dienststelle des SS- und Polizeiführers Odilo Globocnik in Lublin, in: Stephan Lehnstaedt/Robert Traba (Hrsg.), Die »Aktion Reinhardt«. Geschichte und Gedenken, Berlin 2019, S. 45–70; Bogdan Musial: Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung im Generalgouvernement. Eine Fallstudie zum Distrikt Lublin 1939–1944, Wiesbaden 1999, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, 53. Jg. (2005) H. 2, S. 328–330.

11 Vgl. Perz: Lublin, S. 412 und 426.

12 Nach Manfred Messerschmidt: Vorwärtsverteidigung. Die Denkschrift der Generale für den Nürnberger Gerichtshof, in: Hannes Heer/Klaus Naumann (Hrsg.): Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944, Hamburg 1995, S. 531–550, hier S. 532.

13 Vgl. Stephan Lehnstaedt: Der Kern des Holocaust. Belzec, Sobibor, Treblinka und die Aktion Reinhardt, München 2017; Angelika Benz: Handlanger der SS. Die Rolle der Trawniki-Männer im Holocaust. Berlin 2015; Bogdan Musial (Hrsg.): »Aktion Reinhardt«. Der Völkermord an den Juden im Generalgouvernement 1941–1944, Osnabrück 2004.

14 Vgl. Massimiliano Afiero: 2. SS-Panzer-Division »Das Reich«. Operación Zitadelle 1943 – Normandía 1944, Madrid 2022.

zunächst im Bataillonsstab zur besonderen Verwendung, dann aber als Kompanieführer in der Sowjetunion eingesetzt, wo er sich eine Granatsplitterverletzung zuzog und sich drei Monate lang im Lazarett befand. Er kehrte im April 1943 wieder nach Lublin zurück, wo er bis Juli 1943 verblieb. Anschließend wurde er zum höheren SS- und Polizeiführer Adria als dessen I A versetzt. Dort wurde er – wie andere der »Aktion Reinhardt« – ebenfalls bei »Bandenbekämpfungsaktionen« eingesetzt.<sup>15</sup> Am 8. Dezember 1943 wurde er während eines Fluges nordwestlich von Triest abgeschossen. Er zog sich einen Schädelbasisbruch und Verbrennungen zu. Beinahe acht Monate verbrachte er deshalb in diversen Lazaretten. Ab August 1944 wurde er im Stabsdienst, ab September 1944 als O I zum II. SS-Panzerkorps nach Holland versetzt, von dort im Januar 1945 mit der Truppe nach Ungarn, wo er in Folge seiner Verletzung in Triest erblindete. Mit Wirkung vom 1. Dezember 1944 wurde er deshalb aus der Waffen-SS entlassen. In Wien wurde er von dem Augenspezialisten Arnold Pillat (1891–1975) wegen seiner Augenerkrankung behandelt; die Behandlung wurde in Berlin fortgesetzt. Am 22. April 1945 setzte Hanelt sich zum elterlichen Hof nach Strenglin ab. Dort hatte die Schlacht um Berlin bereits begonnen.

## Internierung

Gustav Hanelt meldete sich nach der britischen Besetzung beim Ortskommandanten, der ihn am 31. Mai 1945 festsetzte. Vom Internierungslazarett Rothenburg ob der Tauer, wo er sich 1946/47 aufgehalten hatte, wurde er im Juli 1947 in das Lager Fallingbostel in der britischen Besatzungszone verlegt. Hier lernte er einige kennen, die ein halbes Jahrzehnt später halfen, seinen Lebensweg zu verändern. Er wohnte mit August Moritz, von dem noch die Rede sein wird, in einer Baracke zusammen, wenn auch in unterschiedlichen Zimmern. Moritz leitete zusammen mit dem ehemaligen Unterscharführer der Leibstandarte Adolf Hitler, Hans Nolte (1978 gestorben), im Internierungslager das Pressearchiv, in dem Zeitungsartikel zusammengestellt wurden. Nolte war an der Flucht des ehemaligen SS-Obersturmbannführers Adolf Eichmanns (1906–1962)<sup>16</sup> über die »Rattenlinie« nach Argentinien beteiligt, wurde aber als Mitläufer eingestuft und gehörte später der »Bruderschaft« an,<sup>17</sup> von der noch die Rede sein wird. Hanelt war für die Essensausgabe eingeteilt und kam so in Kontakt mit Moritz, von dessen Sorge er erfuhr, nach Frankreich ausgeliefert zu werden, wo ihn möglicherweise für seine Tätigkeit im SD das Todesurteil erwartete. Späterhin

15 Tristano Matta: De mannen van Aktion Reinhardt in de Operationzone Adriatisches Küstenland (september 1943 – april 1945), in: *Témoigner entre histoire et mémoire: revue internationale de la Fondation Auschwitz. Getuigen tussen geschiedenis en herinnering. Internationaal tijdschrift van de Stichting Auschwitz. Testimony between history and memory: Auschwitz Foundation international quarterly* (2021) H. 132, S. 69–80.

16 Vgl. Frank Bajohr/Sybille Steinbacher (Hrsg.): *Eichmann und der Holocaust. Ein Überblick*, Berlin 2023.

17 Vgl. Hans-Hagen Nolte: »Messerschaft. Versuch, sich seinen Nazi-Vater von der Seele zu schreiben«, Oldenburg 2017 (Selbstverlag).

leugnete Hanelt zunächst, Moritz später noch einmal wiedergesehen zu haben, was jedoch nicht der Wahrheit entsprach. Von Hans Nolte hörte er später in Hamburg, dass Moritz unter dem Namen Rolf Müller untergetaucht sei. Das Spruchgericht in Benefeld-Bomlitz (Landkreis Heidekreis/Niedersachsen) verurteilte Gustav Hanelt am 18. Dezember 1947 zu einer Geldstrafe in Höhe von 5.000 Reichsmark wegen seiner Zugehörigkeit zur SS, wie er später äußerte. Die Strafe wurde ihm durch die Internierung als verbüßt anerkannt. Zwei Tage später, am 20. Dezember 1947, wurde er aus der Internierung entlassen und arbeitete auf dem Hof seiner Eltern.

In Rothenburg hatte er 1946 auch den ehemaligen SS-Obersturmbannführer Alfred Franke-Gricksch (1906–1952)<sup>18</sup> kennengelernt, den ehemaligen Adjutanten des Chefs des SS-Personalhauptamtes. Auf ihn ging wesentlich die Idee zurück, eine »Bruderschaft« zu bilden.

## Deutsche Bruderschaft

In Hamburg hatte sich am 22. Juli 1949 eine deutlich an nationalsozialistischen Werten ausgerichtete »Deutsche Bruderschaft« gebildet. Sie war eine »logenähnliche Gruppierung ehemaliger Offiziere und Generalstäbler« unter Führung des Majors der Division Großdeutschland, Helmut Beck-Broichsitter (1914–2000).<sup>19</sup> Ihr gehörten gut 200 Mitglieder an. Zu den Führungsfiguren zählte Dr. Ernst Achenbach (1909–1991), ein Rechtsextremist aus der Führungsriege der nordrhein-westfälischen FDP, der während des Zweiten Weltkrieges Sekretär der Deutschen Botschaft im besetzten Paris und eng an den NS-Nachrichtendienst gebunden war.<sup>20</sup> Ferner Achenbachs Parteifreund Karl Friedrich Bornemann, graue Eminenz der Düsseldorfer Liberalen und Nachrichtenhändler,<sup>21</sup> sowie der bereits erwähnte Ordenskanzler Dr. Alfred Franke-Gricksch, ein ehemaliger Leiter der Personalabteilung im SS-Reichssicherheitshauptamt, der sowohl Kontakte zu britischen Faschisten als auch zu sowjetischen Nachrichtendienstoffizieren in Karlshorst unterhielt.<sup>22</sup> Sicherheitsoffizier der

18 Arsenij Roginskij/Jörg Rudolph/Frank Drauschke/Anna Kaminsky (Hrsg.): »Erschossen in Moskau ...« Die deutschen Opfer des Stalinismus auf dem Moskauer Friedhof Donskoje 1950–1953, Berlin 2006, S. 158 f.

19 Vgl. Wolfgang Buschfort: Geheime Hüter der Verfassung. Von der Düsseldorfer Informationsstelle zum ersten Verfassungsschutz der Bundesrepublik (1947–1961), Paderborn 2004, S. 152.

20 Vgl. Kristian Buchna: Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr. Friedrich Middelhaue und die nordrhein-westfälische FDP 1945–1953, München 2010.

21 Vgl. Friedrich Kießling: Staatsschutz im Kalten Krieg. Die Bundesanwaltschaft zwischen NS-Vergangenheit, Spiegel-Affäre und RAF, München 2021. Den Stellenwert Karl Friedrich Bornemanns, der ehemals HJ-Führer und Propagandist in der NSDAP-Gauleitung in Köln war, dürfte den von Hanelt bei weitem übertreffen und letztlich eine Schlüsselquelle für Moritz gewesen sein; vgl. Baldow: Episode.

22 Vgl. Harry Waibel: Rechte Kontinuitäten. Rassismus und Neonazismus in Deutschland seit 1945, Hamburg 2022, S. 87; Franz X. Keilhofer: Ich habe niemals ein Verbrechen begangen. Die Karriere des NSDAP-Kreisleiters Josef Glück – angeklagt wegen Massenmordes in der Ukraine, Regensburg 2023; Agilolf Kesselring: Die Organisation Gehlen und die Neuformierung des Militärs in der Bundesrepublik, Berlin 2017, S. 201 [künftig zitiert: Kesselring, Organisation Gehlen].

»Bruderschaft« war der ehemalige SA-Oberführer und Reichsamtssleiter der NSDAP, Hans Wilhelm Scheidt (\*1907), der bis zu seiner Abschaltung am 1. Mai 1948 selbst Mitarbeiter der Organisation Gehlen unter dem Namen GORDON gewesen war. 1951 vermutete die CIA bei ihm nachrichtendienstliche Kontakte in die DDR, 1962 befasste sich der Verfassungsschutz deshalb mit ihm.<sup>23</sup> In der Loge hatten sich einige weitere aktive oder ehemalige Nachrichtendienstler etabliert: der ehemalige SS-Hauptsturmführer Fritz Zietlow (\*1900),<sup>24</sup> Uwe Wehlen als Abwehrbeauftragter der »Bruderschaft«, Arnold de Lannoy, August Moritz und eben Gustav Hanelt. Hanelt hatte Wehlen im Kontext der Bruderschaft kennengelernt, worauf noch zurückzukommen sein wird.

## Deutsche Partei

Die im Juni 1947 gegründete Deutsche Partei, vormalis Niedersächsische Landespartei und 1957 mit der Freien Volkspartei fusioniert, war politisch nationalkonservativ ausgelegt und gehörte in den Jahren von 1949 bis 1960 der Bundesregierung unter Konrad Adenauer (1876–1967) an.<sup>25</sup> Sie trat bei den Wahlen zum 1. Deutschen Bundestag in fünf Bundesländern an und erzielte in Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein zwischen 12 und 18 Prozent der Wählerstimmen. Sie war im 1. Deutschen Bundestag mit 17 Mandaten unter dem Vorsitz von Friedrich Klinge (1883–1949) vertreten. Fraktionskollege Heinrich Hellwege (1908–1991) amtierte als Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates.

Hanelt trat der Deutschen Partei am 31. Juli 1949 bei. Baron zu Putzlitiz, der Vorsitzende des Kreisverbandes Segeberg der DP, habe ihn dazu angeregt. Er zog ihn auch zu diversen Parteiarbeiten heran. Das fiel der britischen Besatzungsmacht auf, deren für Segeberg zuständiger Offizier ihn deshalb einbestellte und nach dessen Motivation fragte. Im Herbst 1949 lernte er den Landesvorsitzenden der DP, Otto Wittenberg (1891–1976), kennen, der ihn am 28. Januar 1950 als Sekretär und Fahrer übernahm. Das ging auf die Fürsprache des Barons von Putzlitiz zurück. Im Mai 1950 wurde er als Nachfolger von Putzlitiz Erster Vorsitzender des Kreisverbandes Segeberg der DP. Bei den Gemeinde- und Kreistagswahlen bildete sich eine Wahlgemeinschaft

23 Zur Person Hans Wilhelm Scheidt vgl. NARA RG 263 Scheidt, Hans; Gudrun Hentges: Staat und politische Bildung. Von der »Zentrale für Heimatdienst« zur »Bundeszentrale für politische Bildung«, Wiesbaden 2012, S. 170.

24 Zur Person Fritz Zietlow vgl. Wolfgang Müsse: Reichspresseschule. Journalisten für die Diktatur? Ein Beitrag zur Geschichte des Journalismus im Dritten Reich, München 1995, S. 178.

25 Vgl. Klaus Schubert/Martina Klein: Das Politiklexikon, Bonn 2021; Ingo Nathusius: Am rechten Rand der Union. Der Weg der Deutschen Partei bis 1953, Mainz 1992, S. 62–70 und 452–471; Horst W. Schmollinger: Deutsche Partei, in: Richard Stöss (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Opladen 1986, Bd. 2: CSU–DSU, S. 1025–1111; Norbert Rode: Zur Entstehungsgeschichte der Niedersächsischen Landespartei/Deutsche Partei (NLP/DP), in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte (1981)53, S. 289–300; Hermann Meyn: Die Deutsche Partei. Entwicklung und Problematik einer national-konservativen Rechtspartei nach 1945, Düsseldorf 1965, S. 22.

aus FDP, CDU und DP, infolge derer Hanelt Kreistagsabgeordneter in Segeberg und Fraktionsvorsitzender dieser Wahlgemeinschaft wurde. In diesem Zusammenhang wurde Hanelt in den Soforthilfe-Ausschuss des Kreises und den Ausschuss der Polizeigruppe Schleswig-Holstein in Lübeck als Vertreter Segebergs gewählt.

Zu Gustav Hanelts politisch aktiver Zeit befand sich die DP von 1950 bis 1952 auch im schleswig-holsteinischen Landtag mit der CDU und FDP in einem Wahl- und Fraktionsbündnis und stellte Landesminister. Hanelt war vom 15. September 1950 an Angestellter im Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, dessen Minister Otto Wittenburg war. Wittenburg war Landesvorsitzender der DP in Schleswig-Holstein sowie Mitglied des Deutschen Bundestages.<sup>26</sup> Er zeigte sich trotz NS-Belastung offen für Gespräche mit der SED.<sup>27</sup> Mit Gustav Hanelt und seiner engen Einbindung in die Deutsche Partei verfügte der ostdeutsche Nachrichtendienst IWF über Zugänge, die bis an den Kabinettstisch von Konrad Adenauer reichten. Innerhalb der Partei war Hanelt zunächst Angestellter der DP-Fraktion im Deutschen Bundestag in Bonn, dann der erwähnte Vorsitzende der Kreisorganisation in Bad Segeberg, kurzzeitig Landesgeschäftsführer der Partei in Schleswig-Holstein wie auch persönlicher Referent des Ministers Otto Wittenburg.<sup>28</sup> Für seinen Minister hatte er alles vorzulegen, was nicht von den Abteilungsleitern des Ministeriums erledigt wurde, besorgte die Korrespondenz des Ministerbüros und nahm Diktate seines Ministers auf und hielt zu einem erheblichen Anteil für ihn Kontakte zu politischen Parteien Schleswig-Holsteins.

Am 25. Juni 1951 kam es in Schleswig-Holstein im Ergebnis einer Regierungskrise zum Rücktritt des Ministerpräsidenten Walter Bertram (1893–1971), der erst am 5. September 1950 gewählt worden war. Seine Minister traten zurück. Bis auf den Innenminister hatten alle Mitglieder des Kabinetts NS-Organisationen angehört, einschließlich des Ministerpräsidenten.<sup>29</sup> Der im dritten Wahlgang neugewählte Ministerpräsident Friedrich-Wilhelm Lübke (1887–1954) berief alle bisherigen Minister wieder in ihre Funktion – ausgerechnet Wittenburg jedoch nicht.<sup>30</sup> Unsichere

26 Vgl. Jessica von Seggern: Alte und neue Demokraten in Schleswig-Holstein. Demokratisierung und Neubildung einer politischen Elite auf Kreis- und Landesebene von 1945 bis 1950, Stuttgart 2005, S. 212.

27 Vgl. Georg Herbstritt: Der Deutsche Bundestag 1949 bis 1989 in den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR Gutachten für den Deutschen Bundestag gemäß § 37 (3) des Stasi-Unterlagen-Gesetzes, Berlin 2013, 201 f.

28 Vgl. Was weiß Hitlers Abwehrchef zu sagen? Ist Schellenberg bereits gestorben? Ein neuer Spionagefall wirbelt Staub auf, in: Allgemeine Zeitung Mainz, 9.6.1952; Braun-rote Agenten, in: Welt der Arbeit, 10.10.1952; Zuchthaus und Gefängnis im Landesverratsprozeß. Das Urteil des Bundesgerichtshofs. Kein Verrat echter Staatsgeheimnisse, in: Stuttgarter Nachrichten, 23.12.1953.

29 Vgl. Erich Maletzke/Klaus Volquartz: Der Schleswig-Holsteinische Landtag. Zehn Wahlperioden im Haus an der Förde, Kiel 1983, S. 66–72.

30 Vgl. Claus Ove Struck: Die Politik der Landesregierung Friedrich Wilhelm Lübke in Schleswig-Holstein (1951–1954). (Kieler Werkstücke: Reihe A, Beiträge zur schleswig-holsteinischen und skandinavischen Geschichte, 15), Frankfurt am Main 1997.

Momente für seinen persönlichen Referenten Hanelt, dessen Entlassung im Raum stand. Dazu kam es jedoch nicht, da sich Ministerialrat Dr. Thyssen für ihn verwandt hatte. Er blieb also auch unter Minister Claus Sieh (1893–1972)<sup>31</sup> Angestellter im Justitiariat des Ministeriums. Leiter des Justitiariats war Amtsgerichtsrat Dr. Todtenhöfer und innerhalb der Abteilung Erzeugung war Oberregierungsrat Dr. Ott als Referent für Tierzucht zuständig. Hanelt arbeitete ihnen jeweils zu, also bereitete Verordnungsentwürfe vor (etwa das Windschutzgesetz, das Landesbauernkammergesetz und das Landpachtgesetz) oder regelte für den Minister Angelegenheiten des Agrarausschusses des Bundesrates. Zugleich verlor Hanelt seine juristische Qualifikation nicht aus den Augen und begann bei dem ehemaligen NS-Funktionär Professor Erwin Noack (1899–1967) ein juristisches Repetitorium,<sup>32</sup> also bei jenem Anwalt, der ihn später vor dem Bundesgerichtshof vertreten sollte, und genau in jener Zeit, als er auch den Mitbegründer und 2. Vorsitzenden der Sozialistischen Reichspartei, Generalmajor a. D. Otto Remer (1912–1997), verteidigte.<sup>33</sup>

## Residentur »Kornbrenner«

Im Laufe des Jahres 1950 baute Bruno Korthaus (»Menzel«)<sup>34</sup> die nachrichtendienstlich arbeitende Residentur »Kornbrenner« für den Nachrichtendienst der KPD auf, der zeitgenössisch »Parteiaufklärung« genannt wurde, letztthin jedoch Vorläufer des IWF war, das wiederum zuletzt unter dem Namen Hauptverwaltung A des MfS operiert hat. Korthaus war nach Holland emigriert, hielt sich 1936 in Belgien auf und war später auch in Frankreich nachrichtendienstlich tätig. Zudem war er ein sowjetischer Kader, der 1938/39 in Moskau an der Schule der Komintern ausgebildet worden war<sup>35</sup> und in der KPD Hamburgs bis 1949 die Kaderabteilung geleitet hatte.<sup>36</sup> Die von Bruno Korthaus geleitete Residentur wurde von Gerhard Leo (1923–2009) übernommen, der intern als »Paul« bezeichnet wurde.

31 Vgl. Christina Schubert: Die Abgeordneten des Schleswig-Holsteinschen Landtags nach 1945, in: Sönke Zankel (Hrsg.): Skandale in Schleswig-Holstein. Beiträge zum Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten, Kiel 2012, S. 71–128, hier 89.

32 Vgl. Agentenring wird untersucht. SS- und SD-Mitglieder sind des Landesverrats beschuldigt, in: Westdeutsche Neue Presse, 29.8.1952.

33 Vgl. Eckhard Jesse: Biographisches Porträt Otto Ernst Remer, in: Jahrbuch Extremismus und Demokratie 5. Jg. (1994) Bd. 6, S. 207–221.

34 Zur Person Bruno Korthaus vgl. Zur Tätigkeit des Sekretariats des ZK der KPD, dann der Leitung der Organisation der KPD in Frankreich 1937–1945; BArch NA 4072/153; Helmut Müller-Enbergs: Markus Wolf und die Ablösung Bruno Haidts als Leiter der DDR-Nachrichtendienstschule 1952, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2006, Berlin 2006, S. 311–319.

35 Vgl. BArch NY 4072/153 (Nachlaß Käthe und Franz Dahlem).

36 Vgl. [Gustav Szinda/Markus Wolf:] A[bteilung] 1 [des Instituts für wirtschaftswissenschaftliche Forschung]: Zusammenfassender Bericht über die Untersuchung des ehemaligen Nachrichtenapparates der Partei und über dessen Abwicklung, 18.9.1952; BArch, MfS, HA II/6 Nr. 1158, Bl. 48–212, hier 68–75 und 142–147 [zukünftig zitiert: IWF: Zusammenfassender Bericht].

Gerhard Leo wurde 1950 durch den erfahrenen Nachrichtendienstler und KPD-Bundestagsabgeordneten Walter Vesper (1897–1978) alias »Peter«<sup>37</sup> einbezogen. Innerhalb der »Parteiaufklärung« war über Leo vermerkt, dass er der Sohn eines »jüdischen Rechtsanwaltes« und Sozialdemokraten sei und 1933 über Belgien nach Frankreich emigriert sei. Gerhard Leo sei in Frankreich aufgewachsen und habe dort »trotskistischen und anarchistischen Jugendgruppen« angehört, doch sei er während des Krieges zur KPD gestoßen, wobei er Kontakt zu späteren Renegaten der KPD unterhalten habe. Aus dieser Zeit kannte ihn auch Walter Vesper. Als späterhin innerhalb des IWF das Engagement Leos von Markus Wolf (1923–1996) – als er noch Mitarbeiter der Abteilung 1 (Abwehr) unter Gustav Szinda (1897–1988) war – gewürdigt wurde, erhielt es einen kritischen Touch. Es hieß, die Darstellung Leos »über seine Teilnahme an der Widerstandsbewegung ist romantisch und abenteuerlich«. Nach dem Zweiten Weltkrieg schickte die KPD Gerhard Leo im Juni 1945 nach Hamburg. Ab März 1946 arbeitete Gerhard Leo für die KPD-Zeitung *Freiheit*, dann für das *Freie Volk* als außenpolitischer Redakteur – eine Stellung, derer er 1950 wegen eines »groben politischen Fehlers (Unterschätzung des amerikanischen Imperialismus)« enthoben wurde. Bald darauf nahm ihn Walter Vesper in den Nachrichtenapparat auf und betraute ihn mit der Informationsbeschaffung, darunter die Quelle Edith Schauwecker alias »Theo« (1921–1960), seine Schwester,<sup>38</sup> die 1947 bis 1949 bei der Flüchtlingsorganisation International Refugee Organization (IRO), dann bis 1950 bei der belgischen Wirtschaftskommission und anschließend bei der französischen Alliierten Hohen Kommission (Haute Commission alliée, Groupe de contrôle de l’acier / Éléments français) offenbar als Stenotypistin gearbeitet hat. Seine eigentlichen Quellen waren jedoch Adolf Kanter (»ck 3«) und eben August Moritz alias »Kornbrenner«, bis er im Februar 1952 in die DDR abberufen und für die nachrichtendienstliche Arbeit in West-Berlin eingesetzt wurde. Das Urteil über ihn innerhalb des IWF fiel zuletzt deutlich ungünstig aus, wonach »ihm die feste marxistische Grundlage fehlt, daß er niemals die Möglichkeit hatte, ein wirkliches Klassenbewußtsein zu erwerben, daß er der Typ eines Intellektuellen mit vielen kleinbürgerlichen Schwächen ist und daher trotz seiner Intelligenz nicht in der Lage war, die Arbeit eines qualifizierten Residenten zu leisten.«<sup>39</sup> Soweit die Sichtweise des IWF.

Diese Sicht von Markus Wolf auf Gerhard Leo war zumindest 1952 arg selektiv und gefährlich kritisch. Tatsächlich waren die Eltern mit dem damals zehnjährigen Gerhard 1933 nach Paris geflohen.<sup>40</sup> 1942 schloss er sich dem französischen Widerstand an, er

37 Zur Person Walter Vesper vgl. Hermann Weber/Andreas Herbst: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 2004, S. 815–816; Bernd-Rainer Barth: Vesper, Walter, in: Helmut Müller-Enbergs u. a. (Hrsg.): Wer war wer in der DDR?, Berlin 2010; Karlen Vesper: »Noch warst du’s nicht!« Wie eine Proletarierjunge aus Barmen die Revolution erlebte, in: Neues Deutschland, 3.11.2018.

38 Vgl. Maxim Leo: Wo wir Zuhause sind. Die Geschichte meiner verschwundenen Familie, Köln 2019.

39 IWF: Zusammenfassender Bericht.

40 Zur Person Gerhard Leo vgl. BArch, SGY 30/1081; Gerhard ist tot, in: vvn-bda.de/gerhard-leo-ist-tot, 11.11.2009 (abgerufen am: 7.4.2025); Maxim Leo: Haltet euer Herz bereit. Eine ostdeutsche Familiengeschichte, München

arbeitete bei der deutschen Besatzungsbehörde als Quelle für die Résistance und 1944 wurde er von der deutschen Besatzungsmacht verhaftet. Bei seinem Transport nach Paris wurde er von Partisanen befreit und er war weiterhin in der Résistance aktiv. 1945 wirkte er im Ruhrgebiet und innerhalb der KPD in der nachrichtendienstlichen Arbeit. 1952 wurde er im Zuge der Integration der »Parteiaufklärung« in das IWF – wie auch alle anderen Residenten – in die DDR zurückgezogen. Er war während des Aufstandes 1956 in Ungarn und des Prozesses über den SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann in Israel 1961 als Journalist des *Neuen Deutschlands*,<sup>41</sup> für das er auch von 1973 bis 1984 als Auslandskorrespondent in Frankreich tätig war, akkreditiert. Noch zu seinen Lebzeiten wurde sein Wirken in Frankreich vom französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac (1932–2019) gewürdigt; er wurde zum Ritter der Ehrenlegion ernannt. Ausgerechnet der Kommunist aus jüdischem Kontext, Gerhard Leo, leitete die der nationalsozialistischen Idee verpflichtete Residentur »Kornbrenner« an.

Das nachrichtendienstliche Netzwerk Gerhard Leos bestand 1951/52 aus folgenden Personen: Erika Schöning alias »Erna« war seine Sekretärin, als Kuriere in die DDR dienten ihm Heissler alias »Eduard« und Walter Westphal alias »Gustav«. Als konspirativer Treffort diente ihm die Wohnung des Hamburger Genossen Wettern. Als Quellen verfügte er über August Moritz alias »Kornbrenner« und dessen Netzwerk sowie über Adolf Kanter alias »ck 3«. <sup>42</sup> Die zentrale Person, über die alle Informationen und Aufträge zwischen Ost-Berlin und dem nachrichtendienstlichen Netz gesteuert wurden, war August Moritz.

## August Moritz

August Moritz wurde am 11. Februar 1913 in Hannover als Sohn eines Postbeamten geboren.<sup>43</sup> Er absolvierte dort die vierjährige Volksschule, ab 1924 die Oberrealschule. 1928, mit 15 Jahren, schloss er sich der Jugendgruppe des Tannenbergs an.

2009; Achim Engelberg: *Wer verloren hat, kämpfe*, Berlin 2007; Gerhard Leo: *Frühzug nach Toulouse. Ein Deutscher in der französischen Résistance 1942–1944*, Rostock 2006; Dora Schaul: *Résistance. Erinnerungen deutscher Antifaschisten*, Berlin 1985; Leo, Gerhard, in: Werner Röder/Herbert A. Strauss (Hrsg.): *Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933*, Bd. 1, München 1980, S. 432.

41 Vgl. Gerhard Leo: *Drei Monate Eichmann-Prozeß*, in: *Neues Deutschland* vom 28.7.1961.

42 Zu Adolf Kanter vgl. Dirk Koch: *Der Schützling. Stasi-Agent Adolf Kanter, Helmut Kohl, die Korruption und die größte Spionageaffäre der Bundesrepublik*. Bonn 2021; Martin Mainka: »In Bonn ist Transparenz angesagt«. Die Flick-Affäre und die Durchsetzung eines neuen Politikideals, 1975–1987, Frankfurt am Main 2023.

43 Zur Person August Moritz, der am 17. März 2006 verstorben ist, vgl. Gerhard Sälter: *Phantome des Kalten Krieges. Die Organisation Gehlen und die Wiederbelebung des Gestapo-Feindbildes »Rote Kapelle«*, Berlin 2016 [künftig zitiert: Sälter: *Phantome*], S. 92; Bernhard Brunner: *Der Frankreich-Komplex. Die nationalsozialistischen Verbrechen in Frankreich und die Justiz der Bundesrepublik Deutschland*, Göttingen 2004, S. 154–157; Ernst Klee: *Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945*, Frankfurt am Main 2007 [künftig zitiert, Klee, *Personenlexikon*]; Wolfgang Buschfort: *Geheime Hüter der Verfassung. Von der Düsseldorfer Informationsstelle zum ersten Verfassungsschutz der Bundesrepublik (1947–1961)*, Paderborn 2004, S. 151–153.



des von General Erich Ludendorff (1865–1937)<sup>44</sup> an, einem völkischen Bund, der sich dezidiert gegen Freimaurer, Juden und Christen exponierte.<sup>45</sup> Von 1933 bis 1938 besuchte er die Kunstgewerbeschule in Hannover und schloss sich dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund an. 1938 trat er in den SD ein und wurde in das SD-Hauptamt nach Berlin berufen. Er gehörte bis zum Sommer 1940 zur Abteilung VI (Auslandsnachrichtendienst) des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD und war dort unter anderem im Referat Freimaurerei beschäftigt. Danach ging das NSDAP-Mitglied als Stellvertreter des Kommandeurs der Sipo und des SD nach Orléans (Frankreich), dann in dieser Funktion nach Marseille, wo er stellvertretender Kommandeur des Sicherheitspolizei-SD-Einsatzkommandos IV B und Leiter der Abteilung IV war. In dieser Zeit war er an der Deportation von Juden beteiligt. 1943 war er in Lyon Stellvertreter von Werner Knab (1908–1945)<sup>46</sup> und Leiter der Abteilung IV (zuständig für Kollaborateure) beim Einsatzkommando in Lyon; der »Schlächter von Lyon«, Klaus Barbie (1913–1991),<sup>47</sup> war sein Arbeitskollege.<sup>48</sup>

1944 wurde Moritz, unterdessen SS-Obersturmbannführer, in das Frankreich-Referat des Reichssicherheitshauptamtes nach Berlin zurückversetzt. Danach übernahm er im Dezember 1944 die Leitung der Agentenschule in Meersburg am Bodensee. Dort bereitete er französische Staatsbürger nachrichtendienstlich auf Einsätze in Frankreich vor. Als diese Schule 1945 nach Italien verlegt wurde, geriet er in Mailand in amerikanische Kriegsgefangenschaft und gelangte nach diversen Gefangenenlagern in das von Bad Aibling, von wo aus er mit falschen Ausweispapieren floh. Im Mai 1946 wurde er vom britischen Nachrichtendienst verhaftet und in das Internierungslager in Fallingbostal eingeliefert. Im Januar 1948 war seine Auslieferung nach Frankreich vorgesehen, wo er als SS-Angehöriger vor Gericht gestellt werden sollte, weshalb er aus dem Lager floh und in Neumünster unter- und mit den Ausweispapieren eines Rolf Müller in Hamburg auftauchte.<sup>49</sup> Durch Vermittlung eines ehema-

44 Vgl. Bettina Amm: Die Ludendorff-Bewegung im Nationalsozialismus. Annäherung und Abgrenzungsversuche, in: Uwe Puschner/Clemens Vollnhals (Hrsg.): Die völkisch-religiöse Bewegung im Nationalsozialismus, Göttingen 2012, S. 127–141.

45 Zu diesem Bund vgl. Annika Spilker: Geschlecht, Religion und völkischer Nationalismus. Die Ärztin und Antisemitin Mathilde von Kemnitz-Ludendorff (1877–1966), Frankfurt am Main 2013; Kurt Finker: Tannenbergs-Bund. Arbeitsgemeinschaft völkischer Frontkrieger und Jugendverbände (TB) 1925–1933, in: Dieter Fricke (Hrsg.): Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945, Leipzig 1968, Bd. 2, S. 668–671.

46 Zur Person Werner Knab vgl. Peter Lieb: Konventioneller Krieg oder NS-Weltanschauungskrieg. Kriegführung und Partisanenbekämpfung in Frankreich 1943/44, München 2007.

47 Zur Person Klaus Barbie vgl. Peter Hammerschmidt: Deckname Adler: Klaus Barbie und die westlichen Geheimdienste, Frankfurt am Main 2014.

48 Vgl. Élisabeth Meier: L'appareil d'occupation allemand à Lyon, 1942–1944. Composition, fonctionnement et politiques de répression, in: Francia 41(2014), S. 301–319, hier 304; Patrice Arnaud, Fabien Theofilakis (Hrsg.): Gestapo et polices allemandes. France, Europe de l'ouest 1939–1945, Paris 2017.

49 Dass er in Frankreich in Abwesenheit zum Tode verurteilt wurde, ist vielfach in der Literatur belegt. Im Internet finden sich – ohne Beleg – die Angaben, dass er am 30. Januar 1954 in Marseille und am 25. November 1954 in Lyon in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden sein soll.

ligen SD-Kameraden, der wie er mit anderen Papieren operierte, fand August Moritz Arbeit im Zeitungsarchiv der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) in Hamburg. Die KPD lernte August Moritz unter dem Namen Rolf Müller kennen. Sie stellte ihn in Hamburg bei der VVN ein. Vermittelt hatte das der VVN-Vorsitzende beziehungsweise Generalsekretär Hans Schwarz (1904–1970)<sup>50</sup>, der innerhalb der »Parteiaufklärung« als »Gerken« verzeichnet war. Von dort aus wurde Müller (Moritz) als Quelle »Kornbrenner« im September 1950 in den Apparat von Bruno Korthaus einbezogen, der sich gegenüber Moritz als Max Baermann vorstellte.<sup>51</sup>

Nach knapp zwei Jahren endete das Leben der Residentur »Kornbrenner«. Am 7. Juni 1952 fertigte der Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof einen Haftbefehl aus; seit dem 9. Juni 1952 befand sich Moritz in Untersuchungshaft.

Dem IWF waren recht früh ungenaue Angaben von August Moritz in dessen Lebenslauf aufgefallen. Bruno Korthaus vermerkte über ihn am 11. November 1950: »Unsere letzten Überprüfungen zur Person ›Kornbrenner‹ ergaben ein völlig verändertes Bild. Seine bisher bei uns gemachten Angaben über seine Person entsprechen nicht den Tatsachen. Aufrechterhalten bleibt seine Kriegsgefangenschaft, seine Tätigkeit in Frankreich und sein Einsatz in Nordafrika. Diese seine Tätigkeit übte ›Kornbrenner‹ nicht als Angehöriger des Canaris-Apparates aus, sondern als SS-Mann. ›Kornbrenner‹ war bereit, uns die volle Wahrheit über seine Person anzugeben, nachdem ihm erklärt wurde, er hätte uns die wichtigsten Dinge über seine Person verschwiegen und unrichtige Angaben gemacht, z. B. die Existenz seiner Frau und die Angaben betreffend seines Namens. ›Kornbrenner‹ sagte, dieses hätte er gemacht, da er uns noch nicht lange genug kenne, und weil er von Frankreich gesucht wird und auf einer Auslieferungsliste steht. Er wisse ja nicht, wo seine Angaben letzten Endes landen würden. Bei einer letzten Aussprache mit ›Kornbrenner‹ nannte er seinen Namen und sagte, daß er SS-Obersturmbannführer war. Er nannte den Aufenthaltsort seiner geschiedenen Frau.«<sup>52</sup>

Der Argwohn zeigte sich auch an anderen Stellen. So vermerkte das IWF: »›Kornbrenner‹ gab an, daß er in Hamburg mit Papieren auf den Namen Dr. Rolf Müller lebt, und daß er unter diesen Namen auch bei seiner Braut Ursula Seele in Hamburg gelebt habe. Während der persönlichen Aussprache mit ihm im Januar 1952 wurde ihm sein westdeutscher Personalausweis abgenommen, womit er wahrscheinlich nicht gerechnet hat. Dieser Personalausweis lautete auf den Namen Langmüller. ›Kornbrenner‹ erklärte, daß er die Papiere auf den Langmüller zwei Tage vor der Reise nach Berlin

50 Vgl. Sabine Homann-Engel/Michael Grill: »... Das war ja kein Spaziergang im Sommer«. Die Geschichte eines Überlebendenverbandes, Hamburg 2008.

51 Vgl. Leide, NS-Verbrecher, S. 278; Serge Klarsfeld (Hrsg.): Die Endlösung der Judenfrage in Frankreich. Deutsche Dokumente 1941–1944, Paris 1977, S. 238; Oskar Reile: Geheime Westfront. Die Abwehr 1935–1945, München 1962, S.392–394; Bernhard Brunner: Der Frankreich-Komplex. Die nationalsozialistischen Verbrechen in Frankreich und die Justiz in der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 2004, S. 154–157; Sälter: Phantome, S. 92 und 301.

52 Vgl. IWF: Zusammenfassender Bericht.

durch Leo Schulz („Rabe“) erhalten habe. Aus den Papieren ging jedoch hervor, daß er unter den Namen Langmüller schon seit dem 20. Juni 1950 in Hamburg gemeldet war, seit dem 25. April 1951 bei der Adresse seiner Braut und seit dem 13. September 1951 bei der uns ebenfalls bekannten Adresse der Wohnung, die ihm angeblich durch „Rabe“ vermittelt war. Unser Mitarbeiter Harry Schulz stellte bei seiner Reise nach Hamburg Ende Juni 1952 fest, daß bei der Adresse der Braut „Kornbrenners“ ein Dr. Müller überhaupt nicht bekannt ist, dagegen ein Langmüller dem Hausmeister sehr wohl bekannt war. Dieser Punkt scheint von Bedeutung, da Gerhard Leo („Paul“) in dem Haus der Braut „Kornbrenners“ verkehrte, da ohne weitere Erkundigungen über den angeblichen Dr. Müller hätten eingezogen werden können.«<sup>53</sup>

## Uwe Wehlen

Der wichtigste Partner von August Moritz war Uwe Wehlen. Er wurde am 1. April 1918 in Wedel (Holstein) geboren. Sein Vater war Schiffskapitän. Ein Hüftleiden mit der Folge eines verkürzten rechten Beines sollte auf seinen Lebensweg Einfluss haben. Von 1925 bis 1934 besuchte er die Volksschule, im Anschluss erlernte er den Beruf des Buchhändlers in Hamburg-Altona. Bereits mit 12 Jahren war er 1930 der Hitler-Jugend beigetreten. Die Gesellenprüfung legte er 1937 ab. In den folgenden Jahren arbeitete er in verschiedenen Buchhandlungen und Verlagen in Hamburg und Leipzig. 1939 wurde der SD en passant einer Hausdurchsuchung in einer Buchhandlung auf ihn aufmerksam, weil er das goldene HJ-Abzeichen trug. Wehlen wurde ehrenamtlicher Mitarbeiter des SD im Referat Schrifttum, für das er Bücher besprach und Lageberichte anfertigte. Vom Militärdienst war er gesundheitsbedingt freigestellt. Er übernahm 1941 eine Buchhandlung in Cuxhaven als Geschäftsführer und war später dann bis 1949 selbständiger Buch- und Papierhändler in Hohenwestedt (gehört heute zum Kreis Rendsburg-Eckernförde). Durch sein Bemühen um eine Verlagslizenz nach dem Zweiten Weltkrieg kam er mit der britischen Besatzungsmacht in Kontakt, für die er als Dolmetscher tätig war, und er verfasste für den britischen Nachrichtendienst Berichte über politische Versammlungen, welcher ihn gleichfalls bat, auch über die »Bruderschaft« zu berichten, in der sich ehemalige SS-Offiziere Hamburgs und Schleswig-Holsteins verbündet hatten. Bis März 1951 arbeitete Uwe Wehlen für den britischen Nachrichtendienst, der ihn monatlich mit rund 200 Mark entlohnte. 1950 arbeitete er zunächst beim Bundesvorstand des Bundes Deutscher Jugend in Frankfurt am Main,<sup>54</sup> dann gründete er in Hamburg eine Auskunftei für Handel

53 Vgl. Ebenda.

54 Zum Bund Deutscher Jugend vgl. Sascha Schmidt/Yvonne Weyrauch: Rechter Terror in Hessen. Geschichte, Akteure, Orte, Frankfurt am Main. 2023, S. 24–31; Erich Schmidt-Eenboom/Ulrich Stoll: Die Partisanen der NATO. Stay-Behind-Organisationen in Deutschland 1946–1991, Berlin 2015; Peter Dudek/Hans-Gerd Jaschke: Der Bund Deutscher Jugend (BDJ). Ein Produkt des Kalten Krieges, in: Peter Dudek/Hans-Gerd

und Wirtschaft unter dem Namen »Hansa-Zentrale«. In das nachrichtendienstliche Netz rutschte Wehlen durch den ehemaligen SS-Sturmbannführer Leopold Schulz im Jahre 1950, der selbst schon mit August Moritz in Verbindung stand. Wehlen legte im Benehmen mit dem britischen Nachrichtendienst, teils dem Verfassungsschutz, die Moritz übermittelten Informationen vor; die Dienste waren über den Adressaten informiert.<sup>55</sup> Vom IWF erhielt er über Moritz monatlich 600 bis 800 Mark für seine Berichte, deren wichtigste natürliche Quelle Gustav Hanelt war. Mithin lebte Wehlen, der seit Oktober 1951 auch für den BND-Vorläufer Organisation Gehlen tätig war, ausschließlich von seiner nachrichtendienstlichen Arbeit. Der Spionageabwehrchef der Org. Gehlen, Oskar Reile (1986–1983), der unter dem Decknamen RISCHKE operierte,<sup>56</sup> hatte Wehlen in Begleitung seines BV-Leiters Adolf Puchta (\*1908), ehemals SS-Obersturmbannführer,<sup>57</sup> im Oktober 1951 besucht und bei ihm Unterlagen abgelichtet. Die CIA hatte davon Kenntnis, weil ihr Vertrauensmann in der Org. Gehlen, Otto Somann (1899–1956)<sup>58</sup>, den stellvertretenden US-Militärattaché in Madrid davon unterrichtet hatte. Wehlen informierte wiederum August Moritz über diesen Besuch der Org. Gehlen, der wiederum das IWF ins Bild setzte. Reile reklamierte später in seinen Memoiren: »Trotzdem gelang es mir als erstem in der Bundesrepublik Deutschland, 1953/54 [sic!] ein Spionagenetz ausheben zu lassen und die Verhafteten, die für die DDR spioniert hatten, durch den Bundesgerichtshof zur Aburteilung zu bringen. Ich selbst trat als Hauptzeuge in Karlsruhe auf. Die Presse berichtete daher, erstmals in der BRD sei es der Organisation Gehlen gelungen, ein gegnerisches Spionagenetz zur Strecke zu bringen.«<sup>59</sup>

Wehlen wurde zunächst vom britischen Nachrichtendienst Anfang Mai 1952 inhaftiert, der auch seine Wohnung durchsucht und ihn anschließend bundesdeutschen Behörden übergeben hatte. Der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes stellte am 9. Mai 1952 den Haftbefehl für ihn aus und am 16. Mai 1952 kam er in Untersuchungshaft.<sup>60</sup>

Beim IWF war Uwe Wehlen als »Tom« und als »Mops« erfasst. Die Spionageabwehr des IWF unter Gustav Szinda, der Markus Wolf assistierend zur Seite stand, fasste die Kenntnislage zu Uwe Wehlen im Sommer 1952 so zusammen, wobei

Jaschke (Hrsg.): Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, Opladen 1984, Bd. 1, S. 356–388.

55 Vgl. [W]al[ter Schallies]: Erster Landesverrats-Prozess vor dem Bundesgerichtshof. Ein undurchsichtiges Kapitel der Nachkriegsgeschichte. Ulbrichts gefälschter »Generalvertrag«, in: Süddeutsche Zeitung, 8.12.1953.

56 Zur Person Oskar Reile vgl. Sälter: Phantome, S. 87–93.

57 Zur Person Adolf Puchta vgl. NARA, RG 263, Puchta, Adolf; Landesarchiv Berlin, B Rep. 057-01 Nr. 2372.

58 Zur Person Otto Somann vgl. NARA, RG 263, Somann, Otto; Leide, NS-Verbrecher, S. 294, 302 und 307; ders.: »Wir schätzen nicht den Menschen nach seiner Vergangenheit ein.« Beispiele vergangenheitspolitischer Bedenkenlosigkeit in der Anwerbungspraxis des MfS im Westen, in: Horch und Guck (2011) H. 4, S. 20–22; Klee, Personenlexikon, S. 586.

59 Oskar Reile: Der Deutsche Geheimdienst im Zweiten Weltkrieg. Westfront, Augsburg 1990, S. 392–394.

60 Vgl. Die SED bezahlte Spitzeldienste besser. Landesverratsprozess begann in Karlsruhe. Gefälschter Generalvertrag. Vielseitige Agenten, in: General-Anzeiger, 9.12.1953.

auch unzutreffende Informationen darunter waren: Seit 1945 habe Wehlen nachrichtemäßig für die »Bruderschaft« gearbeitet und die Verbindung zu Gustav Hanelt hergestellt. Er sei früher SS-Offizier gewesen und habe von 1935 bis 1945 ehrenamtlich für den SD gearbeitet. Über die »Bruderschaft« habe er 1950 August Moritz kennengelernt und gemeinsam mit ihm einen Nachrichtendienst aufgebaut. 1950 habe sich Wehlen angeblich in Rom aufgehalten, doch seien Zweck und Auftraggeber unbekannt geblieben. Im Januar 1951 habe Wehlen nach Rücksprache mit August Moritz mit einem Lorenz vom Landesamt für Verfassungsschutz Niedersachsens in Hannover gesprochen und Informationen über die »Bruderschaft« geliefert. Wehlen soll sich bei dieser Gelegenheit dem Verfassungsschutz vergeblich als Quelle angeboten haben. Nach Einschätzung des IWF handelte es sich bei den Informationen Wehlens »im Wesentlichen um kombinierte oder nebensächliche Informationen«, die teilweise »sehr primitiv zusammengestellt« waren.<sup>61</sup> Soweit die Sicht des IWF.

Gemäß Hanelts Angaben traf er Wehlen im November 1950 in Rendsburg, wo dieser Minister Wittenburg vertrat, der ursprünglich an dem Treffen teilnehmen sollte. Dort traf er auf Eckart Elbertzhagen (\*1917), ehemals SS-Oberscharführer und Kirchensachbearbeiter des Sicherheitsdienstes in Breslau,<sup>62</sup> einen Journalisten, den Wittenburg an die *Schleswig-Holsteinische Tagespost* in Rendsburg vermittelt hatte. Der Minister hatte Hanelt angehalten, den Journalisten mit Materialien der DP aus der Bundestagsfraktion zu versorgen, wozu es im November/Dezember 1950 kam. Elbertzhagen forderte ihn dann auf, fortan Uwe Wehlen damit zu beliefern, der gleichfalls Mitglied der DP sei. Grund dafür dürfte für Elbertzhagen gewesen sein, dass Hanelt nicht mehr selbst in Bonn tätig war und somit keinen direkten Zugriff auf ihn interessierende Unterlagen hatte; Schleswig-Holstein interessierte ihn nicht sonderlich, Uwe Wehlen hingegen schon. Wehlen habe ihm gegenüber erklärt, dass lediglich politische und ökonomische Nachrichten relevant seien. Bis Mai 1951 sandte Hanelt Unterlagen mit der Post an Wehlen beziehungsweise an Ursula Seele (die Freundin von August Moritz) in Hamburg, wofür ihm das Porto erstattet wurde; gelegentlich kam Wehlen auch nach Kiel, teils in sein Dienstzimmer im Ministerium. Wehlen zahlte Beträge zwischen 10 und 30 Mark. Zu den überlassenen Unterlagen gehörten Informationen aus der DP wie der interne DP-Dienst oder das Mitteilungsblatt *Deutsche Stimmen*, Rundschreiben, Protokolle der Sitzungen des Deutschen Bundestages und des schleswig-holsteinischen Landtages und andere den Abgeordneten zur Verfügung gestellte Unterlagen. Im Juli 1951 gab Wehlen ihm gegenüber vor, für einen Informationsdienst der westdeutschen Industrie tätig zu sein. Teilweise sandte ihm Wehlen Fragekomplexe zu, die er beantwortete. Mithin war Hanelt offenbar in Unkenntnis über den ostdeutschen nachrichtendienstlichen Kontext. Allerdings hatte ihn Elbertzhagen vor Wehlen gewarnt, bei dem er einen östlichen Auftraggeber ver-

61 Vgl. IWF: Zusammenfassender Bericht.

62 Vgl. Archiv der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg: Sammlung Elbertzhagen, Eckart (geb. 1917) – Kopien Personalakte, Aufzeichnungen (Bestand), 12-1/E (Eckart Elbertzhagen).

mutet hatte. Hanelt hatte Wehlen auf diesen Vorhalt angesprochen, doch leugnete er dergleichen. Mithin lief Hanelt unter »falscher Flagge«.

## Arnold de Lannoy

Der Flame Arnold de Lannoy wurde am 13. Januar 1912 in Beveren (Ostflandern) als Sohn eines Kaufmanns geboren. Der Vater gehörte der flämischen Separatistenbewegung an, die im Gegensatz zur belgischen Regierung stand, und wanderte 1915 nach England aus, wo die Familie bis 1919 blieb. Folglich besuchte de Lannoy von 1917 bis 1919 die Volksschule in England, schloss aber nach seiner Rückkehr in Antwerpen das Gymnasium an einem katholischen Kolleg 1929 mit dem Abitur ab. Schon während der Schulzeit gehörte er dem flämischen katholischen Studentenverband an, der gleichfalls für eine flämische Selbstverwaltung eintrat. 1930 studierte er an einer höheren technischen Fachschule in Antwerpen Chemie, 1932 erwarb er das Diplom und daraufhin war er im Beruf tätig. Er gilt als einer der maßgeblichen Führer der flämischen Jugendbewegung und wurde deshalb 1937 von der HJ-Führung nach Berlin eingeladen, woraufhin er an HJ-Lehrgängen teilnahm. Er war 1938/39 beim belgischen Militär. Im Mai 1940 geriet er als Nachrichtentruppführer in deutsche Kriegsgefangenschaft, wo er bis August 1940 blieb. Er meldete sich zur Waffen-SS und machte das nationalsozialistische Begabtenstudium (Langemarck-Studium) für die flämische Jugend nützlich. Er war Leiter der Dienststelle Flandern, dann in Prag, wo er als Lehrer für Chemie und Physik tätig war. 1943 nahm er als Angehöriger der Legion Flandern als SS-Untersturmführer am Zweiten Weltkrieg teil. Er geriet 1943 in Prag in amerikanische Kriegsgefangenschaft. Arnold de Lannoy sollte im Mai 1945 an die Rote Armee ausgeliefert werden, doch gelang ihm zuvor die Flucht nach Thüringen. 1946 erfuhr er, dass er in Belgien in Abwesenheit zu zwanzig Jahren Gefängnis verurteilt worden war, und nahm deshalb den Namen Johann Wilm an. Er tauchte in Hannover bis 1947 unter, wurde aber vom britischen Nachrichtendienst verhaftet und in Neuengamme interniert. Als er nach Belgien überstellt werden sollte, floh er im Dezember 1947 aus dem Lager. Bis ins Jahr 1951 war er weiterhin untergetaucht, er meldete sich im Juli 1951 jedoch unter seinem Geburtsnamen an und arbeitete fortan als angestellter Exportleiter bei der Firma Rothenburg & Co. In Hamburg lernte er Leopold Schulz kennen, der ihn an August Moritz vermittelte. Von Oktober 1951 bis März 1952 erhielt er von August Moritz monatlich 600 Mark für seine Informationen, unter denen sich ein Protokoll der Kabinettsitzung der Bundesregierung vom 31. Januar 1952 befunden haben soll.<sup>63</sup> Am 12. Mai 1952 wurde de Lannoy

63 Diese medial verbreitete Angabe konnte mangels vorliegender Unterlagen nicht überprüft werden. Das Protokoll ist veröffentlicht als Sondersitzung der Bundesregierung am Donnerstag, den 31. Januar 1952; BAArch, B 136/36097; in: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 5, Berlin 1989. Darin geht es teils um die Saarfrage, eine Durchsuchung bei der KPD und insbesondere um den Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik an die NATO, worauf jedoch das Bundespresseamt in einer Mitteilung am 21. Februar 1952 hingewiesen hatte. Mithin waren somit einzelne Aspekte dieser Sitzung öffentlich nachlesbar. Zur Person vgl. Spionagering

vom britischen Nachrichtendienst festgenommen, am 14. Mai 1952 stellte der Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof für ihn einen Haftbefehl aus und am 16. Mai 1952 gelangte de Lannoy in Untersuchungshaft in Werl.

Innerhalb des IWF war Arnold de Lannoy unter dem Decknamen »Hof« verzeichnet.<sup>64</sup> Zu seiner Person war sein Engagement in der »faschistischen separatistischen flämischen Jugendbewegung« ebenso bekannt wie die Arbeit für den SD in Belgien im Rahmen des Langemarck-Studiums und sein Status als Offizier der Waffen-SS. Im Juni 1951 sei de Lannoy von August Moritz für die operative Arbeit im Nachrichtenapparat herangezogen worden. In der ersten Zeit habe er seine Berichte aus Zeitungen abgeschrieben, jedoch alsbald höherwertige Informationen geliefert, die er von verschiedenen Personen erhalten haben soll – beispielsweise von einem Mann namens Lange, der beim IWF als »Bert« bezeichnet wurde. Dieser »Bert« sei vor dem Zweiten Weltkrieg Generalvertreter von Ford gewesen, während des Krieges Oberleutnant der SS und nach seiner Internierung zunächst Stenograph der Landesregierung Nordrhein-Westfalens, dann im Bundeskanzleramt zur persönlichen Verfügung des Bundeskanzlers Konrad Adenauer; aufgrund seiner Englischkenntnisse sei er für die deutsch-alliierten Verhandlungen eingesetzt worden. Das IWF gelangte erst im Sommer 1952 zu der Erkenntnis: »[Diese] Verbindung ist wahrscheinlich erfunden bzw. wurden die angeblichen Berichte von »Bert« durch einen Geheimdienst fingiert.« Eine zweite Quelle von Arnold de Lannoy sei der Belgier Jules Senne gewesen, der im IWF als »Alp« bezeichnet wurde. Der ehemalige Angehörige der Waffen-SS sei zunächst bei der französischen Militärregierung angestellt gewesen und habe dann als 1. Dolmetscher in der 1. Abteilung der französischen Hohen Kommission gearbeitet. Auch hier gelangte das IWF erst im Sommer 1952 zu der Schlussfolgerung: »Lieferte das zweifelhafte Material über die deutsch-alliierten Verhandlungen und den gefälschten Text des Generalvertrages. [...] Das Material und die Zusammenhänge der Verbindungen [...] lassen erkennen, daß er uns bewußt betrogen hat, wobei die im Material von Lange (»Bert«) und Jules Senne (»Alp«) enthaltenen Angaben darauf schließen lassen, daß ein Geheimdienst dabei mit im Spiele war.«<sup>65</sup>

## Leo Schulz

Leo Schulz war für das IWF deren Quelle »Rabe«. Der Österreicher war ein ehemaliger SS-Major und zunächst in amerikanischer, ab 1947 in britischer Kriegsgefangenschaft. Er war zusammen mit August Moritz im Lager in Fallingbostal. Nach seiner

im Bundesgebiet aufgedeckt. Ulbricht erhielt gefälschten Text des Deutschlandvertrages, in: Frankfurter Rundschau, 9.7.1952; Wieder ein Spionagiering aufgedeckt. Er lieferte Ulbricht einen falschen Generalvertrag. Belgischer Verfasser, in: Kölnische Rundschau, 9.7.1952; Gefälschte Dokumente, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.7.1952; Spionagiering spielt Ulbricht gefälschte Vertragstexte zu, in: Die Neue Zeitung, 9.7.1952.

64 Vgl. Müller-Enbergs: Inoffizielle Mitarbeiter 2, S. 23.

65 Vgl. IWF: Zusammenfassender Bericht.

Entlassung wurde er 1948 in der amerikanischen Besatzungszone entnazifiziert. Er arbeitete fortan bis 1951 beim »Evangelischen Hilfswerk« in Hamburg und war nach Angaben des IWF an Schleusungen belasteter SS-Offiziere ins Ausland beteiligt. Im Spätsommer 1951 habe er das Angebot von August Moritz zur Mitarbeit im Nachrichtenapparat »sofort« angenommen: »Seine Verbindungen laufen im Wesentlichen zu ehemaligen SS und SD-Leuten.«<sup>66</sup> Dem IWF war durch Uwe Wehlen seit Januar 1952 bekannt, dass Leo Schulz »seit Herbst 1951 für den Gehlen-Apparat« arbeite.<sup>67</sup> Strafrechtlich wurde Leo Schulz nicht belangt, vielmehr war er während des Prozesses gegen August Moritz und andere als Zeuge geladen.<sup>68</sup>

## Die Sicht des IWF auf Gustav Hanelt

Das IWF betrachtete Gustav Hanelt als seinen »Hans« beziehungsweise »Hacker«. Aus der kargen Überlieferung des IWF zeichnet sich im Herbst 1952 ein vergleichsweise knappes und dürrtiges Bild ab. Er stand bei der späteren Analyse des Komplexes »Kornbrenner« keinesfalls im Mittelpunkt, obgleich er tatsächlich eine, wenn nicht die wichtigste Quelle war: Er sei Kreisvorsitzender der Deutschen Partei und für diese Abgeordneter in Schleswig-Holstein, heißt es in einem wiederholt unscharf verfassten Bericht des IWF.<sup>69</sup> Tatsächlich war er Sekretär beziehungsweise Vorsitzender des Kreisverbandes Bad Segeberg und gehörte nicht dem Landtag, sondern einem Kreistag an.<sup>70</sup> Er bewegte sich innerhalb des Kontextes der »Bruderschaft«, für die er seit 1945 über Uwe Wehlen Informationen lieferte. Hanelts Quellen innerhalb der DP bestünden wesentlich aus Otto Wittenburg, dem Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Justiz des Landes Schleswig-Holstein sowie zugleich Vorsitzenden des Landesverbandes Schleswig-Holstein der Deutschen Partei und überdies Mitglied des Deutschen Bundestages, dem er seit 1949 angehörte. Eine zweite Quelle Hanelts war nach Angaben des IWF angeblich Dr. Hans-Christoph Seebohm (1903–1967), der zunächst der DP angehört hatte.<sup>71</sup> Drittens schließlich ein Mann namens Winter, der als Geschäftsführer der Bundestagsfraktion der Deutschen Partei fun-

66 Vgl. Ebenda.

67 Vgl. Ebenda.

68 Zur Person Leo Schulz vgl. Beate Baldow: Episode oder Gefahr? Die Naumann-Affäre. Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades, eingereicht am Fachbereich Geschichts- und Kulturwissenschaften der Freien Universität Berlin im November 2012, S. 42 [künftig zitiert: Baldow, Episode].

69 Diese Angabe ging in die Fachliteratur ein, ohne dass sie bestätigt werden konnte. So bei Leide, NS-Verbrecher, S. 280.

70 Vgl. Protokoll der 52. Sitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtages vom 29.10.1952, S. 256.

71 Reg.-Nr. XV 19809/60; BArch, MfS, F 16 und F 22 (Rosenholz); Ebenda, MfS, Abt. X Nr. 746. Seebohm war von 1949 bis 1966 Bundesminister für Verkehr, zuletzt für wenige Wochen sogar Vizekanzler; vgl. Joachim Detjen: Seebohm, Hans-Christoph, in: Neue Deutsche Biographie (NDB), Bd. 24, Berlin 2010, S. 138f.; Herbstritt: Deutscher Bundestag, S. 203, 205, 256 und 318. Seebohm wurde jedoch erst im März 1954 in »Rosenholz« mit einem eigenen Aktenvorgang erfasst.



gierte. Die von ihnen zugänglich gemachten Informationen habe Gustav Hanelt über Uwe Wehlen und zuweilen direkt über August Moritz an das IWF weitergeleitet. Offenkundig gab es lediglich mit Hanelt eine echte Quelle im nachrichtendienstlichen Netz der Residentur »Kornbrenner«, die direkten Zugang zu Originalquellen einerseits aus der Bundesregierung, dem Deutschen Bundestag und dem Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Landes Schleswig-Holstein sowie andererseits aus der Partei erhalten konnte.<sup>72</sup>

Aus der konkreten operativen Arbeit findet sich innerhalb der Überlieferungen des IWF lediglich eine relevante Sequenz zu Hanelt. Demnach habe er im März 1951 den Residenten August Moritz, wie dieser dem IWF mitteilte, über den Verdacht aus den Reihen der DP informiert, wonach er, Hanelt, Informationen an die »Bruderschaft« gegeben haben soll. Das habe Hanelt gegenüber Moritz (wahrheitswidrig) verneint, als ihn sein Minister Wittenburg zur Rede gestellt hatte. Hanelt habe unter Abgabe seines »SS-Eides als Offizier« erklärt, kein Mitglied der »Bruderschaft« zu sein. Der Vorhalt habe damit zunächst als erledigt gegolten. Gleichwohl habe Hanelt überdies Moritz und dieser dann das IWF über seinen Verdacht informiert, seit einiger Zeit von der Postüberwachung betroffen zu sein, denn diese komme jeweils mit mehrtägiger Verspätung an. Hanelt selbst, wusste das IWF, sandte Informationen auf dem Postweg zu Wehlen, was Moritz zu unterbinden versuchte.<sup>73</sup>

Diese Hinweise nahm der zuständige Leiter bei der »Parteiaufklärung«, Gerhard Leo, zum Anlass, am 9. April 1951 die Residentur »Kornbrenner« zu analysieren (das IWF übernahm die diesbezüglichen Akten erst im Dezember 1951). In dieser Untersuchung heißt es:

»Die Clique der Informatoren um »Kornbrenner« ist auf dem Boden der »Bruderschaft« gewachsen. Sie hätte genauso gut in irgendeiner rechtsbürgerlichen Partei oder anderen Organisationen entstehen können. Aus Verbundenheit mit der »Bruderschaft«, aus Verpflichtung, gerade diese Organisation zu stärken oder ähnlichen Gefühlen gibt keiner der Informatoren Nachrichten an »Kornbrenner« weiter. Das ist nicht erst so seit der offensichtlichen Schwächung der »Bruderschaft« durch Spaltung. Der Apparat um »Kornbrenner« wird zusammengehalten:

- a) durch Geldzuwendungen,
- b) durch gegenseitigen Nachrichtenaustausch (damit können sich die einzelnen bei ihren jeweiligen Protektoren wieder »starkmachen«, wie sie sagen),
- c) durch die gemeinsame Vergangenheit,
- d) schließlich vielleicht durch das Bestreben der einzelnen, sich einen Kreis von Freunden zu erhalten, auf deren Hilfe man wieder angewiesen sein könnte, falls die Verhältnisse in Westdeutschland sich grundlegend ändern sollten. Aus der Tatsache, daß [...] allein »Kornbrenner« die Fäden des gesamten Apparates in der

72 Vgl. IWF: Zusammenfassender Bericht.

73 Vgl. Ebenda.

Hand hat, kann man folgendes schließen: Der ›K[ornbrenner]-Apparat‹ ist nicht der Nachrichtenapparat der ›Bruderschaft‹, an den wir durch eine Hintertür herangekommen sind. Die ›Bruderschaft‹ hat nur den Rahmen für die Entstehung des Apparates gegeben.«<sup>74</sup>

Gerhard Leo fragte daher weiter in seiner Analyse: »Sind wir nun tatsächlich nur die harmlosen Geldgeber? Finanzieren wir nur den Aufbau eines Apparates, der uns nicht gehört, und der in Wirklichkeit ganz anderen – uns vielleicht noch unbekanntem Auftraggebern – dient? Handelt ›Kornbrenner‹ im Grunde so, wie alle anderen Informatoren des Apparates denken, daß uns nur so ein Stehsatz der gesammelten Nachrichten übergeben und dafür die Finanzierung des gesamten Apparates erreicht wird? Das müßte am Ergebnis der Arbeit und in der ständigen Zusammenarbeit mit ihm zu erkennen sein. Die Qualität und Aktualität der Berichte sprechen dagegen, daß wir den Abfall, nur das Unwesentliche bekommen. (unkonkrete, fast zur eigenen Kombination neigende Berichte, wie z. B. der aus der Quelle ›Hans‹ [Hanelt] über die Bundestagsabgeordnetenreise nach *den* USA ist *die* Ausnahme, nicht *die* Regel.) Die Nachrichten stimmen. Sie finden früher oder später fast alle ihren Niederschlag in den bekanntgegebenen Ereignissen, die im Voraus bezeichneten Entwicklungen treffen ein. Es sind keine faulen Eier, die man uns unterschiebt, um uns zu Fehlschlüssen zu verleiten, sondern wir können daraus politische Schlüsse ziehen, die für unseren Kampf um den Frieden und die Einheit Deutschland von Bedeutung sind.«<sup>75</sup> Somit gelangte Gerhard Leo im April 1951 zu dem Fazit, sich weiterhin auf die Residentur »Kornbrenner« stützen zu können, denn: »Ich habe den Eindruck, nach wie vor, daß ›Kornbrenner‹ in allen diesen Fragen positiv mitarbeitet und nicht versucht, irgendetwas zu verschleiern. Es ist natürlich ein empfindlicher Mangel, daß die Überprüfung des Apparates im Augenblick nur über seine Person möglich ist. Bei aller Wachsamkeit ihm gegenüber hat er sich jedoch bis jetzt noch keine Blöße gegeben, die grundsätzlich an der Richtigkeit seiner Angaben zweifeln lassen könnte.«<sup>76</sup>

## Untersuchungshaft

Im März 1952 war Hanelt für einige Tage erkrankt und nahm anschließend seinen Urlaub. Danach hatte sich seine Lage dramatisch verändert. Seine Frau saß fortan allein mit den drei Kindern in der soeben neu bezogenen Wohnung. Am 13. Mai 1952 erschien Hanelt freiwillig, wie das Protokoll vermerkt, zur Vernehmung beim Bundeskriminalamt.<sup>77</sup> Nach dem vierwöchigen Urlaub befanden sich seine Gepäckstücke noch auf dem Hotelschiff »Knurrhahn« in Kiel. Gegen ihn lag zu diesem Zeit-

74 Ebenda.

75 Ebenda.

76 Vgl. Ebenda.

77 Diese und nachfolgende Angaben entstammen BKA: Vernehmungsprotokolle.

punkt bereits ein Haftbefehl vor. In diesem Zusammenhang wurden – wie bereits erwähnt – zuvor auch August Moritz, Uwe Wehlen, Arnold de Lannoy und Ursula Seele verhaftet. In der Anklage wurde ihnen bald darauf vorgehalten, dem Institut für Zeitgeschichte der DDR – zunächst irrtümlich, später aber wider besseres Wissen – Informationen zukommen gelassen zu haben. Bis zum 1. April 1951 hätten sie wöchentlich bis zu 60 Berichte geliefert, für die in der Summe 24.000 Mark bezahlt worden seien.<sup>78</sup>

Hanelt ließ sich bei seiner Vernehmung zu Person und Sache ein. Hinsichtlich seines Engagements für die Waffen-SS erinnerte er lediglich seine »allgemeine Frontverwendung bis zum Zusammenbruch«, wobei er erwartungsgemäß und zeitgemäß nicht von Befreiung sprach und seinen Dienstrang mit SS-Hauptsturmführer der Reserve angab. Seine Zugehörigkeit zur Deutschen Partei räumte er ein, die »Bruderschaft« selbst sei ihm zwar bekannt, doch habe er sich von ihr distanziert. Aus deren Reihen sei er im Herbst 1950 vom Hamburger Buchhändler Uwe Wehlen, einem ehemaligen Angehörigen der SS, zunächst im Ministerium, dann aber privat besucht worden. Beginnend im Frühjahr 1951 habe er seinem Wunsch entsprochen, unentgeltlich offen zugängliche Mitteilungen über die Deutsche Partei zu geben. Er habe vielmehr Wehlen 200 Mark geliehen, die ihm in kleinen Chargen mit Postanweisung zurückgegeben worden seien, allerdings nicht unter dem Namen Wehlens, sondern unter dem Namen Friedrich Wilhelm. Monatliche Zahlungen in Höhe von 600 Mark habe er keinesfalls mit ihm verabredet, auch habe er im April 1952 keinesfalls eine Quittung in Höhe von 533 Mark unterzeichnet. Dem Verdacht, Wehlen arbeite für einen östlichen Nachrichtendienst, mochte er keinen Glauben schenken, zumal er politisch gänzlich anders ausgelegt sei.

In der Vernehmung führte er aus: »Meine politische Einstellung ist ausgesprochen gegen den Osten gerichtet, und ich hätte niemals eine Verbindung zu Wehlen gehalten, wenn ich gewußt hätte, daß er im Auftrage des Ostens tätig ist. Ich bin mir auch keiner Schuld bewußt in Bezug auf die Lieferung von Material an Wehlen. Wenn ich auch nur in geringster Weise den Verdacht hätte erhärten können, daß Wehlen für den Osten tätig war, hätte ich ihn bestimmt zur Anzeige gebracht.«

Gleichwohl habe er sich beim Landesamt für Verfassungsschutz nach Wehlen erkundigt, doch habe er dort mitgeteilt bekommen, dass dieser dort unbekannt sei. Bei nächster Gelegenheit habe er Wehlen nach seinen Verbindungen zum Osten gefragt, doch habe er diese in Abrede gestellt. Offenbar spielten die Beamten in der ersten Vernehmungsrunde ihr Wissen gegen Hanelt zunächst kaum aus. Er räumte zwar ein, Wehlen den Gesetzesentwurf über Windschutzpflanzungen vom April 1952 überlassen zu haben, betrachtete diesen jedoch keinesfalls als geheim. Schließlich erklärte Hanelt den Beamten: »Ich habe nunmehr die reine Wahrheit gesagt und

78 Vgl. Hoch- und Landesverratsprozesse in der Bundesrepublik seit dem 1. September 1951, in: Deutsche Presseagentur (Hrsg.): Hintergrund. Archiv und Informationsmaterial, 31.5.1954, S. 8.

nichts bewußt verschwiegen.« Hanelt kam in Untersuchungshaft in Bonn und saß im dortigen Amtsgerichtsgefängnis ein.

Vier Tage später, am 17. Mai 1952, wurde Hanelt zur zweiten Vernehmung abgeholt. Es ging um eine Quittung über 588 Mark, die er unterschrieben haben soll und die bei Uwe Wehlen aufgefunden worden war. Hanelt bestritt, diese Quittung unterschrieben zu haben. Vielmehr habe er von Wehlen niemals Geld erhalten, sondern umgekehrt diesem 200 Mark über die Weihnachtstage 1950 geliehen, die dann in kleinen Chargen abgestottert worden seien. Die Vernehmer ließen durchblicken, dass Wehlen geständig sei und erklärt habe, Hanelt vereinbarungsgemäß monatlich 600 Mark zukommen zu lassen. Hanelt bestritt das. Gleichfalls will er diverse Unterlagen, die ihm im Ministerium dienstlich zugänglich waren, nicht an Wehlen weitergegeben haben. Hanelt meinte, es sei möglich, »dass er mir diese und andere Sachen entwendete, wenn er allein im Zimmer« seiner Wohnung war. Allerdings räumte er ein, dem Vorgänger Wehlens, Elbertzhagen, Originalunterlagen überlassen zu haben, die dieser – so sei es ihm gegenüber erklärt worden – »pressemäßig auswerten wollte«. Auch dafür habe er kein Geld erhalten. Hanelt unterzeichnete das entsprechende Protokoll.

Noch am gleichen Tag nahmen die Beamten des BKA Hanelt und den gleichfalls in Untersuchungshaft befindlichen Uwe Wehlen gemeinsam ins Kreuzverhör. Wehlen war geständig. Bei dieser Gegenüberstellung ging es wesentlich um die Quittung für 588 Mark, das wichtigste Beweismittel in dieser Causa. Wehlen bestand darauf, dass sie von Hanelt unterzeichnet worden war, was dieser dementierte. Wehlen behauptete bei dieser Vernehmung weiterhin, Hanelt 300 Mark überlassen zu haben; die Beträge in Höhe von 218 Mark für die Netzkarte sowie 70 Mark für Spesen habe Hanelt abgelehnt. Auch das dementierte Hanelt. Wehlen wiederum dementierte, von Hanelt einen Kredit in Höhe von 200 Mark erhalten zu haben. Und hinsichtlich der mit Postanweisung ausgeführten Zahlungen Wehlens gab es auch widersprechende Angaben. Wehlen erklärte, auf einer Tagung der Bruderschaft in Rendsburg, an der auch Hanelt teilgenommen habe, sei die Lieferung von Informationen gegen Bezahlung verabredet worden. Bei den Postanweisungen Wehlens handele es sich um Entlohnungen für überlassene Informationen. Hanelt räumte zwar die Begegnung in Rendsburg wie auch die Bereitschaft zur Informationslieferung ein, allerdings habe dies allein offene Unterlagen betroffen und diese seien unentgeltlich übergeben worden. Dabei wiederholte er die Möglichkeit, dass Wehlen jene Unterlagen, die allein dienstintern waren, heimlich von seinem Schreibtisch genommen haben könnte. Doch diese Schutzbehauptung lief ins Leere.

Wehlen konterte darauf detailliert: »Herr Hanelt legte mir, da er meist spät aus dem Dienst kam, eine blaue Mappe mit dem Material hin, dass ich auswerten durfte. Als er dann vom Dienst kam, habe ich ihm stets die Schriftstücke gezeigt, die ich mitnehmen wollte. In der Regel haben wir sogar, ich berichtige mich, manchmal war dies der Fall, eine Notiz darüber angelegt, was ich mitnahm.« Das wiederum bestätigte Hanelt. Und als Wehlen anführte, er habe Weihnachten 1951 ein monatliches Fixum in Höhe von 600 Mark für Informationen Hanelts zugesichert, bestätigte

Hanelt das ebenfalls. Mehr noch habe er im April die Hälfte bereits erhalten, wobei er entschieden widersprach, die Quittung in Höhe von 588 Mark unterzeichnet zu haben. Hanelt setzte die Einlassungen fort: »Ich muss auch richtigstellen, dass ich diese Summe nicht als Darlehnsrückzahlungen betrachtete, sondern jeweils als Entgelt für geleistete Informationen.«

Wehlen räumte dann ein: »Ich gebe zu, dass ich die Unterschrift unter die Quittung Hanelt selbst gesetzt habe. [...] Vorher hatte ich mich bemüht bzw. ich hatte ihn darum gebeten, mir eine Unterschrift nur mit dem Vornamen ›Hans‹ zu geben. Hanelt lehnte dies ab. In meinem Büro in Hamburg besass ich aber einige Briefe des Hanelt. Ich legte nun diesen Zettel auf eine Unterschrift des H., sie leuchtete durch den Zettel durch. So habe ich sie mit einem Kopierstift nachgezogen. Ich bekenne mich als schuldig, diese Unterschrift gefertigt zu haben.«

Es war also nur noch die Frage zu klären, was es mit den 200 Mark auf sich hatte, die Hanelt Wehlen geliehen haben will. Hanelt: »Ich habe einigen ehemaligen Kameraden der SS Geld gegeben, wenn sie in Not waren. Nie habe ich mir dafür eine Quittung geben lassen. Ich war bisher der festen Meinung, dass ich auch Wehlen eine Summe von ca. 200 Mark geben habe. Nachdem Wehlen das aber energisch bestreitet, räume ich die Möglichkeit ein, dass ich nicht ihm, sondern einem anderen Kameraden diesen Betrag übergab.«

Damit war polizeilich geklärt, dass Hanelt entgeltlich Informationen an Wehlen gegeben hat. Das dürfte allenfalls disziplinarrechtlich von Belang sein. Die Schlüsselfrage war also, ob Hanelt in Wehlen einen östlichen Nachrichtendienst erkannt hatte. Hanelt führte hierzu aus: »Abschliessend möchte ich im Beisein von Wehlen noch einmal betonen, dass ich nicht gewusst habe, dass mein geliefertes Material zum Osten ging oder rein nachrichtenmässig ausgewertet wurde. Ich habe auch kein vertrauliches oder geheimes Material Wehlen übergeben. Ich war der Meinung, dass es sich um einen Presse- und Informationsdienst für Presse und Industrie handelte. Ich glaubte ihm als alten Bekannten eine Gefälligkeit beruflicher Art zu tun.« Wehlen bestätigte Hanelts Ausführungen »in vollem Umfang«. Gleichfalls stimmten beide darin überein, dass wesentlich Informationen aus der Deutschen Partei übermittelt worden seien.

Die Beamten des BKA waren sich freilich dessen bewusst, dass nach diesem Stand der Vernehmungen die Schlüsselfrage lautete, ob Hanelt wusste, einem östlichen Nachrichtendienst zugearbeitet zu haben. Dies sollte mit einer Durchsuchung seiner Kieler Wohnung geklärt werden, mit welcher Hanelt einverstanden war.<sup>79</sup> Daraus ergaben sich schon am Folgetag Hinweise, die aus Sicht des BKA gegen eine Zuarbeit für einen Presse- und Informationsdienst sprachen. Demnach habe ihm Wehlen jeweils Fragebögen vorgelegt, in der Summe vielleicht zehn. Am 2. Februar 1951 sollte er Fragen zur »Remilitarisierung« und zur »westdeutschen Wirtschaft« beantworten. Hanelt: »Ich gestehe zu meiner Schande ein, dass ich bei näherem Nachdenken hätte stutzig werden müssen. Ich habe aber Wehlen stets Glauben geschenkt, der mir

79 Vgl. Einverständniserklärung vom 20.5.1952; BKA-Vernehmungsprotokolle, Bl. 100.

wiederholt gesagt hat, dass es nichts unanständiges sei und er für einen Informationsdienst der westdeutschen Industrie arbeite. In diesem Glauben wurde ich noch dadurch bestärkt, dass Wehlen im Allgemeinen nur wirtschaftliche und allgemein politische Fragen an mich gerichtet hat.« Neben allgemein zugänglichen Informationen habe Hanelt mitunter die Fragen an Gerhard Krüger (1908–1994) weitergereicht, welcher Sekretär der Deutschen Partei im Bundeshaus in Bonn war und seinerseits Kontakte zum MfS pflegte sowie zugleich auch Quelle des BfV gewesen sein soll.<sup>80</sup> Im Ergebnis der Vernehmungen Hanelts und Wehlens gewann die Oberstaatsanwaltschaft ein Bild, das sicherlich zutreffend in der *Hannoveranischen Presse* wiedergegeben wird:

»Durch Mittelsmänner beschaffte Wehlen Unterlagen über antikommunistische Organisationen und Personen. Dafür wurde ihm Hanelt eine wichtige Informationsquelle. Denn Hanelt, zuerst Angestellter im Fraktionsbüro der DP in Bonn und später persönlicher Referent des schleswig-holsteinischen DP-Landwirtschaftsministers Wittenburg und Kreisvorsitzender der DP in Bad Segeberg, konnte ihm als Mitbegründer einer scharf nationalistisch orientierten Gruppe manches Material bieten. Wehlen setzte dieses Material bei seinen zahlreichen Beziehungen zur SRP, zur sogenannten ›HJ-Führungsgruppe‹, eben zu allen Kreisen und Personen, die sich noch um nationalsozialistische Ideen sammelten, für gutes Geld ab. Über Hanelt erhielt Wehlen auch Unterlagen aus dem Bereich der amtlichen Staats- und Wirtschaftspolitik. So verkaufte er durch seinen ›Nachrichtenring‹ den Text des französischen Agrarplanes für Europa, des sogenannten Pfimlin-Planes, ferner Stellungnahmen über Ersatzbombenziele für Helgoland in Schleswig-Holstein, Sitzungsberichte des Bundeskabinetts über die Kohlenversorgung an entsprechende Interessenten. [...] Offenbar war der Verbindungsmann in östlicher Richtung der frühere SD-Obersturmführer Moritz, der als Angestellter der VVN in Hamburg unter falschem Namen arbeitete. Er hat über die VVN einen Nachrichtenkanal nach Osten geschaffen.«<sup>81</sup>

## Öffentlichkeit

Die Inhaftierung Gustav Hanelts konnte eine Zeit lang diskret gehalten werden – genau genommen drei Wochen lang, bis zum 5. Juni 1952. Die *Kieler Nachrichten* machten mit einer Eigenmeldung darauf aufmerksam, dass er sich in Haft befinde

80 Vgl. Reg.-Nr. 5455; BArch, MfS, HV A, F 16 (Rosenholz); Baldow, Episode, S. 25, 146, 169, 172 und 179. Gerhard Krüger war Gauschulungsleiter Westfalen-Süd und Mitglied der deutschen Botschaft in Paris unter Otto Abetz, Eintritt in die SA 1926 und Empfänger des Goldenen Parteiabzeichens, nach dem Krieg Mitglied des Bundeskomitees der SRP vgl. Henning Hansen: Die Sozialistische Reichspartei (SRP). Aufstieg und Scheitern einer rechtsextremen Partei, München 2007, S. 253; Martin Will: Ephorale Verfassung. Das Parteiverbot der rechtsextremen SRP von 1952, Thomas Dehlers Rosenburg und die Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland, Tübingen 2017, S. 104–106.

81 Vgl. Agenten zwischen den extremen Fronten. Ehemalige SS- und SD-Führer bildeten Spionagering. Fäden zwischen Rechts- und Linksradikalen, in: Hannoversche Presse, 7.10.1952.

und die Landesregierung selbst über die Umstände bislang nicht unterrichtet worden sei. Auf Nachfrage bei der DP hieß es, dass Hanelt als Vorsitzender des Kreisverbandes Segeberg »beurlaubt« worden sei.<sup>82</sup> Es setzte langsam eine Medienwelle ein. Die *Allgemeine Mainzer Zeitung* wusste vier Tage später, am 9. Juni 1952, bereits Einzelheiten zu berichten. Hanelt habe über Mittelsmänner »vertrauliche Bonner Dokumente, unter anderem geheime Kabinettsprotokolle, nach Pankow geliefert.« Unversehens rückte Hanelt ins Zentrum der Berichterstattung, begleitet von Spekulationen wie der folgenden: »Ob Hanelt wußte, daß der Auftraggeber der Chef der Ost-CDU, [Otto] Nuschke [1983–1957], war, ist bis jetzt noch nicht erwiesen. Außer Hanelt sind noch drei Personen durch das Bundeskriminalamt verhaftet worden.«<sup>83</sup> Ab diesem Moment wusste das IWF, dass seine Quelle »Hans« beziehungsweise »Hacker« inhaftiert war; sicherlich dann auch alsbald, dass sich vier Angehörige der Residentur »Kornbrenner« in Untersuchungshaft befanden. Tatsächlich aber erfuhr es Genaueres erst am 29. August 1952 durch eine Agenturmeldung: Die Residentur »Kornbrenner« war aufgeplatzt.<sup>84</sup>

In Ost-Berlin registrierte man alsbald die Verhaftung Gustav Hanelts. Dort war ohnehin bereits aufgefallen, dass seit Anfang Mai 1952 August Moritz den verabredeten Treff nicht wahrgenommen hatte. Schon die erste Zeitungsmeldung am 5. Juni 1952 wurde vom IWF ausgewertet. Mit dem 29. August 1952 war dem IWF klar: August Moritz, Uwe Wehlen und Arnold de Lannoy waren auch verhaftet. Das IWF war zuvor nicht untätig geblieben, stellte jedoch bereits im Juni 1952 fest, dass Moritz sich nicht mehr in seiner Wohnung befand.<sup>85</sup> Mithin hatte das IWF die Verhaftungswelle am 5. Juni 1952 verpasst.

Am 11. Juni 1952 konnte der *Neuen Zeitung* die Entlassung Hanelts aus dem Ministerium entnommen werden, die am 8. Juni fristlos erfolgt war.<sup>86</sup> Nunmehr hatte die Landespressestelle in Schleswig-Holstein basierend auf Angaben der Generalbundesanwaltschaft informiert. Zugleich wurden damit Untersuchungshaft und Geheimnisverrat bestätigt.<sup>87</sup> In der Folge schien zunächst das mediale Interesse nachzulassen – bis die Causa auf der Bundespressekonferenz verhandelt wurde. Dem »Spionagering gehörten zahlreiche ehemalige NSDAP-Mitglieder an«, hieß es, und er wurde als eine Organisation charakterisiert, die »allen alles verkauft, was sie produzieren«. Hanelt

82 Vgl. Seit Wochen in Haft, in: Kieler Nachrichten, 5.6.1952; Verhaftung im Landwirtschaftsministerium, in: Schleswiger Nachrichten, 5.6.1952; DP-Führer unter Spionageverdacht, in: Schleswig-Holsteinische Volkszeitung, 5.6.1952; Rote Spionage in einem Kieler Ministerium?, in: Schleswig-Holsteinische Tagespost, 5.6.1952; Schleswig-Holsteinischer DP-Landesgeschäftsführer verhaftet, in: Südschleswigsche Heimatzeitung, 5.6.1952; Der Fall Hanelt, in: Schleswig-Holsteinische Volkszeitung, 5.6.1952.

83 Vgl. Was weiß Hitlers Abwehrchef zu sagen? Ist Schellenberg bereits gestorben? Ein neuer Spionagefall wirbelt Staub auf, in: Allgemeine Zeitung Mainz, 9.6.1952.

84 Vgl. IWF: Zusammenfassender Bericht.

85 Vgl. Ebenda.

86 Späterhin war von Suspendierung die Rede; vgl. Neuer Spionagefall vor dem Bundesgerichtshof, in: Die Neue Zeitung vom 29.8.1952.

87 Vgl. Kieler Ministerialreferent fristlos entlassen, in: Die Neue Zeitung, 11.6.1952.

selbst – seine Partei war Teil der Bundesregierung – geriet einen Moment lang aus dem Mittelpunkt der Berichterstattung, die sich nunmehr auf Arnold de Lannoy kaprizierte.<sup>88</sup>

Als die Abteilung I des IWF den Vorgang von der benachbarten Hauptabteilung II übernommen hatte, versuchte sie, wie erwähnt, den Verbleib von August Moritz festzustellen, indem sie einen ihrer Mitarbeiter, Harry Schulz, vom 25. bis zum 30. Juni 1952 nach Hamburg schickte. Der ermittelte, dass sich Moritz seit dem 11. April 1952 bei keiner der dem IWF bekannten Adressen aufgehalten hatte. Im August 1952 informierte die Generalbundesanwaltschaft über die Anklage, die sie gegen einen Agentenring erheben wollte. Nunmehr werden alle vier Angeklagten namentlich mit Charakterisierungen angeführt, die deren frühere Zugehörigkeit zum nationalsozialistischen Sicherheitsdienst und der SS hervorheben.<sup>89</sup>

## Landtag Schleswig-Holstein

Auf Antrag der oppositionellen SPD-Fraktion im Landtag Schleswig-Holstein wurde die Causa Gustav Hanelt im Kontext des Landesamtes für Verfassungsschutz am 29. Oktober 1952 erörtert. Der (sozialdemokratische) Präsident Karl Ratz (1897–1961) eröffnete den Tagesordnungspunkt 5 um 15.08 Uhr.<sup>90</sup> Der Abgeordnete Max Kukil (1904–1959) begründete den Antrag der SPD auf die Einrichtung eines parlamentarischen Ausschusses für Verfassungsschutz damit, dass über alle gegen die verfassungsgemäße demokratische Grundordnung gerichteten Bestrebungen gegenüber dem Landtag zu berichten sei. Damit solle sofort begonnen werden, wobei es auch »sofort« um die »Bruderschaft« gehen solle.<sup>91</sup> Kenntnissreich berichtete er detailliert über die Verquickung ehemaliger Nationalsozialisten mit der Bruderschaft sowie der Deutschen Partei. Freilich ging er auf Hanelt ein, zu dem er beklagte, dass zu ihm relevante Unterlagen – etwa dessen Vernehmung – nicht vorgelegt worden seien.<sup>92</sup>

Innenminister Dr. Dr. Paul Pagel (1894–1955) von der CDU nahm für die Regierung Stellung. Er ging konform mit Kukil hinsichtlich dessen »umfassender Darstel-

88 Vgl. Spionagery im Bundesgebiet aufgedeckt. Ulbricht erhielt gefälschten Text des Deutschlandvertrages, in: Frankfurter Rundschau, 9.7.1952; Wieder ein Spionagery aufgedeckt. Er lieferte Ulbricht einen falschen Generalvertrag. Belgischer Verfasser, in: Kölnische Rundschau, 9.7.1952; Gefälschte Dokumente, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.7.1952; Spionagery spielt Ulbricht gefälschte Vertragstexte zu, in: Die Neue Zeitung, 9.7.1952.

89 Vgl. Sensationeller Spionagefall in Bonn. Ehemalige SD- und SS-Leute arbeiteten für Pankow, in: Hamburger Echo, 28.8.1952; Spionage für den Osten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.8.1952; Voruntersuchung gegen Spionageverdächtige eingeleitet, in: Frankfurter Rundschau, 30.8.1952; Anklage wegen Geheimnisverrats, in: Die Welt, 17.9.1953; Oberbundesanwalt erhebt Anklage, in: Rheinische Post, 17.9.1953; Anklage wegen Verrats von Staatsgeheimnissen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.9.1953.

90 Vgl. Protokoll der Sitzung des Landtags Schleswig-Holstein, 29.10.1952, S. 153.

91 Vgl. Ebenda., S. 154–168, hier 154.

92 Vgl. Ebenda., S. 164 f.





*Landtag Schleswig-Holstein. Zielobjekt des Ministeriums für Staatssicherheit (Archiv der Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig).*

lung über das wirklich trübe Kapitel der Zeit nach unserem Zusammenbruch 1945«.<sup>93</sup> Dass er mithin auch die DP als Regierungspartner schonte, war dennoch kaum zu übersehen. Trotzdem schilderte er detailliert die Kenntnislage über die diversen rechtsextremistischen Milieus in Schleswig-Holstein. Das genügte Kukil jedoch nicht. Umfassend replizierte er, was alles fehlen würde: »Sie haben nicht Herrn Hanelt und die anderen Leute erwähnt, die den Nachrichtendiensten der verschiedenen Nationen angehören – wir wollen doch einmal deutlicher sprechen, Herr [Kai-Uwe] v[on] Hassel [1913–1997]! –, und die ihre Gelder von ihren Nachrichtendiensten beziehen, die also gegen das Deutschtum arbeiten.«<sup>94</sup> Den Antrag auf Einrichtung eines neuen Ausschusses für Verfassungsschutz lehnte der Abgeordnete Dr. [Martin] Kohz [1902–1971] für die Fraktion Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) explizit ab.<sup>95</sup> Ähnlich argumentierte die Fraktion des Deutschen Wahlblocks<sup>96</sup>, die FDP hingegen zeigte sich ebenso aufgeschlossen<sup>97</sup> wie der Südschleswigsche Wählerverband (SSW) unter ihrem Fraktionsvorsitzenden Samuel Münchow (1893–1976).<sup>98</sup> Als

93 Ebenda., S. 168.

94 Ebenda., S. 181.

95 Vgl. Ebenda., S. 183.

96 Vgl. Ebenda., S. 186.

97 Vgl. Ebenda., S. 185.

98 Vgl. Ebenda., S. 189.

der Abgeordnete Kukil zum dritten Mal das Wort erhielt, betonte er wesentlich gerade das Fehlen von Unterlagen in der Causa Hanelt.<sup>99</sup> Das forderte den Innenminister heraus, der bezogen auf Hanelt explizit ausführte, dass er die SPD gebeten hatte, die Tatsachen zu Hanelt nicht zu erwähnen, und er bedauerte, »daß ich jetzt doch gezwungen werde, das hier zu sagen. Ich habe noch betont, daß es mir nicht wegen des Sachverhaltes oder Tatbestands bedenklich erschien, sondern daß unter Umständen dieser Komplex [...] dadurch in der Untersuchung beeinträchtigt werden könnte.«<sup>100</sup>

Nach einer Unterbrechung erfolgte um 21.57 Uhr – nach bald siebenstündiger Erörterung – eine namentliche Abstimmung. Für den SPD-Antrag auf Einrichtung eines neuen Verfassungsschutzausschusses des Parlaments stimmten 23 Abgeordnete, 38 stimmten dagegen.<sup>101</sup> Ein analoger Antrag der FDP erhielt zwei Stimmen mehr, eben jene von der FDP, und wurde gleichfalls mit Mehrheit abgelehnt.<sup>102</sup> Im Ergebnis war damit die Angelegenheit unter den Tisch gewischt und hatte parlamentarisch keine Konsequenzen.

## Prozess

Der Prozess wegen Landesverrats gegen August Moritz, Uwe Wehlen, Arnold de Lannoy sowie Gustav Hanelt begann in Karlsruhe Montag früh am 7. Dezember 1953. Er fand teilweise unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.<sup>103</sup> Ursprünglich sollte er bereits am 23. November 1953 beginnen.<sup>104</sup> Den Vorsitz hatte Bundesrichter Dr. Anton Henneka (1900–1984) vom 2. Strafsenat des Bundesgerichtshofs in Karlsruhe inne, der kurzzeitig der SA angehört hatte.<sup>105</sup> Die Anklage führte Bundesanwalt Dr. Max Güde (1902–1984), der 1940 der NSDAP beigetreten war.<sup>106</sup> Hanelts Verteidiger war der erwähnte Professor Dr. Erwin Noack aus Kiel, der vormals als Verteidiger der späterhin verbotenen Sozialistischen Reichspartei aufgetreten war und bereits 1931

99 Vgl. Ebenda, S. 197.

100 Ebenda, S. 199.

101 Vgl. Ebenda, S. 200.

102 Vgl. Ebenda

103 Vgl. [W]al[ter Schallies]: Erster Landesverrats-Prozeß vor dem Bundesgerichtshof. Ein undurchsichtiges Kapitel der Nachkriegsgeschichte. Ulbrichts gefälschter »Generalvertrag«, in: Süddeutsche Zeitung, 8.12.1953; Prozeß gegen Hamburger Nachrichtenladen. 450 DM für den falschen Generalvertrag. »Hitlerist« im Amt Blank, in: Hamburger Echo, 8.12.1953; Gefälschter Generalvertrag. Landesverratsprozeß vor dem Bundesgerichtshof, in: Kölner Stadt-Anzeiger, 8.12.1953; Spionage mit gefälschtem Material. Landesverratsprozeß vor dem Bundesgerichtshof, in: Frankfurter Rundschau, 8.12.1953.

104 Landesverratsprozeß vor Bundesgericht, in: Hamburger Echo, 5.11.1953; Landesverratsprozeß vor dem Bundesgerichtshof, in: Frankfurter Neue Presse, 5.11.1953.

105 Vgl. Edith Raim: Justiz zwischen Diktatur und Demokratie. Wiederaufbau und Ahndung von NS-Verbrechen in Westdeutschland 1945–1949, Oldenbourg 2013, S. 456; Thomas Darnstädt: Wie braun waren Deutschlands erste Richter?, in: Der Spiegel 39 (2021).

106 Zur Person Max Güde vgl. Volker Tausch: Max Güde (1902–1984). Generalbundesanwalt und Rechtspolitiker, Baden-Baden 2002.



*Bundesgerichtshof in Karlsruhe, 10. Dezember 1953. Anklage wegen Hochverrats. Auf der Anklagebank (von links): Exporthändler Arnold de Lannoy, Journalist Uwe Wehlen, Verwaltungsangestellter Gustav Hanelt und Kunsthistoriker August Moritz (Alamy Stock Foto).*

der NSDAP angehört hatte.<sup>107</sup> Die Interessen der Kieler Landesregierung vertrat in diesem Verfahren Regierungsdirektor Franz Siebold.<sup>108</sup>

Was den 39-jährigen Hanelt betraf, wurde dieser nun der Öffentlichkeit als schwerkriegsbeschädigter ehemaliger Privatsekretär des schleswig-holsteinischen Landwirtschaftsministers Otto Wittenburg bekannt. Bei ihm war die Bundesanwaltschaft zu dem Schluss gelangt, dass er Wehlen »billigst amtliche Dokumente und Protokolle zur angeblichen journalistischen Auswertung« überlassen hatte.<sup>109</sup> Wittenburg war in diesem Verfahren in den Zeugenstand gerufen worden und führte über seinen Parteifreund Hanelt aus, dass dieser wegen seines Fleißes auch »eiserner Gustav« genannt werde; allerdings habe er keine Kenntnis darüber gehabt, dass er Informationen an Dritte weiterleiten würde. Der Journalist Eckart Elbertzhagen erklärte als Zeuge, dass er von Hanelt wiederholt Informationen über politische Vorgänge in Schleswig-

107 Vgl. Der Fall Hanelt, in: Lübecker Freie Presse, 30.12.1953. Zur Person Prof. Dr. Erwin Noack vgl. Martin Schumacher: Ausgebürgert unter dem Hakenkreuz Rassisch und politisch verfolgte Rechtsanwälte. Biographische Dokumentation einer Spurensuche zur deutschen Emigration nach 1933, Münster 2021, S. 16\*, 19\* und 29.

108 Vgl. Der Fall Hanelt, in: Lübecker Freie Presse, 30.12.1953.

109 Vgl. Walter Schallies: Max und Moritz machen einen »Generalvertrag«. Der erste Landesverratsprozeß vor dem Bundesgerichtshof. Ost-Agenten mit brauner Vergangenheit, in: Süddeutsche Zeitung, 15.12.1953.

Holstein erhalten habe, die er an die »Bruderschaft« weitergeleitet habe. Er selbst habe ihn mit Uwe Wehlen bekannt gemacht und schließlich sei er von der Org. Gehlen darauf aufmerksam gemacht worden, dass Wehlen für den Osten arbeiten würde, worüber er Hanelt informiert habe.<sup>110</sup>

August Moritz ließ sich von der Rechtsanwältin Ruschnigg-Asher aus Hamburg vertreten. Gleich zu Prozessbeginn stellte diese den Antrag, den Sachverständigen Achim Oster (1914–1983) abzulehnen. Die Begründung: »Oster sei als Sohn des von den Nationalsozialisten hingerichteten Generals Oster sinngemäß in hohem Maße gegen ehemalige SS- und SD-Angehörige eingenommen, so daß er als Sachverständiger befangen sei.«<sup>111</sup> Der Senat des Gerichts lehnte den Antrag ab; Oster arbeitete in der »Dienststelle Blank« und war einer von acht Sachverständigen.

Hanelt räumte zu Prozessbeginn ein, Uwe Wehlen Protokolle über Regierungsanlässen in Schleswig-Holstein, Briefwechsel zwischen den Ministerien sowie Akten zu Finanzfragen gegeben zu haben. Allerdings leugnete er, gewusst zu haben, dass Wehlen diese in die »Sowjetzone« weiterleitete.<sup>112</sup> Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* beschrieb die Vernehmung Hanelts ausführlich:

»Die Verhandlung während des ganzen Dienstagmorgens galt allein der Frage, wieweit die von Hanelt an Wehlen weitergeleiteten oder mitgeteilten Schriftstücke, Akten und Protokolle aus dem Landwirtschaftsministerium und der Regierung des Landes Schleswig-Holstein vertraulich oder sogar geheimen Charakter hatten. Unter anderen war jedoch durch Aussagen von Wehlen festgestellt worden, daß Hanelt insgesamt achthundert Mark für die laufende Unterrichtung an Wehlen vom November 1950 bis zum Frühjahr 1952 erhalten hatte. Wehlen erklärte, er habe von Hanelt Berichte gefordert, die, wie seine eigenen, aus Zeitungsmeldungen zusammengestellt sein sollten. Nur weil Hanelt aus dem Landwirtschaftsministerium entlassen zu werden drohte, habe er ihm 300 Mark gegeben, allerdings auch zur Überbrückung und zur Deckung von Propagandakosten, da Hanelt angedeutet habe, daß er Bundestagsabgeordneter der Deutschen Partei werden wolle und dazu die notwendigen Geldmittel nicht habe. In diesem Falle, meinte Wehlen, hätte man sich von Hanelt authentische Berichte versprechen dürfen. Bereits am Montag hatte Hanelt zugegeben, daß er von Wehlen laufend größere und kleinere Geldbeträge erhalten hatte. Er habe allerdings angenommen, daß Wehlen journalistisch für den sogenannten »Informationsdienst der Deutschen Industrie« tätig sei und habe nicht gewußt, daß Wehlen alle Mitteilungen an Moritz weitergebe, den er, Hanelt, persönlich nicht gekannt habe. Er

110 Vgl. Mitteilungen auch an die »Bruderschaft«. Moritz hielt »Institut für Zeitgeschichte« für bürgerlich, in: Lübecker Freie Presse, 10.12.19353.

111 Ein tatsächliches Staatsgeheimnis. Landesverratsprozeß vor dem Bundesgerichtshof. Der gefälschte Generalvertrag, in: Rheinische Post, 8.12.1953; ähnlich: Agenten für den Spionagedienst Ulbrichts. Die Verhandlung gegen Moritz und Genossen in Karlsruhe hat begonnen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.12.1953.

112 Vgl. Ein tatsächliches Staatsgeheimnis. Landesverratsprozeß vor dem Bundesgerichtshof. Der gefälschte Generalvertrag, in: Rheinische Post, 8.12.1953; Agenten für den Spionagedienst Ulbrichts. Die Verhandlung gegen Moritz und Genossen in Karlsruhe hat begonnen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.12.1953.

habe daher auch nicht gewußt, daß Wehlen über Moritz für den Nachrichtendienst der Sowjetzone arbeite.«<sup>113</sup>

Eine Schlüsselfrage während der Verhandlungen drehte sich darum, ob Staatsgeheimnisse verraten worden waren. Bei einem Teil der in die DDR transferierten Informationen ging der Bundesgerichtshof von gefälschten Nachrichten aus, wobei allerdings ein Bericht über die Org. Gehlen nicht als Staatsgeheimnis angesehen werden konnte, weil: »Das Büro Gehlen sei im wesentlichen für die Amerikaner tätig. Fremde Staatsgeheimnisse seien aber nur dann zugleich deutsche, wenn sie nicht nur die Belange der Bundesrepublik berühren.« Folglich müsse – so auch die Argumentation von August Moritz – »das Büro Gehlen nur als [ein] rein für die Besatzungsmacht tätige[r] Apparat angesehen« werden. Somit hatte es »kein[en] Verrat echter Staatsgeheimnisse« gegeben.<sup>114</sup>

Das Verfahren fand beachtliche mediale Aufmerksamkeit und die Berichterstattung stand weithin unter dem Tenor »Ost-Agenten mit brauner Vergangenheit«, wie Korrespondent Walter Schallies (1912–1972) vermerkte.<sup>115</sup> Allerdings wurde die Öffentlichkeit am dritten Verhandlungstag ausgeschlossen, da der zu verhandelnde Inhalt die Staatssicherheit (sic!) gefährde. In der Sache ging es offenbar um die Informationen, die an die DDR weitergeleitet wurden.<sup>116</sup> Der Antrag kam von der Verteidigung August Moritzens, der das halbe Dutzend anwesender Journalisten aus dem Gerichtssaal herauskomplimentiert wissen wollte. Walter Schallies vermerkte dazu: »Moritz hatte angekündigt, er müsse jetzt auf Personen zu sprechen kommen, die in der Sowjetzone leben und daher gefährdet werden könnten.«<sup>117</sup> Hanelt rückte zusehends in den Hintergrund der medialen Berichterstattung.<sup>118</sup>

Am 21. Dezember 1953 stellte die Generalbundesanwaltschaft nach zehntägiger Verhandlung – meist ohne Öffentlichkeit – die Strafanträge: für August Moritz fünf Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust wegen fortgesetzten versuchten Landesverrats und aktiver Bestechung; für Uwe Wehlen drei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust wegen Beihilfe zum versuchten Landesverrat und zu einer landesverräter-

113 Vertragstext aus Zeitungsmeldungen. Die Vernehmung des Angeklagten Hanelt im Karlsruher Spionageprozeß, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.12.1953. Ähnlich, aber knapper: Informationen ohne Wert. Zweiter Tag des Landesverratsprozesses in Karlsruhe, in: Frankfurter Neue Presse, 9.12.1953; Kleine Fliegen im großen Spionagenetz. Ein Porträt der Angeklagten im Karlsruher Landesverratsprozeß, in: Frankfurter Rundschau, 12.12.1953.

114 Vgl. [W]al[ter Schallies]: Erster Landesverrats-Prozeß vor dem Bundesgerichtshof. Ein undurchsichtiges Kapitel der Nachkriegsgeschichte. Ulbrichts gefälschter »Generalvertrag«, in: Süddeutsche Zeitung, 8.12.1953.

115 Vgl. Walter Schallies: Max und Moritz machen einen »Generalvertrag«. Der erste Landesverratsprozeß vor dem Bundesgerichtshof. Ost-Agenten mit brauner Vergangenheit, in: Süddeutsche Zeitung, 15.12.1953. Zur Person Schallies vgl. News, in: Kress-Report vom 27.4.1972.

116 Vgl. Öffentlichkeit ausgeschlossen, in: Kölnische Rundschau, 12.12.1953.

117 Walter Schallies: Max und Moritz als Spione, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 14.12.1953; textgleich: Max und Moritz machen einen »Generalvertrag«. Der erste Landesverratsprozeß vor dem Bundesgerichtshof. Ost-Agenten mit brauner Vergangenheit, in: Süddeutsche Zeitung, 15.12.1953.

118 Vgl. Der Landesverratsprozeß in Karlsruhe, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.12.1953.

rischen Fälschung sowie wegen aktiver Bestechung; für Arnold de Lannoy beantragte sie zwei Jahre Zuchthaus wegen landesverräterischer Fälschungen und Beziehungen. Und für Gustav Hanelt wollte sie 14 Monate Gefängnis wegen Vertrauensbruchs und passiver Bestechung im Urteil sehen, verbunden mit einer Geldstrafe in Höhe von 800 Mark.<sup>119</sup> Überdies sollten nach dem Antrag des Bundesanwalts die an das Agentennetz verausgabten Entgelte in Höhe von 3.000 bis 10.000 Mark eingezogen werden.<sup>120</sup>

Nach zwei Wochen Verhandlungen, am 22. Dezember 1953, fiel das Urteil. Die Richter blieben wesentlich unter dem beantragten Strafmaß der Bundesanwaltschaft. Wegen versuchten Landesverrats wurde August Moritz zu vier Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Wegen landesverräterischer Beziehungen und Bestechung wurde Uwe Wehlen zu drei Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt. Gleichfalls wegen landesverräterischer Beziehungen wurde Arnold de Lannoy zu einhalb Jahren Haft verurteilt. Und Gustav Hanelt wurde wegen schwerer passiver Bestechung zu einem Jahr Haft verurteilt. Die Entgelte für die nachrichtendienstliche Arbeit in Höhe von 3.000 bis 10.000 Mark wurden eingezogen. Der Bundesrichter gelangte in der Causa Hanelt zu dem Schluss, dass dieser 500 Mark erhalten habe, und erklärte diese für verfallen. Die Untersuchungshaft wurde angerechnet, womit bei de Lannoy und Hanelt die Haftstrafe durch die Untersuchungshaft als verbüßt galt. Das Gericht glaubte Hanelt hinsichtlich seiner Unkenntnis über den ostdeutschen Abnehmer seiner Informationen, fand jedoch, dass er als Angehöriger des öffentlichen Dienstes nicht ungenehmigt dienstliche Unterlagen anderen zugänglich hätte machen dürfen. Er war zur Verschwiegenheit angehalten, juristisch ausreichend vorgebildet und habe dennoch fortlaufend Geldgeschenke angenommen, da er sich einen Nebenverdienst dadurch habe schaffen wollen.<sup>121</sup> Allerdings hatte Hanelt unterdessen seine Position als Angestellter des Ministeriums verloren.<sup>122</sup>

Das Hanelt betreffende Urteil wurde in Schleswig-Holstein mit Genugtuung aufgenommen. Die sozialdemokratische *Lübecker Freie Presse* vermerkte dazu:

»Erinnert man sich der Debatte im Schleswig-Holsteinischen Landtag vom 29. Ok-

119 Vgl. Walter Schallies: Strafanträge im Landesverrats-Prozeß. Zuchthaus und Ehrverlust für die Lieferanten des gefälschten Generalvertrages gefordert, in: Süddeutsche Zeitung, 22.12.1953; Strafanträge in Karlsruhe, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.12.1953; Zuchthaus und Gefängnis wegen Landesverrats, in: Die Welt, 23.12.1953.

120 Vgl. Bundesanwaltschaft beantragt Zuchthaus. Urteil im Landesverratsprozeß soll Dienstag verkündet werden, in: Die Welt, 22.12.1953.

121 Vgl. [Walter] Sch[allies]: Zuchthaus für Moritz. Früher SS-Führer – Heute Landesverräter, in: Frankfurter Neue Presse, 23.12.1953; Zuchthaus und Gefängnis im Landesverratsprozeß. Das Urteil des Bundesgerichtshofes. Kein Verrat echter Staatsgeheimnisse, in: Stuttgarter Nachrichten, 23.12.1953; Die Agenten für die Sowjetzone verurteilt. Der Karlsruher Prozeß um den gefälschten Text für den Generalvertrag, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.12.1953; Hoch- und Landesverratsprozesse in der Bundesrepublik seit dem 1. September 1951, in: Deutsche Presseagentur (Hrsg.): Hintergrund. Archiv und Informationsmaterial, 31.5.1954, S. 8.

122 Vgl. [W]al[ter Schallies]: Erster Landesverrats-Prozeß vor dem Bundesgerichtshof. Ein undurchsichtiges Kapitel der Nachkriegsgeschichte. Ulbrichts gefälschter »Generalvertrag«, in: Süddeutsche Zeitung, 8.12.1953.

tober 1952, so wird einem vieles über jene Entwicklung klar, die zum Karlsruher Prozeß führte. Der damalige SPD-Landtagsabgeordnete Max Kukil forderte einen Landtagsausschuß für Verfassungsschutz zum Zwecke der sofortigen Überprüfung der Bruderschaft. [...] Der Antrag wurde in namentlicher Abstimmung von CDU und BHE abgelehnt. Kukil erläuterte damals die Gefährlichkeit von Bruderschaft« und deutete auf die engen Verbindungen hin. »Heute, nach dem Karlsruher Urteil, wissen wir, wie recht Kukil handelte, als sie seine Warnungen und Vorschläge in den Wind schlug. [...] An diesem Vorgang zeigte sich, was inzwischen immer deutlicher geworden ist: Ministerpräsident F[riedrich] W[ilhelm] Lübke behält sich die Entscheidungen über die letzte Beurteilung der Ermittlungen des Kieler Verfassungsschutzamtes allein vor. Er hat auch den Einfluß auf die Personalpolitik dieses wichtigen Amtes völlig an sich gezogen. Er ist der eigentliche Chef des Verfassungsschutzamtes geworden. Das hat im Amt zu bedeutenden Personalveränderungen geführt. Man hat bereits vielfach den Eindruck, daß es immer stärker zu einer Art CDU-Kommandohöhe ausgebaut wird.«<sup>123</sup>

## Schluss

Im Zuge des Verfahrens am Bundesgerichtshof fanden umfangreiche Ermittlungen statt, die dem Gericht ein sehr dichtes Bild von dem nachrichtendienstlichen Netz der Residentur »Kornbrenner« erlaubten – und somit von Gustav Hanelt. In dem Verfahren und in dem Urteil entstand der Eindruck, es sei dem ostdeutschen Nachrichtendienst gelungen, mit Hilfe von ehemaligen SS-Offizieren Informationen unterschiedlicher Güte zu beschaffen. Folglich wurden die Akteure wegen Landesverrats verurteilt – mit Ausnahme von Gustav Hanelt, dem Bestechung nachgewiesen wurde. Mithin handelte es sich um einen aufgeplatzten Spionagering der DDR.

Moritz wurde letztthin sowohl vom IWF als auch von der Org. als unsicherer Kantonist eingestuft; mithin bestanden auf beiden Seiten Unsicherheiten, auf welcher Seite Moritz letztlich wirklich stand. Das veranlasste den britischen Nachrichtendienst, Uwe Wehlen, Arnold de Lannoy, Gustav Hanelt, August Moritz sowie Ursula Seelen im April 1952 zu verhaften. Nach anfänglichem Leugnen gestand Gustav Hanelt nach einer Gegenüberstellung mit Wehlen, dass er diesem ab Januar 1951 geheime Informationen verkauft hatte, die angeblich für den Wirtschaftsinformationsdienst »PLATOW Brief« (Hamburg) oder einen Industriedienst bestimmt gewesen sein sollten. Das brachte ihm 18 Monate Haft ein.

Das IWF gelangte im Sommer 1952 zu der Schlussfolgerung, nahezu ihr gesamtes nachrichtendienstliches Netz auflösen zu müssen, und weiterhin wurde festgehalten: »Es ist schwierig, eine genaue Einschätzung von August Moritz (»Kornbrenner«) und seiner tatsächlichen Rolle zu geben. Fest steht, daß er mit uns nicht ehrlich gearbeitet

123 Der Fall Hanelt, in: Lübecker Freie Presse, 30.12.1953.

hat. Als Vermutungen könnten aufgestellt werden:

Erstens, der gesamte ›Kornbrenner‹-Komplex war eine Clique von Betrügern, die zum Teil kombiniertes und abgeschriebenes Material, zum Teil echtes Material geliefert hat. Ein Abwehrdienst ist hinter die Schliche gekommen und hat zugegriffen.

Zweitens, ›Kornbrenner‹ arbeitete im Auftrage oder unter Kontrolle der Engländer. Dabei hat es sich ergeben, daß amerikanische Agenten in seinen Apparat eingebaut wurden und seine Tätigkeit für die Amerikaner bzw. den Gehlen-Apparat unangenehm wurde. Durch die Affäre im Februar 1952 und die anschließenden Ereignisse [...] konnte er nicht weiter gehalten werden und wurde von seinen englischen Auftraggebern fallen gelassen. Diese Möglichkeit erscheint auf Grund der Zusammenhänge am wahrscheinlichsten.

Drittens, bei der gesamten Tätigkeit ›Kornbrenners‹, einschließlich der jetzt veröffentlichten Pressenotizen über seine Verhaftung, handelt es sich um eine von vornherein organisierte Provokation eines gegnerischen Geheimdienstes, bei der jetzt durch einen Prozeß die ›Spionagetätigkeit‹ der KPD und deren Zusammenarbeit mit SS- und SD-Offizieren demonstriert werden soll.«<sup>124</sup>

Gleich wie: Gustav Hanelt war in diesem Ensemble seitens des IWF lediglich die einzig echte Quelle – mit mäßigem nachrichtendienstlichen Wert. Dieser jedoch hätte sich entwickeln können, wenn es gelungen wäre, Hanelt zum Mitglied des Deutschen Bundestages werden zu lassen. Die Wahlen hatten am 6. September 1953 stattgefunden, zu einem Zeitpunkt, als Hanelt längst aus der Untersuchungshaft entlassen und enttarnt war. Schleswig-Holstein mag auf der Landkarte der DDR-Spionage auf den ersten Blick unscheinbar wirken – tatsächlich war Kiel für einen Hauch in der Geschichte der Nachrichtendienste in der Bundesrepublik Deutschland 1951/52 unversehens zu einer Hauptstadt der Spione geworden.

124 Vgl. IWF: Zusammenfassender Bericht. Auszüge davon bereits bei Leide, NS-Vbrecher, S. 282.



## Nazispion, Geheimagent und Stasispitzel

### Die klandestinen Karrieren des Hans Sommer aus Nortorf

Hans Christian Sommer wurde am 26. Juni 1914 im schleswig-holsteinischen Nortorf geboren, einer kleinen Gemeinde, die rund 25 Kilometer entfernt von Kiel gelegen ist. Zum Zeitpunkt seiner Geburt zählte Nortorf noch nicht einmal 3.000 Einwohner und hatte sich erst wenige Jahre zuvor aus einem Kirchdorf zu einer Kleinstadt entwickelt, die über einen eigenen Bahnanschluss, verschiedene Fabriken sowie ein expandierendes Gewerbe verfügte. Sein Vater, Theodor Sommer, bekleidete die Position des Leiters der örtlichen Bank und seine Mutter trug den Namen Anna, geborene Röschmann. Die Familie bewohnte ein Haus in der Kieler Straße 27. Hans Sommer, evangelisch getauft in der St.-Martins-Kirche, besuchte mit sechs Jahren zunächst die örtliche Volksschule in der Jahnstraße. Im Jahr 1924 wechselte er auf die Herderschule in Rendsburg, der größeren Kreisstadt, die rund 20 Kilometer von Nortorf entfernt liegt. Im Jahr 1932 legte er dort sein Abitur ab. Sommer verfügte über eine sprachliche Begabung sowie ein ausgeprägtes Interesse für das Ausland. Infolgedessen schrieb er sich an der Ruprecht-Karls-Universität in Heidelberg für das Studium von Fremdsprachen ein, wobei sein Schwerpunkt auf Englisch, Französisch und Spanisch lag. Dabei entwickelte er früh eine besondere Affinität für das Land Frankreich. An der Universität kam er auch in Kontakt mit dem Nationalsozialisten Gustav Adolf Scheel, dem späteren Reichsstudierendenführer, SS-Obergruppenführer und General der Polizei.<sup>1</sup>

In Schleswig-Holstein verfügte die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) bereits Anfang der Dreißigerjahre über einen starken Rückhalt in der Bevölkerung und konnte ihre Zustimmung in der Folgezeit kontinuierlich erhöhen. Dies galt insbesondere für die politisch verängstigten und durch die Wirtschaftskrise

1 Vgl. Bundesarchiv Berlin (BArchv Berlin), R-9361-III/557198, Datenstammbblatt Hans Sommer, [o. D.], S. 476; CIA Electronic Reading Room (CIA-ERR), Interrogation Report on Hans Sommer, 13.12.1946; CIA-ERR, Sommer, Hans, 1, [o. S.]; CIA-ERR, Report on Hans Sommer, [o. D.]; CIA-ERR, Sommer, Hans, 9, [o. S.]; IfZ-Archiv, ZS-1502, Vernehmung Sommer, 18.12.1946, S. 1-3; Bundesarchiv (BArch), MfS, AIM, 1370/72, Bd. I/1, Lebenslauf Hans Sommer, [o. D.], S. 24-34; Adressbuch für die Stadt Rendsburg und die Orte Bündelsdorf, Nortorf, Hademarschen, Hanerau, Hohenwestedt, Österrönfeld, Schenefled, Rendsburg 1929; Henry Leide: NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR, Göttingen 2007, S. 301 (künftig zitiert: Leide, NS-Verbrecher); Jean-Marc Berlière/ François Le Goarant de Tromelin: Liaisons dangereuses miliciens, truands, résis tants Paris 1944, Paris 2013 (künftig zitiert: Berlière/Le Goarant de Tromelin, Liaisons); Gerhard Sälter: Phantome des Kalten Krieges. Die Organisation Gehlen und die Wiederbelebung des Gestapo-Feindbildes »Rote Kapelle«, Berlin 2016, S. 297 (künftig zitiert: Sälter, Phantome); Gerhard Sälter: NS-Kontinuitäten im BND. Rekrutierung, Diskurse, Vernetzungen, Berlin 2022, S. 114 (künftig zitiert: Sälter, NS-Kontinuitäten).



*Erkennungsdienstliche Fotos von Hans Sommer, geboren am 26. Juni 1914 in Nortorf, gestorben 31. Oktober 1987 in Brescia. Er war ehemaliger Kaufmann und seit 1932 SS-Führer, letzter Dienstgrad SS-Obersturmführer; seit 1933 Mitglied der NSDAP; 1940–1945 Mitarbeiter im Reichssicherheitshauptamt, Amt VI; 1946 Zuträger beim Deuxieme Bureau, 1951–1953 der Organisation Gehlen unterstellt, und schließlich 1954–1968 Inoffizieller Mitarbeiter (IM) des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (Service Historique de la Défense).*



stark betroffenen Mittelschichten, Bauern und Handwerker. Infolgedessen und einer erfolgreichen Regionalorganisation der Partei wurde das Land bald als »Mustergau« bezeichnet. Auch Hans Sommer zeigte bereits in jungen Jahren eine Begeisterung für die nationalsozialistische Bewegung. 1930, im Alter von 16 Jahren, wurde er Mitglied der Hitlerjugend (HJ), in dem Jahr, in dem die erste NSDAP-Ortsgruppe in Nortorf dokumentiert ist. Er zählte somit zu den frühen Mitgliedern der anfänglich kleinen HJ-Gruppe seiner Heimatgemeinde. Neben Ausmärschen und Wehrsport gehörten auch Propagandaveranstaltungen zu deren Aktivitäten. In Anerkennung seiner frühen Organisationszugehörigkeit wurde ihm zu einem späteren Zeitpunkt das Gol-

dene HJ-Ehrenzeichen verliehen, wodurch er den Status eines »Alten Kämpfers« erlangte. Bei den Reichstagswahlen am 31. Juli 1932 erzielte die NSDAP mit 51 Prozent der Stimmen ein überdurchschnittliches Ergebnis in Schleswig-Holstein. Zeitgleich erfolgte auch bei Hans Sommer nach der Zugehörigkeit zur Hitlerjugend eine weitere Verankerung im Nationalsozialismus auf organisatorischer Ebene. Am 1. Dezember 1932 wurde er Mitglied der Allgemeinen SS (SS-Nr. 119.157) in der Ortsgruppe Nortorf. Zudem wurde Sommer auch Träger des SS-Zivilabzeichens (Nr. 168.837) und des SS-Ehrenwinkels. Am 1. Februar 1933 folgte sein Beitritt zur NSDAP (Nr. 1.442.475).<sup>2</sup>

Doch nach Hitlers Machtergreifung verlor Hans Sommers Vater seinen Posten als Bankdirektor – angeblich aufgrund der Tatsache, dass dieser Freimaurer war –, was zur Konsequenz hatte, dass er die Finanzierung des Studiums seines Sohnes nicht länger gewährleisten konnte. Sommer brach sein Sprachenstudium ab, um einer eigenständigen Erwerbstätigkeit nachzugehen. Im Frühjahr 1933 nahm er eine zweijährige kaufmännische Tätigkeit als Volontär im Import-Export-Unternehmen seines Onkels Paul Kunath in Hamburg auf und wechselte in die dortige SS-Ortsgruppe. In seinen Lebensläufen werden später Auslandsaufenthalte für mehrere Monate in England und in der Schweiz angegeben, die wahrscheinlich in den Zeitraum seiner kaufmännischen Tätigkeit fallen. In der Folge absolvierte er vom 22. Oktober 1934 bis zum 31. März 1935 freiwillig seinen »Ehrendienst am deutschen Volke« beim Reichsarbeitsdienst (RAD) in Holtenau bei Kiel. Das Lager am Voßbrook gehörte zur RAD-Gruppe 1/73. Sein Verhalten während des Arbeitsdienstes war vorbildlich und wurde mit der Bewertung »sehr gut« versehen. Im Anschluss daran kehrte Sommer zunächst zu seiner Familie nach Nortorf zurück. Es lässt sich konstatieren, dass Hans Sommer über ein bemerkenswertes Profil verfügte, das durch seine nationalsozialistische Gesinnung und sprachliche Begabung gekennzeichnet war. Dies führte dazu, dass er erste Kontakte zum Sicherheitsdienst des Reichsführers SS (SD) über Gustav Adolf Scheel knüpfte, den er aus seiner Heidelberger Zeit kannte und der seit 1934 Leiter der SD-Schule in Berlin war. Scheel suchte nach neuen geeigneten Mitarbeitern. Sommer wurde am 1. Januar 1936 ehrenamtlich beim SD-Abschnitt in Kiel tätig und fungierte nebenberuflich als Informant. Entsprechend der Hierarchie des SD-Abschnitts Kiel arbeitete Sommer als SS-Unterscharführer unter dem stellvertretenden Abschnittsleiter, SS-Untersturmführer Eberhard Löw von und zu Steinfurth. Steinfurths Schwerpunkt lag vor allem in der nachrichtendienstlichen Unterwanderung der Dänischen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei (DNSAP), dänischer

2 Vgl. BArchv Berlin, R-9361-II/951590, Schreiben NSDAP-Karteiabteilung München an Gauleitung Schleswig-Holstein, S. 576; Datenstammblatt Sommer, [o.D.]; BArchv Berlin, R-9361-III/557198, S. 476; Frank Omland: »Die Nordmark steht zu Hitler!«. Wählerwanderungen und Wählerherkunft der NSDAP in Schleswig-Holstein 1924–1933, in: Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte 48 (2007), S. 4–67; Martin Göllnitz: Städtisches Leben zwischen Wirtschaftskrise und Heimatfront: Nortorf im Dritten Reich (1933–1945), in: Oliver Auge (Hrsg.): Nortorf im Mittelpunkt. 100 Jahre Stadtgeschichte, Kiel 2015, S. 79–144, hier S. 83–85 u. 120.

NS-Kreise und ausgewählter Gruppen der deutschen Minderheit in Dänemark. In der Folge verließ Sommer seine Heimatstadt und wohnte im Durchbeckerweg 11 in Kiel. Doch bereits nach sechs Monaten widmete sich Hans Sommer einer neuen Aufgabe. Aufgrund seiner Zugehörigkeit zum ersten Jahrgang, welcher der neuen zweijährigen Wehrpflicht unterlag, begann er am 15. Juni 1936 seinen Dienst in der Wehrmacht. Hans Sommer wurde dem 1. Bataillon für Nachrichtenübermittlungen der 2. Motorisierten Infanteriedivision in Pommern zugeteilt. Im Dezember desselben Jahres erfolgte aber eine Versetzung für einen achtwöchigen Englischsprachkurs zur Heeres-Dolmetscher-Schule nach Halle, gefolgt von einem einwöchigen Aufenthalt in London. Im Anschluss war er als Funker in Pasewalk stationiert, bis seine Wehrdienstzeit offiziell im Sommer 1938 als Reserve-Offizieranwärter endete.<sup>3</sup>

Nach dem Ende seiner Dienstzeit bei der Wehrmacht befand sich Hans Sommer nach eigenen Angaben zunächst wieder in einer Phase der Arbeitslosigkeit. Er kehrte zu seiner Familie zurück, die inzwischen ebenfalls nach Kiel umgezogen war. Allerdings hatte bereits im Mai 1938 das Sicherheitshauptamt in Berlin ihn als SS-Scharführer für den ersten Lehrgang zur Vorbereitung einer Verwendung im Kolonialdienst vorgesehen. Von Relevanz waren hierbei seine bekannten sprachlichen Kompetenzen, wobei auch Kenntnisse der schwedischen Sprache vermerkt wurden. Unter den insgesamt sieben Teilnehmern befand sich auch der SS-Obersturmführer Georg Grimm. In Übereinstimmung mit dem gegenüber dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) dokumentierten Lebenslauf Hans Sommers von 1954 war er in der Folgezeit hauptberuflich für den SD tätig und begann eine Tätigkeit als Referent bei dem aus Mecklenburg-Vorpommern stammenden SS-Obersturmbannführer Otto Somann im SD-Unterabschnitt Liegnitz, der ab dem 1. März 1938 in Niederschlesien eingesetzt war. Als Somann zum SD-Oberabschnitt Südost nach Breslau versetzt wurde, dessen Leitung er am 25. Mai 1940 übernahm, will Sommer ihn auch an diesen Dienstort begleitet haben, was jedoch aufgrund anderer Einsätze zeitlich schwer möglich war.<sup>4</sup>

Als im Oktober 1938 das Sudetenland durch die deutsche Wehrmacht besetzt wurde, gehörte Hans Sommer im Rang eines SS-Oberscharführers offenbar der SS-Ein-

3 Vgl. BArch, NS 34/838, Karteikarte Sommer, [o. D.], [o. S.]; BArch Berlin, R-9361-II/951590, Schreiben NSDAP-Karteiabteilung München an Gauleitung Schleswig-Holstein, S. 576; BArch Berlin, R-9361-II/951590, Schreiben Gauleitung Schleswig-Holstein an NSDAP-Karteiabteilung München, S. 578 f.; BArch Berlin, R-9361-III/195641, Schreiben SS-Abschnitt XX an Hauptamt-SS, 29.10.1936, S. 2698; BArch Berlin, R-9361-III/557198, Datenstammblatt Hans Sommer, [o. D.], S. 476 f.; CIA-ERR, Sommer, Hans, Interrogation Report on Hans Sommer, 13.12.1946, 1, [o. S.]; CIA-ERR, Sommer, Hans, Report on Hans Sommer, [o. D.], 9, [o. S.]; IfZ-Archiv, ZS-1502, Vernehmung Sommer, 18.12.1946, S. 1-3; BArch, MfS, AIM, 1370/72, Bd. I/1, Lebenslauf Hans Sommer, [o. D.], S. 24-34; Leide, NS-Verbrecher, S. 301; Berlière/Le Goarant de Tromeelin, Liaisons; Matthias Bath: Der SD in Dänemark 1940–1945. Heydrichs Elite und der »Gegenterror«, Berlin 2015, S. 25 f.; Sälter, Phantome, S. 297; Sälter, NS-Kontinuitäten, S. 114.

4 Vgl. BArch, R-58/10427, Schreiben Leiter Zentralabteilung I2 an SS-Personalkanzlei, 18.5.1938, S. 1; CIA-ERR, Sommer, Hans, 1, Interrogation Report on Hans Sommer, 13.12.1946, [o. S.]; IfZ-Archiv, ZS-1502, Vernehmung Sommer, 18.12.1946, S. 1-3; Stanford Libraries, IMT Nuremberg Archives, H-916, Official Commission Transcript, Somann, 27.5.1946, S. 3; Leide, NS-Verbrecher, S. 301-304.

satzgruppe an, die mit dem Einmarsch beauftragt war. Denn in der Folge wurde ihm die Sudeten-Medaille verliehen, welche an den 1. Oktober 1938 erinnert. Im April 1939 erfolgte eine erneute Einberufung Hans Sommers als Unteroffizier im Rang eines Wachtmeisters in die Wehrmacht. Er wurde in die Nachrichtenabteilung 48 Fernmeldebataillon des 8. Armeekorps in Breslau zugeteilt und nahm ab September 1939 am Überfall auf Polen teil. In der Folge wurde er mit seiner Einheit an die Westgrenze des Deutschen Reichs verlegt, wo er sich mit Blick auf Frankreich an der Befestigung des Westwalls beteiligte. Dennoch war er nicht länger gewillt, an verschiedenen Fronten zu kämpfen und seine Zukunft in der Wehrmacht zu sehen. Nach eigenen Angaben hätte er lieber in der Waffen-SS gedient. Im März 1940 nahm Hans Sommer Briefkontakt zu Helmut Looß auf – dem späteren SS-Obersturmbannführer, beteiligt an zahlreichen Kriegsverbrechen in Litauen, der Ukraine, Weißrussland und Italien –, den er aus seiner Zeit in Pasewalk kannte und der inzwischen im SD-Inlandsamt des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) in Berlin arbeitete. Sommer erfuhr von Looß, dass im Frankreichreferat des Amtes VI, dem Auslandsnachrichtendienst des SD, ein Mangel an Fachkräften für einen Einsatz in Frankreich herrschte, die die französische Sprache beherrschten. Sommer, der neben Französisch auch Englisch und Spanisch sprach, bewarb sich. Sein Bemühen war von Erfolg gekrönt. Er wurde von der Wehrmacht freigestellt und begann am 20. April 1940 im Rang eines SS-Untersturmführers im Frankreichreferat im Amt VI des RSHA zu arbeiten. Hans Sommer erhielt von April bis Juni zunächst eine dreimonatige Geheimdienstausbildung, bevor er im Juli nach Frankreich abkommandiert wurde.<sup>5</sup>

## Verbrechen für den SD-Auslandsdienst in Frankreich

Der Einsatz der Sicherheitspolizei und des SD in Frankreich wurde durch den Anspruch des Militärs begrenzt, sicherheitspolizeiliche Aufgaben mittels der Geheimen Feldpolizei selbst zu erfüllen. Obgleich es Vorbehalte gab, wurde Hans Sommer zusammen mit einem kleinen Einsatzkommando z. B. V. unter SS-Sturmbannführer Helmut Knochen, promovierter Anglist und ehemals NS-Studentenfunktionär, nach dem Waffenstillstand von Compiègne vom 22. Juni 1940, welcher den Westfeldzug beendete, in die besetzte französische Hauptstadt entsandt. In den ersten Monaten der Besatzung beschränkte sich der Auftrag im Wesentlichen auf nachrichtendienstliche Belange. Nach der französischen Kapitulation etablierte sich die Dienststelle der Sicherheitspolizei und des SD beim Militärbefehlshaber in Paris und wuchs von anfangs zehn innerhalb von zwei Jahren auf über 200 Mitarbeiter an. Unter dem Deck-

5 Vgl. BArchv Berlin, R-9361-III/557198, Datenstammbblatt Hans Sommer, [o. D.], S. 476 f.; BArchv, NS 34/838, Karteikarte Sommer, [o. D.], [o. S.]; CIA-ERR, Sommer, Hans, 1, Interrogation Report on Hans Sommer, 13.12.1946, [o. S.]; IfZ-Archiv, ZS-1502, Vernehmung Sommer, 18.12.1946, S. 1-3; Archiv des Bundesnachrichtendienstes (BND), 120097, 5, GV L an 40, 7.7.1951, S. 1415; BArch, MfS, AIM, 1370/72, Bd. I/1, Lebenslauf Hans Sommer, [o. D.], S. 24; Leide, NS-Verbrecher, S. 301–304; Sälter, Phantome, S. 297.

mantel eines Assistenten des Kultur-Attachés führte Sommer von nun an Agenten und V-Männer in Frankreich. Des Weiteren sollten der Dienststelle SD-Aktivistinnen wie der spätere SS-Sturmabführer Herbert Hagen oder der spätere SS-Obersturmbannführer Kurt Lischka angehören, deren Namen in Verbindung mit den folgenden Judenpogromen in Frankreich stehen. Die Tätigkeit des SD-Kommandos umfasste zunächst die Bekämpfung der weltanschaulichen Feinde des Dritten Reiches, zu denen Freimaurer, Kirchen, Kommunisten und Juden zählten. Diese wurden nachrichtendienstlich überwacht. Zudem gehörten auch die Sichtung und Auswertung wichtiger Akten des französischen Nachrichtendienstes zu den Aufgaben.<sup>6</sup>

Des Weiteren fungierte Hans Sommer, der inzwischen am 1. September zum SS-Obersturmführer befördert worden war, im Herbst 1940 im Auftrag von Helmut Knochen auch als Verbindungsmann zu bretonischen, baskischen und korsischen Separatisten. Diese Maßnahme diente der Hoffnung, dadurch den innenpolitischen Einfluss zu vergrößern. Zu diesem Zweck etablierte er ein nachrichtendienstliches Netzwerk. Gleichzeitig pflegte er Kontakte zu rechtsradikalen Gruppierungen. Im März 1941 nahm Sommer, vermittelt durch einen seiner Agenten, Kontakt mit Eugène Deloncle auf, dem ehemaligen Leiter der Geheimorganisation Cagoule und Parteichef des kollaboristischen Mouvement Social Révolutionnaire (MSR). Er warb mehrere V-Männer an. Mit deren Hilfe gelang es ihm auch, ein Netz von Informanten in Nordafrika aufzubauen, das auch arabische Nationalisten umfasste.<sup>7</sup>

Die Kooperation Hans Sommers mit diesen Gruppen erstreckte sich jedoch nicht allein auf nachrichtendienstliche Belange, sondern umfasste auch seine Beteiligung an Terroraktionen. Im März 1941 wurde seitens Deloncles gemeinsam mit Knochen die Durchführung von Sprengstoffanschlägen auf Synagogen geplant, um sich bei den deutschen Besatzern einzuschmeicheln. Diese Terrorakte, deren Planung sich am Vorbild der Judenpogrome vom November 1938 orientierte, sollten den Eindruck einer antisemitischen Stimmung in der französischen Bevölkerung erwecken, um damit auch die Militärverwaltung zu drastischen Maßnahmen in Frankreich zu zwingen. Das Komplott wurde von Reinhard Heydrich, dem Chef des Reichssicherheitshauptamtes, gebilligt und mit Knochens Vorgesetztem, dem SS-Brigadeführer Max Thomas, abgestimmt. Im September wurde Hans Sommer von Helmut Knochen als Führungsoffizier mit der Durchführung der Aktionen unter strenger Geheimhal-

- 6 Vgl. BNDA, 5433-OT, Schreiben 40 an 30, 6.6.1952, S. 96 f.; Hans Umbreit: Der Militärbefehlshaber in Frankreich 1940-1944, Boppard am Rhein 1968, S. 107 (künftig zitiert: Umbreit, Militärbefehlshaber); Leide, NS-Verbrecher, S. 302; Michael Wildt: Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2003, S. 514–516 (künftig zitiert: Wildt, Generation); Barbara Lambauer: Opportunistischer Antisemitismus. Der deutsche Botschafter Otto Abetz und die Judenverfolgung in Frankreich (1940-1942), in: VfZ 53(2005), H.2, S. 241–274, hier S. 243; Carsten Schreiber: Elite im Verborgenen. Ideologie und regionale Herrschaftspraxis des Sicherheitsdienstes der SS und seines Netzwerks am Beispiel Sachsens, München 2008, S. 216.
- 7 Vgl. BArchiv Berlin, R-9361-III/557198, Datenstammblatt Hans Sommer, [o. D.], S. 476; CIA-ERR, German Intelligence in WWII, 1, Sipo & SD Commandos in France, [o. D.], S. 1; Leide, NS-Verbrecher, S. 302–304; Sälter, Phantome, S. 297.

tung beauftragt. Er besorgte den Sprengstoff aus Berlin und übergab ihn Deloncle und seinen MSR-Mitarbeitern, von denen einige bereits für den SD arbeiteten. In der Nacht vom 2. auf den 3. Oktober 1941 verübte die MSR auf sieben Synagogen in Paris Anschläge mit sprengstoffbeladenen Kanistern. Doch es kam zu Komplikationen und in der Konsequenz wurden neben vier französischen Zivilisten auch zwei deutsche Wehrmachtsangehörige leicht verletzt. Da solche Opfer normalerweise harte deutsche Repressalien nach sich zogen, musste von Knochen seine Beteiligung verbergen. Während er gegenüber dem Militärbefehlshaber Karl-Heinrich von Stülpnagel, der über die Aktion nicht informiert worden war, äußerte, dass es sich um eine rein französische Angelegenheit handle, hatte sich Sommer betrunken inzwischen damit gebrüstet, an den Anschlägen auf die Synagogen beteiligt gewesen zu sein. Der Militärbefehlshaber von Stülpnagel zeigte sich empört, forderte personelle Konsequenzen und ließ Sommer am 4. Oktober vor einem Kriegsgerichtsrat in Paris vernehmen. Hans Sommer gab seine Tatbeteiligung zu und berief sich dabei auf Befehle Knochens. Jedoch verhinderte dessen Stellvertreter Kurt Lischka jegliche weitere Aufklärung. Die Affäre stellte eine signifikante Belastung zwischen dem Oberkommando des Heeres und dem RSHA dar. In der Folge stellte sich Reinhard Heydrich vor seine Leute. Hans Sommer wurde als Tatbeteiligter nach Deutschland zurückbeordert. Im Dezember 1941 wurde er mit einem Verweis wegen SS-unwürdigen Verhaltens sowie einem vierwöchigen Stubenarrest sanktioniert. Zudem wurde ihm für die Dauer von drei Jahren die Beförderung untersagt. Als er nach Kriegsende vom amerikanischen Geheimdienst verhört wurde, verschwieg er die Episode mit den Anschlägen auf die Synagogen sorgfältig. Stattdessen gab er an, dass er vom 4. Oktober 1941 bis zum April 1942 in Fresenes und in der Wilhelmstraße in Berlin in SS-Haft gewesen sei, weil er eine französische Verlobte in Paris gehabt habe. Tatsächlich empfand Sommer Paris als äußerst angenehmen Aufenthaltsort, wo er Jeanine Perroux kennen gelernt hatte, die ein Modegeschäft in der ansprechenden Rue de la Paix 22 betrieb, wo er zugleich gewohnt hatte. Dennoch diente dieser persönliche Beziehungshinweis offenbar dazu, seine Beteiligung an den Anschlägen zu vertuschen.<sup>8</sup>

Allerdings sollte Hans Sommer nicht lange in Deutschland verbleiben. Er wurde erneut nach Frankreich zurückbeordert, diesmal in das noch unbesetzte Südfrankreich. Das Frankreichreferat im RSHA entsandte Sommer zunächst als Statthalter des SD nach Nizza. Ab Juni 1942 fungierte er unter dem Decknamen Herbert Sener als Vizekonsul am Generalkonsulat in Marseille, wo er bis August 1944 tätig sein sollte. Unter dieser neuen Identität war er wiederum geheimdienstlich tätig. Er arbeitete am Ausbau von Agentennetzen in Nordfrankreich, wobei er weiterhin auf Personen aus dem rechten Milieu oder der Unterwelt von Marseille zurückgriff. In sei-

8 Vgl. BArchv Berlin, R-9361-III/557198, Datenstammbblatt Hans Sommer, [o. D.], S. 476 f.; Umbreit, Militärbefehlshaber, S. 109; Leide, NS-Verbrecher, S. 304 f.; Berlière/Le Goarant de Tromelin, Liaisons; Sälter, Phantome, S. 298; Annette Finley-Croswhite/Gayle K. Brunelle: Creating a Holocaust Landscape on the Streets of Paris: French Agency and the Synagogue Bombings of October 3, 1941, in: Holocaust and Genocid Studies, 33 (2019), H. 1, S. 60–89, hier S. 62 f.

ner Funktion lernte Sommer zahlreiche einflussreiche Franzosen kennen, darunter in Marseille ansässige Rechtsanwälte. Einem von ihnen erwies er einen persönlichen Dienst, indem er mithilfe, dessen Sohn aus einem deutschen Arbeitslager herauszuholen. Solche Taten sollten sich für Sommer nach dem Krieg vor dem französischen Militärgerichtshof als sehr nützlich erweisen. Es gibt Hinweise darauf, dass Sommer wiederholt seinen Einfluss einsetzte, um im Einzelfall französischen Staatsbürgern zu helfen. Dennoch war er weiterhin an Verbrechen des NS-Regimes beteiligt. In seiner Funktion als Vizekonsul nahm Hans Sommer Anfang 1943 an den Verhandlungen zwischen Carl-Albrecht Olberg, dem Höheren SS- und Polizeiführer (HSS-PF) in Frankreich und als »Schlächter von Paris« berüchtigten SS-Gruppenführer, und einer französischen Delegation des Vichy-Regimes teil. Gegenstand der Verhandlungen waren die Sprengung der Altstadt von Marseille sowie die Deportation der Einwohner. In den engen Gassen wurden von Widerstandskämpfern und Juden Verstecke angelegt. Der Beschluss zur Sprengung erfolgte am 13. Januar, nachdem Heinrich Himmler die Vernichtung des entsprechenden Bezirks sowie die Festnahme von mindestens 100.000 Franzosen gefordert hatte. In der Zeit zwischen dem 22. und 24. Januar erfolgte die Besetzung der Altstadt, wobei es zu verschiedenen Razzien kam. In der Folge wurden etwa 40.000 Bewohner in das Speziallager Fréjus in der Nähe von Cannes überführt. Die Vereinbarung sah vor, dass die französischen Behörden selbst die Evakuierung der Bevölkerung vornahmen. Das Quartier wurde schließlich gesprengt. Von den Inhaftierten wurden nahezu 800 Juden in Vernichtungslager deportiert, wobei die Mehrzahl der Deportierten den Tod fand.<sup>9</sup>

Nach der Kapitulation der deutschen Truppen in Marseille im August 1944 verließ Hans Sommer die Stadt und kehrte zunächst nach Berlin zurück. Im Oktober wurde Sommer jedoch von dem SS-Standartenführer Eugen Steimle, dem Leiter der Abteilung VI B im RSHA, nach Italien geschickt, wo er sich in San Remo, unmittelbar an der französischen Grenze, niederließ. Von diesem Standort aus setzte Sommer seine Aktivitäten in Südfrankreich fort. Dabei organisierte er Grenzschleusungen von Agenten und Saboteuren, die jedoch zumeist nach ihrem Eintreffen im inzwischen befreiten Frankreich verhaftet wurden.<sup>10</sup>

9 Vgl. IfZ-Archiv, ZS-1502, Vernehmung Sommer, 23.12.1946, S. 16; BArch, MfS, AIM, 1370/72, Bd. I/1, Lebenslauf Hans Sommer, [o. D.], S. 26; Lucien Steinberg: *Les Allemands en France 1940-1944*, Paris 1980, S. 261; Leide, NS-Verbrecher, S. 305; Wildt, *Generation*, S. 622–624; Matthias Ritzi/Erich Schmidt-Eenboom: *Der BND und sein Agent Richard Christmann*, Berlin 2011, S. 164; Sälter, *Phantome*, S. 261 (künftig zitiert: Ritzi/Schmitt-Eenboom, Schatten).

10 Vgl. CIA-ERR, German Intelligence WWII, Counter Intelligence War Room, Report 7, [o. D.], 2, S. 1; BNDA, 22971, Anlage 12, Biografie Sommer, 5.9.1983; BArch, MfS, AIM, 1370/72, Bd. I/1, Lebenslauf Hans Sommer, [o. D.], S. 27; Leide, NS-Verbrecher, S. 306; Sälter, *Phantome*, S. 299.



## Französische Empfehlungen in Spanien

Nachdem die deutsche Wehrmacht am 29. April 1945 in Italien kapituliert hatte, beabsichtigte Hans Sommer, inzwischen im Rang eines SS-Hauptsturmführers, zusammen mit zwei seiner Agenten, sich in Richtung des faschistischen Spaniens abzusetzen. Allerdings diente er sich dabei einem alliierten Geheimdienst an. Zusammen mit den deutschen Truppen zog Sommer sich Ende April aus San Remo zurück in Richtung Genua, verließ diese aber in Savona. Er versuchte, über die Berge zurück nach Frankreich zu gelangen, wo er auch auf seine Freundin Jeanin Perroux treffen wollte, wurde jedoch auf dem Weg zur Küste bei La Brigue verhaftet. Seine Begleiter konnten ihn aber bereits am nächsten Morgen befreien und nach Nizza bringen. In einer späteren Aussage gegenüber dem amerikanischen Geheimdienst gab Hans Sommer zu Protokoll, dass er zu Paul Köhler, einem alten Bekannten aus dem Amt VI und aus Nizza, Kontakt aufgenommen habe. Köhler war seit Anfang des Jahres für den französischen militärischen Auslandsgeheimdienst, das Deuxième Bureau, tätig. In der Folge bot ihm der französische Geheimdienst an, für Frankreich zu arbeiten, um die Reste der deutschen Abwehr und Gestapo aufzuklären. Sommer stimmte diesem Angebot angeblich unter der Bedingung zu, dass ihm später die französische Staatsbürgerschaft verliehen würde. Auch seine beiden Begleiter entschieden sich für eine Zusammenarbeit mit Frankreich. Im Rahmen seiner Tätigkeit für den französischen Geheimdienst sollte er über Toulouse nach Spanien reisen. Dazu nutzte er einen gefälschten französischen Personalausweis, der auf Hans Stephan ausgestellt war und den er vom Deuxième Bureau zuvor erhalten hatte. Allerdings wurde er zunächst am 10. August in der Grenzstadt Puigcerda verhaftet, über Figueres und Jaraba dann im Konzentrationslager Miranda de Ebro für rund sechs Monate festgehalten und vom spanischen Geheimdienst verhört. Durch die Fürsprache des ehemaligen spanischen Konsuls in Marseille wurde er wieder auf freien Fuß gesetzt und konnte im Februar 1946 mit seiner geheimdienstlichen Tätigkeit für Frankreich in Spanien beginnen. Dabei widmete er sich auch der Etablierung des neuen spanischen Geheimdienstes.<sup>11</sup>

Im März des Jahres 1946 traf Hans Sommer in Madrid zufällig auf den argentinischen Staatsbürger Charles Lescat, einen antisemitischen Schriftsteller und Kollaborateur, den er aus seiner Zeit in Paris kannte. In diesem Kontext offenbarte Lescat, dass er eine Fluchtlinie für gesuchte Nationalsozialisten nach Argentinien organisiere. Eine Vielzahl deutscher Offiziere hielt sich zu diesem Zeitpunkt in Spanien versteckt. In der Folge entwickelten beide einen Plan für die koordinierte Überführung versteckter

11 Vgl. Arxiu Històric de Girona, Govern Civil de Girona. Expedients de frontera i d' investigació, AHG170-478, Asunto Senner, Herbert, 11.8.1945; Archives Départementales de la Haute-Garonne, 169 J 141, Dossier Senner, [1945]; CIA-ERR, Sommer, Hans, Interrogation Report on Hans Sommer, 13.12.1946, 1, [o. S.]; IfZ-Archiv, ZS-1502, Vernehmung Sommer, 18.12.1946, S. 1-8; Ritz/Schmitt-Eenboom, Schatten, S. 164; Leide, NS-Verbrecher, S. 306; Concha Pallarés/José María Espinosa de los Monteros: Miranda, mosaico de nacionalidades: franceses, británicos y alemanes, in: Ayer 57 (2005), S. 153–187, hier S. 183 f.; Berlière/Le Goarant de Tromelin, Liaisons; Sälter, Phantome, S. 299.

Deutscher von Cádiz nach Argentinien. Doch im April 1946 wurde Hans Sommer auf Druck des amerikanischen Botschafters hin verhaftet. Im spanischen Gefängnis lernte er Kurt von Rohrscheidt kennen, den ehemaligen Militärattaché an der Deutschen Botschaft, der dort mit der Arbeit der Abwehr-Kriegsorganisation befasst war. Kurz darauf wurden beide mit weiteren deutschen Geheimdienstmitarbeitern zunächst in das amerikanische Internierungslager im württembergischen Hohenasperg ausgeflogen und sie trafen später am 22. August 1946 im Camp King im hessischen Oberursel ein. In diesem Kontext ist zu erwähnen, dass sich zahlreiche wichtige deutsche Gefangene in Hessen einfinden sollten, darunter Reinhard Gehlen, der frühere Leiter von Fremde Heere Ost und spätere westdeutsche Geheimdienstleiter. Diese Personen wurden durch den amerikanischen Geheimdienst verhört und auf eine zukünftige Zusammenarbeit geprüft. Hans Sommer zeigte sich gegenüber den amerikanischen Behörden kooperativ, die mehr über die Fluchtrouten Deutscher nach Argentinien erfahren wollten. In einem abschließenden Bericht über Hans Sommer vom 13. Dezember 1946 erfolgt eine vielsagende charakterliche Einordnung durch den Geheimdienstbericht: »Sommer als Persönlichkeit kann nicht als zuverlässig betrachtet werden, jedoch scheint die in diesem Bericht enthaltene Information authentisch zu sein. Er ist verschlagen, berechnend und opportunistisch. Er ist bereit, für seine ehemaligen Gegner zu arbeiten, während er gleichzeitig Nationalist ist. Zu jeder Zeit ist er bereit, mit den Verfolgern zu jagen und mit den Verfolgten zu fliehen.«<sup>12</sup>

In der Folge wurde er nach Nürnberg überstellt, wo er im Dezember 1946 erneut verhört wurde. Zudem wurden zahlreiche Zeugen zu seinem Fall vernommen. Aus der Haft heraus bemühte sich Sommer wiederholt, über Erklärungen Kontakt mit dem amerikanischen Geheimdienst aufzunehmen, um auf diesem Weg die Freilassung von Entlastungszeugen zu erwirken. Hans Sommer hat sich nach Aussagen von mehreren Zeugen wiederholt für die Freistellung zahlreicher Angehöriger französischer Staatsbürger, Kommunisten und Juden von der Zwangsarbeit in Deutschland eingesetzt. Demzufolge hat er ihnen unter anderem Anstellungskarten der Organisation Todt oder Passierscheine verschafft. In einem Fall verhalf er dem bereits erwähnten Rechtsanwalt aus Marseille dazu, dass sein Sohn nicht ins Arbeitslager musste, in einem anderen Fall war es der Bruder, damit dieser nicht zur Zwangsarbeit nach Deutschland eingezogen wurde. Sogar Juden, die von der Gestapo gesucht wurden, sollen durch Sommer vereinzelt aktiv geschützt worden sein, wobei er angeblich keine Gegenleistung dafür verlangt haben soll. Hans Sommer gab wiederholt zu Protokoll, dass er am Ende des Krieges sogar für den französischen Nachrichtendienst auf Seiten der Alliierten gearbeitet habe.<sup>13</sup>

12 Vgl. CIA-ERR, Sommer, Hans, 1, Interrogation Report on Hans Sommer, 13.12.1946, [o. S.]; IfZ-Archiv, ZS-1502, Vernehmung Sommer, 18.12.1946, S. 2; French Military Tribunal sentences German agent for helping blow up synagogues, in: Jewish Telegraphic Agency, 21.4.1950; Frankreich öffnet geheimes Nazi-Archiv, in: Wirtschaftswoche, 17.3.2016; Ritz/Schmitt-Eenboom, Schatten, S. 164; Leide, NS-Verbrecher, S. 306.

13 Vgl. Staatsarchiv Nürnberg, Nürnberger Prozesse, KV-Anklage, Interrogations S 207, Senner, Herbert, [o. S.] Zeugenaussage Bayárd, 15.10.1946, Zeugenaussage Ruscassie, 30.10.1946, Zeugenaussage Paretti,

In der Folge wurde Hans Sommer dennoch im August 1947 an Frankreich ausgeliefert und am 9. Juli 1948 vor Gericht angeklagt. Sommer aka Senner bestritt jedoch, Mitglied des SD zu sein, und konnte sich der Unterstützung einflussreicher Fürsprecher des amerikanischen Geheimdienstes sicher sein. In einem Schreiben an den Regierungskommissar beim Tribunal der 9. Militärregion in Marseille bekundete die Vertretung der CIA in Südosteuropa ihr Interesse an seiner Freilassung: »Hans Senner stellt ein echtes Interesse für unsere Dienste dar, und ich bin von meiner Direktion beauftragt worden, Sie auf seinen Fall anzusprechen. Er ist bereits für mehrere Missionen eingesetzt worden, und es scheint, dass er aufgrund seiner Kenntnisse und der Beziehungen, die er bewahrt hat, sehr nützlich sein könnte. Wenn es keine absoluten Einwände gegen unser Ersuchen gibt, wäre ich Ihnen gegenüber verpflichtet, den Fall Senner mit dem Ziel zu berücksichtigen, seine vorläufige Freilassung oder eine Abweisung der Anklage in Betracht zu ziehen.« Der amerikanische Geheimdienst war über Sommers Funktionen während des Krieges informiert und erhoffte sich einen Nutzen für die eigene Verwendung danach. Das Verfahren gegen ihn wurde daraufhin am Militärgerichtshof in Marseille am 18. Dezember 1948 eingestellt und die Klage gegen ihn am 2. März 1949 abgewiesen. Zu dieser Zeit lebte Sommer wieder bei Jeanine Perroux in Paris. Doch er sollte als Spätheimkehrer nach Deutschland zurückkehren, wo er von der Spruchkammer in Hamburg amnestiert und in die Gruppe V als »Mitläufer« eingestuft worden sein soll. In der Folge wurde er erneut in Frankreich angeklagt. Aufgrund zahlreicher für ihn positiver Zeugenaussagen von französischen Staatsbürgern, Kommunisten und Juden kam er jedoch letztlich mit einem günstigen Strafmaß davon. Auch seine Kooperation mit dem französischen Geheimdienst erwies sich für ihn als vorteilhaft. Ein Militärgericht in Paris verurteilte Hans Sommer am 20. April 1950 wegen seiner Beteiligung an den Anschlägen auf die Synagogen zu einer Haftstrafe von einem Jahr oder einer Geldbuße von 6.000 Francs. Sommer kam noch im selben Jahr am 1. Juli aus dem französischen Militärgefängnis Cherche-Midi in Paris frei und wurde nach Deutschland überstellt.<sup>14</sup>

31.10.1946, Zeugenaussage Schütte 12.11.1946, Zeugenaussage Angrand, 18.11.1946, Zeugenaussage Weismann, 1.12.1946, Schreiben Senner, 12.12.1946 u. Schreiben Senner, 3.1.1947.

- 14 Erst im Jahr 2016, mehr als 70 Jahre später, wurden seitens des Historischen Dienstes des französischen Verteidigungsministeriums, des Service Historique de la Défense (SHD), zahlreiche Unterlagen über die Aktivitäten deutscher und französischer Geheimdienste während des Krieges der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, darunter auch die Akten zu Hans Sommer. Vgl. CIA-ERR, Sommer, Hans, 1, Interrogation Report on Hans Sommer, 13.12.1946, [o. S.]; IfZ-Archiv, ZS-1502, Vernehmung Sommer, 18.12.1946, S. 2; BNDA, 5433-OT, Schreiben 40 an 30, 6.6.1952, S. 96 f.; Landesarchiv Berlin (LArch Berlin), B Rep. 057-01 Nr. 2664, Feststellungsergebnis LKPA Kiel an Polizeipräsident Berlin, 12.6.1964, [o. S.]; French Military Tribunal sentences German agent for helping blow up synagogues, in: Jewish Telegraphic Agency, 21.4.1950; Frankreich öffnet geheimes Nazi-Archiv, in: Wirtschaftswoche, 17.3.2016; Ritzi/Schmitt-Eenboom, Schatten, S. 164; Leide, NS-Verbrecher, S. 306; Isaac Lvendel/Bernard Weisz: Hunting down the Jews. Vichy, the Nazis and Mafia Collaborators in Provence 1942–1944, New York 2011, S. 332 u. 342 f.

## Für die Organisation Gehlen in Norddeutschland

Nach seiner Rückkehr nach Deutschland nahm er umgehend Kontakt zu ehemaligen Kolleginnen und Kollegen auf, darunter Heinrich Josef Reiser, den er von der Pariser Dienststelle kannte, sowie Kurt von Rohrscheidt. Reiser und von Rohrscheidt waren zu diesem Zeitpunkt bereits für die Organisation Gehlen tätig, den im Auftrag der amerikanischen Central Intelligence Agency (CIA) arbeitenden westdeutschen Auslandsgeheimdienst. Beide setzten sich für Sommer bei ihrem Arbeitgeber ein. Reiser attestierte Hans Sommer sowohl herausragende fachliche als auch menschliche Kompetenzen. Er sei ein erfahrener Nachrichtenfachmann des RSHA. Von Rohrscheidt charakterisierte Sommer als einen sehr anständigen Menschen, dessen Einstellung zum Westen durchgehend positiv sei. Aufgrund des Leumunds wurde Hans Sommer zum 1. Februar 1951 im Zuständigkeitsbereich der Generalvertretung L, welche primär für die Amerikaner Spionageabwehr gegen sowjetische Agenten betrieb, in der von Rohrscheidt geleiteten Untervertretung (UV) Württemberg in Stuttgart eingestellt. Die Einstellung wurde offenbar durch Reinhard Gehlen persönlich genehmigt. Sommer erhielt die interne Verwaltungsnummer (V-Nr.) 2857 und führte neben Heinrich Senner noch die Decknamen Heinrich Sänger und Herbert Sauer. Allerdings war er nicht in der Lage oder willens, in Süddeutschland Fuß zu fassen, weshalb ihm die Möglichkeit eröffnet wurde, nach Hamburg zu wechseln, um dort den Aufbau und die Leitung der Bezirksvertretung (BV) Nord zu übernehmen. Hans Sommer wurde nun in einer Position eingesetzt, die ihn nach Jahren wieder in seine alte Heimat Schleswig-Holstein führte. Sommer bezog im Herbst eine Wohnung in der Holtenauer Straße 276 in Kiel. Dazu war es für ihn erforderlich, für seinen Nachfolger zu sorgen, weshalb er den früheren SS-Hauptsturmführer Georg Grimm, den er aus seiner SD-Zeit in Breslau persönlich kannte, ansprach. Des Weiteren konnte er seinen früheren Vorgesetzten beim SD-Oberabschnitt in Breslau, Otto Somann, für die Organisation gewinnen. Dieser wiederum warb den ehemaligen SS-Untersturmführer und SD-Außenstellenleiter in Schneidemühl, Ernst-Jochen Schwarzwäller, als V-Mann-Führer in Hamburg an. Schließlich wurde Hans Sommer am 1. Mai 1952 mit der Leitung der norddeutschen Residentur betraut, wobei er Somann zu seinem Stellvertreter ernannte und mit ihm gemeinsam die Dienststelle aufbaute. Wie alle Dienststellen der Organisation arbeitete auch Sommers Außenstelle konspirativ und bediente sich zur Tarnung der Bezeichnung einer Handelsfirma.<sup>15</sup>

15 Vgl. BNDA, 102296, Schreiben GV L an 40.III, 3.8.1950, [o. S.]; BNDA, 102296, Schreiben GV L an 40.III, 26.8.1950, [o. S.]; BNDA, 5433-OT, Schreiben 40 an 30, 6.6.1952, S. 96 f.; CIA-ERR, Sommer, Hans, Documentation on Sommer, [o. D.], 2, [o. S.]; BNDA, 30212, 381 an 363, Schreiben 21.12.1960, S. 149–153; BArch, MfS, AIM, 1370/72, I/1, Lebenslauf Sommer, 29.7.1954, S. 28 f.; BArch, MfS, AIM, 1370/72, II/10, Bericht GM Seemann, 29.9.1957, S. 89 f.; Leide, NS-Verbrecher, S. 306 f.; Sälter, Phantome, S. 300 f.; Sabrina Nowack: Sicherheitsrisiko NS-Belastung. Personalüberprüfungen im Bundesnachrichtendienst in den 1960er-Jahren, Berlin 2016, S. 177 f. u. 453; Sälter, NS-Kontinuitäten, S. 114.

Die konspirative Dienststelle Hans Sommers befand sich in Hamburg. Ihr Auftrag bestand in der Sammlung von Informationen über rechtsextreme Kreise sowie über ehemalige Nationalsozialisten in der noch jungen Bundesrepublik. Zu diesem Zweck arbeitete sie mit V-Männern zusammen. Zu den beobachteten Gruppierungen zählten die sogenannte »Bruderschaft«, ein loses Netzwerk aus einstigen Nationalsozialisten, sowie die Sozialistische Reichspartei (SRP). Des Weiteren wurde aber auch das linke Spektrum beobachtet, beispielsweise die dänische Kommunistische Partei sowie kommunistische Kreise in Schleswig-Holstein. Die Organisation Gehlen war der Überzeugung, dass insbesondere die Einbindung ehemaliger SS-Angehöriger und deren Kontakte dazu beitragen würden, effektiv Gegenspionage gegen die östlichen Geheimdienste zu betreiben. Daher praktizierte auch Hans Sommer das für den Gehlen-Dienst so typische System der Kettenrekrutierung. Sommer schlug Ende 1951 Walter Vollmer vor, den früheren SS-Obersturmbannführer und Leiter der Gestapoleitstelle Trier. Des Weiteren warb er Cornelius van der Horst an, einen Schriftsteller und ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS sowie Propagandisten der SS. Auch Sommer und van der Horst, der nun unter dem Decknamen Conny für die Organisation tätig war, waren bereits seit Jahren miteinander bekannt. Die gezielte Rekrutierung innerhalb alter NS-Seilschaften resultierte in einer signifikanten Zunahme an Mitarbeitern mit schwerwiegenden Vorbelastungen im westdeutschen Geheimdienst.<sup>16</sup>

Es kam seinem Auftrag entgegen, rechtsextreme Kreise in Norddeutschland aufzuklären, als Hans Sommer im Spätherbst 1951 in Hamburg zufällig auf den ihm persönlich bekannten früheren SS-Obersturmbannführer August Moritz traf, der mit ihm dem Sonderkommando unter Helmut Knochen angehört hatte, das 1940 nach Paris befehligt worden war. Auch Moritz war im Anschluss in unterschiedlichen Funktionen für den SD in Frankreich tätig, unter anderem in Orléans, Marseille und Lyon. Nach seiner Flucht aus einem britischen Internierungslager lebte er unter falschem Namen in Hamburg. Seit dem Spätsommer des Jahres 1950 fungierte er als Informant mit dem Decknamen Kornbrenner für die ostdeutsche Staatssicherheit. Moritz fungierte als Hauptakteur in einem Netzwerk, dessen Ziel die Unterwanderung der Bundesregierung war, um von dort erhaltene Informationen an Spione der Ostzone zu verkaufen. Zu der Gruppe gehörten zudem Uwe Wehlen, vormals SS-Führer und ehrenamtlich für den SD tätig, sowie Leo Schulz, ein früherer österreichischer

16 Vgl. BND, 221705, Schreiben GV L an 40, 1.12.1951, S. 68; CIA-ERR, Sommer, Hans, 4, Schreiben 40. F an 25.40, 19.6.1953, [o. S.]; CIA-ERR, Sommer, Hans, 3, Report Scott on Sommer, 11.1.1951, [o. S.]; CIA-ERR, Sommer, Hans, 9, Report on Hans Sommer, [o. D.], [o. S.]; CIA-ERR, Sommer, Hans, 2, Documentation on Sommer, [o. D.], [o. S.]; CIA-ERR, Horst, Cornelius van der, 4, Lebenslauf Sommer, [o. D.], Data on Horst, 6.10.1953, [o. S.]; BArch, AIM, 1370/72, I/1, S. 24–34; Ritzi/Schmitt-Eenboom, Schatten, S. 164; Sälter, Phantome, S. 302; Bodo Hechelhammer (Hrsg.): Kassationen von Personalakten im Bestand des BND-Archivs, Berlin 2011, S. 17 (künftig zitiert: Hechelhammer, Kassationen); Sälter, NS-Kontinuitäten, S. 88 u. 558.

SS-Sturmbannführer. Zu Beginn konzentrierte sich die Gruppe um August Moritz in erster Linie auf die Lieferung von Berichten über die Bruderschaft.<sup>17</sup>

Im Rahmen eines Treffens mit Hans Sommer deutete August Moritz an, dass er für den Osten arbeite und offenbar auch Sommer dafür zu gewinnen versuche. In Übereinstimmung mit seinem Gegenspionageauftrag spielte Sommer daraufhin die Rolle eines in der Bundesrepublik unzufriedenen ehemaligen Nationalsozialisten, der für den Osten ansprechbar erschien. Er ließ sich scheinbar von Moritz für seine politische Nachrichtengewinnung einspannen, um die Strukturen seines Spionagenetzes aufzuklären.<sup>18</sup>

Im November 1951 traf ein Mitarbeiter der Organisation Gehlen in Stuttgart auf Otto Skorzeny, den an der im Jahr 1943 durchgeführten Befreiung des italienischen Diktators Benito Mussolini beteiligten früheren SS-Obersturmbannführer, der gerade im Begriff war, nach Spanien abzufliegen. Skorzeny, der die Nähe zur Organisation Gehlen suchte, teilte mit, dass er Verbindungen zu ehemaligen SS-Führern unterhalte, die nachrichtendienstlich für den Osten tätig seien. Zwei Akteure aus diesem Kontext hätten offenbar das Interesse, sich den westdeutschen Behörden zu offenbaren, wenn ihnen Straffreiheit zugesichert würde. Diese Information wurde der Organisation kurze Zeit später von einem anderen Informanten bestätigt, woraufhin die beiden Organisationsmitarbeiter Adolf Puchta, ehemaliger SS-Sturmbannführer, und Oscar Reile, ehemaliger Mitarbeiter der Abwehr in Paris, mit Uwe Wehlen und Leo Schulz in Hamburg zusammenkamen. Beide bestätigten ihre Tätigkeit für den Kreis um Moritz und bekräftigten ihre Bereitschaft, sich davon loszusagen. Als Zeichen ihrer Absichten wurde Material übergeben.<sup>19</sup>

Jedoch konnte Hans Sommer in Erfahrung bringen, dass Wehlen und Schulz Moritz von ihrem Treffen mit Puchta und Reile berichtet hatten und offenbar falschspielten. In Anbetracht der vorherrschenden Umstände erschien es erforderlich, das Gegenspiel abzubrechen, da der gegnerische SS-Kreis selbst versuchte, in seine Bezirksvertretung einzudringen. Mit Zustimmung der CIA wurde das vorhandene Material über die Gruppe Moritz den britischen Behörden übergeben und in der Folge wurden auch das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) und das Bundeskriminalamt (BKA) eingeschaltet. In der Konsequenz wurde der Kreis um August Moritz am 11. April 1952 verhaftet und wegen Spionage angeklagt. Im Rahmen der Ermittlungen wurde offenbar, dass Moritz Kenntnis über das Netzwerk ehemaliger SS-Führer um Hans Sommer, Otto Somann und andere hatte. Doch die Organisation Gehlen zeigte sich an einer Weiterbeschäftigung der erfahrenen Mitarbeiter, ins-

17 Vgl. BNDA, 5433-OT, Schreiben 40 an 30, 6.6.1952, S. 96 f.; CIA-ERR, Sommer, Hans, 5, Data on Hans Sommer, [o. D.], [o. S.]; Leide, NS-Verbrecher, S. 278–280; Vgl. den Beitrag von Müller-Enbergs (Nationalsozialisten im Dienste der DDR-Spionage) in diesem Band.

18 Vgl. CIA-ERR, Sommer, Hans, 5, Data on Hans Sommer, [o. D.], [o. S.]; Leide, NS-Verbrecher, S. 277–283.

19 Vgl. BNDA, 5433-OT, Schreiben 40 an 30, 6.6.1952, S. 96 f.

besondere zur Bekämpfung rechtsradikaler Kräfte, nach wie vor interessiert und traf zunächst umfassende Sicherheitsvorkehrungen für Sommer.<sup>20</sup>

Doch aufgrund einzelner Pannen waren Verdachtsmomente bei Hans Sommer aufgekommen. In diesem Kontext ist zu erwähnen, dass die nachrichtendienstlichen Aktivitäten Sommers in seiner Heimat inzwischen auch dem schleswig-holsteinischen Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) aufgefallen waren. In den Berichten des Kieler Verfassungsschutzes wurde er als »Hauptagent« des Gehlen-Dienstes in Schleswig-Holstein registriert. Das LfV bemühte sich, die Strukturen seines Netzwerks aufzuklären. Otto Skorzeny, der von Sommers Gegenspionageaktivitäten keine Kenntnis hatte, hatte im Februar 1952 zudem eine Warnung an die Organisation Gehlen ausgesprochen, da Sommer angeblich Informationen an August Moritz weiterleite und möglicherweise selbst für den Osten arbeite. Auch der britische Geheimdienst zweifelte an seiner Loyalität und äußerte die Vermutung, dass Sommer möglicherweise weiterhin für die Franzosen arbeite. Auch im Rahmen der »Operation Campus« des amerikanischen Militärgeheimdienstes Counter Intelligence Corps (CIC), welcher an der CIA vorbei Nachforschungen zu Mitarbeitern der Organisation Gehlen anstellte, wurde Hans Sommer verdächtigt, für den Osten zu arbeiten. Sicherheitsexperten der Organisation nahmen ihn daher ins Visier. Im Februar 1953 wurde zudem der Verdacht geäußert, dass Sommer unvorsichtigerweise Dienstgeheimnisse an ein sowjetisches Agentennetz weitergegeben hatte. Wenige Monate darauf stellte die Zentrale in Pullach fest, dass ein V-Mann bei der Generalvertretung in Karlsruhe und bei der in Frankfurt mit unterschiedlicher Registrierung in ein sowjetisches Gegenspiel verwickelt war.<sup>21</sup>

Im Rahmen einer nachfolgenden Sicherheitsüberprüfung wurde festgestellt, dass Hans Sommer und Cornelius van der Horst als verantwortliche V-Mann-Führer es versäumt hatten, die betreffende Person ordnungsgemäß anzumelden. Auch wurde der Verdacht geäußert, dass Sommer möglicherweise mit Informationen über die Kommunistische Partei in Schleswig-Holstein gehandelt hatte. Dabei soll er relevante Informationen, die gegenüber der Kriminalpolizei und dem Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein zurückgehalten wurden, nicht nur an den Gehlen-Dienst übermittelt, sondern auch an den dänischen Geheimdienst verkauft haben. Im Rahmen einer nachfolgenden Vernehmung des Sicherheitsbereichs der Organisation zu den Verdächtigungen räumte Sommer schließlich ein, dass die vorgelegten Meldungen nicht der Wahrheit entsprochen hatten. In der Konsequenz dessen wurde seitens des

20 Vgl. BND, 5433-OT, Schreiben 40 an 30, 6.6.1952, S. 96 f.; Leide, NS-Verbrecher, S. 282; Beate Baldow: Episode oder Gefahr? Die Naumann-Affäre [Diss.], Berlin 2012, S. 44.

21 Vgl. CIA-ERR, Sommer, Hans, 4, Schreiben 40.F an 25.40, 19.6.1953, [o. S.]; CIA-ERR, Sommer, Hans, 3, Report Scott on Sommer, 11.1.1951 [o. S.]; CIA-ERR, Sommer, Hans, 9, Report on Hans Sommer, [o. D.], [o. S.]; CIA-ERR, Sommer, Hans, 2, Documentation on Sommer, [o. D.], [o. S.]; CIA-ERR, Horst, Cornelius van der, 4, Lebenslauf Sommer, [o. D.], Data on Horst, 6.10.1953, [o. S.]; BAArch, AIM, 1370/72, I/1, S. 24–34; Bernhard Brunner: Der Frankreich-Komplex. Die nationalsozialistischen Verbrechen in Frankreich und die Justiz der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 2004, S. 154–157; Ritz/Schmitt-Eenboom, Schatten, S. 164; Sälter, Phantome, S. 302; Sälter, NS-Kontinuitäten, S. 88.

Gehlen-Dienstes beschlossen, Hans Sommer im Rahmen der im Herbst anstehenden Neuorganisation der Generalvertretung L zu entlassen. Am 30. September 1953 schied Hans Sommer aus der Organisation Gehlen aus. Die unfreiwillige Entlassung wurde von ihm mit großer Verärgerung aufgenommen.<sup>22</sup>

Zwei Monate später, im Dezember 1953, kam es zum Spionageprozess gegen August Moritz und seine Gruppe. Es handelte sich um den ersten großen Landesverratsprozess, der vor dem Bundesgerichtshof verhandelt wurde. Bereits im Oktober 1952 sowie im Januar 1953 waren Hans Sommer und Otto Somann vom Ermittlungsrichter der Generalbundesanwaltschaft zum Sachverhalt vernommen worden. Der Organisationsleiter Reinhard Gehlen befürchtete, dass durch den Prozess nicht nur die Namen seiner Mitarbeiter, sondern auch deren SS-Vergangenheit an die Öffentlichkeit gelangen könnten. Er versuchte daher, dies mit Unterstützung des Bundesamtes für Verfassungsschutz zu verhindern. Sein Bestreben, die Zeugen als Mitarbeiter der Innenbehörde erscheinen zu lassen, blieb jedoch ohne Erfolg, sodass vor Gericht Sommer, Somann sowie Puchta mit ihren Daten als Organisationsmitarbeiter genannt wurden. Die Bundesanwaltschaft übte daher zu Recht Kritik daran, dass nur ehemalige SD-Leute als Zeugen aufgetreten waren. Die Organisation Gehlen wies jedoch darauf hin, dass gerade Angehörige der SS und des Reichssicherheitshauptamtes beschäftigt werden müssten, um Ostagenten zu bekämpfen, die schließlich selbst aus diesen Organisationen stammten. Hans Sommer und Otto Somann seien jedoch, so der Versuch einer Beschwichtigung, nicht mehr für den westdeutschen Nachrichtendienst tätig, was im Fall von Somann nicht den Tatsachen entsprach.<sup>23</sup>

## Der Stasi verpflichtet

Hans Sommer, der über einen Zeitraum von rund 20 Jahren vornehmlich im Bereich der Nachrichtendienste tätig gewesen war, sah sich nun abermals mit der Problematik der Arbeitslosigkeit konfrontiert, zudem ohne eine adäquate berufliche Perspektive. Kurzzeitig war er über die Vermittlung eines ehemaligen Kollegen aus dem SD als Geschäftsführer in einem Uhrenladen tätig. Die Verärgerung über die erfolgte Entlassung sowie die finanziellen Nöte boten für östliche Dienste ideale Ansatzpunkte für eine Anwerbung. In dieser Situation nahm Ernst Schwarzwaller Kontakt mit ihm

22 Im Jahr 2001 veröffentlichte die CIA aufgrund des »Nazi War Crimes Disclosure Acts« auch eine kleine Namensakte zu Sommer. Demgegenüber lässt sich im Archiv des Bundesnachrichtendienstes keine Personalakte über ihn finden. Es ist anzunehmen, dass diese Akte im Jahr 2007 vernichtet wurde. Vgl. CIA-ERR, Sommer, Hans, 4, Schreiben 40.F an 25.40, 19.6.1953, [o. S.]; CIA-ERR, Sommer, Hans, 3, Report Scott on Sommer, 11.1.1951, [o. S.]; CIA-ERR, Sommer, Hans, 9, Report on Hans Sommer, [o. D.], [o. S.]; CIA-ERR, Sommer, Hans, 2, Documentation on Sommer, [o. D.], [o. S.]; CIA-ERR, Horst, Cornelius van der, 4, Lebenslauf Sommer, [o. D.], Data on van der Horst, 6.10.1953 [o. S.]; BArch, AIM, 1370/72, I/1, S. 24–34; Sälter, Phantome, S. 302; Hechelhammer, Kassationen, S. 17; Sälter, NS-Kontinuitäten, S. 88.

23 Vgl. BNDA, 122377, Schreiben 40 an 30, 6.6.1952, S. 883–889; Leide, NS-Verbrecher, S. 282 f.; Sälter, NS-Netzwerke, S. 88 f.



auf. Schwarzwäller, der eigentlich Sommer als Leiter der Bezirksvertretung Nord ersetzen sollte, wurde nach der Festnahmeaktion »Feuerwerk« des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) im Oktober und November 1953, bei der mehrere hundert vermeintliche Spione der Organisation Gehlen in konzentrierten Schlägen verhaftet wurden und ihnen öffentlich der Prozess gemacht wurde, selbst aus dieser entlassen. Er kam in Geldsorgen und bot sich dem MfS an, das ihn trotz seiner mutmaßlichen Beteiligung an Verbrechen in Polen gern als Spion akzeptierte. Zu Beginn des Jahres 1954 begann er deshalb eine Zusammenarbeit mit dem MfS. Auch eine Anwerbung von Otto Somann wurde in den kommenden Monaten versucht. Gegen Ende des Monats Juli 1954 trafen Sommer und Schwarzwäller in Ostberlin mit Vertretern der Staatssicherheit zusammen. Die Verhandlungen mit Sommer waren schnell abgeschlossen, da er nach wie vor über exzellente Kontakte zu Mitarbeitern der Organisation Gehlen und ehemaligen Nationalsozialisten verfügte. Für seine Spionage für den Osten verpflichtete sich Sommer freiwillig, mit der Staatssicherheit »im Kampf gegen die imperialistischen Feinde des deutschen Volkes« zusammenzuarbeiten.<sup>24</sup>

Nach wie vor traf sich Hans Sommer mit ehemaligen Kollegen des Gehlen-Dienstes, darunter Otto Somann und Cornelius van der Horst. Es waren diese beiden, welche Mitte 1954 dem westdeutschen Auslandsnachrichtendienst ihre Vermutung mitteilten, dass Sommer höchstwahrscheinlich wieder für den französischen Geheimdienst tätig sei. Auch in der Folgezeit wurde wiederholt die Vermutung geäußert, dass er mit hoher Wahrscheinlichkeit für Frankreich arbeite. Es ist bemerkenswert, dass das Ministerium für Staatssicherheit in diesem Kontext nie in Verdacht geriet. Tatsächlich sollte Hans Sommer jedoch für viele Jahre erfolgreich für Ostberlin spionieren. Bereits bei seiner Anwerbung übergab er Dokumente der Organisation Gehlen mit einem Umfang von über 2.000 Seiten. Sommer fungierte als Informant des MfS unter den Decknamen Rumland und später Seemann. Gegenstand seiner Berichte waren der Aufbau, das Personal sowie die Tätigkeit der Organisation. In erster Linie erstattete er aber ausführlich Bericht über die NS-Belastungen einzelner Mitarbeiter sowie über einige seiner ehemaligen V-Männer aus dem rechten Milieu in Frankreich. Auch war Sommer wiederholt an Kampagnen der Staatssicherheit gegen tatsächliche oder mutmaßliche Exponenten des Dritten Reiches beteiligt, die inzwischen in der Bundesrepublik in öffentliche Positionen gelangt waren.<sup>25</sup>

Nachdem Hans Sommer am 19. November 1955 standesamtlich in Wiesbaden, seinem neuen Lebensmittelpunkt, Sofie Frieda Rodius geheiratet hatte, kehrte er wenige Monate später Deutschland den Rücken und ging 1956 nach Italien zurück, wo er seinen Wohnsitz in der Nähe des Gardasees in der Stadt Brescia, in der Via Costanti-

24 Vgl. BArch MfS, AIM, 6726/78, II/1, Auftrag GM Holtz, 3.7.1954, S. 47-49; BArch, MfS, AIM, 1370/72, I/1, Verpflichtung Sommer, 29.7.1954 u. Treffbericht GM Holtz und Sommer, 30.7.1954, S. 23 u. 35; Leide, NS-Verbrecher, S. 307; Ronny Heidenreich/Daniela Münkkel/Elke Stadelmann-Wenz: Geheimdienstkrieg in Deutschland. Die Konfrontation von DDR-Staatssicherheit und Organisation Gehlen 1953, Berlin 2016, S. 426 f.

25 Vgl. BND, V-2857, Karteikarte, 29.7.1954, S. 9; Sälter, Phantome, S. 303.

no Quaranta, nahm. An diesem Ort gründete er ein Unternehmen, welches mit dem Rüstungskonzern Isotta-Fraschini kooperierte. Dies diente sowohl der Abdeckung seiner geheimdienstlichen Einkünfte als auch der Gewährleistung seiner persönlichen Sicherheit. In Ostberlin wurde angenommen, dass Sommer inzwischen dem westdeutschen Verfassungsschutz oder der britischen Spionageabwehr aufgefallen sei. Die Staatssicherheit erhoffte sich durch diese Maßnahme die Verhinderung einer möglichen Verhaftung. In seiner neuen Funktion als kaufmännischer Leiter unternahm Sommer Reisen in die Bundesrepublik, welche ihm die Möglichkeit boten, seine Kontakte zu alten Kameraden und Kollegen weiterhin zu pflegen, ohne dabei den westdeutschen Sicherheitsbehörden aufzufallen. Auch unternahm er im Auftrag des MfS Reisen nach Paris, wo er alte französische Freunde besuchte, die in der Politik aufgestiegen waren. So wurde beispielsweise die Streuung falscher Informationen über amerikanische Militärexperten zur angeblichen Ausbildung algerischer Nationalisten in Auftrag gegeben. Dadurch sollten politische Spannungen zwischen Frankreich und den USA erzeugt werden. Des Weiteren ist eine hohe Aktivität Sommers auf sämtlichen geheimdienstlichen Einsatzfeldern zu verzeichnen. Beispielsweise nahm er Kontakt zu dem in Italien bislang unerkannt lebenden früheren SS-Sturmbannführer Karl Hass auf, der maßgeblich am Massaker in den Adreatischen Höhlen während des Krieges beteiligt war. Zudem unterbreitete er Ostberlin den Vorschlag, sich an illegalen Waffengeschäften ehemaliger SD-Mitarbeiter zu beteiligen, und er äußerte die Idee, Rauschgift in den europäischen Militärgarnisonen der Amerikaner zu vertreiben, um dadurch deren Kampfkraft zu unterminieren. Auch sein väterlicher Freund, Kurt von Rohrscheidt, blieb von seiner Radikalität nicht verschont. Nachdem er ihn in Deutschland besucht hatte, schlug Sommer der Stasi vor, diesen zu entführen.<sup>26</sup>

Die ostdeutsche Staatssicherheit honorierte das herausragende geheimdienstliche Engagement von Hans Sommer in gebührender Weise. Im Jahr 1957 wurde ihm durch den stellvertretenden Minister, Oberst Bruno Beater, die Zahlung von monatlich 1.500 Deutschen Mark und zusätzlichen 600 Deutschen Mark für eine seiner Quellen genehmigt. Bis zum Jahr 1960 sollte Sommer insgesamt eine Zahlung von rund 180.000 Deutschen Mark erhalten. Diese Ausgaben wurden seitens des ostdeutschen Geheimdienstes als sinnvoll erachtet. Bei seinem Besuch in Ostberlin im Herbst desselben Jahres, nach über zwei Jahren, präsentierte er der Staatssicherheit eine Fülle von Informationen, die er im Verlauf seiner Tätigkeit gesammelt hatte. Allein die Personenauskünfte umfassten 60 Seiten Tonbandabschrift. Seine Informationen wurden

26 Vgl. BArch, MfS, AIM, 1370/72, II/28, Auskunft Standesamt Wiesbaden an Autor, 30.7.2024. Bericht Seemann, November 1956, S. 35-38; BArch, AIM, 1370/72, II/8, Berichte GHM Seemann, 10.1.1957, S. 54-84; BArch, AIM, 1370/72, I/1, Verbindung zu GHI Seemann, 19.7.1957, S. 102-105; BArch, AIM, 1370/72, II/15, Bericht Seemann, März 1957, S. 197-201; BArch, AIM, 1370/72, I/2, Auskunftsbericht zu GHI Seemann, 18.7.1957, S. 18-22; LArch Berlin, B Rep. 057-01 Nr. 2664, Feststellungsergebnis LKPA Kiel an Polizeipräsident Berlin, 12.6.1964 u. Polizeipräsident Berlin an Generalstaatsanwalt Kammergericht Berlin 29.1.1965, [o. S.]; Leide, NS-Verbrecher, S. 311-315.

als außerordentlich wertvoll erachtet und ermöglichten, dass wesentliche Analysen über die Organisation Gehlen und den Bundesnachrichtendienst (BND), Nachfolgeorganisation des Gehlen-Dienstes, erstellt werden konnten. Die Informationen Hans Sommers führten dazu, dass zahlreiche V-Männer des BND sowie des Bundesamtes für Verfassungsschutz enttarnt werden konnten. Des Weiteren wurden hauptamtliche Mitarbeiter der Zentrale in Pullach sowie drei Generalvertretungen mit einzelnen ihrer Dependancen aufgeklärt. In acht Objektvorgängen wurden insgesamt 800 Personen erfasst, während gleichzeitig zehn Operativvorgänge eingeleitet wurden. Zusätzlich versorgte Sommer die DDR kontinuierlich mit Informationen, welche zur propagandistischen Untermauerung der Behauptung einer neuerlichen Faschisierung der Bundesrepublik genutzt wurden. Ein wesentlicher Vorteil für die Verwendung der Informationen lag in der weitgehenden Übereinstimmung mit Angaben sowjetischer Stellen. Somit liegt die Vermutung nahe, dass mit seiner Unterstützung ebenfalls die Informationen der beiden ehemaligen SS-Männer und BND-Mitarbeiter Heinz Felfe und Johannes Clemens, die seit Anfang der Fünfzigerjahre als Top-Maulwürfe für das KGB spionierten, überprüft werden konnten.<sup>27</sup>

Ironischerweise tauschte sich Heinz Felfe seinerseits mit dem KGB über Sommer, Schwarzwäller und Somann aus. Auf diese Weise lotete der sowjetische Geheimdienst aus, ob möglicherweise weitere Maulwürfe in der Organisation in Gefahr waren, wobei Felfe im Einzelnen keine Kenntnis davon hatte. Selbstredend waren die Sowjets ebenso wie die Staatssicherheit in Ostberlin bestrebt, weitere Anwerbungsmöglichkeiten zu identifizieren. Daher wies Hans Sommer das MfS auch auf Felfe und Clemens als potenzielle Ostspione hin, ohne zu wissen, dass diese bereits für die Sowjetunion tätig waren. In einem Bericht vom 28. Oktober 1954 charakterisierte er Heinz Felfe als »Streber, Egoist, aber tüchtig im Fach«. Somit kam Sommer zu dem Schluss, dass sich eine Kontaktaufnahme mit Felfe für das MfS lohnen würde. Dazu empfahl er, nach den Familienangehörigen Felfes in Dresden zu suchen, um an ihn heranzukommen. Felfe sei zwar intelligent, aber »nicht hart genug, um eventuellem Druck standzuhalten«. Dieser Tipp, Felfe für das MfS zu gewinnen, wurde jedoch sofort diskret fallen gelassen, nachdem die Staatssicherheit erfahren hatte, dass der KGB bereits an der Zielperson dran war.<sup>28</sup>

27 Vgl. BArch, MfS, AIM, Bericht Seemann, November 1956, 1370/72, II/28, S. 35–38; BArch, AIM, 1370/72, Berichte GHM Seemann, 10.1.1957, II/8, S. 54–84; BArch, AIM, 1370/72, I/1, Verbindung zu GHI Seemann, 19.7.1957, S. 102–105; BArch, AIM, 1370/72, II/15, Bericht Seemann, März 1957, S. 197–201; BArch, AIM, 1370/72, I/1, Geldzahlung GHM Seemann, S. 95 f.; BArch, AIM, 1370/72, I/2, Auskunftsbericht zu GHI Seemann, 18.7.1957, S. 18–22; BArch, AIM, 1370/72, II/13, Aufstellung, [o. D.], S. 258; Leide, NS-Verbrecher, S. 311–315; Sälter, Phantome, S. 302; Bodo Hechelhammer: Spion ohne Grenzen. Heinz Felfe Agent in sieben Geheimdienste, München 2019, S. 89–105 (künftig zitiert: Hechelhammer, Spion).

28 Vgl. BNDA, 5113, Teil 2 (OT), Aktennotiz [1955], S. 157 f.; BArch, MfS, Abt. XII, 5819, Vermerk, August 1956, Anweisung, 4.8.1956 u. Anweisung, 27.9.1956; BArch, MfS, BV Dresden, AP 341/55, Vermerk, 5.4.1955; Annette Weinke: Die Verfolgung von NS-Tätern im geteilten Deutschland. Vergangenheitsbewältigung 1949–1969 oder: Eine deutsch-deutsch Beziehungsgeschichte im Kalten Krieg, Paderborn 2002, S. 377 f (künftig zitiert: Weinke, Verfolgung); Leide, NS-Verbrecher, S. 292 f.; Sälter, Phantome, S. 297–304; Hechelhammer, Spion, S. 140.

Im Jahr 1959 sah sich Ernst Schwarzwäller einer ernsthaften Bedrohung ausgesetzt, da er als Ost-Spion enttarnt werden könnte, woraufhin er sich für einen Wechsel in die DDR entschied. In der Folge offenbarte Schwarzwäller im Juni im Auftrag des MfS auf einer Pressekonferenz und über ostdeutsche Medien seine Agententätigkeit für die Organisation Gehlen und enttarnte dabei zahlreiche frühere Nationalsozialisten als ehemalige Kollegen, darunter auch Hans Sommer. Diese Vorgehensweise kann als Maßnahme interpretiert werden, um dessen Spionagetätigkeit für den Osten weiterhin zu schützen. Obgleich Sommer über die Jahre hinweg umfangreiche Ergebnisse geliefert hatte, wurde die Verbindung zu ihm im August 1960 von Werner Grünert, der wenige Monate zuvor die Leitung der Hauptabteilung II übernommen hatte, dennoch eingestellt. Laut Grünert standen die Kosten in keinem angemessenen Verhältnis mehr zu den erbrachten Leistungen. Erst drei Jahre später wurde der Kontakt wieder gesucht, zu einer Zeit, als der große Spionageprozess gegen die beiden früheren BND-Mitarbeiter und langjährigen KGB-Spione Heinz Felfe und Johannes Clemens in der Bundesrepublik anstand, die Ende 1961 enttarnt worden waren. In der Folge reiste ein Mitarbeiter der Staatssicherheit zu Sommer nach Italien, um gemeinsam mit ihm Personenlisten und Vorgänge im Bundesnachrichtendienst durchzugehen. Die Mehrzahl seiner Kontakte zu ehemaligen Kollegen war durch den Spionagefall Felfe jedoch abgebrochen. Dennoch wurde Hans Sommer zwischen 1963 und 1965 immer wieder für Ostberlin eingesetzt, etwa als es um gezielte Kampagnen gegen verschiedene BND-Mitarbeiter und westdeutsche Politiker wie Ernst Lemmer oder Heinrich Lübke ging.<sup>29</sup>

Auch nach 1964, als er unter dem Decknamen Henry aus den ihm bestens bekannten Kreisen ehemaliger SS-Kameraden weiterhin berichtete, blieb er seiner geheimdienstlichen Tätigkeit treu. Nach eineinhalb Jahren wurde die Zusammenarbeit jedoch beendet. Im Juni 1965 unterrichtete Sommer das MfS darüber, dass die westdeutsche Kriminalpolizei inzwischen Ermittlungen gegen ihn an seinem Zweitwohnsitz in der Bundesrepublik aufgenommen hatte. Im Februar 1960 hatte Hans Sommer eine Wohnung im bayerischen Mittenwald, in der Patenkirchner Straße 72 nahe der österreichischen Grenze, bezogen und diesen Wohnort in aller Eile Ende 1963 wieder aufgegeben. Ostberlin vermutete, dass das Interesse der westdeutschen Behörden auf seiner Spionagetätigkeit basierte. Die eingeleiteten polizeilichen Recherchen standen jedoch in Zusammenhang mit dem in Westberlin angestrebten Verfahren gegen ehemalige Angehörige des Reichssicherheitshauptamtes. Die entsprechenden Vorermittlungen wurden Ende 1963 initiiert und im Februar 1965 mit dem Ergebnis abgeschlossen, dass kein Anlass für die Einleitung eines Verfahrens gegen Hans Sommer bestehe, da belastende Umstände gegen ihn nicht vorlägen. Infolgedessen kühlte die Beziehung zwischen Ostberlin und Hans Sommer merklich aus. Nach

29 Vgl. BArch, MfS, AIM, 1370/72, Tonbandabschrift GI Henry, 15.12.1964, S. 73-81; In jenem Dschungel lauert der Krieg, in: Berliner Zeitung, 3.6.1959; Leide, NS-Verbrecher, S. 313-317; Sälter, Phantome, S. 302 f.; Hechelhammer, Spion, S. 224-226.

einem letzten Treffen zwischen Sommer und der Staatssicherheit im Jahr 1968 brach die Verbindung schließlich vollständig ab. Dies führte dazu, dass die umfassenden Akten zu Hans Sommer drei Jahre später gesperrt und im Zentralarchiv des MfS archiviert wurden. Damit fand die langjährige Zusammenarbeit zwischen Sommer und der Stasi ihr Ende.<sup>30</sup>

## Epilog

Kurz darauf wurde Hans Sommer – nicht zuletzt, um die langjährige Zusammenarbeit zu kaschieren – als Beleg für die systematische Rekrutierung von NS-belastetem Personal durch die Organisation Gehlen und den Bundesnachrichtendienst öffentlichkeitswirksam durch die ostdeutsche Publikation *Nicht länger geheim* von Julius Mader und Albrecht Charisius angeklagt. In der Folge wurde sein Name auch in westdeutschen Medien im Kontext von NS-Verbrechen thematisiert. Im Jahr 1971 tauchte er namentlich in der BND-Enthüllungsserie des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel* mit dem Titel »Pullach intern« auf. Nachdem Klaus Barbie, der als »Schlächter« von Lyon berüchtigte frühere Gestapo-Chef, Anfang 1983 in Bolivien festgenommen und an Frankreich ausgeliefert worden war, wurde er vor Gericht gestellt. In der Konsequenz wurde auch der Bundesnachrichtendienst von der umfassenden Nazi-Vergangenheit seiner Mitarbeiter öffentlich eingeholt, da auch Barbie für einige Monate für den westdeutschen Geheimdienst als Quelle tätig gewesen war. Im Februar 1983 veröffentlichte das Magazin *Stern* eine Liste mit Namen von Mitarbeitern und Quellen des BND, auf der auch Hans Sommer und seine Beteiligung an der Sprengung der Pariser Synagogen genannt wurden. Der Titel des Artikels lautete »Nazi-Agenten«. Auch in der im Folgejahr durch den *Stern* veröffentlichten Berichterstattung über »Barbies alte Kameraden« wurde er als ehemaliger westdeutscher Geheimdienstmitarbeiter aufgeführt. Für ihn hatte dies jedoch keine juristischen Konsequenzen. In seinen letzten Lebensjahren konnte er die italienische Sonne am Gardasee genießen, ungeachtet seiner Spionagetätigkeiten für die Nationalsozialisten, den Westen oder den Osten, und unbehelligt von Strafverfolgungsmaßnahmen. Hans Sommer verstarb am 31. Oktober 1987 als unbescholtener Bürger in Brescia.<sup>31</sup>

30 Die im Stasi-Archiv in Berlin aufbewahrten Akten zu Hans Sommer umfasst mehr als 22.000 Seiten. Vgl. LArch Berlin, B Rep. 057-01 Nr. 2664, Feststellungsergebnis LKPA Kiel an Polizeipräsident Berlin, 12.6.1964 u. Polizeipräsident Berlin an Generalstaatsanwalt Kammergericht Berlin, 29.1.1965, [o. S.]; BArch, MfS, AIM, 1370/72, I/2, Auskunftsbericht zu Sommer, 9.3.1967, S. 296-300; Leide, NS-Verbrecher, S. 316.

31 Vgl. BArch, MfS, AIM, 1370/72, I/1, Bericht zu Sommer, Henry, 9.3.1967, S. 296-300; Zentralstelle Ludwigsburg (ZStL), AR, 1310/63, Übersichtsbogen Sommer, 1963, [o. S.]; BArch, AIM, 1370/72, I/2, Abschlussbericht, 29.12.1971, S. 301 f.; Pullach intern, 9.5.1971, in: *Der Spiegel* 20 (1971); Nazi-Agenten, in: *Stern*, 17.2.1983; Barbies alte Kameraden, in: *Stern*, 30.5.1984; Albrecht Charisius/Julius Mader: *Nicht länger geheim. Entwicklung, System und Arbeitsweise des imperialistischen deutschen Geheimdienstes, Ostberlin 1969*, S. 282 f.; Weinke, *Verfolgung*, S. 287–313; Leide, *NS-Verbrecher*, S. 36 f.; Sälter, *NS-Kontinuitäten*, S. 749.

## Günter Toepke

### Der Stay-behind-Chef von Mölln

Als der dänische Oberst Hans M. Lunding in den Zwischenkriegsjahren dem militärischen Nachrichtendienst zugeteilt wurde, stellte er fest, dass es kein dänisches Nachrichtennetz gab, das flächendeckend Informationen beschaffte – auch nicht in Deutschland, wo es zu diesem Zeitpunkt notwendig erschien.<sup>1</sup> Im Verlauf der deutschen Besatzung begann der dänische Nachrichtendienst jedoch eine umfassende Zusammenarbeit mit ausländischen Diensten. Der Ausgang des Zweiten Weltkrieges hatte eine neue Weltordnung geschaffen, weshalb das alte Feindbild Deutschland durch ein neues ersetzt werden musste: die Sowjetunion.

In dieser Zeit der Umstellung sollte der Wehrmachtsoffizier Günter Toepke (1914–1987) eine Rolle spielen, die einen Dreh- und Angelpunkt bildete und im Folgenden dargestellt wird. Toepke war während der deutschen Besatzung Ende November 1943 nach Dänemark gekommen, um beim Generalstab im deutschen Hauptquartier in Silkeborg Bad zu dienen. Er war ein erfahrener Frontsoldat, der 1940 am Feldzug gegen Frankreich teilgenommen hatte, wo er verwundet worden war. Im folgenden Jahr nahm er mit der Heeresgruppe Nord an der Operation Barbarossa teil, bevor er dann in General Paulus' 6. Armee in der Schlacht von Stalingrad kämpfte. Toepke wurde jedoch Neujahr 1942 aus Stalingrad abgezogen und entging auf diese Weise der Kriegsgefangenschaft. Somit kam nicht nur ein erfahrener Soldat und Offizier nach Dänemark, sondern auch ein Soldat, der gegen Stalins Sowjetunion gekämpft hatte. In der Nachkriegszeit durfte er vorerst in Dänemark verbleiben, woraufhin es für ihn nach Schleswig-Holstein ging, wo Lundings und Toepkes Zusammenarbeit sich entfaltete.

Dieser Beitrag handelt von Günter Toepkes Kontakten zum dänischen Militär und zum dänischen Nachrichtendienst; die Spuren führen vom befreiten Kopenhagen über die Arbeit an der Rückführung Wehrmichtsangehöriger bis zu einer rätselhaften Hühnerfarm bei Mölln in Schleswig-Holstein. Oberstleutnant d. R. Günter Toepke musste jedoch erst einmal in die Kälte, bevor er ins Warme durfte.<sup>2</sup>

1 Hans Matthiesen Lunding, Otto Lippert, Stemplet fortroligt. Oberst H. M. Lundings erindringer, Kopenhagen 1970, S. 44.

2 Die biografischen Details basieren auf der Biografie: John V. Jensen, Danmark en god mand? Hitlerofficer, menneskesmugler, kold-kriger. Historien om Günter Toepke, Odense 2017.

## Vertrauen und Vertrauensbruch

Zum Zeitpunkt der deutschen Kapitulation in Dänemark am Abend des 4. Mai 1945 befand sich Günter Toepke im Wehrmachtshauptquartier in Silkeborg. Bereits in den folgenden Tagen musste er organisieren, dass die circa 220.000 Mann umfassenden deutschen Truppen Dänemark in Richtung Schleswig-Holstein verließen. In den Wochen nach dieser Aktion befand er sich zunächst im deutschen Verbindungsstab in Kopenhagen, bevor er am 16. Oktober 1945 als Chef der Dienstgruppe Dänemark antrat, einer zurückgelassenen deutschen Einheit. Die Gruppe war auf Anweisung der Engländer gebildet worden und wurde am 16. Oktober 1945 dem Chef des Parkkommandos III, dem dänischen Oberstleutnant Johan H. Skjoldager, unterstellt.<sup>3</sup> Die Aufgaben des Parkkommandos bestanden unter anderem in der Handhabung und Zerstörung deutschen Militärgüter. In diesem Zusammenhang untersuchten die britischen Militärbehörden in Dänemark seine politische Haltung in der Zeit vor dem 5. Mai 1945 und sie »hatten nichts gegen ihn einzuwenden«, wie es in einer späteren Einschätzung, datiert auf den 18. November 1946 und unterschrieben von Skjoldager selbst, lautete. Toepke war also gut genug.<sup>4</sup>

In den folgenden Jahren sollte Toepke besonders mit Skjoldager in enger Verbindung stehen, dem er beim Abtransport der Wehrmachtangehörigen und des Wehrmachtsgefolges behilflich war, die sich in Absprache mit den Briten weiterhin in Dänemark aufhielten und im Gegensatz zu den zivilen Flüchtlingen nach Deutschland geschickt werden konnten. Ab Herbst 1945 stand Toepke Skjoldager also bei diesen Transporten zur Seite, die am Ende 53.317 Personen umfassten. Bei dieser Arbeit, bei der Toepke den Weg für die Abtransporte nach Norddeutschland plante, überquerte er oft allein die deutsch-dänische Grenze, wobei er das volle Vertrauen Skjoldagers genoss. Bis November 1947 war die Zusammenarbeit reibungslos.

Am 24. November 1947 wurde Toepke an der dänisch-deutschen Grenze in Krusau verhaftet. Hintergrund hierfür war sein Mitwirken beim Herausschuggeln des deutschen Ingenieurs Karl Thalau, der auf dem Flughafen Kastrup unter dem falschen Namen Ernesto Fourcade enttarnt worden war. Während der Vernehmungen erklärte Thalau der Polizei, dass man ihn von Kassel nach Hamburg gebracht hatte, um sich dort nach einer Person namens Toepke zu erkundigen. Dieser hatte ihn gebeten, sich am gleichen Abend bereitzuhalten, woraufhin Thalau nach Dänemark eingereist war und sich weiter nach Kopenhagen begeben hatte. Hier hatte er sich mehrere Tage in der argentinischen Gesandtschaft aufgehalten, bevor er auf dem Flughafen festgenommen wurde.

3 Rigsarkivet (RA), Forsvarets Arkiver, 1010, ks. 53, Dienstgruppe Dänemark – Arbejde og Opgave. Bericht von J. H. Skjoldager, 18. April 1947, S. 1. Toepke war ab dem 16. Oktober 1945 Leiter der Dienstgruppe Dänemark, wie unter anderem aus Toepkes Karteikarte im RA hervorgeht: Politiets Efterretningstjeneste, Material betreffend die Dienstgruppe »Dänemark«, ks. 6.

4 RA, Havreheds arkiv, 1980–86 Korrespondance henlagt efter navn, kasse 8, Attest dateret 18. november 1945 af J. H. Skjoldager.

*Toepke als Generalstabsoffizier im Hauptquartier der Wehrmacht in Dänemark im Jahr 1944. Zu diesem Zeitpunkt war es aufgrund der Invasionsgefahr nach Silkeborg in Jütland verlagert worden. Er diente hier als I A im Stab des Wehrmachtsbefehlshabers General Hermann von Hannekens sowie General Georg Lindemann (Rigsarkivet).*



Die dänische Presse erfuhr von der haarsträubenden Geschichte über den Missbrauch einer vertrauenswürdigen Position – eine Geschichte, die den meisten Zeitgenossen wohl einen kalten Schauer über den Rücken jagte. Denn wie umfassend konnte dieses Doppelspiel, dessen Toepke sich schuldig gemacht hatte, tatsächlich gewesen sein? Handelte er tatsächlich allein? Wie lange hatte das andauert? War Dänemark das von den Top-Nazis gesuchte Schlupfloch, durch das nun ein Kriegsverbrecher nach dem anderen der Rechtsverfolgung und Strafe entging? Die Ergreifungen von Thalau und Toepke gaben Anlass zu weiteren britischen und dänischen Ermittlungen nach einem vermuteten größeren Herausschmuggeln nationalsozialistischer Wissenschaftler aus Deutschland über Dänemark als Transitland. Dies macht die Episode zu einem späten Beispiel für den Kampf der Großmächte um technisches Know-how und deutsche Fachkräfte, der unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches eingesetzt hatte.<sup>5</sup> Die Großmächte hatten sich bereits ihren Anteil gesichert und nun konnten auch kleinere Nationen wie etwa Argentinien zum Zuge kommen.

In der dänischen Presse wurde Toepke zum Sündenbock und Alleinverantwortlichen gemacht, woraufhin er verhaftet und ins Kopenhagener Zuchthaus Vestre Fængsel gebracht wurde. Die Fluchthilfeaktion war allem Anschein nach ganz im Sinne Toepkes, weil es kurz zuvor gelungen war, unter Mitwirkung der argentinischen Gesandtschaft in Dänemark einen anderen deutschen Flugzeugkonstrukteur,

5 RA, udlændingesag, »Don Ernesto Fourcade«, S. 4, Bericht von Polities Efterretningstjeneste 22.11.1947; RA. Im sogenannten »Stockholm-arkiv« liegt zudem ein »Vertraulich« gestempelter Bericht bezüglich Toepkes Rolle in der Pass-Affäre, datiert vom 29.1.1948.



Kurt Tank, nach Argentinien zu bringen.<sup>6</sup> Für Skjoldager, dessen Vertrauen in Toepke missbraucht worden war, war dies eine schwierige Situation. Letztlich enthüllte Toepkes Verwicklung in die »Pass-Affäre« für Skjoldager und andere, wie beispielsweise Hans Lunding, mit welcher Seite Toepke sympathisierte: Tüchtige deutsche Wissenschaftler sollten eher nach Argentinien als in die Sowjetunion gebracht werden. Abgesehen davon war es ein äußerst unglücklicher Auftritt, der sein Image bei seinem Vorgesetzten Skjoldager beschädigte.

## Offiziere mit Kenntnissen sowjetischer militärischer Verhältnisse

Nun hätte man annehmen können, dass der Deutsche Toepke aufgrund des offensichtlichen Doppelspiels nach dieser Misere bestraft und unmittelbar ausgewiesen werden würde – was aber nicht passierte. Anstelle einer Ausweisung erhielt Toepke ab Januar 1948 die Möglichkeit, täglich stundenweise außerhalb der Gefängnismauern zu arbeiten. Wie kam es dazu?

Die Umstellung auf ein neues Feindbild, die Sowjetunion, verlangte keine radikalen Veränderungen in der dänischen Verteidigung, welche nach der deutschen Besetzung von Grund auf neu errichtet werden musste. Am schwierigsten verhielt es sich mit den Deutschen.<sup>7</sup> Denn viele dänische Militär- und Polizeiangehörige in der Geheimdienstwelt hatten einen Hintergrund in der Widerstandsbewegung während der Besatzungszeit, was die Etablierung einer derartigen Zusammenarbeit mit den ehemaligen Gegnern natürlich erschwerte. Die frühere Zusammenarbeit mit dem deutschen Nachrichtendienst war in der Zeit zwischen 1940 und 1945 stark abgekühlt, doch war der Frieden in Europa erst wenige Monate alt, als der Marineoffizier und führende Nachrichtendienstler Kapitän zur See Poul Adam Mørch erkannte, dass eine Verbindung mit den Deutschen von großem Nutzen sein konnte, wie Wilhelm Christmas-Møller in seinem Buch *Obersten og Kommandøren* (Der Oberst und der Kommandeur) von 1995 schildert.<sup>8</sup>

Nach der Befreiung 1945 zeigten sowohl Oberst Hans Lunding, welcher im Jahr 1950 erster Leiter des militärischen Nachrichtendienstes (später Nachrichtendienst der Verteidigung, FE) wurde, als auch der bereits erwähnte Poul A. Mørch bald Interesse an den noch in Dänemark befindlichen deutschen Offizieren, deren Wissen für den Schutz der nationalen Sicherheit genutzt werden konnte, während mögliche

6 Die britischen Behörden wurden infolge der Pass-Affäre zunehmend besorgt über den Zustrom von Wissenschaftlern und Ingenieuren aus Nazi-Deutschland und leiteten daher eine Untersuchung ein, die jedoch zu dem Schluss kam, dass sich das Ausmaß auf Kurt Tank beschränkte.

7 Wilhelm Christmas-Møller: *Obersten og Kommandøren. Efterretningstjeneste, sikkerhedspolitik og socialdemokrati 1945–1955*, Kopenhagen 1995, S. 69 (künftig zitiert: Christmas-Møller, *Obersten og Kommandøren*).

8 Christmas-Møller, *Obersten og Kommandøren*, S. 116.

Kriegsverbrecher zugleich enttarnt werden sollten. Viele Jahre später berichtete Lunding, dass »man unter den (westlichen) Alliierten an deutschen Offizieren mit Wissen über die russischen militärischen Verhältnisse sehr interessiert war, und daher war es ein Kreis solcher Offiziere um Dr. Schneider alias Reinhard Gehlen, der den ersten westdeutschen Nachrichtendienst gründete« (ab 1956 Bundesnachrichtendienst, BND).<sup>9</sup> Er erwähnte, dass er einige dieser Offiziere von seinen Kontakten in Deutschland vor dem Krieg kannte und nun die Freude hatte, sich auch mit Gehlen anzufreunden.

Kurz nach der Kapitulation musste Lunding versuchen, vor Ort befindliche deutsche Offiziere mit Erfahrungen an der Ostfront ausfindig zu machen. Einer der Offiziere, mit denen man zusammenarbeitete, war ihm zufolge der Adjutant des Generals Hermann von Hannekens, des Oberbefehlshabers der deutschen Truppen in Dänemark, nämlich Günter Toepke, der für längere Zeit bei ihnen blieb.<sup>10</sup>

Toepke selbst bestätigte viele Jahre später die Verbindung zu den dänischen Geheimdienstlern, jedoch ohne genau zu erklären, wann die beiden Männer in Kontakt getreten waren. Er selbst berichtete, dass er nach dem Krieg Hans Lunding und seinen Mitarbeiter Peter Petersen in Hamburg kennengelernt hatte, wo Lunding oft im mondänen Hotel »Die vier Jahreszeiten« wohnte.<sup>11</sup> Dies bedeutet, dass die erste Bekanntschaft und die ersten Begegnungen der beiden Männer, formell oder informell, vermutlich auf Toepkes Dienstreisen für die Dienstgruppe Dänemark und den Oberstleutnant Skjoldager stattgefunden hatten. Die Bekanntschaft (und Zusammenarbeit) kann somit bis zurück in den Spätherbst 1945 reichen, doch möglicherweise auch zurück bis zu Toepkes Zeit als Verbindungsoffizier. Deshalb ist es möglich, dass Toepke bereits kurz nach der Befreiung Lunding und seine Leute mit Informationen zur Auflösung des deutschen Geheimdienstes in Dänemark durch den militärischen Nachrichtendienst unterstützte, was im Laufe des Jahres 1945 abgeschlossen wurde.<sup>12</sup> Aus diesem Grund war es für die Zusammenarbeit nicht förderlich, dass Toepke ins Gefängnis geworfen wurde, war sie doch offenkundig zu wichtig, um eingestellt zu werden.

Viele Jahre später berichtete Toepke nämlich von der nachfolgend geschilderten bizarren Situation, als er jeden Morgen im Zuchthaus »Vestre Fængsel« abgeholt und

9 Vgl. Peer Henrik Hansen: Firmaets største bedrift. Den hemmelige krig mod de danske kommunister. København 2005, S. 131; Thomas Wegener Friis: Frühe Freunde? Deutsch-dänische Militärkooperation nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Heiner Bröckermann (Hrsg.): Krig og Fred – Krieg und Frieden. Wegmarken der deutsch-dänischen Geschichte 1848 bis 1955 (=Potsdamer Schriften des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Bd. 33), Potsdam 2021, S. 161–176.

10 Das Lunding-Zitat stammt aus dem Jahr 1970, als der Historiker Ole Drostrup ihn im Faaborger Hotel Klinthen interviewte. Toepke war nun nicht Adjutant des Generals von Hannekens, doch bestätigte Toepke selbst später die Verbindung von Oberst Lunding sowohl zu Arne Gammelgaard als auch Henrik Havrehed.

11 Radiointerview mit dem Journalisten Poul Brink, gesendet von Danmarks Radio, 28.8.1986.

12 Bericht der PET-Kommission, Bd. 5: Stay behind og firmaet. Efterretningsvæsen og private antikommunistiske organisationer i Danmark 1945–89, Kopenhagen 2009, S. 49.

zum dänischen Verteidigungsministerium gebracht wurde, in dem er den Tag über an Verteidigungsplänen für Sjælland (Seeland) arbeitete. Er selbst erzählte, dass er den Dänen im Kontext dieser Arbeit zu erklären versuchte, dass die Insel mit ihrer langen Küstenlinie und den wenigen zur Verfügung stehenden Kräften in Wirklichkeit nicht zu verteidigen war.<sup>13</sup> Nach eigener Aussage stellte Toepke sein Wissen auch im Hinblick auf die Organisation und den Aufbau des dänischen Heeres zur Verfügung. Dänische Nachrichtendienstler hatten Toepkes Input offenbar mit großem Interesse aufgenommen und übernommen, was sie nützlich fanden. Dieser Zeitraum ist allerdings mythenumwoben und ein Artikel mit der Überschrift »Der große Abgang« in der deutschen Zeitschrift *Stern* von 1986 behauptet, dass Toepke vom Gefängnis in einer Luxuslimousine abgeholt und zum dänischen Generalstab gefahren wurde, wo unter anderem sein Wissen über die sowjetische Besatzung Bornholms von den Dänen genutzt wurde.<sup>14</sup> Ersteres ist eine starke Übertreibung. Persönlich schilderte Toepke dem dänischen Journalisten Poul Brink, dass er in einem Auto abgeholt wurde, einem großen Ford 8 oder Buick – in einem großen Auto, jedoch kaum einer Luxuslimousine, aber natürlich klingt das schicker. Zweiteres, dass die dänischen Offiziere versuchten, so viele Informationen wie möglich von ihm zu erhalten, ist sicher korrekt. Diese eher merkwürdigen Ereignisse könnten darauf hindeuten, dass bereits vor Toepkes Verhaftung eine Zusammenarbeit zwischen Lunding und Toepke bestand – eine Zusammenarbeit, die wichtig genug war, dass Lunding die erwähnten Schritte unternahm und Toepke aus dem Gefängnis holte. Es stellt sich jedoch die Frage, ob sich die Zusammenarbeit nicht nach Toepkes Inhaftierung, als er von seinen ursprünglichen Pflichten in der Dienstgruppe Dänemark entbunden worden war, erst richtig intensivierte.

Wie reagierten die dänischen Behörden auf die »Pass-Affäre«? Es ging erstaunlicherweise nicht darum, dass sich Toepke den Argentinern zur Verfügung gestellt und mitgeholfen hatte, einen Nazi aus Deutschland herauszubringen. Die dänische Reaktion ist bekannt; sie geht deutlich aus einem Tagebucheintrag eines anderen Vorgesetzten Toepkes hervor: dem Unteroffizier Harry Sørensen, der schrieb: »Aarøe (Büroleiter in der staatlichen zivilen Luftverteidigung) enthüllte, dass die zivile Luftverteidigung sehr unruhig war, weil die Pass-Affäre ihre Arbeit ruiniert hatte, so dass der nun einzige bestehende Weg, Deutsche fortzubringen, geschlossen werden würde. Wir konnten ihn jedoch damit beruhigen, dass alles für eine Fortsetzung der Arbeit getan werden würde, und dass wir bereits eine Rekonstruktion der C. A. (der Zivilen Arbeitsorganisation)<sup>15</sup> vorbereitet hätten«. Sørensen notierte zudem, dass man sowohl im dänischen Justizministerium als auch im dänischen Außenministerium damit einverstanden sei, dass die Sache so behutsam wie möglich behandelt werden

13 Radiointerview mit dem Journalisten Poul Brink, gesendet von Danmarks Radio, 28.8.1986.

14 Günter Schwarber: Der große Abgang, in: *Stern*, 20.–26. Februar 1986, S. 78–82.

15 RA, Forsvarets Arkiver, 1010/54A, Harry Sørensens dagbog, S. 138.

sollte: »Sie waren sich auch klar darüber, dass Toepke Dänemark treu gedient hatte, und dass uns seine Arbeit hier im Lande Millionen eingespart hatte.«<sup>16</sup>

»Toepke hatte Dänemark gut gedient« – und es ging um Wichtigeres, weshalb Toepke schnell zurück ins Warme kam.

## Rückkehr nach Deutschland und die Hühnerzucht in Mölln

Am 5. April 1948 wurde Toepke aus dem Vestre Fængsel in Kopenhagen entlassen.<sup>17</sup> Nach der Freilassung sollte er laut Plan als Wehrmichtsangehöriger ins Munsterlager überstellt werden, genau wie die Tausenden Deutschen mit einer Wehrmichtsvergangenheit, die er und Skjoldager nach Deutschland zurückzubringen versucht hatten.<sup>18</sup> Toepke kehrte zurück zu seiner Familie ins nun geteilte Deutschland, in den kleinen Ort Bad Bevensen in Niedersachsen. Genau hierhin hatte er in den letzten Kriegsjahren am damaligen Gesetz vorbei seine Frau und ihre beiden Kinder gebracht und ihnen damit womöglich die gefährliche Flucht aus Ostpreußen Anfang 1945 erspart – und hier wurde die Familie vorerst vereint.<sup>19</sup>

Die darauffolgende Kontaktaufnahme mit dem dänischen Nachrichtendienst und Oberst Lunding, der zu diesem Zeitpunkt eigentlich Dienst als Verbindungsoffizier zu den Briten in Flensburg verrichtete, ist in den Quellen nicht eindeutig.<sup>20</sup> Toepke bestätigte, wie erwähnt, die Verbindung zum dänischen militärischen Nachrichtendienst selbst, äußerte jedoch nicht mehr, als dass er mit dänischen Offizieren innerhalb der NATO-Zusammenarbeit gearbeitet hätte. Auch als Pensionär wollte er hier nicht deutlicher werden; mit Lundings Position lässt sich jedoch leicht erraten, worum es gegangen sein könnte.<sup>21</sup> Der zeitgenössische Nachrichtendienst ist naturgegeben ein Gebiet, für das die Quellenlage bescheiden ist, und so verhält es sich auch mit der Literatur dazu. Selbst berichtete Toepke, dass er jahrelang ein freundschaftliches Verhältnis zu Lunding pflegte, der auf Toepkes Rolle bei dem misslungenen Schmuggelversuch des deutschen Wissenschaftlers nicht zu empfindlich reagiert hatte. Trotz alter Feindschaften und aktueller Vertrauensbrüche schien es nun

16 RA, Forsvarets Arkiver, 1010/54A, Harry Sørensens dagbog, S. 137.

17 RA, Rapport Rigspolitiets efterretningsafdeling, 1.4.1948, in dem berichtet wird, Toepke »wurde im Vestre-Gefängnis gemäß § 14 des Fremdengesetzes in Haft gehalten und am 5. April 1948 auf Anordnung der Nachrichtendienstabteilung des Reichspolizeichefs ohne Aufenthaltsrecht aus dem Reich ausgewiesen.« (Dänisches Original: »har siddet anholdt i Vestre Fængsel i Medfør af Fremmedlovens § 14 til Foranstaltning for Rigspolitichefens Efterretningsafdeling den 5. April 1948 udbringes af Riget uden Tilhold.«) Dasselbe Datum wiederholte er in seinem Interview mit Henrik Havrehed.

18 Bilag til Beretning til Folketinget, Bd. XIV. Det tyske Mindretal under Besættelsen, Kopenhagen 1953, S. 462.

19 Es geht aus dem Material zur Dienstgruppe Dänemark hervor, dass Christel Toepke in den ersten Jahren in Bevensen bei Lüneburg, Pastorenstraße 2, wohnte. RA, Materiale vedrørende Dienstgruppe Dänemark, kasse 6, Politiets Efterretningstjeneste 1945–48.

20 Zu Lunding, Vgl. den Beitrag von Heckmann, Friis in diesem Band.

21 Radiointerview mit dem Journalisten Poul Brink, gesendet von Danmarks Radio, 28.8.1986.

notwendig, die Sünden der Vergangenheit zu vergessen, wobei Toepkes Wissen und Persönlichkeit am schwersten ins Gewicht fielen, wenn es um das Verhältnis zu Lunding, um den militärischen Nachrichtendienst und um nationale Interessen ging. Als Lunding 1980 von Arne Gammelgaard interviewt wurde, antwortete er bezüglich der Transporte Skjoldagers: »In diesen Zeiten passierte so viel, das nicht immer nach dem Lehrbuch ablief« – Worte, die in ebenso hohem Maße für die persönlichen Haltungen von Oberst Lunding zuzutreffen scheinen.<sup>22</sup>

Unmittelbar nach dem Krieg war Toepke durch seine Tätigkeit bei der Dienstgruppe Dänemark von 1945 bis 1948 deutlich besser aufgestellt als seine Kollegen in Kriegsgefangenschaft. Nach der Rückkehr nach Bad Bevensen musste er sich aber auch die existentielle Frage stellen, wie er sich beruflich neu orientieren könnte. Er selbst erzählte, dass er damals erwog, nach Argentinien zu emigrieren, wo er ein dauerhaftes Angebot für eine Position beim argentinischen Heer hatte; aber daraus wurde nichts.<sup>23</sup> 1986 berichtete Toepke dem dänischen Journalisten Poul Brink, dass er einige Zeit nach seiner Heimkehr durch seinen alten Ordonnanzoffizier kontaktiert worden sei, der berichtet habe, dass mehrere seiner ehemaligen Vorgesetzten in ostdeutschen Dienst getreten seien und dass es seinen alten Befehlshaber, Generalfeldmarschall Paulus, freuen würde, wenn Toepke auch interessiert wäre. Der ehemalige Feldmarschall war nämlich in den Jahren zuvor Leiter der Militärschule von Dresden geworden. Der Soldat Toepke fand das Angebot zunächst interessant, da es in Westdeutschland noch keine Armee und somit keinen Arbeitgeber für ihn gab. Allerdings erzählte er, dass seine Frau sich mit aller Entschiedenheit gegen die Idee ausgesprochen habe.<sup>24</sup> So erzählte er jedenfalls selbst später die Geschichte, die seinem Lebenslauf eine völlig andere Wendung hätte geben können.

1949 erschien sein Buch *Stalingrad, wie es war*, dem er in der ersten Phase nach seiner Heimkehr nach Bevensen einen Teil seiner Zeit gewidmet hatte.<sup>25</sup> Hiernach gefragt, berichtete er, dass er mit der Hühnerzucht begonnen habe. Dies klingt unmittelbar nach einem Ablenkungsmanöver, doch in seinen militärischen Dokumenten gab er tatsächlich an, in den Jahren nach seiner Rückkehr nach Deutschland einen Hühnerhof bei Mölln besessen zu haben.<sup>26</sup> Trotz der Verbindung nach Dänemark war Toepke wie so viele andere aus seiner Generation gezwungen, sich nach dem Krieg völlig neu zu orientieren – und so war er also für eine Übergangszeit Hühnerzüchter. Aus dieser Zeit sind unter anderem seine Einreisepapiere nach Dänemark überliefert,

22 Arne Gammelgaard, *Arne: Mennesker i malstrøm*, Herning 1981, S. 191.

23 Harly Foged/Henrik Krüger: *Flugtrute Nord. Nazisternes hemmelige flugtnet gennem Danmark*. Lyngby 1985, S. 93. Diese Erklärung erwähnte er allerdings weder gegenüber Gammelgaard noch Havrehed oder Brink.

24 Radiointerview mit dem Journalisten Poul Brink, gesendet von Danmarks Radio, 28.8.1986.

25 Günter Toepke: *Stalingrad, Wie es wirklich war*. Stade 1949.

26 Toepke gibt im Zusammenhang mit einer Reise durch Dänemark und nach Schweden seinen festen Wohnsitz mit Eckermannstraße in Bad Bevensen an, was darauf hindeutet, dass er mit großer Wahrscheinlichkeit in Mölln aktiv war, dort jedoch offenbar nicht wohnte. RA, »Spørgeskema«, »Toepke«, udlændingesag, 28. Juni 1951.

*Toepke diente ab 1956 als Oberstleutnant der Bundeswehr und wurde 1962 zum Oberst befördert. Seit 1970 lehrte er an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg-Blankenese bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1980 (Privatarchiv).*



wo er unter der Rubrik »Beschäftigung« die entsprechende flexible Bezeichnung »Unternehmer« angegeben hat.<sup>27</sup>

»Hühnerzüchter«? Als Toepke Mitte der 1980er Jahre durch den Journalisten Poul Brink vom dänischen Rundfunk zu seiner Rolle während und nach der deutschen Besatzung interviewt wurde, war er zurückhaltend und bezüglich des Hühnerhofs einsilbig.<sup>28</sup> Weshalb? Tatsächlich muss hier von einer Pro-forma-Konstruktion gesprochen werden. Toepke war ganz sicher der formelle Besitzer des Hühnerhofs, dessen täglicher Betrieb jedoch von seinem Schwager gemanagt wurde, der von Hühnern mehr verstand als der Generalstabsoffizier. Die Hühnerzucht in Mölln im südlichen Schleswig-Holstein lag nah an der damals noch jungen Grenze nach Ostdeutschland. Und tatsächlich wird es so gewesen sein, dass Toepke für Lunding ein Stay-behind-Netzwerk errichtete, das im Fall einer Invasion oder Besatzung als Widerstandsbewegung oder Spionagenetzwerk hinter feindlichen Linien in Aktion hätte treten können.<sup>29</sup>

27 RA, »Spørgeskema«, »Toepke«, udlændingesag, 28. Juni 1951 (verbunden mit seiner Einreise nach Dänemark am 28. Juni 1951). In Toepkes militärischen Unterlagen im Bundesarchiv Freiburg ist angeführt, dass er »Besitzer einer Hühnerfarm« war.

28 Radiointerview mit dem Journalisten Poul Brink, gesendet von Danmarks Radio, 28.8.1986.

29 Thomas Wegener Friis/Erich Schmidt-Eenboom: En mærkelig forbindelse? Det tidlige vesttysk danske efterretningssamarbejde, in: Fra Krig og Fred. Militærhistorisk Tidsskrift, 4 (2023), H. 1, S. 39–54, hier S. 47.

Im Jahr 1956 hatte dieses jedoch die unerwünschte Aufmerksamkeit von der lokalen Spionageabwehr des Landesamtes für Verfassungsschutz auf sich gezogen und es drohte eine Enttarnung der heimlichen dänischen Aktivitäten. Lunding bot daher dem westdeutschen Geheimdienst BND an, das Netz zu übernehmen.<sup>30</sup> Toepke verließ die Hühnerzucht in Mölln und trat, wie berichtet, 1956 in die Bundeswehr ein und fungierte als Stabschef und Oberstleutnant i. G. 1961 wurde er stellvertretender Kommandeur der Dritten Panzerdivision.<sup>31</sup>

Der dänische militärische Nachrichtendienst muss somit zahlreiche Kontakte in (Nord-)Deutschland besessen haben. Sie hatten Decknamen wie »Onkel in Flensburg«, »Großvater in Hamburg« und »Dr. Otto in Berlin«. Welchen Decknamen Toepke hatte, ist nicht bekannt.<sup>32</sup> Allerdings konnte Toepkes Familie den engen Kontakt zwischen dem ehemaligen Wehrmachtssoldaten Günter Toepke und dänischen Nachrichtenoffizieren in den Nachkriegsjahren, also während der 1950er und bis in die 1960er Jahre, bestätigen. Man erinnert sich besonders an den dänischen Nachrichtenoffizier Peter Petersen, der für die Familie noch immer »Onkel Peter« ist, sowie Hans Lunding, der »Onkel Hans« genannt wird.

Darüber hinaus hielt Toepke auch seine Verbindung zu J.H. Skjoldager aufrecht und über die Jahre besuchten sie einander regelmäßig abwechselnd in Dänemark und in Westdeutschland, wodurch sich auch die Familien kennenlernten.<sup>33</sup> Die Geschichte deutet zudem in hohem Maße darauf hin, dass die drei Männer einander sehr sympathisch waren und sich vertrauten, was eine umfassende Zusammenarbeit ermöglichte, die offenbar über das rein Professionelle hinausging. Die ehemaligen Feinde konnten plötzlich Seite an Seite sitzen. Toepke, der Generalstabsoffizier der verhassten deutschen Besatzungsmacht, und die beiden Dänen, die für ihren Widerstand gegen die Besatzungsmacht einen hohen Preis in Form von Inhaftierung und in Lundings Fall auch einem Todesurteil gezahlt hatten, waren sich als Folge einer neuen Bedrohung und eines neuen Feindbilds näher gekommen: des Kommunismus. Der deutsche Generalstabsoffizier der verhassten deutschen Besatzungsmacht war in der Wärme angekommen.

30 Christoph Franceschini/Thomas Wegener Friis/Erich Schmidt-Eenboom: Spionage unter Freunde. Partnerdienstbeziehungen und Westaufklärung der Organisation Gehlen und des BND, Berlin 2017, S. 225; Christ-  
mas-Møller, Obersten og Kommandøren, S. 205f.

31 Allgemeine Zeitung der Lüneburger Heide, 6.5.1961.

32 Hans Davidsen-Nielsen: Spionernes krig. Historien om Forsvarets efterretningstjeneste. København 2008, S. 58.

33 Gespräch des Autors mit Ulrike Schmidt-Toepke und Ulf Toepke, Bad Bevensen, 12.6.2016.

## »Sicherung und Erhaltung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung«

### Die Anfänge des Verfassungsschutzes im Land Schleswig-Holstein

Eine erste Weichenstellung zur Einrichtung von Verfassungsschutzbehörden erfolgte in den westdeutschen Besatzungszonen bereits am 14. April 1949. Im sogenannten »Polizeibrief« hatten deren Militärgouverneure der Bundesregierung gestattet, eine Stelle zur Sammlung und Verbreitung von Auskünften über umstürzlerische, gegen die Bundesregierung gerichtete Tätigkeiten einzurichten. Allerdings erfolgte dies unter der Einschränkung, dass diese Stelle keine Polizeibefugnis haben sollte.<sup>1</sup> Damit orientierte man sich an dem britischen Modell, dessen Inlandsgeheimnis keine Exekutivbefugnisse hatte, während die USA und Frankreich über staatspolizeiliche Inlandsdienste verfügten.<sup>2</sup> Mit dem Trennungsgebot zwischen polizeilicher und nachrichtendienstlicher Tätigkeit sollte auch verhindert werden, dass wieder eine allmächtige Geheimpolizei entstand.<sup>3</sup> Ein Jahr später wurden dann in der neugegründeten Bundesrepublik die dafür notwendigen gesetzlichen Grundlagen geschaffen.

In Nordrhein-Westfalen war bereits vorher eine Informationsstelle geheim, das heißt ohne ein Einverständnis der Besatzungsmacht, im Staatskommissariat zur Bekämpfung von Korruption und Misswirtschaft aufgebaut worden. Das Staatskommissariat wurde durch einen Beschluss des Landtages vom 1. Oktober 1947 beim Ministerpräsidenten und der Landeskanzlei eingerichtet und war für den Kampf gegen Schwarzmarkthändler, Amtskorruption und Schiebereien zuständig.<sup>4</sup> Es war außerdem an politischer Aufklärung beteiligt und sammelte Informationen zu kommunistischen und subversiven Aktivitäten, die auch an die Briten weitergegeben wurden.<sup>5</sup>

Diese polizeilich und nachrichtendienstlich arbeitende Behörde sollte – so die Plnungen des nordrhein-westfälischen Innenministers Walter Menzel – zum Grundstein eines westdeutschen Nachrichtendienstes werden. Am 5. Januar 1949 fand in Bonn eine Informationskonferenz der sozialdemokratischen Innenminister und Polizeifachleute der Länder statt, auf der die Gründung eines westdeutschen Nachrich-

1 Polizeibrief vom 14. April 1949, in: Bernadette Droste, Handbuch des Verfassungsschutzrechts, Stuttgart, München, Hannover, Berlin, Weimar, Dresden 2007, Anhang 1, S. 660 f. (künftig zitiert: Droste, Handbuch)

2 Droste, Handbuch, S. 13.

3 Droste, Handbuch, S. 12–14.

4 Wolfgang Buschfort, Geheime Hüter der Verfassung. Von der Düsseldorfer Informationsstelle zum ersten Verfassungsschutz der Bundesrepublik (1947–1961), Paderborn/München/Wien/Zürich 2004, S. 54.

5 Buschfort, Geheime Hüter, S. 56.



tendienstes beschlossen wurde.<sup>6</sup> Im Anschluss an diese Veranstaltung traf sich ein kleiner Kreis unter Leitung des nordrhein-westfälischen Ministerialdirigenten Dr. Siegfried Middelhaufe. Neben Vertretern aus Wiesbaden, Koblenz und Hannover nahm für Schleswig-Holstein Landesdirektor Dr. Lauritz Lauritzen an dieser Besprechung teil. Man kam zu dem Ergebnis, dass sofort entsprechende Informationsabteilungen zu schaffen seien, die dem Innenminister unterstellt werden und neben den Nachforschungen zum politischen Extremismus auch Beobachtungen entsprechend den ursprünglichen Aufgaben des Staatskommissariats wahrnehmen sollten.<sup>7</sup> Ziel war es, die Bestandteile eines zu formierenden westdeutschen Nachrichtendienstes zu schaffen, der unter nordrhein-westfälischer Federführung entstehen sollte. Im Mai 1949 lag die Zusage des schleswig-holsteinischen Innenministers Wilhelm Käber vor, sich der aufgebauten Organisation anzuschließen.<sup>8</sup>

Lauritzen hatte bereits im Januar 1949 im Anschluss an die Bonner Informationskonferenz einen Bedarf von 50.000 DM für Zwecke der Informationsstelle benannt.<sup>9</sup> Im Haushalt 1949 erschien beim Landeskriminalpolizeiamt neben dem bisherigen Titel für Fahndungskosten (Kap. 8 Tit. 32), für den 6.000 DM veranschlagt wurden, jetzt einer für besondere Fahndungs-, Reise- und Ermittlungskosten (Kap. 8 Tit. 46) in Höhe von 60.000 DM. Dieser unterlag mit einem Betrag von bis zu 40.000 DM nicht der Nachprüfung durch die Landesrechnungskammer.<sup>10</sup> Damit waren Gelder vorhanden, die, auch wenn sie im Haushalt keiner Verfassungsschutzstelle zugeordnet waren, für verdeckte Ermittlungen unter Geheimschutz einsetzbar waren, da ihr Verbleib nicht von Dritter Seite aus nachvollzogen werden konnte. Dass diese Gelder für nachrichtendienstliche Zwecke vorgesehen waren, zeigt sich auch daran, dass von den 100.000 DM, die dem Landeskriminalpolizeiamt in diesem Titel ein Jahr später zugewiesen worden waren,<sup>11</sup> 70.000 DM nach Errichtung des Landesamtes für Verfassungsschutz dorthin übertragen wurden.<sup>12</sup> Auf entsprechende Aktivitäten der Kriminalpolizei in der Zeit vor der Errichtung des Landesamtes deuten auch Geschäftsverteilungspläne des Innenministeriums hin. Im Plan vom 15. Oktober 1949 werden »Angelegenheiten der politischen Polizei« als Aufgabe des für die Kriminalpolizei zuständigen Referats aufgeführt, was sich im Plan vom März 1950 wiederholt.<sup>13</sup> Auch

6 Buschfort, Geheime Hüter, S. 56.

7 Buschfort, Geheime Hüter, S. 57.

8 Buschfort, Geheime Hüter, S. 59.

9 Buschfort, Geheime Hüter, S. 57.

10 Landesarchiv Schleswig-Holstein (LASH), Abt. 421, Landeshaushaltsplan 1949, Haushalt des Ministeriums des Innern, S. 46; Alle im Folgenden herangezogenen Haushaltspläne befinden in sich im Landesarchiv Schleswig-Holstein in dieser Abteilung. Sie verfügen nicht über eine Nummer, der Zugriff erfolgt über das Haushaltsjahr.

11 LASH, Abt. 421, Landeshaushaltsplan 1950, Haushalt des Ministeriums des Innern, S. 100.

12 LASH, Abt. 421, Landeshaushaltsplan 1951, Einzelplan 04 für den Geschäftsbereich des Innenministers, S. 19.

13 LASH, Abt. 611 Nr. 1386, Geschäftsverteilungsplan vom 15.10.1949, S. 9 und Geschäftsverteilungsplan vom 1.3.1950, S. 8.

der Umstand, dass der erste Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz, Otto Wollenberg, bereits mit Wirkung vom 15. Mai 1950, also vor Inkrafttreten des Gesetzes zur Errichtung eines Landesamtes für Verfassungsschutz, als Angestellter in einer sogenannten »Informationsstelle« seine Tätigkeit im Innenministerium aufnahm,<sup>14</sup> spricht dafür, dass bereits vor Errichtung des Landesamtes, vermutlich seit 1949,<sup>15</sup> Verfassungsschutzaufgaben im Land Schleswig-Holstein wahrgenommen wurden. Gleiches gilt für die am selben Tag in einem Memorandum vom Chief Political Officer festgehaltene Forderung der britischen Militärregierung, dass mit Errichtung des Landesamtes alle »Sonderdienststellen« aufzulösen seien und eine entsprechende Regelung in das einschlägige Gesetz aufgenommen werden solle.<sup>16</sup>

## Die Vorgaben der Militärregierung

Der Rat der Alliierten Hohen Kommission hatte am 13. Januar 1950 die Grundsätze festgelegt, die von den Landesregierungen bei der Einrichtung von Landesämtern für die Sammlung von Informationen über subversive und verfassungsfeindliche Aktivitäten befolgt werden sollten.<sup>17</sup> In einem Schreiben an die Land Commissioner vom 31. März 1950 wies die Kommission noch einmal darauf hin, dass eine Verpflichtung zur Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern bestehe. Zu deren Gewährleistung würde der Bund das Bundesamt für Verfassungsschutz einrichten. Dieses sei dem Bundeskanzler unterstellt, der dessen Aufgabenbereich festlege. Allerdings könne er seine Zuständigkeit für das Amt für die Dauer und den Umfang, den er für erforderlich halte, auf den Bundesminister des Innern übertragen. Auf Landesebene solle entsprechend verfahren werden. Die Landesämter hätten die Aufgabe, Informationen über Aktivitäten zu sammeln, die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung im Bundes- oder Landesgebiet richteten. Abschließend erfolgte noch einmal der Verweis darauf, dass die Ämter nicht der Polizei unterstellt würden und keine polizeilichen oder exekutiven Befugnisse ausüben dürften.<sup>18</sup>

Am 4. April 1950 wandte sich die Intelligence Division der Britischen Rheinarmee an den Land Commissioner in Kiel und übermittelte ihm eine technische Anleitung zur Ergänzung der allgemeinen Grundsätze vom 31. März 1950. In dieser wurde noch einmal festgelegt, dass die Aufgaben des zu schaffenden Amtes ausschließlich defensiver Natur sein sollten und es auf keinen Fall Teil der Polizeiorganisation werden

14 LASH Abt. 611 Nr. 14445, Vermerk I/3 – pers. Wollenberg vom 15.5.1950 und Auszug aus der Personalakte des Ob.Reg.Rats Otto WOLLENBERG.

15 Vgl. Buschfort, Geheime Hüter, S. 59.

16 The National Archives (TNA), Public Record Office (PRO), FO 1006-281, Memorandum des Chief Political Officers vom 15. Mai 1950.

17 TNA, PRO FO 1006-281, Schreiben der Alliierten Hohen Kommission an die Land Commissioner vom 31. März 1950.

18 Ebd.

und keine polizeilichen oder exekutiven Befugnisse haben dürfe. Seine Hauptaufgabe bestehe darin, die Landesregierung über alle politischen, illegalen oder subversiven Aktivitäten von rechts oder links zu informieren, die eine Gefahr für das Land oder die Bundesrepublik darstellten. Ebenso sei das Amt verpflichtet, die britische Verwaltung über alle Angelegenheiten zu informieren, die entweder für sie von besonderem Interesse waren oder die Sicherheit der Alliierten betrafen. Es werde dafür ein Verbindungsoffizier ernannt werden, der, ohne ständig vor Ort zu sein, im engsten Kontakt mit dem Amt stehen werde.

Vonseiten der Intelligence Division wurde es als wichtig angesehen, dass das Amt von Anfang an einen zurückhaltenden und soliden Eindruck machte. Dementsprechend sei eine sehr sorgfältige Auswahl des Personals erforderlich, bei der ein Übergewicht einer bestimmten politischen Partei vermieden werden solle. Als Dienststellenleiter sei kein Politiker gewünscht, es solle aber ein Mann mit Charakter, Persönlichkeit und Fachwissen sein. Überhaupt bedürfe die Ernennung von Personen für das Amt der Zustimmung des Land Commissioners. Sollten die deutschen Behörden den Wunsch haben, die Zahl der Stellen über die mit dem Land Commissioner vereinbarte Zahl hinaus zu erhöhen, so sei eine vorherige Mitteilung dieser Absicht mit einer Begründung erforderlich.

Als zentrale Forderung der Alliierten wurde der Wunsch benannt, vollständige Informationen über alle deutschen Stellen zu erhalten, die derzeit ähnliche Aufgaben wahrnahmen wie die, die dem vorgesehenen Amt übertragen werden sollten. Außerdem seien die Maßnahmen zu erläutern, die zur Auflösung dieser Stellen oder zu deren Eingliederung in das vorgesehene Amt ergriffen werden sollten.

Überdies wurde in dem Schreiben gefordert, dass die Landesregierungen die vorgeschlagenen gesetzgeberischen Maßnahmen zur Einrichtung des Landesamtes für Verfassungsschutz mit der Bundesgesetzgebung in Einklang bringen sollten. Ebenso sei es erforderlich, Entwürfe für die Organisationsunterlagen dem Land Commissioner zur Prüfung vorzulegen und ihn über die für das Landesamt vorgesehene Ausstattung mit Haushaltsmitteln zu informieren.<sup>19</sup>

Ein Auszug aus diesen Grundsätzen wurde am 24. April 1950 als Memorandum in deutscher Übersetzung vom Land Commissioner William Asbury an Ministerpräsident Bruno Diekmann übermittelt. Er enthielt im Gegensatz zum Papier der Intelligence Division eine Konkretisierung der vorzusehenden Personalstärke, die sich zumindest für den Anfang auf zehn bis zwölf Personen inklusive Bürohilfen beschränken sollte. Im Begleitschreiben wurde Diekmann aufgefordert, einen Gesprächstermin mit dem Büro des Land Commissioners zu vereinbaren, damit die Maßnahmen besprochen würden, mit denen die Vorgaben der Alliierten Hohen Kommission in die Tat umzusetzen seien.<sup>20</sup>

19 TNA, PRO FO 1006-281, Schreiben der Intelligence Division vom 31. März 1950 an die Land Commissioner.

20 TNA, PRO FO 1006-281, Schreiben des Land Commissioners an Ministerpräsident Diekmann vom 24. April 1950.

Ergänzend zu den Grundsätzen vom 31. März forderte die Alliierte Hohe Kommission den Land Commissioner in einem Schreiben vom 28. April 1950 auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Tätigkeit von Stellen, die bisher für Aufgaben des Verfassungsschutzes zuständig waren, durch gesetzgeberische Maßnahmen auf Landesebene beendet wurde.<sup>21</sup>

Damit waren die Rahmenbedingungen für das Gespräch zwischen Ministerpräsident Diekmann und dem Land Commissioner gegeben, das am 10. Mai 1950 stattfand. Diekmann erklärte sein volles Einverständnis mit den britischen Vorgaben. Weitere Gespräche fanden mit Innenminister Wilhelm Käber statt, der Landesdirektor Lauritzen als Verantwortlichen für das im Innenministerium anzusiedelnde Amt benannte. 100.000 DM, die im Haushaltsjahr 1950/51 für die bestehenden Sonderdienststellen der Polizei bereitgestellt waren, sollten bei Einrichtung des Verfassungsschutzamtes von dort übernommen werden und die Dienststellen, wenn die Errichtung des Landesamtes genehmigt war, aufgelöst werden. Als problematisch wurde von britischer Seite angesehen, dass die leitenden Positionen im Amt ausschließlich mit SPD-Mitgliedern besetzt werden sollten. Ein Amt, das ausschließlich mit SPD-Kandidaten besetzt sei, würde, so die Befürchtung, bei einer Niederlage der SPD in der kommenden Landtagswahl kaum die Akzeptanz der neuen Regierung finden.<sup>22</sup> Einen Tag später wurde vom stellvertretenden Land Commissioner R. V. Hume die Alliierte Hohe Kommission informiert, dass die von dort gegebenen Anweisungen umgesetzt seien.<sup>23</sup> Am 17. Mai übersandte der Chief Political Officer den Gesetzentwurf an die Intelligence Division in Herford mit der Bitte, eine Stellungnahme abzugeben,<sup>24</sup> und am 26. Mai wies Hume Käber noch einmal auf die Notwendigkeit hin, die Auflösung der vorhandenen Spezialeinheiten der Landespolizei gesetzlich zu verankern, wobei es einer Regelung bedürfe, die diese Maßnahme nicht nenne. Außerdem forderte er im Hinblick auf die Delegation der Verantwortung für das Landesamt vom Ministerpräsidenten auf den Innenminister einen Angleich an die in der Bundesgesetzgebung vorgesehene Formulierung.<sup>25</sup>

## Die Gesetzgebung

In Schleswig-Holstein fand die parlamentarische Beratung des Gesetzentwurfes (Landtagsvorlage 330/3)<sup>26</sup> über die Errichtung eines Landesamtes für Verfassungsschutz bereits am 30. Mai 1950 auf der Schlusstagung des ersten gewählten Schles-

21 TNA, PRO FO 1006-281, Schreiben der Alliierten Hohen Kommission vom 28. April 1950.

22 TNA, PRO FO 1006-281, Memorandum des Chief Political Officers vom 15. Mai 1950.

23 TNA, PRO FO 1006-281, Schreiben des Acting Land Commissioners vom 16. Mai 1950.

24 TNA, PRO FO 1006-281, Schreiben des Chief Political Officers vom 17. Mai 1950.

25 TNA, PRO FO 1006-281, Schreiben des Acting Land Commissioners vom 26. Mai 1950.

26 Wortprotokoll über die 35. (Schluss-)Tagung des ersten gewählten-Schleswig-Holsteinischen Landtages vom 30. Mai 1950, S. 175 f.

wig-Holsteinischen Landtages statt, also zu einem Zeitpunkt, an dem auf Bundesebene das entsprechende Gesetzgebungsverfahren noch lief.<sup>27</sup> Damit war das schleswig-holsteinische Gesetz die erste landesrechtliche Regelung des Verfassungsschutzes bundesweit.<sup>28</sup>

Eine Besonderheit der Tagung war, dass keine CDU-Abgeordneten anwesend waren. Anlass war ein auf Antrag der SPD erfolgter Landtagsbeschluss vom 24. April 1950, der den Bericht des Ausschusses zur Untersuchung der Eigentums- und Nutzungsverhältnisse der früheren *Kieler Neuesten Nachrichten* billigte, eine zivil- und strafrechtliche Klarstellung der Angelegenheit einzuleiten forderte und die Immunität des Oppositionsführers Carl Schröter und zweier weiterer CDU-Abgeordneter aufhob.<sup>29</sup> Als Reaktion darauf boykottierte die CDU-Fraktion in der Folgezeit die parlamentarische Arbeit im Landtag. Dies wurde im Hinblick auf die anstehende parlamentarische Beratung des Verfassungsschutzgesetzes auch von britischer Seite als problematisch angesehen.<sup>30</sup>

Der Landtagspräsident Karl Ratz berichtete bei der Eröffnung der Sitzung am 30. Mai 1950, dass die briefliche Bitte des Ministerpräsidenten Bruno Diekmann an Schröter, sich aufgrund der »überragenden Bedeutung, die dieses Gesetz für die Sicherung der Demokratie haben wird«, mit der CDU an der Verabschiedung des Gesetzes zu beteiligen, unbeantwortet geblieben sei.<sup>31</sup> Schröter habe dagegen über die *Kieler Nachrichten* am 18. Mai verlauten lassen, »er sei an einem Verfassungsschutzgesetz für Schleswig-Holstein nicht interessiert, solange das entsprechende Bundesgesetz nicht verabschiedet worden sei; er befürchte auch, dass die schleswig-holsteinische Opposition durch das Landesgesetz im bevorstehenden Wahlkampf mundtot gemacht werden sollte.«<sup>32</sup>

Die parlamentarische Beratung der Gesetzesvorlage leitete Innenminister Käber ein, der in seiner Rede bedauerte, »dass die CDU an diesem für die Sicherung der Demokratie bedeutsamen Gesetz nicht mitarbeitet, insbesondere, nachdem sie es auf der Bundesebene durch ihre eigene Regierung eingebracht und maßgeblich beeinflusst hat.«<sup>33</sup>

27 Zum Gesetzgebungsverfahren auf Bundesebene siehe Constantin Goschler/Michael Wala: »Keine neue Gestapo«. Das Bundesamt für Verfassungsschutz und die NS-Vergangenheit, Reinbek bei Hamburg 2015, S. 33-37 (künftig zitiert: Goschler/Wala, »Keine neue Gestapo«)

28 Vgl. dazu Droste, Handbuch, Fußnote 19, S. 12 f.; Teilweise fand eine gesetzliche Regelung der nachrichtendienstlichen Tätigkeit in den Bundesländern erst in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts statt.

29 Wortprotokoll der 33. Tagung des ersten gewählten Schleswig-Holsteinischen Landtages am 24. und 25. April 1950, S. 74.

30 TNA, PRO FO 1006-281, Memorandum des Chief Political Officers vom 15. Mai 1950.

31 Diese Aussage relativierte Katz im Verlauf der Debatte, da er inzwischen erfahren hatte, dass es doch eine Antwort von Schröter auf die briefliche Bitte von Diekmann gegeben hatte. (Wortprotokoll über die 35. Tagung, S. 50)

32 Wortprotokoll über die 35. Tagung, S. 7.

33 Wortprotokoll über die 35. Tagung, S. 49.

Der SPD-Abgeordnete Wilhelm Esser berichtete, dass sich die CDU auch nicht an der Beratung des Gesetzes im Landtagsausschuss für Innere Verwaltung beteiligt habe, und trug die dort erarbeiteten Änderungswünsche des Ausschusses vor. Dazu gehörte, dass die Gewähr einer Verfassungstreue als persönliche Voraussetzung für eine Tätigkeit im Landesamt als § 4 zusätzlich in das Gesetz aufgenommen werden sollte.<sup>34</sup>

Hermann Clausen vom SSW bedauerte, dass bei der Lesung eines so wichtigen Gesetzes so wenige Abgeordnete zugegen waren. Er betonte, »dass der Südschleswigsche Wählerverband und mit ihm auch die Mitglieder der dänischen Minderheit jederzeit alles tun werden, um demokratische Grundsätze zu pflegen, zu fördern und zu verteidigen ...« Außerdem begrüßte er, dass mit dem nachträglich in den Gesetzentwurf eingefügten § 4 sichergestellt werde, dass zuverlässige Demokraten im Verfassungsschutz tätig sein würden.<sup>35</sup>

Im Anschluss an die Aussprache wurde das Gesetz einstimmig vom Schleswig-Holsteinischen Landtag angenommen.<sup>36</sup>

Die Alliierte Hohe Kommission hatte keine Beanstandungen gegenüber dem Gesetz, wollte aber die Verkündung des Gesetzes nicht zulassen, solange die Bundesregierung nicht ihre Zustimmung zu dem schleswig-holsteinischen Gesetzesvorhaben gegeben hatte. Diese erfolgte mit einem Schreiben vom 27. August 1950 und das Gesetz wurde im Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes Nr. 29 vom 28. August 1950 veröffentlicht,<sup>37</sup> womit es in Kraft trat.

Mit seinen sechs Paragraphen war es ein knappes Gesetz,<sup>38</sup> insbesondere wenn man es mit dem heutigen Gesetz über den Verfassungsschutz im Lande Schleswig-Holstein<sup>39</sup> vergleicht. Im Paragraphen 2 wurden die Aufgaben des Landesamtes festgeschrieben: die Sammlung und Auswertung von Nachrichten und die Zusammenarbeit zwischen Bund und Land in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes. Befugnisse bei und Zusammenarbeit mit anderen Behörden des Landes regelte Paragraph 3, wobei in Absatz 2 polizeiliche Befugnisse oder Kontrollbefugnisse des Landesamtes ausgeschlossen und eine Angliederung des Amtes an eine polizeiliche Dienststelle untersagt wurden. Außerdem wurde festgelegt, dass »es für die Wahrnehmung der ihm durch dieses Gesetz übertragenen Aufgaben ausschließlich zuständig« sei. Für die Bediensteten galt nach Paragraph 4, dass für eine Tätigkeit im Landesamt nur in Frage komme, »wer nach seiner Persönlichkeit und nach seinem Verhalten die Gewähr dafür bietet,

34 Wortprotokoll über die 35. Tagung, S. 50 f.

35 Wortprotokoll über die 35. Tagung, S. 52.

36 Wortprotokoll über die 35. Tagung, S. 55.

37 TNA, PRO FO 1006-281, Schreiben des stellvertretenden Land Commissioner an die Alliierte Hohe Kommission vom 16. Oktober 1950.

38 Gesetz über die Errichtung eines Landesamtes für Verfassungsschutz vom 30. Mai 1950 (LVerfSchG Schleswig-Holstein), Gesetz- und Verordnungsblatt für Schleswig-Holstein 1950, S. 223 f.; siehe Anhang 1.

39 Gesetz über den Verfassungsschutz im Lande Schleswig-Holstein vom 23. März 1991, Gesetz- und Verordnungsblatt für Schleswig-Holstein 1991, S. 203–211.

dass er jederzeit für die Sicherung und Erhaltung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung eintritt«.

Auf Bundesebene trat dann am 28. September 1950 das Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes in Kraft. In § 1 Abs. 1 wurden, wie der Titel des Gesetzes besagt, Bund und Länder zur entsprechenden Zusammenarbeit und in § 2 Abs. 1 und 2 zur Schaffung der dafür notwendigen Behörden verpflichtet.<sup>40</sup>

Um das Selbstverständnis zu erfassen, mit dem in Schleswig-Holstein begonnen wurde, einen Schutz vor verfassungsfeindlichen Kräften zu etablieren, ist es interessant, die entsprechende Gesetzgebung dieses Zeitraumes in den verschiedenen Bundesländern zu vergleichen. Außer Schleswig-Holstein kodifizierten nur vier weitere Bundesländer im Zusammenhang mit der Bundesgesetzgebung die Tätigkeit ihrer verfassungsschützenden Behörde.<sup>41</sup> In Bayern war der Gesetzgebungsprozess im November 1950 abgeschlossen,<sup>42</sup> Hessen folgte im Juli 1951,<sup>43</sup> das Berliner Gesetz trat mit seiner Verkündung im März 1952 in Kraft<sup>44</sup> und den Abschluss bildete die baden-württembergische Verordnung zur Errichtung eines Verfassungsschutzamtes vom 10. November 1952.<sup>45</sup> Interessant ist ein Vergleich, inwieweit das Trennungsgebot umgesetzt und die Anforderungen an Mitarbeiter im Verfassungsschutz spezifiziert wurden.

In der baden-württembergischen Verordnung tauchte das Trennungsgebot nicht auf; Bayern, Hessen und Berlin verneinten explizit sowohl polizeiliche Befugnisse des jeweiligen Landesamtes als auch ein Weisungsrecht gegenüber der Polizei.<sup>46</sup> Auch in der Bundesgesetzgebung waren polizeiliche Befugnisse des Bundesamtes ebenso wie Kontrollbefugnisse ausgeschlossen. Zusätzlich wurde das Verbot ausgesprochen, das Amt einer polizeilichen Dienststelle anzugliedern.<sup>47</sup> Gleiches fand sich im schleswig-holsteinischen Gesetz, jedoch wurde hier das Trennungsgebot noch schärfer gefasst, indem das Landesamt zusätzlich »für die Wahrnehmung der ihm durch

40 Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes vom 27. September 1950 (BVerfSchG), in: Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1950, S. 682.

41 Von der Alliierten Hohen Kommission wurde es als wichtig angesehen, dass die Verfassungsschutzämter in den Bundesländern umgehend eingerichtet und in Betrieb genommen wurden, wobei in Kauf genommen wurde, dass die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage erst später erfolgte. Vgl. TNA, PRO FO 1006-281, Schreiben des Generalsekretärs der Alliierten Hohen Kommission vom 12. Oktober 1950.

42 Gesetz über die Errichtung eines Landesamtes für Verfassungsschutz vom 22. November 1950 (LVerfSchG Bayern), in: Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1950, S. 224 f.

43 Gesetz über die Errichtung eines Landesamtes für Verfassungsschutz vom 19. Juli 1951 (LVerfSchG Hessen), in Gesetz und Verordnungsblatt für das Land Hessen 1951, S. 43 f.

44 Gesetz über die Errichtung eines Landesamtes für Verfassungsschutz vom 21. Februar 1952 (LVerfSchG Berlin), in Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin, 3. Jahrgang, S. 106.

45 Verordnung der vorläufigen Regierung über die Errichtung eines Landesamtes für Verfassungsschutz vom 10. November 1952, in: Gesetzblatt für Baden-Württemberg 1952, S. 49 f.

46 LVerfSchG Bayern Art. 4; LVerfSchG Hessen § 2; LVerfSchG Berlin § 3 (4).

47 BVerfSchG § 3 (2).

dieses Gesetz übertragenen Aufgaben ausschließlich zuständig« erklärt wurde.<sup>48</sup> Hiermit war, zumindest vom Gesetzestext her, eine Wahrnehmung von Verfassungsschutzfähigkeit zum Beispiel durch Polizeibehörden ausgeschlossen. Damit war von schleswig-holsteinischer Seite der Vorgabe der Alliierten Hohen Kommission, gesetzgeberisch die Existenz von parallel arbeitenden Stellen auszuschließen, exakt nachgekommen worden.<sup>49</sup>

Eine schleswig-holsteinische Besonderheit stellte die im Landesgesetz festgeschriebene Verpflichtung der Bediensteten auf die Verfassung dar. Eine vergleichbare Bestimmung fand sich nur im Berliner Gesetz. Die Übereinstimmungen zwischen beiden Formulierungen – die Berliner ist etwas eleganter und im Plural – legen nahe, dass hier Schleswig-Holstein Pate gestanden haben könnte. In beiden Gesetzen wurde gefordert, dass mit Aufgaben des Amtes nur Personen betraut werden dürften, die nach ihrer Persönlichkeit und ihrem Verhalten die Gewähr dafür böten, dass sie »jederzeit für die Sicherung und Erhaltung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung« eintreten würden.<sup>50</sup>

Die Verabschiedung des Gesetzes erfolgte in der letzten Sitzung des ersten gewählten Schleswig-Holsteinischen Landtages. Bei den darauffolgenden Landtagswahlen am 9. Juli 1950 verlor die SPD ihre absolute Mehrheit und am 5. September übernahm ein neues Kabinett die Regierungsgeschäfte, in dem unter dem CDU-Ministerpräsidenten Dr. Walter Bartram neben der CDU der BHE, die FDP und die DP vertreten waren. Dies hatte Konsequenzen für das neu eingerichtete Landesamt für Verfassungsschutz, da die neue Regierung sofort einen Wechsel in der Amtsleitung vornahm.

## Die ersten Dienststellenleiter

Der erste Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz Schleswig-Holstein war Erich Wollenberg. Er wurde mit Wirkung vom 15. Mai 1950 der Informationsstelle des Innenministeriums zugeordnet.<sup>51</sup> Bereits am 8. Juli 1950 erhielt er rückwirkend zum 1. Juli 1950 unter der Ernennung als Oberregierungsrat den Status eines Beamten auf Lebenszeit. Begründet wurde dies damit, dass er sich in seiner seit dem 15. Mai wahrgenommenen Funktion als Leiter der Informationsstelle bewährt hatte.<sup>52</sup>

Otto Wollenberg war am 7. Oktober 1898 in Berlin geboren worden. Nach dem Ersten Weltkrieg erhielt er eine kaufmännische Ausbildung, arbeitete bei einem Börsenmakler und war später als selbstständiger Kaufmann und auch journalistisch

48 LVerfSchG Schleswig-Holstein § 3 (2).

49 TNA, PRO FO 1006-281, Schreiben der Alliierten Hohen Kommission vom 28. April 1950.

50 LVerfSchG Schleswig-Holstein § 4; LVerfSchG Berlin § 4.

51 LASH, Abt. Nr. 611, Nr. 14445, Vermerk I/3 – pers. Wollenberg vom 15.5.1950.

52 LASH, Abt. Nr. 611, Nr. 14445, Vermerk I/3 vom 8. Juli 1950.



tätig. Nach einer Verhaftung durch die Gestapo im Mai 1933 wurde er 1934 wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach seiner Haftentlassung setzte er sich im August 1935 in die Tschechoslowakei ab, von wo aus er 1939 nach Großbritannien und 1940 dann weiter in die Vereinigten Staaten ging.<sup>53</sup>

Bereits anderthalb Monate nach seiner Ernennung zum Oberregierungsrat war Wollenberg nicht mehr im Amt. Dies wird aus der am 15. August 1950 im Rahmen der Haushaltsberatungen geführten Landtagsdebatte ersichtlich. In der Debatte kritisierte Paul Pagel von der CDU die Vorgehensweise der vorangegangenen Regierung im Hinblick auf die Besetzung der Leiterstelle des Landesamtes für Verfassungsschutz massiv: »Die frühere Landesregierung stellte eine Persönlichkeit, die bisher in gar keiner Beziehung zu Schleswig-Holstein gestanden hatte und lediglich von einer sehr hohen Parteistelle als sehr geeignete Kraft empfohlen worden war, sofort in eine entscheidende Schlüsselstellung ein und berief sie zum Beamten auf Lebenszeit, ohne dass diese Persönlichkeit über die fachliche Vorbildung verfügte, die von der ihr unterstellten Fachbeamtenschaft mit Recht erwartet wird. [...] Wenn hier nicht einmal eine freie Planstelle, wie dies haushaltsrechtlich notwendig ist, vorhanden war und man ihr sofort das Endgrundgehalt zubilligte, [...] ohne dass hierfür die gesetzlichen Voraussetzungen vorhanden waren, so zeigt das doch eine Großzügigkeit, die die vergangene Regierung anwendete, wenn es sich darum handelte, bestimmte, ihr wertvoll erscheinende Persönlichkeiten in entscheidende Stellungen zu bringen.«<sup>54</sup>

Wilhelm Käber, in dessen politische Verantwortung als Innenminister die Einstellung Wollenbergs fiel, rechtfertigte die Besetzung der Leiterstelle des Amtes mit einem Nichtfachmann damit, dass es keine Möglichkeit gab, »sich zum Verfassungsschutzsachverständigen in der Verwaltung ausbilden zu lassen.«<sup>55</sup> Er warf der CDU vor, diesen nach seiner Meinung für das Amt bestens geeigneten Mann aus seiner Funktion entfernt zu haben und auf Kosten des Steuerzahlers »mit vollem Gehalt beurlaubt auf der Straße umherlaufen zu lassen.«<sup>56</sup>

53 LASH, Abt. Nr. 611, Nr. 14445, Personalblatt und Lebenslauf. Eine Kurzbiographie, die aber in ihrer Zeitangabe der Tätigkeit Wollenbergs als Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz fehlerhaft ist, befindet sich in: Hermann Weber/Andreas Herbst: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, 2. überarbeitete und stark erweiterte Auflage, Berlin 2008, S. 1046. Gemäß den Angaben dort stammte Wollenberg aus einer wohlhabenden jüdischen Kaufmannsfamilie. In seiner Personalakte findet sich nur ein versteckter Hinweis, der in Richtung einer jüdischen Herkunft deutet: In einer Auskunft, die Innenminister Pagel 1955 dem Hamburger Kaufmann und Politiker Erik Blumenfeld zu Wollenbergs Vergangenheit erteilte, benannte er auch rassistische Gründe für dessen Emigration in die Tschechoslowakei im Jahre 1935.

LASH, Abt. 611, Nr. 14445, Schreiben des Innenministers vom 26.4.1955. In der Kurzbiographie des Handbuchs wird auch auf die politische Orientierung und Tätigkeit Wollenbergs in der Weimarer Republik und später eingegangen, die zum Teil in der Mitarbeit im Antimilitärischer Apparat, dem Nachrichtendienst der KPD, bestand. In New York arbeitete er journalistisch für sozialdemokratische Neue Volks-Zeitung und kam mit Unterstützung von Kurt Schumacher 1945 nach Deutschland zurück.

54 Wortprotokoll über die 13. Tagung des 4. Schleswig-Holsteinischen Landtages am 13., 14. und 15. August 1951, S. 192.

55 Wortprotokoll über die 13. Tagung des 4. Schleswig-Holsteinischen Landtages, S. 210.

56 Wortprotokoll über die 13. Tagung des 4. Schleswig-Holsteinischen Landtages, S. 211.

Diese Vorgänge riefen die Briten auf den Plan. Diese hatten bereits in dem Memorandum, das am 24. April 1950 Ministerpräsident Diekmann übermittelt worden war, gefordert, dass ein Übergewicht einer politischen Partei unter dem Personal des Amtes vermieden werden und auch der Chef des Amtes keine politische Persönlichkeit sein solle.<sup>57</sup> Am 11. September fand ein Gespräch des Land Commissioners mit Ministerpräsident Bartram statt. Ihm wurde als Aide-mémoire eine Erklärung des Land Commissioners überreicht, in der er auf das Memorandum, das Diekmann erhalten hatte, angesprochen wurde. In dieser »Gedächtnisstütze« wurde er darauf hingewiesen, dass sein Vorgänger bewusst darauf verzichtet habe, mehr als etwa die Hälfte der Stellen in der neuen Behörde zu besetzen, um der neuen Regierung die Möglichkeit zu geben, für den Rest der Stellen Personen ihrer Wahl auszusuchen. Bei den Briten und Ministerpräsident Diekmann hatte einhellig die Meinung bestanden, dass die Ernennungen frei von jeglicher politischer Voreingenommenheit sein sollten und es nicht wünschenswert wäre, die gesamte Behörde mit Mitgliedern aus einer bestimmten Partei zu besetzen. Außerdem wurde angemerkt, dass von britischer Seite her ausgezeichnete Erfahrungen in einer engen Zusammenarbeit mit Wollenberg und seinen Kollegen gemacht worden seien. Bartram, dem nach seinen Angaben das Memorandum von seinem Vorgänger nicht zugänglich gemacht worden war, betonte, dass er sich in dieser wie in anderen Angelegenheiten nicht von parteipolitischen Überlegungen beeinflussen lassen wolle.<sup>58</sup>

## Johannes Bass

Am 16. September wandte sich Innenminister Pagel telefonisch an den Land Commissioner mit der Frage, ob die britische Verwaltung mit der Ernennung von Regierungsdirektor Johannes Bass, dem bisherigen Leiter der Abteilung für Öffentliche Sicherheit im Ministerium des Innern, zum Nachfolger Wollenbergs einverstanden wäre.<sup>59</sup> Dieser war bereits am 15. September mit der einstweiligen Wahrnehmung der Amtsleitung beauftragt worden.<sup>60</sup> In seiner Antwort wies der Land Commissioner noch einmal darauf hin, dass die Zusammenarbeit mit Herrn Wollenberg immer hervorragend gewesen sei und von britischer Seite aus sein Weggang bedauert werde. Nichtsdestotrotz sei man bereit, jede geeignete Alternative in Erwägung zu ziehen, und nach Rückfrage bei der politischen Abteilung stimmte er der Ernennung von Bass zu.

57 TNA, PRO FO 1006-281, Schreiben des Land Commissioners an Ministerpräsident Diekmann vom 24. April 1950.

58 TNA, PRO FO 1006-281, Aide Memoiré., Folio 21A.

59 TNA, PRO FO 1006-281, Gesprächsnotiz vom 16.9.1950.

60 LASH, Abt. 611, Nr. 3435, Vermerk vom 15.9.1950.



*Johannes Bass, zweiter Chef des Landesamtes für Verfassungsschutz von 1950 bis 1953, danach setzte er bis Mitte der 1960er Jahre seine Karriere als Leiter der Abteilung Polizei fort (Landesarchiv Schleswig-Holstein, Abt. 611 Nr. 3435).*

Johannes Bass, der am 24. Juni 1900 in Königsberg geboren worden war, hatte sein Regierungsreferendariat im preußischen Staatsdienst absolviert und war nach seiner Tätigkeit dort und seinem militärischen Einsatz im Zweiten Weltkrieg am 15. Mai 1947 in den Dienst des Landes Schleswig-Holstein eingetreten.<sup>61</sup> Bemerkenswert ist, dass Bass sowohl in seinem Entnazifizierungs- als auch in einem Entschädigungsverfahren den Nachweis zu erbringen vermochte, dass er im Dritten Reich kein Parteimitglied gewesen war.<sup>62</sup>

Bass war ab dem 12. September 1949 Leiter der Abteilung für Öffentliche Sicherheit im Innenministerium gewesen.<sup>63</sup> Seine Tätigkeit als Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz endete am 31. Mai 1953, da Bass ab dem 1. Juni für die Leitung der Polizeiabteilung im Innenministerium vorgesehen war.<sup>64</sup> Seine Leistungen als oberster Verfassungsschützer des Landes wurden in einer vom Ministerialdirektor

61 LASH, Abt. 611, Nr. 3435, Personalnachweis für Beamte.

62 In seiner Entnazifizierungsakte wird von ehemaligen Kollegen und einem Geistlichen bestätigt, dass Bass kein Mitglied der NSDAP war. LASH, Abt. 460,12, Nr. 21. Am 15.7.1947 stellte Bass einen Wiedergutmachungsantrag, da ihm die 1939 zustehende Beförderung zum Oberregierungsrat aufgrund der fehlenden Parteimitgliedschaft verweigert wurde (Antrag vom 15.07.1947. LASH, Abt. 761, Nr. 5991. Neben bereits im Entnazifizierungsverfahren herangezogenen Zeugen bestätigte jetzt auch ein ehemaliger Kollege von Bass, der zudem genannten Termin befördert worden war, den von Bass vorgetragenen Anspruch. LASH, Abt. 761, Nr. 5991, Schreiben des Landesverwaltungsgerichtsrats Leick vom 11.2.1950.

63 LASH, Abt. 611, Nr. 3435, Schreiben des Innenministers vom 12.9.1949.

64 LASH, Abt. 611, Nr. 3435, Beurteilung von Bass durch Ministerialdirektor Wormit vom 31.5.1953.

Hans-Georg Wormit zu seinem Amtswechsel verfassten Beurteilung festgehalten, in der er die Entscheidung, Bass die Leitung des Landesamtes zu übertragen, damit begründete, dass »diese Dienststelle noch im ersten Aufbau begriffen war. Es kam damals entscheidend darauf an, einen erfahrenen Verwaltungspraktiker für diese Aufgabe einzusetzen, dessen demokratische Grundhaltung außer Zweifel stand und der über die erforderliche Tatkraft, Energie und Unerschrockenheit verfügte.« Sein Resümee über die Tätigkeit von Bass war, dass dieser es verstanden hatte, »eine Dienststelle aufzubauen, die ohne organisatorische Vorbilder aus der Aufgabe heraus geformt werden musste.«<sup>65</sup>

Dieser lobende Text wurde 1965 noch einmal wortwörtlich zum Leben erweckt, als er in die Laudatio<sup>66</sup> aufgenommen wurde, mit der die Ordensverleihung an Bass, der 1961 noch einmal die Leitung des Landesamtes für Verfassungsschutz übernommen hatte,<sup>67</sup> begründet wurde. Dieser, inzwischen zum Ministerialdirigenten im Innenministerium aufgestiegen, erhielt zum Abschluss seiner beruflichen Tätigkeit am 5. Juli 1965 das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik.<sup>68</sup>

## Gerhard Kieschke

Sein Nachfolger wurde Gerhard Kieschke, der am 9. September 1909 in Altenburg in Thüringen geboren worden war. Dieser hatte seine Zweite Staatsprüfung am 23. September 1935 am Reichsjustizprüfungsamt abgelegt und war anschließend als Richter in Bamberg und Halle tätig.<sup>69</sup>

Im Entnazifizierungsverfahren wurde er am 26. September 1947 als Entlasteter eingestuft, da er seine Mitgliedschaft in der NSDAP ab dem 1. Mai 1937 aus einer zwangsweisen Überleitung aus dem Stahlhelm herleitete, die erst in die SA und dann in die Partei erfolgte.<sup>70</sup> Damit konnte er als Staatsanwalt tätig werden und trat am 18. Dezember 1947 den Dienst bei der Staatsanwaltschaft Flensburg an.<sup>71</sup>

1948 gab es noch einmal Irritationen, da sich Kieschkes Angaben hinsichtlich seines Überführungsdatums in die SA und seines Dienstranges dort nicht mit den Angaben seiner Personalunterlagen aus dem Reichsjustizministerium deckten. Er konnte jedoch, unterstützt durch eine Stellungnahme des Flensburger Oberstaatsanwalts Dr. Adolf Voss, eine Erklärung für die Unstimmigkeiten liefern,<sup>72</sup> sodass er am

65 LASH, Abt. 611, Nr. 3435, Beurteilung von Bass durch Ministerialdirektor Wormit vom 31.5.1953.

66 LASH, Abt. 605, Nr. 13423, Kabinettsvorlage Nr. 58/1965, S. 2 f.

67 LASH, Abt. 605, Nr. 13423, Kabinettsvorlage Nr. 58/1965, S. 2.

68 LASH, Abt. 605, Nr. 13423, Mitteilung Nr. 263/65 der Pressestelle der Landesregierung Schleswig-Holstein vom 6.7.1965.

69 LASH, Abt. 351, Nr. 2040, Personalblatt.

70 LASH, Abt. 460, Nr. 4594, Bescheide vom 26.9.1947.

71 LASH, Abt. 351, Nr. 2040, Personalblatt.

72 LASH, Abt. 351, Nr. 2040, Schreiben des Landesministers der Justiz vom 02.08.1948, Dienstliche Erklärung von Kieschke vom 09.08.1948 und Schreiben des Flensburger Oberstaatsanwalts vom 11.8.1948.



*Gerhard Kieschke, dritter Chef des Landesamtes für Verfassungsschutz von 1953 bis zu seiner Versetzung 1960 in den einstweiligen Ruhestand (Landesarchiv Schleswig-Holstein, Abt. 611 Nr. 2910).*

1. Februar 1950 den Status »auf Widerruf« verlor und eine für die Staatsanwaltschaft Flensburg neu geschaffene Planstelle erhielt.<sup>73</sup>

Anlässlich des Dienstantrittes Kieschkes als Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz am 1. Juni 1953 begründete Ministerialdirektor Wormit in einer Pressemitteilung dessen Eignung für dieses Amt damit, dass er »seit 1950 als Staatsanwalt beim Landgericht in Flensburg tätig« war und »dort in der zurückliegenden Zeit für die Strafverfolgung von Delikten eingesetzt gewesen [war], die sich gegen die innere Sicherheit des Staates und seiner Verfassung« richteten.<sup>74</sup>

Kieschke, der mit seiner neuen Aufgabe zum Oberregierungsrat ernannt worden war, wurde mit Wirkung vom 1. September 1954 zum Regiergungsdirektor befördert.<sup>75</sup>

Ministerialdirektor Wormit, der am 30. Juni 1956 aus dem Landesdienst ausschied, drückte in einer Abschlussbeurteilung seine Zufriedenheit mit den Leistungen Kieschkes aus, indem er ihm attestierte, dass er sich »in diesem außerordentlich schwierigen und hohe Anforderungen stellenden Aufgabengebiet voll bewährt« hatte und damit »in den zurückliegenden Jahren den Aufbau eines wirksamen, dabei voll rechtsstaatlich arbeitenden Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein entscheidend

73 LASH, Abt. 351, Nr. 2040, Personalblatt und Schreiben des Landesministers der Justiz vom 21.12.1949.

74 LASH, Abt. 611, Nr. 2910, Schreiben des Innenministers vom 26. Mai 1953.

75 LASH, Abt. 611, Nr. 2910, Personalblatt.

fördern« konnte.<sup>76</sup> Dementsprechend stieg Kieschke am 1. April 1958 zum Ministerialrat auf.<sup>77</sup>

Dieses Bild änderte sich 1960 schlagartig. Am 24. März entschied Innenminister Helmut Lemke, dass aufgrund der bei disziplinarischen Vorermittlungen gemachten Feststellungen Kieschkes »Versetzung in den einstweiligen Ruhestand gemäß § 48 LBG unvermeidlich« sei und »aus nachrichtendienstlichen Gründen [...] ein formelles Dienststrafverfahren vermieden werden« müsse.<sup>78</sup> In der Landespresse wurde alkoholbedingtes Fehlverhalten Kieschkes als Grund für dieses Vorgehen vermutet.<sup>79</sup> Dieser Vermutung schloss sich der Spiegel an, der es sich nicht nehmen ließ, diese voyeuristisch zu schildern.<sup>80</sup> Was genau vorgefallen war, lässt sich der Personalakte Kieschkes leider nicht entnehmen, da die entsprechenden Vermerke nicht enthalten sind.<sup>81</sup> Allerdings wird ersichtlich, dass nach der Entscheidung von Innenminister Lemke noch Tatbestände bekannt wurden, die gravierend waren und gutachterlich einer strafrechtlichen Beurteilung unterlagen.<sup>82</sup> Dies führte dazu, dass Kieschke in einem Gespräch mit Innenminister Lembke und Ministerialrat Klaus von der Groeben mitgeteilt wurde, dass von früheren Überlegungen, »ihm baldmöglichst wieder im Bereich der Landesregierung eine Beschäftigung anzubieten«, Abstand genommen worden sei, weil »von den verantwortlichen Herren im Innenministerium [...] die Meinung vertreten [werde], dass einige der damaligen Vorkommnisse zumindest objektiv den Tatbestand einer strafbaren Handlung erfüllen könnten.«<sup>83</sup>

## Die finanzielle Ausstattung

In der Schriftgutüberlieferung der Landesverwaltung sind aus den Anfangsjahren des Landesamtes für Verfassungsschutz nicht viele Spuren zu finden. Dies resultiert unter anderem daraus, dass das Landesamt zwar von der Behördenbezeichnung her

76 LASH, Abt. 611, Nr. 2910, Abschlussbeurteilung von Ministerialdirektor Wormit vom 30. Juni 1956.

77 LASH, Abt. 611, Nr. 2910, Personalblatt.

78 LASH, Abt. 611, Nr. 2910, Vermerk des Innenministers vom 24.03.1950.

79 LASH, Abt. 611, Nr. 2910, Kieler Nachrichten und Eckernförder Zeitung vom 29.3.1960.

80 Der Spiegel, Ausgabe Nr. 15 vom 05.04.1960, zitiert nach: Gerhard Kieschke, in: Spiegel-Online, 5.4.1960 <<https://www.spiegel.de/politik/gerhard-kieschke-a-8ef2dfaa-0002-0001-0000-000043065338>> (23.04.2024): »Gerhard Kieschke, 51, Ministerialrat und Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein, wurde auf Vorschlag von Innenminister Dr. Helmut Lemke durch Kabinettsbeschluss seines Amtes enthoben und in den einstweiligen Ruhestand versetzt, weil befürchtet wurde, dass gegnerische Nachrichtendienste über eine Blöße Kieschkes informiert seien und sie als Druckmittel gegen ihn anwenden könnten. Kieschke, der einen beträchtlichen Alkoholkonsum verzeichnen kann, hatte sich diese Blöße gegeben, als er sich nach Dienstschluss, in einem Gasthaus zu vorgerückter Stunde seiner Beinkleider entledigt hatte, um coram publico seine Notdurft zu verrichten.«

81 U.a. »Ergänzungsbericht – I 5 – v. 6.4.60 und gutachterliche Stellungnahme zur strafrechtlichen Beurteilung der festgestellten Tatbestände -I 5- v. 31.5.1960«.

82 LASH, Abt. 611, Nr. 2910, Vermerk I 5 vom 22.2.1961.

83 LASH, Abt. 611, Nr. 2910, Vermerk - I - vom 27.2.1961.

eine eigenständige Behörde, aber organisatorisch eine Abteilung des Innenministeriums<sup>84</sup> und damit sozusagen dort »versteckt« war. So kann man bei Personal- oder Haushaltsmitteln oft nicht erkennen, welcher Anteil dem Landesamt und welcher den anderen Ministerialabteilungen zukam, zumal Organisationsunterlagen des Innenministeriums aus den Anfangsjahren der schleswig-holsteinischen Landesverwaltung so gut wie nicht erhalten geblieben sind.

Ab 1949 sind jedoch, wie oben bereits ausgeführt, im Haushalt des Landes Mittel fassbar, die als besondere Fahndungskosten für nachrichtendienstliche Zwecke eingesetzt werden konnten.<sup>85</sup> Dass hier ein Tätigkeitsbereich im Entstehen war, dessen Finanzbedarf noch nicht eingeschätzt werden konnte, wird aus den Haushaltserläuterungen deutlich, die zur Höhe dieses Titels »geschätzt nach dem voraussichtlichen Bedarf« anmerkten.<sup>86</sup> Bei der Aufstellung des Haushalts 1950 war bedacht worden, dass mit den zunehmenden Verfassungsschutzaufgaben ein erhöhter Bedarf an Fahndungskosten verbunden sein würde. Denn zur Begründung der Erhöhung des Titels für besondere Fahndungskosten um 60 Prozent wurde in den Haushaltserläuterungen angemerkt, dass »für das Rechnungsjahr 1950 mit erheblichen Ausgaben gerechnet wird.«<sup>87</sup>

Erste Spuren, dass vom Landesamt für Verfassungsschutz die Tätigkeit aufgenommen wurde, führen auch ins Jahr 1950 zurück. Im Haushalt 1951 wurde rückblickend festgehalten, dass 1950 von 100.000 DM, die dem Landeskriminalpolizeiamt für besondere Fahndungs-, Reise- und Ermittlungskosten sowie Bewegungsgeld (Kap. 7 Tit. 46) zugewiesen worden waren,<sup>88</sup> 70.000 DM dem neueingerichteten Landesamt für Verfassungsschutz zur Verfügung gestellt worden waren.<sup>89</sup> Eine Besonderheit dieses Haushaltstitels war, dass er mit einem Betrag von bis zu 80.000 DM nicht der Nachprüfung durch die Landesrechnungskammer unterlag.<sup>90</sup> Von den dem Landesamt für Verfassungsschutz zur Verfügung gestellten Fahndungskosten dürften damit mindestens 50.000 DM nicht unter die Prüfungszuständigkeit des Landesrechnungshofes gefallen sein. Haushaltsmittel, deren Verwendung von Außenstehenden nicht nachvollzogen werden konnte, entsprachen natürlich den Anforderungen, die mit einer geheimdienstlichen Tätigkeit verbunden waren. Wenn zum Beispiel V-Leute vom

84 Im Gesetz selbst war in § 1 vorgesehen, das Landesamt direkt dem Ministerpräsidenten zu unterstellen, dem aber auch die Möglichkeit gegeben war, seine Befugnisse über die Führung des Amtes dem Innenminister zu übertragen. Auf Bundesebene hatte es ein Drängen der Alliierten gegeben, das Bundesamt für Verfassungsschutz dem Bundeskanzler direkt zu unterstellen, aber hier setzte sich der Bundestag schließlich durch, sodass schließlich das Bundesamtes für Verfassungsschutz dem Ressort des Bundesinnenministers zugeordnet wurde. Vgl. dazu Goschler/Wala, »Keine neue Gestapo«, S. 35–37.

85 Landshaushaltsplan 1949, Haushalt des Ministeriums des Innern, S. 46.

86 Ebd.

87 Landshaushaltsplan 1950, Haushalt des Ministeriums des Innern, S. 101.

88 Ebd., S. 100.

89 Landshaushaltsplan 1951, Einzelplan 04 für den Geschäftsbereich des Innenministers, S. 19.

90 Landshaushaltsplan 1950, Haushalt des Ministeriums des Innern, S. 100.

Verfassungsschutz für ihre Informationen Geld erhielten,<sup>91</sup> musste sichergestellt sein, dass ihre Identitäten nicht durch diese finanziellen Transaktionen offenbart wurden.

1951 waren dann im Haushalt des Innenministeriums (Kap. 01 Tit. 300) Ausgaben in Höhe von 100.000 DM für Zwecke des Verfassungsschutzes vorgesehen, von denen 70.000 DM der Kontrolle des Landesrechnungshofes entzogen waren.<sup>92</sup> Der gesamte Mehrbedarf durch die Einrichtung des Landesamtes für Verfassungsschutz wurde vom Finanzministerium am 6. März 1951 mit 180.000 DM beziffert.<sup>93</sup> Hier dürften neuentstandene Personalkosten mit einberechnet gewesen sein.

Im Folgejahr standen 145.000 DM für Zwecke des Verfassungsschutzes (Kap.1 Tit. 300) zur Verfügung, von denen wiederum 70.000 DM der Kontrolle der Rechnungskammer entzogen waren.<sup>94</sup> Zur Erhöhung der Haushaltsmittel wurde in den Erläuterungen der Hinweis gegeben, dass »die Mittel für den Betrieb der vorhandenen 4 PKWs« hier veranschlagt waren.<sup>95</sup> Im Haushalt 1953 war vermerkt, dass 1952 dem Landesamt in einem Nachtragshaushalt zusätzliche 27.000 DM bewilligt worden waren,<sup>96</sup> sodass sich der Gesamtbetrag auf 172.000 DM erhöhte.

Für das laufende Haushaltsjahr waren zusätzliche 18.000 DM vorgesehen,<sup>97</sup> sodass damit, wie in den Erläuterungen ausgeführt, »alle mit der Durchführung der Aufgaben [des Landesamtes] zusammenhängenden Sachausgaben und Allgemeinen Ausgaben (einschl. des Betriebs der 6 Kraftfahrzeuge) veranschlagt« waren.<sup>98</sup> Von den insgesamt 190.000 DM, die damit dem Landesamt 1953 zur Aufgabenwahrnehmung (Kap.1 Tit. 300) zur Verfügung standen, waren sogar 150.000 DM der Kontrolle der Landesrechnungskammer entzogen.<sup>99</sup> Auch 1954 war ein Nachtragshaushalt in Höhe von 25.000 DM verzeichnet, sodass dem Landesamt 1953 insgesamt 215.000 DM für Zwecke des Verfassungsschutzes bewilligt worden waren.<sup>100</sup>

Für 1954 waren 260.000 DM (Kap.1 Tit. 300) vorgesehen, von denen 200.000 DM wiederum von einer Überprüfung durch die Landesrechnungskammer befreit waren.<sup>101</sup> Gemäß den Haushaltserläuterungen war die Erhöhung um 45.000 DM »zur Gewährleistung der Durchführung der gesetzlichen Aufgaben, insbesondere infolge Verstärkung des Personals um 25 v. H. und der V-Männer um 20 v. H.«, erforderlich.<sup>102</sup>

91 Das aus diesem Haushaltstitel für Zwecke des Verfassungsschutzes V-Männer bezahlt wurden, geht aus den Erläuterungen zum Titel 300 im Landeshaushaltsplan 1954, S. 19 hervor.

92 Landeshaushaltsplan 1951, Einzelplan 04 für den Geschäftsbereich des Innenministers, S. 18.

93 LASH, Abt. 611, Nr. 15435, Vermerk II/2 vom 6.3.1951.

94 Landeshaushaltsplan 1952, Einzelplan 04 für den Geschäftsbereich des Innenministers, S. 18.

95 Ebd., S. 19.

96 Landeshaushaltsplan 1953, Einzelplan 04 für den Geschäftsbereich des Innenministers, S. 18.

97 Ebd.

98 Ebd., S. 19.

99 Ebd., S. 18.

100 Landeshaushaltsplan 1954, Einzelplan 04 für den Geschäftsbereich des Innenministers, S. 18.

101 Ebd.

102 Ebd., S.19.



Der Haushaltsplan 1955 korrigierte den Ansatz von 1954. Demnach standen dem Landesamt für Sach- und allgemeine Ausgaben nur 249.600 DM zur Verfügung,<sup>103</sup> was einem Minus von 10.400 DM entsprach. Und mit einem Betrag von 221.500 DM wurden für das laufende Jahr diese Haushaltsmittel (Kap. 01 Tit. 300) weiter gekürzt.<sup>104</sup> Im Hinblick auf eine Kontrolle wurde vermerkt, dass »die Jahresrechnung über diesen Titel [...] durch den Präsidenten der Landesrechnungskammer geprüft« wurde.<sup>105</sup>

Fasst man diese Entwicklung zusammen, so hatte sich in der Zeit von 1950 bis 1955 die Summe der dem Landesamt für Zwecke des Verfassungsschutzes zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel mehr als verdreifacht.

## Die personelle Ausstattung

Den Personalbestand des Landesamtes für Verfassungsschutz zu erfassen, ist leider über die im Haushalt aufgeführten Stellen für Beamte, Angestellte und Arbeiter nicht möglich, da dort nur der Gesamtbestand des Innenministeriums aufgeführt und damit eine Zuordnung zu den einzelnen Ministerialabteilungen nicht gegeben ist. Deshalb lässt sich im Gegensatz zum Bundesamt für Verfassungsschutz<sup>106</sup> die personelle Erstausrüstung nicht ermitteln, sie dürfte aber bedeutend geringer gewesen sein – zumal von britischer Seite die Vorgabe vorlag, zumindest für den Anfang die Personalstärke auf zehn bis zwölf Personen inklusive Bürohilfen zu beschränken.<sup>107</sup>

Fassbar sind Stellen, die im Haushalt dem Landesamt explizit zugeordnet wurden. So vermerkt der Haushalt für 1951, dass für das Landesamt für Verfassungsschutz die Stellen von drei Regierungsoberinspektoren und zwei Kriminalpolizeiwachtmeistern neu geschaffen wurden.<sup>108</sup> 1952 erhielt das Landesamt auf diesem Wege zusätzlich einen Regierungsoberinspektor, einen Kriminalkommissar und zwei Kriminalsekretäre.<sup>109</sup> Fasst man das zusammen, kommt man auf fünf Stellen im gehobenen und drei Stellen im mittleren Dienst.

In einem Informationsbericht des Landesamtes an den Ministerpräsidenten vom 7. April 1952 wurde unter der Ziffer 14 vermerkt, dass sich die Anzahl der Bediens-

103 Landshaushaltsplan 1955, Einzelplan 04 für den Geschäftsbereich des Innenministers, S. 20.

104 Ebd.

105 Ebd. Eine solche Kontrolle beschränkt auf den Präsidenten des Rechnungshofes war bereits 1950 für die dem Bundesamt für »Zwecke des Verfassungsschutzes« zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel vorgesehen. Goschler/Wala, »Keine neue Gestapo«, S. 27.

106 Dem Bundesamt für Verfassungsschutz wurden 1950 neben den Stellen für den Präsidenten und den Vizepräsidenten 2 Regierungsdirektoren, 14 weitere Beamte, 43 Angestellte und 22 Arbeiter zugebilligt. Goschler/Wala, »Keine neue Gestapo«, S. 26.

107 TNA, PRO FO 1006-281, Schreiben des Land Commissioners an Ministerpräsident Diekmann vom 24. April 1950.

108 Landshaushaltsplan 1951, Einzelplan 04 für den Geschäftsbereich des Innenministers, S. 7–9.

109 Landshaushaltsplan 1952, Einzelplan 04 für den Geschäftsbereich des Innenministers, S. 7 f.

teten von 11 auf 16 erhöht hatte,<sup>110</sup> wobei leider keine Zuordnung zu Laufbahn oder Tätigkeit gegeben wird. In dieser Zahl dürften die zwei Angestelltenstellen enthalten sein, die 1953 in Regierungsoberinspektorenstellen, also Stellen des gehobenen Dienstes, umgewandelt wurden.<sup>111</sup> 1953 wurden weitere vorhandene Stellen des gehobenen und des mittleren Dienstes angehoben sowie Angestelltenstellen in Beamtenstellen umgewandelt.<sup>112</sup> Beamtenstellen sowie höher dotierte Stellen, mit den damit verbundenen Beförderungsmöglichkeiten, erhöhten die Attraktivität, im Landesamt zu arbeiten.

1954 waren im Haushalt neue Stellen für zwei Regierungsobersekretäre und einen Regierungssekretär beim Landesamt für Verfassungsschutz vorgesehen. Interessant ist, dass die dem Landesamt für 1954 zugebilligte Erhöhung der allgemeinen Ausgaben und Sachausgaben (Kap. 01 Tit. 300) unter anderem mit einer erfolgten Verstärkung des Personals um 25 Prozent begründet wurde.<sup>113</sup> Es ist deshalb davon auszugehen, dass jetzt mehr als 20 Personen ihren Dienst im Landesamt verrichteten.

Organisationsunterlagen, die Rückschlüsse auf Aufbau und Personalbestand des Landesamtes erlauben, sind absolute Mangelware. In zwei Geschäftsverteilungsplänen aus dem Oktober 1950 erscheint das Landesamt für Verfassungsschutz. Eine Referatsaufteilung ist nicht erkennbar; Bass ist Leiter und Referent und drei getrennte Aufgabenbereiche, Informationsdienst, Haushaltsangelegenheiten und Registratur- und Karteiwesen, werden den jeweiligen Sachbearbeitern zugewiesen.<sup>114</sup> Leider haben sich keine Unterlagen auffinden lassen, die Rückschlüsse auf die Entwicklung der Organisationsstruktur des Landesamtes in den Folgejahren zulassen.

Lediglich ein vorläufiger Geschäftsverteilungsplan mit Stand vom 10. April 1957 bringt etwas Licht ins Dunkel. Die Leitung des als Abteilung 5 des Innenministeriums aufgeführten Landesamtes hatte Regierungsdirektor Kieschke inne; sein Vertreter war Oberregierungsrat Horst Görsch, der das Referat 51 leitete. Ein zweites Referat war einem Referenten Hartwig unterstellt und das Referat 53 war einem Assessor Niendorf zugeordnet.<sup>115</sup> Leider werden in dem Geschäftsverteilungsplan weder das jeweilige Sachgebiet noch die dazugehörigen Sachbearbeiter genannt.

Einen gewissen Rückschluss auf das Aufgabengebiet des ersten Referats (51) ermöglichen Haushaltsunterlagen aus dem Jahr 1954. Dort wird ein Regierungsoberinspektor Barufke, dessen Laufzeichen 51a ihn als ersten Sachbearbeiter dieses

110 LASH, Abt. 613 Nr. 1, 086 - Inf-Ber. 52 Nr. 9/52-29/52.

111 Landeshaushaltsplan 1953, Einzelplan 04 für den Geschäftsbereich des Innenministers, S. 7 f.

112 Ebd.

113 Landeshaushaltsplan 1954, Einzelplan 04 für den Geschäftsbereich des Innenministers, S. 19.

114 LASH, Abt. 611, Nr. 1386, Geschäftsverteilungsplan des Ministeriums des Innern. Stand: 5.10.1950, S. 10 und Geschäftsverteilungsplan des Ministeriums des Innern. Stand: 16.10.1950, S. 10.

115 LASH, Abt. 611, Nr. 197, Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein. Vorläufiger Geschäftsverteilungsplan. Stand 10. April 1957, S. 39.

Referates kennzeichnet, als Titelverwalter der für Zwecke des Verfassungsschutzes (Kap. 1 Tit. 300) zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel genannt.<sup>116</sup> Das lässt darauf schließen, dass hier die Verwaltungsaufgaben angesiedelt waren, die nicht von der Allgemeinen Abteilung des Ministeriums abgedeckt waren. So wurden, wie oben aufgeführt, zum Beispiel die Kosten für die Dienstfahrzeuge und V-Männer mit diesem Haushaltstitel abgegolten.

Auch das Bundesamt für Verfassungsschutz war bei seinem Aufbau in drei Abteilungen gegliedert, deren erste – was gut der Situation in Schleswig-Holstein entsprechen könnte – für Personal und Verwaltung zuständig war, während der zweiten die Beschaffung und der dritten die Auswertung von Informationen oblag.<sup>117</sup> Diese Aufteilung der Fachaufgaben der Behörde könnte in den Anfangsjahren des bundesrepublikanischen Verfassungsschutzes durchaus ein allgemein verbreitetes Modell gewesen sein. So wurde im Bundesamt die Trennung zwischen Informationsbeschaffung und -auswertung erst 1957 aufgehoben und durch Fachabteilungen für die jeweiligen Gefahrenbereiche ersetzt.<sup>118</sup>

Hinweise auf weitere Personen, die im oder für das Landesamt für Verfassungsschutz in den 1950er Jahren tätig waren, sind fast nicht vorhanden. Außer dem oben schon erwähnten Regierungsoberinspektor Barufke, dessen Existenz sich aus Haushaltsunterlagen ergibt, nennt der obengenannte vorläufige Geschäftsverteilungsplan<sup>119</sup> neben dem Amts- nur die Referatsleiter.<sup>120</sup> Lediglich zu Oberregierungsrat Horst Görsch, der Referatsleiter und Stellvertreter des Amtsleiters war, liegen knappe Informationen vor. Er stammte wie Kieschke aus dem staatsanwaltschaftlichen Dienst, wurde seit dem 15. August 1956 an das Landesamt für Verfassungsschutz abgeordnet und wechselte im Dezember endgültig in den Geschäftsbereich des Innenministers.<sup>121</sup>

## Die Funktionsfähigkeit

Hinweise zur Funktionsfähigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz liegen aus den Anfangsjahren nur sehr begrenzt vor. Dass von britischer Seite vor Ort von einem gelungenen Start ausgegangen wurde, geht aus einem Schreiben des Land Com-

116 LASH, Abt. 611, Nr. 197, Titelverwalterverzeichnis und Verzeichnis der Anordnungsbefugten für den Einzelplan 04. Stand 1. Mai 1954.

117 Goschler/Wala, »Keine neue Gestapo«, S. 54.

118 Goschler/Wala, »Keine neue Gestapo«, S. 177.

119 LASH, Abt. 611, Nr. 197, Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein. Vorläufiger Geschäftsverteilungsplan. Stand 10. April 1957, S. 39.

120 LASH, Abt. 611, Nr. 197, Titelverwalterverzeichnis und Verzeichnis der Anordnungsbefugten für den Einzelplan 04. Stand 1. Mai 1954.

121 LASH, Abt. 786, Nr. 778, Schreiben des Innenministers vom 6.12.1956 und Verfügung des Justizministers vom 13.12.1956.

missioners vom 16. Oktober 1950 an die Alliierte Hohe Kommission hervor, in dem die Arbeit des Landesamtes als gut bezeichnet wird.<sup>122</sup>

Am 21. August 1951 legte die Intelligence Division der Britischen Rheinarmee einen Bericht über die Fortschritte im föderalen Sicherheitsdienst vor, in dem auch die jeweilige Situation in den Bundesländern dargestellt wurde. Für das schleswig-holsteinische Landesamt für Verfassungsschutz wurde eine Anfälligkeit für den Einfluss rechtsradikaler politischer Elemente konstatiert, die in der Lage sein könnten, sich über die Situation im Landesinnenministerium und, in geringerem Maße, im Landesamt zu informieren. Außerdem lägen Informationen vor, die darauf hindeuten würden, dass der stellvertretende Leiter des Amtes entweder mit diesen rechtsradikalen Elementen sympathisiere oder von ihnen beeinflusst werde.

Die Geheimagenten des Landesamtes hätten einen guten Zugang zu einigen ihrer Ziele im Lande, wobei der Schwerpunkt auf kommunistischen Zielen liege. Diese Situation werde jedoch, so die britische Sicht, im Großen und Ganzen durch die Tatsache aufgewogen, dass das Landesamt offensichtlich, möglicherweise auf Anweisung des russischen Geheimdienstes, als Kanal für die planmäßige Einschleusung von Täuschungsmaterial genutzt werde.

In der abschließenden Beurteilung werden durchaus Fortschritte, wenn auch langsame, im Landesamt gesehen, jedoch wird es im Hinblick auf den rechten Flügel als unverlässlich und im Hinblick auf den linken Flügel in bestimmten Fällen als gefährlich leichtgläubig eingestuft.<sup>123</sup>

Acht Monate später, am 7. April 1952, lieferte das Landesamt für Verfassungsschutz in einem Informationsbericht für den Ministerpräsidenten selbst einen Sachstandsbericht ab.<sup>124</sup> Es wurde berichtet, dass inzwischen schätzungsweise 50 Prozent der Mitglieder der KPD, der SRP und des Deutschen Blocks sowie die Funktionäre aller radikalen Parteien und Tarnorganisationen nahezu vollständig in Karteien erfasst sein dürften. Die Steigerung des Erkenntnis- und Arbeitsanfalles gehe auch aus der Zahl der zu bearbeitenden Geheimvorgänge hervor, die sich von rund 180 auf rund 400 je Vierteljahr gesteigert habe. Die Zahl der »Außenstellen« des Amtes habe sich von einer zu Beginn des Rechnungsjahres auf jetzt drei, die Zahl der geführten Agenten und V-Leute um das Vierfache erhöht. Während des gleichen Zeitraums erhöhte sich die Zahl der Bediensteten des LfV aber nur von 11 auf 16. Der organisatorische Aufbau zum Schluss des Rechnungsjahres liege bei etwa 75 Prozent dessen, was nach dem derzeitigen Stand der Aufgabenstellung als Ziel angestrebt werden müsse.<sup>125</sup>

122 TNA, PRO FO 1006-281, Schreiben des stellvertretenden Land Commissioner an die Alliierte Hohe Kommission vom 16. Oktober 1950.

123 TNA, PRO FO 1006-281, Review of Progress in the Federal Security Service (BFVs and LFVs) during the last twelve months vom 21. August 1951, Appendix ›B‹, S. 3f.

124 Zum vollständigen Bericht siehe Anhang B.

125 LASH, Abt. 613, Nr.1, 086-Inf-BER.52, Nr. 9/52-Nr.29/52, Informationsbericht Nr. 14/52 vom 07.04 1952.

## Die Rolle der Justiz

Der Verfassungsschutz wurde in dieser Zeit ebenfalls bei der Strafverfolgung zum Thema. In den Generalakten der Staatsanwaltschaft Flensburg, die landesweit für den Staatsschutz zuständig war,<sup>126</sup> finden sich erste Hinweise darauf ab 1949, nachdem sie sich vorher mit Verbrechen gegen die Menschlichkeit befasst hatte. Unter dem Betreff »Auswüchse im Wahlkampf« sollte die Aufmerksamkeit unter anderem auf schwerwiegende Beleidigungen politischer Gegner gerichtet werden.<sup>127</sup> 1951 wandte sich der Bundesminister für Justiz wegen politischer Beleidigung von Mitgliedern der Bundesregierung, für die er »die Anhänger gewisser radikaler Parteien« verantwortlich machte, an die Landesjustizverwaltungen und forderte entsprechende Strafverfahren »beschleunigt und nachdrücklich« durchzuführen.<sup>128</sup>

Mit dem Strafrechtsänderungsgesetz vom 30. August 1951<sup>129</sup> lagen Strafvorschriften gegen Hochverrat, Staatsgefährdung und Landesverrat vor, die den Bundesminister des Innern dazu veranlassten, Vorschläge »für die polizeiliche Bekämpfung der gegen die Sicherheit des Bundes und der Länder gerichteten Unternehmen« zu machen, welche am 28. August 1951 die Staatsanwaltschaft Flensburg erreichten. Darin forderte er die Einrichtung von Sonderreferaten in den Kriminalabteilungen, die für Ermittlungsverfahren bei Gefährdung der Staatssicherheit zuständig sein und in engster Fühlung mit den Verfassungsschutzbehörden zusammenarbeiten sollten.<sup>130</sup>

Dazu passt auch die Pressenotiz, die am 26. Mai 1953 anlässlich der Berufung von Gerhard Kieschke zum Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz vom Innenminister herausgegeben wurde. Darin wurde seine Eignung für das Amt damit begründet, dass er »seit 1950 als Staatsanwalt beim Landgericht in Flensburg tätig« war und »dort in der zurückliegenden Zeit für die Strafverfolgung von Delikten eingesetzt gewesen [ist], die sich gegen die innere Sicherheit des Staates und seiner Verfassung richten. Hierunter fielen z. B. die Vorbereitung (Verbreitung) hochverräterischer Schriften, verbotene Agententätigkeit, Beteiligung an verbotenen Vereinigungen und sonstige staatsgefährdende Umtriebe.«<sup>131</sup> In dem zu Kieschkes Wechsel ins Landesamt verfassten Dienstleistungszeugnis des Flensburger Oberstaatsanwalts Dr. Adolf

126 LASH, Abt. 354, Nr. 6925, Vermerk des Oberstaatsanwalts Flensburg vom 15. September 1951; LASH, Abt. 611, Nr. 2910, Schreiben des Innenministers vom 26. Mai 1953.

127 LASH, Abt. 354, Nr. 6925, Schreiben des Generalstaatsanwalts vom 27. Mai 1949. Interessant ist die Kontinuität in der Aktenführung. Die 1936 angelegte Generalakte betreffend Schutz des Volkes, der Volkskraft, der Volksordnung und der Volksgenossen wird bruchlos, umgetauft in Politische Strafsachen, weitergeführt.

128 LASH, Abt. 354, Nr. 6925, Schreiben des Bundesministers für Justiz vom 11. Mai 1951.

129 Bundesgesetzblatt Teil 1, 1951, Nr. 43, S. 739–747.

130 LASH, Abt. 354, Nr. 6925, Schreiben des Generalstaatsanwalts vom 24. August 1951.

131 LASH, Abt. 611, Nr. 2910, Schreiben des Innenministers vom 26. Mai 1953.

Voss lobte dieser dessen Tätigkeit im politischen Dezernat der Staatsanwaltschaft, welche zuerst als stellvertretender Sachbearbeiter erfolgte, bis Kieschke ab dem Februar 1952 das Dezernat vollständig übernahm.<sup>132</sup>

## Die Frage eines Landtagsausschusses

Abschließend sei noch einmal der Landtag angesprochen. Dort erfolgte 1952 ein Versuch, zusätzlich zum Landesamt auch im Parlament den Verfassungsschutz zu institutionalisieren. Am 29. Oktober stellte die SPD den Antrag, einen parlamentarischen Ausschuss zum Schutze der Verfassung einzurichten. Aufgabe des Ausschusses sollte es sein, »alle Vorgänge und Bestrebungen, die sich gegen die verfassungsmäßige demokratische Grundordnung richten, zu beobachten, zu überprüfen und dem Landtag jeweils zu berichten.«<sup>133</sup> Insbesondere die Aktivitäten des Bundes Deutscher Jugend, der sogenannten Bruderschaft und der Gemeinschaft der Kriegsgeneration sollten in den Fokus genommen werden. Auch die FDP betonte die Notwendigkeit eines solchen Ausschusses und brachte einen modifizierten Antrag ein,<sup>134</sup> jedoch wurden beide Anträge mit den Stimmen des Deutschen Wahlblocks und des BHE abgelehnt.<sup>135</sup>

132 LASH, Abt. 611, Nr. 2910, Dienstleistungszeugnis vom 17. Juni 1953.

133 Stenographischer Bericht über die 23. Tagung 52. Sitzung am 29. Oktober 1952 in Kiel, S. 153 f. Drucksache 02/233 <<http://lissh.lvn.parlanet.de/shlt/lissh-dok/infothek/wahl02/drucks/0200/drucksache-02-0233.pdf>> (11.7.2024)

134 Ebd., S.183 f. Drucksache 02/239 <<http://lissh.lvn.parlanet.de/shlt/lissh-dok/infothek/wahl02/drucks/0200/drucksache-02-0239.pdf>> (11.7.2024).

135 Ebd., S. 200. Zum Ergebnis der namentlichen Abstimmung des Antrages der SPD siehe ebd., S. 215.

## Anhang 1:

*Gesetz über die Errichtung eines Landesamtes für Verfassungsschutz vom 30. Mai 1950, in: Gesetz- und Verordnungsblatt für Schleswig-Holstein, Jahrgang 1950, ausgegeben in Kiel am 28. August, Nummer 29, S. 223 f.*

### **Gesetz über die Errichtung eines Landesamtes für Verfassungsschutz. Vom 30. Mai 1950.**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

#### § 1

##### ERRICHTUNG EINES LANDESAMTES FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ

Für die Bearbeitung von Angelegenheiten des Verfassungsschutzes wird ein Landesamt für Verfassungsschutz errichtet. Es untersteht dem Ministerpräsidenten, der sein Tätigkeitsgebiet im Rahmen der Vorschriften des § 2 bestimmt. Der Ministerpräsident kann seine oder einzelne seiner Befugnisse über die Führung dieses Amtes, auch zeitweilig und auch soweit sie sich auf die Verwaltung des Haushalts, die Personalfragen und die übrigen Angelegenheiten der Verwaltung beziehen, auf den Landesminister des Innern übertragen.

#### § 2

##### AUFGABEN

Dem Landesamt für Verfassungsschutz obliegen folgende Aufgaben:

1. Die Sammlung und Auswertung von Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen über Bestrebungen, die eine ungesetzliche Aufhebung, Änderung oder Störung der verfassungsrechtlichen Ordnung im Land oder im Bund oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern Verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder des Landes zum Ziel haben.
2. Die Erteilung der Auskünfte die sich aus der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes ergeben.
3. Die Durchführung der vom Bund für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Verfassungsschutzes dem Lande erteilten Weisungen.

#### § 3

##### BEFUGNISSE UND ZUSAMMENARBEIT MIT ANDEREN BEHÖRDEN DES LANDES

- (1) Das Landesamt für Verfassungsschutz kann über alle Angelegenheiten, deren Aufklärung es zur Durchführung seiner Aufgaben für erforderlich hält, von allen Behörden des Landes, der Gemeinden Gemeinde Verbände und den sonstigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts Auskünfte verlangen.
- (2) Polizeiliche Befugnisse oder Kontrollbefugnisse stehen dem Landesamt für Verfassungsschutz nicht zu. Das Amt darf einer polizeilichen Dienststelle nicht ange-

gliedert werden. Das Amt ist für die Wahrnehmung der ihm durch dieses Gesetz übertragenen Aufgaben ausschließlich zuständig.

- (3) Alle Behörden des Landes, der Gemeinden, der Gemeindeverbände und die sonstigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts sind verpflichtet, dem Landesamt für Verfassungsschutz auch unaufgefordert alle Auskünfte, Nachrichten und sonstige Unterlagen über Bestrebungen zu vermitteln, welche die Voraussetzungen des § 2 Ziff. 1 erfüllen.
- (4) Die Gerichte und Behörden des Landes sind dem Landesamt für Verfassungsschutz zur Rechts- und Amtshilfe verpflichtet.

#### § 4

##### BEDIENSTETE

Mit Aufgaben des Landesamtes für Verfassungsschutz darf nur betraut werden, wer nach seiner Persönlichkeit und nach seinem Verhalten die Gewähr dafür bietet, dass er jederzeit für die Sicherung und Erhaltung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung eintritt.

#### § 5

##### DURCHFÜHRUNG

Die Landesregierung kann die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen rechts- und Verwaltungsvorschriften erlassen.

#### § 6

##### INKRAFTTRETEN

Dieses Gesetz tritt mit dem Tag der Verkündung in Kraft.

Kiel, den 30. Mai 1950

Der Ministerpräsident

DIEKMANN

Der Landesminister des Innern

KÄBER

#### *Anhang 2:*

*Auszug aus dem Informationsbericht des Landesamtes für Verfassungsschutz an den Ministerpräsidenten Nr. 14/52 vom 07. April 1952, in: LASH, Abt. 613, Nr. 1, 086-Inf-BER.52, Nr. 9/52–29/52.*

#### **Zu Ziffer 14.):**

##### **Arbeitsstand des Landesamtes für Verfassungsschutz.**

Der Arbeitsumfang des Landesamtes für Verfassungsschutz und die Arbeitsergebnisse haben im Verlauf des Rechnungsjahres 1951/1952 eine wesentliche Erweiterung



und Vervollständigung erfahren. Während zu Beginn des Rechnungsjahres rund 5.000 Karteikarten vorlagen, hat sich deren Zahl bis zum Schluss des Haushaltsjahres auf 25.000 erhöht. Darunter befinden sich Erkenntnisse über den geschlossenen Mitgliederbestand mehrerer kommunistischer Tarnorganisationen, ferner schätzungsweise 50 % der Mitglieder der KPD, der SRP und des Deutschen Blocks. Die Funktionäre aller radikalen Parteien und Tarnorganisationen dürften nahezu vollständig erfasst sein. Insgesamt sind rund 300 im Bundesgebiet bestehende Parteien, politische Organisationen oder solche mit politischem Einschlag erfasst.

Die Steigerung des Erkenntnis- und Arbeitsanfalles geht auch aus dem Verhältnis der zu bearbeitenden Geheimvorgänge gegenüber anderen Dienststellen hervor. Während im ersten Vierteljahr des Rechnungsjahres rd. 180 solcher Vorgänge anfielen, hat sich diese Zahl bis zum letzten Vierteljahr auf rd. 400 je Vierteljahr gesteigert. Außer der karteimäßigen Erfassung bestehen »Organisationsübersichten« und entsprechende kartenmäßige Darstellungen. Diese werden in etwa 2 Wochen für alle radikalen Parteiorganisationen und die wichtigsten radikalen Tarnorganisationen bis herab zu den Ortsgruppen und Stützpunkten, einschl. der erkannten Materiallager und »Anlaufstellen«, fertiggestellt sein und auf dem Laufenden gehalten werden.

Besonders erfasst sind die Erkenntnisse über Parteivermögen, Instrukteure und Kuriere der KP sowie die Parteischulen und deren Besucher. In ähnlicher Form werden die Einrichtungen der ostzonalen Volkspolizei an der schleswig-holsteinischen Zonengrenze erfasst und dargestellt.

Über im Lande abgehaltene Versammlungen wird kalenderartig Buch geführt. Das Gleiche wird für die Lehrgänge und Schulen politischer Gruppen geplant.

Zur Erfassung laufen im Schnitt täglich 50 Berichte, Meldungen oder andere Arbeitsvorgänge ein, die für die Namenskartei, für die Organisationskartei, für die Sonderkarteien und organisatorischen Übersichten bzw. für den vorgenannten Kalender ausgewertet werden.

Die Zahl der »Außenstellen« des Amtes vermehrte sich von einer zu Beginn des Rechnungsjahres auf drei. Gleichzeitig wurde die Zahl der geführten Agenten und V-Leute auf das 4-fache vermehrt und das Netz regional gleichmäßiger verteilt. Während des gleichen Zeitraums erhöhte sich die Zahl der Bediensteten des LfV aber nur von 11 auf 16.

Der organisatorische Aufbau zum Schluss des Rechnungsjahres liegt bei etwa 75 % dessen, was nach dem derzeitigen Stand der Aufgabenstellung als Ziel angestrebt werden muss. Insbesondere steht noch die Durchorganisation der zu errichtenden letzten Außenstelle (West) aus. Die Bearbeitung rechtlicher Fragen und die Aufrechterhaltung einer ständigen Fühlungnahme mit den Justizbehörden sowie die Bekämpfung des illegalen Ost-Westhandels sind über das Anfangsstadium noch nicht wesentlich hinausgelangt.

## Die dänische Minderheit unter der Lupe

Das Ende des Zweiten Weltkrieges brachte im Landesteil Schleswig große Veränderungen mit sich. Die dänische Minderheit, die zur NS-Zeit ein Schattendasein geführt hatte und bei Kriegsende lediglich um die 3.000 Seelen zählte, gewann großen Zuspruch. Ihre Organisation wuchs bis 1947 auf 70.000 Mitglieder. Zumindest regional existierte im Flensburger Raum zeitweilig eine Mehrheit an Personen, die eine Grenzrevision befürworteten, und da die Nachkriegsordnung in Deutschland noch offen und ungewiss war, entwickelte sich die Lage im deutsch-dänischen Grenzland zu einer regionalen Frage mit internationaler Tragweite.

Während des Nationalsozialismus wurden die Organisationen der dänischen Minderheit in Südschleswig weder aufgelöst noch nazifiziert. Die Ursache hierfür war sowohl eine pragmatische Handhabung seitens Berlins aus Rücksicht auf die Stimmung im Nachbarland als auch ideologisch, weil die nordischen Menschen im rassistischen Weltbild der Nazis zur Kategorie der »Premiausländer« gehörten. Dennoch wurden die Organisationen der Südschleswiger durch lokale Vertreter der NSDAP misstrauisch bäugt und ihre Mitglieder durchaus dahingehend unter Druck gesetzt, sich vom »Dänentum« zu distanzieren. Einen Teil der Unterdrückung machte selbstverständlich die routinemäßige Überwachung durch die Geheime Staatspolizei (Gestapo) sowie durch den Sicherheitsdienst des Reichsführer SS (SD) aus.<sup>1</sup> Aufgrund der überlieferten Berichte kann von einer gründlichen Unterwanderung der Minderheit und ihrer Vereinsarbeit ausgegangen werden. Die Sicherheitsbehörden des NS-Staates stellten dabei die dänisch Gesinnten hinsichtlich ihrer nationalen Zuverlässigkeit unter Generalverdacht und im Krieg wurden sie trotz der Einhaltung der Wehrpflicht und ihres an den Fronten gezahlten »Blutzolls« verdächtigt, sowohl Sympathien mit den alliierten Feinden zu haben als auch Unterschlupf für Marxisten zu gewähren.<sup>2</sup> Verdächtigungen und Überwachung durch das repressive NS-Regime erfolgten somit erwartungsgemäß. Dieser Beitrag geht der Frage nach, ob die Minderheiten in Südschleswig, insbesondere die dänische Minderheit, das unerwünschte Interesse der Nachrichtendienste nach 1945 endlich loswurden.

1 Die dänische Minderheit sind durchgängig Thema in den Berichten des Grenzpolizeikommissariats Flensburg der Geheimen Staatspolizei über die Lage nördlich und südlich der Grenze, abgedruckt bei: Gerhard Paul: »Flensburg meldet!«. Flensburg und das deutsch-dänische Grenzgebiet im Spiegel der Berichterstattung der Geheimen Staatspolizei und des Sicherheitsdienstes (SD) des Reichsführers-SS, Flensburg 1997, S. 188–301 (künftig zitiert Paul, Flensburg Meldet); In diesem Werk sind auch die Berichte der SD zur Minderheit abgedruckt S. 306–322.

2 Paul: »Flensburg meldet«, S. 306–308, 313, 317, 319.

Das grundlegende Problem bei der Erforschung der Geschichte von Nachrichtendiensten ist immer der Zugang zu Quellen. Oft werden Archive lieber vernichtet als der Forschung zur Verfügung gestellt. In dieser Hinsicht ist der Umgang mit Materialien zur Überwachung der dänischen Minderheit beispielhaft. In allen Beständen klaffen große Lücken, die oft nur mühsam geschlossen werden können und manchmal mehr Fragen aufwerfen, als sie beantworten. So beschränken sich die amerikanischen Quellenfunde bisher vornehmlich auf die unmittelbare Nachkriegszeit, während auf schleswig-holsteinischer Seite einige Bestände, wie etwa die Landesstelle für Heimatschutz oder die Nachrichtendienststelle in der Staatskanzlei, noch nicht gefunden werden konnten und mit aller Wahrscheinlichkeit vor Jahrzehnten im Schlund der Reißwölfe verschwanden. Dennoch lässt sich auf jeden Fall zu einem bestimmten Grad ein fragmentarisches Gesamtbild der Überwachung und Unterwanderung der Minderheit rekonstruieren.

## Frühe Ermittlungen der Landesbehörden gegen die Minderheit

Da die Polizeibehörden in Schleswig-Holstein in der Nachkriegszeit durch die Weiterbeschäftigung von »Fachkräften« trotz Zugehörigkeit zur NSDAP und SS gekennzeichnet waren,<sup>3</sup> ist es wenig überraschend, dass auch eine Kontinuität hinsichtlich der Feindbilder bestand. Und während die Flensburger Polizei geflüchtete Kollegen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten in ihre Reihen aufnahm, wurden laut dem Hamburger Historiker Stephan Linck keine Mitglieder der dänischen Minderheit angestellt, die weiter als unsichere Kantonisten galten.<sup>4</sup> Hinsichtlich dieses Aspektes sind die Überlieferungen der Flensburger Polizei dürftig, denn gerade die Akten der Politischen Polizei fehlen. Dafür liegen Bruchstücke der Berichterstattung dänischer Nachrichtendienste zur Flensburger Polizei vor – wahrscheinlich die Früchte der operativen Arbeit des dem Apenrader Polizeipräsidenten Ernst Brix unterstellten regionalen Nachrichtendienstes in Nordschleswig sowie des militärischen Nachrichtendienstes. In dieser Berichterstattung wird zum Beispiel beklagt, dass es 1946 einen dänisch gesinnten Beamten gab, der aus Flensburg nach Itzehoe zwangsversetzt wurde, weil der Polizeiführung zu Ohren gekommen war, dass er nicht am gemeinsamen Labskausessen teilnahm, jedoch zeitnah an einer Feier anlässlich des Geburtstags des dänischen Königs.<sup>5</sup> Das Material belegt nicht nur, dass es dänisch Gesinnte bei der Polizei gab, sondern auch, dass es den dänischen Nachrichtendienstlern gelang, in die Polizeiorganisation einzudringen, und das nicht unbedingt durch eine Zugehörigkeit

3 Uwe Danker: Geteilte Verstrickung: Elitenkontinuität in Schleswig-Holstein – Ergebnisse, in: S. 494; Stephan Linck: Der Ordnung verpflichtet: Deutsche Polizei 1933–1949. Der Fall Flensburg, Paderborn 2000, S. 276 (künftig Linck, Die Ordnung verpflichtet).

4 Linck, Die Ordnung verpflichtet, S. 289–290.

5 RA, Udenrigsministeriets Arkiv, LA FSS, 7.Y.36-121, 7.Y.50 (Slesvig), Tillægsberetning pr. 15. Januar 1946 om stilligen i Sydslesvig, 24.1.1946.

zur Minderheit. Bei einem V-Mann, der die Kriminalstatistik von Flensburg liefern konnte, wurde explizit darauf hingewiesen, dass er nicht der Minderheit angehöre.<sup>6</sup>

Schon im Sommer 1945 stellte die Flensburger Polizei eine Abteilung der Politischen Polizei wieder her.<sup>7</sup> Ihr Leiter war tatsächlich politisch unbelastet. Es handelte sich um den früheren Kriminalpolizisten Henry Ley, der 1933 als Sohn eines jüdischen Bankiers von den Nationalsozialisten entlassen worden war. Dies imponierte allerdings nicht den dänischen Nachrichtendienstkollegen, die in einer Notiz im Januar 1946 über den »Halbjuden und Sozialdemokraten« »Levy genannt Ley« festhielten, er sei »absoluter Gegner eines Anschlusses an Dänemark« und berichte daher regelmäßig »ausführlich über Anliegen der Minderheit« an den Oberpräsidenten Theodor Stelzer. Auch die britische Besatzungsbehörde versorgte er mit Informationen, damit sie »einseitig [negativ] über dänische Interessen« unterrichtet wurde. Insgesamt schlussfolgerte der dänische Nachrichtendienst, er würde alles Dänische herabwürdigen.<sup>8</sup> Als Ley im Folgejahr zum Chef der Flensburger Polizei befördert wurde, löste dies keine Freudetränen nördlich der Grenze aus, denn »Ley wird als Polizeichef von Flensburg gewiss einen Einfluss zu Ungunsten der Dänen geltend machen, und wahrscheinlich hat er in diesem Sinne einen besonderen Auftrag aus Kiel erhalten«, lautete die entsprechende Einschätzung.<sup>9</sup> Tatsächlich wurde bei der Beförderung Leys seine enge, »denkbar beste« Kooperation mit den britischen Dienststellen hervorgehoben.<sup>10</sup>

Wenige Monate nach Leys Ernennung schien sich der Verdacht der Dänen zu verhärten, denn eine »recht vertrauenswürdige Quelle« wusste zu berichten, dass auf Initiative des neuen Chefs ein V-Mann-Netz innerhalb der Institutionen der Minderheit entstehen sollte. Die Quelle behauptete, dass die Organisation der V-Männer sowohl Leys Arbeits- als auch Freizeit beanspruche. Vermutlich handelte es sich jedoch nicht um eine Ein-Mann-Initiative, denn Ley sollte sich in dieser Sache unter anderem mit Vertretern aus dem Handel sowie dem Landrat und dem späteren CDU-Ministerpräsidenten Friedrich Wilhelm Lübke austauschen.<sup>11</sup> Lübke hatte sich ursprünglich gegenüber den Bauern in Angeln 1945 für Dänemark eingesetzt, aber hatte gleich darauf seine Meinung geändert und wurde daraufhin einer der führenden deutschen Grenzkämpfer.<sup>12</sup> Andere Quellen des dänischen Dienstes bestätigten,

6 Rigsarkivet (RA), Udenrigsministeriets Arkiv, LA FSS, 7.Y.36-121, 7.Y. (Aabenraa Politi), Beretning fra nøgtern tysk (ikke mindretal) kilde, 15.8.1946; Beretning fra nøgtern tysk (ikke mindretal) kilde, 16.9.1946.

7 Ebenda, S. 232.

8 RA, Udenrigsministeriets Arkiv, LA FSS, 7.Y.36-121, 7.Y.50 (Slesvig), Ohne Titel, 5.1.1946.

9 RA, Udenrigsministeriets Arkiv, LA FSS, 7.Y.36-121, 7.Y. (Aabenraa Politi), Vedrørende Ændring i Ledelsen for Flensborg Politi, 18.2.1946.

10 Linck, Die Ordnung verpflichtet, S. 273–274.

11 RA, Udenrigsministeriets Arkiv, LA FSS, 7.Y.36-121, 7.Y. (Aabenraa Politi), Vedrørende formentlig opbygning af Meddelernet til Brug for Landsregeringen i Kiel, 1.4.1947.

12 Martin Klatt: Wiedervereinigung und Minderheit 1945-1955, in: Lars Henningsen (Hrsg.): Zwischen Grenzkonflikt und Grenzfrieden. Die dänische Minderheit in Schleswig-Holstein in Geschichte und Gegenwart, Flensburg 2011, S. 143–206, hier S. 150.

dass die Polizei schon in Kontakt mit Mitgliedern der dänisch gesinnten Partei Südschleswigscher Wählerverband (SSW) sowie anderer Gliederungen der Bewegung der dänischen Minderheit stand. Konkret wurde namentlich sogar ein Friseur erwähnt, der »häufig vertrauliche Gespräche außerhalb der Dienstzeit und bei geschlossenen Türen« mit Ley führte.<sup>13</sup> Im Frühling 1947 konnte der grenzüberschreitende Nachrichtendienst des Apenrader Polizeichefs Brix weiter berichten, dass die Flensburger »Geheimpolizei« dabei war, die Hintergründe der Lehrer an den dänischen Schulen in Südschleswig zu überprüfen, vermutlich um Hinweise zum antifaschistischen Widerstand während des Krieges feststellen zu können.<sup>14</sup>

Nachrichtendienstliche Strukturen der Landesregierung und ihre Aktivitäten sind für den Zeitraum von 1945 bis 1950 nur schemenhaft zu erkennen. Dabei treten mindestens die Polizei, die erwähnte Landesstelle für Heimatschutz sowie die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei in Erscheinung. Letztere ist jedoch aus Akten der dänischen Gegenspionage bekannt, der vereinzelt aus dem Jahr 1946 Dokumente aus diesem mutmaßlichen Proto-Nachrichtendienst der Landesverwaltung vorlagen.<sup>15</sup> Während das weitere Schicksal der Nachrichtenstelle weitgehend unklar blieb, erregte die Landesstelle für Heimatschutz in den Jahren 1947 und 1948 sogar unerwünschtes überregionales Interesse. So berichteten unter anderem die konservative dänische Hauptstadtzeitung *Berlingske Tidende* sowie die Provinzzeitung *Jyske Tidende* am 23. August 1947: »Kiel-Regierung nutzt Nazi-Methoden«.<sup>16</sup> Der Hintergrund für den aufsehenerregenden Artikel lässt sich im Archiv der dänischen Minderheit finden, denn knapp zwei Wochen zuvor war ihr eine Notiz aus dem schleswig-holsteinischen Finanzministerium zugespielt worden. Der Inhalt war eine Aufforderung des sozialdemokratischen Ministers, Dr. Richard Schenck, an die Kreisdirektoren von Flensburg, Schleswig, Niebüll, Eckernförde, Husum, Tönning und Rendsburg, »systematische Nachforschungen« einzuleiten, um festzustellen, inwieweit ehemalige Mitglieder der NSDAP im Südschleswigschen Verein (SSV, dänisch SSF), der Hauptorganisation der Minderheit, aufgenommen worden waren.

Da die Listen über die Mitglieder nicht für die Behörden zugänglich waren, forderte der Minister die Kreisdirektoren dazu auf, V-Leute zu suchen. Schenck hielt dies für eine lohnende Aufgabe, weil dem SSV von den britischen Besatzern auferlegt worden war, ehemalige Nazis nicht aufzunehmen. Dennoch hatte die Landesstelle für Heimatschutz Informationen beschafft, nach denen sowohl NSDAP-Mitglieder als

13 RA, Udenrigsministeriets Arkiv, LA FSS, 7.Y.36-121, 7.Y. (Aabenraa Politi), Vedrørende formentlig opbygning af Meddelernet til Brug for Landsregeringen i Kiel, 1.4.1947.

14 RA, Udenrigsministeriets Arkiv, LA FSS, 7.Y.36-121, 7.Y.50 (Slesvig), Nedenstående er Uddrag af Synspunkter og Information indhendet i Sydslesvig, o.D., S. 14.

15 RA, udenrigsministeriets arkiv, 7.Y (Aabenraa Politi): Efterretningstjeneste Nr. 10, 20.9.1946.

16 Kiel-Regeringen burger Nazi-Metoder, in: *Berlingske Tidende*, 23.8.1947; Kiel-Regeringen samler nu Oplysninger Sydslesvigs Forenings Medlemmer, in: *Jyske Tidende*, 23.8.1947.

auch ehemalige Amtsträger den Weg in den Bund der Minderheit gefunden hatten. Die Notiz demonstrierte somit, dass die Landesstelle bereits Ermittlungen durchgeführt hatte und diese nun mit einem V-Mann-Netz ausweiten wollte.<sup>17</sup> Diese Nachricht löste selbstverständlich Bestürzung in der Minderheit aus, die intern gleich die Parallele zur NS-Zeit zog, jedoch vor allem befürchtete, dass unter dem Deckmantel einer »Entnazifizierung« dänisch gesinnte Beamte aus der Landesverwaltung entfernt werden würden und dass die Landesregierung mit den ersehnten Informationen die Briten dazu bewegen würde, entweder Ermittlungen in den Mitglieder-Karteien des SSV durchzuführen oder dies der Landesbehörde zu gestatten.<sup>18</sup> Daher kann das Leak an die dänische Presse als Schutzmaßnahme betrachtet werden, damit die dänische Regierung Druck auf die britischen Besatzungsbehörden ausüben würde.

Nach den Veröffentlichungen in Dänemark wurden tatsächlich weitere Interna aus Schencks Umfeld von einem »George« der dänischen Minderheit zugespielt. Dabei ging es zum einen um die Abschrift eines Schreibens aus dem Jahr 1945, in dem sich Schenck als Flensburger SPD'ler an die britische Kommandantur wandte, um die Autorität der pro-dänischen SPD-Führung in der Fördestadt zu unterwandern.<sup>19</sup> Diese Nachricht deutete man in der Minderheit als Bemühung, sich schon früh als »Spitzel« den Briten anzudienen.<sup>20</sup>

Zum anderen ging es um eine mündliche Mitteilung, dass Schenck Ende Juni 1947 auf einer Sitzung mit Flensburger Wirtschaftsvertretern dazu aufgefordert hatte, hauptamtliche V-Leute für die Landesstelle für Heimatschutz für die Arbeit gegen die Minderheit zu gewinnen.<sup>21</sup> Schlussendlich handelte es sich um offizielle Aufzeichnungen einer Sitzung im Kieler Wirtschaftsministerium, jedoch ohne Hinweise auf die Landesstelle.<sup>22</sup>

Anfang September 1947 legte die dänische Presse dann nach, wobei sie sich auf einen anonymen britischen Nachrichtendienstler berief und berichtete, dass die Landesstelle unter Nutzung ehemaliger Gestapo-Leute Post an britische Dienststellen auffing und kopierte. Weiterhin wurde Schencks Brief von 1945 gegen die Flensburger SPD referiert.<sup>23</sup> Wenigstens die Hälfte dieser Geschichte war belegbar, während die zweite Hälfte womöglich dem Zweck diene, die Briten zu ködern.

Die Landesregierung nahm die unerwünschte Öffentlichkeit der bisher unbekannteren Grenzkampfbehörde im SPD-geführten Finanzministerium ernst. Deshalb antwortete Schenck am 24. September 1947 mit einer sehr umfassenden Darstellung in offensiver Form in der *Flensburger Tageszeitung* unter dem Titel »Was ist und was

17 Archiv der Dänischen Zentralbibliothek für Südschleswig (ADCB), I61-88.11, Notiz Betr. SSV, 26.6.1947.

18 ADCB, I61-88.11, Archiv-Notiz, Doktor Goebbels-Nachfolger in Kiel, 8.8.1947.

19 ADCB, I61-88.11, Brief von Richard Schenck an Military Government Flensburg, 5.9.1945.

20 ADCB, I61-88.11, Archiv-Notiz, Jetziger Kieler Minister als Stikker, 27.8.1947.

21 ADCB, I61-88.11, Archiv-Notz, 27.8.1947.

22 ADCB, I61-88.11, Niederschrift, 30.6.1947.

23 Tage Mortensen: Tysk spionage i Sydslesvig er også rettet mod Englænderne, in: Berlingske Tidende, 7.9.1947; Tysk Spionage mod Englænderne i Sydslesvig, in: Jyllandsposten, 7.9.1947.

will die Landesstelle für Heimatdienst?«. Bei dem Artikel handelte es sich vor allem um einen Angriff auf die sogenannten »Neudänen« und das »nationalistische Dänentum nördlich und südlich der Grenze«, das in seinen Augen von »ersten Anzeichen von deutscher Besinnung und Sammlung« aufgescheucht werde. Die Kritiker der Landesstelle im Kieler Landtag, insbesondere der Abgeordnete des Südschleswigschen Wählerverbands (SSW), wurden der Verzerrung und Übertreibung beschuldigt, und diese Partei, so Schenck, müsse allein gemessen an den Wahlerfolgen der NSDAP von 1933 in Schleswig statistisch von Nationalsozialisten durchsetzt sein. Weiterhin warf Schenck der Minderheit vor, rassistisches Gedankengut zu verbreiten. Die Landesstelle selbst wurde lediglich als eine Behörde zur wirtschaftlichen und kulturellen Förderung des Landesteils Schleswig dargestellt. In einem Punkt näherte sich Schenck fast prophetisch der Frage der Überwachung der Minderheit. Er stellte nämlich klare nationale Maßstäbe für das Schulwesen auf. Zum einen weigerte er sich, eine »deutsche Schulaufsicht in der Hand dänisch gesinnter Schulräte« zu dulden. Zum anderen forderte er von Lehrern an dänischen Schulen »vorbehaltlose Loyalität«. <sup>24</sup> Ohne es zu wissen, griff Schenck hier ein Thema auf, das im Fall »Karl Otto Meyer« 1952 zentral für die dänische Minderheit werden sollte.

Wenige Wochen später war die Landesstelle Geschichte. Lediglich kleine Zeitungsnotizen begleiteten ihr Ableben. <sup>25</sup> In der schleswig-holsteinischen Presse wurde die Auflösung der Behörde als »Kabinettsbeschluss« dargestellt. <sup>26</sup> Jedoch handelte es sich um einen Entschluss des Regional Commissioners Hugh Vivian Champion de Crespigny. Laut dem britischen Intelligence Office in Schleswig-Holstein hatte der Brite die »Sonderorganisation vom Finanzminister zu Beschaffung von Sicherheitsinformation zu den Grenzfragen« aufgelöst; gleichwohl waren sie nicht vollkommen davon überzeugt, der Landesregierung damit das Handwerk gelegt zu haben. Denn die Nachrichtendienstler sahen voraus, dass weder die dänische Presse noch der SSV durchschauen würde, dass diese Organisation »[ihr] Wirken im Verborgenen effektiv [fortsetzen]« würde. <sup>27</sup> Diese Wahrsagung sollte sich bald bewahrheiten, denn kurz darauf stellte die nordschleswigsche Zeitung *Slesvigeren* genau diese unbequeme Frage: Wo war die »Schwarze Liste« der nachrichtendienstlichen Erfassungen der Landesstelle geblieben und würden die Mitarbeiter der Landesstelle nun einfach unter neuer Tarnung ihre Arbeit fortsetzen? <sup>28</sup> Diese Einschätzung wurde tatsächlich von dem örtlichen britischen Nachrichtendienst geteilt, der mit Verweis auf die Mitar-

24 ADCB, I61-88.11, Abschrift aus Flensburger Tageblatt Nr. 76 vom 24. September 1947, »Was ist, und was will die Landesstelle für Heimatdienst?« von Landesminister Dr. Richard Schenck.

25 Opsigtvækkende beslutning om at opløse en fra dansk side stærkt angrebet institution, in: Nationaltidende, 21.10.1947; Demontagen. Landesstelle für Heimatdienst opløst, in: Flensborg Avis, 21.10.1947.

26 Kabinettsbeschluss zu Demontage in Schleswig-Holstein, in: Schleswig-Holsteinische Volkszeitung, 22.10.1947.

27 The National Archive (TNA), Foreign Office 1005-1725, Schleswig-Holstein Monthly Intelligence Summary, 31.10.1947, S. 10.

28 Dr. Schencks Gestapo-organisation forbudt af englænderne. Men hvad med arkiverne og de sorte lister, in: *Slesvigeren*, 7.11.1947; Landesstelle für Heimatschutz fortsætter illegalt, in: *Slesvigeren*, 5.12.1947.

beiter, die nun einfach in andere Teile der Landesverwaltung untergetaucht waren, vermutete: »Die Landesregierung erhält genau so viel Information über Südschleswig heute, wie die Landesstelle noch arbeitete.«<sup>29</sup>

Der Skandal um die Landesstelle wurde in der damaligen Zeit nicht aufgearbeitet. Auch ihre Akten sind bisher unauffindbar. Deswegen sind der konkrete Umfang und die Inhalte ihrer Erfassungen nicht rekonstruierbar, ebenso wenig wie das weitere Schicksal ihrer Mitarbeiter. Knapp zwei Jahre nach dem Ende des NS-Staates erinnerte die Affäre an die Gefahren der politischen Überwachung. Auch wenn das britische Intelligence Office der Minderheit eher sarkastisch einen »Verfolgungswahn« (»persecution complex«) zuschrieb, war dieser doch nachvollziehbar.<sup>30</sup> Gleichwohl kann es nicht überraschen, dass das neue Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) 1951 meldete, dass die Partei der Minderheit, der Südschleswigsche Wählerverband (SSW), aufgrund der in der NS-Zeit gemachten Erfahrungen beabsichtigte, geheime Mitgliederlisten einzuführen, da sie repressive Maßnahmen wie etwa Kündigungen befürchtete.<sup>31</sup>

## Briten, US-Amerikaner und Dänen

Parallel zu den ersten Schritten zur Etablierung deutscher nachrichtendienstlicher Tätigkeit in Schleswig-Holstein und der Überwachung der Minderheit tummelten sich weitere Nachrichtendienste auch im Grenzland, wobei ein Fokus auf der dänischen Minderheit lag. Dies ist wenig überraschend; schließlich entwickelte sich Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg als wichtigster Konfliktherd in Europa zu einer Spielwiese von Nachrichtendiensten aller Herren Länder. Mit Blick auf Schleswig und die dänische Minderheit gab es vor allem drei Akteure: Dänemark, Großbritannien und die USA. Diese drei Länder hatten selbstverständlich gänzlich unterschiedliche Perspektiven und Möglichkeiten. Die Briten kontrollierten als Besatzungsmacht das Land und verfügten dadurch sowohl über einen eigenen Apparat vor Ort als auch über einen Zugriff auf deutsche Stellen. Weiterhin verfügten die Briten – auch nach dem Ende der direkten Besatzung – über erweiterte Möglichkeiten zur Telefonüberwachung, unbürokratisch und ohne richterlichen Beschluss, was unter anderem die FDP im Land zu spüren bekam.<sup>32</sup> Für die Dänen gehörten vor allem Südschleswig und im weiteren Sinne Norddeutschland zu den primären Interessengebieten ihrer Dienste. Schließlich waren Südschleswig und die Rahmenbedingungen der dänischen Minderheit brennende nationale Fragen. Auch wenn die Quellenlage lückenhaft ist, ist belegt, dass die Dänen schon früh bestens mit Informationen versorgt waren.

29 The National Archive (TNA), Foreign Office 1005–1725, Schleswig-Holstein Monthly Intelligence Summary, 30.11.1947, S. 8.

30 TNA, Foreign Office 1005–1725, Schleswig-Holstein Monthly Intelligence Summary, 30.6.1948, S. 3.

31 LASH, Abteilung 613, AZ. 086, Informationsbericht Nr. 18, 18.6.1951.

32 Friis: Die Grenzregion und ihre Minderheiten, S. 203.



Auch wenn die operativen Details und die V-Leute heute nicht identifiziert werden können, belegen Hinweise in Dokumenten, dass Agenten sowohl aus der Minderheit als auch aus der Mehrheitsbevölkerung kamen. Für die US-Amerikaner, deren Besatzungszone in Süddeutschland und Bremen lag, bildete Schleswig-Holstein kein Kerninteresse. Dennoch sammelten auch sie fleißig Informationen aus dem Grenzland.

Bei aller Unterschiedlichkeit hatten die Dänen, die US-Amerikaner und die Briten gemeinsam, dass ihr Interesse an Insiderwissen aus Südschleswig auf der ungeklärten Grenzfrage beruhte. Denn der zukünftige Friedensschluss nach dem Krieg – der dann wegen des Kalten Krieges erst durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag 1990 zustande kam – ließ viele Fragen offen, darunter auch die Regelung der deutsch-dänischen Grenzfrage, die seitens der Alliierten zur Verhandlung stand. Die US-amerikanische Regierung hatte ursprünglich keine Präferenz bezüglich der Frage, ob die Grenze neu festgelegt, eine kleine Grenzänderung mit etwa 10 Kilometern Verlegung nach Süden erfolgen oder ganz Schleswig oder das Land bis zum Nord-Ostsee-Kanal von Dänemark annektiert werden sollte.<sup>33</sup> Die Sowjetunion hatte schon während des Krieges letztere Variante in Betracht gezogen, weil sie das zukünftige Deutschland schwächen würde.<sup>34</sup> Die Briten, die als örtliche Besatzungsmacht eine Ersatzstaatsmacht nach dem Zerfall des Deutschen Reiches darstellten, blickten ambivalent auf die Grenzfrage und damit auch auf die Minderheit. Zwar erhielt die Minderheit unmittelbar nach der Befreiung vom NS-Regime eine bevorzugte Position und Angehörige der Minderheit wurden in öffentliche Ämter berufen. Aber schon im Sommer 1945 kamen Misstöne auf, infolge derer die britischen Diplomaten in Kopenhagen zwischenzeitlich der Minderheit ihre Anerkennung absprachen.<sup>35</sup> Und im Jahr 1946 übte Großbritannien Druck auf die dänische Regierung unter Ministerpräsident Knud Kristensen aus. Obwohl er persönlich Befürworter einer Annexionspolitik war, musste er aus Rücksicht auf die Koalition die Linie vertreten, dass Dänemark keine Grenzänderung wünsche – eine Politik, die spätere Regierungen weiterverfolgten.<sup>36</sup>

Der internationale Stellenwert der Südschleswig- und Minderheitenfrage lässt sich unmittelbar an der Berichterstattung der US-amerikanischen CIA-Vorläuferorganisation Office of Strategic Services (OSS) erkennen, die ab Oktober 1945 unter dem Namen Strategic Services Unit (SSU) firmierte. Die Amerikaner operierten während des Krieges von einer sogenannten Station, also einer Residentur, an der US-Botschaft in Stockholm aus und unmittelbar nach dem Krieg dann aus Kopenhagen.<sup>37</sup>

33 National Archives (NARA), 6.7.1945 NAID 124047026, The Berlin Conference. Territorial Studies prepared by the Department of State for the Meetings of the Heads of Government, S. 71–72.

34 Peter Ruggenthaler/Thomas Wegener Friis: Sovjetunionen og Danmark efter Anden Verdenskrig. I lyset af kilder fra den sovjetiske ledelse, in: Jesper Jørgensen/Alexander Chubaryan/Andrei Sorokin/Thomas Wegener Friis (Hrsg.), Komintern og de dansk-sovjetiske relationer, Kopenhagen 2012, S. 292–321, hier S. 300.

35 Johan Peter Noack: Det sydslesvigske grænsespørgsmål, Bd. 1, Aabenraa 1991, S. 237–239.

36 Rasmus Mariager: I tillid og varm sympati. Dansk-britiske forbindelser og USA under den tidlige Kolde Krig. Kopenhagen 2006, S. 89–90.

37 Peer Henrik Hansen: Da Yankee'erne kom til Danmark. Fra verdenskrig til kold krig. Den amerikanske efterretningstjeneste og Danmark 1943–1946, Kopenhagen 2008, S. 166–173; Peer Henrik Hansen: Second to

Von diesem grenznahen Aussichtsposten flossen eine Menge Telegramme nach Washington. Sie teilten sich im Großen und Ganzen in drei Themen auf, nämlich das sowjetisch besetzte Baltikum, die ebenfalls sowjetisch besetzte Insel Bornholm sowie Südschleswig/Süddänemark/Schleswig-Holstein. Die amerikanischen Nachrichtendienstler in der dänischen Hauptstadt verfolgten mit anderen Worten vor allem umstrittene Regionen des Ostblocks, ehe sie sich zum Beispiel der Innenpolitik des Gastlandes zuwandten.<sup>38</sup>

Kaum war der Krieg zu Ende, sendete das OSS seine erste Meldung über die Minderheit nach Washington, in der es seine Skepsis darüber zum Ausdruck brachte, dass die Briten die dänisch Gesinnten nicht anerkannten und sich die Verbindungsaufnahme zur dänischen Regierung dadurch schwierig gestaltete. Obwohl diese einfache Meldung trivial erscheinen mag, war sie als besonders geheim eingestuft und durfte innerhalb der amerikanischen Verwaltung nicht ohne die Zustimmung der Nachrichtendienstler in Kopenhagen weitergereicht werden, was auf die politische Brisanz der Thematik hindeutete.<sup>39</sup> Kaum einen Monat später berichteten die OSS-Residenten von dem Zulauf in die dänische Minderheit, der sich in kürzester Zeit verdoppelt hatte, und erklärten dies damit:

»In ganz Südschleswig war die Bevölkerung während des Nazi-Regimes gezwungen, ihren deutschen Herren zu gehorchen. Jetzt sind ihre Augen nach Dänemark gerichtet. Eine Petition an die dänische Regierung wird derzeit vorbereitet, um die Bitte nach Befreiung von deutscher Kontrolle und die Wiederkehr nach Dänemark zu unterstützen.«<sup>40</sup>

Auffallend bei der Berichterstattung ist die relativ eindeutige Pro-Dänisch- beziehungsweise Pro-Minderheit-Perspektive, die die US-amerikanischen Nachrichtendienstler in ihren Meldungen einnahmen. Dies wurde besonders deutlich in einem etwas längeren »Survey« über die dänische und friesische Minderheit in Südschleswig, der gar mit einer »historischen Einführung« begann, die sicherheitshalber den dänischen Anspruch auf Schleswig mit dem sagenumwobenen König Hemming und dessen Grenzabmachungen mit Karl dem Großen untermauerte. Danach argumentierten sie, dass die 330.000 Schleswiger zwar ihre dänische Sprache verloren hätten, doch »die alte Tradition und die uralte Erinnerung an die Bindung an Dänemark immer noch lebendig in ihren Herzen« seien. Danach wurde für eine Trennung Schlesiens von Holstein plädiert, für den Flüchtlingsstopp aus den ehemaligen deutschen

None: US Intelligence Activities in Northern Europe 1943–1946, Dordrecht 2011, S. 202–206 (künftig zitiert: Hansen: Second to None).

38 Thomas Wegener Friis: Die Grenzregion und ihre Minderheiten im Blickfeld der Nachrichtendienste, in: Nils Abraham/Thomas Wegener Friis/Martin Göllnitz/Mogens Rostgaard Nissen (Hrsg.): Grenzgänger zwischen Deutschland und Dänemark. Geschichte und Gegenwart anerkannter Minderheiten, Bielefeld 2025, S. 195–216 (künftig zitiert: Friis: Die Grenzregion und ihre Minderheiten).

39 NARA, RG 226, Entry A1 108, Box 334, Treatment of the Danish Minority along the Danish Border, 24.5.1945.

40 NARA, RG 226, Entry A1 108, Box 334, Danish Minority South of the Border, 26.6.1945.

Ostgebieten argumentiert sowie die Besetzung von Führungspositionen mit Vertretern der dänischen und friesischen Minderheit anstatt mit alten Nazis empfohlen. Weitere Empfehlungen umfassten das Einstellen von Beschlagnahmen von Wohnungen, Möbeln, Autos oder Fahrrädern sowie die Erleichterung der Einreise von Lehrern aus Dänemark.<sup>41</sup> Dies hätte wie süße Musik in den Ohren nationalistischer Dänen und Angehöriger der Minderheit geklungen, die zu dieser Zeit noch auf eine Grenzänderung hoffen durften, hätten sie die geheime Berichterstattung über den Atlantik mitlesen können. Die Tendenz in den Berichten hatte wahrscheinlich folgenden naheliegenden Hintergrund: Der erwähnte Bericht sowie etliche weitere Berichte zu diesem Sachverhalt waren mit dem Decknamen »Berkshire/Windsor« als Quelle der Information versehen.<sup>42</sup> Unter dieser Bezeichnung versteckte sich der dänische militärische Nachrichtendienst, der zwar über die Verhältnisse in Südschleswig durch seine dortigen Quellen sehr gut informiert war und damit in der Lage war, die Amerikaner über jede kleinere Stadt oder jeden SSV-Ortsverband zu informieren, doch kaum als wertfrei gelten konnte. Mit anderen Worten gelang es den dänischen Nachrichtendienstlern durch kräftige und vielfältige Zuarbeit, ihre US-amerikanischen Kollegen zu beeinflussen. In einzelnen Fällen liegen die dänischen Berichte, die als Vorlage dienten, dem amerikanischen Material bei, was eine Erklärung für die offene und direkte Sprache in diesen Geheimanalysen sein kann. So wird beispielsweise im »23. Bericht zu Südschleswig« mit klaren Worten geschrieben: »Es erhärtet sich der Eindruck, dass die britischen Behörden trotz der Kundgebungen von [britischem Militärgouverneur Gail Patrick] Henderson alles tun, um die dänische Arbeit in Südschleswig zu erwürgen.«<sup>43</sup>

Die Perspektive der Briten war in der Tat grundsätzlich anders als die der Dänen und US-Amerikaner. Dies wurde recht deutlich in einem Sonderbericht des Schleswig-Holstein Intelligence Office aus dem Sommer 1946, der wiederum vom dänischen Dienst operativ beschafft wurde. Das zentrale Thema war die Situation in Südschleswig oder genauer gesagt »die Komplexität des Minderheitenproblems«, wie es die Briten formulierten.<sup>44</sup> Die zentrale Herausforderung der Briten war dabei der Wunsch, eine möglichst pragmatische und zurückhaltende Politik zu verfolgen und die sich anbahnenden Konflikte in der Region zu bewältigen. Das betraf auch den Konflikt zwischen der Minderheit und den nationalen Mehrheitsdeutschen, von denen – wie etwa dem oben erwähnten SPD-Finanzminister Schenck – die Briten letztendlich abhängig waren, wenn sie die Verwaltung in den Händen lokaler Kräfte belassen wollten.<sup>45</sup> Eine andere Konfliktlinie bestand für die Briten vis-a-vis der

41 NARA, RG 226, Entry A1 108, Box 214, Survey on the Danish and Friesian Minorities in Southern Schleswig, 12.12.1945.

42 Hansen: Second to None, S. 325.

43 NARA, RG 226, Entry 108 A, Box 68, 23. Beretning fra Sydslesvig, 25.4.1946.

44 RA, Udenrigsministeriets Arkiv, LA FSS, 7.Y.36-121, 7.Y. (Aabenraa Politi), The South Schleswig Association, 1.6.1946, S. 21.

45 Jessica von Seggern: Alte und neue Demokraten in Schleswig-Holstein. Demokratisierung und Neubildung

Regierung und Öffentlichkeit in Dänemark. Beide Probleme schienen die Briten nicht wirklich zu interessieren, doch sie waren als »Surrogats-Staatsmacht« zwangsläufig damit konfrontiert.

Die Unlust, sich mit den Spannungen zwischen den Bevölkerungsgruppen auseinanderzusetzen, brachte der britische Dienst prägnant auf den Punkt:

»Die Lösung der Probleme in Verbindung mit den Beziehungen zwischen Dänen und Deutschen in dieser Region ist den britischen Behörden der Provinz nicht leichtgefallen. Sie hatten keine klare Linie von der Militärregierung vorgegeben bekommen, und obwohl es einige Zugeständnisse an die dänische (Volks)Gruppe gab, hat es doch lange gedauert, bis eine offizielle Anerkennung zustande kam. Diese Unklarheit über den Status der dänischen Gruppe ist Anlass zu Missverständnissen beiderseits geworden. Regelmäßige Besuche aus dem britischen Außenministerium sowie von der Political Division der Control Commission Germany hätten Antworten zu den einzelnen Problemen in Bezug auf diese Frage geben sollen, aber keine zusammenhängende Richtlinie ist daraus entstanden.«<sup>46</sup>

Die Briten mit ihrer unklaren Politik in Kombination mit der komplexen Identitätsfrage wurden in der Praxis durch das schnelle Wachstum der Minderheit unter Druck gesetzt. Denn kaum waren die Briten nach dem Kriegsende in Schleswig-Holstein angekommen, wurden sie konfrontiert »mit der Hauptherausforderung [...] der Feststellung, wer überhaupt Mitglied der ›Minderheit‹ war und wer nicht.«<sup>47</sup> Und dabei verhedderten sie sich in der Diskussion, ob die neuen Mitglieder nun aufrichtig zu Dänemark oder Deutschland hielten, ob sie sich materielle Vorteile erhofften, ob sie die Flüchtlinge loswerden wollten oder ob sie lediglich die deutsche Kriegsschuld loswerden wollten.<sup>48</sup> Diese ohnehin schwierigen Fragen in einem historisch schwierigen Grenzland führten bei den Briten zu erheblichem Frust. Deshalb wurden Aktivisten der Minderheit als Extremisten abgestempelt.<sup>49</sup>

Diese pragmatische Herangehensweise der Briten stieß auf Unverständnis sowohl bei der Minderheit als auch beim dänischen Nachrichtendienst, weil sie nicht zu Unrecht als eine Identifikation mit der deutsch-schleswig-holsteinischen Mehrheitsposition wahrgenommen wurde. Dies kam unter anderem in einem Bericht des dänischen militärischen Dienstes aus dem Sommer 1946 zum Ausdruck, wonach alle Redakteure größerer Tageszeitungen in der britischen Besatzungszone eine Richtlinie von der britischen Pressezensur erhalten hatten, nach der sie gegen »separatistische Bewegungen« vorgehen mussten – eine Politik, die sich nicht zuletzt gegen die dänische Minderheit richtete. Die Irritation des dänischen Dienstes war spürbar, in-

einer politischen Elite auf Kreis- und Landesebene 1945–1950, Stuttgart 2005, S. 30.

46 RA, Udenrigsministeriets Arkiv, LA FSS, 7.Y.36-121, 7.Y. (Aabenraa Politi), The South Schleswig Association, 1.6.1946, S. 20.

47 Ebenda, S. 1.

48 Ebenda, S. 4.

49 Siehe Beispielsweise: The National Archive (TNA), Foreign Office 1005–1725, Schleswig-Holstein Monthly Intelligence Summary. 31.10.1947, S. 10.

dem er seine Überraschung darüber äußerte, dass »die Besatzungsmacht zum ersten Mal sich direkt für die Besiegten einsetzt und nationalistische Aktivitäten der Deutschen gegen einen anderen Alliierten befiehlt«. <sup>50</sup>

Die Auseinandersetzungen mit Dänemark machten die andere Flanke aus, die die Briten mit Irritation abdecken mussten. Dabei stellte das Intelligence Office fest, dass die Probleme mit den Dänen kurz nach Kriegsende kaum wahrnehmbar waren, denn »die Haltung der dänischen Koalitionsregierung, die gleich nach der deutschen Kapitulation die Macht übernahm, war, dass die Rechte der Minderheit in Südschleswig geschützt werden sollten, dass Dänemark jedoch darüber hinaus kein besonderes Interesse an der Region hatte.« <sup>51</sup> Auch wenn diese Einschätzung nicht vollkommen daneben lag, schloss sie eben nicht alle Gruppen ein und die Unterstützer der Minderheit sowie einer Grenzänderung waren sehr laut, wie etwa die pro-nationale Kleinpartei Dansk Samling (Dänische Einheit), die als »vokal« und »sehr lärmend« (»most noisy«) bezeichnet wurde. <sup>52</sup> Gerade die politische Formel jedoch, die auf der einen Seite der Minderheit ihre nationalen Rechte vor Ort zusicherte, während auf Staatsebene ein Verständnis in der Grenzfrage mit Kopenhagen angestrebt wurde, verfolgten die Briten und ihre Regierung in Kiel gemeinsam. Die doppelte Strategie zielte darauf ab, die Dänen zu einem klaren Bekenntnis zur Grenze zu bewegen, was 1949 in der Kieler Erklärung zur Sicherung der Rechte der Minderheit mündete, dem Vorläufer der Bonn-Kopenhagener Erklärungen.

Neben der Minderheitenfrage verfolgten sowohl die Briten als auch die US-Amerikaner und die Dänen auch andere Tagesordnungen in Schleswig-Holstein. Dabei standen anfangs vor allem die politischen und juristischen Aufräumaktionen, mit Festnahmen von Kriegsverbrechern sowie die Identifikation vermeintlicher Werwolf-Netzwerke im Zentrum. <sup>53</sup>

Eine eher zukunftsgerichtete Tätigkeit der westlichen Dienste war die Überwachung der norddeutschen Kommunisten. Für die Briten war sie ein fester Bestandteil ihrer geregelten Aufklärung der Stimmungslage im Land. Für die Dänen bestand ein etabliertes Interesse an den Kommunisten in Schleswig-Holstein und Hamburg, das auf die traditionelle Aufgabenstellung dänischer Nachrichtendienste in der Zeit vor dem Krieg zurückgeführt werden kann. Auch in dieser Frage ließen sich die US-Amerikaner von ihren dänischen Bündnisgenossen beraten. Dabei wiesen sie unter anderem auf die Verbindungen zwischen Kommunisten nördlich und südlich der Grenze hin. Besonders hoben sie den prominenten Flensburger Kommunisten Wilhelm Hennemann sowie dessen Gehilfen Karl-Heinz Lorenzen hervor. Die Wurzeln

50 RA, Udenrigsministeriets Arkiv, LA FSS, 7.Y.36-121, 7.Y. (Aabenraa Politi), Vedrørende de britiske besættelsesmyndigheders (Reg. Mil.) forhold, 13.6.1946.

51 RA, Udenrigsministeriets Arkiv, LA FSS, 7.Y.36-121, 7.Y. (Aabenraa Politi), The South Schleswig Association, 1.6.1946, S. 16.

52 Ebenda, S. 18.

53 Friis: Die Grenzregion und ihre Minderheiten, S. 201.

des letzteren in der Minderheit ließen die dänischen Nachrichtendienstler jedoch gegenüber ihren Kollegen aus.<sup>54</sup>

Die Amerikaner blieben allerdings nicht ohne eigene Mittel in Schleswig-Holstein. Spätestens Anfang der 1950er Jahre wurde die CIA durch ihr deutsches Tochterunternehmen, die Organisation Gehlen, auch in Schleswig-Holstein aktiv. Ihrem Residenten und ehemaligen SS-Obersturmführer Hans Sommer gelang es, sowohl in schleswig-holsteinische als auch in dänische kommunistische Milieus einzudringen.<sup>55</sup>

Neben den westlichen Diensten waren selbstverständlich auch Akteure aus Osteuropa auf der schleswig-holsteinischen Spionagebühne aktiv. Ihr Umfang und ihre Zielsetzungen in den späten 1940er und frühen 1950er Jahren sind bisher unklar. Die dänischen Nachrichtendienste vermuteten schon frühzeitig sowjetische und ostdeutsche Agenten in Südschleswig.<sup>56</sup> Letzteres stützte sich auf die Ermittlungen des dänischen Abwehrdienstes (Politiets Efterretningstjeneste), der von 1946 bis 1950 aus der sowjetischen Besatzungszone in Ostdeutschland konspirative Aktivitäten feststellen konnte, die ihre Fäden auch nach Flensburg zogen.<sup>57</sup>

Da weder die SBZ noch die DDR zu diesem frühen Zeitpunkt über einen Auslandsnachrichtendienst verfügte, könnten diese Aktivitäten entweder von den sowjetischen Diensten oder von geheimen Parteiaktivitäten der KPD/SED ausgegangen sein. Solche meldete der militärische Nachrichtendienst seinen amerikanischen Freunden 1946 mit dem Verweis darauf, dass die Flensburger KPD einen spezialgeschulten Kader aus dem Osten zugefügt hatte, der angeblich als Leiter der parteiinternen Nachrichtenarbeit fungierte. Nahezu gleichzeitig meinte er feststellen zu können, dass sowjetische Nachrichtendienstler involviert waren.<sup>58</sup>

Auch der regionale Nachrichtendienst in Apenrade befürchtete ein nachrichtendienstliches Interesse an der dänischen Minderheit,<sup>59</sup> wobei diese Vermutung lediglich auf der eher wackeligen Grundlage basierte, dass sich zwei Mitglieder der (nicht kommunistischen) Widerstandsbewegung in Kopenhagen mit sowjetischen Offizieren getroffen hatten. Die benannten Verdachtsmomente stützten sich jedoch nur auf westliches Material, Observationen und V-Leute in der Region. Die russischen Aktivitäten sowie die Unterstützung durch ihre Verbündeten bleiben bisher ein Forschungsdesiderat.

54 Siehe unter anderem: NARA, RG 226, Entry A1 108 Box 214: Activities of the Communist Party in Southern Schleswig, 5.1.1946; The Communist Party in Southern Schleswig, 30.1.1946; The Communists in Southern Schleswig, 5.3.1946.

55 Siehe den Beitrag von Bodo Hechelhammer in diesem Band.

56 NARA, RG 226, Entry A1 108 Box 214, Communist activities in Southern Schleswig, 23.2.1946.

57 Thomas Wegener Friis: Die DDR-Spionage in Dänemark, in: Aaron Jessen/Elron Mollenhauer/Karsten Biermann (Hrsg.): Grenzen überwinden. Die DDR, Dänemark und Schleswig-Holstein, Husum 2016, hier S. 152–197, hier S. 156.

58 RA, Udenrigsministeriets Arkiv, LA FSS, 7.Y.36-121, 7.Y. (Aabenraa Politi), Samlet beretning fra Sydslesvig 1.–31. August, 1946, 12.9.1946.

59 RA, Udenrigsministeriets Arkiv, LA FSS, 7.Y.36-121, 7.Y. (Aabenraa Politi), Politimesteren i Aabenraa til Justitsministeriet, (Oplysninger indsamlet af dansk politi syd for grænsen), 6.3.1937 S. 5.

## Der Verfassungsschutz und die Minderheit

Im Jahr 1952 wurde der damals junge Lehrer und spätere langjährige Landtagsabgeordnete des SSW, Karl Otto Meyer, von seinem Dienstherrn, dem Landesinnenminister Paul Pagel (CDU), aus seinem Amt an der dänischen Schule in Schafflund entlassen. Sein Vergehen war, dass er politisch negative Äußerungen im Ausland getätigt hatte. Er hatte bei einem Vortrag im dänischen Sonderburg die junge Bundesrepublik »eine Demokratie ohne Demokraten« genannt.<sup>60</sup> Auch wenn dies selbstverständlich eine polemische und zugespitzte Aussage war, war sie im Hinblick auf die eindeutigen NS-Kontinuitäten innerhalb der westdeutschen Funktionselementen nicht völlig unangebracht. Meyer konnte sich nach einem zähen juristischen Kampf in sein Amt zurückklagen und bewies damit paradoxerweise, dass die Bundesrepublik wenigstens »ein Rechtsstaat ohne Demokraten« war. Es besteht der Verdacht, dass Meyer überwacht wurde und die Behörden gerade solche Aussagen ermittelten, um die jungen südschleswigschen Aktivisten zu kontrollieren.

Zuständig für den engagierten jungen Minderheitenaktivisten wäre das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) gewesen, das in Schleswig-Holstein am 30. Mai 1950 in enger Abstimmung mit den britischen Besatzern gegründet wurde.<sup>61</sup> Da diese die Minderheit bereits fest im Blick hatten, wäre eine Übernahme dieser Praxis durch das LfV nachvollziehbar gewesen. Zudem hatte die SPD-Landesregierung mit der Landesstelle für Heimatschutz bewiesen, dass sie durchaus an einer Überwachung im Sinne des Grenzkampfes interessiert war. Dieses Interesse wurde nun mit dem Regierungswechsel ab 1950 zu Walter Bertram und ab 1951 zu Friedrich Wilhelm Lübke von der CDU verstärkt, zumal letzterer bereits als Scharfmacher gegenüber der Minderheit einer der wenigen Gegner der Kieler Erklärung von 1949 gewesen war.<sup>62</sup>

Welchen genauen Umfang die Überwachung hatte, lässt sich derzeit noch nicht feststellen. Das LfV hat dem Schleswig-Holsteinischen Landesarchiv zwar ein umfassendes Sacharchiv auf Mikrofiches überlassen, doch die Überlieferung weist entscheidende Lücken auf, die die Aufarbeitung der Arbeit des Nachrichtendienstes des Bundeslandes erheblich erschweren. Die operativen Akten fehlen selbstverständlich, da sie selten in westlichen Archiven für die Forschung freigegeben werden. Sie wandern oft zum Schutz der Quellen in den Schredder. Überraschender ist, dass fast keine Hinweise zum Personal aufbewahrt worden sind, weshalb sich auch die personelle und politische Zusammensetzung des Dienstes nur mühsam rekonstruieren lässt. Es ist jedoch klar, dass das LfV anfangs eine durchaus überschaubare Einheit darstellte. „Sein Dienstleister ließ sich dadurch allerdings nicht bremsen: Vom ersten bis zum zweiten Jahr seines Bestehens erhöhte sich die Anzahl der geheimdienstlich er-

60 Mogens Rostgaard Nissen: Karl Otto Meyer. Politiker, publicist, polemiker, Odense 2018, S. 80.

61 Siehe den Beitrag von Carsten Müller-Boysen in diesem Band.

62 Martin Klatt: Genforening og mindretal 1945, in: Lars Henningsen (Hrsg.): Sydslesvigs danske historie, Flensburg 2009, S. 221.

*Karl Otto Meyer als junger Lehrer und Aktivist Anfang der 1950er Jahre. Später war er langjähriger Landtagsabgeordneter des SSW und Chefredakteur der dänischsprachigen Zeitung Flensburg Avis. Seine Kündigung als Lehrer im Jahr 1952 durch den CDU-Innenminister Paul Pagel wegen einer Rede in Dänemark lässt die Frage aufkommen, seit wann und in welchem Umfang der junge südschleswigsche Aktivist vom LfV überwacht wurde (Archiv der Dänischen Zentralbibliothek für Südschleswig).*



fassten Personen in Schleswig-Holstein von 5.000 auf 25.000, während die lediglich 16 hauptamtlichen Mitarbeiter die Anzahl der V-Leute vervierfachen konnten. Mit überschaubaren Ressourcen legten die Kieler Verfassungsschützer nicht weniger als 400 »Operative Vorgänge« über 300 Parteien und Organisationen an.<sup>63</sup> Die Effizienz des jungen LfV lässt auf eine gewisse Erfahrung mit nachrichtendienstlicher Arbeit schließen. Der erste Leiter des Dienstes, Otto Wollenberg, verfügte tatsächlich über fachmännisches Wissen, und zwar aus einer Ecke, die für westdeutsche Nachrichtendienstler absolut überraschend war. Der Sozialdemokrat Wollenberg hatte nämlich Erfahrungen im nachrichtendienstlichen Apparat der KPD gesammelt.<sup>64</sup> Bei seinen Mitarbeitern handelte es sich wahrscheinlich eher um traditionelle sogenannte »Fachleute« aus der Kripo, Gestapo, dem SD und der Abwehr der Wehrmacht. Zeitgenössische Eindrücke von außen lassen tatsächlich keine eindeutige Einordnung der schleswig-holsteinischen Verfassungsschützer zu. Denn die vorhandenen Eindrücke der Briten und der Organisation Gehlen sind unterschiedlich. Die Briten, die die Auswahl der Mitarbeiter zumindest begutachtet hatten, schienen den LfV-Kadern nicht unbedingt volles Vertrauen zu schenken. Sie begründeten ihre Skepsis mit der »Anfälligkeit für den Einfluss durch rechtsextreme Kräfte«. Dies führte dazu, dass die

63 LASH, Abteilung 613, AZ. 086, Informationsbericht Nr. 14/52, 7.4.1952.

64 Hermann Weber/Andreas Herbst: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 2008, S. 1046.



Briten die LfV-Einschätzungen zum rechtsextremen Spektrum als »un glaublich« einstufen, während dessen Einsatz gegen links von einer »gefährlichen Leichtgläubigkeit geprägt« gewesen sein soll.<sup>65</sup> Seitens der Gehlen-Leute ging das Gerücht um, die Schleswig-Holsteiner seien »inkompetent [und] SPD-Spitzel«.<sup>66</sup>

Zu den erfassten Institutionen gehörten auf jeden Fall sowohl der Südschleswigsche Verein (SSF) als auch der Südschleswigsche Wählerverband (SSW). Damit lässt sich feststellen, dass sich das LfV weder durch die Vertretung der Partei im Landtag noch ihre Vertretung im Bundestag (bis 1953) von der Überwachung abhalten ließ. In den dazugehörigen Sachakten sind jedoch vor der Verfilmung eindeutig sehr gründliche Aktensüberungen vorgenommen worden. So ist lediglich eine Sachakte zur SSW-Partei aus den Jahren 1952 bis 1959 überliefert worden, die zudem inhaltlich sehr dünn ist. Das wenige vorhandene Archivmaterial zeigt jedoch, wie verräterisch selbst solche Akten sind. Obwohl sich das LfV große Mühe gegeben hat, die Überwachung zu verschleiern, enthält die überlieferte Akte viele Hinweise auf die ursprüngliche Größe des Archivs. So ist erkennbar, dass es nicht nur eine Akte zum SSW gegeben hat, sondern dass mindestens die SSW-Kreisorganisationen und die »Dänische Jugendschaft« als selbstständige Organisationen in gesonderten Akten erfasst waren, die aber zum vernichteten Teil des Archivs gehören.<sup>67</sup>

Das Archiv enthält auch viele Hinweise auf das Karteikartensystem, das ursprünglich das »Gehirn« des LfV darstellte. Schlussendlich war und ist die Klärung der Frage »Wer ist wer?« ein zentraler Kern der Arbeit jedes Nachrichtendienstes. Die Karteikarten waren deshalb das wichtigste Werkzeug für die Arbeit des LfV. Sie hätten Aufschluss darüber gegeben, wie viele und welche Personen insgesamt vom LfV erfasst waren. In der bereinigten Überlieferung zur dänischen Minderheit gibt es Hinweise darauf, welche von den Mitarbeitern in den Karteien auffindbar waren. Denn als nachvollziehbare Praxis enthalten etliche Dokumente handgeschriebene Markierungen (in der Regel ein »K« für Karteien) bei bereits erfassten Personen. Anhand solcher Notizen lässt sich auch feststellen, dass eine Erfassung von Karl Otto Meyer vorlag. Eine Markierung seiner Person findet sich unter anderem in einem überlieferten Bericht des SSW über seine Delegiertenkonferenz in Eckernförde aus dem Jahr 1959. Außer Meyer nahmen 92 Personen teil, von denen 73 schon beim LfV erfasst waren, darunter zum Beispiel der ehemalige Vorsitzende des SSF, Niels Bøgh Andersen, der friesischer Landtagsabgeordneter Berthold Bahnsen, die ehemaligen Landtagsabgeordneten Samuel Münchow, Christian Mahler und Ivar Callø sowie zentrale Organisationsleute wie beispielsweise der Sekretär des SSF, Nis Petersen, aber auch weitaus weniger profilierte Aktivisten der Minderheit. Nur vereinzelt galten die Anwesenden als unbekannt und konnten vom LfV nicht identifiziert werden.

65 TNA: FO 1006/281, Progress of the LfV in the past year, 20.8.1951.

66 NARA, RG 263, Flegel, Arwed, Telegramm von SR Rep Bonn to CIA, Director, 4.5.1953.

67 Siehe unter anderem: LASH, Abt. 613, AZ. 21-32, Teilnahme der SSW Funktionäre aus Schleswig am Stadttag in Dresden, 6.10.1956.

Andere Unbekannte konnten namentlich festgestellt und somit für die weitere Verwendung in die Karteien aufgenommen werden.<sup>68</sup> Die Karteien des LfV sind daher für die Einschätzung der Intensität und Dauer der Überwachung von großer Bedeutung. Dass sie ursprünglich nicht mit den Mikrofilmen an das Landesarchiv abgegeben wurden, könnte nicht zuletzt daran liegen, dass sie ihre Bedeutung für die Arbeit des Dienstes vermutlich erst deutlich später verloren haben als die historischen Sachakten. Deshalb besteht die Hoffnung, dass sie noch beim Dienst aufbewahrt werden und noch nicht vernichtet worden sind.

Ein Kuriosum der Delegiertenkonferenz des SSW im Jahr 1959 ist, dass der Tagesordnungspunkt »Kassenbericht« ausdrücklich als »äußerst geheim« gekennzeichnet war, was er offenbar nicht lange blieb. Der Grund dafür war vermutlich, dass er zeigte, dass lediglich 3.000 von den 41.904 Mark Gesamteinnahmen von den Mitgliedern stammten. Was das LfV zudem interessierte (weshalb es auch doppelt unterstrichen war), war die Feststellung, dass »man sich ernsthafte Gedanken machen muss, um bei den kommenden Friedensverhandlungen die Forderung des SSW anzubringen, eventuell mit Hilfe des Mutterlandes!«<sup>69</sup> Die Friedensverhandlungen nach dem Zweiten Weltkrieg wurden nie Realität, aber in dem brisanten Kontext der zu diesem Zeitpunkt drohenden Berlin-Krise, die von der Sowjetunion ausging, war die Internationalisierung der Südschleswig-Frage sehr wahrscheinlich weder im westdeutschen noch im dänischen Interesse. Auch seitens des LfV galt der Bericht aus dem Jahr 1959 wegen des Quellenschutzes als sehr geheim, welcher einleitend hervorgehoben wurde. Vermutlich hätte der V-Mann, der die Interna aus dem SSW beschafft hatte, anhand dieser Information identifiziert werden können. Im konkreten Fall handelte es sich nicht um einen Teilnehmer der Delegiertenkonferenz, sondern um eine Person »mit Kontakt zu Funktionären des SSW.«<sup>70</sup> Die V-Männer sind generell in den Berichten des LfV anonymisiert, jedoch wird ihre Nähe zum Überwachungsobjekt und zu konkreten Ereignissen beschrieben. Beispielsweise wurde notiert: »VM hat Kontakt zu SSW/SSV [Südschleswiger Verein]« oder »VM hat Kontakt zu SSW-Funktionär« oder »VM hat durch Teilnahme Kenntnis.«<sup>71</sup> Somit lässt sich feststellen, dass das LfV noch Ende der 1950er Jahre eine Reihe verschiedener V-Leute gegen die Organisationen der dänischen Minderheit einsetzte. Die durchgehende Nutzung mehrerer V-Leute gegen die dänische Minderheit war ein Wesensmerkmal der Arbeitsweise des LfV. Nördlich der Grenze war der dänische Nachrichtendienst zu diesem Zeitpunkt dazu übergegangen, lediglich offen zugängliches Material bei der Überwachung der deutschen Minderheit zu nutzen.<sup>72</sup> Neben den V-Leuten verfügte das LfV

68 LASH, Abteilung 613, AZ. 21-32, Betr. Delegierten Versammlung der SSW am 2.5.1959 in Eckernförde.

69 Ebenda, S. 8.

70 Ebenda, S. 1.

71 LASH, Abteilung 613, AZ. 21-32, Siehe u. a. Betr. Extraordinäre Landesversammlung des Südschleswiger Wähler Verbandes, 3.8.1957.

72 PET-Kommissionens beretnings Bd. 11. PET's overvågning af den yderste højrefløj 1945-1989, Kopenhagen 2009, S. 50, 58-59, 62; Siehe auch den Beitrag von Jon Thulstrup in diesem Band.

auch über andere Ressourcen, die es hin und wieder zur Überwachung der Minderheit einsetzen konnte, nämlich die örtliche Polizei. Die Polizei sollte zwar mit der Gründung des Verfassungsschutzes ihre nachrichtendienstlichen Aufgaben an die neue Behörde abgeben und die Aufgabengebiete von Verfassungsschutz und Polizei sollten auch sonst klar getrennt sein.<sup>73</sup> Aber Berichte, die aus dem Jahr 1954 überliefert sind, zeigen, dass die Polizei in Flensburg, Schleswig und Husum mit Diensthilfe bereitstand, wenn das LfV einen Überblick über die Aktivitäten der Organisationen der dänischen Minderheit und die Anzahl der Teilnehmenden ihrer Veranstaltungen brauchte.<sup>74</sup>

Die Informationen in der Sachakte zum SSW beginnen 1952 und umfassen in den ersten vier Jahren 1952 bis 1956 lediglich Zeitungsausschnitte. Dies bedeutet jedoch keineswegs, dass die dänische Minderheit erst einige Jahre nach der Gründung des LfV in den Fokus genommen wurde. Zur Klärung der frühen Überwachung ist ein anderer Teil der Akten des Verfassungsschutzes im Land von Nutzen. Dieser beinhaltet sogenannte »Final Intelligence«, also Berichte an die politischen Auftraggeber. Seit September 1950 erhielten der Ministerpräsident, der Innenminister sowie dessen zuständiger Landesdirektor regelmäßige Informationsberichte. Diese waren nach einem festen Muster aufgebaut, beginnend mit fünf Kapiteln zu kommunistischen Organisationen oder sogenannten »Tarnorganisationen«. Abschnitt 6 setzte sich mit »besonderen, den Aufgabenkreis des LfV berührenden Ereignissen bei den demokratischen Parteien« auseinander, gefolgt von fünf Abschnitten zu Soldatenorganisationen und Gruppen aus dem extrem rechten Spektrum.<sup>75</sup> Die Organisationen der dänischen Minderheit wurden unter Punkt 6 behandelt, tauchten jedoch in der Berichterstattung des Verfassungsschutzes an die Landesoberen nur gelegentlich auf. Diese Berichte an die politischen Auftraggeber demonstrieren erstens, dass die Überwachung schon mit den ersten Aktivitäten des LfV begann, und zweitens geben sie einen Einblick in die Denkweise des Dienstes darüber, was in seinen Augen als besonders verdächtig erschien. In den ersten paar Jahren seiner Existenz berichtete das LfV in diesem Format unter anderem im Mai 1951 über eine Unterschriftenaktion des SSW gegen die Remilitarisierung der Bundesrepublik in der Flensburger Nordstadt. »Die Werber« des SSW, wie sie das LfV nannte, argumentierten dafür, »dass die ›Südschleswiger« es ablehnen müssten, in einer deutschen Wehrmacht zu dienen.«<sup>76</sup> Die Minderheit trat somit in einer Frage in Erscheinung, die klassisch links behaftet war. Das Bild, das dadurch von der Minderheit entstand, entsprach einem traditionellen Feindbild. Dieses Leitmotiv trat wiederholt in den LfV-Berichten zutage, in denen über »Querverbindungen zwischen der Kommunistischen Partei und der SSW-Zeitung«

73 Siehe den Beitrag von Carsten Müller-Boysen in diesem Band.

74 LASH, Abteilung 613, Az. 24-37, Polizei-Inspektion Husum an LfV: Betr. Jahrestreffen SSV, 1954; Pol. Insp. Schleswig-LfV: Dänisches Jahrestreffen, 1954; Polizeiabteilung I 72: Tagesbericht über wichtige Ereignisse, 14.6.1954: Jahrestreffen des SSV (Flensburg).

75 LASH, Abteilung 613, AZ. 086, Vermerk zum Ministerbericht, Informationsbericht 39, 16.8.1951.

76 LASH, Abteilung 613, AZ. 086, Informationsbericht Nr. 29, 25.5. 1951.



*Die dänische Zentralbibliothek für Südschleswig in der Norderstrasse in Flensburg, wo der ehemalige dänische Nachrichtendienstler H. M. Lunding 1964 seinen Vortrag hielt, mit einem unidentifizierten deutschen Kollegen im Publikum (Archiv der Dänischen Zentralbibliothek für Südschleswig).*

spekuliert oder gar behauptet wurde, dass die Linie der deutschsprachigen Zeitung der dänischen Minderheit, der *Südschleswigschen Heimatzeitung*, maßgeblich von einem Beauftragten der Flensburger Kommunistischen Partei beeinflusst werde.<sup>77</sup> Dasselbe Leitmotiv wurde bedient, als das LfV seinen Ministern berichtete, dass eine Stadtverordnete des SSW im August 1952 mit Vertretern des Kommunistischen Demokratischen Kulturbundes zusammentraf.<sup>78</sup>

Während der Zeitpunkt des Beginns der Überwachung somit festgestellt werden kann, ist das Ende der Überwachung aufgrund der lückenhaften Archivbestände schwerer zeitlich einzugrenzen. Es ist anzunehmen, dass das Interesse des LfV an der dänischen Minderheit in den 1960er Jahren im Zuge der Entspannung im Grenzraum nachließ. Ein Bericht des V-Mannes Nr. 2004/I zu einem Vortrag des ehemaligen Verbindungsoffiziers in Südschleswig und langjährigen Chefs des dänischen militärischen Nachrichtendienstes, Oberst H. M. Lunding, in der Dänischen Zentralbibliothek in Flensburg 1964 belegt jedoch zum einen, dass das LfV nicht nur zu diesem recht späten Zeitpunkt aktiv war, fast zehn Jahre nach den Bonn-Kopenhagener Erklärungen, die zur Entspannung der Minderheitsfragen im Grenzland dienten. Zum anderen zeigt der Bericht, dass das LfV immer noch mit V-Leuten gegen

77 LASH, Abteilung 613, AZ. 086, Informationsbericht 45, 22.10.1951; Informationsbericht Nr. 1, 5.1.1952.

78 LASH, Abteilung 613, AZ. 086, Informationsbericht 38. 3.8.1952.

die Minderheit vorging und sich nicht darauf beschränkte, lediglich Presseberichte auszuwerten. Der Bericht demonstriert ferner, dass sich der Verfassungsschutz auch fortdauernd für Einzelpersonen der Minderheit interessierte. Unter den namentlich benannten Zuhörern im Bericht waren unter anderem fünf Lehrer am dänischen Gymnasium Duborg-Skolen und ein Pastor. Die Identitäten der Teilnehmer wurden im Nachhinein an das Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln weitergeleitet.<sup>79</sup>

Die Analyse der Überlieferungen ermöglicht erste wesentliche Erkenntnisse im Hinblick auf die fortgesetzte Überwachung der dänischen Minderheit durch den Nachrichtendienst der Mehrheitsgesellschaft in der Grenzregion. Sie wirft jedoch auch wichtige Fragen auf. Erstens zum Verbleib zentraler Quellen, wie etwa der Karteien des Verfassungsschutzes, und zweitens zu den Partnern des LfV. Vereinzelt deuten Quellen auf andere Institutionen hin, die für die weitere Aufarbeitung der Überwachung im Grenzland von Bedeutung sein könnten. Hinweise des Bundesamtes für Verfassungsschutz an die Kollegen in Kiel zeigen, dass auch diese die Minderheit im Blick behielten.<sup>80</sup> Ein anderer nennenswerter Hinweis in den Akten ergibt sich aus der Berichterstattung des LfV über die Reise einer siebenköpfigen Delegation von SSW-/SSF-Aktivisten aus dem Jahr 1957, vornehmlich aus der mittleren Funktionärebene, die im Sommer auf Einladung Schwerin, Cottbus und Dresden besuchte. Zwei V-Männer wussten davon zu berichten: einer »mit Verbindungen zu SSW/SSV« und einer durch ein »Gespräch mit dem Delegationsleiter«. <sup>81</sup> Auch wenn der SSW-Landessekretär, Hermann Bornholdt, einen Reisebericht dazu veröffentlichte, war die Reise an sich wenig aufsehenerregend. Spannend ist jedoch, dass der Chef des LfV, Gerhard Kieschke, danach den Leiter der Gemeinschaft Deutsches Schleswig (ADS), Christian C. Christiansen, in einem Brief über die Namen und Adressen von vier Teilnehmenden der DDR-Reise informierte.<sup>82</sup> Die Verbindung zu Christiansen, der unter anderem auch mit Lübke und Schenck zu dem Kreis der Gründer des Deutschen Grenzausschusses gehörte, ist vielleicht an sich nicht so verwunderlich.<sup>83</sup> Schließlich war er ein wichtiger gesellschaftlicher Interessenvertreter der deutschen Grenzarbeit. Verwunderlich ist eher der Weg, den die Informationen nahmen, also dass nicht Christiansen die Verfassungsschutzinformationen über die Minderheit beisteuerte, sondern dass das LfV seine operativ beschafften Informationen mit einer politischen Persönlichkeit teilte, die kein Amtsträger war. Es bleibt eine offene Frage, seit welchem Zeitpunkt dieser Geheimkanal der Grenzarbeit bestand und welche Informationen sonst noch darüber flossen.

79 LASH, Abteilung 613, AZ. 529, Vortrag Oberst a.D. Hans Lunding in Flensburg, 20.2.1964.

80 LASH, Abteilung 613, Az 130-160 K.1, Dänische Interessen in Helgoland und im Nordschleswigschen Grenzgebiet, 8.5.1952.

81 LASH, Abteilung 613, Az. 24-37, Betrifft SSW/SSV-Delegation aus Schleswig in die SBZ, 3.7.1957.

82 LASH, Abteilung 613, Az. 24-37, Kieschke an Konsul C. C. Christiansen, 20.7.1957.

83 Matthias Schartl: »Als Störenfried nicht gern gesehen«. Der Grenzfriedenbund zwischen Kieler Erklärung und konservativ-bürgerlichen Grenzverbänden, in: Grenzfriedenshefter 47 (2000), H. 1, S. 7–28, hier S. 19

## Schlussbetrachtungen

Dieser Beitrag stellt eine erste Analyse der besonderen Aufmerksamkeit dar, die mindestens fünf Nachrichtendienste aus drei Ländern der dänischen Minderheit nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges 1945 schenkten. Dabei ging das Interesse der Dienste Hand in Hand mit den außenpolitischen Prioritäten ihrer Auftraggeber, weshalb die ersten Jahre nach dem Krieg einen Höhepunkt der nachrichtendienstlichen Anstrengungen in der Region darstellten. Mit dem Kalten Krieg verlagerte sich die Konfliktzone in Schleswig-Holstein von der deutsch-dänischen Grenze zur Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Aufgrund der deutsch-deutschen Konflikte musste der traditionelle Grenzkampf zugunsten der Auseinandersetzung mit den Kommunisten weichen. Dies war jedoch ein schleicher Prozess, der mitunter Jahrzehnte dauerte, bis altgewachsene Feindbilder so weit abgebaut waren, dass auch nachrichtendienstlich das Feld geräumt wurde. Dieser Prozess der Entspannung wurde sicherlich dadurch verzögert, dass es Vorstellungen im LfV gab, die dänische Minderheit sei mit den Kommunisten verbunden. Ein präziser Schlusspunkt der Überwachung der dänischen Minderheit durch das LfV kann wegen der vorgenommenen Aktenvernichtungen sowie der fehlenden Abgabe der Karteien des Dienstes nicht ermittelt werden.

Die Geschichte der Überwachung der dänischen Minderheit zeigt sowohl die Schwächen als auch die Stärken der Nachrichtendienstgeschichte auf. Auf der einen Seite weisen alle genutzten Archivbestände erhebliche Lücken auf, während manche, wie die zur Nachrichtenstelle der Landesregierung, kaum auffindbar waren. Auf der anderen Seite kompensieren sie sich zum Teil gegenseitig, weil sich die Dienste sowohl zum Teil austauschten als auch versuchten, Freund und Feind in Schach zu halten. Dadurch ergeben sich oft ungerade Wege zu neuem Wissen, auch wenn verschlossene oder vernichtete Archive scheinbar die Forschung auflaufen lassen. Daher ist auch die geheimdienstliche Geschichte der Minderheiten im Grenzland noch nicht vollständig geschrieben.

## Nach 1945

### Neustart der deutschen Minderheit in Dänemark zwischen Überwachung und Akzeptanz

Der Fakt, dass nationale, ethnische, politische oder religiöse Minderheiten oft von ihrem jeweiligen Staat in der Vergangenheit und höchstwahrscheinlich bis in die Gegenwart überwacht wurden beziehungsweise werden, sollte niemanden überraschen. Ihr Anderssein kann als eine Herausforderung für die Mehrheitsgesellschaft empfunden und in bestimmten Fällen sogar als eine Art des Extremismus eingeschätzt werden. Daher kann der Umfang der politischen Überwachung oder umgekehrt der Akzeptanz dieser Minderheiten auch als Lackmestest der Reife und des Selbstvertrauens von demokratischen Gesellschaften dienen. Gerade nationale Minderheiten in Grenzregionen sind traditionell mit Argwohn betrachtet worden, denn allein durch ihre Existenz könnten sie als Legitimation für eine Grenzrevision genutzt werden. Die Assimilation der Minderheiten und somit die Herstellung eines ethnisch einheitlichen und abgegrenzten Nationalstaates waren daher das Ziel nationalistischer Kämpfer des Grenzkampfes – auch im deutsch-dänischen Grenzland.

Demgegenüber sind die Minderheiten keine passiven Zuschauer, sondern auch selbst Akteure, die durch ihr Handeln aktiv zu Misstrauen oder auch der Bildung von Vertrauen beitragen können. Gerade die Geschichte der deutschen Minderheit in Nordschleswig verdeutlicht diesen Aspekt. Durch ihre Befürwortung einer Revision der 1920 entstandenen Grenze brachte sie sich in eine separatistische Position, die zwar in einem demokratischen Staat zulässig ist, traditionell aber die Aufmerksamkeit nationaler Nachrichtendienste mit sich bringt. Durch die schnelle »Selbstnazifizierung« der Minderheitenorganisationen lieferte sie gewissermaßen freiwillig mit dem Rechtsextremismus einen Grund für eine Überwachung. Die Zeit der deutschen Besatzung von Dänemark brachte eine offen ausgetragene Illoyalität von weiten Teilen der deutschen Minderheit gegenüber dem dänischen Staat, dessen Bürger sie waren, mit sich. Dies manifestierte sich unter anderem in der individuellen Mittäterschaft im Rassenkrieg der Nationalsozialisten durch SS-Freiwillige sowie in einer Mitwirkung im deutschen Repressionsapparat im besetzten Dänemark.

Aus einer Staatssicherheitsperspektive machte das Jahr 1945 einen absoluten Nullpunkt im Vertrauen gegenüber der deutschen Minderheit aus, weswegen auch weite Teile von ihr interniert wurden. Für die dänischen Nachrichtendienste war die Fortsetzung der Überwachung der deutschen Minderheit nach dem Zweiten Weltkrieg selbstverständlich. Unter den Augen der achtsamen dänischen Behörden begann aber ein Prozess, der zwar nicht unwidersprochen blieb, aber durch die Anerkennung

der Grenze und der Demokratie die Bleibeperspektive der deutschen Minderheit in Dänemark sichern sollte. Dieser Prozess wurde von dänischen Nachrichtendienstlern begleitet, deren Vorgehen gegenüber der deutschen Minderheit sich im Zuge der Entschärfung des deutsch-dänischen Grenzkonfliktes allmählich veränderte. Der vorliegende Betrag verfolgt diesen Prozess vom Kriegsende bis zum Ende der Überwachung und soll einen Eindruck darüber vermitteln, wer in welchem Umfang in Dänemark Vertreter der deutschen Minderheit überwacht hat.

## NS-Zeit der Minderheit

Um die grundsätzlichen Spannungen, die nach dem Kriegsende zwischen Minderheit und Mehrheit in Nordschleswig bestanden, zu verstehen, muss ein Blick in die Zeit von 1933 bis 1945 geworfen werden. Ab der Machtübernahme Adolf Hitlers in Deutschland unterzog sich die Minderheit in den darauffolgenden Jahren sukzessiv und kontinuierlich einer Gleichschaltung mit dem NS-Deutschland. Es entstand gewissermaßen eine Kopie des Aufbaus der deutschen Gesellschaft in einer kleineren Version in der deutschen Minderheit in Dänemark.<sup>1</sup> Nach dem deutschen Vorbild wurden eine Hitlerjugend und ein Bund Deutscher Mädel in der Minderheit eingerichtet – hier jedoch mit den Namen Jungenschaft und Mädchenschaft. Diese trugen insbesondere zur nationalsozialistischen Erziehung der Kinder und der Jugend in der Minderheit bei – unter anderem auch, weil ihre Lehrer oftmals zugleich auch ihre Jungenschaftsführer beziehungsweise Mädchenschaftsführerinnen waren.<sup>2</sup>

Demzufolge waren die Kinder und Jugendlichen aus den Reihen der Minderheit über weite Teile des Tages der NS-Propaganda ausgesetzt und meldeten sich den Erwartungen entsprechend nach der Besetzung Dänemarks durch die Wehrmacht am 9. April 1940 mit Begeisterung freiwillig zum Kriegsdienst in den deutschen Truppen. Da Dänemark unter der Aufsicht der Schutzstaffel (SS) stand, konnten sich ausländische, das heißt auch die dänischen, Staatsbürger bis 1942 ausschließlich freiwillig zu den Fahnen der SS melden. Aus diesem Grund haben die jungen freiwilligen Soldaten aus den Reihen der Minderheit größtenteils in der SS gedient und wurden an der Ostfront eingesetzt. Laut dem aktuellen Forschungsstand sollen sich rund 2.100 junge Männer aus der Minderheit freiwillig zum Kriegsdienst gemeldet haben. Davon sind rund 750 an der Front gefallen – ein herber Verlust für die Minderheit.<sup>3</sup>

Auch in der nordschleswigschen Heimat bekamen die dänischen Nachbarn die Nazifizierung der Minderheit zu spüren. Neben Wochenendtreffen der Zeitfreiwil-

1 Kristensen, Henrik Skov: Gerningsmænd eller ofre? Erindringen i det tyske mindretal i Sønderjylland om nazismen, verdenskrigen og retsopgøret i komparativ belysning, Aabenraa, 2019, S. 123

2 Anm. Ein noch nicht registriertes Foto aus dem Bildarchiv des Deutschen Museums Nordschleswig zeigt ein Motiv mit zehn Jungenschaftsführern. Neun von ihnen waren Lehrer an den deutschen Schulen in Nordschleswig.

3 Thulstrup, Jon: Die Minderheit aus Sicht von drei Generationen, Odense, 2023, S. 185.



ligen (Heimwehr) und Aufmärschen der SK (Schleswigsche Kameradschaft) verurteilten viele aus der Minderheit auch einen offiziellen oder inoffiziellen Dienst als Denunzianten (Stikkere) für die Gestapo und den Sicherheitsdienst (SD).<sup>4</sup> Diese Tätigkeiten waren erwartungsgemäß ein Dorn im Auge der dänischen Mehrheitsbevölkerung – vor allem, da diese Dienste für die Gestapo und den SD direkt gegen sie gerichtet waren.

Eine bis in die Gegenwart bekannte Person aus den Reihen der Minderheit ist Nils Riis. Riis war gelernter Bäcker und stammte aus Hadersleben. Bekannt wurde er insbesondere durch seine berufliche Tätigkeit in den Besatzungsjahren bei der Gestapo. Die Quellen der dänischen Polizei besagen, dass Riis seit dem 1. Februar 1944 als Kriminalassistent der Sicherheitspolizei in Kolding tätig war.<sup>5</sup> Er hat laut Berichten, Zeugnisaussagen und internen SD-Dokumenten an mehreren Verhaftungen und Verhören dänischer Staatsangehöriger teilgenommen. Dabei soll er diese auch misshandelt und sogar Folter ausgesetzt haben.<sup>6</sup> Deshalb wurde er vom höchsten dänischen Gericht zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde 1948 vollstreckt. Drei weitere Personen aus der Minderheit wurden aufgrund ihrer Verbrechen während der NS-Zeit zum Tode verurteilt – eine von ihnen durch die Briten in Schleswig-Holstein.<sup>7</sup>

## Quellen

Die Quellenlage zu einem Themenbereich wie der Überwachung einer Minderheit in der dänischen Gesellschaft ist große eine Herausforderung für Forschende. So ist es auch im Fall der deutschen Minderheit in Nordschleswig. Viele Akten sind weiterhin nicht für die Öffentlichkeit zugänglich. Sperrfristen sind aufgrund des Archivgesetzes in Dänemark noch nicht aufgehoben und einige Akten werden aufgrund von Datenschutzverordnungen wahrscheinlich nie zugänglich sein. Wahrscheinlich ist, dass auch vom polizeilichen Geheimdienst (PET) noch Dokumente gelagert werden, da der Polizeimeister Ernst Brix, der in Apenrade nach 1945 mit der Überwachung der Minderheit beauftragt wurde, zwischen 1951 und 1957 den Chefposten beim PET innehatte. Trotz der Herausforderungen hinsichtlich der Quellen unter Verschluss sind auch viele Archivalien vorhanden und zugänglich. Insbesondere der Abschlussbericht von Brix aus dem Jahre 1951 beinhaltet viele interessante Details. Doch auch aus vielen Berichten und Meldungen von einzelnen Beamten geht zum einen hervor, wie sich die Minderheit nach ihrer NS-Vergangenheit verhielt, und zum anderen, wie

4 Rigsarkivet (RA), Politikommandøren for Sydjylland, Rigspolitiets efterlysninger 1945–1947. Nr. 290 Generalstabens Efterretningssektion. Siehe hierzu auch den Beitrag »Die deutsche Minderheit in den Diensten des SD und der Gestapo« in diesem Band.

5 RA, Politikommandøren for Sydjylland, E-Journalsager 1945–1947, Nr. 28, Heft »Niels Riis«.

6 Frank Bøgh: De dødsdømte. Henrettelsen af 46 danskere efter besættelsen, 3. Auflage København, 2018, S. 322.

7 Jon Thulstrup: Die Minderheit aus Sicht von drei Generationen, Odense, 2023, S. 200.

die dänische Polizei gearbeitet hat und wie viele Ressourcen dafür verwendet wurden. Eine weitere nützliche Quelle sind zudem Zeitungen – lokale, regionale und auch landesweite. Die Polizei setzte auch für die tägliche Analyse der Presse Personal ein. Die überlieferten Quellen offenbaren zudem, für welche Personen und Themen sich die Polizei besonders interessierte. Es ist nicht überraschend, dass es vor allem Personen waren, die eine nationalsozialistische Vergangenheit in der Minderheit hatten. Beispielsweise wurde ein besonderer Fokus auf eine Reihe von Lehrern gelegt, die nach dem Krieg versuchten, ihren Beruf als Lehrer wieder aufzunehmen. Doch auch die Kontakte und Beziehungen der Minderheit nach Schleswig-Holstein gerieten ins Fadenkreuz der Fahnder.

## Neustart

Während rund 3.000 Personen aus der Minderheit verhaftet und unter anderem im Sonderburger Schloss und im Lager Faarhus interniert waren, musste für ein Weiterbestehen der deutschen Minderheit in Dänemark gekämpft werden. Gute Karten hatten die Verantwortlichen nicht auf der Hand – das Image der Minderheit hatte nach zwölf Jahren der NS-Diktatur und der Zeit der deutschen Besatzung sehr gelitten. Einen Trumpf hatten die späteren Gründungsmitglieder einer neuen Organisation der Minderheit um Ernst Siegfried Hansen jedoch in der Hand: eine Loyalitätserklärung.<sup>8</sup> Doch bevor es zu dieser kam, musste unter anderem Hansen gründliche Vorarbeit leisten, ehe sich eine Gruppe von ranghohen Minderheitenangehörigen zur Gründungsversammlung im November 1945 versammelte. Die Bezeichnung »Gründungsversammlung« hat dieses Treffen im Nachhinein erhalten, weil es anfangs eine normale Versammlung war, die im Laufe des Abends, nach teilweise intensiven Meinungsverschiedenheiten, zur Gründung des heutigen Dachverbandes der deutschen Minderheit in Dänemark, des Bundes Deutscher Nordschleswiger (BDN), führte. Als Grundlage für die spätere Loyalitätserklärung diente die zwei Jahre zuvor durch den Haderslebener Kreis<sup>9</sup> verfasste Haderslebener Erklärung. Nicht alle Versammlungsteilnehmer waren jedoch zufrieden mit den Formulierungen der Haderslebener Erklärung. Einer davon war Pastor Johannes Schmidt-Wodder, der in den 1920er und 1930er Jahren Parlamentsabgeordneter der deutschen Minderheit gewesen war. Seiner Meinung nach sollte das Bekenntnis zum Deutschtum an erster Stelle in einer solchen Erklärung stehen, denn »das sei ein Gebot der Würde und des Stolzes. Wir stehen zu unserem armen, gedemütigten Volk. [...] Wir bekennen uns zu den besten Seiten des deutschen Volkes und sind nicht beteiligt an den Geschehnissen,

8 Deutsches Archiv Nordschleswig (DAN), BDN-Mappen, Nr. 68, Gründung des Bundes Deutscher Nordschleswiger.

9 Bestehend aus Pastor Friedrich Prahll, Tabakfabrikant Mathias Hansen, Bankdirektor Christian Danielsen, Rechtsanwalt Sophus Erichsen und Großkaufmann Peter Frees.



*Ernst Siegfried Hansen (m.) beim Knivsbergfest 1949 zusammen mit (von links) Schleswig-Holsteins Finanzminister Richard Schenck, dem Vorsitzenden des schleswig-holsteinischen Heimatbundes, Rudolf Muuß, dem Vertreter des schleswig-holsteinischen Bildungsministeriums, Jens Nydahl, und dem Landrat, dem späteren Ministerpräsidenten Schleswig-Holsteins, Friedrich Wilhelm Lübke (Deutsches Museum Nordschleswig).*

im Gegenteil, wir haben die Hand über unsere dänischen Nachbarn gehalten. Die Welt gefällt sich heute in einer Pharisäerrolle, obgleich sie ebenso schuldig ist wie wir.«<sup>10</sup>

So die Worte Schmidt-Woddens im stenografischen Bericht der Gründungsversammlung. Laut dem Bericht, der von Ernst Siegfried Hansen geschrieben wurde, drohte die Versammlung mehrmals gesprengt zu werden. Gerade Schmidt-Wodder war einer der Teilnehmenden, die diese später aus Protest verließen. Trotz einer hohen Diskrepanz zwischen den Teilnehmenden der Versammlung konnten sie sich schließlich doch auf eine Gründungserklärung und dazugehörige Loyalitätserklärung gegenüber dem dänischen Staat einigen.<sup>11</sup> Die dänischen Nachrichtendienste beobachteten das Geschehen in Apenrade mit Skepsis. Ein Bericht, wahrscheinlich vom Generalstabens Efterretningstjeneste<sup>12</sup>, vom Januar 1946 hat den aussagekräftigen Titel »Betreff: Gründung einer Nazipartei in Nordschleswig« und untermauert

10 DAN, BDN-Mappen, Nr. 68, Gründung des Bundes Deutscher Nordschleswiger. »Die Besprechung am 22. November 1945«. S. 2.

11 Ebenda, S.4.

12 Anm. Generealstabens Efterretningstjeneste war der Vorläufer des militärischen Nachrichtendienstes FE (Forsvarets Efterretningstjeneste).

diese Skepsis der dänischen Behörden gegenüber der deutschen Minderheit.<sup>13</sup> Man konnte nicht glauben, dass ein Großteil derselben Leute, die Monate zuvor noch den Hitlergruß gemacht hatten und womöglich den heimischen Schreibtisch mit einer Statue Hitlers zierten, eine ehrliche Loyalitätserklärung verfassen konnte.

## Überwachung bis 1951

Zentral für die Überwachung der Minderheit wurde ein besonderer regionaler Nachrichtendienst, der dem Polizeimeister in Apenrade, dem sogenannten Polizeikommandanten für Nordschleswig (oder Sydjylland) unterstellt wurde und dem Informationen aus allen Polizeiamtern des Landesteils zugeliefert wurden. Die Tätigkeit der dänischen Polizei gegenüber der deutschen Minderheit in Dänemark erreicht vermutlich ihren Höhepunkt gegen Ende der 1940er und Anfang der 1950er Jahre, kurz bevor Ernst Brix, der Leiter dieser Abteilung in Apenrade, den Chefposten beim dänischen polizeilichen Nachrichtendienst (PET) in Kopenhagen übernahm. Sein Abschlussbericht über die Minderheit enthält viele interessante Informationen, die durch die Arbeit der Polizei im Zeitraum von fünf bis sechs Jahren gesammelt worden sind. Dabei fällt insbesondere die Aufteilung einzelner Führungspersonen in »Aktivisten« und »Moderate« auf.<sup>14</sup> Die Klassifizierung ist ein Hinweis darauf, inwiefern diese Personen beziehungsweise Personengruppen als loyal gegenüber dem dänischen Staat eingeschätzt wurden oder man der Meinung war, dass sie weiterhin an alten nationalsozialistischen Werten festhielten. Zu den »Moderaten« gehörten in den Anfangsjahren unter anderem der erste Hauptvorsitzende des BDN, Niels Wernich, sowie der bereits erwähnte erste Chefredakteur des *Nordschleswigers*, Ernst Siegfried Hansen. Sie waren laut der Polizei in ihrer Rhetorik ausgeglichener und nicht so radikal wie beispielsweise Johannes Schmidt-Wodder oder Hans Schmidt Gorsblock. Diese zählten zu den »Aktivisten«, die mit der Haftentlassung vieler Faarhus-Inhaftierter gegen Ende der 1940er Jahre Zulauf bekommen hatten. Zudem hatten Schmidt-Wodder und Gorsblock nahezu zeitgleich mit der Loyalitätserklärung des Bundes Deutscher Nordschleswiger eine Denkschrift an den dänischen Reichstag verfasst.<sup>15</sup> In dieser erklärten und verteidigten sie das Verhalten der Minderheit während der deutschen Besatzung Dänemarks. Diese Denkschrift wurde von den dänischen Tageszeitungen nicht gut aufgenommen. Die *Nationaltidende* thematisierte in einem Artikel vom 1. Dezember 1945 die Loyalitätserklärung. Im selben Artikel wurde auch der Fokus auf die Denkschrift gerichtet und es heißt: »Gleich-

13 Thomas Wegener Friis/Jon Thulstrup: »Vedrørende oprettelsen af nazipartiet i Nordslesvig«. Overvågning af det tyske mindretal 1945–61, in: Skabertrang. Festskrift til Flemming Just, Ribe 2022, S. 209.

14 RA, Politikommandøren for Sydjylland. Akter vedr. mindretallet 1945-1958, Løbenr: 348. S. 40.

15 DAN, BDN-Mappe Nr. 68. »Gründung des Bundes Deutscher Nordschleswiger«. »Henvendelse til den danske Rigsdag vedrørende det tyske Mindretal i Nordslesvig«.

zeitig greift man Dänemark an! Unaufrichtigkeit von Seiten der Minderheit.«<sup>16</sup> Insbesondere Gorsblock geriet ins Fadenkreuz der Polizei – wegen seiner Rhetorik, aber auch wegen seiner Kontakte zu ehemaligen Mitgliedern der Dänischen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei (Danmarks Nationalsocialistiske Arbejderparti, DNSAP). 1950 hatten sich ehemalige DNSAP-Mitglieder zusammengetan und einen Brief an Gorsblock verschickt, in dem sie ihm ihre Unterstützung zusicherten, falls er für die anstehende Folketingswahl kandidieren würde. Der Brief wurde von der Polizei auf höchst überraschende Weise abgefangen. Brix schrieb in seinem Bericht: »dies geht aus einem Brief an Hans Schmidt G, der im geöffneten Zustand in die Hände der Polizei geraten ist, hervor.«<sup>17</sup> Angeblich geschah dies nicht durch eine richterliche Anordnung einer Postüberwachung, sondern durch einen unerklärlich glücklichen Zufall: »Der Brief ist in einer von Hans Schmidt Gorsblock verlorengegangenen Tasche gefunden worden.«<sup>18</sup> Dieser Fall zeigt deutlich, dass die Polizei Personen wie Hans Schmidt Gorsblock, aber auch ehemalige Mitglieder der dänischen Nationalsozialisten eng überwacht hat – hier kann von klassischer nachrichtendienstlicher Arbeit gesprochen werden. Zudem wird deutlich, dass die Polizei hier mit konspirativen Mitteln gearbeitet hat und nicht auf einen richterlichen Beschluss zur Öffnung privater Briefe warten wollte beziehungsweise konnte, was auch damals per Gesetz geregelt war.<sup>19</sup> Wie der schwedische Nachrichtendienstforscher Wilhelm Agrell erklärt, besteht bei der Arbeit der Nachrichtendienste ein Bedarf an Informationen. Diese werden eingesammelt, analysiert und schlussendlich konkludiert. Bei weiterem Bedarf wiederholt sich dieser Kreislauf. Diese spezifische Vorgehensweise kann auch auf die nachrichtendienstliche Arbeit der Polizei in Nordschleswig übertragen werden.<sup>20</sup> Gorsblock, der hier als Beispiel aufgeführt wird, war laut dem Abschlussbericht von Ernst Brix schon vor dem besagten Brief im Fadenkreuz der Polizei. Die Denkschrift Schmidt-Wodders und Gorsblocks Ende 1945 an den dänischen Reichstag hatte für Aufsehen in der dänischen Medienlandschaft gesorgt. Doch vor allem die Festrede Gorsblocks zum Deutschen Tag im November 1948 in Apenrade erhielt viel Raum im Bericht von Brix. Dieser stellt ein gewisses »Beschönigen« der Minderheitenrolle während der NS-Zeit fest. Die Minderheit habe, um eine Isolation zu umgehen, keine andere Wahl gehabt, als sich der NS-Ideologie anzuschließen. Man habe angenommen, dass diese Ideologie ausschließlich für die Volksgemeinschaft und eine sichere Versorgung mit Arbeit stehen würde.<sup>21</sup> Ferner notierte sich Brix die vermeintlichen unzähligen Ungerechtigkeiten des dänischen Staates gegen die Minderheit in der Zeit nach der Befreiung Dänemarks von der deutschen Besatzung im Mai 1945,

16 Nationaltidende. 1.12.1945. »Politisk Omstilling indenfor Mindretallet i Sønderjylland«.

17 RA, Politikommandøren for Sydjylland. Akter vedr. mindretallet 1945–1958. Nr.: 348. S. 95.

18 Ibid. Zusatznotiz

19 PET-kommissionen. PET-kommissionens beretning. Bind 2. København: Justitsministeriet, 2009. S. 40

20 Wilhelm Agrell: Konsten att gissa rätt: Underrättelseanalysens grunder. Stockholm: Historiska Media, 2011. S. 25–26.

21 RA, Politikommandøren for Sydjylland. Akter vedr. mindretallet 1945–1958. Nr.: 348. S. 41.

Ernst Brix, Polizeipräsident von Apenrade und Polizeikommandeur für Nordschleswig ab 1945, das wachsame Auge des Staates auf die deutsche Minderheit in Nordschleswig. Im Jahr 1950 stieg er zum Chef des nationalen dänischen Sicherheitsdienstes, *Politiets Efterretningstjeneste (PET)*, auf (Museum Sønderjyllands Mediearkiv, Photographen: Th. Lawaetz).



die Gorsblock in seiner Rede erwähnt – darunter die Konfiszierung deutschen Eigentums und der Vandalismus gegen Denkmäler. Folgendes Zitat Gorsblocks verdeutlicht dies: »haben gemeinsam mit anderen versagt, aber wir sind allein bestraft worden, drakonisch und unbarmherzig. Wir haben vom Blechteller gegessen, und das dumpfe Geräusch von Metall wird unsere Ohren nie verlassen.«<sup>22</sup> Das Zitat ist im Bericht von Brix im Wortlaut gedruckt worden. Der Grund liegt wahrscheinlich in der Wortwahl Gorsblocks. Insbesondere die Ausführung »das dumpfe Geräusch von Metall wird unsere Ohren nie verlassen« weist auf ein Gefühl der Benachteiligung einer Gruppe von Menschen hin, die womöglich auch das Potenzial für eine Radikalisierung gehabt haben könnten, weshalb die dänische Polizei diese Personen als »Aktivisten« bezeichnete. Diese Gruppe konnte demzufolge als Bedrohung gegen den Nationalstaat gesehen werden. Anschließend bemerkte Brix, dass die Worte Gorsblocks in seiner Festrede weit von dem versöhnlichen Ton entfernt waren, der in einer Artikelserie Ernst Siegfried Hansens im *Nordschleswiger* angestimmt wurde – ein Sachverhalt, der auch von den dänischen Regionalzeitungen bemerkt und berichtet wurde.<sup>23</sup> Womöglich waren Aussagen wie die von Gorsblock dafür verantwortlich, dass Personen wie er und andere aus der Gruppe der deutschen Minderheit als »Aktivisten« von der Polizei überwacht wurden.

22 Ibid. S. 43.

23 Ibid. S.44

## Überwachung nach Brix

Bislang zeigte die Forschung, dass die Überwachung der deutschen Minderheit in Nordschleswig Anfang der 1950er Jahre ihr Ende fand. Dies ist jedoch nur teilweise richtig. Die intensive und womöglich auch kostspielige Arbeit der Überwachung wurde herabgestuft. So geht es aus den vorhandenen Quellen hervor. Ganz beendet wurde die Arbeit jedoch nicht. Das zeigen unter anderem von der Polizei erstellte Karteikarten zu den einzelnen deutschen Vereinen und Verbänden. Jeder Verein, selbst kleine Ringreitervereine, hatte eine Karteikarte, auf der die Beamten je nach Wissen und Recherchen bedeutende Persönlichkeiten dieses Vereins auflisteten – beispielsweise die Vorstandsmitglieder. Diese Karteikarten wurden auch aktualisiert. Ein Beispiel ist die Karteikarte zur Deutschen Schule Apenrade. Hier wurden auch die Lehrer aufgelistet – und das nicht ohne Grund. Einer der Lehrer war der im Zuge der juristischen Aufarbeitung verurteilte Otto Kortsch. Er war in Polizeikreisen kein unbeschriebenes Blatt. Unter anderem als Kreisleiter der SK (Schleswigschen Kameradschaft) gehörte Kortsch zur Führungselite der deutschen Minderheit in den Jahren zwischen 1933 und 1945. In den Stockholm-Archiven des Generalstabens Efterretningssektion, dem Vorläufer des dänischen militärischen Nachrichtendienstes FE, wurde Kortsch zudem als Denunziant (Stikker) und Spion eingestuft.<sup>24</sup> Kortsch wurde nach dem Krieg die Lehrerlizenz entzogen und er bekam diese erst 1955 wieder. Auch dies notierte sich die Polizei in den erwähnten Karteikarten, die besagen, dass er ab 1955 für die deutsche Schule in Apenrade tätig war. Zudem gab es im Lehrerkollegium und Vorstand der Schule weitere Personen, die aufgrund ihrer Vergangenheit auch im Fadenkreuz der Polizei waren.<sup>25</sup> Dies war auch der Fall hinsichtlich der Dachorganisation der Schulen, dem Deutschen Schul- und Sprachverein (DSSV), zu dem die Karteikarte auch im Jahr 1956 noch aktualisiert wurde. Hier tauchen einige politische »Schwergewichte« auf, die auch in der NS-Zeit politische Ämter besetzten – wie der ehemalige Kreisleiter der NSDAP-N (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei – Nordschleswig), Jep Schmidt.<sup>26</sup> Auf der Rückseite der Karteikarte wurden Informationen wie die Zahl der Schülerinnen und Schüler sowie Schulen und Kindergärten notiert.

Allein anhand dieser Vereins-Karteikarten wird deutlich, dass die eigentliche Überwachung durch die Polizei bis mindestens bis zum Frühjahr 1957 angehalten hat – und somit noch zwei Jahre nach den Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955, in denen den Minderheiten auf beiden Seiten der Grenze Grundrechte und

24 RA, Politikommandøren for Sydjylland. Generalstabens Efterretningssektion. Rigspolitiets efterlysninger. Nr. 290.

25 RA, Politikommandøren for Sydjylland. Sagligt ordnet kartotek over det tyske mindretal 1945–1945. Nr. 188

26 Ibid. Deutscher Schul- und Sprachverein.

(København 8/2 1920)

Tenna Søgaard, f. Petersen

|  |  |  |  |  |  |   |  |  |  |   |  |
|--|--|--|--|--|--|---|--|--|--|---|--|
| Fulde Navn<br>Hansen, Ernst Siegfried kl. Bnsi   |  |  |  |  |  |   |  |  |  | Nr. 7939<br>Danak Statsborger   |  |
| Fødselsdata<br>7/12 1917 i Bredebro  |  |  |  |  |  | Stilling<br>Redaktør af "Der Nordschleswiger" |  |  |  |   |  |
| Personlige Forhold   |  |  |  |  |  |   |  |  |  | Bopæl   |  |
| Forældre afdøde rentier Hans Christian Hansen f.d. 27.4.61 i Harres, brede sogn og hustru Ottilie Anna Marie Hansen f. Petersen fd 27.3.1876 i Bjerring boende Markgade 11, Tønder   |  |  |  |  |  |   |  |  |  | 1948 Karpedam 24, Aabenraa.   |  |
| Skolegang har besøgt den tyske folke og mellem-skole i Tønder og kom senere til det tyske gymnasium i Aabenraa   |  |  |  |  |  |   |  |  |  |   |  |
| Konfirmation på tysk i   |  |  |  |  |  |   |  |  |  | Foreninger m. v.  |  |
| Ægtefælle Ingeborg Maria Margaretha f. Grimm d. 30.12.1914 i Flensborg - dansk us. i henhold til lov nr. 159 af 12.4. 1949 - her i landet siden 1.8.1944.  |  |  |  |  |  |   |  |  |  | Formand for "Land deutscher Nordschleswiger" 15/10-48.<br>Bestyrelsesmedlem for "Verein ehem. Schüler des D. Gymnasiums" pr. 15/10-48 sekr. for "Bürger" i best. for "Apenrader Vereinsbund". |  |
| Børn 1944 i Tønder   |  |  |  |  |  |   |  |  |  |   |  |
| Forhold under Besættelsen 1940: besøgt "Reichspresseschule" i Berlin - redaktør for "Flensburger Nachrichten"-1942: særlige presseopgaver i Berlin (nordisk redaktør) - 1943: redaktør i Paris for "Vera Verlag" - 1944: redaktør ved "Nordschleswigsche Zeitung". |  |  |  |  |  |   |  |  |  |   |  |

Ein Beispiel aus der Kartei der Polizei über Personen mit leitenden Funktionen in der Minderheit nach dem Krieg. Hier Ernst Siegfried Hansen, erster Vorsitzender des Bundes Deutscher Nordschleswiger nach 1945 (Rigsarkivet).

somit auch politische Akzeptanz zugesichert wurden.<sup>27</sup> Die bisherige Forschung ist davon ausgegangen, dass die Überwachung ab Anfang der 1950er Jahre, spätestens ab 1955, mit dem letzten bekannten Polizeibericht ihr Ende gefunden hat – obwohl das Pressearchiv der Polizei bis 1958 weitergeführt wurde.<sup>28</sup> Sämtliche deutsche Vereine sind in der Kartothek aufgeführt, doch nicht bei allen sind ausführliche Informationen auf der Rückseite eingetragen worden. Größtenteils lieferten Zeitungen, unter anderem *Der Nordschleswiger*, die Informationen für die Karteikarten.

Interessant ist die Frage, ob auch die dänische Justiz über die 1950er Jahre hinaus die Minderheit oder einzelne Personen aus dieser überwacht hat. Wenn ja, in welchem Umfang und worauf wurde der Fokus gelegt? Das sind Fragen, die wahrscheinlich auch in den kommenden Jahren noch unbeantwortet bleiben werden. Es gab dennoch kleinere Hinweise in den vergangenen Jahren – unter anderem eine Wortmeldung des ehemaligen Studiendirektors Immo Doege im Zuge einer Ge-

27 Jørgen Kühl: København-Bonn Erklæringerne 1955–2005. De dansk-tyske mindretalsklærings baggrund, tilblivelse og virkning, Haderslev 2005, S. 11.

28 PET-kommissionen, PET-kommissionens beretning, bind 11 (København: Justitsministeriet, 2009), S. 78.



schichtskonferenz auf dem Knivsberg im Jahre 2021. Nach einem Vortrag des Historikers Thomas Wegener Friis zur Überwachung von Minderheiten erklärte Doege in der darauffolgenden Diskussion, dass er in den 1970er Jahren von PET-Beamten zu mutmaßlichen kommunistischen Tätigkeiten eines Lehrers einer deutschen Schule in Nordschleswig befragt wurde.<sup>29</sup> Auch eine Notiz aus dem Jahre 1992 über ein Gespräch zwischen einem ranghohen Mitglied der Minderheit und einem Polizeihistoriker in Verbindung mit der Erwähnung eines verurteilten Kriegsverbrechers auf einer der Gedenktafeln in der Gedenkstätte auf dem Knivsberg wirft Fragen auf. Darin erklärte der Polizeihistoriker, dass der Knivsberg schon seit längerem im Fokus der Polizei sei und dass Beamte auch Fotos der Gedenkplatten der Gedenkstätte gemacht hätten.<sup>30</sup> Inwiefern sich das Interesse der Polizei ausschließlich auf ehemalige Kriegsverbrecher begrenzte oder sogar darüber hinaus reichte, bleibt unklar – vorausgesetzt, die Inhalte der Gesprächsnotiz entsprechen der Wahrheit.

## Zusammenfassung

Seitens der dänischen Justiz und Behörden wurde der Neustart der deutschen Minderheit in Dänemark nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges mit einer gewissen Skepsis betrachtet. Man befürchtete, dass die Ideologie und politische Überzeugung vergangener Tage in der Minderheit unter einem Deckmantel weitergeführt wurden. Der von der Minderheit abgegebenen Loyalitätserklärung gegenüber dem dänischen Staat vertrauten sie womöglich nicht.

Der Neustart der deutschen Minderheit in Dänemark nach 1945 war ein Balanceakt zwischen Überwachung und Akzeptanz. Die Vergangenheit der Minderheit, die während der NS-Zeit eng mit dem nationalsozialistischen Deutschland verbunden war, hinterließ ein tiefes Misstrauen in den dänischen Behörden und der Gesellschaft. Die systematische Überwachung durch die dänische Polizei spiegelt dieses Misstrauen wider und zeigt, wie sehr die Minderheit im Verdacht stand, weiterhin nationalsozialistische Ideologien zu verfolgen oder sich gegen den dänischen Staat zu wenden.

Die Überwachung war umfassend und zielgerichtet: Führende Persönlichkeiten wurden in Kategorien wie »Moderate« und »Aktivisten« eingeteilt, Vereine und Organisationen detailliert dokumentiert und politische Aktivitäten streng kontrolliert. Selbst Jahre nach dem Krieg wurden Karteikarten aktualisiert und zentrale Akteure blieben im Fokus der Sicherheitsbehörden. Diese nachrichtendienstliche Arbeit ver-

29 Der Nordschleswiger. 14. Oktober 2021. »Vergangenheitsbewältigung, Überwachung und Identität der Minderheit«. <https://www.nordschleswiger.dk/de/nordschleswig-apernade-tingleff-tondern-hadersleben-sonderburg-daenemark/vergangenheitsbewaeltigung>

30 DAN, »Gedenkstätte Knivsberg«. Gesprächsnotiz vom 26. März 1993. (nicht registriert)

deutlicht, dass die dänischen Behörden die Loyalitätserklärung der deutschen Minderheit mit Vorsicht betrachteten und ihre Wachsamkeit über Jahre hinweg aufrechterhielten.

Trotz dieser Hindernisse gelang der Minderheit ein langsamer Übergang hin zu Akzeptanz und politischer Integration, besonders durch die Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955. Doch die lange Dauer der Überwachung zeigt, dass der dänische Staat Schwierigkeiten hatte, Vertrauen zu fassen und die Minderheit vollständig als gleichberechtigten Teil der Gesellschaft anzuerkennen.

Die Geschichte der deutschen Minderheit in Dänemark illustriert die komplexe Wechselwirkung zwischen Vergangenheit und Gegenwart sowie zwischen Überwachung und Integration. Sie zeigt, wie belastend historische Schuld und politisches Misstrauen für Minderheiten sein können, und hebt hervor, wie notwendig eine klare Kommunikation, Vertrauen und langfristige Bemühungen für eine nachhaltige Versöhnung sind.

## DDR-Spionage in Schleswig-Holstein

»Die Anzahl der erkannten nachrichtendienstlichen Aufträge gegen Schleswig-Holstein liegt – gemessen an der Einwohnerzahl – weit über dem Bundesdurchschnitt.«<sup>1</sup> Dies stellte das Landesamt für Verfassungsschutz in seinem Jahresbericht 1976 fest. Offenbar weckte das beschauliche Schleswig-Holstein am nördlichen Rand der Bundesrepublik doch das Interesse ausländischer – gemeint waren östliche – Nachrichtendienste.<sup>2</sup> Im Jahr 1978 heißt es dann sogar: »Die Zahl der Spionagefälle nahm im Jahr 1978 in Schleswig-Holstein deutlich zu. Innerhalb der letzten fünf Jahre ist eine Steigerung solcher Fälle um fast 100 % zu verzeichnen.«<sup>3</sup>

Solche Feststellungen lassen keine Rückschlüsse auf die tatsächlichen nachrichtendienstlichen Aktivitäten zu. Es handelt sich dabei lediglich um die »exakten Zahlen über aufgeklärte Fälle«, um eben den »gegnerischen Nachrichtendiensten keinen Einblick in den Umfang von Abwehrerfolgen zu geben«.<sup>4</sup> Im Bericht von 1978 heißt es allerdings weiter: »Drei Viertel aller Spionageaktivitäten gingen 1978 von Nachrichtendiensten der DDR aus.«<sup>5</sup> Also selbst nach dem in den 1970er Jahren eingeleiteten Entspannungsprozess zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) hatte sich nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes die Intensität keinesfalls verringert, wie mitunter angenommen worden war.<sup>6</sup>

Die Konstellation nach dem Untergang des »Deutschen Reiches« im Mai 1945 sowie die deutsch-deutsche Teilung boten ideale Verhältnisse für einen veritablen Nachrichtendienstkrieg zwischen Rhein und Oder. Die Grenze der beiden deutschen Staaten markierte gleichzeitig die zwischen den zwei großen politischen Blöcken jener Zeit, den USA und den UdSSR, die vor dem Mauerbau – relativ betrachtet – noch bedingt durchlässig war. Besonders für die DDR war es ein Leichtes, Agenten in die Bundesrepublik einzuschleusen, denn die gemeinsame Sprache und Kultur sowie familiäre Be-

1 Bei den Recherchen zu diesem Beitrag wurde der Verfasser von der Kollegin und wissenschaftlichen Mitarbeiterin am Historischen Seminar der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Lena Cordes, 2014/15 unterstützt. Die in diesem Zusammenhang gewonnenen Erkenntnisse eines seinerzeit geplanten, jedoch nicht realisierten gemeinsamen Forschungsprojektes fließen in diesen Beitrag ein.

2 Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein 1976, hrsg. vom Innenminister des Landes Schleswig-Holstein in Zusammenarbeit mit dem Leiter der Presse- und Informationsstelle der Landesregierung (= Schriften des Innenministers, H. 19), Kiel 1977, S. 50 (künftig zitiert: Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein 1976).

3 Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein 1978, hrsg. vom Innenminister des Landes Schleswig-Holstein in Zusammenarbeit mit dem Leiter der Presse- und Informationsstelle der Landesregierung (= Schriften des Innenministers, H. 19), Kiel 1979, S. 13 (künftig zitiert: Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein 1978).

4 Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein 1978, S. 43

5 Ebenda, S. 13.

6 Vgl. Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein 1976, S. 50.

| Bundesland          | Inoffizielle Mitarbeiter<br>und Kontaktpersonen | Anteil in Prozent |
|---------------------|---|-------------------|
| Baden-Württemberg   | 131   | 7                 |
| Bayern              | 241   | 13                |
| Berlin              | 427   | 23                |
| Bremen              | 30  | 2                 |
| Hamburg             | 102   | 5                 |
| Hessen              | 140   | 7                 |
| Niedersachsen       | 134   | 7                 |
| Nordrhein-Westfalen | 462   | 25                |
| Rheinland-Pfalz     | 43  | 2                 |
| Saarland            | 10  | 1                 |
| Schleswig-Holstein  | 51  | 3                 |
| Sonstige            | 101   | 5                 |

*Tabelle 1. Verteilung von inoffiziellen Mitarbeitern und Kontaktpersonen der HV A und deren Abteilungen XV nach Bundesländern (Stand: Dezember 1988)<sup>16</sup>*

ziehungen boten ideale Bedingungen, um sich nachrichtendienstlich in die westdeutsche Gesellschaft zu integrieren, wodurch die »operative« Arbeit für die inoffiziellen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) immens erleichtert wurde.<sup>7</sup>

Bald nach der Herbstrevolution in der DDR gab es verstärkt wieder Reflexionen über die nachrichtendienstliche Arbeit des Ministeriums für Staatssicherheit vor allem in der Bundesrepublik, womit in jener Zeit vor allem Spionage und »aktive Maßnahmen« aufgrund vermeintlicher Gefahren aus dem Westen gemeint waren. Der Staatssicherheitsdienst wird zwar zutreffend als ein wesentlich auf die innere »Sicherheit« gerichtetes Repressionsorgan der die DDR führenden Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) angesehen. Mithin also als eine Geheimpolizei eines – je nach Geschmack – autoritären, totalitären oder diktatorischen Regimes, dessen historische und juristische Aufarbeitung aus der deutschen Gesellschaft heraus – wenn auch nicht unumstritten – eingefordert wird. Diese verbreitete Stimmung bezieht sich seitdem nicht in gleichem Maße auf die weithin für Auslandsspionage zuständige Hauptverwaltung A (HV A) des MfS. Diese Institution wird mithin als allgemein üblicher

7 Vgl. aus Sicht des Nachrichtendienstes der DDR Heinz Günther: *Wie Spione gemacht werden*, Berlin o. J., S. 87; Peter Richter/Klaus Roesler: *Wolfs West-Spione. Ein Insider-Report*, Berlin 1992, S. 32; und aus Forschungsperspektive Roger Engelmann: *Zur »Westarbeit« der Staatssicherheit in den fünfziger Jahren* (künftig zitiert: *Westarbeit*), in: Georg Herbstritt/Helmut Müller-Enbergs (Hrsg.): *Das Gesicht dem Westen zu ... Die DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland*, Bremen 2003, S. 143–152, hier 143 (künftig zitiert: *DDR-Spionage*).

Auslandsnachrichtendienst wahrgenommen. Dabei war die HV A einerseits lediglich eine integrierte Komponente des MfS, andererseits kaprizierte sie sich mit rund zwei Dutzend Abteilungen, fünfzehn Filialen in den Bezirken der DDR sowie nicht wenigen »Operativen Außengruppen« (OAG) überwiegend auf das »Operationsgebiet« im westlichen Teil Deutschlands, aber auch auf Europa und andere Länder.<sup>8</sup>

In den 1990er Jahren erschienen nach und nach eine Fülle von Veröffentlichungen, von populären Sachbüchern über juristische Aufarbeitungsliteratur bis hin zu Memoiren und Selbstdarstellungen ehemaliger Akteure. Diese stießen zwar auf großes Interesse, wurden aber aus wissenschaftlicher Perspektive oftmals skeptisch wahrgenommen, da zuweilen bestimmte politische Deutungsmuster zu erkennen waren.<sup>9</sup> Dabei ist insbesondere das Bedürfnis der Beteiligten in Kauf zu nehmen, bei den Lebenserinnerungen eine eigene Deutungshoheit zu entwickeln, was zuweilen verherrlichende und rechtfertigende Züge annahm.<sup>10</sup> Bereits seit 1998 sind die regionalen Zentren der nachrichtendienstlichen Arbeit der HV A bekannt. Sie lagen in West-Berlin<sup>11</sup>, Nordrhein-Westfalen<sup>12</sup> und Bayern<sup>13</sup>. Das Bundesland Schleswig-Holstein hingegen ist bislang wissenschaftlich hinsichtlich nachrichtendienstlicher Strukturen der DDR zu wenig erschlossen<sup>14</sup> – im Vergleich zu anderen Bundesländern.<sup>15</sup> Nach der Tabelle 1 zu urteilen genoss Schleswig-Holstein im Vergleich zu den

8 Vgl. Helmut Müller-Enbergs: Hauptverwaltung A. Strukturen – Aufgaben – Quellen, Berlin 2011.

9 Vgl. hierzu Helmut Müller-Enbergs: Die Erforschung der Westarbeit des MfS – Stand und Perspektiven, in: Siegfried Suckut/Jürgen Weber (Hrsg.): Stasi-Akten zwischen Politik und Zeitgeschichte. Eine Zwischenbilanz. München 2003, S. 218–239.

10 Vgl. Georg Herbstritt: Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage. Eine analytische Studie (=Analysen und Dokumente, Bd. 29), Göttingen 2007, S. 89.

11 Vgl. Irene von Götz/Helmut Müller-Enbergs (Hrsg.): Im Visier der Stasi. Spionage in Berlin-Schöneberg, Berlin 2014.

12 Vgl. Stefan Berger/Burkhard Dietz/Helmut Müller-Enbergs (Hrsg.): Das Ruhrgebiet im Fokus der Westarbeit der DDR, Essen 2020.

13 Gerhard Neumeier: Die Aktivitäten für Staatssicherheit der DDR in Bayern 1950–1989, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 60 Jg. (2012), H. 4, S. 349–369 [zukünftig zitiert: Aktivitäten für Staatssicherheit].

14 Es gibt eine Skizze von Helmut Müller-Enbergs: Die Stasi in Schleswig-Holstein, in: Aaron Jessen/Elmar Moldenhauer/Karsten Biermann: Grenzen überwinden. Schleswig-Holstein, Dänemark & die DDR, Husum 2016, S. 133–150; Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.): Schleswig-Holstein und die Stasi. Spionieren – überwachen auswerten, Berlin 2019. Wesentlich hat zur Rolle des MfS in Schleswig-Holstein der Leiter der Außenstelle Rostock des Bundesarchives, Dr. Volker Höffer, durch Vorträge beigetragen; exemplarisch: Langer Arm der Stasi reichte bis Eckernförde, in: Schleswig-Holsteinische Zeitung vom 10.11.2017; Die Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.): Schleswig-Holstein und die Stasi, Berlin 2019.

15 Zu Niedersachsen vgl. Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.): Niedersachsen und die Stasi. Die Überwachung im »Operationsgebiet West«, Berlin [2020]; Niedersächsischer Landtag (Hrsg.): Tagungsband des Symposiums der Enquetekommission. Enquetekommission »Verrat an der Freiheit – Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten« des Niedersächsischen Landtags, Göttingen [2017]; ders.: Ergebnisse der Enquetekommission. Enquetekommission »Verrat an der Freiheit – Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten« des Niedersächsischen Landtags, Göttingen [2017]; ders.: Ergebnisse der Enquetekommission: Enquetekommission »Verrat an der Freiheit – Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten« des Niedersächsischen Landtags; herausgegeben vom Niedersächsischen Landtag; Göttingen [2017].

anderen Bundesländern bei der operativen Arbeit der HV A überdies keinen prominenten Stellenwert.

Anliegen dieses Beitrages ist eine quantitative Vermessung des nachrichtendienstlichen Engagements. Dabei stehen vor allem operative Aktivitäten der HV A im Mittelpunkt, wie sie sich in den Jahren 1988/89 in Schleswig-Holstein darstellten.

## Interessen, Strukturen und Quellenlage

Schon unmittelbar mit dem Ausklingen des Zweiten Weltkrieges erkannten die Besatzungsmächte, vor allem aus dem Königreich Großbritannien, das nachrichtendienstliche Erfordernis, in der jeweiligen Besatzungszone entsprechende Geheimdienstaktivitäten zu kontrollieren – insbesondere die Aktivitäten aus der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), dann ab Oktober 1949 die aus der DDR. Dort hatte sich aus der Politischen Polizei, die als K 5 innerhalb der Deutschen Verwaltung des Inneren entstand, im Februar 1950 das Ministerium für Staatssicherheit entwickelt, das vor allem bis 1956 von »sowjetischen Beratern angeleitet und kontrolliert«<sup>17</sup> wurde und faktisch eine Außenstelle des sowjetischen KGB darstellte. Dies galt insbesondere für die Spionage in den westlichen Zonen, dann der Bundesrepublik. Innerhalb des MfS waren in deren Zentrale und in den Bezirken die Hauptabteilung II beziehungsweise die Abteilungen II für nachrichtendienstliche Infiltrationsversuche aus dem Westen zuständig – eine operative Arbeit, die erkennbar auch in die Bundesrepublik verlegt worden war.<sup>18</sup> Hinsichtlich der klassischen Spionage entwickelte der KGB, wie er später genannt wurde, eine deutsche Filiale unter der Bezeichnung »Institut für Wirtschaftswissenschaftliche Forschung«, die von 1951 bis 1953 bestand, dann jedoch in die DDR-Staatssicherheit als Hauptabteilung XV und schließlich als Hauptverwaltung A integriert wurde.<sup>19</sup> Das zunächst von Anton Ackermann und anschließend von Richard Stahlmann geleitete Institut ist zuletzt unter seinem seit 1952 eingesetz-

16 Die Tabelle ist veröffentlicht in: Helmut Müller-Enbergs: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 2: Anleitungen für die Arbeit mit Agenten, Kundschaftern und Spionen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1998, S. 194 [zukünftig zitiert: Inoffizielle Mitarbeiter 2].

17 Engelmann, Westarbeit, S. 143.

18 Vgl. Hanna Labrenz-Weiß: Hauptabteilung II – Die Spionageabwehr. Berlin 2001; Horst Sterzik: Ein Leben mit der Stasi. Zu lebenslang verurteilt ... Eine politische Biographie. Berlin 1997; Henry Nitschke: Die Spionageabwehr der DDR, Berlin 2018.

19 Vgl. Helmut Müller-Enbergs: Das Institut für wirtschaftswissenschaftliche Forschung und die Anfänge der DDR-Spionage, Berlin 2010 [künftig zitiert: Institut für wirtschaftswissenschaftliche Forschung]; ders.: Hauptverwaltung A. Aufgaben – Strukturen – Quellen, Berlin 2024.

ten Leiter Markus Wolf berühmt geworden,<sup>20</sup> stand aber wie auch die DDR-Staatssicherheit weithin »unter sowjetischer Kontrolle«.<sup>21</sup> Zwei Ereignisse veränderten die geheimdienstliche Situation in der DDR. Zunächst der Volksaufstand am 17. Juni 1953, der von der Staatsführung propagandistisch mit einem angeblichen Versagen des MfS erklärt wurde, das »der Unterminierung der DDR durch die westliche Feindzentrale«<sup>22</sup> nicht entschieden genug entgegengewirkt habe. Aufgrund dieser Behauptung wurde eine ohnehin seit längerem geplante Umstrukturierung durchgeführt, indem das MfS als Staatssekretariat für Staatssicherheit (SfS) dem Ministerium des Innern (MdI) formal unterstellt wurde und das erst 1951 gebildete Institut für Wirtschaftswissenschaftliche Forschung (IWF), das mit Auslandsspionage betraut war, nun in das SfS integriert wurde.<sup>23</sup> Die Aktivitäten des Sicherheitsdienstes auf westdeutschem Gebiet wurden weiter forciert. Des Weiteren beeinflusste der Beitritt der Bundesrepublik in die NATO die Arbeit des DDR-Geheimdienstes, denn eine mögliche politisch-militärische Konfrontation in Mitteleuropa bestimmte dessen Wahrnehmung. In beiden deutschen Staaten kam es zur militärischen Aufrüstung und damit einhergehend zu einer Verstärkung der Spionageaktivitäten. In der DDR führte das dazu, dass entsprechende Anstrengungen auch auf Bezirksebene des Staatssekretariats teils als Abteilungen XV etabliert, teils die Spionageabwehr-Abteilungen des MfS ausgebaut wurden. Die Hauptabteilung XV, wie das IWF nach seiner Integration intern ausgewiesen wurde, hieß ab dem Frühjahr 1956 Hauptverwaltung A. Im Zuge dieser Umbenennung wurde die HV A personell weiter aufgestockt und um »hochrangige Kader der Abwehrlinien« erweitert sowie die Rolle von »aktiven Maßnahmen«, wie die psychologische Kriegführung in der DDR genannt wurde, stärker betont. Folglich waren neben der HV A mehrere Diensteinheiten des dann wieder als Ministerium für Staatssicherheit tätigen Dienstes im Westen operativ aktiv – die Hauptabteilung und die Abteilungen II (Abwehr und Gegenspionage) und V (Staatsapparat, Untergrund).<sup>24</sup>

Die Haupttätigkeitsfelder der operativen Arbeit in der Bundesrepublik waren, wie aus einer entsprechenden Richtlinie hervorgeht, die »[a]llseitige Aufklärung der Pläne und Absichten des Gegners gegen die DDR und gegen das sozialistische Lager« sowie die »Aufdeckung der militärpolitischen Lage, der strategischen Pläne und Absichten der NATO-Mächte, ihr[es] Potenzial[s], [und] der neuesten Erkenntnisse auf dem Gebiet der militärischen Forschung und Technik zur Verhinderung von Überraschungsangriffen auf die DDR und das sozialistische Lager.« Ferner die »rechtzeitige und umfassende Informierung von Partei und Regierung über die außen- und innenpolitischen Pläne der Bonner Regierung und der wichtigsten NATO-Mächte

20 Vgl. Dirk Dörrenberg: Erkenntnisse des Verfassungsschutzes zur Westarbeit des MfS, in: Herbstritt/Müller-Enbergs, DDR-Spionage, S. 250–278, hier 73.

21 Engelmann, Westarbeit, S. 144.

22 Engelmann, Westarbeit, S. 145.

23 Vgl. Müller-Enbergs, Institut für Wirtschaftswissenschaftliche Forschung.

24 Vgl. Engelmann, Westarbeit, S. 146–151.

auf dem Gebiet Deutschlands, [und] über die politische Situation in den wichtigsten Parteien, Institutionen und Organisationen Westdeutschlands zur Unterstützung des nationalen Kampfes gegen die Herrschaft der klerikalen-faschistischen und militaristischen Kräfte in Westdeutschland [...], [die] Unterstützung dieses Kampfes durch eigene aktive Maßnahmen« sowie die »Aufdeckung der wirtschaftspolitischen Lage in Westdeutschland und Westberlin, [und die] Erkundung der Pläne und Absichten der westdeutschen und an Deutschland interessierten ausländischen Konzerne.«<sup>25</sup>

Wie aus dieser Richtlinie für die Arbeit mit inoffiziellen Mitarbeitern hervorgeht, deckte die geheimdienstliche Arbeit des MfS in Westdeutschland die großen Felder der traditionellen Spionage ab, nämlich die politische, wirtschaftlich-technische und militärische Spionage. Die Informationen und Materialien, die auf den verschiedenen Gebieten gesammelt wurden, sollten nicht nur der DDR, sondern auch den anderen Warschauer-Vertrags-Staaten nützlich sein. Auch Informationen, die Repressionszwecken innerhalb der DDR dienten, wurden von den inoffiziellen Mitarbeitern aus der Bundesrepublik mitunter an ihre jeweiligen Abteilungen weitergegeben.<sup>26</sup> Gerade in diesem Punkt unterscheiden sich die Nachrichtendienste des ostdeutschen Staates von den Geheimdiensten westlicher Länder.

Zwar stellte die HV A die Dienst Einheit für die Auslandsspionage dar, doch es gab auch andere. Dies ist insofern bedeutsam, als dass ausgerechnet die Unterlagen der HV A nach der Herbstrevolution vernichtet wurden. Die Mitarbeiter der HV A stützten sich dabei auf die Annahme, vom Zentralen Runden Tisch 1989/90 hierzu legitimiert worden zu sein. Bei den überlieferten Unterlagen des MfS ging es vor allem darum, »die Quellen des Unterdrückungsapparates innerhalb der DDR zu erhalten und einzusehen«.<sup>27</sup> Trotz aller Mühen sind einige Archivalien zur HV A überliefert. Besonders ergiebig, obwohl ebenfalls nur teilweise erhalten, sind Akten einzelner Abteilungen XV der Bezirksverwaltungen. Außerdem liegen noch Einzelstücke von Akten anderer Abteilungen des MfS mit West-Bezügen vor.<sup>28</sup> Zusätzlich gab es auf dem Gebiet der militärtechnischen und -strategischen Spionage mit der Verwaltung Aufklärung des Ministeriums für Nationale Verteidigung einen weiteren Dienst, zu dem vereinzelt ebenfalls Unterlagen überliefert sind.

Zwei Überlieferungen der HV A können insbesondere helfen, das Wirken in Schleswig-Holstein zu erschließen. Das betrifft zum einen eine elektronische Datenbank, die ihrerseits als System der Informations-Recherche, genannt SIRA, konzipiert war und im Wesentlichen erhalten geblieben ist. Sie gibt etwa Aufschluss über das Informationsaufkommen der HV A.<sup>29</sup> Zum anderen handelt es sich um mikroverfilmte Kartei-

25 Vgl. Müller-Enbergs, Inoffizielle Mitarbeiter 2, S. 291.

26 Vgl. Herbsttritt/Müller-Enbergs, DDR-Spionage, S. 34.

27 Neumeier, Aktivitäten für Staatssicherheit, S. 350.

28 Vgl. Jochen Hecht/Birgit Sündram: Überlieferungslage beim Bundesbeauftragten, in: Hubertus Knabe: Das Zusammenspiel von »Aufklärung« und »Abwehr«, Berlin 2012, S. 38; Helmut Müller-Enbergs: »Rosenholz«. Eine Quellenkritik, Berlin 2012, S. 7–15 (künftig zitiert: Rosenholz).

29 Stephan Konopatzyk: SIRA – System der Informationsrecherche der Hauptverwaltung A des Ministeriums



karten der HV A, die häufig als »Rosenholz« bezeichnet werden. Darunter befinden sich Statistikbögen, die das 1988 aktive IM-Netz der HV A erfassen, auch in Schleswig-Holstein – und die im Weiteren auch herangezogen werden. In diesen Bögen sind die einzelnen Inoffiziellen in Schleswig-Holstein nicht mit ihren bürgerlichen Namen, sondern lediglich mit Decknamen, Vorgangsnummern, verantwortlichen Dienststellen und einer Funktionsbeschreibung versehen. Mit der Vorgangsnummer lässt sich jedoch im Regelfall die Person ermitteln, die von der HV A als ihr Aktivposten angesehen wurde. Auf dieser Basis erscheinen Teilaussagen zu Agentennetzwerken, geheimdienstlichen Zentren und gesammelten Informationen möglich.<sup>30</sup>

Das operative Zentrum der HV A lag – mit Stand vom Dezember 1988 – innerhalb von Schleswig-Holstein klar in den drei größten Städten des Landes – sogar in der Reihenfolge ihrer Größenordnung: Kiel, Lübeck und Flensburg. Aber schon für Neumünster, Norderstedt und Elmshorn, sogar für Wedel, Ahrensborg und Itzehoe liegt eine Fehlanzeige vor – immerhin erwartungsgemäß ein Beleg dafür, dass die HV A nicht in allen großen Städten des Landes operativ präsent sein wollte. Dafür gibt es dann Sonderfälle wie die Kleinstadt Rendsburg, in der es das Hauptquartier LANDJUT, die Heeresflugabwehrschule und Stellen der Bundeswehr gab. Dort führte die HV A gleich fünf Positionen in ihren Statistiken. Und der Kreis des Herzogtums Lauenburg zählt ebenfalls mit diesem Positionsumfang zum Speckgürtel von Hamburg und Lübeck.

| Ort                 | Anzahl |
|---------------------|--------|
| Lübeck              | 14     |
| Kiel                | 9      |
| Flensburg           | 7      |
| Herzogtum Lauenburg | 5      |
| Rendsburg           | 5      |
| Pinneberg           | 4      |
| Bad Segeberg        | 2      |
| Husum               | 2      |
| Ammersbek           | 1      |
| Dithmarschen        | 1      |
| Plön                | 1      |

*Tabelle 2. Inoffizielle Mitarbeiter und Kontaktpersonen der HV A in Schleswig-Holstein (Stand: Dezember 1988)*<sup>31</sup>

für Staatssicherheit der DDR, Berlin 2019; ders.: Möglichkeiten und Grenzen der SIRA-Datenbanken, in: Herbstritt/Müller-Enbergs, DDR-Spionage, S. 112–132, hier 112.

<sup>30</sup> Vgl. Müller-Enbergs, Rosenholz.

<sup>31</sup> Vgl. Gunthar Latsch/Udo Ludwig: Fromme Spione, in: Der Spiegel, 65 (2011) H. 47, S. 44 f., hier 45.

## Operative Ziele der HV A in Schleswig-Holstein

Am 3. Dezember 1979 erreichte diverse Dienstseinheiten der HV A von ihrer Zentrale in Berlin die Dienstanweisung Nr. 3 des Jahres 1979. Sie verzeichnete die einzelnen fortan geltenden operativen Ziele der HV A, darunter auch die in Schleswig-Holstein. In Kiel wollte die HV A in der Landesregierung und im Innenministerium ebenso Quellen unterhalten wie im Flottenkommando in Flensburg-Mürwick und im Marineführungsdienstkommando in Glücksburg-Meierwik. Einen operativen Einblick sollte es auch in die Kieler Filialen des BND und MAD – im Speziellen deren Gruppe I – geben. In Flensburg interessierte überdies das Kraftfahrt-Bundesamt.<sup>32</sup> Im Wesentlichen bewegte sich die nachrichtendienstliche Arbeit folglich in Kiel und Flensburg.

Die Zuständigkeit für die einzelnen Zielobjekte war gleichfalls in dieser Dienstanweisung geregelt, wie aus der nachstehenden Tabelle 3 ersichtlich wird. Der tschechische Schleswig-Holsteins war nach den internen Vorgaben somit die Filiale der HV A in Rostock, die innerhalb der Bezirksverwaltung (BV) des MfS als Abteilung XV firmierte. Teils kooperierte die Rostocker Dependance mit den Fachabteilungen der HV A in Berlin, etwa mit der für Geheimdienste und Polizeien zuständigen HV A IX, was bei BND und MAD durchaus naheliegend ist.

| Institution                  | Zuständige            |
|------------------------------|-----------------------|
| Landesregierung              | BV Rostock XV         |
| Innenministerium             | BV Rostock XV         |
| Flottenkommando              | BV Rostock XV         |
| BND                          | HV A IX/BV Rostock XV |
| MAD                          | HV A IX/BV Rostock XV |
| Marineführungsdienstkommando | HV A IV/BV Rostock XV |
| Kraftfahrt-Bundesamt         | HV A VI/BV Rostock XV |
| Firma ISCOIN                 | BV Rostock XV         |

*Tabelle 3. Operative Zuständigkeiten für Zielobjekte der HV A in Schleswig-Holstein (Stand: Dezember 1979)*

Nach den Planungsunterlagen der HV A fiel ihrer Dienstseinheit in Rostock die Schlüsselrolle für die operative Arbeit in Schleswig-Holstein zu. Fragen wir also: Entsprach das auch der operativen Praxis? Eine Zusammenstellung der von der HV A in Schleswig-Holstein geführten operativen Vorgänge zeigt deutlich den prominenten Stellenwert der Rostocker Tschekisten. Immerhin sechs Schleswig-Holsteiner waren für diese Dienstseinheit verzeichnet. Aber die benachbarten Bezirksdependancen der HV A wie Schwerin und Neubrandenburg stehen der zuständigen Dienstseinheit

<sup>32</sup> Vgl. Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 307.

nur unwesentlich nach. Das gilt abgeschwächt sogar für Magdeburg und das entfernt liegende Leipzig. Mithin hat die als Steuerungsmittel vorgesehene Dienstanweisung Nr. 3 aus dem Jahre 1979 nur bedingt ihre Funktion erfüllt. Die Dienstseinheiten – selbst die Fachabteilungen in der Zentrale in Berlin – zogen an Land, was operativ zu rekrutieren war. Der Plan reüssierte nicht. Vielmehr tummelten sich nicht wenige der Dienstseinheiten der HV A in Schleswig-Holstein: ein Drittel der Bezirksdependancen und bald die Hälfte der zentralen Fachabteilungen (vgl. Tabelle 4).

| Dienstseinheit       | IM | KP | Summe |
|----------------------|----|----|-------|
| HV A XVII            | 9  | 0  | 9     |
| BV Rostock XV        | 4  | 2  | 6     |
| HV A VI              | 6  | 0  | 6     |
| BV Schwerin XV       | 3  | 1  | 4     |
| HV A II              | 4  | 0  | 4     |
| HV A IX              | 4  | 0  | 4     |
| BV Magdeburg XV      | 2  | 1  | 3     |
| BV Neubrandenburg XV | 3  | 0  | 3     |
| HV A X               | 2  | 1  | 3     |
| HV A XV              | 1  | 2  | 3     |
| BV Leipzig XV        | 1  | 1  | 2     |
| HV A XVI             | 0  | 2  | 2     |
| HV A XII             | 1  | 0  | 1     |
| HV A XIII            | 1  | 0  | 1     |

*Tabelle 4. Operative Zuständigkeiten für inoffizielle Mitarbeiter und Kontaktpersonen der HV A in Schleswig-Holstein (Stand: Dezember 1988)*

Das Netz an nachrichtendienstlichen Positionen der HV A in Schleswig-Holstein entstand nicht über Nacht, sondern war vielmehr Produkt eines langen Entwicklungsprozesses. Das lässt sich mit der Momentaufnahme mit Stand vom Dezember 1988 nur bedingt einfangen. Immerhin befanden sich unter den 51 schleswig-holsteinischen inoffiziellen Mitarbeitern (IM) und Kontaktpersonen (KP) der HV A 18 Frauen, was mit einem Anteil von 35 Prozent vergleichsweise überdurchschnittlich ist. Nicht der ganze, aber bald die Hälfte des operativen Himmels gehörte den Frauen in Schleswig-Holstein. Die Jüngste unter ihnen war zum Stichtag 25 Jahre, die Älteste 74 Jahre alt. Über die Hälfte der Aktivposten der HV A weisen die Geburtsjahrgänge 1930 bis 1939 (n = 15) und 1940 bis 1949 (n = 16) auf, hatten bald das 50. Lebensjahr erreicht beziehungsweise bereits überschritten und waren geprägt durch eine nationalsozialistische Kindheit beziehungsweise durch die Nachkriegszeit und die auf-

ziehende Wohlstandsgeneration. Sieben Konfidenten der HV A standen im sechsten oder siebten Lebensjahrzehnt und waren noch geprägt von der Weimarer Zeit. Das operative Netz wirkt so betrachtet in die Jahre gekommen – und der Nachwuchs ließ auf sich warten. Lediglich vier Bürger waren zwischen 25 und 28 Jahren alt; das Alter von elf Bürgern bewegte sich zwischen dem 30. und 39. Lebensjahr.

Die Prognose einer Überalterung des operativen Netzes in Schleswig-Holstein lässt sich aus den Rekrutierungsjahren selbst ableiten. Deutlich über die Hälfte (n = 31) der im Dezember 1988 für die HV A aktiven Bürger in Schleswig-Holstein hatten sich zwischen ihrem 17. und 38. Lebensjahr zur Kooperation verpflichtet. Konnte die HV A zuletzt lediglich vier Bürger, die zwischen dem 25. und 28. Lebensjahr standen, mindestens konkludent in ihre Reihen aufnehmen, so waren es in früheren Jahren – ausweislich der zuletzt Aktiven – mehr als dreimal so viele gewesen (n = 13), darunter die bemerkenswert hohe Anzahl von acht Frauen.

Zuweilen weisen die von der HV A geführten Schleswig-Holsteiner bereits lange operative Stehzeiten auf. Sieben von ihnen waren bereits über zwanzig Jahre hinweg tätig, weitere 14 zwischen zehn und zwanzig Jahren. Ohnehin gab es durch den Mauerbau bedingte Rekrutierungslücken in den Jahren von 1962 bis 1967. Auch für die zweite Hälfte der 1970er Jahre blieb lediglich ein Schleswig-Holsteiner in den Netzen der HV A hängen. Das änderte sich zwar in den 1980er Jahren, wo im Mittel jährlich drei bis vier in den Köder gebissen haben, darunter waren aber eben nicht wenige, die bereits ein beachtliches Alter erreicht hatten. Es ist anzunehmen, dass das Netz der HV A in Schleswig-Holstein unter quantitativen Gesichtspunkten den operativen Zenit überschritten hatte. Die Statistiker innerhalb der HV A werden sicherlich verstärkte Rekrutierungsbemühungen eingefordert haben.

## Regionale Verteilung

### Ammersbek

Am Nordostrand von Hamburg wohnte in der 10.000 Seelen zählenden Gemeinde Ammersbek (Kreis Stormann) nach den Unterlagen der HV A ein Mann namens »Knäuel«. <sup>33</sup> »Knäuel« muss es im Jahre 1985 Wert gewesen sein, eine eigene Akte bei der für die SPD zuständigen Dienst Einheit HV A II/4 erhalten zu haben. Er wurde in diesem Jahr verzeichnet und – wie es HV-A-intern hieß – als Werber I und im Jahre 1987 als Werber II eingestuft. Die Kontaktaufnahme soll in der DDR auf ideologischer Basis durch einen Mitarbeiter der HV A stattgefunden haben. Tatsächlich wird »Knäuel« bereits am 17. März 1983 aufgefallen sein, denn an diesem Tag wurde er offenkundig erstmals in den internen Unterlagen vermerkt. <sup>34</sup>

33 Vgl. Helmut Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 67.

34 Vgl. »Knäuel«; Reg.-Nr. XV 3935/85 (vormals XV 1748/72); Bundesarchiv (BArch) MfS, HV A, F 16 und F 22 (Rosenholz); Statistikbogen.

»Knäuel« galt dem Nachrichtendienst als »Person in Führungsposition«. Bei ihm war daran gedacht, Informationen aus dem SPD-Parteivorstand beziehungsweise -Präsidium erhalten zu können.<sup>35</sup>

Der Vorgang selbst war für Stefan-Andreas Ulrich vermerkt, der innerhalb der HVA II Mitarbeiter 411 war. Er hatte den Vorgang am 26. September 1985 angelegt. Nach der zu »Knäuel« überlieferten Karteikarte zu urteilen wurde zu ihm eine Personal- und eine Arbeitsakte ausgegeben.<sup>36</sup> Eine weitere Karteikarte bringt einen Professor (1921–2011) mit »Knäuel« in Verbindung. Überhaupt ist er nach gegenwärtigem Kenntnisstand die einzige Person in diesem Aktenvorgang und wurde von der HV A auch als »HP«, also als Hauptperson, ausgewiesen. In den 1990er Jahren leitete die Staatsanwaltschaft gegen ihn ein Ermittlungsverfahren ein.<sup>37</sup>

»Knäuel« war der Sohn des Professors für orthopädische Chirurgie an der Universität Berlin, besuchte in Berlin-Charlottenburg die Schule und war von 1939 bis 1945 bei der Wehrmacht. Ab 1946 studierte er in Hamburg Germanistik, da er Gymnasiallehrer werden wollte, doch trat er 1948 in das Literaturwissenschaftliche Seminar der Universität Hamburg ein, wenn auch zunächst nur in deren Bibliothek. Von 1951 bis 1958 arbeitete er am Goethe-Wörterbuch mit; anschließend wurde er Mitglied des Lehrkörpers, wo er – dann als Professor – bis zu seiner Emeritierung am 31. März 1987 blieb. In einem Nachruf wird er als »zutiefst musisch und radikal demokratisch« ausgewiesen: Der »radikale Demokrat«, »der er wohl seit je gewesen ist und der sich – nachhaltig und unbeirrbar entflammt von der 68er Bewegung – als feuriger Streiter für eine Demokratisierung der Hochschule und gegen jede Form von Entrechtung und Benachteiligung nicht nur in der universitären Öffentlichkeit Gehör verschafft hat.«<sup>38</sup>

Der von der HV A als »Knäuel« Ausgewiesene war auch parteipolitisch aktiv. Er gehörte der SPD in Ammersbek an und vertrat diese in den Jahren von 1974 bis 1983 im Ausschuss für Soziales, Jugend und Kultur.<sup>39</sup> Er galt als jemand mit einem »ungebrochenen Pazifismus«, der bei einer Veranstaltung im Rahmen einer Gelöbnis-Kundgebung als »Bundeswehrgegner« aufgetreten sei.<sup>40</sup> Mit dieser Einstellung schaffte er es am 25. Juli 1981 auch ins *Neue Deutschland*, das ihn mit den Worten wiedergibt: »Ich halte die Bedrohungslüge, mit der die ganze Rüstungspolitik dauernd begründet wird, eben für eine Legende. Wir müssen endlich loskommen von diesem Feindbild. Die Geschichte der Sowjetunion rechtfertigt nicht die Behauptung,

35 Vgl. ebenda.

36 Vgl. ebenda.

37 Vgl. ebenda.

38 Bernd Stenzig: Prof. Dr. Friedrich Wilhelm Wollenberg 1921–2011. o. O. o. D. (2011), in: Website der Universität Hamburg (Abruf am 1.4.2025).

39 Vgl. Friedrich Wilhelm Wollenberg, in: Der Ammersbeker (2012) Januar, S. 7.

40 Vgl. Gelöbnis in Polizeifestung, in: Website Sozialismus jetzt/Sozialistische Zeitung für Kiel (Abruf vom 1.4.2025).

dass von diesem Staat eine Bedrohung für die Menschen anderer Länder ausginge.«<sup>41</sup> Schon zwei Wochen zuvor wurde er im gleichen Blatt mit den Worten zitiert, dass die Bundesregierung »von dem verhängnisvollen NATO-Raketenbeschluss ›schleunigst Abschied nehmen‹ müsse.<sup>42</sup> Dahingehend hatte er sich auch in einem Interview mit der Zeitung *UZ*, der Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei, geäußert.<sup>43</sup>

»Fiete«, wie ihn seine Genossen nannten, war der Mitbegründer der Zeitung der SPD in Ammersbek, die zunächst *Nachrichten für Bünningstedt und Hoisbüttel* hieß, später dann *Der Ammersbeker*, und die zunächst ausschließlich mit seinen Artikeln und Kommentaren versehen war.<sup>44</sup> Im Ammersbeker Literaturcafé wirkte er an Lesungen mit, beispielsweise am 9. Oktober 1999, als er aus Thomas Manns *Bekenntnisse des Hochstaplers Felix Krull* vorlas.<sup>45</sup>

Angesichts dieser Angaben erscheint das Interesse der HV A an seiner Person nachvollziehbar. Ob er jedoch – und wenn ja, in welchem Umfang – als »Knäuel« tatsächlich eine Art Talentsucher für Nachwuchskräfte der HV A war, lässt sich angesichts der Überlieferungen nach gegenwärtigem Stand der Erkenntnisse nicht beurteilen. Zumindest ist er im Bestand der »Kundschafter des Friedens« der HV A als Aktivposten vermerkt.

### Bad Segeberg

Auch für die Küstenregion wirkt die Bezeichnung »Fregatte« eher abträglich. Sie findet sich in den Unterlagen für eine Rentnerin, Jahrgang 1914, die offenbar von 1978 bis zur Auflösung des Ministeriums ihre Wohnung für nachrichtendienstliche Treffen in Bad Segeberg zur Verfügung gestellt hat. Bei Beginn der Kooperation war sie 64 Jahre alt.<sup>46</sup> Die gebürtige Hamburgerin lebte in Bad Segeberg und war innerhalb der HV A für die HV A IX/A/6 verzeichnet, die für die operative Arbeit gegen das Bundeskriminalamt und die Landeskriminalämter mit dem Schwerpunkt Staatsschutz zuständig war. Der Witwe war eine Kontaktadresse in der DDR ausgehändigt worden und ein Instrukteur suchte sie gelegentlich auf.<sup>47</sup>

Die überlieferten Informationen zu einem Verwaltungsbeamten (\*1945) einer Behörde in Bad Segeberg sind ebenso karg. Er wohnte in einem Dorf im Kreis Segeberg und war bei der HV A VI/B/2 als O-Quelle mit dem Decknamen »Klaus Sommer« verzeichnet.<sup>48</sup> Er lebte zurückgezogen, war kommunalpolitisch engagiert und hielt sich wiederholt in der DDR auf. Bei einer dieser Reisen fiel er 1981 der Hauptab-

41 Nichts als Legende, in: Neues Deutschland vom 25.7.1981, S. 9.

42 Forderung an Bonn: Weg der Rüstung verlassen, in: Neues Deutschland vom 11.7.1981, S. 5.

43 Statt Aufrüstungs- eine aktive Friedenspolitik. UZ-Interview mit Prof. Dr. Friedrich-Wilhelm Wollenberg (SPD), Universität Hamburg, in: UZ vom 9.7.1981.

44 Vgl. Friedrich Wilhelm Wollenberg, in: *Der Ammersbeker* (2012) Januar, S. 7.

45 Vgl. Lesungen im Ammersbeker Literatur-Café, in: *Hamburger Abendblatt* vom 8.10.1999, S. 3.

46 »Fregatte«; Reg.-Nr. XV 479/78; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz).

47 Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 160 f.

48 »Klaus Sommer«; Reg.-Nr. VI 1401/81; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz).

teilung VI des MfS auf, die dann die HV-A-Filiale in Cottbus auf ihn aufmerksam machte. 1983 gab es erste Überlegungen, ihn für das MfS zu rekrutieren, denn er hatte »eine persönliche Zuneigung« zu einer Frau in der DDR entwickelt, über die er Kontakt zum MfS erhielt. Im April 1987 scheint die Anwerbung gelungen zu sein; der Deckname »Klaus Sommer« wurde ihm zugewiesen. Er sei »auf ideologischer Basis« angeworben worden – das bedeutet offenbar, er hatte mindestens Sympathien für die DDR. Er galt als »vertrauenswürdig« und bekam eine Adresse in der DDR, intern als Deckadresse bezeichnet. Für das MfS war er offenkundig wegen seiner Zugänge zum Einwohnermeldeamt in Bad Segeberg interessant. In jener Zeit hieß es, es gäbe maschinenlesbare und fälschungssichere Personalausweise, die zentral in der jeweils zuständigen Bundesdruckerei mit diversen Sicherheitsmerkmalen hergestellt wurden. Zuvor konnten die Einwohnermeldeämter die Ausweise selbst ausfertigen. »Klaus Sommer« schien sich ausgekannt zu haben, denn auf ihn gehen Informationen vom Juni 1987 beim MfS zurück wie etwa zum Verfahren und den Hintergründen des neuen bundesrepublikanischen Personalausweises, zum Datenaustausch innerhalb der Behörden und zum Behördenverhalten, falls ein Personalausweis mal verloren gehen würde, sowie zu Fragen zur EDV in Sachen Ausweisen. In den 1990er Jahren ermittelte das Landeskriminalamt zu »Klaus Sommer«, offenbar ohne Folgen, denn er arbeitete bis zu seiner Pensionierung weiterhin in der Behörde.

### Dithmarschen

In Dithmarschen, möglicherweise in Heide, verzeichnete die HV A eine Adresse, branchentypisch als Deckadresse bezeichnet. Deckname »Heider«<sup>49</sup>. Bekannt ist, dass unter diesem Decknamen eine weibliche Person operierte, die Ende der 1980er Jahre etwa 50 Jahre (Jahrgang 1938) alt war. Weiteres ist derzeit über die Identität der Inhaberin der Deckadresse noch nicht bekannt. Die Funktion, die sie für die HV A innehatte, bestand darin, ihre Postadresse zur Verfügung zu stellen und dann die Funktion eines Mittlers zwischen dem Führungsoffizier der HV A aus der DDR und dem IM wahrzunehmen. Die Postsendungen konnten an diese Adresse geschickt werden und »Heiders« Aufgabe war es dann, sie unter großer Geheimhaltung weiterzuleiten.<sup>50</sup> Die Deckadresse kann der Abteilung XV/1 der Leipziger Filiale der HV A zugeordnet werden.

Die Zuordnung der Deckadresse »Heider« zur Bezirksverwaltung Leipzig lässt vermuten, dass die Aufgaben der Dithmarscherin über Schleswig-Holstein hinausgingen. Vielmehr scheint sich hinter diesem Namen ein sehr komplexer Vorgang zu verbergen. So ist beispielsweise für den 1. August 1987 eine Reise nach Kopenhagen ins Hotel Tordenskjoldsgade belegt. Da scheint es einen Zusammenhang mit einer weiteren Person zu geben, die faktisch beruflich für die DDR-Spionage freigestellt

49 Der Vorgang wurde bereits diskutiert in Müller-Enbergs: Hauptverwaltung A, S. 299; »Heider«, Reg.-Nr. XV 6453/82; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz).

50 Zur Funktion der Deckadresse vgl. Müller-Enbergs, Inoffizielle Mitarbeiter 2, S. 76.

war. Er bekam Lohn und Brot inoffiziell von der HV A, unterhielt jedoch in der DDR ein Scheinarbeitsverhältnis. Es handelt sich um einen hauptamtlichen IM (HIM) mit dem Decknamen »Stern«. Dieser war umtriebiger und seine Wege führten ihn wiederholt nach Großbritannien. Für seine nachrichtendienstliche Arbeit war er reichhaltig ausgestattet; er besaß ein transportables Versteck (»Container« genannt) und andere operative Technik. Er reiste nicht unter seinem bürgerlichen Namen, sondern mit gefälschten Papieren.<sup>51</sup>

## Flensburg

Obwohl Flensburg mit fast 85.000 Einwohnern die drittgrößte Stadt in Schleswig-Holstein ist, sind in der nördlichsten Stadt Deutschlands aus DDR-Sicht kaum relevante Institutionen angesiedelt – mit einer wichtigen Ausnahme: dem Kraftfahrt-Bundesamt (KBA). Die 1951 gegründete Bundesoberbehörde für den Straßenverkehr hat unter anderem einerseits die Aufgabe, die von den örtlichen Zulassungsbehörden und Versicherungsunternehmen übermittelten Fahrzeug- und Halterdaten mit Kennzeichen zu sammeln, und andererseits werden hier Informationen über Verkehrsteilnehmer gespeichert, die im Straßenverkehr auffällig geworden sind.<sup>52</sup> Die Behörde war also aufgrund ihrer Datenkenntnis von Interesse für das MfS.<sup>53</sup> Hier konnten Fahrzeuge und Fahrzeughalter ermittelt werden und möglicherweise über einen IM auch unauffällig illegal Fahrzeuge der Stasi im Westen eingetragen und überwacht werden. Bekannt ist, dass der in Flensburg geführte Resident »Schweitzer« im Bundeskraftfahrtamt beschäftigt war.<sup>54</sup> Der 1933 in Rendsburg geborene Schleswig-Holsteiner war möglicherweise schon seit den 1950er Jahren durch seine Tätigkeit als Schweißer auf der Krögerwerft in Schacht-Audorf für den Geheimdienst der jungen DDR interessant. Nach seinem Eintritt in die Bundesbehörde 1964 hatte er nun Zugang zu vielen Daten, die für das MfS von Interesse waren. Wann genau »Schweitzer« vom MfS angeworben wurde, konnte bisher noch nicht ermittelt werden. In einer Quelle wird das Jahr 1973 als Werbungsdatum genannt, also erst während seiner Zeit beim KBA. Ein anderer Hinweis deutet auf das Jahr 1956 hin. Zumindest war er noch zum Zeitpunkt der Auflösung der HV A als Resident verzeichnet. Ein Resident hatte weitgehende Befugnisse. Neben der Spionage in dem ihm zugewiesenen »Feindobjekt« – in »Schweitzers« Fall das KBA – konnte er seine Arbeit im »Operationsgebiet« sehr selbständig gestalten, IM aus den in der Region tätigen Kontaktpersonen rekrutieren und über die Ausgabe von Operativgeldern frei entscheiden – bis zu 750 DM.<sup>55</sup>

51 Vgl. »Stern«, BArch, MfS, BV Leipzig, Abt. XV 7, 68, 313, 913, 921, 1091, 1093–1095.

52 Vgl. KBA (Hrsg.): Kraftfahrt-Bundesamt. Ihr zentraler Informationsdienstleister rund um das Kraftfahrzeug und seine Nutzer. 50 Jahre Verkehrszentralregister, Flensburg 2008.

53 Vgl. Überall schlau. Wie die Hacker zapften Stasi-Späher auch die Computer westdeutscher Sicherheitsbehörden an, in: Der Spiegel (1992) H. 34.

54 »Schweitzer«, Reg.-Nr. XV 290/73; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz).

55 Vgl. Müller-Enbergs, Inoffizielle Mitarbeiter 2, S. 51.



Um die umfassenden Aufgaben eines Residenten zu bewerkstelligen, wurde ihm häufig ein »Gehilfe« zur Seite gestellt. »Schweitzer« erhielt beispielsweise Unterstützung von »Meta«. Bei ihr handelte es sich um seine Ehefrau, ebenfalls 1933 geboren, die als Krankenschwester bei der Evangelischen Kirche in Flensburg angestellt war.<sup>56</sup>

Obgleich die Akten von »Meta« und »Schweitzer« innerhalb der HV A seit April 1973 durch viele Hände gegangen waren, nachdem sie zunächst in Potsdam angelegt worden waren, wurde das gegen sie in den 1990er Jahren eröffnete Ermittlungsverfahren wegen Verjährung eingestellt. Viele operativ beschaffte Informationen sind nicht in den Büchern verzeichnet. Auf den November 1976 datiert etwa eine Analyse des Bundesministeriums der Verteidigung zu Spezialaufbauten für die Mobilisierungsplanung oder aus dem Februar 1981 die 41 Seiten umfassende Aufstellung der Vorschläge für das Haushaltsjahr 1982 des Kraftfahrzeugbundesamtes. Aus früheren Jahren liegen Hinweise zu AEG Telefunken vor, darunter eine fünfseitige Unterlage zum Sendeobjekt in Flensburg.

In Flensburg war aber nicht nur das KBA für die DDR von Interesse. Die Grenzstadt war zudem wegen ihrer Nähe zu Dänemark und der in diesem Zusammenhang stehenden Institutionen, wie beispielsweise des Bundesgrenzschutzes, Hort weiterer sogenannter »Feindobjekte«. Darunter auch einige Stützpunkte der Bundeswehr und der NATO. So kann mit ziemlicher Sicherheit davon ausgegangen werden, dass die O-Quelle mit dem Decknamen »Werner Brieske« einem 1947 geborenen Finanzbeamten zugeordnet werden kann, der ab 1973 in den Karteien des Staatssicherheitsdienstes auftaucht und unter der Nummer XV 2206/73 direkt der HV A zugeordnet war. Ersehen lässt sich hier, dass dieser Flensburger Polizeibeamte von Juni 1980 bis Dezember 1983 insbesondere Informationen zum Bundesgrenzschutz, zur Grenzschutzdirektion Koblenz, über das Bundesamt für Verfassungsschutz und über das Bundeskriminalamt übermittelte. In der Summe sollen auf ihn 103 Informationen zurückgehen. Entsprechend dieses Themenspektrums war er bei der HV A der dafür zuständigen Dienstseinheit IX/A/5 zugewiesen, wobei er sich wesentlich auf den Zoll spezialisieren sollte.<sup>57</sup>

Dass auch Soldaten der Bundeswehr als Spione des Staatssicherheitsdienstes erfolgreich angeworben werden konnten, zeigt sich am Beispiel des 22-jährigen Karl-Heinz Oettle, der als Wehrdienstleistender in Flensburg-Weiche stationiert war. Im Juni 1959 hatte er, der als Schlosser in Hamburg tätig war, den Einberufungsbescheid erhalten. Zu dieser Zeit bekam der junge Mann die Gelegenheit, die Ostsee-Woche in Rostock zu besuchen. Dort lernte er eine Lehrerin kennen, der er im Gespräch anvertraute, dass er demnächst zur Bundeswehr einberufen werde. Die Lehrerin gab diese Information vermutlich an das MfS weiter, woraufhin man Oettle im Rat des Kreises eine gut bezahlte Stelle als Schlosser in einer ostdeutschen Werft anbot. Oettle entschied sich nach längeren Überlegungen für eine Übersiedlung in die DDR.

56 »Meta«, XV 2727/74; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz).

57 Vgl. Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 161; ders., Inoffizielle Mitarbeiter 2, S. 225.

Daraufhin erklärte man ihm, dass dies nur dann erfolgen könne, wenn er zuvor den Wehrdienst in der Bundesrepublik ableisten und gleichzeitig Informationen in die DDR liefern würde. Die Dienste sollten auch mit 240 DM abgegolten werden. Oettle unterschrieb den »Verpflichtungsschein« des Staatssicherheitsdienstes und traf sich innerhalb der darauffolgenden Monate zweimal mit Kontaktpersonen aus der DDR in Hamburg und Flensburg. Seine Verhaftung erfolgte am 15. Dezember 1959. Er hatte zwar keine »großen Geheimnisse« verraten, dafür aber engagiert Informationen gesammelt, wie aus Unterlagen in seinem Spind entnommen werden konnte. Karl-Heinz Oettle wurde dann am 12. April 1960 vom Strafsenat des Oberlandesgerichts Schleswig in Lübeck »wegen verräterischer Beziehungen zum Sowjetzonalen Staatssicherheitsdienstes zu einem Jahr und drei Monaten Gefängnis« verurteilt.<sup>58</sup>

Die Militärspionage war eines der Aufgabengebiete des DDR-Auslandsnachrichtendienstes. Dies änderte sich nicht, als die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten in den 1970er Jahren entspannter wirkten. Im September 1983 berichteten die *Kieler Nachrichten* von einer zunehmenden Tendenz zu »Spionageflüge[n]«. Auch die Region Schleswig-Flensburg und die hier angesiedelten Bundeswehr-Einrichtungen waren Ziel solcher ostdeutschen Spionageflüge. So berichtet die Zeitung über die Thorsberg-Kaserne des Flugabwehrregiments 39 der Luftwaffe in Süderbrarup, wo ein auffälliges Flugzeug gesichtet worden sei. Dieses Flugzeug habe, wie ein Hubschrauber, längere Zeit über der Bundeswehreinrichtung gekreist. Die Identität konnte aber nicht festgestellt werden, da die Kennzeichen überklebt gewesen seien.<sup>59</sup> Bisher wird aufgrund der Anzahl solcher Flüge angenommen, dass diese von der DDR-Militärspionage erfolgreich und offensiv betrieben wurden. Denn man zeigte sich über Verteidigungspläne, Truppenstärke und Ausstattung der Bundeswehr und der NATO-Streitkräfte informiert.<sup>60</sup>

Freilich war Flensburg auch vom Flottenkommando in Mürwik geprägt, das ein »Feindobjekt« der HV A war und damit zu den Zielobjekten zählte. Aus Materialien des Ministeriums für Nationale Verteidigung wird ersichtlich, dass jedes Jahr Informationsmaterial und Berichte zum Status der »operativ-taktischen und Gefechtsausbildung der Stäbe und Einheiten der Seestreitkräfte des NATO-Kommandos Ostseeausgänge« angefertigt wurden. Unter anderem sind aus diesen Berichten Informationen über die Ausbildung in Flensburg-Mürwik zu entnehmen. 1967 wird beispielsweise über die »11. Historisch-taktische Tagung der Flotte« vom November/Dezember 1967 mit 300 Teilnehmern aller Teilstreitkräfte in Flensburg-Mürwik berichtet. Auch die Inhalte und internen Entwicklungen schienen beim Ministerium für Nationale Verteidigung der DDR bekannt gewesen zu sein, so informiert der

58 Vgl. *Kieler Nachrichten* vom 13.4.1960.

59 Vgl. *Kieler Nachrichten* vom 7.9.1983.

60 Thomas Wegener Friis: *Den usynlige front. DDR's militærspionage mod Danmark under den Kolde Krig*, Kopenhagen 2005.

Bericht unter anderem über das Marine-Ausbildungsbataillon 1967, das von der Marineschule Mürwik übernommen wurde.<sup>61</sup>

Es liegt ein Hinweis auf einen Perspektiv-IM vor, konkret über eine in Keitum geborene Frau, die der HV A verpflichtet war, aber noch keinen Arbeitsplatz gefunden hatte, den der Nachrichtendienst für seine Zwecke für nützlich hielt. Sie trug den Decknamen »Glanz« (1962–2007)<sup>62</sup> und wurde von der für die FDP zuständigen Dienst Einheit HV A II/2 gesteuert.<sup>63</sup> Der Status »PIM« versprach immerhin, dass man glaubte, sie hätte »gute Aussichten«<sup>64</sup> für eine solche Perspektive. In jener Zeit war sie für das Arbeitsgebiet Aus- und Weiterbildung verzeichnet.

Der HV A VI kann die Objektquelle »Frankfurt« zugeordnet werden. Die Abteilung befasste sich mit Informationen zu »Regimeverhältnissen« in der Bundesrepublik und war zugleich auch für die »Übersiedlung von IM in das ‚Operationsgebiet‘ verantwortlich.«<sup>65</sup> Diese beiden Hauptaufgaben erforderten Kenntnisse darüber, wie die »Feindobjekte« aufgebaut waren und welche Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden mussten, um die IM zu schützen. Daher befasste sich die Abteilung mit den Überwachungsmethoden, beschaffte die notwendigen Unterlagen wie Ausweis- und Personaldokumente und überprüfte, wie die Grenzkontrollen und die Untersuchungsverfahren abliefen, um bei der Schleusung vorbereitet zu sein. Dazu organisierten die Mitarbeiter der Abteilung alles, was für die (häufig illegale) Einreise notwendig war. »Frankfurt«, Jahrgang 1941,<sup>66</sup> war der HV A VI/B/2 zugeordnet, welche die »operative Bearbeitung« in Institutionen der Bundesrepublik zur Aufgabe hatte.<sup>67</sup> Immerhin liegt ein allgemeiner Hinweis auf sein Tätigkeitsfeld vor: Personenstandswesen und Registratur.

Von 1971 bis 1989 diente die Wohnanschrift einer 1926 geborenen Frau als Deckadresse für die HV A in Flensburg. Sie trägt den Decknamen »Page«.<sup>68</sup> Für welche Zwecke genau diese Kontaktadresse genutzt wurde, muss vorerst offen bleiben. Ähnliches gilt für einen unter dem Decknamen »Fleisch« (Jg. 1939) registrierten Mann, dessen Beruf aufmerken lässt. Er wird als Direktor verzeichnet, der in einem zentralen Objekt des gesellschaftlichen Lebens tätig gewesen sein soll. Allerdings firmierte er nicht als Agent der HV A, sondern als Kontaktperson, zu der man über die für offizielle Kontakte zuständige Abteilung HV A XVI in Tuchfühlung stand – und das immerhin über bald ein Jahrzehnt.<sup>69</sup>

61 Bundesarchiv, Militärarchiv, DVW1/25766.

62 »Glanz«, Reg.-Nr. XV 6565/82; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz).

63 Müller-Enbergs, Inoffizielle Mitarbeiter 2, S. 204 f.

64 Zu der Funktion eines Perspektiv-IM siehe Müller-Enbergs, Inoffizielle Mitarbeiter 2, S. 42.

65 Ebenda, S. 214.

66 »Frankfurt«, Reg. 2641/88; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz).

67 Müller-Enbergs, Inoffizielle Mitarbeiter 2, S. 215.

68 »Page«, Reg.-Nr. XV 255/71; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz).

69 »Fleisch«, Reg.-Nr. XV 4556/80; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz).

Und manch eine Information aus Flensburg gelangte zur HV A – ohne ein Zutun eines Flensburgers. In Eschborn arbeitete beim Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft beispielsweise die Sekretärin »Tokio« für die HV A.<sup>70</sup> Sie war seit Dezember 1972 registriert und wurde im Juni 1996 zu 18 Monaten auf Bewährung und 38.000 Mark Strafe verurteilt. Sie hatte seit 1973 über 293 Informationen an die HV A weitergeleitet, die sich oftmals mit dem Waffenhandel der Bundesrepublik Deutschland befassen, aber auch Sachverhalte aus Flensburg zum Gegenstand hatten. So beispielsweise eine Information aus dem Juni 1981 aus der Flensburger Fahrzeuggesellschaft, die umgehend an den KGB weitergeleitet wurde, oder zwei Monate später Angaben aus der Kroeger Werft.

Und dann gab es noch den ausländischen Bürger »Kluge«,<sup>71</sup> seit 1982 bei der HV A erfasst. In 65 seiner Informationen ging es um Biotechnologie. Darunter waren 43 Seiten aus dem Februar 1988 zum Aufbau eines Biotechnologiezentrums in Flensburg sowie eine 132-seitige Schrift vom Juli 1988 zu Biotechnik – eine Chance für Schleswig-Holstein. Der Auftrag an »Kluge« lautete: »Von Interesse sind weitere Informationen über das Biotechnologiezentrum in Flensburg, insbesondere aber über die Verwertung von Abfallstoffen und aus dem Screening«. Selbst ein Angestellter aus Hannover mit dem Decknamen »Sammler«,<sup>72</sup> der bei der Bosch-Generalvertretung tätig war – und seit 1972 für die HV A exponiert war –, konnte im August 1989 ein nicht unerhebliches Detail aus Flensburg beisteuern: das besonders geschützte Codewort des Kraftfahrtbundesamtes.

### Herzogtum Lauenburg

Das Herzogtum Lauenburg lehnte geografisch an die Grenze zur DDR. Gerade wegen des dort stationierten Bundesgrenzschutzes und der Grenzschutzeinzeldienste erregte es schon früh das nachrichtendienstliche Interesse der DDR. Ein Beispiel ist der Fall des Herbert Heitmann aus Mölln, der 1960 wegen »verräterischer Beziehungen zum sowjetzonalen Staatssicherheitsdienst zu einem Jahr und fünf Monaten Gefängnis« verurteilt wurde, wie den *Kieler Nachrichten* vom 14. April 1960 zu entnehmen ist.<sup>73</sup> Sein Fahrzeug und Fotoapparat galten als Arbeitswerkzeuge des »Spions« und wurden von der Lübecker Polizei eingezogen. Bevor er im Dezember 1959 festgenommen wurde, hatte sich Heitmann etwa zehnmal mit operativen Mitarbeitern des MfS in Rostock, Schwerin und Ost-Berlin getroffen. Der gelernte Maschinenschlosser hatte für seine nachrichtendienstliche Arbeit 800 Deutsche Mark erhalten.

Während die Schleusung von Personen und Material zwischen Ost und West in den 1950er Jahren noch problemlos erfolgen konnte, bedurfte es nach der Schließung der innerdeutschen Grenzen einer Professionalisierung der Schleusungen, die

70 »Tokio«Reg.-Nr. XV 3428/72; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz).

71 OPK »Kluge«, Reg.-Nr. XV 6751/82; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz).

72 »Sammler«, Reg.-Nr. XV 1933/72; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz).

73 Vgl. *Kieler Nachrichten* vom 14.4.1960.

1988 sogar zur Einrichtung der HV A XVII führte. Zugleich war die HV A dabei auf Unterstützung von inoffiziellen Mitarbeitern aus dem »Operationsgebiet« angewiesen. Denn zum einen mussten die Schleuser gute Kenntnisse über Einrichtungen der Grenzsicherung sowie Unterbringungsmöglichkeiten in Grenznähe haben, zum anderen auch erste Anlaufstellen und konspirative Wohnungen in der Nähe der Grenze anbieten können.<sup>74</sup> Insgesamt waren 1988 78 Bundesbürger erfasst, die entlang der innerdeutschen Grenze Schleusungen durchführten – davon etwa drei im Kreis Lauenburg und vier in Lübeck.

Die Informationslage zu den Akteuren ist vergleichsweise zu den Ende der 1980er Jahre bei der HV A registrierten IM schwach. Bekannt ist das Ehepaar »Förster I« und »Förster II«, das seit 1970 im Auftrag der HV A die Grenze zwischen West und Ost passierte. Er (Jahrgang 1927) war in der SPD aktiv, sie (Jahrgang 1928) arbeitete im Textilwerk in Mölln.<sup>75</sup> Für einen weiteren GIM ließen sich bisher nur die Registriernummer und das Geburtsjahr 1921 ermitteln; zudem geht aus der Personenkartei hervor, dass er ebenfalls für die Abteilung XVII (Grenzschleusung) der HV A registriert war.<sup>76</sup>

Dann gab es noch die O-Quellen »Student« und »Akrobat«. »Student« war ein Lauenburger Journalist, Jahrgang 1937.<sup>77</sup> Er war für die HV A X/4 erfasst. Dabei handelt es sich um jene Abteilung bei der HV A, die »aktive Maßnahmen« durchführte, also für die Lancierung von Desinformationen in der Bundesrepublik sorgen sollte beziehungsweise deren Aufgabe es war, den »Feind zu entlarven, zu kompromittieren bzw. zu desorganisieren und zu zersetzen«.<sup>78</sup> Insbesondere Personen aus dem Bereich Presse und Medien wurden damit betraut, die einerseits zu diesem Zweck Informationen beschaffen sollten und andererseits durch ihre Tätigkeit Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung nehmen konnten.<sup>79</sup> Diese »Multiplikatoren« im »Operationsgebiet« sollten insbesondere solche Kampagnen inszenieren, die beispielsweise Politiker entlarvten, die Westdeutschland in der öffentlichen Meinung diskreditierten und Bewegungen auslösten, die mit den Zielen der DDR-Staatsführung übereinstimmten. Dazu wurden echte oder fiktive Briefe veröffentlicht und Dokumente, Flugblätter und Studien publiziert. Zu den »aktiven Maßnahmen« gehörten auch die bewusst eingesetzten rechtsextremen »Schmierereien« – Bestechungen von Politikern.

Die O-Quelle »Akrobat«, ebenfalls Jahrgang 1937, ist für die HV A XV/1 erfasst, die zuständig war für die Beschaffung von Informationen zum Maschinenbau und zur Umgehung des Embargos.<sup>80</sup> Das dortige Referat 1 interessierte sich für militä-

74 Müller-Enbergs, Inoffizielle Mitarbeiter 2, S. 244 f.

75 »Förster I« und »Förster II«, Reg.-Nr. XV 305/70; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz).

76 N. N., Reg.-Nr. XV 2615/65; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz).

77 »Student«, Reg.-Nr. XV 221/70; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz).

78 Müller-Enbergs, Inoffizielle Mitarbeiter 2, S. 225.

79 Ebenda

80 »Akrobat«, Reg.-Nr. XV 199/80; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz).

rische Fahrzeuge und Schiffbau der Krauss-Maffei-AG in München, des Krupp-Maschinenbaus und der HDW in Kiel und unterhielt insgesamt sieben O-Quellen<sup>81</sup>, darunter eben auch »Akrobat«. Auf den Personalleiter der Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schifffahrt (GKSS) in Geesthacht, den die HV A mit Arno Bunge in Verbindung brachte, verweisen 399 Informationen. Von April 1980 bis Dezember 1988 gingen bei der HV A 233 Dokumente ein (eines »sehr wertvoll«, 33 »wertvoll«), in denen es um Kerntechnik und Reaktorsicherheit, aber auch um Detailfragen wie einen Druckabbauversuchsstand oder biotechnologische Fragen des Zelluloseabbaus, Bioreaktoren oder Umkehrosmose ging. Die Unterlagen weisen in 26 Fällen Bezüge zur Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schifffahrt und in zehn Fällen zum Kernforschungszentrum in Karlsruhe auf. Sie wurden an das Kernkraftwerk Rheinsberg und den VEB Chemieanlagenbau in Staßfurt weitergeleitet. Die O-Quelle »Akrobat« verfügte über eine Deckadresse und eine Instrukteurverbindung.<sup>82</sup>

### Husum

Aus der Rosenholzkartei geht hervor, dass die HV A VI/B/2 in Husum seit 1987 eine »konspirative Wohnung« (KW) unter dem Decknamen »Moritz« unterhielt, deren Adresse mit der eines Beerdigungsinstitutes übereinstimmt.<sup>83</sup> Husum war ansonsten für das Ministerium für Staatssicherheit der DDR eher uninteressant. Lediglich die Kontaktperson »Kiesel« der Abteilung HV A X war noch für Husum registriert. »Kiesel« war der HV A X/4 zugewiesen,<sup>84</sup> welche sich mit der Einflussnahme auf Verlage und Presseorgane und ähnlichem beschäftigte.<sup>85</sup> Vermutlich bewegte sich »Kiesel« in einem schleswig-holsteinischen oder sogar Husumer Verlagsgeschäft.

### Kiel

Kiel als Landeshauptstadt, in der die meisten Landeseinrichtungen angesiedelt sind, war Hort des Marinegeschwaders sowie des militärischen und zivilen Schiffbaus und Standort der Universität und der Fachhochschule. Die Stadt bot viele »Feindobjekte«, die in den Fokus der HV A geraten waren: Dazu zählten unter anderem die Landesverbände der FDP, der Grünen und der CDU und der DBG-Landesbezirksvorstand und aus dem Bereich der Landeseinrichtungen das Geologische Landesamt, das Landesinnenministerium Schleswig-Holstein und der Militärische Abschirmdienst in Schleswig-Holstein. Zudem war die Polizei von Interesse für das MfS, genauer genommen das Kriminal-Polizeiamt-Dezernat 3. Ferner bestand Inte-

81 Müller-Enbergs, Inoffizielle Mitarbeiter 2, S. 239.

82 Vgl. Müller-Enbergs: Hauptverwaltung A, S. 223 f.

83 »Moritz«, Reg.-Nr. XV 2846/87); BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 121.

84 »Kiesel«, Reg.-Nr. XV 1233/65; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 177.

85 Müller-Enbergs: Inoffizielle Mitarbeiter 2, S. 228.

resse an der Fachhochschule wegen ihres technischen Schwerpunktes und selbstredend an der Christian-Albrechts-Universität, wo sich Hinweise auf das Institut für Weltwirtschaft, das Institut für Politik und Ostrecht, das Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften (IPN) und auch den Allgemeinen Studierenden Ausschuss finden. In der DDR waren die Marinestützpunkte in Schleswig-Holstein bekannt, die zu den Aufklärungszielen der HV A gehörten, darunter das Schiffsmedizinische Institut der Marine in Kiel-Kronshagen. Verzeichnet ist das Interesse an der im Schiffbau relevanten Firma Anschütz, die bordtaugliche Kreiselkompass herstellte sowie Radarleitsysteme, die im Rüstungswesen relevant waren. Schließlich ist noch das operative Interesse an Schienenfahrzeugen der Krupp-MaK Maschinenbau GmbH anzuführen.<sup>86</sup>

Einer der ersten Spionagefälle in Kiel – nach dem von Gustav Hanelt – betraf im Spätsommer 1952 den Sportjournalisten Peter Frahm und den Kaufmann Harald Freidanck aus Kiel. Sie wurden von der Kieler Kriminalpolizei festgenommen wegen des »dringenden Verdachts der Spionage«. Frahm arbeitete für mehrere Rundfunkstationen und Zeitungen der DDR und »vermittelte zahlreiche Besuche westdeutscher Sportjournalisten zu Sportereignissen in der ehemaligen sowjetischen Zone«, heißt es in den Medien. Einmal im Monat soll er sich in der DDR aufgehalten haben, um dem ostdeutschen Nachrichtendienst Informationen insbesondere über die britische Besatzungsmacht zukommen zu lassen. Nach längerer Beobachtung durch das Innenministerium wurde er festgenommen, als er sich zu einem weiteren Treffen mit seinen Auftraggebern illegal in die DDR begeben wollte.<sup>87</sup> Im Dezember 1952 wurde er wegen Landesverrats angeklagt. Der 26-jährige Frahm verübte allerdings im Januar 1953 in der Untersuchungshaft Selbstmord und entzog sich damit der Verurteilung.<sup>88</sup>

Anders erging es Harald Freidanck, dem ehemaligen Leiter der britischen Informationszentrale in Kiel. Freidanck fungierte als Verbindungsmann zwischen den britischen Besatzungsbehörden und deutschen Presseberichterstatern und leitete im Frühjahr 1952 unter anderem die Öffentlichkeitsarbeit und Pressevermittlung bei den britischen Mai-Manövern in Kiel. Ihm wurde ebenso wie Frahm vorgeworfen, »Informationen über Verhältnisse und Einrichtungen der britischen Besatzungsmacht fortlaufend«<sup>89</sup> »gegen Bezahlung an einen östlichen Nachrichtendienst weitergegeben zu haben«.<sup>90</sup> Der Fall Freidanck gelangte zu zweifelhafter Berühmtheit, da es der erste Landesverratsprozess der jungen Bundesrepublik vor dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe war, in dem »erstmalig die Begriffe des ‚Staatsgeheimnisses‘

86 Vgl. Helmut Müller-Enbergs: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 3: Statistiken, Berlin 2008, S. 942.

87 Kieler Nachrichten vom 6./7.9.1952.

88 Kieler Nachrichten vom 6.12.1952 und vom 20.1.1953.

89 Kieler Nachrichten vom 6.12.1952.

90 Kieler Nachrichten vom 6.5.1953.

und der ‚Landesverräterischen Beziehungen‘ im Sinne des deutschen Strafrechts geklärt« wurden.<sup>91</sup> Freidanck wurde schließlich im Mai 1953 zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, wobei die Staatsanwaltschaft in seinem Plädoyer darauf hinwies, dass er Staatsgeheimnisse an die östlichen Nachrichtendienste verkauft habe, wodurch die »Sicherheit der Besatzungsmacht und der Bundesrepublik« in Gefahr gebracht worden sei. Da das Auskundschaften der britischen Besatzungsmacht eng mit den Interessen der Bundesrepublik verknüpft sei, führte sie weiter aus, müsse sie die Frage, ob die Tat damit auch als Verrat deutscher Staatsgeheimnisse angesehen werden könne, bejahen. Dagegen vertrat der Pflichtverteidiger die Meinung, sein Mandant habe nur allgemein bekannte Tatsachen weitergegeben. Dies mag sich strafmildernd auf das Urteil ausgewirkt haben. Dies war der erste, aber bei weitem nicht der einzige Fall von Spionage, der in den 1950er Jahren in Schleswig-Holstein an die Öffentlichkeit drang.

Im Winter 1958/59 zog ein weiterer Spionagefall die Aufmerksamkeit auf sich. Der aus Neumünster stammende Tischler und zum damaligen Zeitpunkt Abc-Detektei-Besitzer Richard Brüggert und der Fotograf Peter Wingert wurden aufgrund des Verdachts festgenommen, sie hätten aus ihrem Sportflugzeug mithilfe einer Fotokamera militärische Stützpunkte in Kiel ausspioniert. Sie sollen anderthalb Jahre lang vorwiegend »militärische Anlagen, wie Häfen, Brücken und Kasernen, in Schleswig-Holstein von dem Flugzeug aus fotografiert und die Aufnahmen den interessierten Sowjetzonenbehörden angeboten und verkauft haben.«<sup>92</sup> Zusammen mit den beiden schon genannten Angeklagten wurde auch die Ehefrau Richard Brüggerts in Kiel in Untersuchungshaft genommen. Zwar hatten die beiden Männer laut den *Kieler Nachrichten* die technische Seite der Spionage ausgeführt, Erna Brüggert habe aber ihre Verwandtenbesuche in der DDR zu zahlreichen Kurierdiensten genutzt. Die Behörden wurden auf den »ersten Luftspionagefall in der Bundesrepublik«<sup>93</sup> aufmerksam, als Brüggert bei einem privaten Flug mit seiner Maschine in den Nord-Ostsee-Kanal abgestürzt war. Beim Bergen des Wracks wurden dann die Vorrichtungen für die Luftaufnahmen festgestellt und dadurch die Ermittlungen ausgelöst.<sup>94</sup> »Mit allen Requisiten eines Spionagefalles begann gestern in Kiel vor dem Strafsenat des Oberlandesgerichts Schleswig [...] der seit langem erwartete Luftspionagebericht«<sup>95</sup>, berichteten die *Kieler Nachrichten* dann am 11. Februar 1960. Der Prozess scheint ungewöhnlich turbulent gewesen zu sein. Während der Hauptangeklagte Richard Brüggert jede Aussage verweigerte mit der Begründung »Ich habe zum Gericht kein Vertrauen« oder »Ich sage nichts. Ich verzichte auf meine Rechte. Es sind keine!«, erklärte Peter Wingert unbedingt, dass er unschuldig sei. Dafür gestand Erna Brüggert alles und belastete damit auch ihren Mann. Erna Brüggerts Aussage zeigte den

91 Kieler Nachrichten vom 6.5.1953.

92 Kieler Nachrichten vom 26.1.1959.

93 Kieler Nachrichten vom 4.5.1959.

94 Kieler Nachrichten vom 26.1.1959.

95 Kieler Nachrichten vom 11.2.1960.



Erfindungsreichtum der Geheimdiensttätigkeit in den 1950er Jahren: Die Aufnahmen wurden beispielsweise innerhalb einer Blechdose in einem Brötchen versteckt, das zum Reiseproviand gelegt wurde. Die Aufträge wurden Erna Brüggert dann in Ost-Berlin auf Mikrofilmen mitgegeben, »seidendünne Blättchen«, die die Schleswig-Holsteinerin zunächst in ihrem Portemonnaie aufbewahrte, bis sie vom Kurier einen Regenschirm erhielt, der Verstecke zum Aufbewahren der Mikrofilme enthielt. Das Medieninteresse an diesem Fall zeigt, wie aufmerksam die ersten Fälle nachrichtendienstlicher Arbeit in Kiel verfolgt wurden. Der Übertritt des stellvertretenden Stabschefs des Leiters des militärischen Nachrichtendienstes der DDR, Oberstleutnant Siegfried Dombrowski (1916–1977)<sup>96</sup>, am 5. August 1958 nach West-Berlin führte auch zu den Verhaftungen von Werner K. H. Wilhelmy und Otto Drabe in Kiel. »Kieler unter Spionageverdacht. Einige Tage nach Dombrowskis Pressekonferenz verhaftet«, hieß es.<sup>97</sup> Wilhelmy und Drabe sollen versucht haben, »Angehörige von Behörden, Dienststellen und Großbetriebe« auszuspähen und für eine nachrichtendienstliche Tätigkeit zu gewinnen. Auch die Beschaffung von Verschlusssachen hatte zu ihren Aufträgen gehört.<sup>98</sup> Sie wurden wegen »verräterische[r] Beziehungen zum sowjetzonalen militärischen Nachrichtendienst« angeklagt.<sup>99</sup> Es hieß, sie hätten »sicherheitsgefährdende Nachrichten über Angelegenheiten der Landesverteidigung« gesammelt und militärische Anlagen fotografiert.<sup>100</sup>

Mithin zeigen diese Beispiele das Interesse an der operativen Beschaffung von Informationen aus Kiel. Doch 1988/89 wirkt das Quellennetz in Kiel mit seinen neun Positionen nicht sonderlich brisant. Dort gab es zuletzt einen Kieler Studenten (Jahrgang 1957), der aber in West-Berlin immatrikuliert war. Er wurde 1982 als Kontaktperson »Radom« und ab 1985 als O-Quelle<sup>101</sup> bei der HV A II/2 erfasst, die für die FDP zuständig war. Er hatte promoviert, war Lehrbeauftragter und im Kontext des Deutschen Bundestages in Berlin tätig. Folgende Zielobjekte wurden »Radom« von der HV A zugewiesen: das Paul-Loebe-Institut in West-Berlin, die Bundesanstalt für Gesamtdeutsche Aufgaben, die Friedrich-Naumann-Stiftung sowie der FDP-Bundesvorstand. Er sei 1979 in der DDR auf »ideologischer Basis« durch einen Mitarbeiter der HV A angeworben worden. Als nachrichtendienstliches Hilfsmittel habe er eine

96 Vgl. zur Person Walter Richter: Der Militärische Nachrichtendienst der Nationalen Volksarmee der DDR und seine Kontrolle durch das Ministerium für Staatssicherheit. Die Geschichte eines deutschen Geheimdienstes, Frankfurt am Main 2002, S. 39–74; Hermann Zolling/Heinz Höhne: Pullach intern, in: Der Spiegel (1971) H. 23, S. 100–116; Siegfried Dombrowski, in: Der Spiegel (1959) H. 6, S. 653; Friedrich-Wilhelm Schломann: Operationsgebiet Bundesrepublik. Spionage, Sabotage und Subversion, München 1984, S. 357–359; Klaus Behling: Der Nachrichtendienst der NVA, Berlin 2005, S. 219–221.

97 Kieler Nachrichten vom 11.2.1959.

98 Ebenda.

99 Kieler Nachrichten vom 21.7.1959.

100 Ebenda.

101 »Radom«, Reg.-Nr. XV 1324/85; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 65.

Deckadresse in der DDR erhalten und die Verbindung zu ihm sei durch einen Instrukteur gehalten worden.<sup>102</sup> Mit dem Werber II »Gulden« (1945–2018) kooperierte ebenfalls die HV A II/2.<sup>103</sup> Der Psychologe hatte sich seit den 1980er Jahren bald zwei Jahrzehnte lang wissenschaftlich mit Fragen der Motivationspsychologie befasst. Die HV A war 1979 auf ihn aufmerksam geworden und hatte ihn zunächst als Perspektiv-IM eingestuft; er galt als vertrauenswürdig und ihm sei ebenfalls eine Deckadresse in der DDR ausgehändigt worden; eine Instrukteurverbindung ist für ihn nicht verzeichnet. Er sei ebenfalls in der DDR auf »ideologischer Basis« durch einen Mitarbeiter der HV A angeworben worden.<sup>104</sup>

Bei der »Hanseatischen Apparatebaugesellschaft« (Hagenuk) in Kiel, zuvor »Neufeldt und Kuhnke«, arbeitete »Sonja Kern« (Jahrgang 1942) als Übersetzerin.<sup>105</sup> Das Unternehmen produzierte Telekommunikations- und Radiogeräte, Schiffsausrüstung und Tauchgeräte. Die HV-A-Dependance in Neubrandenburg (Referat XV/1) sah in ihr seit 1985 eine O-Quelle. »Sonja Kern« sei 1985 in der Bundesrepublik durch einen inoffiziellen Mitarbeiter angeworben worden, teils auf »materieller Basis«, teils aufgrund »persönlicher Zuneigung zur Bezugsperson«; zuvor war sie ab 1982 als Kontaktperson erfasst. Sie galt als vertrauenswürdig und die operativen Kontakte zu ihr wurden durch eine Instrukteurverbindung unterhalten. Die HV A brachte sie mit dem Namen Marita Kay in Verbindung.<sup>106</sup>

Einen in Kiel arbeitenden Gärtner (Jahrgang 1954) verzeichnete die Schweriner Abteilung XV als Kontaktperson »Bunker«. Durch seine Einreise in die DDR war er der HV A aufgefallen. Seine Anwerbung sei dann 1985 auf »materieller Basis« in der DDR erfolgt und er habe eine Deckadresse in der DDR erhalten.<sup>107</sup>

1982 registrierte die HV A XV/1 eine Kontaktperson, die sie »Peter Keil« (Jahrgang 1948)<sup>108</sup> nannte. Diese Diensteinheit befasste sich mit konventioneller Militärtechnik und militärischem Fahrzeug- und Schiffbau. Das operative Augenmerk lag wesentlich auf den Unternehmen Maschinenbau Krupp (MaK) und Howaldtswerke-Deutsche Werft (HDW) in Kiel.<sup>109</sup> »Peter Keil« war bei einer Einreise in die DDR in den Blick gekommen und wurde von der HV A seit 1988 für auf »ideologischer Basis« ansprechbar gehalten. Der selbstständige Handelskaufmann galt als zuverlässig, habe über

102 Ebenda

103 »Gulden«, Reg.-Nr. XV 134/80; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 65.

104 Vgl. Ebenda.

105 »Sonja Kern«, Reg.-Nr. XV 2387/85; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 303.

106 Ebenda.

107 »Bunker«, Reg.-Nr. XV 5153/85; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 312.

108 »Peter Keil«, Reg.-Nr. XV 6494/82; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 223.

109 Vgl. Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 222 f.

Verwandtschaft in der DDR verfügt und eine Deckadresse in der DDR ausgehändigt bekommen.<sup>110</sup>

Der Ermittler »Fuchs« (Jahrgang 1952) aus Kiel war für die HV A XII/1 erfasst. Er war ihr durch einen DDR-IM aufgefallen und sei in der DDR auf »ideologischer Basis« 1983 angeworben worden. Er wurde als Hochschullehrer der Christian-Albrechts-Universität in Kiel aufgeführt und pflegte seine Verwandtschaft in der DDR.<sup>111</sup>

Auf die Kontaktperson »Fabian« (Jahrgang 1950) aus Kiel war die HV A XV/1 durch einen inoffiziellen Mitarbeiter aufmerksam geworden. Verzeichnet wurde er bereits 1984, doch wird ein Kontakt erst für das Jahr 1988 auf einer »ideologischen Basis« ausgewiesen. Das ihm zugewiesene Zielobjekt war die Christian-Albrechts-Universität.<sup>112</sup>

In der Tat wohnten in Kiel Inoffizielle der HV A mit durchaus nachrichtendienstlich relevanten Arbeitsplätzen, doch niemand war in der Landesregierung oder im Innenministerium tätig. So betrachtet scheinen die operativen Planungen der HV A – zumindest, was die für Kiel betrifft – nicht aufgegangen zu sein. Wie noch zu zeigen sein wird, ist dieser Eindruck noch zu relativieren. Die Ortsanalyse Kiel brachte zunächst keinen Hinweis darauf, durch die HV A in der Landesregierung inoffiziell vertreten zu sein. Dennoch gab es durchaus nennenswerte Zugänge.

Björn Engholm (Jahrgang 1939) gehörte von 1969 bis 1983 dem Deutschen Bundestag an, von 1975 bis 1984 war er SPD-Landesvorsitzender und von 1988 bis zum Mai 1993 war er Ministerpräsident von Schleswig-Holstein.<sup>113</sup> In dieser Zeit war der ehemalige NDR-Journalist Bernd Michels (Jahrgang 1945) sein persönlicher Referent und Redenschreiber, von 1976 bis 1985 war er Pressesprecher der SPD Schleswig-Holstein. Im Jahre 1988 war er Engholms Wahlkreismitarbeiter. Der Journalist Bernd Michels galt der HV A X/3 als ihre Objektquelle »Bernhard«, die sie ab 1973 verzeichnet hatte; er sei ihr aus offiziellen Kontakten bekannt geworden.<sup>114</sup> Die nachrichtendienstliche Anwerbung sei 1973 in der DDR auf »ideologischer Basis« durch einen Mitarbeiter der HV A erfolgt. Als Zielobjekte wies ihm die HV A den SPD-Landesverband sowie deren Bezirksverbände in Schleswig-Holstein zu. Er habe eine Deckadresse in der DDR sowie einen internationalen (fiktiven) Ausweis ausgehändigt bekommen; die Verbindung zu ihm habe ein Instrukteur gehalten.<sup>115</sup> Einen beachtlichen Einblick in seine Beziehungen gab er durch seine 1990 erschienene Biographie.<sup>116</sup> Der

110 Vgl. Ebenda.

111 »Fuchs«, Reg.-Nr. XV 7921/81; BArch, MfS, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs: Hauptverwaltung A, S. 194.

112 »Fabian«, Reg.-Nr. XV 1615/84; BArch, MfS, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosdenholz); Müller-Enbergs: Hauptverwaltung A, S. 223.

113 Vgl. Rainer Burchardt/Werner Knobbe: Björn Engholm. Die Geschichte einer gescheiterten Hoffnung, Stuttgart 1993.

114 »Bernhardt«, Reg.-Nr. XV 3821/73; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs: Hauptverwaltung A, S. 176.

115 Ebenda.

116 Vgl. Bernd Michels: Spionage auf Deutsch. Wie ich über Nacht zum Top-Agenten wurde, Düsseldorf 1992.



*Buchcover Michels. Das ungewöhnliche Geständnis eines Inoffiziellen Mitarbeiters der Hauptverwaltung A des Ministeriums für Staatssicherheit.*

gegen Michels im November 1996 eröffnete Prozess führte zu seiner Verurteilung wegen »geheimdienstlicher Tätigkeit«. »Bernhard« hatte zumindest sehr gute Zugänge zur Spitze der SPD in Schleswig-Holstein unterhalten und schließlich 1988 durch deren Regierungsübernahme in Schleswig-Holstein auch zur Landesregierung. In den SIRA-Teildatenbanken der HV A gehen 183 operativ beschaffte Informationen auf ihn zurück. Die Generalbundesanwaltschaft ging bei ihrer Anklage nicht allein von operativer Informationsbeschaffung aus, sondern hatte Anhaltspunkte für die Annahme, dass er auch Argumente vermittelt hatte. Es heißt: »Inhaltlich ging es bei diesen Zusammenkünften [...] nicht allein um die Entgegennahme der von dem Angeschuldigten Michels gelieferten Informationen, sondern auch darum, zur Einflussnahme auf anstehende politische Entscheidungen innerhalb der SPD Bernd Michels mit ‚vorgefertigten Argumenten‘ auszustatten, die er gesprächsweise Günther Jansen und anderen führenden Parteimitgliedern nahebringen sollte.«<sup>117</sup>

Der spätere Ministerpräsident Björn Engholm war von 1971 bis mindestens 1988 – über 17 Jahre lang – als Kontaktperson »Hecht« in den Karteien der HV A geführt

117 Vgl. Klaus Marxen/Gerhard Werle (Hrsg.): Strafrecht und DDR-Unrecht. Dokumentation. Band 4.1. Teilband, Berlin 2004, S. 543.



*Oktober 1983, Björn Engholm in Warnemünde. Ein Observationsfoto (Bundesarchiv).*

worden.<sup>118</sup> Das brachte den Sozialdemokraten, der in den 1960er Jahren gern gesehener Gast in der DDR war, mitunter in Schwerin, in den Verdacht, inoffiziell für die HV A aktiv gewesen zu sein. Eine solche Annahme wurde juristisch als nicht belastbar angesehen; die Stasi-Unterlagenbehörde stellte ihm überdies einen erstklassigen Persilschein aus, zumal in den Datenbanken der HV A keine operativ beschafften Informationen verzeichnet sind, die unmittelbar auf seinen Vorgang zurückgehen. Allerdings scheint Engholm ein Gesprächspartner des DDR-Diplomaten und Hochschullehrers Klaus Zechmeister gewesen zu sein, der für die HV A X/3 seit 1960 als »Kolbe« verzeichnet war.<sup>119</sup> Das macht ihn nicht zu einem Agenten, sondern ledig-

118 »Hecht«, Reg.- Nr. XV 128/71; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); ebenda, HV A Nr. 1060, Bl. 1 f.; BArch, MfS, HA VI, Nr. 1830 Informationen über Engholms Aufenthalte in der DDR), 3077 (Informationen über Engholms Einreisen in die DDR) und 3669 (Fahndungsersuchen); BArch, MfS, HA VIII Nr. 2188/6 (Personenangaben), Nr. 5164 (Übersichten über Engholms Reisetätigkeit) und 15652 (Auszug aus einem Gespräch Engholms mit Hans Reichelt 1989); ebenda, ZOS, Nr. 2228 (Informationen über Engholms Einreisen in die DDR); ebenda, HA IX/11, AG MF II (Medienberichte), ebenda, SdM, Nr. 1499 (Bericht über den Besuch Engholms); ebenda Arbeitsbereich Neiber, Nr. 16 (Bericht des Direktors des Hotel Neptun); ZAIG, Nr. 25466 (Informationen über beabsichtigte Einreisen); BArch, MfS, BV Schwerin, ZMA VI, Nr. 1115 (Informationen über Einreisen in die DDR); BArch, MfS, HV A Nr. 1060 (Medienberichte); Müller-Enbergs: Hauptverwaltung A, S. 68.

119 »Kolbe«, Reg.-Nr. XV 2792/60; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz). 1989 war Kolbe als Offizier im besonderen Einsatz verzeichnet.



Titelseite der Bildzeitung vom 15. November 1991, auf der der SPD-Pressesprecher Bernd Michels medial enttarnt wird (Bild).

lich zu einem möglicherweise bewussten, vielleicht auch unbewussten Informationspender der DDR.<sup>120</sup> Der Philosophieprofessor der Akademie der Wissenschaften der DDR arbeitete zeitweilig als Erster Sekretär der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn. In jener Zeit führte er Gespräche mit Bundestagsabgeordneten wie mit den Sozialdemokraten Wilhelm Nöbel (1936–2006) und Horst Peter (1937–2012), wie auch mit den Abgeordneten Lenelotte von Bothmer (1915–1997) und Karsten Voigt (Jahrgang 1941), die in seinem Aktenvorgang verzeichnet waren.

Björn Engholm hielt sich wiederholt in den Jahren von 1984 bis 1987 in Ostberlin auf. So besuchte er Zechmeister am 29. März 1984, woraufhin schon am nächsten Tag in der SIRA-Teildatenbank 12 der HV A unter »Kolbe« ein Bericht unter dem Titel eingespeist wurde: »Aus dem Vorstand der SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein zum SPD-Bundesparteitag«. Engholm besuchte Zechmeister am 19./20. Dezember 1985 abermals in Ostberlin. In die SIRA-Teildatenbank 12 der HV A wurde am 19. Dezember 1985 ein Bericht von »Kolbe« mit dem Titel »Zur Programmdiskussion der SPD« eingespeist.

120 Vgl. Georg Herbstritt: Der Deutsche Bundestag 1949 bis 1989 in den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR, Berlin 2013, S. 102 f. (künftig zitiert: Herbstritt, Bundestag).

Die Filiale der HV A in Leipzig führte seit dem 19. September 1969 den Vorgang »Isotop«, aus dem am 14. Juli 1982 ein Ehepaar aus Dätgen in die Operative Personenkontrollakte »Solar« umgebucht wurde. Die kaufmännische Angestellte (Jahrgang 1937) arbeitete bei dem Schulbuchverlag Westermann, der Ingenieur (Jahrgang 1934) war vertraglich bei der Gesellschaft für Kernenergie in Schleswig-Holstein gebunden. Die zu diesem Zeitpunkt von Georg Köhler, ab Oktober 1984 von Winfried Hoffmann geführten Vorgänge waren bis zuletzt offen.<sup>121</sup>

## Lübeck

In dem an der Grenze zur Deutschen Demokratischen Republik gelegenen Lübeck können, vermutlich eben aufgrund dieser Grenzlage, einige Fälle von DDR-Spionage nachvollzogen werden. Diese betreffen insbesondere den Bundesgrenzschutz, das Flüchtlings-Durchgangslager Blankensee, die Polizei sowie die Bundeswehr und damit zusammenhängend die militärisch relevante Industrie. Beispielsweise waren Industriebetriebe wie die Drägerwerk AG Ziel nachrichtendienstlicher Tätigkeit.

Im Jahr 1957 wurden beispielsweise sowohl der 42-jährige Lübecker Louis Heidecke als auch der 37-jährige Heinz Haustein wegen landesverräterischer Beziehungen zum »Staats Sicherheitsdienst der Sowjetzone« angeklagt und verurteilt. Heidecke hatte den Kontakt zu dem ostdeutschen Nachrichtendienst vermutlich aus finanziellen Gründen gesucht und sich verpflichtet, dem MfS Informationen über die westdeutsche Polizei zu liefern. Haustein, ein ehemaliger Mitarbeiter des Bundesgrenzschutzes, war nach disziplinarer Maßregelung in die DDR gereist und direkt nach seiner Ankunft vom Nachrichtendienst angesprochen und offenkundig rekrutiert worden. Er sei als »Agent betreut und geschult worden«, wie die *Kieler Nachrichten* angeben. Heidecke wurde zu zwei Jahren, Haustein zu einem Jahr und drei Monaten Gefängnis verurteilt.<sup>122</sup> Diese beiden blieben aber nicht die einzigen, die sich wegen Spionagetätigkeit für die DDR im Raum Lübeck vor Gericht verantworten mussten.

Schon im nächsten Jahr, im Dezember 1958, wurde Walter Schenke (Jahrgang 1915) wegen Spionageverdachts in Lübeck verhaftet. 1954 hatte er sich arbeitslos gemeldet, als sein auf dem Hinterhof ausgeübter Kleinholzhandel scheinbar nicht mehr zur Existenzsicherung ausgereicht hatte. Anschließend hatte er sich dann als Herausgeber des Pressedienstes *Flottennachrichten Ost* selbstständig gemacht. In diesem Informationsblatt veröffentlichte der ehemalige Berufsoffizier Artikel über »Schiffs-Neubauten in den Ostblockstaaten und Rotchina« und über »die Antarktis, sowjetische Aktivität am Südpol, die Industrialisierung Chinas mit Sowjethilfe, das

121 »Isotop«, Reg.-Nr. XV 1785/69; BArch, MfS, HV A, F 16 und F 22 (Rosenholz); »Solar«, Reg.-Nr. XV 3378/82; BArch, MfS, MfS, HV A, F 16, F 22 [und Statistikbogen] (Rosenholz); MfS, BV Leipzig, AIM 1817/91; BArch, MfS, BV Leipzig, Abt. XV Nr. 12, 150, 1091 und 20267; BArch, MfS, BV Leipzig, AOPK Nr. 1986/91.

122 *Kieler Nachrichten* vom 4.3.1957 und 1.4.1957.

Walfangmutterschiff ›Sovietskaja Ukraina‹ und ähnlich[e] Themen«, wie die *Kieler Nachrichten* im Februar 1959 berichteten.<sup>123</sup> Weiter berichteten sie, dass es sich bei der Pressestelle lediglich um eine Tarnung gehandelt habe, mit der die Kontakte zum ostdeutschen Nachrichtendienst verschleiert werden sollten. Gleichzeitig mit Walter Schenke gerieten auch seine vier Mitarbeiter unter Verdacht und die Zeitung sprach von einem schleswig-holsteinischen Spionagering.<sup>124</sup> Schließlich wurde Schenke gemeinsam mit seinem Mitarbeiter Bruno Hönke (Jahrgang 1908), ebenfalls wohnhaft in Lübeck, zu 16 Monaten beziehungsweise zehn Monaten Haft verurteilt. Schenke und Hönke wurde vorgehalten, Beziehungen zum »sowjetzonalen Nachrichtendienst angeknüpft« und diesem dann, »Stimmungsberichte« aus der Bundesrepublik verkauft zu haben. Es hieß, die gelieferten Informationen seien keine sonderlich wichtigen gewesen, wie etwa Berichte über »den Metallarbeiterstreik in Schleswig-Holstein, die Bundestagswahl und die Einstellung der Bevölkerung zur Atomfrage«.<sup>125</sup>

Walter Schenke war ein gebürtiger Arnstädter, den die HV A im Februar 1956 zur Kooperation unter dem Decknamen »Gerhard« verpflichtet hatte. Den Vorgang hatte der im Bereich Militärspionage (HV A IV) tätige Offizier Pink angelegt; dann wurde er von Werner Großmann übernommen und landete letztlich bei Günter Lehmann. Die Aktendeckel wurden nach zwei Aktenbänden im Januar 1962 geschlossen. »Gerhard« galt der HV A zum Zeitpunkt seiner Anwerbung als beschäftigungsloser Gelegenheitsarbeiter.<sup>126</sup> Der gebürtige Danziger Bruno Hönke war bei der HV A in dem Aktenvorgang von Walter Schenke erfasst worden. Der Diplomvolkswirt ist dort als Fabrikant für Süßwaren ausgewiesen.<sup>127</sup>

Schenke hatte sich überdies dem Bundesnachrichtendienst (BND) angeboten, fortan für diesen zu arbeiten. Das Versprechen des BND von Straffreiheit hielt der urteilende Richter für unzulässig, zumal außerhalb des Kompetenzbereiches des BND stehend. Er führte aus, allein die Aufnahme von Beziehungen zu einem fremden Nachrichtendienst sei strafbar. Gegen den Angeklagten sprach auch seine Ausstattung »mit Mikroskop, Kamera, Mikrofilm und Fotolaborgeräten«. Außerdem hatte Schenke bereits 7.500 Deutsche Mark bei den elf Treffen in der DDR erhalten; Hönke war allerdings erst dreimal »drüben« gewesen und hatte 850 Deutsche Mark für seine Berichte verdient.<sup>128</sup>

Wenig später wurde der ehemalige Lübecker Polizeiwachtmeister Hans-Jürgen Meyer ebenfalls zu sechs Monaten Gefängnis und drei Jahren Bewährung verurteilt. Die *Kieler Nachrichten* betitelten sein Motiv, für den Staatssicherheitsdienst (SSD) zu

123 Kieler Nachrichten vom 13.2.1959 und 16.2.1959.

124 Kieler Nachrichten vom 14.2. 1959.

125 Vgl. Kieler Nachrichten vom 11.3.1959.

126 »Gerhard«, Reg.-Nr. XV 14042/60; BArch, MfS, F 16 und F 22 (Rosenholz).

127 Reg.-Nr. XV 14042/60; BArch, MfS, F 16 und F 22 (Rosenholz).

128 Vgl. Ebenda.



arbeiten: »Amtsgeheimnisse dem SSD verraten. Polizist floh aus Angst vor der Mutter in die Sowjetzone«. Dort wurde er zur inoffiziellen Kooperation verpflichtet.<sup>129</sup>

1960 wurde ein größerer Spionagering in Lübeck aufgedeckt, der fünf Männer umfasste und militärische und industrielle Spionage betrieben hatte. Im Zentrum dieses Falls stand der damals 46-jährige Erwin Verpoort, der 1957 zur Leipziger Messe eingeladen worden war und mit dem sowjetischen sowie ostdeutschen Nachrichtendienst in Kontakt gekommen war. Verpoort hatte Nachrichten über die Bundeswehr gesammelt und weitergegeben. Darüber hinaus hatte er aber auch weitere Mitarbeiter angeworben, von denen insbesondere der gemeinsam mit Verpoort angeklagte Karl von Fromm mehrere Aufträge für den sowjetischen Nachrichtendienst ausgeführt hatte, »die sich auf militärische Angelegenheiten der Bundeswehr und der ausländischen Streitkräfte« bezogen.<sup>130</sup> Fromm hatte wiederum Gerhard Lach angeworben, der sich ebenfalls an der »Durchführung« dieser Aufträge beteiligte. Lach wurde zudem Werksspionage vorgeworfen.<sup>131</sup> Zu diesem Ring gehörten zudem noch ein Robert Luft, der Informationen über amerikanische Streitkräfte weitergegeben hatte,<sup>132</sup> und der Arbeiter Joachim Steffen, der gleichfalls angeklagt war. Wie Verpoort war er auf der Leipziger Messe angeworben worden und angehalten, über seinen Arbeitgeber zu berichten. Er war im Drägerwerk als Gießer beschäftigt. Alle Angeklagten wurden nach nur drei Verhandlungstagen zu Gefängnisstrafen zwischen zweieinhalb und einem Jahr verurteilt.<sup>133</sup>

Über die Polizei, den Bundesgrenzschutz in Lübeck und das Durchgangslager Blankensee berichtete auch Willi Habermann in »den Osten«, bevor er im Frühjahr 1960 festgenommen wurde. Seine Tätigkeit beschränkte sich allerdings nicht nur auf die Bundesrepublik. Mehrmals wechselte er in den 1950er Jahren über die innerdeutsche Grenze und erhielt auch in der DDR Aufträge mit dem Ziel, über das Umfeld in der DDR zu berichten. Schließlich wurde er im August 1960 in Lübeck wegen »landesverräterischer Beziehungen in Tateinheit mit politischer Verdächtigung zu zehn Monaten Gefängnis« verurteilt.<sup>134</sup> Im gleichen Monat wurde auch Renate Gibbons wegen »verräterischer Beziehungen zum sowjetzonalen Staatssicherheitsdienst zu acht Monaten Gefängnis« verurteilt. Wie bei vielen, die für Lübeck und Umgebung angeworben wurden, betraf auch ihr Spionageauftrag die Polizei Südholsteins, den Bundesgrenzschutz sowie »in- und ausländische Wehrmachtseinheiten«.<sup>135</sup>

129 Vgl. Kieler Nachrichten vom 15.3.1959.

130 Vgl. Kieler Nachrichten vom 4.6.1960.

131 Vgl. Kieler Nachrichten vom 11.6.1960.

132 Vgl. Ebenda.

133 Kieler Nachrichten vom 8.6.1960.

134 Kieler Nachrichten vom 12.8.1960.

135 Kieler Nachrichten vom 13.8.1960.

Bereits drei Monate später wurde auch der 22-jährige Gerhard Renner wegen »verräterischer Beziehungen zum sowjetzonalen Staatssicherheitsdienst« verurteilt. Sein Fall ähnelt einigen der bereits genannten. Renner hatte seine Berufsausbildung abgebrochen und lebte seitdem als ungelernter Arbeiter in prekären und wechselnden Arbeitsverhältnissen. Dazu kamen familiäre Konflikte, sodass Renner schließlich versuchte, in die DDR überzusiedeln. Dort wurde das MfS auf ihn aufmerksam und warb Renner an. Dieser sollte fortan über den Zollgrenzdienst und den Bundesgrenzschutz im Lübecker Raum berichten. Das Gericht glaubte ihm nicht, als er vorgab, nur »Phantasieberichte« an den Nachrichtendienst geliefert zu haben. Er leugnete, »tote Briefkästen« zur Nachrichtenübermittlung genutzt zu haben. Für seine dreimonatige Tätigkeit für das MfS wurde Gerhard Renner schließlich zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.<sup>136</sup>

An dieser zufälligen Auswahl an Medienberichten der 1950er Jahre ist ihre höhere Anzahl im Vergleich zu den Jahren nach dem Mauerbau bis 1964 auffallend.

Im Juni 1964 wurde in Lübeck vor dem 1. Strafsenat des schleswig-holsteinischen Oberlandesgerichts über den 35-jährigen Einrichter Karl-Heinz Evers aus Lübeck verhandelt. Er war angeklagt wegen seiner Beziehungen zum »sowjetzonalen und sowjetrussischen Nachrichtendienst«. Evers hatte in der Bundesrepublik keinen Fuß gefasst. Bis 1945 besuchte er die Nationalpolitische Erziehungsanstalt in Plön, er meldete sich mit 15 Jahren bei Kriegsende freiwillig und wurde zum Wachdienst in Dänemark bis Kriegsende verpflichtet. Wegen Insolvenz seines Arbeitgebers konnte er die Berufsausbildung nicht abschließen. Auf Gelegenheitsarbeiten folgten schließlich Diebstahl, Hehlerei und Betrug. Etwa 1957 wird er mit dem MfS in Kontakt gekommen sein. Wie die *Kieler Nachrichten* berichteten, übergab er seinen Auftraggebern bei mindestens 15 nachrichtendienstlichen Treffen »Zeitungsausgaben, Stadtpläne und Arbeitsprogramme von Industrie-Werken. Er gab Personalauskünfte, bespitzelte den Bundesgrenzschutz und legte einen toten Briefkasten an.« Karl-Heinz Evers war geständig.<sup>137</sup>

Mit Blick auf das Jahr 1988 war Lübeck innerhalb Schleswig-Holsteins operativ relevant. In keiner Stadt im Norden gab es mehr inoffizielle Mitarbeiter als dort: 13 IM und eine Kontaktperson aus der Region Lübeck waren für die HV A verzeichnet. Der Lage der Stadt entsprechend wurden einige als Grenz-IM (GIM) geführt. Sie wurden von einem »Schleusungsoffizier« instruiert und kontrolliert, der die »Schleusung« der illegal übersiedelnden Person plante und für die Durchführung verantwortlich war.<sup>138</sup> Die Ausbildung der Grenz-IM war entsprechend ihrer Aufgabe aufwendig, denn sie mussten lernen, sich mit einem Kompass und einer Karte in unbekanntem Gelände zu bewegen, Verstecke anzulegen, Karten von »Feindobjekten« schriftlich

136 Kieler Nachrichten vom 25.10.1960.

137 Vgl. Kieler Nachrichten vom 6.6.1964.

138 Vgl. Müller-Enbergs, Inoffizielle Mitarbeiter, S. 89.

und zeichnerisch anzulegen und zu fotografieren, aber auch rechtzeitig Observationen zu erkennen und damit auch andere Personen zu observieren.<sup>139</sup>

Nach gegenwärtigem Kenntnisstand waren fünf Bürger als Grenz-IM mit Wohnsitz in Lübeck tätig. GIM »Platin« (Jahrgang 1933)<sup>140</sup> konnte möglicherweise seine Position als Lokführer beim Bahnbetriebswerk Lübeck für die Schleusung von Menschen über die grüne Grenze nutzen. Er war wie seine Frau, GIM »Juwel« (Jahrgang 1936)<sup>141</sup>, seit 1961 mit der HV A verbunden. Sie war beim Bahnbetriebswerk Lübeck als Schaffnerin angestellt. »Juwel« war ein Tipp eines IM aus dem »Operationsgebiet«. Sie sei in der DDR auf »ideologischer Basis« von einem Offizier der HV A angeworben worden. Sie erhielt offenbar die Vollausrüstung nachrichtendienstlicher Hilfsmittel: einen zweiseitigen KW-Funk, eine Deckadresse in der DDR, Geheimschreibmittel und Chiffre und eine persönliche Kurier- und Instrukteurverbindung. Ihr Stellenwert wird als bedeutend anzusehen sein, denn mit ihr sollte selbst im Falle eines Krieges (»Situation III«) Kontakt unterhalten werden.<sup>142</sup> »Platin« hatte nachrichtendienstlich offenbar den gleichen Stellenwert wie seine Frau; auch er war mit diesen Hilfsmitteln ausgestattet. Auch er sei ideologisch motiviert in der DDR von der HV A angeworben worden. Als Zielobjekt war ihm die Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn zugewiesen worden.

Dann gab es noch den Grenz-IM »Kaufmann« (Jahrgang 1932), der bei Rugenberger Brot arbeitete. Er sei bei einer Einreise in die DDR aufgefallen und dort 1975 [sic] auf »ideologischer Basis« in den inoffiziellen Dienst der HV A aufgenommen worden. Er sollte sich operativ auf Zoll und Polizei konzentrieren. Er galt als vertrauenswürdig und sei mit einer Deckadresse in der DDR versehen worden.<sup>143</sup> Ein weiterer Grenz-IM war der bei einem Autohändler in Lübeck beschäftigte Mechaniker »Händler« (Jahrgang 1940)<sup>144</sup>, der seit 1985 nachrichtendienstlich gebunden war. Auf »Händler« war die HV A durch einen IM des MfS aufmerksam geworden. Er sei auf »ideologischer« und »materieller Basis« für die HV A angeworben worden.<sup>145</sup>

Während Grenz-IM »Jochen« (Jahrgang 1952) seit 1986 geführt wurde und durch seine Position als Schlosser beim Bundesgrenzschutz leicht als Schleuser in Aktion treten konnte,<sup>146</sup> wurde eine Angehörige von ihm, die Sparkassenangestellte »Mari-

139 Ebenda.

140 »Platin«, Reg.-Nr. XV 9847/61; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 241.

141 »Juwel«, Reg.-Nr. XV 9847/61; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 241.

142 Vgl. Ebenda.

143 »Kaufmann«, Reg.-Nr. XV 5290/86; BArch, MfS, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 241.

144 »Händler«, Reg.-Nr. XV 5291/85; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 241.

145 Vgl. Ebenda.

146 »Jochen«, Reg.-Nr. XV 4325/76; BArch, MfS, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 309.

tim« (Jahrgang 1931) als Sicherungs-IM<sup>147</sup> geführt. Die HV A in Rostock war durch einen Hinweis des MfS (Hauptabteilung VI) auf sie aufmerksam geworden. Sie sei 1987 auf »ideologischer Basis« durch die HV A in der DDR angeworben worden. Sie galt als zuverlässig und habe über eine Deckadresse in der DDR verfügt.<sup>148</sup> »Jochen« sei der HV A durch eine Einreise in die DDR 1986 aufgefallen und in der DDR auf »ideologischer Basis« angeworben worden. Er galt der HV A als vertrauenswürdig.

Für den Nachrichtendienst waren auch Kuriere bedeutend. In Lübeck war in den 1980er Jahren ein Kurier mit dem Decknamen »Bote« registriert. Dabei handelte es sich um eine 1934 geborene Angestellte, die bei einem Arzt in Travemünde arbeitete.<sup>149</sup> Auf sie war die HV A in Rostock durch einen IM aus dem »Operationsgebiet« aufmerksam geworden; 1967 sei die Anwerbung durch ihn auf »ideologischer Basis« erfolgt.<sup>150</sup>

Ihr Ehemann, der als O-Quelle »Wilderer« (Jahrgang 1927)<sup>151</sup> bei der Abteilung XV der Bezirksverwaltung des Staatssicherheitsdienstes in Rostock geführt wurde, war seit 1957 für die HV A aktiv und arbeitete als Kraftfahrer bei der Post in Lübeck, ist aber auch an anderer Stelle als Angestellter der Stadtverwaltung Lübeck aufgeführt. »Wilderer« beschaffte operativ über 161 Informationen für die HV A. Es kann angenommen werden, dass die Ehefrau als Kurierin die von ihrem Mann beschafften Informationen, Berichte und operativen Materialien weiterleitete. Die HV A war durch »offizielle Kontakte« auf »Wilderer« aufmerksam geworden. Auf »materieller Basis« sei er in der DDR 1957 durch einen Offizier der HV A angeworben worden. Er sollte sich operativ auf die Stadtverwaltung konzentrieren. Er und auch seine Frau erhielten nachrichtendienstliche Hilfsmittel: Neben einer Deckadresse in der DDR habe es sich dabei um einen einseitigen KW-Funk, Geheimschreibmittel und Chiffre gehandelt.<sup>152</sup>

In den 1980er Jahren waren auch Kontaktpersonen und Quellen aus Leipzig für die HV A registriert – darunter die Kontaktperson »Solar« (Jahrgang 1935)<sup>153</sup>. Auf den Kernphysiker, der bei der Abteilung XV der Bezirksverwaltung Leipzig seit 1969 geführt wurde, sind bei der HV A 28 operativ übermittelte Informationen aus der Gesellschaft für Kernenergie Schleswig-Holstein zurückzuführen. »Solar« war beruf-

147 »Maritim«, Reg.-Nr. XV 4325/86; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 309.

148 Vgl. Ebenda.

149 »Bote«, Reg.-Nr. XV 4287/60; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 309.

150 Vgl. Ebenda.

151 »Wilderer«, Reg.-Nr. XV 4287/60; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 308 f.

152 Vgl. Ebenda.

153 »Solar«, Reg.-Nr. XV 1785/69; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 298.

lich mit der Aufbereitung und Entsorgung befasst. In diesem Zusammenhang erwähnenswert ist ein Mitarbeiter des Ingenieurkontors Lübeck (IKL), der »rund 2800 Unterlagen aus dem Bereich des U-Boot-Baus« an osteuropäische Geheimdienste weitergegeben haben soll, wie die *Welt am Sonntag* im November 1984 berichtete. Immerhin war IKL seit den 1950er Jahren Marktführer im U-Boot-Bau in Deutschland und lieferte weltweit insbesondere U-Boote des Typs 206 und 209.<sup>154</sup> Ein Ingenieur »Hafen« (Jahrgang 1910)<sup>155</sup> bei IKL wurde 1971 von der HV A angeworben und lieferte zwischen 1973 und 1977 136 Informationen über U-Boot-Technik und U-Boot-Entwicklung.

Für die Abteilung XV der Magdeburger MfS-Bezirksverwaltung arbeitete »Charlotte Gießling« (Jahrgang 1951)<sup>156</sup> als O-Quelle, eine Laborantin bei der Norddeutschen Steingut AG. Sie kooperierte seit 1970 aus politischer Überzeugung mit der HV A. Ihr war als operativer Schwerpunkt der Maschinen- und Werkzeugbau zugewiesen, was teilweise aus den auf sie zurückgehenden Informationen zur Heizgasreinigung, zu einer Filettiermaschine, zur Steuerung einer Fischbearbeitungsmaschine und zu dem dazugehörigen Musterschalter ersichtlich wird. Auf sie war die HV A durch einen ihrer IM in der DDR aufmerksam geworden. Zu Verbindungszwecken sei ihr eine Deckadresse in der DDR zur Verfügung gestellt worden.<sup>157</sup>

Die O-Quelle »Linda Brauer« (Jahrgang 1960)<sup>158</sup> galt der HV A als landwirtschaftlich-technische Assistentin und war mit dem Lübecker Beamten »May« (Jahrgang 1954) verheiratet, der selbst als Werber II für die HV A operierte. Sie waren wie auch »Johann Brauer« für die Sektion Wissenschaft und Technik der HV A registriert. Auf »Linda Brauer« war die HV A durch einen Tipp des MfS (Hauptabteilung VI) aufmerksam geworden. Sie sei 1984 auf »ideologischer Basis« durch einen Mitarbeiter der HV A zur Kooperation angeworben worden. Ihr Zielobjekt sollte die in Hannover ansässige »Landwirtschaftliche Forschungsanstalt« sein. Sie galt als zuverlässig.<sup>159</sup> »May« sei durch einen IM aus dem »Operationsgebiet« bekannt geworden und dort auch durch einen IM 1986 auf »ideologischer Basis« angeworben worden. Sein Zielobjekt sollte die Stadtverwaltung sein. Er galt der HV A als vertrauenswürdig. Die Verbindung zur HV A sollte er mit Hilfe einer ihm überlassenen Deckadresse in der DDR sowie über einen Instrukteur halten.<sup>160</sup>

154 *Welt am Sonntag* vom 18.11.1984. Als nachrichtendienstliches Zielobjekt war das IKL ohnehin bekannt; vgl. Thomas Scheuer: Stasi hörte in der U-Boot-Affäre mit, in: *die tageszeitung* vom 24.12.1992.

155 »Hafen«, Reg.-Nr. XV/354/71; vgl. Herbstritt, Bundestag, S. 67.

156 »Charlotte Gießling«, Reg.-Nr. III 221/68; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs: Hauptverwaltung A, S. 300.

157 Vgl. Ebenda.

158 »Linda Brauer«, Reg.-Nr. XV 3325/84; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs: Hauptverwaltung A, S. 211.

159 Vgl. Ebenda.

160 »May«, Reg.-Nr. XV 3973/86; BArch, MfS, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 211.

Weiterhin wird die Betriebswirtschaftlerin »Beate« (Jahrgang 1959)<sup>161</sup> aufgeführt, die bei der Drägerwerk AG & Co als Sekretärin arbeitete. Das Unternehmen befasste sich mit Sicherheitstechnik. Ein inoffizieller Mitarbeiter hatte auf sie aufmerksam gemacht und eine Verbindung zu ihr sei auf »ideologischer Basis« in der Bundesrepublik entstanden. Der Vorgang wurde von der Abteilung XV der MfS-Bezirksverwaltung Rostock als Perspektiv-IM geführt. Als Zielobjekt sollte sie sich auf das Drägerwerk konzentrieren. Sie galt der HV A als vertrauenswürdig; ihr sei eine Deckadresse in der DDR zur Verfügung gestellt worden.

Schließlich sind für Lübeck noch der Werber II »Brauer« (Jahrgang 1945)<sup>162</sup> und seine Gattin (Jahrgang 1946) anzuführen. »Brauer« führte ein selbstständiges Baugewerbe. Auf ihn war die für Grenzscheisungen zuständige HV A XVII/1 durch einen Tipp des MfS (Hauptabteilung VI) aufmerksam geworden. Er sei 1981 auf »ideologischer Basis« von der HV A angeworben worden und sollte zur unteren Ebene des Bundesgrenzschutzes Kontakt unterhalten. Er galt als vertrauenswürdig.<sup>163</sup>

### **Pinneberg, Plön und Rendsburg**

Mit der Wohnanschrift Pinneberg sind 1988/89 vier Positionen für die HV A verzeichnet: drei Werber<sup>164</sup> und die Kontaktperson »Bäcker« (Jahrgang 1931)<sup>165</sup>. Die Werber sind allesamt für die Schweriner Dependence der HV A registriert, die Kontaktperson für Rostock.

Für Plön findet sich bislang lediglich die O-Quelle »Fidi« (1931–2022), die für die HV A VI/B/2 verzeichnet ist und nachrichtendienstlich mit 470 Informationen in den Jahren von 1979 bis 1989 sehr produktiv war. Darunter befanden sich Informationen zum Personenstands- und Meldewesen sowie zu Personaldokumenten und Aktivitäten westlicher Nachrichtendienste.<sup>166</sup> Es handelte sich um den Gebrauchsgraphiker und Kieler Stadtangestellten Friedrich Gutau, in dessen Akte auch der schleswig-holsteinische SPD-Politiker und Bundestagsabgeordnete Horst Jungmann

161 »Beate«, Reg.-Nr. XV 4515/87; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 309.

162 »Brauer«, Reg.-Nr. XV 3997/81; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 241.

163 Vgl. Ebenda.

164 »Kilian« (Jahrgang 1953), Reg.-Nr. XV 3334/86; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 312. »Hans« (Jahrgang 1951), Reg.-Nr. XV 4454/87; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 312; »Klaus Helm«, Reg.-Nr. XV 1694/88; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 312.

165 »Bäcker«, Reg.-Nr. 4572/80; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 309.

166 »Fidi«, Reg.-Nr. XV 2890/71; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 121.

(Jahrgang 1940) ab 1982 erfasst wurde. Beide gehörten dem Kreistag in Plön an und es ist anzunehmen, dass aus diesem Kennverhältnis Jungmann dem Vorgang von Gutau zugeordnet wurde. Gutau lieferte vor allem Angaben aus dem Melde- und Personenstandswesen, weniger zu Jungmann.<sup>167</sup>

Mit der Wohnadresse Rendsburg waren zuletzt vier inoffizielle Mitarbeiter und die Kontaktperson »Elster« für die HV A verzeichnet. Die A-Quelle »Manfred Fuchs« (Jahrgang 1942) und die Kontaktperson »Elster« (Jahrgang 1944) teilten sich einen Vorgang bei der Abteilung XV der MfS-Bezirksverwaltung Magdeburg. Auf »Fuchs« gingen 199 Informationen zurück.<sup>168</sup> Weiterhin sind die Werberin »Luise Goethe« (Jahrgang 1963) und der Werber »Ferdinand Goethe« (Jahrgang 1940) zu nennen,<sup>169</sup> der Vertreter für Haushaltswaren der Firma EMSA aus Emsdetten war.<sup>170</sup> Schließlich ist noch die Werberin »Anne« (Jahrgang 1960) anzuführen,<sup>171</sup> die im Aktenvorgang des Offiziers im besonderen Einsatz Hauptmann Lothar Dietze mit dem Decknamen »Chirurg« verzeichnet wurde.<sup>172</sup> »Chirurg«<sup>173</sup>

## Schluss

Die HV A hat als eine der Diensteinheiten des MfS in Schleswig-Holstein nachrichtendienstlich operiert. Verzeichnet sind für Dezember 1988 51 inoffizielle Mitarbeiter und Kontaktpersonen, darunter zehn Quellen in Zielobjekten. Die hoch gesteckten Ziele – das Eindringen in die Landesregierung und das Innenministerium Schleswig-Holsteins – gelangen ihr nach gegenwärtigem Kenntnisstand lediglich bedingt. Andere operative Ziele wie das Krafftahrt-Bundesamt in Flensburg konnte sie erreichen; in anderen war sie zum Untersuchungszeitpunkt offenkundig nicht präsent. Das inoffizielle Netz in Schleswig-Holstein war in die Jahre gekommen, mit dem Nachwuchs tat sich die HV A schwer. Sie verfügte zwar über einen beachtlichen logistischen Apparat – von den Grenzschleusern bis zu konspirativen Wohnungen –, doch fiel es ihr schwer, die gesteckten Ziele konsequent zu verfolgen, auch wenn es zuletzt vielversprechende Kontaktpersonen gab. Die örtliche Dislozierung wie auch die unter Vertrag genommenen operativen Quellen wirken mitunter beliebig. Es gab zu-

167 Vgl. Herbstritt, Bundestag, S. 190 f.

168 »Manfred Fuchs« und »Elster«, Reg.-Nr. XV 6227/82; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 301.

169 »Luise Goethe«, Reg.-Nr. XV 1897/87; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 121.

170 »Ferdinand Goethe«, Reg.-Nr. XV 3875/86; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 121.

171 »Anne«, Reg.-Nr. XV 2327/74; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 121.

172 »Chirurg«, Reg.-Nr. XV 2327/74; BArch, MfS, HV A, F 16, F 22 und Statistikbogen (Rosenholz); Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 121.

173 Vgl. BArch, MfS, KuSch, Nr. 891, Bl. 34.

letzt mit dem Journalisten »Bernhard« einen wichtigen politischen Zugang zur Landesregierung und mit dem Politiker »Hecht« einen möglicherweise unbewussten Abschöpfkontakt. Mithin gab es keinesfalls eine nachrichtendienstliche Unterwandung Schleswig-Holsteins.



## Flensburg und Schleswig-Holstein in den Beständen polnischer Archive im Hinblick auf die Sicherheit der Grenzregion

Ziel dieses Textes ist es, einen ersten Überblick über die polnischen Archivbestände innerhalb Polens und im Ausland zu geben, um Material zu verorten, das sich auf die Stadt Flensburg im Herzen des dänisch-deutschen Grenzlandes und im weiteren Sinne auf das Bundesland Schleswig-Holstein bezieht. Im Zentrum dieser Arbeit stehen die Datenbank des Nationalen Digitalen Archivs (NAC) [szukajwarchiwach.gov.pl](http://szukajwarchiwach.gov.pl) sowie die separate, im Internet nicht öffentlich zugängliche Datenbank Cyfrowe Archiwum, die einen grundlegenden Überblick über die Archive des Instituts für Nationales Gedenken (AIPN) bietet. Außerdem wurden stichprobenartig Dokumente aus zwei außerhalb Polens gelagerten Archivalsammlungen ausgewertet, nämlich Polish Underground Study Trust (SPP) und The Polish Institute and General Sikorski Museum in London (IPMS). Besonderes Augenmerk wurde dabei auf verschiedene Aspekte im Zusammenhang mit dem Begriff der Sicherheit in Grenzregionen gelegt.

Bisher spielt Polen in der Forschung zur schleswig-holsteinischen Zeitgeschichte sowie zur Geschichte des deutsch-dänischen Grenzlandes eine eher begrenzte Rolle. Eine prominente Ausnahme bildet dabei durchaus der Fall des bekannten NS-Kriegsverbrechers »Schlächter von Wola« – des SS-Generals und Höheren SS- und Polizeiführers im sogenannten »Wartheland«, Heinz Reinefahrt, der nach dem Krieg trotz seiner Mitwirkung am Massaker während des Warschauer Aufstands als Bürgermeister von Westerland auf Sylt und Landtagsabgeordneter Karriere machte.<sup>1</sup> Es gibt aber reichlich weitere historische Anknüpfungspunkte zwischen Polen und dem deutsch-dänischen Grenzraum, zum Beispiel die Zusammenarbeit zwischen der dänischen und der polnischen Minderheit im Deutschen Reich, die vor allem vom Flensburger Historiker Mogens Rostgaard Nissen untersucht worden ist.<sup>2</sup> Diese deutete eine Schicksalsgemeinschaft an, die unter anderem darin ihren Ausdruck fand, dass nach dem Ersten Weltkrieg nicht nur in Schleswig, sondern auch in Schlesien

- 1 Philipp Mart: Der Fall Reinefahrt. Eine biografische Studie zum öffentlichen und juristischen Umgang mit der NS-Vergangenheit (=Beiträge zur Zeit- und Regionalgeschichte, Bd. 1), Neumünster/Hamburg 2014; Nils Abraham/Thomas Wegener Friis: Serious Games in der Public History. Zur Aufarbeitung des Falls des NS-Kriegsverbrechers und Sylter Bürgermeister Heinz Reinefahrt im digitalen Spiel »Schattenjäger«, in: Grenzfriedenshefte (2022), H. 2, S. 209–232.
- 2 Mogens Rostgaard Nissen: Danish-Polish Minority Cooperation in Germany, in: Thomas Wegener Friis/Władysław Bułhak (Hrsg.): A Centenary of Polish-Danish Relations (Studien zur Geschichte der Europäischen Integration, Bd. 37, Stuttgart 2024, S. 63–78.

sowie in Ermland und Masuren Volksabstimmungen den neuen Grenzverlauf zum Deutschen Reich festlegten.<sup>3</sup>

Die Ostsee stellt für Norddeutschland, Polen und auch Dänemark einen gemeinsamen Schicksals- und Begegnungsort dar, der die Geschichte von Schleswig-Holstein mit der Geschichte Polens eng verflechtet. Im Kalten Krieg war nicht zuletzt die Geschichte der sogenannten »Küstenfront« oder »Polnischen Front« des Warschauer Vertrages ein Beispiel für diese Verflechtung. Demnach hätten polnische Truppen seit den früher 1960er Jahren die Verantwortung für die Eroberung von Schleswig-Holstein und Dänemark im Fall eines heißen, das heißt offenen Krieges innegehabt.<sup>4</sup> Eine Konsequenz davon war, dass auch der Militärspionage in Schleswig-Holstein und Dänemark sowie im Hinblick auf die Ostseezugänge beziehungsweise Ostseeausgänge in der Volksrepublik Polen eine essenzielle Bedeutung zukam, die bisher nur im Ansatz aufgearbeitet worden ist.<sup>5</sup>

Dieser Beitrag zielt aufgrund seines Umfangs nicht darauf ab, alle noch offenen Lücken dieses sehr umfassenden Forschungsgebietes zu schließen. Vielmehr soll verdeutlicht werden, welche Möglichkeiten die polnischen Akten insgesamt für die Forschung bieten. Außerdem sollen vom Beitrag Impulse für weitere Forschungen insbesondere zur Sicherheit und zu den Aktivitäten der Nachrichtendienste in dieser Region ausgehen, die zu einer weiteren Zusammenarbeit zwischen deutschen, polnischen und nordischen Forscherinnen und Forschern in der Ostseeregion führen können.

## Dokumente bei [szukajwarchiwach.gov.pl](http://szukajwarchiwach.gov.pl)

Die Onlineplattform [szukajwarchiwach.gov.pl](http://szukajwarchiwach.gov.pl), die vom Nationalen Digitalen Archiv Polens (NAC) betrieben wird, ermöglicht den Online-Zugang zu Informationen über die Bestände der polnischen Staatsarchive im ganzen Land sowie einiger anderer Institutionen mit eigenen Sammlungen. Die Plattform verweist häufig auf Dokumente, die in Papierform, auf Mikrofilm oder Mikrofiche vorliegen, aber in einigen Fällen sind diese auch digital verfügbar. Dadurch kann jeder, sowohl aus Polen als auch aus dem Ausland, diese nutzen, ohne die Kosten für Recherchen im Ausland tragen zu müssen. Die Materialien sind uneingeschränkt und kostenlos zugänglich. Das System ist auf Polnisch, Englisch, Deutsch und Russisch verfügbar; die Beschreibungen der Dokumente sind jedoch bisweilen in den Sprachen verfasst, in denen die Ori-

3 Vgl. Sergiusz Bober: *Post-World War One Plebiscites and Their Legacies*, Budapest/Wien/New York 2024.

4 Vgl. Jarosław Pałka: *Polskie Wojska Operacyjne w Układzie Warszawskim*, Warsaw 2022; Rüdiger Wenzke (Hrsg.): *Die Streitkräfte der DDR und Polens in der Operationsplanung des Warschauer Paktes (Potsdamer Schriften zur Militärgeschichte, Bd. 12)*, Potsdam 2010.

5 Zur Ostdeutschen Beitrag siehe: Thomas Wegener Friis: *Den Usynlige Front. DDR's militærspionage i Danmark under den Kolde Krig*, Kopenhagen 2005; der polnische Beitrag hierzu ist bisher sowohl in Polen, Deutschland, wie auch in Dänemark ein Forschungsdesiderat.

nale erstellt wurden, und stehen manchmal nur auf Polnisch zur Verfügung.<sup>6</sup> Da viele Nutzer keine Fachhistoriker sind, wird darauf hingewiesen, dass »die auf der Website veröffentlichten Archivmaterialien in verschiedenen historischen Perioden entstanden sind«, also ein großer Teil von ihnen in Fremdsprachen (hauptsächlich Deutsch und Russisch) verfasst worden ist und einige von ihnen »Inhalte enthalten können, die als drastisch angesehen werden könnten (z. B. in Bezug auf Einzelheiten der von den Nazis begangenen Verbrechen).«<sup>7</sup>

Die Dokumente und Daten zum Aufbewahrungsort der Originale sind in neun Hauptkategorien unterteilt:

Dokumente (einschließlich Mikrofilme und Karteikarten),  
Plakate, Flugblätter (sogenannte ephemere Drucke),  
technische Projekte,  
Karten,  
Fotografien und Ikonographie,  
Filme und Tonaufnahmen,  
typische genealogische Daten (Zivilstandsregister),  
Pergamente,  
Museumsobjekte.<sup>8</sup>

Für diesen Beitrag wurden 2.334 Datensätze zu den im Titel genannten Einträgen ausgewertet. Dabei wurde auf Polnisch, Deutsch und Dänisch nach den Begriffen und den Ortsnamen gesucht. Viele von den Suchergebnissen bezogen sich auf den Namen des berühmten oder vielleicht eher berühmten deutschen Schlachtschiffs »Schleswig-Holstein«, dessen Bombardement der Westerplatte in Danzig den Zweiten Weltkrieg einläutete. Weitere Suchergebnisse gab es zu vielen Vertretern europäischer Herrscherfamilien sowie zu lokalen Straßennamen, die keinen Bezug zur relevanten Thematik haben.

Was das Material anbelangt, das sich direkt auf die Grenzstadt Flensburg (dänisch: Flensborg) bezieht, so wurde die überwältigende Mehrheit der entsprechenden Dokumente bisher leider nicht gescannt und muss daher im Original an ihren über ganz Polen verstreuten Aufbewahrungsorten (hauptsächlich Szczecin, Warschau und Wrocław) eingesehen werden. Ein Großteil der Dokumente liegt auf Deutsch vor und stammt aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Das einzige Suchergebnis, das digital vorliegt, ist ein Scan eines Fotos aus dem Jahr 1935, das die entstellte Büste von Gebhard Leberecht von Blücher zeigt, die sich auf dem Gelände der Marineschule Flensburg befand, zusammen mit einer Plakette, die auf den in der Schlacht von Doggerbank (1915) gesunkenen SMS-Kreuzer »Blücher« hinweist. Dieses Foto

6 Aufgrund des weltweiten Interesses an genealogischen Informationen bietet der Dienst »Search in Archives« auch Daten an, die in einem separaten System, dem »Programm zur Erfassung von Metrik- und Personenstandsdaten« (PRADZIAD, wörtlich »Urgroßvater«), gespeichert sind.

7 <https://www.szukajwarchiwach.gov.pl/zawarto%C5%9B%C4%87> (Zugriff am 28.3.2025).

8 Ebd.

stammt aus der Sammlung des Nationalen Digitalen Archivs Polens.<sup>9</sup>

Die meisten Dokumente mit Flensburg-Bezug befinden sich im Staatsarchiv in Szczecin (Stettin) (APSZ) sowie in seinen Außenstellen, wobei die meisten Dokumente die allgemeinen Fragen der Sicherheit oder die Tätigkeit der Geheimdienste und der Politischen Polizei betreffen. Am interessantesten und zugleich am umfangreichsten ist die vom Reichssicherheitshauptamt (RSHA) angelegte Kartei über 46.500 Mitglieder von Freimaurerlogen sowohl aus dem Reich sowie aus dem Ausland. Aus Angst vor alliierten Luftangriffen wurde die Kartei 1943 evakuiert und befindet sich daher mit Ausnahme der Buchstaben A, B, C, D, I und J komplett im Stettiner Archiv.

Unter den erfassten Dokumenten befinden sich auch die Namen und Daten von mehr als hundert Personen, die von dem Repressionsapparat des Dritten Reiches als Ehrenamtliche und Mitglieder der Flensburger Freimaurerbewegung erfasst worden sind. Natürlich finden sich in derselben Sammlung noch zahlreiche weitere Namen von verdächtigten Freimaurern aus ganz Schleswig-Holstein. Es handelt sich also um die umfangreichste einheitliche Kategorie von Informationen über Personen aus Flensburg und der gesamten Region, die in polnischen Archiven zu finden ist. Jedes Blatt enthält Name, Vorname, sozialen (beruflichen) Status, Wohnort (Ort, Straße), Geburtsdatum und -ort, Familienstand, Religion sowie Mitgliedschaft in sozialen und politischen Organisationen. Weiterhin hatte das RSHA Informationen zur Mitgliedschaft in der Loge (Name und Sitz, Datum des Beitritts), zu familiären Verbindungen, zur Mitwirkung an der Tätigkeit der Loge (Positionen, Verdienste) und zum Einfluss auf andere Personen und Organisationen ermittelt.<sup>10</sup>

Im Staatsarchiv Szczecin befindet sich auch, unabhängig davon, eine Sammlung von Akten über Kurt Friedrich Arthur Fränzel, der zu Beginn des 20. Jahrhunderts Direktor der Königlichen Berufsschule für Dampfschiffahrtsingenieure in Stettin war, die ihre Zweigstelle in Flensburg hatte.<sup>11</sup> Der Nachlass von Dr. Józef Pluciński (einem Historiker, der sich auf Fragen der Geschichte der heutigen Grenzstadt Świnoujście (Swinemünde) spezialisiert hat und aus den polnischen Ostgebieten vertrieben wurde), der in der APSZ-Zweigstelle in Międzyzdroje aufbewahrt wird, enthält wiederum ein Exemplar von Walter Wunderlichs seltener Studie *Die Swinemünder in der Patenstadt Flensburg*, die Flensburg als Nachkriegsschutzstadt für die ehemaligen Bewohner von Świnoujście gewidmet ist.<sup>12</sup>

In gewissem Umfang finden sich analoge Unterlagen auch im Staatsarchiv in Zielona Góra (Grünberg) (APZG) in Form einer von Fridrich Böhm zusammengetragenen Sammlung, die Personen gewidmet ist, die vor ihrer Eingliederung in die Volks-

9 Nationales Digitales Archiv Polens (NAC), 3/1/0/17/12603, Büste von Gebhard Leberecht von Blücher auf dem Gelände der Marineakademie in Flensburg.

10 <https://www.szukajwarchiwach.gov.pl/de/zespol/-/zespol/69881> (Zugang 28.03.2025)

11 Staatsarchiv in Szczecin (APSZ), 65/1182/0/-/2, Acta betreffend den Direktor der Königlichen Fachschule für Seedampfschiffsmaschinenisten in Flensburg, Kurt Friedrich Artur Fränzel.

12 APSZ, Międzyzdroje Zweigstelle, 67/340/0/-/1, Walter Wunderlich »Die Swinemünder in der Patenstadt Flensburg«.

republik Polen im Jahr 1945 in Świnoujście lebten. Mehrere dieser Personen wurden später mit Flensburg in Verbindung gebracht, unter anderem Ernst Ribbeck, ein unbekannter Arnhold (beschrieben als Direktor der Reichsbank, wahrscheinlich der frühere Leiter der örtlichen Filiale dieser Bank) und Adolf Hermann. Diese Unterlagen stammen aus den 1950er und frühen 1960er Jahren.<sup>13</sup> In dieser Dokumentation sind auch Personen erfasst, die sich nach dem Krieg an anderen Orten in Schleswig-Holstein niedergelassen haben. Aufgrund ihrer großen Zahl können sie jedoch nicht namentlich erwähnt werden.<sup>14</sup>

Darüber hinaus befinden sich drei Karten (Kartensammlungen) mit direktem Bezug zu Flensburg in den Sammlungen polnischer Archive, und zwar im APWR und im APSZ.<sup>15</sup>

## Material über Schleswig und Holstein

Es sei darauf hingewiesen, dass das wichtigste polnische Archiv, das sich mit der Zeitgeschichte (von 1918 bis heute) befasst, das Archiv für Neuakten (Archiwum Akt Nowych, AAN) in Warschau, einen Teil der Akten der schleswig-holsteinischen Regierung aus den Jahren 1919 bis 1931 enthält, zum Beispiel eine recht umfangreiche Korrespondenz im Zusammenhang mit dem Fall eines gewissen Paul Döhren.<sup>16</sup> Analoges Archivmaterial hauptsächlich zu deutschen Beamten des mittleren und höheren Dienstes der schleswig-holsteinischen Behörden findet sich auch im Staatsarchiv in Opole (Oppeln).<sup>17</sup> Das Archiv beinhaltet weiterhin Akten aus dem Bestand des Oberpräsidiums Oberschlesien in Oppeln über die grenzüberschreitende deutsche Unterstützung der Schulbildung der eigenen Minderheit und über das System der Grenzbibliotheken. Dabei wurden vor allem vergleichbare Probleme hinsichtlich der polnischen und deutschen Minderheiten im schlesischen Grenzland und der dänischen und deutschen Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzland behandelt.<sup>18</sup>

13 APZG, 89/2683/0/1.1/1920, Grünberg (Zielona Góra). Ribbeck Ernst, Flensburg; APZG, 89/2683/0/1.1/51, Grünberg (Zielona Góra). Arnhold, Reichsbankdirektor, Flensburg; APZG, 89/2683/0/1.1/1415, Grünberg (Zielona Góra). Hermann Adolf, Flensburg.

14 Zum Beispiel: APZG, 89/2683/0/1.1/1969, Grünberg (Zielona Góra). Rüdiger Richard, Schleswig, Stadtfeld.

15 APWRO, 82/172/0/5.9/IX.680, Neu-Wassersleben Kreis Flensburg Nr 96 Plbl 2, 1932–1934; APWRO, 82/170/0/3.3/III/109, Flensburg, Die Grenzen des Deutschen Reichens in 8 Blättern, N. 6; APSZ 65/46/0/4.35/1697, Minfria Vågar. Bälterna och Östersjön. Vesta Dälen. Die Gürtel und der westliche Teil des Baltischen Meeres.

16 Archiv für Neuakten in Warschau (AAN), 2/995/0/8.2/32, Akten der Regierung zu Schleswig, 1919–1931.

17 Staatsarchiv Opole (APOP), 45/1191/0/1/545, Akten des Königlichen Oberpräsidiums der Provinz Schleswig-Holstein betreffend den Regierungsrat Albrecht, 1907–1915; APOP, 45/1191/0/1/546, Akten der [Königlichen] Regierung zu Schleswig betreffend den Oberregierungsrat Albrecht, 1915–1919; APOP, 45/1191/0/1/616, Akten der [Königlichen] Regierung zu Schleswig betreffend [Regierungs]Assessor Dr. von Baumbach in Pinneberg, 1908–1912; APOP, 45/1191/0/1/818, Akten der Königlichen Regierung zu Schleswig betreffend den Regierungsassessor Henkel.

18 APOP, 45/1/0/1/42, Verschiedenes: kulturelle Grenzarbeit [Grenzbüchereiwesen, Minderheitsschulwesen]

Dieses Material ist teilweise als Scan vorhanden. In der derselben Sammlung gibt es eine ganze Reihe von analogen Materialien, die sich unter anderem auf die systematische Unterstützung der deutschen Minderheit in Dänemark beziehen.<sup>19</sup>

Im AAN, im Komplex des Außenministeriums (MFA) der Zwischenkriegszeit, befinden sich Materialien zur deutsch-dänischen Grenzfrage – sowie in separaten Aktenbeständen der polnischen Botschaften in London, Wien, Kopenhagen und Berlin, die alle vier zu Schleswig-Holstein berichteten – insbesondere letztere. Eine ganze Reihe von den Akten aus dem Außenministerium ist online verfügbar.<sup>20</sup>

Im Staatsarchiv in Poznan (APPOZ) in den Verwaltungsakten des Reichsstatthalters Posen befindet sich eine umfangreiche Akteneinheit zu Schleswig-Holstein aus den Jahren 1940 bis 1942, die auch online zugänglich ist. Ihr Inhalt ist eine vertrauliche (da damals von strategischer Bedeutung) Studie des Statistischen Reichsamtes über detaillierte Daten zur landwirtschaftlichen Produktion in dieser Provinz.<sup>21</sup>

Schließlich ist noch als ein kurioses Beispiel zu erwähnen, dass das Staatsarchiv Szczecin eine mehrbändige Sammlung von »Sagen und Märchen« aus Schleswig-Holstein und eine nicht minder reichhaltige Sammlung von Material zur Genealogie des Adels aus diesem Bundesland besitzt.<sup>22</sup>

## Archiv des Instituts für Nationales Gedenken

Leider ermöglicht die öffentlich zugängliche Suchmaschine [szukajwrachiwach.gov.pl](http://szukajwrachiwach.gov.pl) nicht den Zugang zum Archiv mit der größten Sammlung von Unterlagen zur jüngeren Geschichte in Polen, dem Archiv des Instituts für Nationales Gedenken (AIPN). Dies ist darauf zurückzuführen, dass dieses Archiv im System der staatlichen Archive gesetzlich getrennt ist. Seine Akten galten außerdem in dem ersten Jahre seines Bestehens größtenteils als Verschlussache. Heute ist praktisch die komplette Sammlung

in Schleswig-Holstein, 1925; AAN, 2/322/0/6.2/11459 MSZ, Broschüre von A. Torp, Direktor der deutschen Minderheitenschule im dänischen Schleswig, 1929–1930; AAN, 2/474/0/1.9/416, Botschaft in Berlin, Treffen der dänischen Minderheit in Nordschleswig, 1939.

- 19 APOP, 45/1/0/1/42/1, Das Grenzbüchereiwesen in Schleswig, 1925; APOP, 45/1/0/1/42/3, Der Werkunterricht im Grenzgebiet Schleswig, 1925; APOP, 45/1/0/1/42/2, Die freie deutsche Grenzarbeit in Schleswig, 1925; APOP, 45/1/0/2.2/70/1, Die Regelung der Minderheiten-Schulverhältnisse in Schleswig-Holstein.
- 20 Zum Beispiel: AAN, 2/322/0/4.3/4476, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Deutschland. Politische Beziehungen zu Dänemark. Plebiszit in Schleswig. Berichte. 1920; AAN 2/322/0/4.4/5703, MSZ, Dänemark. Außenbeziehungen, hauptsächlich mit Deutschland, Berichte, 1936; AAN, 2/453/0/1/52, Gesandtschaft in Wien, Dänemark. System, Regierung, Parlament. Auflösung der NS-Organisationen in Schleswig und Gründung der »Schleswigschen Kameradschaft«. Bericht der polnischen Gesandtschaft in Kopenhagen, 1934; ANN, 2/39/0/11/1859, KNP, Friedenskonferenz, Notizen »Die Probleme von Schleswig und Holstein« und »Der Anspruch Dänemarks«, 1919; ANN, 2/503/0/1.1.1/31, Botschaft in London, Deutschland. Beziehungen zu ausländischen Mächten. Möglichkeit der Revision der Grenze zu Dänemark, 1920–1938.
- 21 Staatsarchiv in Poznań (APPOZ), 53/299/0/1.20/731, Schleswig-Holstein, 1940–1942.
- 22 Siehe z. B. APSZ, 65/16/0/4/32, Schleswig-Holsteinische Sagen und Märchen, Bd. II., 1934–1937; APSZ 65/16/0/4/41, Auszüge aus Hasse, Schleswig-Holsteinische-Lauenburgische Regesten und Urkunden zur mittelalterlichen Adelsgeschichte, 1934–1937.

des Archivs freigegeben und steht interessierten Forschern, Journalisten sowie den Opfern des kommunistischen und nationalsozialistischen Totalitarismus und ihren Familienangehörigen ohne Einschränkungen zur Verfügung.<sup>23</sup>

Dieses Archiv beinhaltet Dokumente:

aus den Jahren 1944 bis 1990 von zivilen und militärischen Sicherheitsorganen der Volksrepublik Polen (Sicherheitspolizei, Geheimdienst, Auslandsaufklärung, Spionageabwehr), von Gerichten, Staatsanwaltschaften und Strafvollzugsanstalten über Bürger, die aus politischen Gründen verfolgt wurden, über nationalsozialistische, kommunistische und andere Verbrechen, die zwischen 1917 und 1991 am polnischen Volk begangen wurden – die Akten der Hauptkommission für die Untersuchung von NS-Verbrechen (zwischen 1944 und 1998 unter verschiedenen Namen) machen den Kern aus, im Zusammenhang mit der polnischen Mitgliedschaft im Warschauer Pakt, aus Privatarchiven sowie Kopien aus polnischen Institutionen und ausländischen Archiven.<sup>24</sup>

Derzeit verfügt das AIPN über insgesamt 93 Kilometer Akten, darunter 80,5 Kilometer Dokumente in Papierform und über 12 Kilometer Karteien und andere Hilfsmittel. Ungefähr die Hälfte der gesammelten Akten sind Passakten, ordnungsgemäße ausländische Pässe polnischer Staatsbürger und Passanträge mit Fotos. Das AIPN ist den polnischen Staatsarchiven in Bezug auf die Digitalisierung weit voraus. Nach dem Stand der Daten von 2024 sind 584.030 Akteneinheiten (Ordner, Mikrofiches und Mikrofilme) gescannt worden und im System des Digitalen Archivs (CA) verfügbar. Darüber hinaus sind mehr als 30 Prozent der Inhalte von Karteien und anderen Archivalien gescannt und im CA verfügbar, ebenso wie 431.877 Fotografien (von insgesamt 39 Millionen).<sup>25</sup>

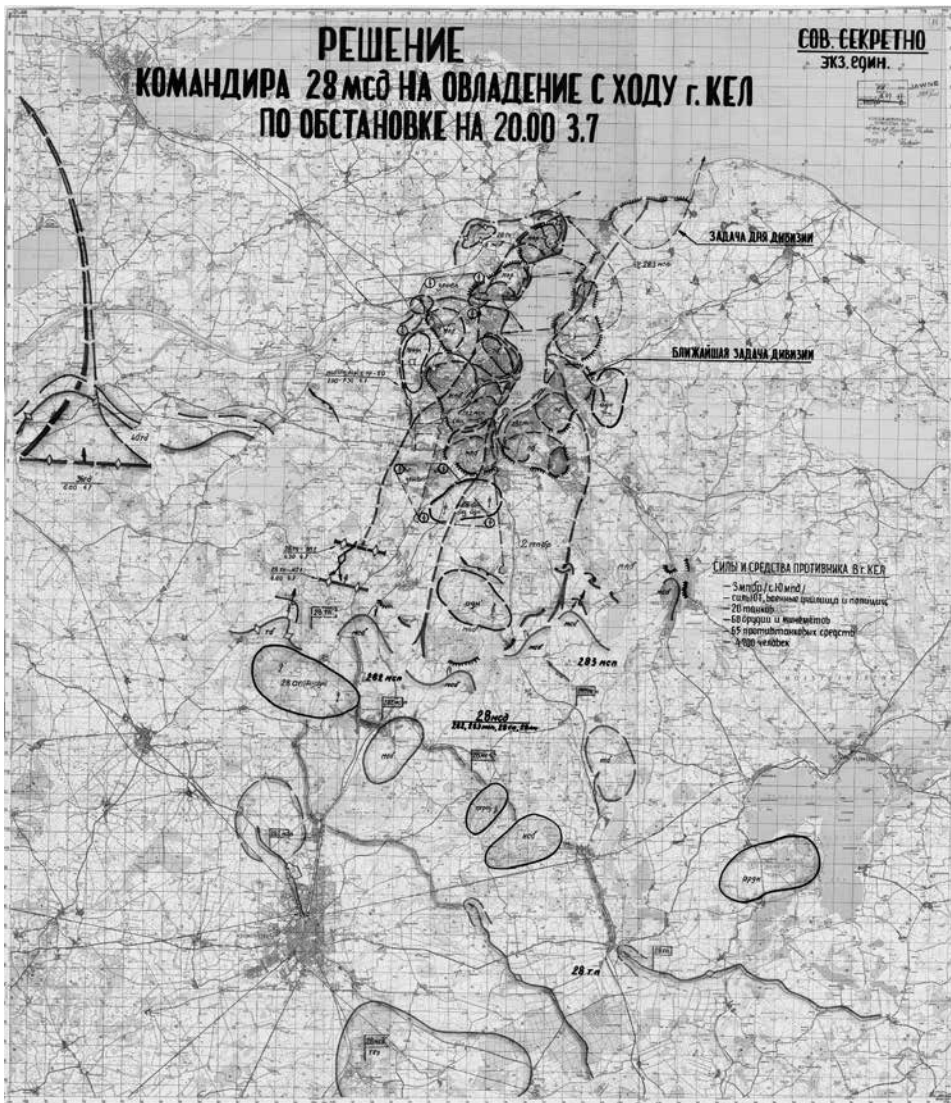
Das digitale CA-System ist aus Sicherheitsgründen und aus Datenschutzgründen nicht online verfügbar. Es enthält insgesamt 17,5 Millionen Beschreibungen von Archivalien und 21 Millionen Einträge des Personenregisters. Der Zugang zu dieser Datenbank ist in den Büros des Instituts des Nationalen Gedenkens (IPN) in den größten polnischen Städten möglich (praktisch sind dies die Hauptstädte der Woiwodschaften). Es ist jedoch erforderlich, eine angemessene Begründung für die Suche vorzulegen (zum Beispiel eine wissenschaftliche oder journalistische). Andererseits steht allen Interessierten im Internet ein separates, vom gesamten CA getrenntes »IPN-Archivinventar« zur Verfügung. Dieses enthält allerdings nur 2.834.250 ausgewählte Beschreibungen von Akteneinheiten. Es kann jedoch für Vorabfragen genutzt werden.<sup>26</sup>

23 Archiv des Instituts für Nationales Gedenken: Holdings and Their Dissemination, Warschau 2024 (offizielle Präsentation auf Englisch, mit freundlicher Genehmigung von Dr. Witold Bagieński vom AIPN).

24 Ebd.

25 Ebd.

26 <http://inwentarz.ipn.gov.pl> (Zugriff am 30.03.2025).



Übungsunterlagen aus dem Jahr 1977 zu der »Entscheidung des Kommandanten der 28. Motschützendivision, die Stadt Kiel sofort zu erobern, basierend auf der Lage 20.00 3.7.« (Archiv des Instituts für Nationales Gedenken).

## Materialien mit Bezug zu Flensburg und Schleswig-Holstein

Die größte Kategorie von Akten oder Informationen, die in den Flensburger Akten gesammelt werden, sind diejenigen, die sich auf verschiedene Kategorien von Personen beziehen, die mit der Stadt verbunden sind – zum Beispiel durch Geburt, Wohn-



sitz, Arbeit oder Dienst. Hier lassen sich die folgenden Kategorien unterscheiden:

Agenten des Bundesnachrichtendienstes (BND) sowie andere Personen, die verdächtigt wurden, für Deutschland zu spionieren. Unter ihnen unter anderem die beiden gebürtigen Flensburger R. M. Schubert, der in West-Berlin wohnte, und Gerd Gorzenialski, der in Łódź, Polen arbeitete und von der polnischen Spionageabwehr bearbeitet wurde.<sup>27</sup>

Personen, die in Deutschland oder Polen wegen verschiedener Verbrechen während des Zweiten Weltkrieges verurteilt wurden, zum Beispiel als Mitglieder der Mannschaften von NS-Konzentrationslagern oder wegen des Missbrauchs von Zwangsarbeitern.<sup>28</sup>

Ehemalige Funktionäre der NS-Dienste, zum Beispiel der Gestapo oder der deutschen Gendarmerie.<sup>29</sup>

Personen, die verschiedenen NS-Organisationen angehörten, zum Beispiel der SA.

Personen, die in der deutschen Besatzungsverwaltung und in Einrichtungen des Generalgouvernements beschäftigt waren oder sich um eine Stelle bewarben. Darunter zum Beispiel der Opernsänger Hans Erichsen, der am Krakauer Stadttheater angestellt war, das der Augapfel des Generalgouverneurs Hans Frank war.<sup>30</sup>

Personen, die von der Gestapo wegen intimer Beziehungen zu Personen anderer Nationalität (zum Beispiel zu einer Polin oder einem Polen) verfolgt wurden.<sup>31</sup>

Die IPN-Akten, die sich auf die Verfolgung von NS-Verbrechen beziehen, enthalten auch Kopien einiger Akten des Flensburger Oberstaatsanwalts, der in den 1960er Jahren in ähnlichen Fällen ermittelte und Anklagen erhob.<sup>32</sup>

Das Archiv sammelt auch zahlreiche Akten polnischer Bürgerinnen und Bürger, die im Zusammenhang mit ihrem Aufenthalt in Flensburg stehen, weil sie von den deutschen Besatzungsbehörden als Zwangsarbeiter in diese Stadt verwiesen wurden.

27 AIPN 01304/304, Informationen über kriminelle Aktivitäten des BND-Agenten: R.M. Schubert, geboren am 04-04-1946 in Flensburg; AIPN Ld 00338/70, Fall Codename: »Duet«, »Paarlauf«; Gorzelniaski Gerd, Geburtsdatum: 6.1.1939, Flensburg.

28 Zum Beispiel AIPN 2586/195, Abschrift des Urteils des Bundesgerichtshofs vom 6.8.1970 in der Sache Helmut Arthur Hermann Kluge, geb. 8.10.1920, Geburtsort: Flensburg und andere Angehörige des Nebenlagers Gusen des Konzentrationslagers Mauthausen, angeklagt wegen Verbrechen an Häftlingen zwischen September 1941 und Frühjahr 1942 (Totbadeaktion).

29 AIPN GK 164/3648, Akte über: Petersen Peter - Oberscharführer SS. Gestapo-Offizier in Warschau. Arbeitete in den Abteilungen III und IV. Angeklagt wegen Missbrauchs, 1947–1948, 19.10.1912 [Geburtsdatum], Flensburg [Geburtsort]; AIPN GK 701/749, Personalakten: Schwarz Ferdinand, Meister der Gendarmerie, geboren am 17.01.1902 in Flensburg, 1939–1944.

30 AIPN GK 94/1771, Personalakte: Hans Erichsen, geboren am 21.10.1901 in Flensburg; Opernsänger, beschäftigt am Staatstheater in Krakau, 1944; AIPN GK 94/2610, Personalakte: Wolfgang Jaeckel; wohnhaft in Flensburg, Anwärter auf eine Stelle im Generalgouvernement, 1943.

31 AIPN GK 629/4020, Akten der Geheimen Staatspolizei. Staatspolizei(leit)stelle Zichenau über Nielsen Andreas, geb. 22.3.1906 in Flensburg; Deutscher, Soldat, der wegen seiner Beziehung zu Zofia Purgacz im Verdacht steht, gegen das Sittengesetz zu verstoßen; siehe auch: AIPN GK 629/5071, Akten der Geheimen Staatspolizei. Staatspolizei(leit)stelle Zichenau über Purgacz Sofia, geb. 21.1.1920.

32 Zum Beispiel: AIPN 2586/310, Abschrift der Anklageschrift des Oberstaatsanwalts Flensburg vom 01.09.1964 betreffend: Martin Fellenz, geboren am 20.10.1909 in Duisburg, SS-Offizier.

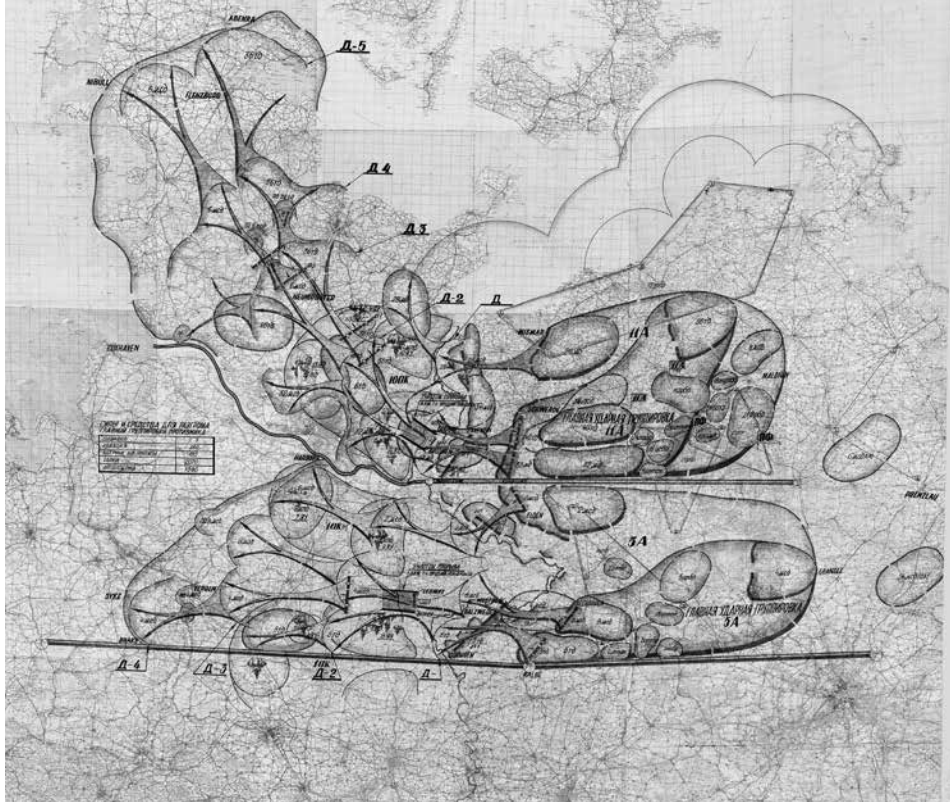
So gibt es zahlreiche Dokumente wie die sogenannten Arbeitsbücher und Transportlisten polnischer Arbeiter, die nach Flensburg geschickt wurden.<sup>33</sup> Diese Kategorie von Dokumenten ist die interessanteste unter dem Gesichtspunkt der Aufarbeitung der Geschichte der Stadt während des Zweiten Weltkrieges und ihrer etwas in Vergessenheit geratenen »Sklavenperspektive des Dritten Reiches«. Gerade die Erinnerungen jener Zwangsarbeiter oder KZ-Häftlinge, die für kürzere oder längere Zeit in dieser Stadt oder ihrem Umland als Landarbeiter landeten, können dazu neue Perspektiven beitragen. Sie wurden unter anderem im Rahmen einer Initiative niedergeschrieben, die in den 1980er Jahren von der damaligen Hauptkommission zur Verfolgung von NS-Verbrechen ausgeschrieben wurde. Dabei handelt es sich unter anderem um Memoiren und andere persönliche Dokumente von Irena Gabler<sup>34</sup>, Jakub Szeleźnik<sup>35</sup>, Edward Strączek<sup>36</sup>, Jan Maj<sup>37</sup>, Stanisław Sutur<sup>38</sup>, Zenon Gronkiewicz<sup>39</sup> und Jan Majka<sup>40</sup>.

Ebenfalls aus der Sammlung der ehemaligen Kommission stammt ein Protokoll, das die Evakuierung von einem Teil der Häftlinge des NS-Konzentrationslagers Stutthof (Sztutowo) nach Flensburg im April und Mai 1945 dokumentiert.<sup>41</sup>

Die zweite wichtige Kategorie von Akten, die sich auf Flensburg und Schleswig-Holstein beziehen, ist im Rahmen der Kriegsvorbereitungen des Warschauer Paktes entstanden. Diese Dokumentation enthält Materialien zu den Operationsplänen der sogenannten »Polnischen Front« oder »Küstenfront«. Diese Front sollte aus (hauptsächlich) polnischen, aber auch aus sowjetischen und ostdeutschen Einheiten bestehen. Ihre Aufgabe war die zügige Eroberung von Norddeutschland, Dänemark und den Niederlanden. Die Pläne und detaillierten Operationskarten stammen aus

- 33 AIPN GK 61/33, Arbeitsbuch für Ausländer (Pole): Stephan Borlik, geb. 25.07.1915, ausgestellt vom Arbeitsamt in Flensburg am 29.2.1944.
- 34 AIPN GK 853/78, Bericht von Irena Gebler, 1986 (Beschreibung der Arbeit im Militärkasino in Flensburg).
- 35 AIPN Kr 1/2876, Bericht von Jakub Szeleźnik, geboren am 22.2.1927, deportiert zur Zwangsarbeit von Krakau im Jahr 1944 nach Flensburg, wo er bis 1945 auf einem Bauernhof arbeitete, 1988.
- 36 AIPN Kr 1/2904, Konto von Edward Strączek, geboren am 15.6.1927, deportiert zur Zwangsarbeit im März 1943 nach Flensburg (Schleswig-Holstein) und beschäftigt auf einem Bauernhof, 1988.
- 37 AIPN Kr 1/2909, Bericht von Jan Maj, geboren am 20.1.1925, deportiert zur Zwangsarbeit nach Flensburg (Schleswig-Holstein), 1988.
- 38 AIPN Kr 1/3857, Bericht von Stanisław Sutur, geboren am 15.10.1915, Kriegsgefangener im Stalag X A Kriegsgefangenenlager in Schleswig, dann zur Zwangsarbeit nach Habernis, Kreis Flensburg (Schleswig-Holstein), geschickt und auf einem Bauernhof eingesetzt, 1988.
- 39 AIPN Kr 1/6316, von Irena Gronkiewicz vorgelegte Dokumente zu: Zenon Gronkiewicz, geboren am 13.04.1923, 1942 zur Zwangsarbeit nach Kiel, Lübeck, Flensburg (Schleswig-Holstein) deportiert und in den Seehäfen eingesetzt, wo er bis 1945 arbeitete, 1988.
- 40 AIPN Kr 1/6427, Dokumente zu: Jan Majka, geboren am 10.8.1921, im Dezember 1942 zur Zwangsarbeit nach Lübeck, Kiel, Flensburg (Schleswig-Holstein) deportiert und in Flugzeugfabriken und beim Bau von Luftschutzbunkern eingesetzt, wo er bis Mai 1945 arbeitete, 1988.
- 41 AIPN Sz 753/420, Kopie des Vernehmungsprotokolls des Zeugen Nr. 20 über Stanke Ludwik, geboren am 12.10.1920, inhaftiert im Lager Stutthof vom 21.6.1943, evakuiert von Stutthof nach Flensburg am 27.04.1945, 20 über Stanke Ludwik, geboren am 12.10.1920, inhaftiert im Lager Stutthof vom 21.6.1943 bis 27.04.1945, evakuiert von Stutthof nach Flensburg vom 27.4.1945 bis 5.5.1945.

## **РЕШЕНИЕ КОМАНДУЮЩЕГО ВОЙСКАМИ ПРИМОРСКОГО ФРОНТА НА РАЗГРОМ ГЛАВНОЙ ГРУППИРОВКИ ПРОТИВНИКА**



*Szenario für den Kriegsfall (Tag 1 bis 5) der Küstenfront bzw. Polnischen Front in Schleswig-Holstein aus der operativ taktischen Übung »Wal 77« der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages (Archiv des Instituts für Nationales Gedenken).*

den Jahren 1961 bis 1991. In diesem Zusammenhang enthalten die IPN-Akten beispielsweise verschiedene Materialien in Form von spezifischen militärischen Planungen, die sich direkt auf Flensburg beziehen.<sup>42</sup>

Was die Rolle Flensburgs während des Kalten Krieges betrifft, sind außerdem mehrere Fluchten polnischer Seeleute und Matrosen in den Westen über den Hafen der Stadt dokumentiert. Weiterhin stellte die polnische Spionageabwehr fest, dass in der Fördestadt der Polnischunterricht für den »NATO- und westdeutschen Geheim-

<sup>42</sup> AIPN 01791/26, Band. 2, Leitfaden für westdeutsche städtische Ballungsräume in der Betriebsrichtung Nordsee und Jütland. Teil I. Nr. 1 – Flensburg. Warschau: Ministerium für Nationale Verteidigung.

dienst« unter Beteiligung von ehemaligen polnischen Bürgern durchgeführt wurde.<sup>43</sup>

Das im Archiv des IPN gesammelte Material, das sich auf ganz Schleswig-Holstein bezieht, fällt im Allgemeinen in ähnliche Kategorien wie das Material, das sich direkt auf Flensburg bezieht, ist aber natürlich viel umfangreicher. Daher wird der Fall Flensburg auch hier als Fallstudie behandelt, die ein breiteres Phänomen illustriert. Wer zum Beispiel nach Erinnerungen polnischer Zwangsarbeiter sucht, wird hier mehr über sie finden. Besonders vielversprechend sind mitunter die Materialien zu verschiedenen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens des Landes Schleswig-Holstein, die im Verdacht standen, eine nationalsozialistische Vergangenheit zu haben,<sup>44</sup> sowie zu den Flüchtlingslagern auf dem Gebiet dieses Bundeslandes von 1983 bis 1988.<sup>45</sup>

## Materialien über polnische Aufklärungsoperationen in der Bundesrepublik Deutschland mit Bezug zu Flensburg und Schleswig-Holstein

Eine der interessantesten Kategorien des im IPN-Archiv gesammelten Materials ist jene, die sich auf Operationen des polnischen Geheimdienstes gegen den Westen, einschließlich Deutschland und Dänemark, bezieht. Hier finden sich verstreut verschiedene Hinweise und Dokumente, die sich auf den westlichen Teil der Ostsee, Schleswig-Holstein, das deutsch-dänische Grenzgebiet und schließlich Flensburg selbst beziehen. Es lohnt sich daher, ihnen ein eigenes Unterkapitel zu widmen.

Während des Zeitraums, in dem Polen im Einflussbereich Moskaus blieb (1944–1990), waren die polnischen Geheimdienste nicht nur eine Kopie der sowjetischen Matrix, sondern arbeiteten auch für die Interessen der Sowjetunion – bis zu einem gewissen Grad, da sie im Rahmen des Warschauer Pakts und des COMECON nationale Prioritäten beziehungsweise eigene Ziele formulierten. Das galt auch für die Auslandsaufklärung. Um genau zu sein, war die Abteilung II (Z II) des Generalstabes der polnischen Armee eine Art »Bruderdienst« des sowjetischen GRU, während der Nachrichtendienst der MBP beziehungsweise des Komitees für öffentliche Sicherheit oder des MSW eine noch genauere Kopie der Ziele und Methoden des sowjetischen NKVD/KGB darstellte. Ein gewisser Unterschied ist jedoch, wie bereits erwähnt, im

43 AIPN Ka 036/1470, Bd. 2, Abteilung II in Kattowitz (Spionageabwehr). Die Akte enthält Materialien zu Personen, die im Rahmen des operativen Überprüfungsverfahrens mit dem Codenamen »Rezydent« sicher gestellt wurden: Józef Skrzypiec und Andrzej Rak, die verdächtigt wurden, an Lehrgängen für Fremdsprachendolmetscher teilgenommen zu haben, die u. a. im Bundessprachenamt in Flensburg (Westdeutschland) organisiert und »von der NATO und westdeutschen Geheimdiensten genutzt« wurden.

44 AIPN 2535/1034, Mitarbeiter Der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein nebst Dokumentation ihrer NS-Vergangenheit, 1961–1962; AIPN 2535/1035, Liste der Mitarbeiter der Regierung des Landes Schleswig-Holstein; Stadtverwaltung Schleswig-Holstein, Schleswig-Holsteinischer Landtag, Der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein, Der Kulturminister des Landes Schleswig-Holstein nebst Dokumentation ihrer NS-Vergangenheit, 1961–1962.

45 AIPN 0666/21, Flüchtlingslager in Schleswig-Holstein, 1983–1988.

Bereich der operativen Prioritäten festzustellen. Die sowjetischen Geheimdienste, sowohl der zivile als auch der militärische, operierten auf globaler Ebene und die Rolle des »Hauptgegners« wurde aus ihrer Sicht zunächst von Großbritannien und später von den Vereinigten Staaten von Amerika eingenommen, wobei Westdeutschland die Rolle des Handlangers der USA innehatte. Währenddessen vermied der polnische kommunistische Geheimdienst bewusst ein ähnliches »globales« Engagement und operierte hauptsächlich auf regionaler Ebene, wobei die Bundesrepublik seinen »Hauptgegner« darstellte – eingebettet in Narrativen als das Mutterland des rechten »Revanchismus« und »Revisionismus«. Die noch frische Vergangenheit des Zweiten Weltkrieges war für die polnischen Offiziere sehr bedeutend.

So besteht ein großer Teil der heute im IPN gesammelten nachrichtendienstlichen Unterlagen aus Materialien, die sich gerade auf Westdeutschland beziehen, einschließlich des Gebietes von Schleswig-Holstein, das im Kriegsfall im Zuständigkeitsbereich der »Polnischen Front« gelegen hätte. Die meisten der gesammelten Informationen stammen aus Quellen, die dem einen oder anderen polnischen Nachrichtendienst direkt zur Verfügung standen, aber viele (darunter sehr interessante) Informationen stammen aus dem Austausch mit den sogenannten Bruderdiensten – vor allem den sowjetischen und ostdeutschen, aber auch tschechoslowakischen oder ungarischen Nachrichtendiensten. Neben nachrichtendienstlichen Informationen, sowohl in Form von erworbenem »nachrichtendienstliche[m] Rohmaterial« als auch in Form von Berichten, die an die Endnutzer (zum Beispiel Politiker, Diplomaten und Militärs) geschickt werden konnten, werden im IPN-Archiv auch Daten über die Arbeitsweise des polnischen Geheimdienstes selbst aufbewahrt. Zu diesen gehören unter anderem die Personalakten sowohl der in deutscher Regie tätigen Offiziere, wie beispielsweise des legendären Geheimdienstchefs Henryk Sokolak,<sup>46</sup> als auch ihrer Agenten polnischer und deutscher Nationalität, wie Alicja Krafczyk.<sup>47</sup> Das Phänomen der sogenannten »Illegalen«, zu denen letztere gehörten (und die im polnischen Fall vor allem in Westdeutschland, auch in Nordwestdeutschland tätig waren), und der weite Bereich der wissenschaftlich-technischen Aufklärung (auch sie war im Norden der Bundesrepublik sehr aktiv) sind hier voneinander zu trennen. Darüber hinaus finden sich hier Informationen zur Tätigkeit und personellen Ausstattung polnischer nachrichtendienstlicher Außenstellen in Westdeutschland und in West-Berlin, der sogenannten »Residenten«.<sup>48</sup>

Es muss jedoch an dieser Stelle der einschränkende Hinweis gemacht werden, dass es in diesem Beitrag, der den Charakter einer Schreibtischstudie hat, unmöglich ist, den Inhalt von mehreren hundert laufenden Metern Akten und Dossiers, die sich auf

46 AIPN 003175/8, Personalakte Sokolak alias Mikołajczak Henryk.

47 AIPN 003175/493, Personalakte Krafczyk Alicja, geboren am 9. Mai 1925 in Beuthen; Agent »Alice«.

48 Zum Beispiel: AIPN 2602/10184, Band 1–2, Dokumentation der Arbeit der Militärgeheimdienstresidenz in Köln, Codename »Kapitol«.

die Aktivitäten des polnischen zivilen und militärischen Nachrichtendienstes gegenüber Deutschland in den Jahren von 1944 bis 1990 beziehen und hunderte von Operationen mit fast tausenden von verschiedenen Personen betreffen, hinsichtlich des Erkenntnisinteresses umfassend zu analysieren. Es gibt genug Material für eine ganze Reihe von umfangreichen Dissertationen. Im Folgenden werden einige Ideen für mögliche Themen erörtert.

Die erste gut mit Dokumenten unterlegte und intellektuell fruchtbare Idee ist die Analyse der Wahrnehmung der sogenannten »nachrichtendienstlichen Lage« – im DDR-Jargon Regimeverhältnisse genannt – in Westdeutschland durch polnische Nachrichtenoffiziere oder Agenten, das heißt der Bedingungen der nachrichtendienstlichen Arbeit.<sup>49</sup> Zur Charakterisierung der Besonderheiten der in diesem Zusammenhang gesammelten Materialien sei auf ein Dokument aus erster Hand aus dem Jahr 1967 in Form einer »Aufstellung über den Einsatz der Nachrichtendienst-, Spionageabwehr- und Polizeiorgane der DDR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs auf dem Gebiet der DDR und West-Berlins (sowie mit den Geheimdiensten dieser Länder verbundene Organisationen und Firmen)« verwiesen. In dieser umfangreichen Liste werden auch etliche schleswig-holsteinische Städte genannt, wie beispielsweise Glücksburg, wo sich in der Nähe des berühmten Schlosses eine »Außenstelle der Abteilung G-2 des Marinestabes der BRD« befand. Interessant ist auch, dass für Itzehoe eine »stationäre Abhörstation der BND-Spionageabwehr« verzeichnet ist. Die meisten ähnlichen Informationen beziehen sich auf Kiel und die dortigen Zweigstellen des Bundesamtes für Verfassungsschutz, der Polizei, des MAD und der G-2 der Bundeswehr sowie die dortigen britischen GCHQ-Posten und das französische Konsulat als Station der französischen Spionage. Auch Flensburg wurde selbstverständlich nicht übersehen, wo folgende nachrichtendienstliche Objekte verzeichnet waren: die Außenstelle des Landesamtes für Verfassungsschutz in der Swinemünderstraße 28 sowie die Außenstelle des Landesamtes für Verfassungsschutz beim Kraftfahrt-Bundesamt im Stadtteil Mürwik. Außerdem befanden sich hier eine Außenstelle der Abteilung G-2 im Marinehauptquartier Ostsee mit vermutetem Sitz in der Briesen-Kaserne in Weiche sowie die Dienststelle des Bundesgrenzschutzes in der Bismarckstraße 74.<sup>50</sup>

Weitere lohnende Impulse, die das Archiv der IPN ermöglichen würde, wären: das Vorgehen gegen die Aktivitäten der sogenannten Heimatvertriebenen,<sup>51</sup>

49 AIPN 02385/18, Aktivitäten des deutschen Geheimdienstes (grundlegende Informationen zum Thema der lokalen nachrichtendienstlichen Lage).

50 AIPN 2602/14281, Bd. 1, Liste der Standorte der Nachrichtendienste, Spionageabwehr und Polizeiorganisationen der BRD, der USA, Großbritanniens und Frankreichs sowie der mit den Geheimdiensten dieser Länder verbundenen Organisationen und Unternehmen in der BRD und West-Berlin, Warschau, 28. Oktober 1967, S. 115-180 (Übersetzung aus dem Russischen).

51 Zum Beispiel: AIPN 01940/39, Akte zur Objektstudie »Hanzeaci«, (betreffend die Union der Danziger), BRD, Abteilung V, 1962–1974 (Teil des größeren Falls »Utopisten«).

das Bild der westdeutschen Ostpolitik in den Augen der polnischen Geheimdienste,<sup>52</sup> eine Komparation deutscher Grenzprobleme mit Polen und Dänemark,<sup>53</sup> analog dazu das Problem der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD und die Bedrohung der Nachbarn durch eine mögliche deutsche Wiedervereinigung,<sup>54</sup> eine Komparation der Integration von Ausländern, zum Beispiel Polen, in verschiedenen Regionen Deutschlands und die Herausforderung der sogenannten »Familienzusammenführung«,<sup>55</sup> die Zusammenarbeit zwischen den kommunistischen Geheimdiensten bei der Aufklärung von Politik, Wirtschaft und Streitkräften in der Bundesrepublik,<sup>56</sup> die Rekrutierungsversuche von Agenten für den polnischen Geheimdienst in Schleswig-Holstein.<sup>57</sup>

Ein Thema, das vielleicht nicht für eine Doktorarbeit, aber sicherlich für eine interessante Studie in dem uns hier interessierenden polnisch-deutsch-dänischen Dreieck geeignet wäre, ist die nachrichtendienstliche Betrachtung des Streits zwischen der Volksrepublik Polen und Dänemark über die Ausdehnung der Fischereigebiete, vor allem für Kabeljau und Hering, rund um Bornholm, der – etwas gehässig – damit endete, dass die polnische Seite mit Zustimmung der dänischen Seite einen bestimmten westdeutschen Fischer, der in dem umstrittenen Gebiet seine Netze auswarf, festnahm.<sup>58</sup>

## Materialien zu Flensburg und Schleswig-Holstein in polnischen Emigrationsarchiven

Der Zweite Weltkrieg führte zu einer Zerstreung polnischer Archivbestände, einschließlich derjenigen, die von polnischen staatlichen Institutionen im Exil erstellt wurden. Einige Archivbestände wurden von den Behörden des nationalsozialistischen Deutschen Reichs und der Sowjetunion übernommen und nach Berlin beziehungsweise Moskau überführt. Sie wurden größtenteils an Polen zurückgegeben, aber nicht alle.

52 Zum Beispiel: AIPN 02011/7, Westdeutsche Außenbeziehungen, 1966–1969.

53 Zum Beispiel: AIPN 02011/8, Westdeutsche Außenbeziehungen, 1966–1969.

54 Zum Beispiel: AIPN 02011/9, Innerdeutsche Beziehungen, einschließlich Wirtschaftsbeziehungen, 1967–1970.

55 Zum Beispiel: AIPN 02011/537, Materialien zur Integration von Ausländern in Deutschland.

56 Zum Beispiel: AIPN 01419/235, Teil 2, Memo vom Besuch der KGB-Delegation für Aufklärung und Spionageabwehr in Warschau bezüglich der Zusammenarbeit in Richtung Westdeutschland, 8.–11. Januar 1969, S. 323–324.

57 Zum Beispiel: AIPN 01168/489, Fall von vorläufigen Materialien zu Wulle Ernst Helmuth, Reisebürokaufmann aus Lübeck; AIPN 01262/400, Fall des operativen Kontakts Skok Friedhelm, alias »Masurius« (akademischer Kreise in Kiel).

58 AIPN 02011/537, Bericht »Resindentura« des Nachrichtendienstes des Innenministeriums in Kopenhagen an die Zentrale über den Fischereistreit zwischen Polen und Dänemark, 14. Juni 1978, S. 83–85., 14. Juni 1978, S. 83–85.

Ein Teil des Archivmaterials wurde während des Krieges in den Westen evakuiert. Zwischen 1939 und 1945 entstanden weitere neue Dokumente im Rahmen der Tätigkeit der polnischen Exilbehörden und der ihnen unterstellten Streitkräfte, einschließlich der Geheimdienste. Ihre Arbeit richtete sich unter anderem nach Dänemark, weil sie das Land als eine Art »Fenster nach Deutschland« betrachteten. Schleswig-Holstein stellte in dieser Sichtweise ein Einfallstor nach Deutschland dar. Diese Dokumente sind heute auf Exilarchive und andere Sammlungen im Vereinigten Königreich und in den Vereinigten Staaten von Amerika verteilt. Die Sammlung des Polnischen Instituts und des Gen. Władysław Sikorski Museums (IPMS) und die des Polish Underground Movement (1939–1945) Study Trust (SPP) sind in dieser Hinsicht die wichtigsten. Beide Archive bilden heute eine Institution, obwohl sie sich physisch an verschiedenen Orten in London befinden. Ein Teil dieser Dokumentation wurde gescannt und Kopien können unter AIPN abgerufen werden.<sup>59</sup>

Die Akten beziehen sich unter anderem auf Polen, sogenannte »Displaced Persons«, die sich nach dem Krieg in Schleswig-Holstein aufhielten, sowie auf die polnischen Streitkräfte, die in Schleswig-Holstein vorübergehend Teil der britischen Besatzung waren.<sup>60</sup>

Die interessantesten Dokumente, die sich auf Flensburg beziehen, handeln von einem Netzwerk zur Schleusung von Menschen über die deutsch-dänische Grenze unweit von Flensburg, das von polnischen und dänischen Agenten organisiert wurde. Während des Krieges arbeiteten Teile des dänischen Widerstandes und der polnische zivile Geheimdienst im Rahmen des Unternehmens »Felicia« zusammen.<sup>61</sup> Im Auftrag des polnischen Innenministeriums im Exil wurde ein Agentennetzwerk aufgebaut, das von Südschweden über Dänemark bis nach Norddeutschland reichte. Um Informationen aus dem besetzten Polen und Deutschland an die Exilregierung in London zu überbringen, bedurfte es Kurierwege, die unter Kriegsbedingungen mehrere Landesgrenzen überquerten. An der deutsch-dänischen Grenze entstand eine solche geheime Route, die von der mittelalterlichen »Sage vom Schwarzen Weg bei Barderup« inspiriert wurde und zu Fuß vom Bahnhof Barderup über Altholzkrug bis zur Grenze bei Ellund führte.<sup>62</sup>

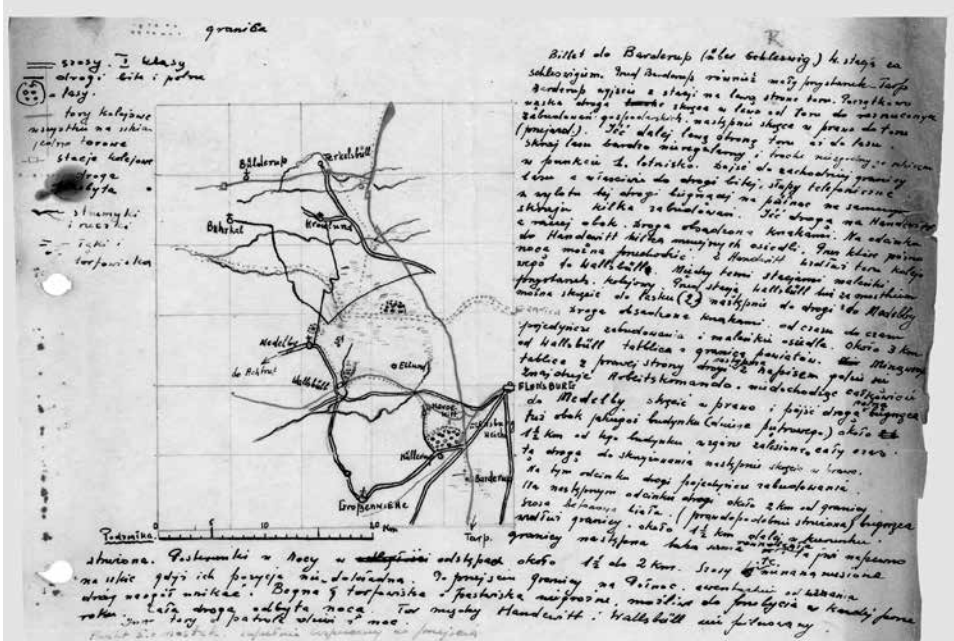
59 <https://www.studium.org.uk/index.php/de/> (Zugriff am 31.03.2025); <https://pism.org.uk/archive/> (Zugriff am 31.03.2025).

60 AIPN 3600/100, Bericht von Lt. Zbigniew Bąkiewicz über die Lage der polnischen Bevölkerung in Schleswig-Holstein, Deutschland, 1945–1945; AIPN 4033/4, Kommando des polnischen Militärbezirks in Schleswig-Holstein (bei Timmdorf bei Plön). Befehle mit Anlagen.

61 Władysław Bułhak/Thomas Wegener Friis: Polish Intelligence in Denmark in 1941–1945, in: Thomas Wegener Friis/Władysław Bułhak (Hrsg.): A Centenary of Polish-Danish Relations, S. 96–101, 103–104; Władysław Bułhak, Pod maską i bez maski. Sprawy i ludzie polskiego wywiadu na wychodźstwie w czasie II wojny światowej. Próba syntezy, Warszawa 2025 (Kapitel: »Czas amatorów«).

62 IPMS, A.9.VI.7-2, »Claus Jensen« [Adam Sokólski] an »Hel« [Romana Heltberg], Haderslev, 30. Juli 1943, n.p.; ebd, »Claus Jensen« [Sokólski] an »Hel« [Heltberg], [Nakskov?], 5. September 1943.





Kurierroute über die deutsch-dänische Grenze basierend auf der »Sage vom Schwarzen Weg bei Barderup« (Archiv des Polnischen Instituts und Sikorski Museum, London).

## Schlussfolgerungen

Die in den polnischen Archiven gesammelten Materialien mit Bezug zu Flensburg und Schleswig-Holstein sind sehr vielfältig und manchmal auch vom Zufall geprägt. Die lange, dramatische und chaotische polnisch-deutsche Geschichte hat auch in den Archiven Spuren hinterlassen. So befinden sich etliche Akten in polnischen regionalen Archiven sowohl aus der preußischen Zeit als auch aus der NS-Zeit, die Aufschlüsse zur Geschichte von Schleswig-Holstein geben. Besonders die Karteien des RSHA sind dabei eine Ressource, die bisher nur wenig bekannt ist.

Von polnischer Seite lässt sich ein klares Interesse an der deutsch-dänischen Grenze und den Minderheiten erkennen – sowohl vor als auch nach der Grenzziehung 1920. Dabei spielen die Parallelen zwischen der Zweiten Polnischen Republik der Zwischenkriegszeit und Dänemark natürlich eine Rolle. Zur dunklen Geschichte des Zweiten Weltkrieges bestehen sehr umfassende Sammlungen, die Schleswig-Holstein und Polen verbinden. Die Archive beinhalten aber auch bisher unbekanntes Dokumentationen über die nachrichtendienstliche Tätigkeit der polnischen Exilregierung im westlichen Ostseeraum.

Die Aufarbeitung des Kalten Krieges in dieser Region ist bisher vor allem auf die militärischen Perspektiven fokussiert gewesen und vor allem von polnischen und dänischen Forschern umgesetzt worden. Aber gerade Schleswig-Holstein spielte als strategische Schlüsselregion eine ganz besondere Rolle – auch für die polnischen Nachrichtendienste. Dieses Kapitel der Geschichte des Kalten Krieges lässt sich mit Hilfe der polnischen Archive, die mittlerweile leicht zugänglich sind, jetzt öffnen.

## »In dubio pro reo«

### Zur Rolle des sozialen Kapitals und der Geschlechterungleichheit im Gerichtsverfahren 1982/83 gegen den dänischen Dreifachagenten Flemming Sørensen

»Ich wurde in den hintersten Raum des Gebäudes geführt, ein kahler Raum mit Fliesen auf dem Boden und an den Wänden und einer festgemauerten Pritsche mit bräunlichem Plastikbezug. Mir wurde befohlen, alle Kleider abzulegen. Die Anwesenheit von drei bis vier bewaffneten Beamten unterstrich die Nutzlosigkeit jeglicher Diskussion.«<sup>1</sup> Minutiös beschreibt der dänische Journalist Flemming Sørensen den Moment seiner Verhaftung an der deutsch-dänischen Grenze in Padborg am 3. September 1982 in seiner über 100 Seiten umfassenden Klageschrift gegen die Institutionen der Bundesrepublik Deutschland, die kurz nach seinem Freispruch erschien.<sup>2</sup> Die Leserinnen und Leser dieser Schrift erhalten sogar Kenntnis über den Inhalt seines Reisegepäcks zum Zeitpunkt der Verhaftung. Dieses nutzte Flemming Sørensen für das Platzieren eines Hinweises auf seine unentgeltliche Tätigkeit für *Flensborg Avis*, die dänischsprachige Zeitung der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein, für die er Rezensionsexemplare zu Auf- und Abrüstungsfragen mit sich geführt haben soll. Wie zahlreiche andere Medien in der Bundesrepublik Deutschland und vor allem im Königreich Dänemark berichtete *Flensborg Avis* vor, während und nach der Gerichtsverhandlung wiederholt und ausführlich über Flemming Sørensen. Dieser war durch seine journalistische Tätigkeit aber auch privat in der dänischen Minderheit gut vernetzt, was zu zahlreichen Solidaritätsbekundungen aus der Minderheit für Sørensen führte.

Die Anklage gegen Flemming Sørensen lautete Spionagetätigkeit für die Deutsche Demokratische Republik in der Bundesrepublik Deutschland.<sup>3</sup> Das rechtskräftige Urteil fällte das Oberlandesgericht Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf am 3. Juni 1983. Dieses fiel zugunsten von Flemming Sørensen aus. Das Gericht kam zu dem Schluss, dass Sørensen zu Unrecht der Spionage für die DDR beschuldigt worden war.<sup>4</sup> Mit dieser Einschätzung lagen die fünf Richter jedoch falsch, wie die Akten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (MfS) nach dem Ende der

1 Flemming Sørensen: Verdächtig sind wir alle. Die Paranoia der Staatsmacht, Hamburg 1983, S. 12.

2 Ebenda S. 9–26.

3 Kürzlich erschien ein populärwissenschaftliches Werk von zwei dänischen Journalisten über Flemming Sørensen: Ole Sønnichsen und Jesper Clemmensen: Farlig mand – Historien om en dansk dobbeltagent og Stasi-spion, Kopenhagen 2024.

4 Archiv der dänischen Nachrichtendienst PET (PET-Archiv), Urteil, Oberlandesgericht Düsseldorf, 11.6.1983.

SED-Diktatur eindeutig offenbaren: Sørensen spionierte tatsächlich bereits seit 1959 für die DDR. Doch warum ist gerade der Fall Flemming Sørensen für die historische Aufarbeitung interessant? In vielerlei Hinsicht entsprach er dem typischen Agenten der Staatssicherheit der DDR im Westen. Doch im Gegensatz zu den meisten seiner Kollegen verfügte er über bedeutende soziale Ressourcen und eine einflussreiche Lobby. Sørensen konnte sich auf drei wesentliche Verteidigungslinien stützen: loyale Führungsoffiziere im MfS, wohlgesinnte hochrangige Freunde in der westdeutschen Politik und die Solidarität seiner journalistischen Kollegen. Die Öffentlichkeit wurde erfolgreich davon überzeugt, dass es sich bei dem Verfahren um einen Angriff auf den Rechtsstaat handelte. Eine zentrale Rolle spielten dabei geschlechtsbedingte Angriffe auf die Hauptzeugin des Prozesses, um den Gehalt ihrer Aussage vor Gericht zu relativieren. Sørensens Geschichte ist daher nicht nur ein weiterer Spionagefall, sondern ein Beispiel dafür, wie sich unter bestimmten Bedingungen Gerechtigkeit manipulieren lässt. Zudem zeigt sie, wie die vierte Gewalt erheblichen Einfluss auf die unabhängige Justiz ausüben kann. Deshalb untersucht dieser Artikel nicht nur die eigentliche Agententätigkeit Flemming Sørensens, sondern auch die mediale Kampagne zu seiner Unterstützung. Zudem werden die geschlechtsspezifischen Aspekte seiner Agententätigkeit und die Rolle der Geschlechterungleichheit im Gerichtsverfahren analysiert, da diese Gesichtspunkte nach Auffassung der Verfasser des vorliegenden Beitrags einen zentralen Einfluss auf seinen Freispruch ausgeübt haben.<sup>5</sup>

Vor dem Hintergrund der Bedeutung, die der Wertung der Aussagen der Hauptzeugin im Prozess gegen Sørensen zukommt, ist es wichtig eingangs hervorzuheben, dass zum Zeitpunkt der Gerichtsverhandlung die Gleichstellung der Geschlechter in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland in vielen Bereichen noch nicht sehr weit vorangeschritten war. Der Gleichheitsgrundsatz des Art. 3 des Grundgesetzes hatte zwar rechtlich Bestand und schloss explizit nach Absatz 2 die Gleichberechtigung von Männern und Frauen ein. Im Leben der Menschen war diese allerdings in den unterschiedlichen sozialen Systemen der Gesellschaft nur in Teilen entwickelt. Die Diskriminierung von Frauen wurde in der Bundesrepublik Deutschland wie in anderen westlichen Ländern zu dieser Zeit öffentlich kritisiert »und in einem zähflüssigen politischen Prozess Schritt für Schritt formalrechtlich, wenn auch nicht sogleich lebenspraktisch, abgebaut«, wie es Hans-Ulrich Wehler auf den Punkt bringt.<sup>6</sup> Geschlechterungleichheit manifestiert sich in sozialer Ungleichheit, die in diesem Zusammenhang treffend von der Soziologin Karin Gottschall definiert wird als »differente Zugangschancen zu allgemein verfügbaren und erstrebenswerten Gütern und Positionen [...], die zugleich mit ungleichen Macht-

5 Inhaltliche Überschneidungen finden sich mit einem im druckbefindlichen englischsprachigen Artikel der Verfasser: Thomas Wegener Friis/Nils Abraham: »Can a privileged man be a spy? The case of the triple agent Flemming Sørensen«, in: Wladyslaw Bulhak/Przemyslaw Gaszold/Thomas Wegener Friis (Hrsg): *Need to Know*, Warschau 2025 [im Druck]. Dänische Zitate aus Zeitungen werden im vorliegenden Titel direkt ins Deutsche übersetzt.

6 Hans-Ulrich Wehler: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1949–1990*, Bonn 2010, S. 171.

Anerkennungs- und Interaktionsmöglichkeiten einhergehen und die die Lebenschancen von Individuen oder Gruppen relativ dauerhaft positiv oder negativ beeinflussen können«<sup>7</sup>. Ein Bewusstsein der Bedeutung des Geschlechts beziehungsweise von geschlechtsspezifischen Rollenzuschreibungen vor Gericht war in der ersten Hälfte der 1980er Jahre in der bundesdeutschen Justiz nicht ausgeprägt. Auch in der Forschung ist die Rolle des Geschlechts in gerichtlichen Verhandlungen erst seit einigen Jahren in den Fokus geraten.<sup>8</sup> In der Causa Sørensen spielte es neben dem sozialen Kapital des vernetzten Journalisten eine entscheidende Rolle, wie dieser Beitrag darlegen wird.

## Sørensens geheime Karriere für (mindestens) drei Nachrichtendienste

In vielerlei Hinsicht war Flemming Sørensen ein durchschnittlicher Agent unter den etwa 12.000 ostdeutschen Agenten im Westen.<sup>9</sup> Er war männlich, hatte also das dominierende Geschlecht. Der Gesamtanteil männlicher Agenten im Westen lag bei 72 Prozent, im Osten sogar bei 83 Prozent.<sup>10</sup> 1959, als er die Rekrutierungsunterlagen für die Auslandsaufklärung des Rostocker Bezirks der DDR-Staatssicherheit (Ministerium für Staatssicherheit, MfS, Abteilung XV, Bezirk Rostock) unterschrieb, war er 29 Jahre alt.<sup>11</sup> Das Durchschnittsalter für einen Anfängeragenten lag bei 32 Jahren.<sup>12</sup> Er wurde während der im Bezirk Rostock stattfindenden Ostseewochen angeworben, die ein sicheres Umfeld in der DDR darstellten – eine bevorzugte Rekrutierungszone für MfS-Offiziere, da nahezu drei Viertel aller Westoperationen auf heimischem Boden initiiert wurden.<sup>13</sup>

Als junger Mann war Sørensen Mitglied der sozialdemokratischen Jugendbewegung, wandte sich jedoch dann im Alter von 19 Jahren der stalinistischen dänischen Kommunistischen Partei zu, da die regierende Sozialdemokratische Partei seiner Ansicht nach »nicht für den Frieden gekämpft hatte«.<sup>14</sup> Er blieb den Kommunisten bis in die 1950er Jahre treu, verließ die Partei jedoch im Zuge einer Parteispal-

7 Karin Gottschall: Soziale Ungleichheit und Geschlecht. Kontinuitäten und Brüche, Sackgassen und Erkenntnispotentiale im deutschen soziologischen Diskurs, Opladen 2000, S. 23.

8 Siehe zum Beispiel: Melanie Grütter: »Verworfenen Frauenzimmer« – Geschlecht als Kategorie des Wissens vor dem Strafgericht, Bielefeld 2017; Melanie Grütter: »Witnessing Gender – Von der Grammatik der Zeugenschaft, Deutsche Welle, 24.8.2017.

9 Helmut Müller-Enbergs: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 3: Statistiken, Berlin 2008, S. 123 (künftig zitiert: Müller-Enbergs, Inoffizielle Mitarbeiter Teil 3).

10 Ebenda S. 89.

11 Bundesarchiv (BArch), MfS, AIM 175/87, Part II: Verpflichtung, 29.6.1959, S. 11–12; Müller-Enbergs, Inoffizielle Mitarbeiter Teil 3.

12 Georg Herbstritt: Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage. Eine analytische Studie, Berlin 2007, S. 122.

13 Zahlen für 1988 können gefunden werden in Helmut Müller-Enbergs: »Rosenholz«. Eine Quellenkritik, Berlin 2007, S. 111.

14 Flemming Sørensen: Socialdemokratiet svigter Fredens sag, in: Land & Folk, 4.8.1950.

tung 1958. Stattdessen trat er der neu gegründeten Sozialistischen Volkspartei bei, die vom langjährigen ehemaligen kommunistischen Führer Aksel Larsen ins Leben gerufen wurde. Unabhängig von seiner Parteizugehörigkeit war die Ablehnung der NATO ein konstantes Element in seiner politischen Überzeugung. Diese Haltung passte zu den MfS-Offizieren, jedoch zeigte er wenig Interesse am Konflikt zwischen Ost- und Westdeutschland.<sup>15</sup> Seine politischen Ansichten machten ihn zu einem idealen Kandidaten für eine Rekrutierung durch das MfS, da ideologische Überzeugungen der häufigste Grund für den Beitritt in die Reihen der MfS-Agenten waren. Fast zwei Drittel aller Agenten im Westen hatten ähnliche Motive.<sup>16</sup> Der zweitwichtigste Beweggrund für eine Zusammenarbeit mit der ostdeutschen Aufklärung waren finanzielle Aspekte (27 Prozent). Da Sørensen nicht abgeneigt war, pekuniäre Anreize anzunehmen, verstärkte das MfS seine Beziehungen zu ihm mit Geldgeschenken.<sup>17</sup>

Nach der Aufnahme seines Engagements für die Staatssicherheit der DDR distanzierte sich Sørensen erfolgreich von der Linken und hatte Mitte der 1960er Jahre das perfekte Image eines unverdächtigen bürgerlichen dänischen Journalisten.<sup>18</sup> In seiner hauptamtlichen Tätigkeit als Journalist arbeitete Sørensen für mehrere dänische Zeitungen und lebte viele Jahre als Korrespondent in Westdeutschland. Dies verschaffte ihm die ideale Tarnung für Reisen und die Netzwerkarbeit. Er übte somit einen der Berufe aus, die am häufigsten von der DDR als Spionageziel ausgewählt wurden. Statistiken aus dem Netzwerk der Hauptverwaltung A des MfS aus dem Jahr 1988 zeigen, dass Journalisten mit einem Anteil von 4 Prozent nicht nur eine der größten Berufsgruppen unter den westlichen MfS-Agenten bildeten, sondern im Verhältnis zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung auch massiv überrepräsentiert waren.<sup>19</sup>

Sørensen – oder »Flame« und »Heinrich«, wie er seinen Vorgesetzten bekannt war – schien eine weitgehend reibungslose Zusammenarbeit mit dem MfS zu pflegen. Er unterhielt diese Partnerschaft etwa zwei Jahrzehnte lang, zunächst mit der Auslandsaufklärung und später mit der Hauptabteilung für Spionageabwehr (HA II). Obwohl sein Elan gegen Ende der 1970er Jahre abnahm und schließlich erlosch, wurde sein Fall offiziell nicht aufgegeben und in den Archiven abgelegt, sondern erst am 8. Januar 1987 von Oberstleutnant Peter Wilkes endgültig abgeschlossen.<sup>20</sup> Eine so lange andauernde Zusammenarbeit war auch typisch für die ostdeutsche Auslands-

15 BArch, MfS, AIM 175/87 Teil I, Bd. I, S. 42–43: Beurteilung, undatiert.

16 Helmut Müller-Enbergs: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 2: Anleitung für die Arbeit mit Agenten, Kundschaftern und Spionen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1998, S. 135.

17 BArch, MfS, AIM 175/87 Teil I, Bd. I, S. 38: Auskunftbericht 3719/60, 15.4.1975.

18 Niels A. Eigenbroth: Danske Journalister, Kopenhagen 1965.

19 Helmut Müller-Enbergs: »Soziologie der Agenten. Empirische Sozialforschung zu einer unsichtbaren Gruppe«, in: Enrico Heitzer/Martin Jander/Anetta Kahane/Patrice G. Poutrus (Hrsg.): Nach Auschwitz. Schwieriges Erbe DDR, Frankfurt/Main 2021, S. 114–128, hier S. 123.

20 BArch, MfS, Karteikarte F22, Vorgang 3719/60, IMS »Flamme«, »Flame«, »Heinrich«.

aufklärung, da 37 Prozent der Agenten mehr als zehn Jahre tätig waren, fast jeder Siebte mehr als 20 Jahre und 3 Prozent sogar über 30 Jahre.<sup>21</sup>

In einem Punkt war Sørensen jedoch etwas ungewöhnlich: Er arbeitete nicht ausschließlich für die Ostdeutschen. Bereits während des Prozesses wurde öffentlich bekannt, dass er zumindest Geschäfte mit dem dänischen Verteidigungsnachrichtendienst (Forsvarets Efterretningstjeneste, FE) sowie dem regionalen deutschen Verfassungsschutz in West-Berlin (Landesamt für Verfassungsschutz, LfV) gemacht hatte. Das MfS war jedoch sehr wahrscheinlich Sørensens erste Rekrutierung und die Organisation, der er seine Loyalität widmete. 1962 wurde Sørensen durch den Direktor des dänischen Staatsbahnbüros in Berlin, Ib Petersen, der bereits mit dem Westberliner Geheimdienst kooperierte, einem »Herrn Schumann« alias Mertens vom LfV vorgestellt. Sørensen arbeitete daraufhin als Kurier für die Westdeutschen und unterstützte gleichzeitig die Staatssicherheit bei der Ergreifung westlicher Netzwerke in der DDR.<sup>22</sup> Ab der zweiten Hälfte der 1960er Jahre berichtete Sørensen auch regelmäßig über seine Kontakte zum dänischen Verteidigungsnachrichtendienst (FE) an seine ostdeutschen Vorgesetzten.<sup>23</sup> Seine Beziehungen zum dänischen Militärnachrichtendienst führten ihn beispielsweise in den 1970er Jahren nach Polen.<sup>24</sup> Obwohl die Ostdeutschen tatsächlich überlegten, ihre polnischen Verbündeten zu warnen, gab es keine Anzeichen für polnische Verdachtsmomente, trotz seiner wiederholten Besuche in der Volksrepublik Polen in den Jahren 1970, 1971, 1976 und 1978.<sup>25</sup>

## Sørensen und die Frauen

Flemming Sørensen war ein ausgesprochen heterosexueller Mann, was eine zentrale Rolle in seiner Laufbahn als Agent spielte. Was heute als sexualisierte Grenzüberschreitung oder gar als sexuelles Raubtierverhalten eingestuft werden könnte, wurde in einer Zeit, in der geschlechtsspezifische Ungleichheit in weiten Teilen noch als gesellschaftliche Norm galt, anders bewertet.

Seine besondere Einstellung gegenüber Frauen zeigte sich auch früh in seiner Spionagetätigkeit für das MfS. Bereits bei einer seiner ersten Missionen im Jahr 1960, der Prüfung der Agentenanwärterin »Kieselstein« an der deutschen Botschaft in Kopenhagen, »nahm Sørensen selbst die Herausforderung an, eine Beziehung zu ihr aufzu-

21 Helmut Müller-Enbergs: »How successful was the Stasi in the West after all«, in: Wladyslaw Bulhak/Thomas Wegener Friis (Hrsg.): *Need to Know. Eastern and Western Perspectives*, Odense 2014, S. 45–60, hier S. 59.

22 Jesper Clemmensen: *Skyggemand. Flughjælper i den Kolde Krigs Berlin*, Kopenhagen 2017, S. 179, 205.

23 BArch, MfS, AIM 175/87 Teil II, Bd. 5a, S. 186–197: Treffbericht IM »Flame«, HA II/2, Major Kratsch, Arnd 10.10.1967.

24 BArch, MfS, AIM 175/87 Teil II, Bd. 6, S. 230–236, Treffbericht IM »Flame«, HA II/2, Oblt. Röhr, 10.2.1970.

25 Archiv des Instituts für Nationale Erinnerung (AIPN), AIPN 1218/22317, Akta Osobowe Cudziemca obywatelstwo: Dania, Sørensen, Flemming.

bauen«. <sup>26</sup> Abgesehen davon, dass er Zeit und Steuergelder der DDR darauf verwendete, »Kieselstein« auszuführen, schien die Beziehung keine operativen Ergebnisse hervorzubringen.

1961 wiederholte sich das Szenario mit der Anwärtlerin »Victoria«, einer westdeutschen Journalistin. Obwohl Sørensen sie eine Zeit lang umwarb, kam er letztlich zu dem Schluss, dass die sozial-liberal eingestellte Frau ungeeignet für eine Zusammenarbeit mit den Nachrichtendiensten der sozialistischen Länder war, es sei denn, im Rahmen einer sogenannten »False-Flag-Operation«. Solche Operationen waren jedoch sowohl schwierig umzusetzen als auch selten. Während er »Victoria« noch in Betracht zog, richtete Sørensen seine Aufmerksamkeit bereits auf die nächste Frau, eine junge Sekretärin, die bei den britischen Truppen in West-Berlin arbeitete. <sup>27</sup>

Mit anderen Worten: Sørensen war stets wachsam, doch seine Aufmerksamkeit für das andere Geschlecht erwies sich kaum als Vorteil für das MfS. Auch wenn er sich selbst rühmte, dass »eine Frau aus Liebe zu mir weit gehen würde«, blieb Sørensen dennoch unfähig, tatsächlich eine seiner weiblichen Bekanntschaften zu rekrutieren. <sup>28</sup> Die einzige erfolgreiche Rekrutierung, zu der er beitrug, betraf keine Frau, sondern seinen ehemaligen Armeekameraden Klaus Lorenzen, Deckname »Depot«. Lorenzen diente jedoch nur wenige Jahre für das MfS, bevor er die Verbindung zu Ost-Berlin abbrach und später als Leumundszeuge in Sørensens Gerichtsverfahren auftrat. <sup>29</sup>

Im Sommer 1961 begann Sørensen eine Beziehung mit Helga Korb, einer Mitarbeiterin des ostdeutschen Finanzministeriums, die später seine Ehefrau und Mitverschwörerin wurde. <sup>30</sup> Bevor diese Beziehung jedoch offiziell wurde, wollte das MfS seinen dänischen Agenten auf die Probe stellen. Die MfS-Agentin »Eva« nahm Kontakt zu ihm auf und lud ihn in ihre Datsche ein, die in Wahrheit ein abgehörtes konspiratives Objekt war. Dort schlug sie vor, dass Sørensen sie aus der DDR schmuggeln könnte. <sup>31</sup> Im Anschluss berichtete Sørensen über die Frau, die »sich ihm aufdrängte«, und bewies damit in den Augen des MfS seinen »einwandfreien Charakter«. <sup>32</sup>

Auch das LfV in West-Berlin setzte offenbar große Hoffnungen in Sørensen und unterstützte ihn, als er vorschlug, den Dienst um Hilfe beim Schmuggel von Helga Korb aus der DDR zu bitten. <sup>33</sup> Sørensen koordinierte diesen Plan mit seinen

26 BArch, MfS, AIM 175/87 Teil II, Bd 1, S. 82–84, Abt. XV: Treffbericht. 28.12.1960.

27 BArch, MfS, AIM 175/87 Teil II, Bd. 2, S. 222–225, Abt. XV: Treffbericht. 16.12.1961.

28 BArch, MfS, AIM 175/87 Teil II, Bd. 2, S. 227–233, Abt. XV: Tonbandabschrift des GM »Flame«, 16.12.1961.

29 BArch, MfS, AIM 2093/72 Teil P, Bd. 1, S. 5–6, Beschluss für das Einstellen des IM Vorlaufs, HV A III, 24.1.1964.

30 BArch, MfS, AIM 175/87 Teil I, Bd. 1, S. 164–165, HV A, Abt. VI: Verhalten des in Berlin lebenden Journalisten Sørensen, 19.7.1961.

31 BArch, MfS, AIM 175/87 Teil I, Bd. 1, S. 172–174, Betr. Ergebnis des Auftrages »B« bei GI »Eva« und dem angefallenen Sørensen am 19.9.1961 im U-Objekt »Sorge II«, 20.9.1961.

32 BArch, MfS, AIM 175/87 Teil I, Bd. 1, S. 171, Betr.: Ansetzen des GI »Eva« an den angefallenen Sørensen, 19.9.1961; Betr. Rücksprache mit Gen. Schwarz, HV A Rostock am 26.9.1961.

33 BArch, MfS, AIM 175/87 Teil I, Bd. 2, S. 80–82, Bericht: Durchgeführte Übersiedlung »Karin«, 7.8.1963.

ostdeutschen Führungsoffizieren, die ihrerseits Helga Korb als Unterstützungsagentin »Karin« rekrutierten. Ihre Aufgabe bestand darin, ihren zukünftigen Ehemann bei dessen Spionageaktivitäten in Bonn zu unterstützen.<sup>34</sup> Die Zusammenarbeit der beiden DDR-Spione dauerte acht Jahre in Bonn an, bevor Sørensen eine neue Partnerin, Nadja Dzafic, in sein Leben holte.<sup>35</sup>

Dank einer von Sørensens weiblichen Bekanntschaften hätte seine Agentenkarriere jedoch erheblich verkürzt werden können. Etwa ein halbes Jahr nach seinem ersten Kontakt zum ostdeutschen Geheimdienst wurde seine Tarnung aufgedeckt. Seine damalige Freundin fand einen verschlüsselten Brief vom MfS, der mit dem Decknamen »Helga« unterzeichnet war – einem Namen, der für die Kommunikation genutzt wurde. Nach Sørensens Darstellung versuchte die Freundin, ihn zur Heirat zu zwingen, und als dies scheiterte, verriet sie ihn an die Polizei. Sørensen gelang es jedoch, den Vorfall einem Beamten des dänischen Geheimdienstes (Politiets Efterretningstjeneste, PET) so darzustellen, dass er lediglich das Opfer einer »weiblichen Verleumdung« gewesen sei. Anstatt den Fall weiter zu untersuchen, glaubte der dänische Geheimdienst Sørensens Darstellung. Er erklärte sowohl Helga als auch andere Kontakte in der DDR als bedeutungslose Affären. In einer Art taktvollem »Gentlemen's Agreement« verzichtete der dänische Beamte darauf, weitere Namen zu erfragen.<sup>36</sup> Stattdessen entschuldigte er sich für die Unannehmlichkeiten und betonte, dass er den Vorfall als bloßen Ausdruck weiblicher Eifersucht betrachtete.<sup>37</sup> Diese geschlechtsspezifische Voreingenommenheit beziehungsweise Überheblichkeit und eine Art männlicher Solidarität ermöglichten es Sørensen, seine Spionagetätigkeiten weitere zwanzig Jahre fortzusetzen.

Auch das zweite Mal, als Sørensens Tarnung aufflog, hatte er dies einer Frau zu verdanken, nämlich seiner mittlerweile ehemaligen Partnerin Nadja Dzafic.<sup>38</sup> Zu diesem Zeitpunkt war sie bereits durch eine andere Frau, durch die Flensburger Lehrerin Maike Lohse, ersetzt worden. Drei seiner Partnerinnen – Dzafic, Korb und Lohse – sollten eine zentrale Rolle in dem Prozess gegen Sørensen spielen. Hervorzuheben ist, dass das besondere Verhältnis Flemming Sørensens zu Frauen sich im Gerichtsverfahren für seine Argumentation als hilfreich erweisen sollte. Lang zurückliegende Selbstenttarnungen als ostdeutscher Spion gegenüber Freundinnen erklärte er als Versuche, sich ihnen interessant darzustellen. Eine Argumentationslinie, die

34 BArch, MfS, AIM 175/87 Teil II, Bd. 4, S. 253–258, Maßnahmenplan zur Organisierung der Arbeit mit dem IM »Flame« und »Karin« und der Festlegung der weiteren Perspektive, HV A III/A, Oberst Horst Jänicke, 21.3.1963.

35 BArch, MfS, AIM 175/87 Teil II, Bd. 4, S. 370–372, Zum Einsatz des IM »Atlas« im Operationsgebiet (WD), HA II/2, Oberstleutnant Kratsch, Obt. Röhr, 6.4.1971.

36 BArch, MfS, AIM 175/87 Teil I, Bd. 1, S. 114–118, Treffbericht, 29.2.1960

37 BArch, MfS, AIM 175/87 Teil I, Bd.1, S. 122–128, Abt. XV: Auskunft über den GM »Flame«, 10.8.1960.

38 PET-Archiv, Urteil, Oberlandesgericht Düsseldorf, 11.6.1983 S. 7.



von dänischen Zeitungen unkritisch und direkt in die dänische Öffentlichkeit getragen wurde – zum Teil mit einem großformatigen Foto, das einen herzlich lachenden Flemming Sørensen zeigte.<sup>39</sup>

## Um die Fahne geschart

In einigen Berufen gilt der Esprit de Corps als vorherrschende Tugend. Klassische Beispiele sind Polizistinnen und Polizisten oder Soldatinnen und Soldaten, bei denen die Loyalität untereinander eine wesentliche unter anderem schützende Rolle spielt.<sup>40</sup> Sørensen gehörte jedoch einer anderen Berufsgruppe an, die durch berufliche Bindungen verbunden war: den Journalisten. Diese Tatsache half ihm erheblich während seines Prozesses. Sørensen wurde am 3. September 1982 festgenommen; der Prozess fand im April/Mai des darauffolgenden Jahres statt. Das gesamte Verfahren wurde intensiv von der dänischen Presse und in gewissem Maße auch von der deutschen verfolgt.

In Dänemark beschäftigte der Fall Sørensen alle großen überregionalen Zeitungen. Unter ihnen trat insbesondere das einflussreiche Boulevardblatt *Ekstra Bladet* dem Angeklagten zur Seite. Bereits vor Prozessbeginn veröffentlichte die Zeitung eine Geschichte über Sørensens Arbeit für den dänischen Auslandsnachrichtendienst und berief sich dabei auf »Quellen aus der unsichtbaren Welt«.<sup>41</sup> Das Blatt wies die Vorwürfe als ein Konglomerat aus falschen Anschuldigungen seiner Ex-Freundin Dzafic und einem angeblichen Machtkampf zwischen dem westdeutschen und dem dänischen Nachrichtendienst um Sørensens Person zurück. Wer die ominösen Quellen waren, wurde selbstverständlich nie offenbart.

Es schien höchst unwahrscheinlich, dass der dänische Geheimdienst oder die West-Berliner Sicherheitsbehörden besonderes Interesse daran hatten, Sørensen durch die Preisgabe von Informationen über Operationen aus den 1960er und frühen 1970er Jahren zu unterstützen. Ebenso wenig schien es plausibel, dass Sørensen der Grund für einen Konflikt zwischen den beiden konservativen Verteidigungsministern Hans Engel und Manfred Wörner war – eine weitere Behauptung derselben Zeitung, die sich diesmal auf anonyme Quellen »aus Wörners Umfeld« berief.<sup>42</sup>

Während das Interesse westlicher Geheimdienste daran, Sørensen zu unterstützen, als äußerst gering einzuschätzen ist, galt dies offenbar nicht für andere Akteure.

39 Per Michaelsen: JEG PRALADE MED AT VÆRE ØST-SPION, in: *Ekstra Bladet*, 28.12.1982; Journalist: Pral jeg var spion, in: *Politiken*, 28.12.1982; Jeg pralade med at jeg var spion for DDR, in: *BT*, 28.12.1982.

40 Carsten Dübbers: »Kultur der Polizei – The Next Generation« in: Jürgen Stierle/Dieter Wehe/Helmut Siller (Hrsg.): *Handbuch Polizeimanagement. Polizeipolitik–Polizeiwissenschaft–Polizeipraxis*, Wiesbaden 2017, S. 419–446, hier S. 421–425.

41 Per Michaelsen: Spions-sigtet Dansker var agent for FET, in: *Ekstra Bladet*, 31.12.1982.

42 Per Michaelsen: Hemmelig møde om spionsigtet Dansker, in: *Ekstra Bladet*, 22.1.1983.

Der GRU-Resident in Kopenhagen, Wladimir Winokurow, diskutierte den Fall mit Pelle Voigt, einem prominenten Mitglied der dänischen Sozialistischen Volkspartei. Das Treffen wurde vom dänischen Polizeigeheimdienst PET überwacht, der anschließend zu dem Schluss kam, dass Voigts spätere Anfragen im Parlament eine »auffällige Ähnlichkeit« mit seinen Gesprächen mit Winokurow aufwiesen.<sup>43</sup>

Obwohl die DDR den Prozess zweifellos aufmerksam verfolgte, ist bislang keine Akte aufgetaucht, die belegt, dass das MfS den Prozess orchestrierte.<sup>44</sup> Da jedoch die Akten des ostdeutschen Auslandsnachrichtendienstes vernichtet wurden, hat dies möglicherweise keine Aussagekraft. Mindestens zwei der Charakterzeugen, die für Sørensen aussagten, waren ehemalige Mitstreiter aus seiner Zeit als DDR-Spion, nämlich Klaus Lorenzen alias »Depot« und Helga Sperlich alias »Karin«.

## Medienkampagne und öffentliche Wahrnehmung des Falls Sørensen

In ihrer Eile, ihren Kollegen zu verteidigen, verkündete die dänische Boulevardzeitung *Ekstra Bladet* bereits im September 1982 auf ihrer Titelseite, dass »der Spionagevorwurf zusammengebrochen« sei. Anfang 1983 nutzte das Blatt erneut die Frontseite, um den Vorwurf zu konstruieren, der Fall Sørensen sei das Ergebnis illegaler Überwachungspraktiken in Dänemark, unterstützt von den dänischen Behörden.<sup>45</sup> Die sozialdemokratische Tageszeitung *Aktuelt* erklärte, der »Spionagefall entbehre jeglichen ehrlichen Inhalts«, während das kommunistische Blatt *Land og Folk* eine Verschwörung der konservativen Springer-Presse vermutete, die darauf abzielte, die westdeutschen Wahlen zu manipulieren.<sup>46</sup>

Die Kampagne zugunsten Sørensens hatte jedoch nicht nur eine politische Dimension, sondern auch eine emotionale und menschliche Perspektive. Die sozial-liberale Kopenhagener Tageszeitung *Politiken* appellierte an die Sympathien ihrer Leser, indem sie berichtete, Sørensen sei »auf dem Weg zu einem Kindergeburtstag« verhaftet worden.<sup>47</sup>

Die Öffentlichkeit lernte »Flemming« und seine neue Frau Maike Lohse kennen, eine Lehrerin an einer Schule der dänischen Minderheit in Deutschland. Das Boulevardblatt *BT* begleitete den »Spionageverdächtigen« bei einem Wochenende »zu

43 Zitiert aus dem Bericht der Regierungskommission über die Überwachung der PET während des Kalten Krieges, herausgegeben vom Dänischen Justizministerium: PET-Kommissionens beretning, Bd 7: PET's overvågning af de politiske partier 1945-1989, Kopenhagen 2009, S. 244–245.

44 BAarch, MfS, AIM 175/87, Teil I, Bd. 2, HVA/AG S an HA II/AG 4 (inkl. Zusammenfassung von Sørensens dänischen Anwalt Jørgen Jacobsen), 23 November 1982, S. 188–249.

45 Spionanklagen faldet sammen, in: *Ekstra Bladet*, 9.9.1982; Danske myndigheder fodrede tyskerne i spionsag, in: *Ekstra Bladet*, 1.3.1983.

46 Peter Bergen: Spion-tiltalen savner ethvert sagligt indhold, in: *Aktuelt*, 26.2.1983; Lau Laursen: Spionanklage mod dansker bruges i vesttysk valgkamp, in: *Land og Folk*, 26/27.2.1983.

47 Henrik Kaufholz: Anholt på vej til børnefødselsdag, in: *Politiken*. 5.9.1982.

Hause mit Maike« und illustrierte die Berichterstattung mit Fotos, die Maike zeigten, wie sie Sørensen offensichtlich verliebt ansah.<sup>48</sup>

Im Gegensatz zu vielen anderen Kriminalfällen widmete sich die Presse im Fall Sørensen auch den Haftbedingungen. Unter dem Titel »Sie nahmen mir im Gefängnis meine Sprache« schilderte Sørensen seine Erfahrungen »in deutscher Gefangenschaft«. Diese Worte ließen bei den Lesern möglicherweise Assoziationen mit dunkleren Kapiteln der dänisch-deutschen Vergangenheit aufkommen, obwohl Sørensen selbst einräumte, dass er korrekt behandelt worden sei – mit der Ausnahme, dass er monatelang keinen Alkohol erhalten habe.<sup>49</sup> Begriffe wie »tägliche scharfe Verhöre« erzeugten jedoch eher Bilder von Nazi-Kerkern als von der westdeutschen Justizbürokratie.<sup>50</sup> Diese Aufmerksamkeit war offenbar auf den festen Glauben der dänischen Journalisten zurückzuführen, ihr Kollege sei im Gegensatz zu anderen Verdächtigen ein Opfer »des Systems«.

Die romantischen Untertöne und die Betonung menschlicher Aspekte des Falls zogen sogar Medien an, die für gewöhnlich wenig Interesse an Kriminalfällen zeigen. So berichteten die Prominenten- und Illustriertenmagazine *Se & Hør* und *Billedbladet* über den Fall. *Billedbladet* informierte die Leser darüber, wie eine »verschmähte Frau ihn als Top-Spion beschuldigte«. Das Magazin zeigte einen tadellosen Sørensen, dessen Ehefrau »fest davon überzeugt ist, dass er das Opfer des Klatsches einer eifersüchtigen Frau« sei. Gemeint war Nadja Dzafic, die als »Jugoslawin« und »wütend« beschrieben wurde. Diese Darstellungen spielten offensichtlich auf ethnische Stereotype an, ebenso wie die wenig schmeichelhaften Beschreibungen des deutschen Justizsystems, etwa: »Im heutigen Westdeutschland gilt man bereits als Staatsfeind, wenn man auch nur geringfügig anders denkt«.<sup>51</sup>

*Se & Hør* veröffentlichte eine exklusive Geschichte über die Wiedervereinigung Sørensens mit seiner 84-jährigen Mutter, die »geweint, gebetet und die ganze Zeit an seine Unschuld geglaubt« habe.<sup>52</sup>

## Die Unterstützung durch Journalisten und die Reaktionen in Deutschland

Maike Lohse zeigte sich äußerst dankbar für die journalistische Unterstützung: »Freunde und Bekannte rufen mich den ganzen Tag an. Alle sagen mir, dass Flemming unschuldig ist. Eine Gruppe von befreundeten Journalisten hat bereits erklärt, dass sie bereit sind, unsere Anwaltskosten zu übernehmen – nicht nur aus politischen

48 Orla Rasmussen: Spion-sigtet på weekend hjemme hos Maike, in: BT, 30.4.1983.

49 De tog mit Sprog fra mig i fængslet, in: Ekstra Bladet, 3.5.1983.

50 Per Michaelsen: Vinduet: Jeg var spion for Danmark i Tyskland, in: Ekstra Bladet, 6.11.1982.

51 Forsmåede kvinder fik ham anklaget som TOP SPION, in: Billedbladet, 9.9.1983.

52 Hjemme hos mor igen, in: Se & Hør, 9.6.1983.

Gründen, sondern auch, weil sie wissen, dass so etwas jedem passieren kann, der in Deutschland als Journalist arbeitet.«<sup>53</sup> Diese Unterstützung nahm konkrete Formen an, als dänische Journalisten 75.000 Kronen sammelten – eine Summe, die etwa einem halben Jahreseinkommen eines Angestellten entsprach.<sup>54</sup> Der engagierteste Unterstützer Sørensen bei *Ekstra Bladet* förderte diese Aktion aktiv, indem er erklärte: »dieses Geld ist gut angelegt.«<sup>55</sup> Mit der Bitte um Unterstützung für Flemming Sørensen wandte sich der Dänische Journalistenverband auch an seine deutsche Schwesterorganisation, den Deutschen Journalisten-Verband, der nach dem Korrespondenten von *Jyllandsposten* in Bonn, Kent Olsen, mündlich jede erdenkliche Unterstützung zugesagt haben soll.<sup>56</sup> Zudem beschloss der Dänische Journalistenverband im Oktober 1982 auf der Sitzung seines Hauptvorstandes eine Unterstützung in Höhe von 50.000 Kronen für die Anwaltskosten Flemming Sørensen. Die Unterstützung wurde durch den Vorsitzenden des Verbands, Hans Larsen, in den dänischen Medien mit drastischen Worten motiviert: »So wie die Sache steht, wo alles darauf hindeutet, dass es alleine Flemming Sørensen journalistische Tätigkeit [war], die ihn in die jetzige Situation gebracht hat, meinen wir, dass es vernünftig ist, dass er von seinem Verband unterstützt wird.«<sup>57</sup> Auch der Vorstand des Vereins der Ausländischen Presse in Bonn, dem Sørensen einige Jahre angehörte und 1971 sogar als Vorsitzender vorsah, meldete sich zu Wort und wandte sich in einem Brief an den Bundesjustizminister, Hans A. Engelhard (FDP), in dem er das Vorgehen der Ermittlungsbehörden kritisierte.<sup>58</sup>

Auch wenn die Kampagne zugunsten Sørensen in Dänemark besonders lebhaft war, griffen auch westdeutsche Medien den Fall ihres dänischen Kollegen auf. Die deutsche Berichterstattung war zwar ebenfalls engagiert, aber weniger emotional und weniger von nationalen Stereotypen geprägt. Stattdessen standen der eigentliche Spionagefall und die Rolle der deutschen Behörden, insbesondere des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), im Fokus.

Im Oktober 1982 berichteten die *Husumer Nachrichten* über den Fall, nachdem die hitzige Debatte in Dänemark begonnen hatte. Sie zitierten die »immer anti-deutsche« Zeitung *Ekstra Bladet* und die »Intellektuellenzeitung« *Information* und hoben die harsche Kritik gegenüber dem BfV hervor, insbesondere gegenüber dessen »übertriebene[r] Kommunistenangst« und dem »überperfektionierten Sicherheitsregime der Bundesrepublik«.<sup>59</sup> Der *Westdeutsche Rundfunk* (WDR) äußerte die Meinung,

53 Orla Rasmussen: Flemming skal vide, at han ikke er alene, in: BT, 7. 9.1982.

54 Per Michaelsen/Mette Herberg: Ugræs. Danske Stasikontakter, Viborg 1999, S. 232; Statistisk årbog 1982, København 1982, S. 326.

55 Per Michaelsen: Vinduet: Jeg var spion for Danmark i Tyskland, in: Ekstra Bladet, 6.11.1982.

56 Kent Olsen: Spionsigtet journalist får hjælp fra tyske kolleger, in: Jyllandsposten, 4.10.1982.

57 Stotte til spionsigtet journalist, in: Berlingske Tidende, 14.10.1982.

58 Ausländische Journalisten fühlen sich verunsichert, in: General-Anzeiger Bonn, 29.11.1982.

59 Angelika Eggeling: Dänische Presse übt harsche Kritik am deutschen Verfassungsschutz, in: Husumer Nachrichten, 9.10.1982.

der Fall ziele darauf ab, »kritische Auslandskorrespondenten Mundtot zu machen«. <sup>60</sup> Auf diese Weise wurde der westdeutsche Staat kaum besser dargestellt als die kommunistischen Staaten.

Die Vermutung, Sørensens Tätigkeit als Journalist könnte mit dem Verfahren in Verbindung stehen, wurde mehrfach geäußert. Vielleicht sei er einfach »zu gut« und »zu kritisch« gewesen, sodass er zum Schweigen gebracht werden musste. Sein früherer Arbeitgeber lobte ihn als »kritisch und zuverlässig«, während seine Schwächen in seiner Leidenschaft für Entspannungspolitik und möglicherweise einem »offenen und lebenshungrigen« Wesen lägen – ein Euphemismus, der seine Vorliebe für Frauen und Alkohol umschrieb. <sup>61</sup>

Allerdings gibt es bisher keine Quellen, die darauf hinweisen, dass Sørensen tatsächlich als besonders kritisch wahrgenommen wurde. Ebenso wenig lassen sich Beweise dafür finden, dass die westdeutschen Behörden beabsichtigten, die Presse einzuschüchtern. Diese Annahme scheint eher ein Produkt der Phantasie der Journalisten gewesen zu sein, die für das »Team Sørensen« Partei ergriffen.

Eine besondere Rolle in der Medienkampagne für Flemming Sørensen nahm aufgrund seiner bereits beschriebenen guten privaten wie geschäftlichen Vernetzung in der dänischen Minderheit die *Flensborg Avis* ein. Von Beginn an begleitete die Zeitung das Geschehen rund um den ehemaligen Kollegen Sørensen. Allein die große Zahl an Berichterstattungen zeigt, in welchem immensen Ausmaß die Berichterstattung in der *Flensborg Avis* in diesem Fall erfolgt ist: Ab dem Zeitpunkt der Verhaftung Anfang September 1982 wurde das Thema Flemming Sørensen in diesem Jahr 38-mal behandelt und im darauffolgenden Jahr sogar 62-mal. Im Zeitraum von September 1982 bis Dezember 1983 schaffte es diese Thematik 53-mal auf die Titelseite – zum Teil mit Fotografien unterlegt, zum Teil auch im Rahmen von Leitartikeln. Engmaschig wurde somit die Causa Sørensen journalistisch von seiner Verhaftung und Anklage bis zu seinem Freispruch und den darauffolgenden Entwicklungen begleitet. Allein der Artikel über die Verhaftung nahm mit einem großen Foto von Flemming Sørensen in der Ausgabe am 6. September mehr als ein Drittel der Titelseite ein. <sup>62</sup> Die Leserinnen und Leser wurden im Laufe der Berichterstattung nicht nur über Einzelheiten des Gerichtsverfahrens und fortlaufend über die Stellungnahmen der Verteidiger Sørensens informiert, sondern erfuhren auch Einzelheiten über die vielfältige Unterstützung, die der Inhaftierte aus Dänemark und der Bundesrepublik Deutschland zur Deckung der Anwaltskosten erhalten hat, darunter die Spende des Dänischen Journalistenverbandes, aber auch Unterstützungen in einem viel geringeren Umfang wie eine Zuwendung in Höhe von 100 Mark durch den Jugendverband des Südschleswigschen Vereins (SSV-U). <sup>63</sup>

60 PET-Archiv, J. Kramer: Fall Soerensen – Anlass zum Stirnrunzeln, WDR 23.12.1982.

61 Henrik Kaufholz: Dagens Portræt: kritisk og pålidelig, in: Politiken, 6.9.1982.

62 NtAs pressesekretær i Flensborg spion-sigtet, in: Flensborg Avis, 6.9.1982.

63 50.000 kr. i advokatbistand til Flemming Sørensen, in: Flensborg Avis, 15.10.1982; SSV-U's bestyrelse kritise-

# Sørensen sagt: Alles nur Lügen und Vermutungen...

Prozeß gegen den dänischen Journalisten begann

Düsseldorf. Vor dem 4. Strafsenat des Oberlandesgerichts Düsseldorf begann gestern der Prozeß gegen den dänischen Journalisten Fleming Sørensen (52), dem die Anklage langjährige Spionagetätigkeit für die DDR vorwirft. Zum Auftakt verlas Sørensen eine lange Erklärung, mit der er die Anklage Punkt für Punkt zu entkräften suchte. Die Ermittler hätten „Lügen mit Vermutungen untermauert und dann als Tatsachen hingestellt“, behauptete der langjährige Bonner Korrespondent, der auch zeitweise Vorsitzender des Vereins der Auslandspresse in Deutschland war.

Die Bundesanwaltschaft wirft Sørensen vor, von 1970 bis 1979 „vor allem Erkenntnisse und Hintergrundwissen aus seiner journalistischen Tätigkeit“ nach Ost-Berlin geliefert zu haben. Dabei habe er seine guten Kontakte zu Mitgliedern der SPD-Bundestagsfraktion und Regierungsbeamten ausgenutzt. Sein in Bonn erworbenes Wissen soll Sørensen bei zahlreichen Treffs im Ostblock an seine Auftraggeber vom militärischen Nachrichtendienst und dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS) weitergegeben haben. So habe der Journalist Verfassungsschutzberichte und eine Seminararbeit über die Nationale Volksarmee der DDR aus der Bundesrepublik nach Ost-Berlin geschleust.

„Dies habe ich nicht getan“, versicherte Sørensen. Die Anklage sei unseriös, weil sie sich auf weithergeholte Konstruktionen und die unzuverlässigen Aussagen der Hauptbelastungszeugin Nada Dzafic stütze, die mit dem Journalisten einige Jahre verlobt war. Als Beispiel dafür „wie leicht man einem Journalisten geheimdienstliche Tätigkeit in die Schuhe schieben kann“ nannte, Sørensen die Aussage der Zeugin, er habe sich bei einem Urlaub in Westerland für eine „Radaranlage“ auf dem Dach eines Hauses interessiert. Das sei aber nur die „Radioantenne der Kurverwaltung“ gewesen, meinte der Angeklagte spöttisch.

Auch einer der Verteidiger Sørensens, der Kölner Rechtsanwalt Reinecke, bemängelte die seiner Meinung nach „schlampige“ Ermittlungsarbeit bundesdeutscher Spionage-Experten, denen „ein Gerücht um so glaubhafter erscheint, je geheimer es ist“.

Gegen den als Gutachter vorgesehenen Regierungsdirektor beim Bundesamt für Verfassungsschutz, Hanswilli Fetten, stellte



Fleming Sørensen kurz vor Verhandlungsbeginn

die Verteidigung einen Ablehnungsantrag, weil er einer Behörde angehöre, die seit 13 Jahren gegen den Angeklagten ermittelte. Einsicht in diese Unterlagen habe der Verfassungsschutz der Verteidigung ohne Angabe von Gründen bisher verweigert. Die Rechtsanwälte Sørensens stellten daher den Antrag, auf die Vernehmung der Hauptbelastungszeugin zu verzichten, bis das Bundesamt für Verfassungsschutz seine „Akte Sørensen“ vor Gericht offenlege.

Sørensen war am 3. September 1982 am deutsch-dänischen Grenzübergang Harslees-Padborg festgenommen worden und befindet sich seitdem in Untersuchungshaft.

Beitrag zur »Aufklärung« im Fall Sørensen aus dem Flensburger Tageblatt vom 20. April 1983 (Archiv der Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig).

Besonders in Leitartikeln und Leserbriefen wurde das Vorgehen der bundesdeutschen Justiz kritisiert, aber auch indirekt durch die ausführliche Berichterstattung über die Arbeit beziehungsweise die Argumente der Verteidigung Sørensens. Anfang Dezember 1982 nahm die Berichterstattung über den Fall in der *Flensborg Avis* großbebildert unter der wertenden Überschrift »Der Freitag, als der Albtraum begann« gleich eine ganze Seite ein.<sup>64</sup> In einem Leitartikel vom 4. Januar 1983 wird sogar der Vergleich gezogen, dass das Vorgehen gegenüber Sørensen unermesslich hart und gegenüber Nazi-Verbrechern unermesslich mild sei.<sup>65</sup> Nach monatelanger umfassender journalistischer Begleitung der Causa Sørensen konnte dann die *Flensborg Avis* in einem halbseitigen Artikel mit dem fordernden Titel »Nun ist Flemming Sørensen an der Reihe, die Anklage zu erheben« über den Freispruch berichten.<sup>66</sup>

In einem Leitartikel vom 8. Juni 1983 nach dem Freispruch Sørensens rechtfertigt der Chefredakteur der *Flensborg Avis*, Karl Otto Meyer, das Vorgehen der Zeitung in der Angelegenheit von Flemming Sørensen:

»Wir wollen aber darauf aufmerksam machen, dass nordische Freiheitsideale und eine nordische Lebensauffassung nur bei uns und in der Gemeinschaft, in der wir leben, verwirklicht werden können, wenn sich einige bereit finden, diese Ideale im täglichen Leben zu vertreten. Es klingt immer gut, wenn man von ›Freiheit‹ und ›Gerechtigkeit‹ redet, besser ist es aber, die Freiheit zu sichern und Gerechtigkeit zu üben im täglichen Leben. Aber das ist wohl auch etwas schwieriger. Die Flemming Sørensen-Sache hat es gezeigt.«<sup>67</sup>

Am Tage zuvor veröffentlichte *Ekstra Bladet* ein Interview mit Karl Otto Meyer – der nicht nur Chefredakteur der *Flensborg Avis* gewesen ist, sondern auch führende Person in der dänischen Minderheit und langjähriger SSW-Landtagsabgeordneter – unter dem reißerischen Titel: »Es müssen Köpfe rollen«. Hier forderte Meyer: »Der Freispruch muss dazu führen, dass die Behörden in Bonn nun dafür sorgen, dass der Verfassungsschutz keine Kreise mehr verdächtigen kann, die seiner Meinung nach gegen die Regierungspolitik arbeiten.«<sup>68</sup> Damit übernahm er das Narrativ der Verteidigung Sørensens. Auch nach dem juristischen Ende setzte die *Flensborg Avis* die Berichterstattung um Flemming Sørensen weiter fort. So fand auch die Nachricht über das Erscheinen des eingangs erwähnten Buches von Sørensen über den Spionageprozess mit dem Titel »Verdächtig sind wir alle. Die Paranoia der Staatsmacht« zentral Raum auf der Titelseite der Zeitung.<sup>69</sup>

rer retssystemet, in: *Flensborg Avis*, 11.11.1982.

64 Den fredag mareridtet begyndte, in: *Flensborg Avis*, 3.12.1982.

65 Statens sikkerhed, in: *Flensborg Avis*, 4.1.1983.

66 Nu er det Sørensen tur at anklage, in: *Flensborg Avis*, 4.6.1983.

67 Theorie und Praxis, in: *Flensborg Avis*, 8.6.1983 gleichlautend auch auf der Titelseite der dänischen Ausgabe: Teori og praksis, in: *Flensborg Avis*, 8.6.1983

68 Jakob Andersen: DER SKAL RULLE HOVEDER, in: *Ekstra Bladet*, 7.6.1982.

69 Flemming Sørensen-bog først på tysk, in: *Flensborg Avis*, 28.9.1983.

## Die Zeugin Nadja Dzafic: »Eine verräterische, lügende und mörderische Frau?«

Die »Schurkin« in der narrativen Darstellung der Presse war die slawische Frau Nadja Dzafic. »Eifersüchtige Frau: ER IST EIN SPION«, titelte die aggressive dänische Zeitung *Ekstra Bladet* auf ihrer Titelseite und brachte damit das immer wiederkehrende Argument prägnant auf den Punkt.<sup>70</sup> Nadja Dzafic wurde als negatives Gegenbild zum liebevollen dänischen Paar Flemming und Maike dargestellt. Im Gegensatz zur differenzierten Darstellung Sørensens blieb ihre Geschichte eindimensional und ohne Empathie. Der genannte Artikel wurde von einem Kollegen Sørensens verfasst, einem Korrespondenten in Bonn – und selbstverständlich einem Mann.

Männer dominierten sowohl die Presseberichterstattung als auch den Prozess. Alle Journalisten der dänischen Kampagne waren Männer, ebenso die fünf Richter, die drei Verteidiger und beide Staatsanwälte. Frauen waren in dieser Dynamik nicht vertreten, sondern auf die Rolle von geladenen Gästen reduziert. Die Widersprüche im Fall, wie Sørensens Tätigkeit für mehrere Geheimdienste, wurden allein auf Nadja Dzafics Schultern abgeladen. Ihre Erklärungen zu seiner Arbeit für die ostdeutschen, dänischen und westdeutschen Geheimdienste wurden mit ironischen Kommentaren wie »Der Vorsitzende konnte die Logik [ihrer Worte] nicht erkennen« abgetan.<sup>71</sup>

Offensichtlich war Nadja Dzafic hier nicht in ihrem Element. Im Gerichtssaal war sie offenbar nicht in der Lage, alles schlüssig zu erklären, und vermutlich auch in gewissem Maße unfähig, ehrlich über emotionale Verstrickungen zu sprechen. Dennoch zeigt die retrospektive Betrachtung eindeutig, dass sie eine der wenigen war, die vor Gericht die Wahrheit sagten.

Die dänische Presse porträtierte Nadja Dzafic enthusiastisch nicht nur als Lügnerin, sondern auch als nahezu zu allem fähig. Dies wurde beispielsweise in der Überschrift des Boulevardblatts *BT* zusammengefasst: »[Sie] wollte den Dänen töten.«<sup>72</sup> Dieses Bild einer verrückten ausländischen Frau, die den Dänen – und damit implizit den positiv konnotierten Flemming Sørensen – bedroht, spielte sowohl mit geschlechtsspezifischen als auch ethnischen Vorurteilen.

Im Gerichtssaal stammten die Zeugenaussagen zu Dzafics angeblicher Gefährlichkeit von Sørensens zwei alten Stasi-Komplizen: »Karin« und »Depot«. »Depot« sagte als vermeintlich ehrenwerter dänischer Beamter aus, Dzafic habe ihm erzählt, dass sie eine Waffe kaufen und Sørensen vor seiner Hochzeit mit Maike Lohse erschießen wolle.<sup>73</sup>

70 JALOUX KVINDE: HAN ER SPION, in: *Ekstra Bladet*, 6.9.1982.

71 Per B. Andersen: Hovedvidne i spionsag: Jeg var jaloux, in: *Berlingske Tidende*, 21.4.1983.

72 Ville myrde Dansker, in: *BT*, 22.4.1983.

73 PET-Archiv, Urteil, Oberlandesgericht Düsseldorf, 11.6.1983. S. 21.



# Ingen hævnlyst til Nadja Dzafic

**Düsseldorf.** Flemming Sørensen nærer ikke had eller størster efter hævn over sin tidligere veninde Nadja Dzafic, der har lagt navn til alle beskyldingerne om danskerens påståede agentvirksomhed for DDRs efterretningstjeneste.

I en følelsesbetonet erklæring under den afsluttende procedure i retssagen i Düsseldorf sagde Flemming Sørensen, at Nadja Dzafic kun har været en brik, som myndighederne har misbrugt og kørt rundt med.

— Jeg er parat til at slutte fred og vil ikke anlægge sag mod hende. Jeg er villig til at slå en strøg over dette tragiske kapitel, sagde Flemming Sørensen, der ventes frikendt på fredag.

Kravet om frifindelse blev endda fremsat af anklagemyndigheden, der samtidig krævede, at Flemming Sørensen skal have fuld erstatning for otte måneders uberegtiget varetægtsfængsling. — 10 mark pr. dag plus salær til den ene af de to vesttyske forsvarere. Yderligere advokatsalær og erstatning for tabt arbejdsfortjeneste vil Flemming Sørensen prøve at hente i en civil sag mod det vesttyske sikkerheds-politi, Verfassungsschutz.

Chefanklageren, overstatsadvokat Volkhard Wache, medgav fra starten på sin procedure i retten, at hele sagen mod danskeren blev rejst på et for tyndt grundlag, og at han aldrig var gået med til at indlede den alvorlige kriminalpro-ces, hvis han fra starten havde haft kendskab til især hovedvidnets manglende troværdighed.

Hovedvidnet, Flemming Sørensen, samleverske op

igennem 1970'erne, den 31-årige Nadja Dzafic, var det bærende element i sagen, og i løbet af de talrige retsmøder har hun vist sig som en krænkede kvinde, der ikke kan bruge som sandhedsvidne i en alvorlig straffesag, erklærede Wache.

Han advarede dog mod at tillægge Nadja Dzafic hele skylden, idet han ikke mente, at kvinden bevidst havde planlagt et hævntog mod Flemming Sørensen for at gøre et regnskab op efter danskerens brud med hende i 1979, til fordel for en anden kvinde.

## Formodninger

Chefanklageren forsvarde desuden, at sagen mod Flemming Sørensen overhovedet blev rejst.

— Det er anklagemyndigheds pligt at rejse straffesag, når vi har forelagt en klar mistanke om, at en person har gjort sig skyldig i en alvorlig forbrydelse, sagde han med henvisning til hovedvidnets formodninger og forklaringer til politiet om, at den danske journalist har været spion for DDR i en lang årrække. Volkhard Wache pegede på, at det taler til ære for det vesttyske retssystem, at ikke enhver anklage er udleveret til domfældelse, når tiltalen viser sig mere eller mindre ubegrundet.

Den anden anklager, overstatsadvokat, Dieter Anders erklærede, at der stadig er punkter i sagen, som giver grund til at mistænke Flemming Sørensen for spionagevirksomhed til fordel for DDR.

Men disse punkter rækker ikke til en stærk mistanke og

således heller ikke til en domfældelse af ham. Derfor anbefaler vi dommerne at frikende ham, sagde Anders.

Begge anklagere medgav i utvetydige vendinger statsadvokatens fejltalinger, og tilrådede retten til at tildele Flemming Sørensen en passende erstatning, fordi han har siddet varetægtsfængslet i to tredjedele år.

Danskerens forsvarer gik skarpt i rette med justits-systemet og især med den rolle, det vesttyske Verfassungsschutz har spillet i sagen omkring Flemming Sørensen.

Advokat Eberhard Reinecke, Köln, sagde, at Verfassungsschutz i høj grad har været medvirkende til at provokere en indholdsløs sag, der har ført til noget af det værste tænkelige i et retssamfund: Et menneske har uberegtiget siddet fængslet i otte måneder, og han er menneskeligt og erhvervs-mæssigt tilføjet megen stor skade, sagde Reinecke.

Han beskyldte også anklagemyndigheden for at have overset så mange svagheder i politiets og Verfassungsschutz anklagemateriale, at det er helt utilgiveligt og dybt foruroligende for retsbevidstheden.

Han påpegede, at efterforskningen i sagen for både forbundskriminalpolitiet fra Verfassungsschutz og fra statsadvokaturen har været gennemført ensidigt og med det formål at få danskeren dømt for en forbrydelse, han aldrig har begået.

— Og det må ryste os alle og hele offentligheden dybt, sagde forsvareren.

Flemming Sørensen danske

forsvarer, advokat Jørgen Jacobsen, København, understregede, at for forsvarer et spionagesagen langt fra afsluttet — ja, den er måske snarere lige begyndt, sagde han.

## Sort epoke

— Vi har sat os for at finde ud af, hvem der bærer skylden for, at denne grundløse anklage overhovedet er rejst.

Jørgen Jacobsen nævnte blandt andre en af Flemming Sørensen's tidligere mangeårige kolleger, som udenrigs-korrespondent i Bonn, Berlingske Tidendes tidligere medarbejder Henrik Bonde-Henriksen, som en af de personer, som muligvis har bidraget til at få anklagemyndigheden til at rejse den alvorlige anklage.

— Men det vil vi altså gerne finde ud af, sagde den danske advokat, der ligeledes rettede en skarp kritik mod retens dommere for i starten at have været for godtroende overfor politiet og anklagemyndigheds såkaldte bevismateriale i sagen.

— Jeg er så gammel, at jeg kan huske en sort epoke, da dommerne var et frygteligt systems forlængende arm, sagde Jørgen Jacobsen i sin kritik af, at rettens fem dommere ikke fra starten afviste sagen i stedet for at åbne en proces, der ifølge forsvarer er en blanding af et løgnagtigt hovedvidnets forklaringer og manipulationer fra den vesttyske efterretningstjeneste.

Medforsvarer Eberhard Reinecke støttede sin danske kollega med en bemærkning om, at denne sag er et eksempel på, at den vesttyske efterretningstjeneste og kontraspionage har forsøgt at gøre anklagemyndigheden og dommere til brikker i sit eget ulæske spil om menneskeskæbner.

Flemming Sørensen sagde i sin erklæring, at han ikke har ladet sig knække i fængslet, sådan som nogle måske havde håbet. Jeg lader mig heller ikke knække fremover, men de skrammer, jeg har fået indvendig, de bliver, sagde han.

— Den allermindste skade er vel den, forbundskriminalpoli-tiet har tilføjet mit gamle arbejdssur. Det er ikke længere tørt, efter at politiet har pillet det fra hinanden i håb om at finde en eller flere hemmelige sendere. Udgifterne til mine forsvarere og tabet af tabt arbejdsfortjeneste lader sig nok gøre op i penge, men ikke de personlige skader, jeg har lidt, sagde Flemming Sørensen.



Henrik Bonde-Henriksen — bidrog han til at få den alvorlige anklage rejst?



Nadja Dzafic — en krænkede kvinde, der ikke kan bruges som sandhedsvidne



Flemming Sørensen — frikendes formentlig på fredag efter otte måneders uberegtiget indespærring

Flensborg Avis 01. Juni 1983

»Keine Lust auf Rache gegen Nadja Dzafic«, bekundete ein vermeidlich gütiger Flemming Sørensen am 1. Juni 1983. Flensborg Avis stellte dagegen Dzafic das Urteil aus, »keine Zeugin der Wahrheit« zu sein. Die Zeitung stärkte durch ihre intensive Kampagne die Verteidigung des Inoffiziellen Mitarbeiters des ostdeutschen Ministeriums für Staatssicherheit (Archiv der Dansk Centralbibliothek for Sydslesvig).

Und »Karin« bezeugte Nadja Dzafigs »wiederholte Hysterie« sowie Aussagen wie »Er wird sich nicht so leicht davonmachen« und »Ich werde Flemming Sørensen töten«. <sup>74</sup>

Ob die Worte der ehemaligen Stasi-Agenten der Wahrheit auch nur nahekamen, ist mehr als fraglich. Dennoch wurden sie vom Gericht geglaubt und als Argument in das Urteil integriert.

Im Verlauf des Prozesses wurde zunehmend deutlich, dass sowohl das Gericht als auch die Staatsanwaltschaft das Vertrauen in die Hauptzeugin verloren. Dies wurde von der Verteidigung und dem Umfeld Sørensens mit großem Jubel aufgenommen. Ein besonders eindruckliches Beispiel für diese Entwicklung zeigte sich am 18. Mai 1983, dem Ende des Prozesses, als der Vorsitzende Richter und später auch der leitende Staatsanwalt Nadja Dzafig ermahnten, die Wahrheit zu sagen.

Nadja Dzafig trat zum dritten Mal während des Verfahrens in den Zeugenstand, um sieben Stunden lang befragt zu werden. Der Korrespondent der dänischen konservativen Zeitung *Jyllandsposten* hob die Dramatik der Situation hervor, als Staatsanwalt Volkshard Wache die Hauptzeugin mit den Worten aufforderte: »Denken Sie daran, was Sie sagen, denn Ihre Worte belasten Flemming Sørensen – deshalb hat er acht Monate im Gefängnis verbracht – zudem [bedenken Sie] die Gefahr des Mein-eids für sich selbst.« <sup>75</sup> Der Vorsitzende Richter Dr. Klaus Wagner soll angeblich seine Hand zu Nadja Dzafig ausgestreckt und gesagt haben: »Wenn Sie in der jetzigen Lage Ihre Aussage zurückziehen, verspreche ich persönlich, für Sie auszusagen. Ich verspreche, Sie zu unterstützen.« <sup>76</sup>

Trotz der vereinten Front aus Richter, Staatsanwalt, Verteidigung und Presse hielt Nadja Dzafig stand und blieb bei ihrer Aussage.

In der Woche vor der Urteilsverkündung öffnete die dänische Presse bereits symbolisch die Champagnerflaschen, um die Unschuld ihres Kollegen zu feiern. Schlagzeilen wie »Spionagefall wird voraussichtlich freigesprochen«, »Der nichtexistierende [Spionage-]Fall«, »Ein Skandal: Der Spion, der freigesprochen wurde« und »Ein Justizskandal« dominierten die Berichterstattung im Vorfeld des finalen Urteils am 3. Juni 1983. <sup>77</sup>

Die dänischen Medien übersahen jedoch weitgehend, dass der Ton des Urteils nicht vollständig ihrer Erzählung entsprach. Der Freispruch basierte letztlich auf der Fähigkeit der Verteidigung (und der Presse), Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Hauptzeugin zu säen. Das Gericht ließ Sørensen jedoch nicht gänzlich ungeschoren davonkommen und stellte fest: »Nach dem Prozess bleibt es evident, dass die Anklagen wegen Spionage glaubhaft sind.«

74 Ebenda S. 17.

75 Kent Olsen: Hovedvidne i spionsag advaret mod at lyve, in: *Jyllandsposten*, 19.5.1983.

76 Jakob Andersen: Hun blev fået levende i retten, in: *Ekstra Bladet*, 19.5.1983.

77 Henrik Kaufholz: Spionsag mod Dansker ventes opgivet, in: *Politiken*, 27.5.1983; Sagen, der ikke var der, in: *Berlingske Tidende*, 28.5.1983; En skandale. Spionen der bliver frikendt, in: *Politiken*, 28.6.1983; Justitsskandalen, in: *Ekstra Bladet*, 3.6.1983.

Auf diese Feststellung folgten vier Seiten des Urteils, die weitgehend Dzafics Version der Wahrheit bestätigten. Dieser Teil des Urteils erhielt jedoch deutlich weniger Aufmerksamkeit als der Freispruch Sørensens, der von der Öffentlichkeit und den Medien als Triumph gefeiert wurde.<sup>78</sup>

## Schlussbetrachtung

Der Prozess geriet zur Farce. In seinem späteren Buch bezeichnete Sørensen den Fall als »den Spionagefall ohne Fall« und erklärte, er sei »einzigartig in der Geschichte der Justiz der Bundesrepublik«.<sup>79</sup> Rückblickend war die Farce jedoch nicht, dass ein unschuldiger Mann vor Gericht landete, sondern wie soziales Kapital genutzt wurde, um die Justiz lächerlich zu machen.

Der spätere stellvertretende Leiter des dänischen Nachrichtendienstes, Hans Jørgen Bonnichsen, der in den 2000er Jahren die öffentliche Meinung zur Arbeit der Nachrichtendienste maßgeblich prägte, erklärte im Zusammenhang mit ehemaligen DDR-Agenten, dass niemand schuldig sei, bis er vor Gericht verurteilt werde.<sup>80</sup> Würde diese legalistische Logik auf den Fall Flemming Sørensen angewandt, würde dieser erneut freigesprochen. Justitia mag blind sein, aber sie war nicht taub. Die Kampagne, Sørensen freizusprechen, war stärker als die Wahrheit. Nadja Dzafic wurde von Sørensens Verbündeten in Politik und Presse sowie vom Gericht öffentlich gedemütigt.

Für viele war es unvorstellbar, dass ein angesehener männlicher Journalist auch ein Spion für eine sozialistische Diktatur sein könnte. Doch die Zeit gab Dzafic recht: Sørensen war nicht nur schuldig, sondern in vielerlei Hinsicht ein Prototyp des Spions. Weder das Gericht noch die Presse erkannte dies. Für die Presse bestand das Risiko darin, dass Journalisten in Sørensen ihren eigenen Spiegel sahen – und in diesem Spiegel war es schwierig, einen Kriminellen zu erkennen. Das Gericht sah in Sørensen einen respektablen Bürger. Bereits auf Seite zwei des Urteils wurde das soziale Kapital des Angeklagten hervorgehoben, noch vor den Inhalten des Falls. Die Richter schrieben:

»Von 1968 bis 1972 war der Angeklagte aktives Mitglied des Vorstands des ›Verbandes der Auslandspresse in Deutschland«, und 1971 war er dessen Vorsitzender. Der Verband organisiert die in Bonn akkreditierten Auslandskorrespondenten. In Bonn hatte der Angeklagte berufliche und private Kontakte zu einer Reihe von sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten, unter anderem Egon Bahr, Andreas von

78 PET-Archiv, Urteil, Oberlandesgericht Düsseldorf, 11.6.1983. S. 12–16.

79 Flemming Sørensen: Verdächtig sind wir alle. Die Paranoia der Staatsmacht, Hamburg 1983, S. 8.

80 Hans Jørgen Bonnichsen: Tvivl på alt – tror på meget. Jagten på sandheden – politiets afhøringsmetode København 2012, Kapitel 6.

Bülow, Detlev Haase und Egon Höhmann, sowie zu Mitgliedern des Bundespresseamtes, zum Beispiel den Zeugen Dr. Sprenger Bost und Elisabeth Spieker.«<sup>81</sup>

Einige dieser Personen sprachen sich für ihren Freund Sørensen aus. Einer der vehementesten Fürsprecher Sørensens im Prozess war Andreas von Bülow, ehemaliger sozialdemokratischer Staatssekretär im Verteidigungsministerium und Minister für Forschung und Technologie (1980–1982). Heute ist Bülow vor allem als prominenter Kritiker westlicher Nachrichtendienste bekannt.<sup>82</sup> Zu jener Zeit trugen seine Worte jedoch mehr Gewicht. Er erklärte dem Gericht, Sørensen sei »als Agent nicht geeignet«. Solche scheinbar plausiblen Argumente scheiterten bereits im Ansatz daran, das Wesen der Geheimdienstarbeit zu verstehen.

Die Hauptzeugin der Anklage, Nadja Dzafic, hatte nicht den Vorteil einflussreicher Freunde. Stattdessen wurde sie Opfer einer fast einjährigen öffentlichen Charakterverleumdung. Trotz dieses Drucks blieb sie ihren Aussagen treu.

Nur durch den administrativen Zufall, dass Sørensen 1966 von der DDR-Auslandsaufklärung an die Gegenspionage übergeben wurde, konnte der wahre Charakter seiner Aktivitäten ans Licht kommen. Aufgrund der Mechanismen der ostdeutschen Bürokratie wurde diese Akte erneut eingelagert und überstand so die massenhafte Aktenvernichtung der DDR-Auslandsaufklärung 1989/90. Andernfalls wäre Sørensen heute immer noch nichts weiter als ein unschuldiger Mann und Opfer eifersüchtiger Frauen.

Nach seinem Freispruch nutzte Sørensen seine neugewonnene Freiheit, um die Bundesrepublik Deutschland öffentlich in Wort und Schrift massiv zu kritisieren und sich als Opfer darzustellen. Er stellte die Bundesrepublik als einen Staat dar, in dem die Gerechtigkeit nicht mehr regiere und die sogenannte vierte Gewalt unterdrückt werde. Er verkannte beziehungsweise negierte absichtlich, dass die Justiz der Bundesrepublik Deutschland auch in seinem Fall der rechtsstaatlichen Prämisse »In dubio pro reo« – »im Zweifel für den Angeklagten« gefolgt ist und er trotz bestehender Zweifel freigesprochen worden ist. Dieser Rechtsstaat ist es dann auch gewesen, der 14 Jahre später nach der (nochmaligen) Enttarnung Flemming Sørensens 1997 durch die Erschließung der entsprechenden Stasi-Akten nicht noch einmal Anklage erhoben hat, da die Vorwürfe gegen Sørensen entweder verjährt waren oder dem rechtsstaatlichen Grundsatz »ne bis in idem« – »nicht zweimal in derselben Sache« gefolgt worden ist.<sup>83</sup> Flemming Sørensen verstarb 2016, ohne jemals für seine Straftaten in Diensten der sozialistischen deutschen Diktatur belangt zu werden.

81 PET-archive, Urteil, Oberlandesgericht Düsseldorf, 11.6.1983. S. 4

82 Andreas von Bülow: Im Namen des Staates. CIA, BND und die kriminellen Machenschaften der Geheimdienste, Hamburg 1998; Andreas von Bülow: Die CIA. Die CIA und der 11. September. Internationale Terror und die Rolle der Geheimdienste, Hamburg 2004.

83 Sven-Felix Kellerhoff: Der Stasi-Spitzel, der aus Dänemark kam, in: Die Welt, 10.11.2020.



## Die Autoren

**Nils Abraham** (Prof. Dr.) ist Professor an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen. Seine Forschungsinteressen sind Public Diplomacy, nordische Zeitgeschichte, die deutsch-deutschen Beziehungen sowie die jüngere Tourismusgeschichte des 20. Jahrhundert.

**Anne Rheder Andersen** ist Historikerin an der University of Southern Denmark in Odense und beschäftigt sich hauptsächlich in ihrer Lehre mit linguistischen Ansätzen und Geschichtsforschung. Ihre Forschungsinteressen sind die Geschichte der Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzland im 20. und 21. Jahrhundert sowie die Geschichte der Nachrichtendienste.

**Dieter Bacher** (Mag.phil.) ist Researcher am Institut für Geschichte der Universität Graz und am Ludwig Boltzmann Institut für Kriegsfolgenforschung, Graz. Seine Forschungsfelder umfassen die Aktivitäten von Geheim- und Nachrichtendiensten im Österreich des Kalten Krieges und Displaced Persons und Flüchtlinge in Österreich während der Besatzungszeit 1945–1955.

**Kristian Bruhn** (Dr.) ist Kurator im Museum des dänischen Mosele Forts und ehemaliger Archivar im Nationalarchiv in Kopenhagen. Sein Forschungsinteresse gilt der dänischen Politik- und Militärgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts sowie insbesondere der Geschichte des militärischen Geheimdienstes.

**Władysław Bulhak** (Dr. habil.) ist Dozent an der Fakultät für Politikwissenschaft und Internationale Studien der Universität Warschau und leitender Forscher im Büro für historische Forschung am Institut für Nationales Gedenken (IPN) in Warschau. Er ist Organisator der internationalen Konferenzreihe »Need to Know«, die sich mit der Geschichte der Geheimdienste befasst, und Mitglied des Programmausschusses und des wissenschaftlichen Ausschusses des Zagreber Sicherheitsforums. Sein Forschungsschwerpunkt liegt auf dem polnischen Geheimdienst und der Spionageabwehr im 20. Jahrhundert (mit Schwerpunkt auf dem Zweiten Weltkrieg und dem Kalten Krieg).

**Thomas Wegener Friis** (Prof. Dr.) ist Associate Professor und Direktor des Center for Cold War Studies an der University of Southern Denmark in Odense und Executive Director der International Intelligence History Association (IIHA). Seine

Forschungsinteressen umfassen die Geschichte der Nachrichtendienste und die Geschichte Skandinaviens, Zentral- und Osteuropas im 20. und 21. Jahrhundert.

**Martin Göllnitz** (Dr.) ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Postdoc am Sonderforschungsbereich Transregio (SFB/TRR) 138 »Dynamiken der Sicherheit. Formen der Versicherheitlichung in historischer Perspektive« der Universitäten Marburg und Gießen. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Kultur- und Sicherheitsgeschichte Mittel- und Nordeuropas, die europäische Gewalt-, Terrorismus- und Polizeigeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts sowie die Wissenschafts- und Universitätsgeschichte der Moderne.

**Bodo V. Hechelhammer** (Prof. Dr.) ist seit vielen Jahren für den Bundesnachrichtendienst (BND) tätig, von 2010 bis 2021 als Leitender Historiker des Historischen Büros. Seit 2025 ist er zudem außerordentlicher Professor für Geschichte an der University of Southern Denmark in Odense. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Geschichte der Nachrichtendienste und des Kalten Krieges.

**Anne Heckmann** (MA) hat 2025 einen Master in Geschichte und Religionsstudien an der University of Southern Denmark in Odense absolviert. Forschungsschwerpunkt während ihres Studiums war die dänische Minderheit in Südschleswig (1920-1950). Gegenwärtig ist sie Vertretungslehrkraft.

**John Jensen** ist Kurator am Varde-Museum und publizierte bereits Artikel und Bücher zum Verhältnis der Zweiten Welt und Dänemark sowie im Speziellen zu Deutschen als Flüchtlinge in Dänemark von 1945–1949. Darüber hinaus verfasste er das Buch »Danmark en god mand?« (Dänemark, ein guter Mann?) mit einem Schwerpunkt zur Person Günter Toepke.

**Henrik Lundtofte** (Dr.) ist Archivleiter der Historisk Samling fra Besættelsestiden des Museums VEST in Esbjerg. Seine Forschungsinteressen liegen im Bereich der dänischen Zeitgeschichte, der deutschen Besatzungsherrschaft sowie der Gewalt-, Polizei- und Terrorismusgeschichte des 20. Jahrhunderts.

**Carsten Müller-Boysen** (Dr.) war Archivar im Landesarchiv Schleswig-Holstein und ist Lehrbeauftragter am Historischen Seminar der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel sowie an der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung. Sein Forschungsinteresse gilt der schleswig-holsteinischen Verwaltungs- und Rechtsgeschichte.

**Helmut Müller-Enbergs** (Prof. Dr.) ist außerordentlicher Professor am Center for Cold War Studies an der University of Southern Denmark in Odense, Gastwissenschaftler am Friedrich-Meinecke-Institut der FU Berlin und Senior Fellow an der

Ruhr-Universität Bochum. Sein Forschungsschwerpunkt ist die Geschichte der Nachrichtendienste.

**Mogens Rostgaard Nissen** (Dr.) ist Leiter der Forschungsabteilung der Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig in Flensburg. Zu seinen Forschungsinteressen gehören die Geschichte der dänischen Minderheit in Südschleswig und die deutsch-dänischen Beziehungen im 20. und 21. Jahrhundert.

**Jon Thulstrup** (Dr.) ist Research Fellow am Research Institute for European and American Studies in Athen. Seine Forschungsinteressen liegen im Bereich der Geschichte der deutsch-dänischen Grenzregion, der Überwachung von Minderheiten und der deutschen Minderheit in Nordschleswig.



Gedruckt mit freundlicher Unterstützung des Ministeriums für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein und der Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig e. V., Flensburg.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



Dieses Buch ist eine Open-Access-Publikation. Es ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>).

Bei Fragen zur Produktsicherheit wenden Sie sich bitte an [herstellung@bebraverlag.de](mailto:herstellung@bebraverlag.de)

Der BeBra Wissenschaft Verlag ist ein Imprint des BeBra Verlags.

© 2025 BeBra Verlag GmbH  
Asterplatz 3, 12203 Berlin  
[post@bebraverlag.de](mailto:post@bebraverlag.de)  
Lektorat: Valerie Berghaus, Berlin  
Umschlag: typegerecht berlin  
Satzbild: Friedrich, Berlin  
Schrift: Minion Pro 10,5/13 pt  
Gedruckt in der Europäischen Union  
ISBN 978-3-95410-346-1

[www.bebra-wissenschaft.de](http://www.bebra-wissenschaft.de)

Schleswig-Holstein und Süddänemark waren immer wieder nachrichtendienstliche »Hotspots« für zahlreiche nationale sowie internationale Akteure. Die Gründe lagen nicht nur in der besonderen geostrategischen Lage, sondern auch in der Existenz nationaler Minderheiten auf beiden Seiten der Grenze.

Die Beiträge in diesem Buch nehmen erstmals mit einer breiten zeitlichen Perspektive diese unsichtbare Geschichte im deutsch-dänischen Grenzland in den Fokus. Mit der Beschreibung der nachrichtendienstlichen Aktivitäten vor dem und während des Ersten Weltkrieges, in der Zeit des Nationalsozialismus und der deutschen Besatzung Dänemarks im Zweiten Weltkrieg sowie im Kalten Krieg nach 1945 leistet der Band nicht nur einen Beitrag zur Regionalgeschichte, sondern auch zur internationalen Intelligence-History.

Mit Beiträgen von Nils Abraham, Dieter Bacher, Kristian Bruhn, Władysław Bułhak, Martin Göllnitz, Bodo V. Hechelhammer, Anne Heckmann, John Jensen, Henrik Lundtofte, Carsten Müller-Boysen, Helmut Müller-Enbergs, Anne Rheder Andersen, Mogens Rostgaard Nissen, Jon Thulstrup und Thomas Wegener Friis

